



Deutsche  
Bundesbank  
Monatsbericht  
Juni 2002

54. Jahrgang  
Nr. 6

---

Deutsche Bundesbank  
Wilhelm-Epstein-Straße 14  
60431 Frankfurt am Main

Postfach 10 06 02  
60006 Frankfurt am Main

Fernruf (0 69) 95 66-1  
Durchwahlnummer (0 69) 95 66 . . .  
und anschließend die gewünschte  
Hausrufnummer wählen.

Telex Inland 41 227, Ausland 4 14 431  
Telefax (0 69) 5 60 10 71

Internet <http://www.bundesbank.de>

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

ISSN 0012-0006

Abgeschlossen am 14. Juni 2002

Ein jährlicher und ein wöchentlicher Veröffentlichungskalender für ausgewählte Statistiken der Deutschen Bundesbank liegen vor und können unter der nebenstehenden Internetadresse abgerufen werden. Die entsprechenden Daten werden ebenfalls im Internet publiziert.

Der Monatsbericht erscheint im Selbstverlag der Deutschen Bundesbank, Frankfurt am Main, und wird auf Grund von § 18 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank vom 26. 7. 1957 veröffentlicht. Er wird an Interessenten kostenlos abgegeben.

# Inhalt

<b>Kurzberichte</b>	<b>5</b>
<hr/>	
Konjunkturlage	5
Öffentliche Finanzen	9
Wertpapiermärkte	11
Zahlungsbilanz	13
<b>Die gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsströme im Jahr 2001</b>	<b>15</b>
<hr/>	
<b>Rechnungslegungsstandards für Kreditinstitute im Wandel</b>	<b>41</b>
<hr/>	
<b>Wechselkurspolitische Konsequenzen zunehmender Kapitalströme – welt- weite Erfahrungen und Perspektiven</b>	<b>59</b>
<hr/>	
<b>Direktinvestitionen im realen und finanziellen Sektor: Die Bundesbank- Frühjahrskonferenz 2002</b>	<b>79</b>
<hr/>	
<b>Statistischer Teil</b>	<b>1*</b>
<hr/>	
Wichtige Wirtschaftsdaten für die EWU	6*
Bankstatistische Gesamtrechnungen in der EWU	8*
Konsolidierter Ausweis des Eurosystems	16*
Banken	20*
Mindestreserven	42*
Zinssätze	43*
Kapitalmarkt	48*
Öffentliche Finanzen in Deutschland	52*
Konjunkturlage	60*
Außenwirtschaft	67*
<b>Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank</b>	<b>77*</b>
<hr/>	



## Kurzberichte

### Konjunkturlage

---

#### Gesamtwirtschaft

Die gegen Ende 2001 erkennbare Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Lage ist im ersten Quartal 2002 in eine leichte Erholung eingemündet. Gegenüber dem Vorquartal nahm das reale Bruttoinlandsprodukt – Saison- und Kalendereinflüsse ausgeschaltet – um 0,2 % zu. Das Niveau vor Jahresfrist wurde jedoch in arbeitstäglicher Rechnung mit 0,2 % erstmals leicht unterschritten, nach einem Gleichstand im vierten Quartal 2001. Weil die Zahl der Arbeitstage in diesem Jahr deutlich geringer war als im Vergleichszeitraum 2001, ergibt sich kalendermonatlich sogar ein Rückgang um 1,2 %.

*Bruttoinlands-  
produkt  
im ersten  
Quartal 2002*

Die Aufwärtsbewegung im ersten Jahresviertel war nicht breit fundiert. Positive Impulse gingen in erster Linie von den Exporten aus, die zügig von der einsetzenden Belebung der Weltwirtschaft profitierten. Demgegenüber neigte die heimische Endnachfrage per saldo nach wie vor zur Schwäche. Die privaten Haushalte zeigten insbesondere bei langlebigen Gebrauchsgütern eine deutliche Kaufzurückhaltung und schränkten ihren Konsum in realer Rechnung weiter ein. Auch die Ausrüstungsinvestitionen wurden nochmals zurückgefahren. Sie unterschritten arbeitstäglich ihr Niveau vor Jahresfrist um mehr als ein Zehntel. Demgegenüber setzte sich der bis Ende 2001 verzeichnete rückläufige Trend bei den Bauinvestitionen nicht fort. Negativ zu Buche schlug, dass die Vorräte im ersten Quartal 2002 erheblich reduziert wurden, was sich auch in dem spürbaren Rückgang der Einfuhren widerspiegelt.

## Reales Bruttoinlandsprodukt

Veränderung in %

Periode	saison- bereinigt gegen- über Vorzeit	gegenüber Vorjahr	
		kalender- bereinigt	kalender- monat- lich
2000 1. Vj.	1,0	3,0	4,1
2. Vj.	1,2	4,3	3,9
3. Vj.	0,1	3,2	2,6
4. Vj.	0,2	2,4	1,5
2001 1. Vj.	0,4	1,9	1,4
2. Vj.	0,0	0,7	0,6
3. Vj.	-0,2	0,4	0,4
4. Vj.	-0,3	0,0	-0,1
2002 1. Vj.	0,2	-0,2	-1,2

Deutsche Bundesbank

### Industrie

In der Industrie hat sich die verhaltene Aufwärtsentwicklung der letzten Monate zum Frühjahrsbeginn fortgesetzt. Die Auftragseingänge im April sind nach Ausschaltung der normalen Saisonfigur sogar wesentlich höher ausgefallen als im März. Diese Betrachtung überzeichnet aber wohl die tatsächliche konjunkturelle Bewegung, da ein Teil der Osterferien in diesem Jahr bereits in den März fiel. Bei der Analyse der kurzfristigen Wirtschaftsentwicklung empfiehlt es sich deshalb, die Monate März und April zusammenzufassen.

Die Nachfrage nach Leistungen der deutschen Industrie ist im Zweimonatszeitraum März/April in saison- und preisbereinigter Betrachtung gegenüber Januar/Februar 2002

um ½ % gestiegen. Im Vergleich zum Durchschnitt der Herbstmonate 2001 betrug der Anstieg 1½ %. Hierdurch verringerte sich auch das Minus im Vorjahrsvergleich, und zwar von 5 % im Januar/Februar auf 1 % im März/April. Getragen wurde die Erholung der Auftragslage vom verbesserten internationalen Umfeld. Gegenüber den beiden Vormonaten ist die Nachfrage aus dem Ausland um 2½ % gestiegen; im Vergleich zum Vorjahr ergab sich ein Plus von 4¾ %. Das Inlandsgeschäft blieb trotz einer gewissen Belebung im April deutlich dahinter zurück. Im Durchschnitt der beiden Berichtsmonate war hier das Auftragsvolumen um 1½ % niedriger als zu Jahresbeginn, und das Minus im Vorjahrsvergleich verringerte sich nur unwesentlich von 6¼ % auf 5¾ %.

Die Industrieproduktion ist im April, den vorläufigen Angaben zufolge und nach Ausschaltung der saisonüblichen Bewegungen, im Vergleich zum März nur mäßig gestiegen. Im Durchschnitt von März und April ergab sich gegenüber Januar/Februar ein Zuwachs von ¼ %. Das Minus im Vergleich zum Vorjahr verringerte sich für den betrachteten Zweimonatsabschnitt auf 3½ %, nach 5½ % in den beiden ersten Monaten des Jahres.

### Bauhauptgewerbe

Geprägt von einem Großauftrag im Bereich des gewerblichen Hochbaus ist das Ordervolumen für das Bauhauptgewerbe im März, über den die statistischen Angaben noch nicht hinausreichen, im Vergleich zu den Vormonaten saisonbereinigt kräftig gestiegen. Die Nachfrage nach Wohnungsbauleistungen

*Produktion*

*Auftrags-  
eingang*

*Auftrags-  
eingang*

verharrte auf einem niedrigen Stand, und die öffentlichen Auftraggeber reduzierten ihre Orders wieder, nachdem es in den ersten beiden Monaten des Jahres kräftige Zuwächse gegeben hatte. Im Vergleich zum Vorjahr ergab sich insgesamt ein Plus von 5¾ %, das ganz wesentlich auf den erwähnten Großauftrag zurückzuführen ist.

*Produktion*

Die Erzeugung des Bauhauptgewerbes ist in dem Zweimonatsabschnitt März/April saisonbereinigt kräftig gesunken, nachdem sie Anfang des Jahres nur noch wenig zurückgegangen war. Das Vorjahrsergebnis wurde trotzdem um 1½ % übertroffen. Während im Hochbau der vergleichbare Vorjahrsstand um 1¼ % verfehlt wurde, stieg die Produktion im Tiefbau um beinahe 6 %.

**Arbeitsmarkt**

*Arbeitslosigkeit*

Der Arbeitsmarkt stand zum Frühjahrsbeginn noch im Zeichen der konjunkturellen Schwäche. Die ausgewiesene Zahl der Arbeitslosen sank zwar im Mai erstmals in diesem Jahr unter vier Millionen, nahm aber saisonbereinigt im Vergleich zum April um 60 000 auf 4,04 Millionen zu. Dies waren 226 000 Personen mehr als ein Jahr zuvor. Die Arbeitslosenquote nach Rechnung der Bundesanstalt für Arbeit stieg, saisonbereinigt betrachtet, von 9,6 % auf 9,7 % und die standardisierte Quote von 8,1 % auf 8,3 %.

In den vorangegangenen vier Monaten zusammen hatte sich die Arbeitslosigkeit saisonbereinigt insgesamt lediglich um 40 000 Personen erhöht. Dies war zu einem großen Teil auf die Regelungen des neuen Job-AQTIV-

**Zur Wirtschaftslage in Deutschland \*)**

saisonbereinigt				
Auftragseingang (Volumen); 1995 = 100				
Zeit	Industrie 1)			Bauhauptgewerbe
	insgesamt	davon:		
		Inland	Ausland	
2001 3. Vj.	120,8	105,5	148,3	72,6
4. Vj.	119,6	103,5	148,4	71,3
2002 1. Vj.	120,5	102,3	153,5	73,6
Febr.	120,0	102,3	151,8	73,6
März	120,0	99,8	156,6	77,9
April	122,7	104,4	155,3	...
Produktion; 1995 = 100				
Industrie 2)				
Zeit	insgesamt	darunter:		Bauhauptgewerbe
		Vorleistungsgüterproduzenten	Investitionsgüterproduzenten 3)	
2001 3. Vj.	119,7	115,4	134,3	79,0
4. Vj.	116,6	112,9	130,0	79,7
2002 1. Vj.	116,9	115,3	128,0	78,4
Febr.	116,7	115,6	126,8	82,9
März	117,0	116,1	126,9	77,8
April	117,3	115,1	129,8	75,5
Arbeitsmarkt				
Zeit	Erwerbstätige 4)	Offene Stellen	Arbeitslose	Arbeitslosenquote in % 5)
	Anzahl in 1 000			
2001 3. Vj.	38 771	494	3 865	9,3
4. Vj.	38 720	479	3 922	9,5
2002 1. Vj.	38 660	474	3 969	9,6
März	38 646	479	3 972	9,6
April	...	478	3 983	9,6
Mai	...	472	4 043	9,7
Preise; 1995 = 100				
Zeit	Einfuhrpreise	Erzeugerpreise gewerblicher Produkte 6)	Gesamtwirtschaftliches Baupreisniveau 7)	Preisindex für die Lebenshaltung
2001 3. Vj.	112,0	105,0	99,3	109,9
4. Vj.	108,9	104,0	99,3	109,9
2002 1. Vj.	109,8	104,6	99,5	110,8
März	110,5	105,0	.	111,1
April	110,5	104,6	.	111,2
Mai	...	...	.	111,1

\* Angaben vielfach vorläufig. — 1 Wirtschaftszweige des Verarbeitenden Gewerbes, insbesondere ohne Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung und Mineralölverarbeitung. — 2 Verarbeitendes Gewerbe, soweit nicht der Hauptgruppe Energie zugeordnet, sowie Erzebergbau, Gewinnung von Steinen und Erden. — 3 Einschließlich Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen. — 4 Inlandskonzept. — 5 Gemessen an allen zivilen Erwerbspersonen. — 6 Im Inlandsabsatz. — 7 Eigene Berechnung. Stand zur Quartalsmitte.

Gesetzes zurückzuführen. Nach der Bestandsbereinigung in den Wintermonaten haben sich nun aber im Mai verstärkt beschäftigungslose Personen zurückgemeldet und sind in der offiziellen Statistik erneut berücksichtigt worden. Zudem könnten die besonders hohe Zahl von Feiertagen im Mai sowie die Tarifkonflikte in einigen Branchen die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen negativ beeinflusst haben.

Der im Mai verzeichnete Rückgang der Kurzarbeit um 45 000 auf nunmehr 200 000 Betroffene ist nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit meistens mit einer Rückkehr der Betriebe zur Vollzeitarbeit verbunden gewesen. Dies kann als ein erstes, wenn auch schwaches Anzeichen für eine allmähliche Besserung am Arbeitsmarkt interpretiert werden.

Die Beschäftigung ist im März, über den die Angaben noch nicht hinausreichen, ersten vorläufigen Berechnungen der amtlichen Statistik zufolge saisonbereinigt weiter leicht gesunken. Im Vergleich zum Vorjahr ergab sich ein Minus von 152 000 Personen, das entsprach einem Rückgang von 0,4%. Sowohl in der Industrie als auch in der Bauwirtschaft hat sich der Stellenabbau fortgesetzt.

### Preise

Die Preise auf der Verbraucherstufe sind im Mai, saisonbereinigt betrachtet, infolge billigerer Energie und Nahrungsmittel leicht zurückgegangen. Die Jahreststeuerung ging von 1,6% im April auf 1,1% zurück. Zu Jahresbeginn hatte sie noch 2,1% betragen. Wesentlich für die Verringerung des Vorjahrsabstands

war neben der Beruhigung der aktuellen Preisentwicklung, dass die kräftigen Preiserhöhungen in der ersten Jahreshälfte 2001 bei Energie und Nahrungsmitteln nun nach und nach aus der Jahresrate herausfallen. Allerdings kamen neue Teuerungsimpulse aus dem Bereich der Dienstleistungen. Erstmals seit Mitte 1996 lagen im Mai die Preise für Telekommunikationsdienste wieder über ihrem vergleichbaren Vorjahrsstand. Zwar wurden die Preise für Ortsgespräche gesenkt, zugleich aber wurden die Grundgebühren für den Teilnehmeranschluss erhöht.

Auf den internationalen Rohstoffmärkten haben sich die Notierungen für Rohöl wieder etwas zurückgebildet, auch wenn sie im Vergleich zum Anfang des Jahres weiterhin auf einem hohen Stand verblieben. Im Durchschnitt des Monats Mai wurde für ein Barrel Brent ein Preis von knapp 26 US-\$ verzeichnet, das waren rund 6 US-\$ mehr als im Januar. Für die europäischen Verbraucher hat sich preisdämpfend ausgewirkt, dass der Euro gegenüber dem US-Dollar zuletzt an Stärke gewonnen hat.

Die Einfuhrpreise sind im April, saisonbereinigt betrachtet, nicht weiter gestiegen. Ihr Vorjahrsabstand vergrößerte sich auf – 2,8%. Zwar waren die Preise für importierte Energie im April höher als in den Monaten zuvor, sie lagen aber um mehr als 11% unter ihrem vergleichbaren Vorjahrswert. Rückläufig waren zuletzt die Preise für importierte landwirtschaftliche Erzeugnisse, die sich Anfang des Jahres auf Grund von außergewöhnlich ungünstigen Witterungsbedingungen in einigen südeuropäischen Ländern besonders kräftig

*Internationale  
Rohölpreise*

*Einfuhr- und  
Erzeugerpreise*

*Erwerbs-  
tätigkeit*

*Verbraucher-  
preise*

verteuert hatten. Die Preise der deutschen Industrie im Inlandsabsatz sind im April, saisonbereinigt betrachtet, kräftig gesunken. Das Minus im Vorjahrsvergleich vergrößerte sich auf 0,8 %. Ohne Energie gerechnet sind die Erzeugerpreise allerdings leicht gestiegen, und der Stand zur gleichen Zeit des Vorjahres wurde um 0,2 % übertroffen.

## Öffentliche Finanzen

### Verschuldung der Gebietskörperschaften

April

Die Verschuldung der Gebietskörperschaften stieg im April um 0,8 Mrd €. Gegenüber März (+ 8,1 Mrd €) hat sich der Zuwachs damit erheblich vermindert. Dies beruhte auf der Entwicklung der Bundesverschuldung (einschl. der mitübernommenen Schulden insbesondere des Erblastentilgungsfonds), die vor allem infolge der Gewinnausschüttung der Bundesbank um 7,6 Mrd € zurückging. Während der Bund die Verbindlichkeiten aus Geldmarktkrediten recht kräftig um 9,9 Mrd € abbaute, nahm er den Kapitalmarkt mit netto 2,3 Mrd € in Anspruch. Über die Aufstockung der zehnjährigen Bundesanleihe vom Januar dieses Jahres flossen dem Bund selbst 1,8 Mrd € zu. Insgesamt wurden hierbei freilich 4,7 Mrd € Erlöst, wovon 2,9 Mrd € im Rahmen der gemeinsamen Wertpapierbegebung an die Sondervermögen weitergeleitet wurden. Aufgestockt wurde auch die März-Emission von Bundesschatzanweisungen (4,4 Mrd €). Einschließlich der Marktpflegeoperationen erhöhte sich der Umlauf dieser Papiere um 4,9 Mrd €. Zu einem – temporären – Rückgang kam es im April hingegen beim Umlauf unver-

### Marktmäßige Nettokreditaufnahme

Mrd €

Kreditnehmer	2001		2002	
	insgesamt ts)	da- runter: Jan./ April	Jan./ April ts)	April ts)
Bund 1)	3) – 14,8	3) – 21,0	+ 13,0	– 7,6
Länder	+ 26,4	+ 8,9	+ 10,3	+ 5,5
Gemeinden 2) ts)	+ 2,6	+ 0,9	+ 1,6	+ 0,4
ERP-Sondervermögen	+ 0,8	+ 0,1	+ 2,6	+ 2,6
Fonds „Deutsche Einheit“	– 0,8	+ 0,5	+ 0,6	– 0,2
Gebietskörperschaften, insgesamt	+ 14,2	– 10,5	+ 28,0	+ 0,8

1 Einschl. der hier nicht ausgewiesenen Sondervermögen. — 2 Einschl. Zweckverbände. — 3 Einschl. außerplanmäßiger Tilgungen von Ausgleichsforderungen aus UMTS-Erlösen in Höhe von 33 Mrd €.

Deutsche Bundesbank

zinslicher Schatzanweisungen (– 5,3 Mrd €), da diese nun statt in einem vierteljährlichen in einem monatlichen Zyklus bei halbierten Emissionsvolumina ausgegeben werden.

Die Kreditaufnahme der Länder war mit netto 5,5 Mrd € beträchtlich. Dabei überwog die Begebung von Schatzanweisungen, die brutto 4,3 Mrd € und netto 4,1 Mrd € erbrachten. Unter den einzelnen Emissionen stach dabei der von sieben Bundesländern getragene „Länder-Jumbo Nr. 13“ mit einem Volumen von 1,5 Mrd € und einer Laufzeit von fünf Jahren hervor. Des Weiteren platzierte das Land Brandenburg eine Anleihe über 1 Mrd € mit einer Laufzeit von sieben Jahren. Nordrhein-Westfalen beschaffte sich außerdem durch die Emission einiger variabel verzinslicher kurzfristiger Schatzanweisungen 1,2

## Marktmäßige Kreditaufnahme des Bundes

Mrd €, 2002

Position	Mai		Januar/Mai	
	Brutto	Netto	Brutto	Netto
Veränderung der Geldmarktverschuldung	-1,2	-1,2	4,0	4,0
Veränderung der Kapitalmarktverschuldung insgesamt <sup>1)</sup>	11,1	3,0	61,2	10,7
Unverzinsliche Schatzanweisungen	4,9	4,9	14,6	-4,6
Finanzierungsschätze	0,1	-0,1	0,8	0,1
Schatzanweisungen	0,4	0,4	11,6	5,2
Bundesobligationen	6,0	-0,5	16,1	3,1
Bundesschatzbriefe	0,1	-0,7	0,7	-4,5
Anleihen	-1,0	-1,0	14,7	14,7
Bankkredite	0,5	-0,0	2,6	-3,3
Darlehen von Nichtbanken	-	-	-	-0,1
Sonstige Schulden	-	-	-	-0,0
Kreditaufnahme insgesamt	9,8	1,8	65,2	14,7

<sup>1</sup> Nachrichtlich: Kreditaufnahme gemäß Bundeshaushaltsplan im Gesamtjahr 2002: brutto 174 Mrd €, netto 21 Mrd €. — <sup>2</sup> Einschl. Aufnahme für FDE und ERP: 27,6 Mrd €.

Deutsche Bundesbank

Mrd €. Daneben wurden die Kassenkredite um 1,0 Mrd € ausgeweitet. Die Sondervermögen stockten ihre Verschuldung im April ebenfalls deutlich auf. Maßgeblich dafür war die genannte Beteiligung an einer Bundesanleihe, an der (neben dem Fonds „Deutsche Einheit“ mit 0,1 Mrd €) vor allem das ERP-Sondervermögen mit 2,8 Mrd € partizipierte. Dabei ist zu berücksichtigen, dass zu Beginn des Folgemonats ein Finanzierungsbedarf in Höhe von 2,6 Mrd € zur Tilgung der ERP-Anleihe von 1992 bestand. Die Gemeinden dürften ihre Verschuldung im April wiederum leicht erhöht haben.

### Kreditaufnahme des Bundes

Nach den umfangreichen Tilgungen im Vormonat hat der Bund seine Verschuldung im

Mai wieder um 1,8 Mrd € ausgeweitet. Die Geldmarktverschuldung wurde um 1,2 Mrd € weiter zurückgeführt. Dagegen wurden die Kapitalmärkte netto mit 3,0 Mrd € in Anspruch genommen.

Bedeutendster Einzelposten bei der Bruttokreditaufnahme war ein Aufstockungstender von Bundesobligationen, mit dem 6,3 Mrd € Erlöst wurden. Im Vergleich zum Anschluss-tender vom Februar musste der Bund dabei einen niedrigeren Verkaufskurs akzeptieren, der aber durch die auf neun Monate berechneten Stückzinsen nahezu aufgefangen werden konnte. Das Gesamtvolumen der laufenden Serie beläuft sich nunmehr auf den Rekordbetrag von 18 Mrd € (inkl. einer anlässlich der Aufstockung um 1,7 Mrd € ausgeweiteten Marktpflegequote). Da Mitte Mai eine alte Serie mit einem Volumen von 6,6 Mrd € fällig wurde und weitere Rückkäufe getätigt wurden, sank die mit diesem Instrument verbrieftete Nettoverschuldung insgesamt um 0,5 Mrd €. Die monatliche Ausgabe von Bubills erbrachte 4,9 Mrd €. Der Umlauf wurde in diesem Umfang ausgeweitet, da keine Tilgungen zu leisten waren. Die Durchschnittsrendite der Mai-Emission lag mit knapp 3,5 % etwas höher als im Vormonat. Per saldo waren die Bubills im Mai das überragende Fremdfinanzierungsinstrument. Der ausstehende Bestand an Anleihen wurde dagegen im Wege der Marktpflege um 1,0 Mrd € zurückgeführt. Auch bei den Bundesschatzbriefen ergab sich per saldo ein weiterer Rückgang um 0,7 Mrd €.

## Wertpapiermärkte

### Rentenmarkt

*Absatz von  
Rentenwerten*

Das Emissionsvolumen am deutschen Rentenmarkt war im April erneut recht hoch. Inländische Emittenten begaben Schuldverschreibungen im Kurswert von 74,3 Mrd €, verglichen mit 69,5 Mrd € im Vormonat. Nach Abzug der Tilgungen und unter Berücksichtigung der Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten verblieb ein Netto-Absatz von 15,5 Mrd €, gegenüber 17,0 Mrd € im März. Der leichte Rückgang beruhte im Wesentlichen auf einem niedrigeren Netto-Absatz von Bankschuldverschreibungen. Ausländische Schuldverschreibungen wurden für lediglich 3,7 Mrd € im Inland untergebracht (Vormonat: 10,4 Mrd €). Im Ergebnis waren solche Titel ausschließlich auf Euro denominated. Das Mittelaufkommen aus dem Verkauf in- und ausländischer Schuldverschreibungen lag im April mit 19,3 Mrd € um etwa ein Drittel unter dem Niveau vom März (27,4 Mrd €).

*Anleihen der  
öffentlichen  
Hand*

Der überwiegende Teil des Mittelaufkommens floss im April der öffentlichen Hand zu. Der Netto-Absatz öffentlicher Schuldner war mit 8,6 Mrd € doppelt so hoch wie im Monat zuvor. Der Bund erlöste aus dem Verkauf eigener Schuldverschreibungen per saldo 4,5 Mrd €. Er begab im Tenderverfahren zehnjährige Bundesanleihen für netto 4,8 Mrd € und zweijährige Bundesschatzanweisungen für 4,7 Mrd €. Bundesobligationen wurden im Ergebnis für 0,2 Mrd € untergebracht. Der Umlauf von Bundesschatzbriefen und dreißigjährigen Anleihen blieb unverändert. Die Länder erhöhten ihre Anleiheverbindlichkeiten per saldo um 3,9 Mrd €.

### Absatz und Erwerb von Rentenwerten

Position	2002		2001
	März	April	April
<b>Absatz inländischer Rentenwerte 1)</b>	17,0	15,5	5,0
darunter:			
Bankschuldverschreibungen	15,6	3,9	1,2
Anleihen der öffentlichen Hand	4,3	8,6	2,8
<b>Ausländische Rentenwerte 2)</b>	10,4	3,7	10,2
<b>Erwerb</b>			
Inländer	23,6	18,2	20,0
Kreditinstitute 3)	11,2	7,2	11,5
Nichtbanken 4)	12,3	11,0	8,5
darunter:			
inländische Rentenwerte	6,4	9,4	5,2
<b>Ausländer 2)</b>	3,8	1,1	-4,9
<b>Absatz bzw. Erwerb insgesamt</b>	27,4	19,3	15,2

1 Netto-Absatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. — 2 Transaktionswerte. — 3 Buchwerte, statistisch bereinigt. — 4 Als Rest errechnet.

Deutsche Bundesbank

Die Kreditinstitute weiteten ihre Rentenmarktverschuldung im April um lediglich 3,9 Mrd € aus, verglichen mit 15,6 Mrd € im März. Im Vordergrund standen erneut die Sonstigen Bankschuldverschreibungen, die für 5,4 Mrd € abgesetzt wurden. Der Umlauf von Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten stieg um 0,3 Mrd €. Öffentliche Pfandbriefe und Hypothekenpfandbriefe wurden per saldo um 1,0 Mrd € beziehungsweise 0,9 Mrd € getilgt. Industrieobligationen wurden im April für 3,0 Mrd € untergebracht, nachdem sie noch im März im Umfang von 2,9 Mrd € zurückgenommen wurden.

*Bank- und  
Industrie-  
schuldver-  
schreibungen*

Im April wurden Euro-Anleihen ausländischer Emittenten unter inländischer Konsortialführung im Umfang von 4,0 Mrd € begeben. Auf Grund hoher Tilgungen ging der Umlauf sol-

*Euro-/DM-  
Anleihen  
ausländischer  
Emittenten*

cher zum Teil noch auf D-Mark lautender Papiere allerdings um 0,8 Mrd € zurück.

*Erwerb von  
Schuldver-  
schreibungen*

Rentenwerte wurden im April überwiegend von inländischen Nichtbanken erworben. Sie stockten ihre Anleihebestände um 11,0 Mrd € auf. Die Nichtbanken investierten vornehmlich in inländische Schuldverschreibungen (9,4 Mrd €). Sie nahmen private Titel für 7,0 Mrd € und öffentliche für 2,4 Mrd € in ihre Portefeuilles. Die Kreditinstitute kauften Schuldverschreibungen im Betrag von netto 7,2 Mrd €. Dabei überwogen Anleihen der öffentlichen Hand (4,6 Mrd €). Hinzu kamen Papiere ausländischer Emittenten und Bankschuldverschreibungen in Höhe von 2,1 Mrd € beziehungsweise 0,8 Mrd €. Ausländische Investoren gaben private Schuldtitel für 0,6 Mrd € ab und erhöhten ihr Engagement in öffentlichen Anleihen um 1,7 Mrd €.

### Aktienmarkt

*Absatz von  
Aktien*

Die Emissionstätigkeit am deutschen Aktienmarkt war im April nach wie vor recht verhalten. Die Bestände ausländischer Dividendenwerte nahmen per saldo lediglich um 2,3 Mrd € zu, während sie im März noch um 5,2 Mrd € gestiegen waren. Inländische Unternehmen platzierten junge Aktien im Kurswert von 1,0 Mrd € und damit etwas weniger als im Vormonat (1,4 Mrd €). Im Ergebnis wurden am heimischen Aktienmarkt im April in- und ausländische Titel für 3,3 Mrd € abgesetzt.

*Aktienerwerb*

Die inländischen Nichtbanken erwarben im April für netto 7,8 Mrd € Dividendenwerte. Sie nahmen im Ergebnis überwiegend ausländische Papiere ins Portefeuille. Die inländi-

chen Kreditinstitute erhöhten ihre Aktienbestände um 2,4 Mrd €. Dabei erwarben sie für 6,4 Mrd € inländische Dividentitel, während sie ausländische Werte für 4,0 Mrd € abgaben. Ausländische Investoren verringerten hingegen ihre Bestände an deutschen Aktien um netto 7,0 Mrd €. Der Abgang betraf ausschließlich Portfolioinvestitionen.

### Investmentzertifikate

Das Mittelaufkommen der inländischen Investmentfonds betrug im April 7,4 Mrd €, gegenüber lediglich 0,8 Mrd € im März. Es konzentrierte sich auf die Spezialfonds (6,2 Mrd €). Vor allem die gemischten Fonds wurden stark dotiert (3,3 Mrd €). Aktienfonds und Rentenfonds konnten für 1,6 Mrd € beziehungsweise 1,2 Mrd € Anteilscheine verkaufen. In Offenen Immobilienspezialfonds wurden per saldo 0,1 Mrd € angelegt. Den Publikumsfonds flossen im April 1,2 Mrd € zu. Unter ihnen dominierten, wie schon in den Vormonaten, Mittelanlagen in Offenen Immobilienfonds mit 1,1 Mrd €. Geldmarktfonds, Altersvorsorgefonds und Gemischte Fonds erlösten jeweils 0,1 Mrd €. Dagegen mussten Aktienfonds Anteile in Höhe von 0,1 Mrd € zurücknehmen. Die in Rentenfonds und Dachfonds investierten Mittel blieben praktisch unverändert. Ausländische Fondsanteile wurden im April für 1,4 Mrd € untergebracht. Das gesamte Mittelaufkommen aus dem Verkauf von in- und ausländischen Investmentzertifikaten belief sich somit auf 8,8 Mrd €.

*Absatz von  
Investment-  
zertifikaten*

Wie schon in den Monaten zuvor wurden Investmentzertifikate überwiegend von den einheimischen Nichtbanken erworben (7,7

*Erwerb von  
Investment-  
zertifikaten*

Mrd €), die zum weit überwiegenden Teil inländische Fondsanteile kauften. Die Bestände der Kreditinstitute an Investmentzertifikaten nahmen um 1,5 Mrd € zu. Demgegenüber gaben Ausländer im Ergebnis für 0,4 Mrd € Anteilscheine deutscher Fonds ab.

## Zahlungsbilanz

### Leistungsbilanz

In der deutschen Leistungsbilanz, der Zusammenfassung des Außenhandels, der Dienstleistungen, Erwerbs- und Vermögenseinkommen sowie der laufenden Übertragungen, ergab sich im April 2002 ein Überschuss von 3,4 Mrd €; damit hat sich das Ergebnis im Vergleich zum Vormonat in etwa halbiert. Sowohl ein niedrigeres Plus in der Handelsbilanz als auch ein größerer Passivsaldo im Bereich der „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen haben hierzu beigetragen.

### Warenhandel

Im Warenhandel ergab sich im April – den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes zufolge – ein Überschuss von 9,3 Mrd €, verglichen mit 11,7 Mrd € im März. Dies war vor allem auf die stark gestiegenen Einfuhren zurückzuführen, während die Ausfuhren, nach dem kräftigen Zuwachs im Vormonat, im April weniger deutlich zulegten. Auch nach der Ausschaltung von Saisoneinflüssen kam es im April zu einer Verschlechterung in der Handelsbilanz (auf 9,1 Mrd €, nach 11,2 Mrd € im Vormonat). In den letzten drei Monaten (Februar/April) zusammen genommen zeigte sich jedoch gegenüber dem entsprechenden Vergleichszeitraum (November/Januar) eine parallele Entwicklung der Aus- und Einfuhren (jeweils + 2 ½ %).

## Wichtige Posten der Zahlungsbilanz

Position	Mrd €		
	2001 April	2002 März <sup>1)</sup>	2002 April
<b>I. Leistungsbilanz</b>			
1. Außenhandel <sup>1)</sup>			
Ausfuhr (fob)	52,7	54,3	55,8
Einfuhr (cif)	46,7	42,6	46,4
Saldo	+ 6,0	+ 11,7	+ 9,3
nachrichtlich: Saisonbereinigte Werte			
Ausfuhr (fob)	53,5	53,9	53,8
Einfuhr (cif)	47,1	42,7	44,7
2. Ergänzungen zum Warenverkehr <sup>2)</sup>	- 0,6	- 0,4	- 0,5
3. Dienstleistungen			
Einnahmen	9,5	7,6	8,7
Ausgaben	12,4	10,8	11,5
Saldo	- 2,9	- 3,3	- 2,8
4. Erwerbs- und Vermögenseinkommen (Saldo)	+ 0,9	+ 1,7	+ 0,2
5. Laufende Übertragungen			
Fremde Leistungen	1,5	1,0	1,0
Eigene Leistungen	3,7	3,7	3,9
Saldo	- 2,2	- 2,7	- 3,0
Saldo der Leistungsbilanz	+ 1,1	+ 7,0	+ 3,4
II. Vermögensübertragungen (Saldo) <sup>3)</sup>	- 0,1	- 0,2	- 0,1
III. Kapitalbilanz (Netto-Kapitalexport: -)			
Direktinvestitionen	+ 0,3	+ 3,7	+ 7,7
Deutsche Anlagen im Ausland	- 0,9	+ 1,0	+ 3,1
Ausländische Anlagen im Inland	+ 1,3	+ 2,8	+ 4,6
Wertpapiere	- 30,4	- 1,5	- 11,6
Deutsche Anlagen im Ausland	- 25,2	- 9,1	- 5,3
darunter:			
Aktien	- 12,9	+ 2,7	- 0,2
Rentenwerte	- 9,2	- 8,9	- 2,9
Ausländische Anlagen im Inland	- 5,2	+ 7,6	- 6,3
darunter:			
Aktien	- 0,2	+ 3,4	- 7,0
Rentenwerte	- 2,0	+ 9,1	+ 5,7
Finanzderivate	+ 7,2	- 0,6	+ 1,2
Kreditverkehr	+ 21,8	- 12,3	- 1,9
Kreditinstitute	+ 9,7	- 9,6	+ 24,4
darunter kurzfristig	+ 11,5	- 9,1	+ 25,7
Unternehmen und Privatpersonen	+ 5,2	- 0,6	- 15,7
Staat	- 1,3	+ 0,4	+ 1,0
Bundesbank	+ 8,2	- 2,4	- 11,5
Sonstige Kapitalanlagen	- 0,1	- 0,0	- 0,2
Saldo der gesamten Kapitalbilanz	- 1,2	- 10,7	- 4,9
IV. Veränderung der Währungsreserven zu Transaktionswerten (Zunahme: -) <sup>4)</sup>	+ 1,2	+ 0,3	+ 1,7
V. Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen (Restposten)	- 0,9	+ 3,5	+ 0,0

<sup>1</sup> Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik (Quelle: Statistisches Bundesamt). — <sup>2</sup> Hauptsächlich Lagerverkehr auf inländische Rechnung und Absetzung der Rückwaren. — <sup>3</sup> Einschl. Kauf/Verkauf von immateriellen nichtproduzierten Vermögensgütern. — <sup>4</sup> Ohne SZR-Zuteilung und bewertungsbedingte Veränderungen.

Deutsche Bundesbank

„Unsichtbare“  
Leistungs-  
trans-  
aktionen

Die übrigen Leistungstransaktionen schlossen im April mit einem Passivsaldo, der etwas höher als im März ausfiel (5,5 Mrd €, nach 4,3 Mrd €). Das war in erster Linie auf geringere Netto-Einnahmen aus dem Ausland aus Erwerbs- und Vermögenseinkommen zurückzuführen. Diese lagen im April bei 0,2 Mrd €, nachdem im März noch ein Plus von 1,7 Mrd € zu verzeichnen gewesen war. Bei den laufenden Übertragungen stiegen die Netto-Leistungen an das Ausland um 0,3 Mrd € auf 3,0 Mrd € an, gleichzeitig kam es im grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr zu einem Rückgang des Defizits um 0,5 Mrd € auf 2,8 Mrd €.

Wertpapier-  
verkehr

Im grenzüberschreitenden Wertpapierverkehr nahmen im April die Netto-Kapitalexporte wieder zu (11,6 Mrd €), nachdem sie sich im Vormonat deutlich verringert hatten (1,5 Mrd €). Ausschlaggebend hierfür war, dass ausländische Anleger ihre Wertpapierpositionen am deutschen Markt im April stark abbauten (6,3 Mrd €). Besonders betroffen waren davon Anlagen in Aktien (7,0 Mrd €) und Geldmarktpapieren (4,7 Mrd €); aber auch Investmentzertifikate (0,4 Mrd €) und private Anleihen (0,1 Mrd €) wurden vom Ausland per saldo abgegeben. Dagegen waren Rentenwerte der öffentlichen Hand bei ausländischen Käufern im April recht lebhaft gefragt (5,8 Mrd €). Die heimischen Investoren legten im Berichtszeitraum per saldo 5,3 Mrd € in ausländischen Wertpapieren an; das waren knapp 4 Mrd € weniger als im März. Ihre Nachfrage richtete sich aber weiterhin in erster Linie auf in Euro denominierte Anleihen (4,2 Mrd €) sowie auf Investmentzertifikate (1,4 Mrd €). Geringe Beträge flossen auch in ausländische Geldmarktpapiere (0,9 Mrd €)

und Aktien (0,2 Mrd €), während bei den Fremdwährungsanleihen per saldo die Verkäufe überwogen (1,3 Mrd €).

Anders als im Wertpapierverkehr kam es bei den Direktinvestitionen im April zu Netto-Kapitalimporten (7,7 Mrd €). Ausländische Eigentümer stellten dabei ihren im Inland ansässigen Niederlassungen Investitionsmittel in Höhe von 4,6 Mrd € zur Verfügung, und zwar nahezu ausschließlich in Form von kurzfristigen Krediten. Außerdem verzeichneten die hiesigen Unternehmen Mittelrückflüsse von ihren im Ausland ansässigen Töchtern (3,1 Mrd €). Im Wesentlichen handelte es sich dabei um langfristige Kredite an verbundene Unternehmen im Ausland, die zurückgeführt wurden.

Direkt-  
investitionen

Im unverbrieften Kreditverkehr der Nicht-Banken überwogen die Mittelabflüsse (14,7 Mrd €). Vor allem Unternehmen und Privatpersonen haben umfangreiche Gelder im Ausland angelegt (netto 15,7 Mrd €) – hauptsächlich durch eine Aufstockung ihrer kurzfristigen Guthaben bei ausländischen Banken. Öffentliche Stellen haben dagegen per saldo 1,0 Mrd € importiert. Beim heimischen Bankensystem, auf dessen Konten sich die übrigen erfassten Auslandszahlungen gleichsam als Reflex niederschlagen, kamen netto gerechnet 12,9 Mrd € auf. Im Ergebnis verminderte sich die Netto-Auslandsposition der inländischen Kreditinstitute, während die Forderungsposition der Bundesbank im Wesentlichen im Rahmen des Zahlungsverkehrsystems TARGET zunahm.

Kreditverkehr

Die Währungsreserven der Bundesbank sind im April um 1,7 Mrd € gesunken.

Währungs-  
reserven

## Die gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsströme im Jahr 2001

Die gesamtwirtschaftliche Wachstumschwäche der deutschen Wirtschaft hat im vergangenen Jahr auch deutliche Spuren im Finanzierungskreislauf hinterlassen. Auf der realwirtschaftlichen Seite wurde die Investitionstätigkeit auf breiter Front zurückgefahren. Das Mittelangebot in Form von Ersparnissen ging ebenfalls zurück, allerdings nicht ganz so stark wie die inländische Mittelnachfrage. Insgesamt betrachtet ist im Jahr 2001 erstmals seit der Wiedervereinigung per saldo kein Kapital von außen zugeflossen. Noch ausgeprägter freilich war der Rückgang der finanziellen Transaktionen. Insbesondere der Aktienwerb und die Beteiligungsfinanzierung fielen, nicht zuletzt durch die ungünstige Börsenentwicklung, wesentlich niedriger aus als in den Jahren zuvor. Darüber hinaus haben 2001 auch die grenzüberschreitenden Aktivitäten, die in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre kontinuierlich zugenommen hatten, nachgelassen. Die privaten Haushalte trugen im Ergebnis entscheidend dazu bei, dass Deutschland 2001 wieder seine klassische Rolle als Netto-Kapitalexporteur eingenommen hat. Ein wichtiger Faktor dafür lag in der deutlich niedrigeren Kreditaufnahme. Gleichwohl sind ihre Verbindlichkeiten in den neunziger Jahren kräftig gewachsen. Ein internationaler Vergleich zeigt, dass in anderen Industrieländern die Verschuldung der privaten Haushalte zum Teil erheblich höher lag und auch der Anstieg ausgeprägter war als hier zu Lande.

## Inländische Sachvermögensbildung

*Rückgang der  
Investitionen ...*

Die Nettoinvestitionen in Sachanlagen und Vorräte der heimischen Sektoren beliefen sich im vergangenen Jahr zusammen genommen auf 100 Mrd € beziehungsweise knapp 6 % des gesamtwirtschaftlichen verfügbaren Einkommens. Damit waren sie um rund ein Drittel niedriger als 2000, als sich die Investitionstätigkeit auf vergleichsweise hohem Niveau bewegt hatte. Wie gravierend der Einbruch ausfiel, zeigt sich auch daran, dass die bisherigen Tiefstwerte seit Beginn der neunziger Jahre sowohl in absoluter als auch in relativer Hinsicht noch deutlich unterschritten wurden.

*... im  
Unternehmens-  
und Haushalts-  
sektor ...*

Der scharfe Rückgang konzentrierte sich nicht auf einen bestimmten Sektor, sondern vollzog sich auf breiter Front. Besonders akzentuiert war die Investitionsschwäche der Produktionsunternehmen und der privaten Haushalte. Während bei den nichtfinanziellen Kapital- und Quasi-Kapitalgesellschaften derartige Reaktionen bei einer Verschlechterung des konjunkturellen Umfelds immer wieder auftreten, war ein solches Ausmaß bei den privaten Haushalten seit Anfang der neunziger Jahre noch nicht zu verzeichnen gewesen. Der Rückgang betrug hier gegenüber dem Vorjahr fast ein Fünftel. In erster Linie war das Nachlassen auf eine deutlich geringere Wohnungsbautätigkeit zurückzuführen. Allerdings nahm ihr Anteil an der gesamtwirtschaftlichen Sachkapitalbildung 2001 zu, und zwar auf immerhin gut die Hälfte. Der Einbruch der Nettoinvestitionen fiel nämlich bei den Produktionsunternehmen im Jahr 2001 noch wesentlich deutlicher aus. Der Aufbau des Kapitalstocks war mit fast 40 Mrd € um

knapp die Hälfte niedriger als 2000. Dieser Zuwachs war – nominal betrachtet – so gering wie zuletzt im konjunkturell schwachen Jahr 1993.

Der Sektor Staat hat ebenfalls zum Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Investitionstätigkeit beigetragen. Gegenüber dem Jahr 2000 war ein Minus von 1 ½ Mrd € beziehungsweise zwei Fünfteln zu verzeichnen. Im Vergleich zur ersten Hälfte der neunziger Jahre, die in besonderem Maße von der Erneuerung der ostdeutschen Infrastruktur im Zuge der Wiedervereinigung geprägt war, lag das öffentliche Investitionsbudget 2001 netto gesehen nur noch bei einem Siebtel.

*... sowie beim  
Staat*

## Gesamtwirtschaftliches Angebot an Ersparnissen

Auch die inländische Ersparnisbildung fiel im Jahr 2001 schwächer aus als ein Jahr zuvor. Sie lag mit rund 110 Mrd € beziehungsweise 6 ½ % des verfügbaren Einkommens auf dem niedrigsten Stand seit Anfang der neunziger Jahre. Im Gegensatz zur Entwicklung bei der Investitionstätigkeit gab es hier freilich Licht und Schatten. Für die geringe Ersparnis auf gesamtwirtschaftlicher Ebene war in erster Linie der Sektor Staat verantwortlich. Sein Entsparen, abzüglich der netto geleisteten Vermögenstransfers gerechnet, erhöhte sich beträchtlich, und zwar um gut 30 Mrd € auf 55 Mrd €. Diese Verschlechterung ging vor allem auf die hohen Einnahmefälle als Folge der ersten Stufe der Steuerreform zurück, zum Teil spielte auch die ungünstigere konjunkturelle Entwicklung eine Rolle.

*Auch  
Ersparnisse  
gesunken, aber  
differenzierte  
Entwicklung*

## Gesamtwirtschaftliche Sachvermögensbildung, Ersparnis und Finanzierungssalden

Mrd €

Position	1991	1993	1995	1997	1998	1999	2000	2001
<b>Sachvermögensbildung</b>								
Nettoinvestitionen <sup>1)</sup>								
Private Haushalte <sup>2)</sup>	56,1	66,6	77,1	71,1	72,3	73,0	70,5	58,1
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	80,4	38,0	51,4	44,8	55,6	56,7	71,0	37,9
Anlagen	73,8	48,0	48,2	45,1	48,4	53,8	60,1	42,8
Vorräte	6,7	- 9,9	3,2	- 0,3	7,1	2,9	10,9	- 4,9
Finanzielle Sektoren	4,2	5,2	4,8	4,3	4,3	3,8	2,5	2,3
Staat	13,9	15,4	8,3	3,0	3,1	4,6	3,7	2,2
Insgesamt	154,6	125,2	141,6	123,3	135,3	138,0	147,7	100,4
Nachrichtlich: Nettoinvestitionen in % <sup>3)</sup>	12,1	9,0	9,4	7,9	8,4	8,4	8,7	5,8
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern								
Private Haushalte <sup>2)</sup>	0,6	0,7	0,9	1,0	1,2	1,4	1,0	1,0
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	0,3	0,7	0,6	0,5	0,6	0,6	34,4	0,4
Staat	- 0,9	- 1,4	- 1,5	- 1,5	- 1,8	- 2,0	- 52,3	- 1,4
Insgesamt	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	- 16,9	0,0
<b>Ersparnis <sup>4)</sup></b>								
Private Haushalte <sup>2)</sup>	133,0	139,8	134,9	134,9	141,6	143,8	146,9	158,0
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften <sup>5)</sup>	17,3	- 3,7	28,5	20,9	25,4	- 6,2	- 17,0	- 10,0
Finanzielle Sektoren	17,6	16,7	14,4	15,2	4,3	12,8	21,7	17,9
Staat <sup>5)</sup>	- 31,3	- 37,4	- 52,7	- 49,5	- 41,2	- 27,8	- 24,6	- 55,5
Insgesamt	136,7	115,3	125,0	121,6	130,1	122,6	126,9	110,4
Nachrichtlich: Ersparnis in % <sup>3) 6)</sup>	10,9	8,3	8,4	7,8	8,0	7,4	7,6	6,5
<b>Finanzierungssalden</b>								
Private Haushalte <sup>2)</sup>	76,4	72,5	56,8	62,8	68,0	69,4	75,4	99,0
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften <sup>5)</sup>	- 63,4	- 42,4	- 23,5	- 24,4	- 30,7	- 63,4	- 122,4	- 48,3
Finanzielle Sektoren	13,5	11,5	9,6	10,9	0,0	9,0	19,2	15,6
Staat <sup>5)</sup>	- 44,3	- 51,5	- 59,6	- 51,0	- 42,5	- 30,5	23,9	- 56,3
Insgesamt	- 17,8	- 9,9	- 16,6	- 1,7	- 5,2	- 15,4	- 3,9	10,0
Nachrichtlich: Finanzierungssalden in % <sup>3)</sup>								
Private Haushalte <sup>2)</sup>	6,0	5,2	3,8	4,0	4,2	4,2	4,4	5,7
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften <sup>5)</sup>	- 5,0	- 3,0	- 1,6	- 1,6	- 1,9	- 3,8	- 7,2	- 2,8
Finanzielle Sektoren	1,1	0,8	0,6	0,7	0,0	0,5	1,1	0,9
Staat <sup>5)</sup>	- 3,5	- 3,7	- 3,9	- 3,3	- 2,6	- 1,8	1,4	- 3,3
Insgesamt	- 1,4	- 0,7	- 1,1	- 0,1	- 0,3	- 0,9	- 0,2	0,6

Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen und eigene Berechnungen. — 1 Nettoanlageinvestitionen und Vorratsveränderungen. — 2 Einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. — 3 In % der gesamten verfügbaren Einkommen. — 4 Einschl. Vermögensübertragungen (netto). — 5 Im Jahr 1991 einschl. einer Teilentschuldung der Deutschen Bundesbahn durch den Bund in Höhe

von 6,4 Mrd €; im Jahr 1995 nach Ausschaltung der Übernahme der Treuhandschulden sowie eines Teils der Altverschuldung ostdeutscher Wohnungsunternehmen durch den Erblastentilgungsfonds in Höhe von rd. 105 Mrd € bzw. 15 Mrd €. — 6 Ohne Vermögensübertragungen (netto).

Die Unternehmen, die wie der Staat im Jahr 2001 eine negative Ersparnis verbuchten, konnten jedoch im Vergleich zur Vorperiode das Ergebnis zumindest etwas günstiger gestalten. Zum einen fielen die netto empfangenen Vermögensübertragungen mit 15 Mrd € höher aus als zuvor, zum anderen lagen die einbehaltenen Gewinne in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) etwas weniger im Minus, so dass die verfügbaren Mittel mit einem Fehlbetrag von 10 Mrd € abschlossen. Demgegenüber haben die privaten Haushalte ihre Ersparnis um rund 10 Mrd € erhöht. Einschließlich der vereinnahmten Vermögenstransfers in Höhe von netto 20 Mrd € betrug damit ihr Mittelangebot knapp 160 Mrd €. In langjähriger Betrachtung ist dies sogar der höchste Wert.

### Grundstruktur der Finanzierungssalden und -ströme

*Rückkehr zum  
Kapitalexport*

Angesichts der geschilderten Investitions- und Sparvorgänge verbesserte sich der Finanzierungssaldo Deutschlands gegenüber dem Ausland erheblich. Im Jahr 2001 wurde mit 10 Mrd € beziehungsweise ½ % des verfügbaren Einkommens der inländischen Sektoren erstmals seit der Wiedervereinigung ein Finanzierungsüberschuss erzielt. In der Zeit zuvor war dies freilich die Regel gewesen.

*Hoher Finanz-  
bedarf von  
Staat und  
Unternehmen*

Der Staatssektor wies 2001 mit knapp 60 Mrd € den größten Außenfinanzbedarf auf. Ein Jahr zuvor hatte er durch die Sondererlöse aus der UMTS-Versteigerung per saldo den anderen Sektoren noch Mittel zur Verfügung gestellt. Daneben bildeten die nichtfinanziellen Unter-

nehmen den zweiten traditionellen Defizit-sektor. Ihr Fehlbetrag fiel im Gegensatz zu den öffentlichen Haushalten allerdings wesentlich niedriger aus als noch 2000. Ursache waren weniger die 2001 stark gesunkenen Investitionen als vielmehr der im Vorjahr extrem hohe Kapitalbedarf auf Grund des Erwerbs der UMTS-Lizenzen. Staat und Unternehmen zusammen genommen hatten eine Kapital-lücke von insgesamt gut 100 Mrd € beziehungsweise 6 % des verfügbaren Einkommens. Die gestiegenen Mittelanforderungen konnten fast vollständig durch den auf Rekordniveau angewachsenen Finanzierungsüberschuss der inländischen privaten Haushalte gedeckt werden.

Mit der verhaltenen Entwicklung der realwirtschaftlichen Netto-Größen Investitionen und Ersparnisse fielen im Jahr 2001 auch die finanziellen Ströme erheblich geringer aus als in der Vorperiode. Dies gilt auch für die grenzüberschreitenden Transaktionen. Die Geldvermögensbildung der nichtfinanziellen Sektoren sank um gut ein Drittel. Die Finanzierung von außen ging sogar um die Hälfte und damit auf 11 % des verfügbaren Einkommens zurück, den niedrigsten Wert seit 1991. Besonders zu Buche schlug hier die relativ niedrige Inanspruchnahme externer Mittel durch die Unternehmen, die sich zum Teil basisbedingt gegenüber 2000 sogar mehr als halbierte und nur geringfügig über dem Wert von 1998 lag. Auf der Aktivseite konnten die privaten Haushalte im Jahr 2001 wieder etwas an Boden gut machen. Im Gegensatz zu den Sektoren Unternehmen und Staat waren sie in der Lage, ihre Geldvermögensbildung und damit ihren Anteil an der Geldan-

*Finanzielle  
Ströme stark  
gesunken ...*

## Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der inländischen nichtfinanziellen Sektoren

Mrd €

Position	1991	1993	1995	1997	1998	1999	2000	2001
<b>Geldvermögensbildung</b>								
Längerfristig								
bei Banken	15,1	8,8	16,5	- 1,4	- 9,4	- 17,0	12,0	- 9,7
bei Investmentfonds	16,5	20,7	9,9	38,3	39,8	52,8	59,1	43,6
bei Versicherungen	27,0	37,2	43,0	50,5	53,1	58,2	55,3	53,3
in Wertpapieren <sup>1)</sup>	62,3	0,8	33,8	20,0	43,4	130,3	165,2	52,9
in sonstigen Anlagen	13,9	14,0	20,9	3,4	14,2	16,6	20,9	13,9
zusammen	134,8	81,5	124,1	110,9	141,1	240,9	312,6	154,0
Kurzfristig								
bei Banken	51,8	128,5	32,2	9,7	84,0	35,9	7,0	27,0
bei Versicherungen	6,4	7,0	10,8	9,8	8,5	4,7	1,5	8,4
in Wertpapieren	3,8	1,6	- 0,5	2,8	2,7	- 2,8	13,2	25,8
in sonstigen Anlagen	26,3	23,4	11,0	39,5	39,2	23,9	15,5	0,7
zusammen	88,2	160,6	53,6	61,9	134,4	61,7	37,1	61,8
Insgesamt	223,0	242,1	177,7	172,8	275,6	302,6	349,8	215,8
davon:								
Private Haushalte	142,2	159,0	132,6	127,0	143,2	145,3	117,2	120,9
Unternehmen	71,3	55,5	54,6	47,9	140,7	152,9	192,4	148,3
Staat	9,6	27,6	- 9,5	- 2,2	- 8,3	4,3	40,2	- 53,5
Nachrichtlich: in % des verfügbaren Einkommens	17,4	17,3	11,8	11,0	17,1	18,3	20,6	12,5
<b>Außenfinanzierung</b>								
Längerfristig								
bei Banken	114,3	138,8	144,3	125,6	119,2	127,7	63,8	22,2
über Wertpapiere <sup>1)</sup>	61,4	132,5	37,2	50,3	88,2	84,8	161,4	90,7
sonstige Finanzierung	17,0	21,7	23,2	0,1	26,7	36,4	86,3	51,1
zusammen	192,6	293,0	204,7	176,0	234,1	248,8	311,5	164,1
Kurzfristig								
bei Banken	40,6	- 7,3	19,9	1,6	25,0	- 2,4	17,4	8,0
über Wertpapiere	2,7	- 5,9	- 6,7	0,2	- 1,0	4,2	5,1	17,1
sonstige Finanzierung	12,8	0,8	- 1,4	14,3	17,0	58,2	73,3	5,1
zusammen	56,1	- 12,4	11,8	16,1	40,9	60,0	95,8	30,2
Insgesamt	248,8	280,6	216,6	192,1	274,9	308,9	407,3	194,3
davon:								
Private Haushalte	65,7	86,6	75,8	64,2	75,2	75,9	41,8	22,0
Unternehmen	129,1	115,0	- 29,2	79,1	165,6	198,1	349,2	169,4
Staat	53,9	79,0	169,9	48,8	34,2	34,8	16,3	2,8
Nachrichtlich: in % des verfügbaren Einkommens	19,4	20,1	14,4	12,3	17,1	18,7	24,0	11,3

<sup>1</sup> Einschließlich Beteiligungen.

Deutsche Bundesbank

lage der nichtfinanziellen Sektoren insgesamt zu erhöhen. Gleichwohl dominierten immer noch die Unternehmen, die seit 1998 auf Grund des damals zeitweise stark forcierten externen Wachstums durch Beteiligungserwerb die Dynamik der Geldvermögensbildung geprägt haben.

... und große  
Umschichtungen

Das vergangene Jahr stellte im Vergleich zu den Vorjahren in gewisser Hinsicht eine Zäsur dar. Während zwischen 1998 und 2000 sowohl bei den Anlagen als auch bei der Finanzierung eine verstärkte Hinwendung zum direkten Beteiligungserwerb beziehungsweise zur Mittelbeschaffung über Aktienmärkte unter intensiver Einbeziehung des Auslands stattfand, kam dieser Prozess 2001 angesichts der fortwährenden Kurskorrekturen und der sprunghaft gestiegenen Unsicherheit an den Börsen weitgehend zum Erliegen. Finanzintermediäre, vor allem Banken, haben im Großen und Ganzen nicht weiter an Boden verloren. Eng damit verbunden waren starke Umschichtungen in der Fristigkeit der Finanzströme. Besonders markant war dieser Effekt auf Seiten der Geldvermögensbildung. Während die längerfristigen Anlagen und hier vor allem Beteiligungswerte wesentlich geringer dotiert wurden als 2000, hat sich infolge der gestiegenen Liquiditätspräferenz die kurzfristige Geldvermögensbildung mehr als verdoppelt, wenn auch von relativ niedrigem Niveau ausgehend. Gerade kurzfristige Anlagen bei Banken, zu denen auch die Geldmarktfonds gerechnet werden, erfuhren eine deutliche Aufstockung. Auf Seiten der Außenfinanzierung wurden auf Grund der allgemeinen Investitionsschwäche, des Lagerabbaus und der mäßigen Umsatzfähigkeit so-

wohl kurz- als auch längerfristige Mittel wesentlich weniger nachgefragt. Insgesamt überwog aber auch 2001 die langfristig ausgerichtete Finanzierung der deutschen Wirtschaft.

### Mittelverwendung und Mittelherkunft der Unternehmen

Nachdem im Jahr 2000 die Mittelnachfrage der Unternehmen durch Sonderfaktoren außerordentlich stark expandiert hatte, gingen 2001 die Sach- und Geldvermögensbildung zusammen genommen kräftig zurück, und zwar um knapp ein Viertel. Damit lag der Wert etwa auf dem Niveau von 1998/99, das allerdings den langjährigen Durchschnitt der Vorjahre noch weit übertroffen hatte. Die gesamte Phase 1998 bis 2000 war nicht zuletzt infolge der zunehmenden Börseneuphorie durch ein sehr reges internes und externes Unternehmenswachstum gekennzeichnet. So resultierte der außerordentlich hohe Kapitalbedarf 2000 aus dem Kauf von UMTS-Lizenzen und namentlich dem Beteiligungserwerb einer deutschen Tochter eines britischen Unternehmens im Zuge einer grenzüberschreitenden Übernahme im Telekommunikationsbereich. Der Rückgang im Jahr 2001 kann insofern auch im Sinne einer Normalisierung verstanden werden, insbesondere was die finanzielle Komponente der Mittelverwendung betraf.

Sach- und  
Geldvermögensbildung  
rückläufig

Aber auch die Bruttoinvestitionen in Anlagen und Vorräte der Unternehmen, auf die rund drei Fünftel der gesamten Ausgaben für Sach- und Finanzaktiva entfielen, sind im Jahr

## Investitionen und Finanzierung der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften

Mrd €

Position	1991	1993	1995	1997	1998	1999	2000	2001
<b>Investitionen</b>								
Bruttoinvestitionen	204,3	182,4	204,8	204,5	219,6	224,4	245,8	218,5
Bruttoanlageinvestitionen	197,6	192,4	201,6	204,8	212,5	221,5	234,9	223,5
Vorratsveränderungen	6,7	- 9,9	3,2	- 0,3	7,1	2,9	10,9	- 4,9
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern	0,3	0,7	0,6	0,5	0,6	0,6	34,4	0,4
Geldvermögensbildung	71,3	55,5	45,4	47,9	140,7	152,9	192,4	148,3
bei Banken <sup>1)</sup>	8,2	24,0	10,6	- 15,7	19,7	- 4,9	5,0	18,8
kurzfristig	8,9	26,6	5,2	- 17,6	19,2	- 7,7	6,2	18,9
längerfristig	- 0,8	- 2,6	5,4	1,9	0,5	2,8	- 1,2	- 0,1
in Wertpapieren <sup>2)</sup>	16,4	4,5	- 4,2	4,4	15,7	43,5	55,7	90,1
in Beteiligungen <sup>3)</sup>	19,3	3,2	17,0	23,6	64,5	90,4	99,4	25,9
im Inland	0,7	- 8,1	- 8,5	- 2,2	3,7	14,4	64,5	- 35,0
im Ausland	18,6	11,2	25,5	25,7	60,8	76,0	34,9	60,9
Kredite <sup>4)</sup>	26,0	22,2	19,4	33,2	39,1	22,7	31,9	10,5
an das Inland <sup>5)</sup>	20,4	19,7	7,9	13,4	15,9	- 16,1	- 20,4	10,5
an das Ausland	5,7	2,5	11,5	19,8	23,2	38,8	52,3	- 0,0
kurzfristig	4,7	2,2	9,4	16,5	16,9	31,4	42,5	- 3,2
längerfristig	1,0	0,3	2,1	3,3	6,4	7,4	9,8	3,2
bei Versicherungen	1,4	1,6	2,6	2,4	1,6	1,2	0,4	2,9
<b>Insgesamt</b>	<b>275,9</b>	<b>238,6</b>	<b>250,7</b>	<b>252,9</b>	<b>360,8</b>	<b>377,8</b>	<b>472,5</b>	<b>367,2</b>
<b>Finanzierung</b>								
Innenfinanzierung	141,2	140,7	181,9	180,6	189,4	161,6	157,7	170,7
nicht entnommene Gewinne <sup>5) 6)</sup>	17,3	- 3,7	28,5	20,9	25,4	- 6,2	- 17,0	- 10,0
Abschreibungen	123,9	144,4	153,4	159,7	164,0	167,7	174,8	180,7
Nachrichtlich: Innenfinanzierungsquote <sup>5) 7)</sup>	51,2	59,0	72,5	71,4	52,5	42,8	33,4	46,5
Außenfinanzierung	129,1	115,0	81,5	79,1	165,6	198,1	349,2	169,4
bei Banken	90,1	37,0	57,9	44,0	68,9	71,1	43,3	40,3
kurzfristig	34,3	- 10,5	19,0	7,4	19,9	10,8	11,4	2,7
im Inland <sup>5)</sup>	27,7	- 7,9	16,5	4,7	19,1	- 4,7	17,1	5,2
im Ausland	6,6	- 2,7	2,5	2,7	0,8	15,5	- 5,7	- 2,5
längerfristig	55,8	47,5	38,9	36,6	49,1	60,3	32,0	37,6
im Inland <sup>5)</sup>	55,5	45,3	39,1	36,1	47,3	57,5	30,5	25,8
im Ausland	0,3	2,2	- 0,2	0,5	1,7	2,7	1,4	11,8
bei sonstigen Kreditgebern <sup>4)</sup>	11,6	12,7	3,3	17,8	35,2	78,0	164,1	38,3
im Inland	0,1	8,3	- 8,0	1,4	6,7	13,0	8,2	1,6
kurzfristig	0,1	0,6	- 0,2	0,3	- 1,1	1,7	5,9	2,0
längerfristig	0,0	7,7	- 7,8	1,1	7,8	11,3	2,3	- 0,4
im Ausland	11,4	4,4	11,3	16,4	28,5	65,0	155,9	36,8
kurzfristig	7,4	0,8	6,0	12,5	7,0	39,7	82,5	10,1
längerfristig	4,0	3,6	5,2	3,9	21,5	25,4	73,4	26,6
am Wertpapiermarkt <sup>5) 8)</sup>	3,8	46,9	- 3,3	- 3,0	- 3,8	1,5	8,4	20,5
in Form von Beteiligungen <sup>3)</sup>	16,5	14,2	16,5	16,7	60,7	43,1	128,8	65,7
im Inland	14,2	15,8	14,0	12,7	58,0	23,7	20,1	38,4
im Ausland	2,3	- 1,7	2,5	4,0	2,7	19,3	108,7	27,3
Bildung von Pensionsrückstellungen	7,2	4,2	7,1	3,6	4,5	4,5	4,5	4,5
<b>Insgesamt</b>	<b>270,3</b>	<b>255,7</b>	<b>263,4</b>	<b>259,6</b>	<b>355,0</b>	<b>359,7</b>	<b>506,9</b>	<b>340,1</b>
Nettogeldvermögensbildung	- 57,8	- 59,5	- 36,2	- 31,2	- 24,9	- 45,3	- 156,8	- 21,1
Statistische Differenz <sup>9)</sup>	5,6	- 17,1	- 12,7	- 6,8	5,8	18,1	- 34,4	27,1
Finanzierungssaldo <sup>10)</sup>	- 63,4	- 42,4	- 23,5	- 24,4	- 30,7	- 63,4	- 122,4	- 48,3

1 Im In- und Ausland. — 2 Geldmarktpapiere, Rentenwerte (einschl. Finanzderivate) und Investmentzertifikate. — 3 Aktien und sonstige Beteiligungen. — 4 Einschl. sonstige Forderungen bzw. sonstige Verbindlichkeiten. — 5 1995 nach Ausschaltung der Transaktionen, die mit der Übertragung der Treuhandschulden auf den Erblastentilgungsfonds im Zusammenhang stehen. — 6 Einschl. empfangene Vermögensübertragungen (netto). — 7 Innenfinanzierung

in % der gesamten Vermögensbildung. — 8 Durch Absatz von Geldmarktpapieren und Rentenwerten. — 9 Entspricht dem Restposten im Finanzierungskonto der übrigen Welt auf Grund der statistisch nicht aufgliederbaren Vorgänge im Auslandszahlungsverkehr. — 10 Innenfinanzierung abzüglich Bruttoinvestitionen und Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern.

Deutsche Bundesbank

2001 um gut ein Zehntel auf fast 220 Mrd € gesunken. Der Rückgang ist überwiegend auf den Abbau der Läger zurückzuführen, nachdem diese im Vorjahr noch kräftig aufgestockt worden waren. Außerdem ließ die Bautätigkeit recht deutlich nach, im Ergebnis sogar noch etwas stärker als die Anschaffungen von neuen Ausrüstungsgütern.

*Einbruch bei  
Beteiligungserwerb  
und  
Kreditvergabe*

Im Zusammenhang mit der internationalen Konjunkturflaute und der schwachen Aktienmarktverfassung haben sich 2001 auf Seiten der Geldvermögensbildung vor allem jene Positionen verhalten entwickelt, die zuvor eine sehr dynamische Entwicklung vorzuweisen hatten. In erster Linie sind hier der Beteiligungserwerb sowie die Kreditvergabe an das Ausland zu nennen. Beide Aktivitäten, in denen auch eine globale Unternehmensstrategie zum Ausdruck kommt, haben im vergangenen Jahr geradezu einen Einbruch erlebt. So fielen die Netto-Ausleihungen an ausländische Unternehmen regelrecht auf einen Nullpunkt, nachdem sie im Jahr 2000 mit gut 50 Mrd € einen langjährigen Rekordwert erreicht hatten. Eine derart „dürftige“ grenzüberschreitende Kreditfähigkeit gab es zuletzt in der Rezession 1992/93. Die Bereitschaft der Unternehmen, neue Beteiligungen zu erwerben, ließ 2001 ebenfalls stark nach; der Rückgang fiel in seinem Ausmaß sogar noch gravierender aus als bei den Krediten. Dies gilt auch dann, wenn man als Vergleichsmaßstab nicht das wie erwähnt überzeichnete Jahr 2000, sondern den Durchschnitt des Zeitraums 1998 bis 2000 heranzieht. Auf diese Basis bezogen betrug der Kauf von Firmenanteilen 2001 nur noch knapp ein Drittel.

Neben diesen retardierenden Momenten gab es im Jahr 2001, wenn auch nur in geringem Umfang, Positionen innerhalb der Geldvermögensbildung, die eine expansive Tendenz verzeichnen konnten. So haben die Unternehmen ihre Kredite an andere inländische Sektoren etwas ausgeweitet, während diese in den beiden Vorjahren recht kräftig eingeschränkt worden waren. Ähnliches gilt für die Termingelder, die nun erstmals seit 1998 wieder aufgestockt wurden. Den gleichen Zweck, nämlich liquide Mittel kurzfristig zu parken, dürften auch die umfangreichen Käufe von Geldmarktpapieren gehabt haben.

*Aufstockung  
kurzfristiger  
Anlagen*

Gemessen an der gesamten Mittelverwendung konnten die Unternehmen den Anteil der Innenfinanzierung im Jahr 2001 erheblich steigern, nämlich auf knapp 50 %, nachdem die entsprechende Quote 2000 auf ein Drittel, den niedrigsten Stand seit Beginn der neunziger Jahre, gesunken war. Drei Faktoren trugen – abgesehen von der rückläufigen Bezugsgröße – zu dieser optisch günstigen Entwicklung bei. Einmal nahmen die erwirtschafteten Abschreibungen auf Grund der hohen Investitionen der Vorjahre weiter zu. Zudem erhöhten gestiegene Vermögensübertragungen die eigenen Finanzmittel. Schließlich fiel trotz relativ hoher laufender Verluste das Minus bei den einbehaltenen Gewinnen nicht mehr so groß aus wie im Jahr zuvor. Dies dürfte in erster Linie darauf zurückzuführen sein, dass 2000 im großen Umfang Gewinnrücklagen aus steuerlichen Gründen aufgelöst und für Ausschüttungen im Folgejahr bereitgestellt wurden.

*Erhöhung der  
Innenfinanzierung*

Im Gegensatz dazu hat sich 2001 die Zuführung von externen Mitteln etwa halbiert und

*Außenfinanzierung*

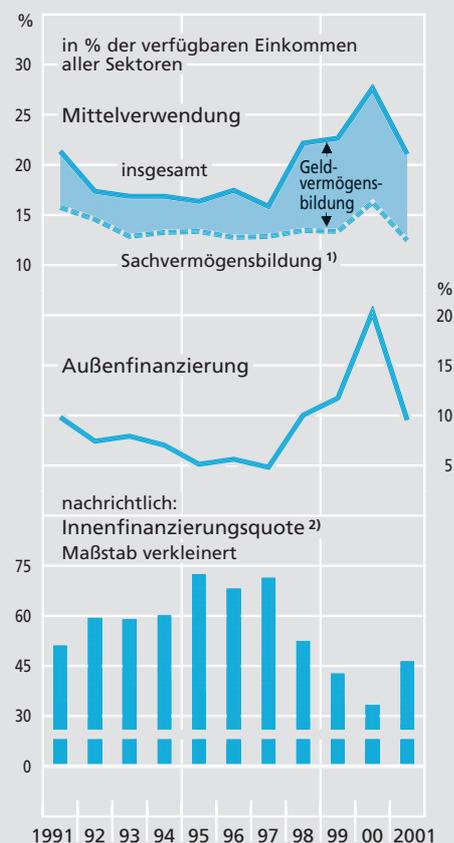
auf dem Niveau von 1998 eingependelt. Als Finanzierungsquellen konnten sich insbesondere die Märkte für festverzinsliche Wertpapiere, die freilich in Deutschland für Unternehmen nur eine untergeordnete Rolle spielen, und das Kreditgewerbe behaupten. Auch wenn die Ausleihungen über Banken leicht zurückgingen, betrug 2001 ihr Anteil an der gesamten Außenfinanzierung immerhin knapp ein Viertel, gegenüber gut einem Zehntel ein Jahr zuvor. Zugleich konnten die Bankkredite erstmals seit 1998 wieder die Ausleihungen von anderen Stellen übertreffen.

*Kredite von Nichtbanken niedrig ...*

Die Kreditaufnahme bei Nichtbanken hat im Vergleich zu 2000 stark nachgelassen. Insbesondere gilt dies für ausländische Stellen, von denen damals deutschen Unternehmen an Finanz- und Handelskrediten insgesamt knapp 160 Mrd € zugeflossen waren, ein Jahr später nur noch etwa ein Viertel. Dies ist als weiterer Beleg dafür zu werten, wie sehr die finanziellen Ströme global agierender Unternehmen durch die weltweite Schwächephase auf den Güter- wie Finanzmärkten getroffen wurden. Diese Aussage gilt auch für die Beteiligungsfinanzierung. Sie hat sich gegenüber 2000 halbiert, lag aber immerhin noch über den Werten zuvor. Fast zwei Drittel und damit mehr als in den beiden Vorperioden entfielen auf die Emission von Aktien, was angesichts der letztjährigen Börsenverfassung zunächst überrascht. Hinter der Ausweitung stand als größte Einzeltransaktion die Übernahme eines US-amerikanischen Telekommunikationsunternehmens durch einen deutschen Konzern. Die Bezahlung ausländischer Aktionäre erfolgte mittels heimischer Papiere und wurde als Kapitalexpert verbucht. Ohne die-

*... und auch Beteiligungsfinanzierung schwach*

### Mittelverwendung und -herkunft der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften



1 Bruttoanlageinvestitionen und Vorratsveränderungen sowie Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern. — 2 Nicht entnommene Gewinne, empfangene Vermögensübertragungen (netto) und Abschreibungsgegenwerte in % der gesamten Mittelverwendung; Angaben für 1995 um den „Treuhandeffekt“ bereinigt.

Deutsche Bundesbank

sen Sonderfaktor gerechnet wäre der Aktienabsatz wesentlich niedriger ausgefallen.

### Anlage- und Finanzierungsverhalten der privaten Haushalte

Wie bei den nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften waren im Jahr 2001 auch Mittelaufkommen und -verwendung der privaten

*Positive und negative Tendenzen*

Haushalte rückläufig, allerdings kann man hier im Gegensatz zum Unternehmenssektor keinesfalls von einem Einbruch sprechen; der Rückgang war mit 5 % sogar deutlich niedriger als noch ein Jahr zuvor. Außerdem nahmen mit der Ersparnis und der Geldvermögensbildung wichtige Aggregate zu. Ein Nachlassen war hingegen bei den Sachinvestitionen und der damit eng verbundenen Kreditnachfrage zu verzeichnen.

*Mittel-  
aufkommen  
nur leicht  
gesunken, ...*

Das gesamte Mittelaufkommen ist wie erwähnt 2001 nur leicht gesunken, lag aber mit 180 Mrd € um gut ein Fünftel unter dem bisherigen Höchstwert von 1994. Diese deutliche Abschwächung ist auf die drastisch gesunkene Kreditnachfrage der privaten Haushalte zurückzuführen. Im Jahr 2001 betrug die Ausleihungen bei Banken und Versicherungen lediglich knapp ein Viertel des Betrags von 1994, als die Inanspruchnahme von Fremdmitteln ihren Höhepunkt erreicht hatte. Gegenüber 2000, als erstmals die Kredite unter den langjährigen Durchschnitt sanken, hat sich das Neugeschäft im vergangenen Jahr trotz relativ günstiger Zinsen sogar nochmals halbiert. Mit ein Grund, weshalb weniger Kredite in Anspruch genommen wurden, war freilich auch, dass die eigenen Anlagemittel zuletzt deutlich höher waren als Mitte der neunziger Jahre. Mit 160 Mrd € übertrafen sie den entsprechenden Wert aus dem Jahr 1994 um knapp 20 %. Dies lag zum einen an den hohen Vermögensübertragungen, die mit 20 Mrd € fünfmal so hoch waren wie damals. Ein beträchtlicher Teil davon entfiel auf die 1996 eingeführte Eigenheimzulage, die die Bauförderung mittels Sonderausgabenabzug abgelöst hat. Zum anderen spar-

*... Kredite  
allerdings stark  
rückläufig*

ten die Haushalte im vergangenen Jahr mit knapp 140 Mrd € absolut betrachtet mehr als Anfang der neunziger Jahre.

Mit 10,2 % des Verfügbaren Einkommens lag die Sparquote allerdings immer noch deutlich unter den Vergleichswerten jener Zeit. Allerdings ist die Sparquote 2001 erstmals seit langem wieder gestiegen. Dies dürfte zum einen auf die Steuerreform zum 1. Januar 2001 zurückzuführen sein, zum anderen auch auf das im weiteren Jahresverlauf nachlassende Konsumentenvertrauen. Zudem ist nicht auszuschließen, dass die intensive Diskussion um die Notwendigkeit der verstärkten privaten Altersvorsorge die Haushalte veranlasst hat, mehr Mittel zurückzulegen.

*Sparquote  
erstmal seit  
1991 gestiegen*

Eng verknüpft mit der schwachen Kreditnachfrage 2001 war die zurückhaltende Aufstockung der Sachanlagen, die um fast ein Fünftel niedriger war als 2000. Die Nettoinvestitionsquote der privaten Haushalte ist damit auf ein Rekordtief von 4 ½ % des Verfügbaren Einkommens gefallen, in der ersten Hälfte der neunziger Jahre hatte sie noch durchschnittlich 6 ½ % betragen. Dies ging in erster Linie auf das geringere Engagement bei Immobilien zurück, auf die rund vier Fünftel aller Investitionen dieses Sektors entfielen. Die Einschränkung der Bautätigkeit war sogar ausgeprägter als 2000. Einen Rückgang mussten auch die Käufe von Ausrüstungen der Selbständigen und Einzelkaufleute verzeichnen, die in den Vorjahren noch kräftig ausgeweitet worden waren. Ein Minus gab es hier zuletzt während der Rezession 1992/93.

*Investitionen  
niedriger*

## Spar- und Anlageverhalten der privaten Haushalte \*)

Mrd €

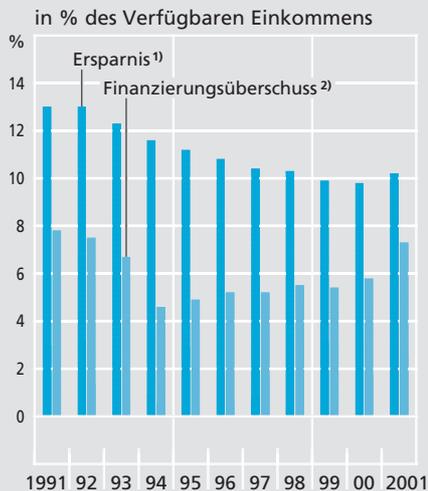
Position	1991	1993	1995	1997	1998	1999	2000	2001
<b>Mittelaufkommen</b>								
Verfügbares Einkommen	980,4	1 084,2	1 153,7	1 204,9	1 238,7	1 275,3	1 310,7	1 356,3
Private Konsumausgaben	852,5	950,7	1 024,8	1 079,8	1 111,0	1 149,6	1 182,8	1 218,1
Sparen	127,9	133,6	128,9	125,1	127,7	125,7	127,9	138,2
Nachrichtlich: Sparquote 1)	13,0	12,3	11,2	10,4	10,3	9,9	9,8	10,2
Empfangene Vermögensübertragungen (netto)	5,2	6,2	6,0	9,9	13,9	18,0	19,0	19,8
Eigene Anlagemittel	133,0	139,8	134,9	134,9	141,6	143,8	146,9	158,0
Kreditaufnahme 2)	65,7	86,6	75,8	64,2	75,2	75,9	41,8	22,0
Gesamtes Mittelaufkommen	198,8	226,3	210,7	199,2	216,7	219,7	188,7	180,0
<b>Mittelverwendung</b>								
Nettoinvestitionen 3)	56,1	66,6	77,1	71,1	72,3	73,0	70,5	58,1
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern	0,6	0,7	0,9	1,0	1,2	1,4	1,0	1,0
Geldvermögensbildung	142,2	159,0	132,6	127,0	143,2	145,3	117,2	120,9
bei Banken 4)	57,8	98,8	34,5	28,6	45,8	10,7	- 31,1	26,7
Sichtguthaben 5)	9,9	23,1	13,2	10,9	28,4	30,4	2,2	8,4
Termingelder 6)	38,9	34,1	- 37,0	- 7,8	3,1	- 5,5	8,8	17,3
Spareinlagen 6)	4,7	49,1	54,8	24,1	16,2	- 4,3	- 39,7	2,5
Sparbriefe	4,4	- 7,6	3,5	1,4	- 1,9	- 9,9	- 2,4	- 1,4
bei Versicherungen 7)	33,3	44,4	53,0	60,4	62,9	68,2	57,9	62,5
in Wertpapieren	42,8	10,6	37,2	33,8	29,2	61,0	85,0	26,3
Rentenwerte 8)	24,4	- 15,5	23,8	6,0	- 11,5	1,5	9,5	1,6
Aktien	0,3	3,4	- 1,7	4,1	4,1	13,8	18,4	- 28,7
Sonstige Beteiligungen	4,4	4,3	4,4	3,4	4,5	1,8	2,7	2,3
Investmentzertifikate	13,8	18,5	10,7	20,3	32,1	44,0	54,4	51,2
Ansprüche aus betrieblichen Pensionsrückstellungen	8,2	5,2	7,9	4,2	5,3	5,4	5,4	5,3
Gesamte Mittelverwendung	198,8	226,3	210,7	199,2	216,7	219,7	188,7	180,0

\* Einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. — 1 In % des Verfügbaren Einkommens. — 2 Einschl. sonstige Verbindlichkeiten. — 3 Einschl. Nettozugang an Wertsachen. — 4 Banken im In- und Ausland. — 5 Einschl. Bargeld. — 6 Bauspareinlagen werden bis 1998 den Sparein-

lagen und, in Übereinstimmung mit der Bankenstatistik, ab 1999 den Termingeldern zugerechnet. — 7 Einschl. Pensionskassen, berufsständische Versorgungswerke und Zusatzversorgungseinrichtungen sowie sonstige Forderungen. — 8 Einschl. Geldmarktpapiere.

Deutsche Bundesbank

### Ersparnis und Finanzierungsüberschuss der privaten Haushalte



1 Nicht konsumtiv verausgabter Teil des Verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche). — 2 Entspricht der Differenz zwischen Ersparnis (einschließlich Vermögensübertragungen, netto) und Sachvermögensbildung.

Deutsche Bundesbank

*Erhöhung der  
Geldvermö-  
gensbildung*

Dagegen konnte die Geldvermögensbildung der privaten Haushalte eine leicht expansive Entwicklung vorweisen, blieb aber mit 120 Mrd € immer noch deutlich unter dem Durchschnitt der neunziger Jahre. Auf Grund der schwachen Börsenverfassung kehrte sich bei einigen Anlageformen der Trend der vergangenen Jahre um. So wurden insbesondere traditionelle Bankprodukte wieder kräftig aufgestockt beziehungsweise nicht weiter abgebaut, während risikobehaftete Engagements deutlich an Attraktivität verloren.

*Aktien und  
Zertifikate*

So gab im vergangenen Jahr die Bereitschaft, direkt oder indirekt Firmenbeteiligungen ins Portefeuille aufzunehmen beziehungsweise zu halten, spürbar nach. Während der direkte Aktienwerb in den beiden Jahren zuvor insgesamt gut 30 Mrd € betragen hatte, wurden

2001 netto Firmenanteile in fast gleichem Umfang verkauft. Eine solch ausgeprägte Neigung, Aktien per saldo wieder abzustoßen, gab es bislang nicht. Auch der indirekte Aktienwerb musste 2001 starke Einbußen hinnehmen. Nimmt man den Aktienfondsabsatz als Richtgröße, so betrug er nur noch ein Achtel des Vorjahres. Allerdings stellten Geldmarkt- und offene Immobilienfonds ein gewisses Gegengewicht dar, so dass die privaten Haushalte letztlich Zertifikate in Höhe von gut 50 Mrd € erworben haben, und damit nur etwas weniger als 2000. Durch die Möglichkeit, bei Fondsanlagen verschiedene Risikobereiche wählen zu können, haben sich die Zertifikate insgesamt als recht stabiles Anlagesegment erwiesen. Darauf entfielen 2001 rund zwei Fünftel der gesamten Geldvermögensbildung, während es im Durchschnitt der neunziger Jahre nur halb so viel gewesen war.

Traditionell große Bedeutung für die privaten Haushalte haben wegen steuerlicher Vorteile und ihrer relativ hohen Sicherheit schon seit langem die Anlagen bei Versicherungen, die ihrerseits die hereinkommenden Mittel in verschiedene „Instrumente“ investieren. Sofern Aktien oder Zertifikate entsprechender Spezialfonds gewählt werden, unterliegen freilich auch die Überschussbeteiligungen der Haushalte einem gewissen Risiko, wenngleich die Versicherungsunternehmen insgesamt weiterhin über erhebliche stille Reserven verfügen, um kurzfristige Ertragsschwankungen ausgleichen zu können. Im Jahr 2001 haben die Haushalte ihre Anlagen bei Versicherungen um knapp 60 Mrd € erhöht, nachdem sie zuvor gegenüber 1999 etwas geringer dotiert worden waren. Mit als Ursache wurde damals

*Anlage bei  
Versicherun-  
gen ...*

die Wartehaltung auf Grund der noch offenen Fragen im Vorfeld der Einführung der „Riester-Rente“ genannt. Diese Unsicherheit ist nun beseitigt, da ab dem Jahr 2002 entsprechend zertifizierte Produkte staatlich gefördert werden.

... und Banken

Eindeutig profitiert von der Aktienschwäche haben die Anlagen bei Banken. Zwar sind hier heftige Schwankungen im kurzfristigen Bereich durchaus normal, allerdings ist eine Aufstockung von knapp 30 Mrd € im Jahr 2001, nachdem im Vorjahr noch eine Reduzierung in ähnlicher Größenordnung stattgefunden hatte, schon außergewöhnlich. Der starke Umschwung ist vor allem auf die Spareinlagen zurückzuführen, die sich nach umfangreichen Auflösungen im Jahr 2000 stabilisierten. Zudem wurden die Termingelder mit knapp 20 Mrd € sehr kräftig dotiert. Hier haben die privaten Haushalte vermutlich freie Mittel zinstragend geparkt, um sie bei einem Anziehen der Aktienkurse schnell umschichten zu können.

### Geldvermögen und Verschuldung der privaten Haushalte

Stagnation  
beim Geld-  
vermögen

Die schwache Aktienkursentwicklung 2001 hat auch beim Geldvermögen der privaten Haushalte gravierende Spuren hinterlassen. Während der transaktionsbedingte Zuwachs 120 Mrd € betrug, stagnierte das zu Marktpreisen gerechnete Geldvermögen auf Grund der niedrigeren Bewertung des Aktienbestands. Eine unmittelbare Folge war, dass im Jahr 2001 die Bankeinlagen vom Betrag her ähnlich hoch waren wie Beteiligungen, Ren-

tenwerte und Zertifikate zusammen. Zuvor hatten verbriefte Anlagen die traditionellen Bankprodukte noch deutlich übertroffen. Fasst man die Jahre 2000 und 2001 zusammen, zeigt sich, dass in dieser Zeit der Geldvermögensbildung von insgesamt 240 Mrd € eine Aufstockung des Bestands von knapp 80 Mrd € gegenüberstand. Das bedeutet eine bewertungsbedingte „Vermögensreduktion“ von 160 Mrd € beziehungsweise knapp 70 % der Geldvermögensbildung innerhalb von zwei Jahren. Diese ungünstige Entwicklung spiegelt sich auch darin wider, dass das Geldvermögen in Relation zum Verfügbaren Einkommen im gleichen Zeitraum um zehn Prozentpunkte und damit recht deutlich gesunken ist.

Weniger ausgeprägt war allerdings der Rückgang beim Nettogeldvermögen der privaten Haushalte, da die Verbindlichkeiten wie geschildert zuletzt nur langsam zugenommen haben. Die Ausweitung der Finanzschulden war 2001 mit gut 20 Mrd € so niedrig wie seit langem nicht; demzufolge verminderten sich die Außenstände auf gut 110 % des Verfügbaren Einkommens. Trotz der jüngsten Verlangsamung war das Tempo des Schuldenanstiegs im Zeitraum von 1991 bis 2001 insgesamt recht hoch. Die finanziellen Verpflichtungen haben sich nahezu verdoppelt, im Durchschnitt sind sie damit um 6 ½ % pro Jahr und folglich wesentlich schneller als das Verfügbare Einkommen gewachsen. Diese Befunde wurden in letzter Zeit verschiedentlich als eine Belastung für den privaten Konsum und damit für das reale Wachstum in Deutschland interpretiert. Allein aus der Höhe und dem Anstieg der Schulden gesamtwirt-

Entwicklung  
der Verschul-  
dung

schaftliche Probleme abzuleiten, ist freilich fragwürdig. Dazu müssen die Verpflichtungen der Haushalte differenzierter beurteilt werden. Insbesondere sind die Fristigkeitsstruktur der Kredite und ihr Verwendungszweck zu prüfen, um mögliche Schwierigkeiten für die Konjunktur orten zu können. Nicht zuletzt ist auch ein Vergleich mit anderen Staaten hilfreich, um die deutsche Entwicklung in den internationalen Kontext einzuordnen.

*Längerfristige  
Laufzeit und ...*

Was die Fristigkeit betrifft, die nicht zuletzt im Zusammenhang mit Änderungen von Notenbankzinsen eine wichtige Rolle spielt, gilt für den gesamten Betrachtungszeitraum, dass die Schulden der privaten Haushalte überwiegend längerfristiger Natur sind. 2001 betrug die Laufzeit von lediglich knapp einem Zehntel aller Verbindlichkeiten weniger als ein Jahr. Zu Beginn der neunziger Jahre hat der Anteil noch etwas höher gelegen. Die ausstehenden kurzfristigen Kredite, bei denen es sich weit überwiegend um Bankausleihungen handelt, sind von 1991 bis 2001 um ein Fünftel gewachsen. Damit blieben sie deutlich hinter dem Zuwachs des Gesamtaggregats zurück. Umgekehrt heißt das, dass die Dynamik der Verschuldung auf die längerfristigen Verbindlichkeiten und Zinsbindungsfristen zurückzuführen ist. Hier betrug die Zuwachsrate gut 90 %.

*... Wohnungs-  
baukredite in  
Deutschland  
dominierend*

Unterteilt man die Kredite der Haushalte nach ihrem Verwendungszweck, wird deutlich, dass das Schwergewicht trotz aller derzeitigen statistischen Unzulänglichkeiten eindeutig bei den Wohnungsbaukrediten liegt. Konsumentenkredite für die Anschaffung

langlebiger Verbrauchsgüter sind – wie auch schon in der Vergangenheit – weit weniger bedeutend. Auf sie entfiel 2001 nur gut ein Zehntel aller aufgenommenen Kredite. Ihr Wachstum betrug im gesamten Untersuchungszeitraum rund 50 % und lag damit weit unter der Expansion der gesamten Verpflichtungen. Dies gilt auch für die dritte Komponente, die Kredite an Einzelunternehmer. Im Vergleich zum kreditfinanzierten Teil der Konsumausgaben ist ihre Bedeutung freilich wesentlich höher. Dies spiegelt nicht zuletzt die wichtige Stellung des freiberuflichen und kleingewerblichen Bereichs innerhalb der deutschen Unternehmenslandschaft wider, auf den schätzungsweise rund zwei Drittel aller deutschen Unternehmen entfallen und immerhin etwa ein Sechstel der Umsätze.

Die Verbindlichkeiten der privaten Haushalte für den Wohnungsbau machten 2001 knapp zwei Drittel aller Außenstände aus. Die Bautätigkeit ist somit für viele Privatpersonen das entscheidende Motiv, Fremdmittel aufzunehmen. Da sich der Wohnungsbau vereinigungsbedingt vor allem zu Beginn der neunziger Jahre und auch noch bis Ende der letzten Dekade auf einem recht hohen Niveau bewegt hatte, verwundert es nicht, dass gerade die Baukredite, die fast ausschließlich längerfristiger Natur sind, von einem im Durchschnitt hohen Wachstum geprägt waren. Erst ab 2000 kam es zu einer spürbaren Einschränkung des Eigenheimbaus, was sich auch nachhaltig bei der Mittelaufnahme zeigte. Insgesamt hat sich der Bestand an Wohnungsbaukrediten von 1991 bis 2001 verdoppelt.

Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten Haushalte \*)

Position	1991	1993	1995	1997	1998	1999	2000	2001
	in Mrd €							
<b>Geldvermögen</b>								
bei Banken 1)	926	1 089	1 128	1 210	1 256	1 266	1 235	1 262
kurzfristig	617	760	782	877	931	963	921	957
längerfristig	309	329	346	333	325	303	314	305
bei Versicherungen 2) 3)	401	479	573	684	741	805	868	930
in Wertpapieren	570	714	849	1 020	1 107	1 316	1 350	1 266
Rentenwerte 4)	276	307	365	361	356	364	370	358
Aktien	131	172	187	294	339	461	433	337
Sonstige Beteiligungen	80	99	106	122	122	124	136	138
Investmentzertifikate	84	136	190	244	290	368	411	433
aus Pensionsrückstellungen	123	138	152	168	176	184	190	195
<b>Insgesamt</b>	<b>2 020</b>	<b>2 420</b>	<b>2 701</b>	<b>3 082</b>	<b>3 281</b>	<b>3 571</b>	<b>3 642</b>	<b>3 653</b>
<b>Verbindlichkeiten</b>								
Kredite	815	970	1 138	1 275	1 351	1 442	1 487	1 508
kurzfristig	91	99	104	103	109	110	113	109
längerfristig	724	871	1 034	1 172	1 241	1 332	1 374	1 399
Sonstige Verbindlichkeiten	9	10	12	12	12	12	13	14
<b>Insgesamt</b>	<b>824</b>	<b>980</b>	<b>1 150</b>	<b>1 287</b>	<b>1 362</b>	<b>1 454</b>	<b>1 500</b>	<b>1 522</b>
darunter:								
Konsumentenkredite	131	154	165	178	188	188	194	193
Wohnungsbaukredite	492	580	697	803	841	913	947	978
Gewerbliche Kredite	191	236	275	294	321	341	346	338
<b>Nettogeldvermögen</b>	<b>1 196</b>	<b>1 440</b>	<b>1 552</b>	<b>1 795</b>	<b>1 918</b>	<b>2 116</b>	<b>2 142</b>	<b>2 131</b>
Nachrichtlich:	in € je Haushalt							
Geldvermögen	57 300	66 800	73 100	82 300	87 400	94 500	95 500	95 100
Verbindlichkeiten	23 400	27 000	31 100	34 400	36 300	38 500	39 400	39 600
	in % des verfügbaren Einkommens							
Geldvermögen	206,0	223,2	234,2	255,8	264,9	280,0	277,9	269,3
Verbindlichkeiten	84,0	90,3	99,7	106,8	110,0	114,0	114,5	112,2
Nettogeldvermögen	122,0	132,8	134,5	149,0	154,9	166,0	163,4	157,1
	in % des BIP							
Geldvermögen	134,5	146,3	150,0	164,7	170,0	180,9	179,8	177,1
Verbindlichkeiten	54,8	59,2	63,8	68,8	70,6	73,7	74,1	73,8
Nettogeldvermögen	79,6	87,1	86,1	95,9	99,4	107,2	105,8	103,3

\* Einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. — einrichtungen. — 3 Einschl. sonstige Forderungen. —  
1 Im In- und Ausland. — 2 Einschl. Pensionskassen, berufs- 4 Einschl. Geldmarktpapiere.  
ständische Versorgungswerke und Zusatzversorgungs-

### Verbindlichkeiten der privaten Haushalte im internationalen Vergleich

in % des nominalen BIP

Länder	1995	2001
Belgien	41	44
Dänemark	87	101
Deutschland	64	74
Spanien	44	62
Frankreich	43	46
Italien	23	30
Niederlande	62	84
Österreich	36	41
Portugal	43	81
Finnland	37	32
Schweden	53	57
Großbritannien	74	80
USA 1)	90	108

Quelle: Eurostat, Board of Governors of the Federal Reserve System sowie andere nationale Statistiken und eigene Berechnungen (Angaben gerundet). — 1 Sektorabgrenzung gemäß „personal sector“, d. h. einschl. Verbindlichkeiten von Personengesellschaften.

Deutsche Bundesbank

Vergleich  
mit anderen  
EU-Staaten  
sowie ...

Für einen internationalen Vergleich der Verschuldung der privaten Haushalte in den EU-Staaten bieten sich die Daten der nationalen Finanzierungsrechnung an, die jährlich an Eurostat zu übermitteln sind und auf Basis des ESVG '95 erstellt werden. Hierdurch ist sichergestellt, dass der Haushaltssektor weitgehend einheitlich abgegrenzt ist. Allerdings liegen entsprechende Zeitreihen bislang nur für 1995 bis 2000 vor; deshalb müssen die Angaben für 2001 an Hand nationaler Quellen ermittelt werden. Bezieht man entsprechend internationalen Gepflogenheiten die Verbindlichkeiten der privaten Haushalte auf die gesamte Wirtschaftsleistung eines Landes, zeigt sich, dass Deutschland im vergangenen Jahr keineswegs den höchsten Verschuldungsgrad unter allen EU-Ländern aufwies. Vier Länder, nämlich Dänemark, die Niederlande, Portugal

und Großbritannien, rangierten zum Teil deutlich davor. Die mit Abstand geringste Quote wiesen Italien und Finnland mit jeweils rund 30 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) auf. Diese Spreizung kann durch länderspezifische Gegebenheiten, wie beispielsweise die unterschiedliche Eigenheimpräferenz, die von Banken geforderte Eigenmittelausstattung, die Höhe der Baukosten und Immobilienpreise sowie steuerliche Faktoren, determiniert sein.

Auch was die zeitliche Entwicklung der Haushaltsverschuldung von 1995 bis 2001 angeht, befindet sich Deutschland mit einem Zuwachs der Schuldenquote von zehn Prozentpunkten eher im Mittelfeld. Spitzenreiter ist Portugal, wo sich die Schulden absolut betrachtet mehr als verdoppelt haben. Der entsprechende BIP-Anteil ist um fast 40 Prozentpunkte gestiegen. Mit deutlichem Abstand folgen Spanien und die Niederlande; hier hat der Verschuldungsgrad allerdings immer noch weit überdurchschnittlich zugenommen. Den vorliegenden Informationen zufolge stand wie in Deutschland auch in den meisten EU-Partnerstaaten die verstärkte Kreditaufnahme überwiegend im Zusammenhang mit dem Wohnungsbau. In Großbritannien dagegen wiesen die konsumtiv verwendeten Ausleihungen zuletzt ein überdurchschnittliches Wachstum auf. Die Verbindlichkeiten insgesamt haben dort von 1995 bis 2001 um die Hälfte expandiert. Der Zuwachs der Verschuldungsquote war mit gut fünf Prozentpunkten seit Mitte der neunziger Jahre auch wegen des relativ hohen nominalen BIP-Wachstums allerdings recht moderat.

... mit den USA

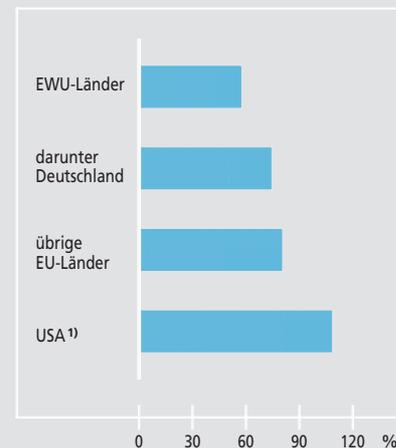
Der in den letzten Monaten häufig durchgeführte bilaterale Verschuldungsvergleich zwischen Deutschland und den USA steht vor dem statistischen Problem, dass in den beiden Rechenwerken der Sektor private Haushalte nicht identisch abgegrenzt ist. So schließt in den USA der Sektor „households“ nicht wie in Deutschland die Einzelunternehmen mit ein, weist also gemessen an der europäischen Sektorklassifikation die Verbindlichkeiten zu niedrig aus. Andererseits überzeichnet das alternative Konzept „personal sector“ die Fremdmittel, da hier neben den Einzelunternehmen auch die Personengesellschaften eingerechnet werden. Gemäß dem ESVG '95 gehören letztere zum Sektor der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften. In den USA gab es von 1995 bis 2001 eine deutliche Zunahme der Verschuldung, die – und zwar unabhängig von der Berechnungsweise – akzentuierter war als hier zu Lande. Stellt man die umfassende Abgrenzung für die USA den üblicherweise verwendeten deutschen Zahlen gegenüber oder korrigiert die Kredite an deutsche private Haushalte um die Ausleihungen an die Einzelunternehmen (entsprechend dem engeren Konzept „households“), lag das Verschuldungsniveau der amerikanischen Haushalte gemessen am BIP deutlich höher als in Deutschland.

*Verschuldung im Euro-Raum, Bedeutung der längerfristigen Finanzierung ...*

Begrenzt man den Blick auf den Euro-Raum, so war dort in dem Zeitraum 1995 bis 2001 ein Anstieg der Verschuldungsquote der privaten Haushalte von knapp zehn Prozentpunkten festzustellen. Dieser fand vor allem in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre statt, seitdem verlangsamte sich das Wachstum in fast allen EWU-Staaten zum Teil spür-

### Verschuldungsgrad in ausgewählten Ländern im Jahr 2001 \*)

in % des nominalen BIP



Quelle: Eurostat, Board of Governors of the Federal Reserve System sowie andere nationale Statistiken und eigene Berechnungen. — \* Finanzverbindlichkeiten der privaten Haushalte. — 1 Sektorabgrenzung gemäß „personal sector“, d.h. einschließlich Verbindlichkeiten von Personengesellschaften.

Deutsche Bundesbank

bar. Die Ausweitung der Verbindlichkeiten beruhte insbesondere auf einer verstärkten Nachfrage nach Mitteln für den Wohnungsbau; dabei handelte es sich zumeist um Kredite mit längerer Laufzeit und mit überwiegend fest vereinbarten Zinssätzen. Dies bedeutet, dass weniger die kurzfristigen als vielmehr die langfristigen Zinsen die zentrale Kostenkomponente darstellen. Die Kapitalmarktzinsen waren in den letzten Jahren im Durchschnitt deutlich niedriger als in der ersten Hälfte der neunziger Jahre und haben von daher entscheidend dazu beigetragen, die Zinsbelastung der privaten Haushalte trotz gestiegener Verschuldung in Grenzen zu halten. Die Zinskonvergenz im Zuge des Maastrichtprozesses sowie danach die Geldpolitik des Eurosystems hatten maßgeblichen Anteil an dieser Entwicklung. Grundsätzlich kann eine stabilitäts-

orientierte Geldpolitik die Inflationserwartungen niedrig halten und somit das Ihre leisten, um den letztlich am Kapitalmarkt determinierten Zins günstig zu beeinflussen. Dies kommt den privaten Haushalten auch in ihrer Eigenschaft als „Häuslebauer“ zugute.

*... und der  
Wohnungsbau-  
kredite für die  
Geldpolitik*

Darüber hinaus ist eine verstärkte Inanspruchnahme von Krediten für den Wohnungsbau grundsätzlich anders zu beurteilen als für rein konsumtive Zwecke. So ist zu berücksichtigen, dass dem Zinsendienst für die Wohnungsbaukredite eine Entlastung auf Grund von nicht mehr zu leistenden Mieten gegenübersteht oder bei Vermietung der Immobilie entsprechende Einnahmen anfallen. Eine steigende Zinslastquote der privaten Haushalte, die auf eine zunehmende Vermögensbildung in Form von Immobilien zurückzuführen ist,

signalisiert keineswegs eine entsprechende Einschränkung des Ausgabenspielraums. Außerdem bedeutet die Anschaffung eines langfristig werthaltigen Aktivums für den Kreditgeber eine dingliche Sicherheit im Fall der Zahlungsunfähigkeit des Schuldners. Das gilt freilich nur dann, wenn es bei den Immobilienpreisen nicht zu Übersteigerungen kommt, die ihrerseits expansiv auf die Kreditnachfrage wirken. Dies ist für den Euro-Raum als Ganzes betrachtet auch nicht festzustellen. Obgleich Vermögenspreise nicht im Fokus der Geldpolitik stehen, kann eine konsequente Stabilitätsorientierung dazu beitragen, eine solche „asset inflation“ zumindest zu begrenzen und damit möglichen Verwerfungen für die privaten Haushalte und Banken sowie für die Volkswirtschaft insgesamt vorzubeugen.

Der Tabellenanhang zum vorstehenden Aufsatz ist auf den folgenden Seiten abgedruckt.

## Vermögensbildung der Sektoren und ihre Finanzierung im Jahr 2001

Mrd €

Position	Inländische nichtfinanzielle Sektoren					
	Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck	Nicht-finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat			Insgesamt
			Insgesamt	Gebietskörperschaften	Sozialversicherungen	
Sachvermögensbildung und Sparen						
Nettoinvestitionen	58,07	37,88	2,21	2,02	0,19	98,16
Bruttoinvestitionen	147,58	218,54	36,09	35,18	0,91	402,21
Abschreibungen	89,51	180,66	33,88	33,16	0,72	304,05
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern	0,96	0,42	- 1,38	- 1,38	-	-
Sparen und Vermögensübertragungen	157,98	- 9,96	- 55,46	- 53,38	- 2,08	92,56
Sparen	138,22	- 24,83	- 29,44	- 28,07	- 1,37	83,95
Vermögensübertragungen (netto)	19,76	14,87	- 26,02	- 25,31	- 0,71	8,61
Finanzierungsüberschuss/-defizit <sup>3)</sup>	98,95	- 48,26	- 56,29	- 54,02	- 2,27	- 5,60
Statistische Differenz <sup>4)</sup>	.	27,11	.	.	.	27,11
Geldvermögensbildung						
Währungsgold und Sonderziehungsrechte	.	.	.	.	.	.
Bargeld und Einlagen	26,74	18,82	- 40,96	- 38,61	- 2,35	4,60
Bargeld und Sichteinlagen	8,36	10,80	- 0,51	- 0,72	0,21	18,65
Termingelder <sup>5)</sup>	17,32	9,06	- 40,01	- 37,49	- 2,52	- 13,64
Spareinlagen	2,45	- 0,57	- 0,47	- 0,40	- 0,06	1,42
Sparbriefe	- 1,38	- 0,47	0,02	- 0,00	0,02	- 1,83
Geldmarktpapiere	- 0,07	28,93	0,29	0,29	.	29,15
Rentenwerte	1,64	61,01	- 1,40	0,12	- 1,52	61,25
Finanzderivate	.	- 3,35	.	.	.	- 3,35
Aktien	- 28,70	26,41	0,00	0,00	.	- 2,29
Sonstige Beteiligungen	2,26	- 0,49	- 7,79	- 7,79	.	- 6,02
Investmentzertifikate	51,20	3,54	1,48	.	1,48	56,21
Kredite	.	6,66	o) 0,81	0,81	- 0,02	7,47
Kurzfristige Kredite	.	- 0,63	- 0,44	- 0,44	.	- 1,07
Längerfristige Kredite	.	7,29	o) 1,25	1,25	- 0,02	8,54
Ansprüche gegenüber Versicherungen <sup>2)</sup>	58,72	2,91	0,05	0,05	.	61,68
Kurzfristige Ansprüche	5,44	2,91	0,05	0,05	.	8,40
Längerfristige Ansprüche	53,28	.	.	.	.	53,28
Ansprüche aus Pensionsrückstellungen	5,34	.	.	.	.	5,34
Sonstige Forderungen	3,81	3,85	- 5,91	- 6,46	0,56	1,74
<b>Insgesamt</b>	<b>120,93</b>	<b>148,28</b>	<b>o) - 53,45</b>	<b>- 51,62</b>	<b>- 1,85</b>	<b>215,76</b>
Außenfinanzierung						
Bargeld und Einlagen	.	.	.	.	.	.
Bargeld und Sichteinlagen	.	.	.	.	.	.
Termingelder <sup>5)</sup>	.	.	.	.	.	.
Spareinlagen	.	.	.	.	.	.
Sparbriefe	.	.	.	.	.	.
Geldmarktpapiere	.	5,75	11,38	11,38	.	17,13
Rentenwerte	.	14,78	10,21	10,21	.	24,99
Finanzderivate	.	.	.	.	.	.
Aktien	.	40,90	.	.	.	40,90
Sonstige Beteiligungen	.	24,85	.	.	.	24,85
Investmentzertifikate	.	.	.	.	.	.
Kredite	21,35	78,37	o) - 18,75	- 19,18	0,42	80,97
Kurzfristige Kredite	- 3,32	8,63	6,83	6,39	0,44	12,14
Längerfristige Kredite	24,68	69,74	o) - 25,58	- 25,57	- 0,02	68,84
Ansprüche gegenüber Versicherungen <sup>2)</sup>	.	.	.	.	.	.
Kurzfristige Ansprüche	.	.	.	.	.	.
Längerfristige Ansprüche	.	.	.	.	.	.
Ansprüche aus Pensionsrückstellungen	.	4,50	.	.	.	4,50
Sonstige Verbindlichkeiten	0,63	0,29	.	.	.	0,92
<b>Insgesamt</b>	<b>21,98</b>	<b>169,43</b>	<b>o) 2,84</b>	<b>2,41</b>	<b>0,42</b>	<b>194,25</b>
<b>Nettogeldvermögensbildung <sup>6)</sup></b>	<b>98,95</b>	<b>- 21,15</b>	<b>- 56,29</b>	<b>- 54,02</b>	<b>- 2,27</b>	<b>21,51</b>

1 Kreditinstitute einschl. Deutsche Bundesbank, Bausparkassen und Geldmarktfonds. — 2 Einschl. Pensions- und Sterbekassen sowie berufsständische Versorgungswerke und Zusatzversorgungseinrichtungen.

gen. — 3 Sparen und Vermögensübertragungen (netto) abzüglich Nettoinvestitionen und Nettozugang an nichtproduzierten Ver-

Deutsche Bundesbank

Inländische finanzielle Sektoren				Übrige Welt	Sektoren insgesamt	Position
Monetäre Finanz- institute 1)	Sonstige Finanzinstitute	Versicherun- gen 2)	Insgesamt			
1,78	0,04	0,45	2,27	.	100,43	Sachvermögensbildung und Sparen
7,49	0,09	2,85	10,43	.	412,64	Nettoinvestitionen
5,71	0,05	2,40	8,16	.	312,21	Bruttoinvestitionen
						Abschreibungen
-	-	-	-	-	-	Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern
23,72	-	5,86	17,86	- 9,99	100,43	Sparen und Vermögensübertragungen
23,72	-	3,54	27,26	- 10,78	100,43	Sparen
-	-	9,40	- 9,40	0,79	-	Vermögensübertragungen (netto)
21,94	- 0,04	- 6,31	15,59	- 9,99	-	Finanzierungsüberschuss/-defizit 3)
.	.	.	.	- 27,11	-	Statistische Differenz 4)
0,08	.	.	0,08	- 0,08	-	Geldvermögensbildung
78,78	8,03	17,45	104,26	52,08	160,94	Währungsgold und Sonderziehungsrechte
25,30	6,45	2,71	34,46	- 26,73	26,38	Bargeld und Einlagen
53,47	1,47	15,87	70,82	78,55	135,73	Bargeld und Sichteinlagen
.	- 0,00	- 0,36	- 0,36	0,26	1,32	Termingelder 5)
.	0,11	- 0,78	- 0,67	0,01	- 2,50	Spareinlagen
- 20,26	0,24	.	- 20,02	- 31,97	- 22,85	Sparbriefe
60,95	19,78	4,91	85,64	54,88	201,77	Geldmarktpapiere
- 3,35	.	.	- 3,35	.	- 6,70	Rentenwerte
- 9,75	28,61	15,35	34,21	86,19	118,10	Finanzderivate
7,68	9,37	2,90	19,94	30,89	44,81	Aktien
10,25	1,45	26,91	38,61	1,12	95,94	Sonstige Beteiligungen
63,48	- 0,39	9,45	72,54	41,35	121,36	Investmentzertifikate
14,98	.	1,29	16,26	2,80	17,99	Kredite
48,51	- 0,39	8,17	56,28	38,55	103,38	Kurzfristige Kredite
.	.	.	.	3,37	65,05	Längerfristige Kredite
.	.	.	.	3,36	11,76	Ansprüche gegenüber Versicherungen 2)
.	.	.	.	0,01	53,29	Kurzfristige Ansprüche
.	.	.	.	.	5,34	Längerfristige Ansprüche
- 3,77	- 0,04	4,22	0,41	11,07	13,22	Ansprüche aus Pensionsrückstellungen
						Sonstige Forderungen
184,09	67,04	81,18	332,31	248,90	796,97	Insgesamt
87,51	.	.	87,51	73,43	160,94	Außenfinanzierung
1,08	.	.	1,08	25,30	26,38	Bargeld und Einlagen
87,61	.	.	87,61	48,13	135,73	Bargeld und Sichteinlagen
1,32	.	.	1,32	.	1,32	Termingelder 5)
- 2,50	.	.	- 2,50	.	- 2,50	Spareinlagen
- 39,01	.	.	- 39,01	- 0,97	- 22,85	Sparbriefe
88,37	.	0,10	88,47	88,31	201,77	Geldmarktpapiere
.	.	.	.	- 6,70	- 6,70	Rentenwerte
6,59	.	7,74	14,33	62,88	118,10	Finanzderivate
1,93	.	.	1,93	18,03	44,81	Aktien
12,91	63,90	.	76,81	19,13	95,94	Sonstige Beteiligungen
.	3,18	1,45	4,63	35,76	121,36	Investmentzertifikate
.	1,01	1,38	2,40	3,45	17,99	Kredite
.	2,16	0,07	2,23	32,31	103,38	Kurzfristige Kredite
.	.	65,02	65,02	0,03	65,05	Längerfristige Kredite
.	.	11,76	11,76	.	11,76	Ansprüche gegenüber Versicherungen 2)
.	.	53,26	53,26	0,03	53,29	Kurzfristige Ansprüche
0,58	.	0,26	0,84	.	5,34	Längerfristige Ansprüche
3,27	.	12,92	16,19	- 3,89	13,22	Ansprüche aus Pensionsrückstellungen
						Sonstige Verbindlichkeiten
162,15	67,08	87,49	316,72	286,00	796,97	Insgesamt
21,94	- 0,04	- 6,31	15,59	- 37,10	-	Nettogeldvermögensbildung 6)

mögensgütern. — 4 Nettogeldvermögensbildung abzüglich Finan-  
zierungsüberschuss. — 5 Einschl. Bauspareinlagen. — 6 Geldvermögens-

bildung abzüglich Außenfinanzierung. — o Bei der Summenbildung  
wurden die innersektoralen Ströme nicht mitaddiert.

## Vermögensbildung der Sektoren und ihre Finanzierung im Jahr 2000

Mrd €

Position	Inländische nichtfinanzielle Sektoren					
	Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck	Nicht-finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat			Insgesamt
			Insgesamt	Gebietskörperschaften	Sozialversicherungen	
Sachvermögensbildung und Sparen						
Nettoinvestitionen	70,52	70,99	3,70	3,56	0,14	145,21
Bruttoinvestitionen	157,17	245,76	37,01	36,17	0,84	439,94
Abschreibungen	86,65	174,77	33,31	32,61	0,70	294,73
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern <sup>3)</sup>	1,03	34,37	- 52,28	- 52,28	-	- 16,88
Sparen und Vermögensübertragungen	146,92	- 17,03	- 24,64	- 25,44	0,80	105,25
Sparen	127,89	- 28,67	- 2,22	- 3,79	1,57	97,00
Vermögensübertragungen (netto)	19,03	11,64	- 22,42	- 21,65	- 0,77	8,25
Finanzierungsüberschuss/-defizit <sup>4)</sup>	75,37	- 122,39	23,94	23,28	0,66	- 23,08
Statistische Differenz <sup>5)</sup>	.	- 34,41	.	.	.	- 34,41
Geldvermögensbildung						
Währungsgold und Sonderziehungsrechte	.	.	.	.	.	.
Bargeld und Einlagen	- 31,12	4,97	47,46	46,43	1,03	21,31
Bargeld und Sichteinlagen	2,21	9,95	1,91	2,20	- 0,28	14,07
Termingelder <sup>6)</sup>	8,82	- 4,89	45,95	44,41	1,54	49,89
Spareinlagen	- 39,70	- 0,30	- 0,52	- 0,31	- 0,21	- 40,52
Sparbriefe	- 2,45	0,21	0,11	0,13	- 0,02	- 2,13
Geldmarktpapiere	0,12	10,69	0,26	0,26	.	11,08
Rentenwerte	9,35	39,78	1,67	0,00	1,67	50,81
Finanzderivate	.	2,11	.	.	.	2,11
Aktien	18,41	62,64	- 3,58	- 3,58	.	77,47
Sonstige Beteiligungen	2,69	36,75	- 2,48	- 2,48	.	36,97
Investmentzertifikate	54,42	3,13	- 0,70	.	- 0,70	56,85
Kredite	.	37,73	o) 5,97	5,97	- 0,07	43,70
Kurzfristige Kredite	.	31,87	- 3,74	- 3,74	.	28,13
Längerfristige Kredite	.	5,86	o) 9,71	9,71	- 0,07	15,57
Ansprüche gegenüber Versicherungen <sup>2)</sup>	56,42	0,38	0,01	0,01	.	56,80
Kurzfristige Ansprüche	1,08	0,38	0,01	0,01	.	1,47
Längerfristige Ansprüche	55,33	.	.	.	.	55,33
Ansprüche aus Pensionsrückstellungen	5,35	.	.	.	.	5,35
Sonstige Forderungen	1,52	- 5,79	- 8,39	- 6,84	- 1,55	- 12,66
<b>Insgesamt</b>	<b>117,16</b>	<b>192,39</b>	<b>o) 40,22</b>	<b>39,78</b>	<b>0,37</b>	<b>349,77</b>
Außenfinanzierung						
Bargeld und Einlagen	.	.	.	.	.	.
Bargeld und Sichteinlagen	.	.	.	.	.	.
Termingelder <sup>6)</sup>	.	.	.	.	.	.
Spareinlagen	.	.	.	.	.	.
Sparbriefe	.	.	.	.	.	.
Geldmarktpapiere	.	5,28	- 0,23	- 0,23	.	5,06
Rentenwerte	.	3,11	29,44	29,44	.	32,56
Finanzderivate	.	.	.	.	.	.
Aktien	.	19,55	.	.	.	19,55
Sonstige Beteiligungen	.	109,28	.	.	.	109,28
Investmentzertifikate	.	.	.	.	.	.
Kredite	43,14	202,67	o) - 12,94	- 12,72	- 0,29	232,87
Kurzfristige Kredite	2,66	86,64	- 2,04	- 1,81	- 0,23	87,26
Längerfristige Kredite	40,48	116,03	o) - 10,90	- 10,91	- 0,05	145,62
Ansprüche gegenüber Versicherungen <sup>2)</sup>	.	.	.	.	.	.
Kurzfristige Ansprüche	.	.	.	.	.	.
Längerfristige Ansprüche	.	.	.	.	.	.
Ansprüche aus Pensionsrückstellungen	.	4,50	.	.	.	4,50
Sonstige Verbindlichkeiten	- 1,35	4,79	.	.	.	3,44
<b>Insgesamt</b>	<b>41,79</b>	<b>349,19</b>	<b>o) 16,28</b>	<b>16,50</b>	<b>- 0,29</b>	<b>407,26</b>
<b>Nettogeldvermögensbildung <sup>7)</sup></b>	<b>75,37</b>	<b>- 156,80</b>	<b>23,94</b>	<b>23,28</b>	<b>0,66</b>	<b>- 57,49</b>

1 Kreditinstitute einschl. Deutsche Bundesbank, Bausparkassen und Geldmarktfonds. — 2 Einschl. Pensions- und Sterbekassen sowie berufsständische Versorgungswerke und Zusatzversorgungseinrichtungen.

3 Einschl. des Nettozugangs an UMTS-Lizenzen. — 4 Sparen und Vermögensübertragungen (netto) abzüglich Nettoinvestitionen und Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern. — 5 Netto-

Deutsche Bundesbank

Inländische finanzielle Sektoren				Übrige Welt	Sektoren insgesamt	Position
Monetäre Finanz- institute 1)	Sonstige Finanzinstitute	Versicherun- gen 2)	Insgesamt			
1,99	0,02	0,48	2,49	.	147,70	Sachvermögensbildung und Sparen
7,48	0,09	2,72	10,29	.	450,23	Nettoinvestitionen
5,49	0,07	2,24	7,80	.	302,53	Bruttoinvestitionen
						Abschreibungen
-	-	-	-	16,88	-	Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern 3)
25,60	-	3,95	21,65	20,80	147,70	Sparen und Vermögensübertragungen
25,60	-	5,85	31,45	19,25	147,70	Sparen
-	-	9,80	- 9,80	1,55	-	Vermögensübertragungen (netto)
23,61	- 0,02	- 4,43	19,16	3,92	-	Finanzierungsüberschuss/-defizit 4)
.	.	.	.	34,41	-	Statistische Differenz 5)
- 0,14	.	.	- 0,14	0,14	-	Geldvermögensbildung
52,03	9,45	20,22	81,70	113,75	216,76	Währungsgold und Sonderziehungsrechte
15,18	7,15	0,65	22,98	58,54	95,59	Bargeld und Einlagen
36,85	2,32	19,27	58,44	54,24	162,57	Bargeld und Sichteinlagen
.	- 0,00	0,05	0,05	- 0,19	- 40,67	Termingelder 6)
.	- 0,01	0,25	0,24	1,15	- 0,73	Spareinlagen
4,54	- 0,29	.	4,24	3,48	18,80	Sparbriefe
88,05	14,07	- 11,51	90,61	69,16	210,58	Geldmarktpapiere
2,11	.	.	2,11	.	4,21	Rentenwerte
24,29	55,63	8,23	88,15	- 20,02	145,61	Finanzderivate
8,14	6,95	4,35	19,44	96,01	152,41	Aktien
14,45	2,75	32,70	49,90	10,94	117,69	Sonstige Beteiligungen
85,56	- 1,56	5,40	89,40	140,10	273,20	Investmentzertifikate
- 9,25	.	4,50	- 4,75	65,31	88,69	Kredite
94,80	- 1,56	0,90	94,14	74,80	184,51	Kurzfristige Kredite
.	.	.	.	4,57	61,37	Längerfristige Kredite
.	.	.	.	4,57	6,04	Ansprüche gegenüber Versicherungen 2)
.	.	.	.	- 0,00	55,33	Kurzfristige Ansprüche
.	.	.	.	.	5,35	Längerfristige Ansprüche
38,72	- 0,02	3,56	42,26	15,14	44,73	Ansprüche aus Pensionsrückstellungen
						Sonstige Forderungen
317,74	86,98	62,95	467,66	433,27	1 250,70	Insgesamt
154,34	.	.	154,34	62,42	216,76	Außenfinanzierung
80,40	.	.	80,40	15,18	95,59	Bargeld und Einlagen
115,33	.	.	115,33	47,24	162,57	Bargeld und Sichteinlagen
- 40,67	.	.	- 40,67	.	- 40,67	Termingelder 6)
- 0,73	.	.	- 0,73	.	- 0,73	Spareinlagen
15,32	.	.	15,32	- 1,58	18,80	Sparbriefe
105,67	.	0,86	106,53	71,49	210,58	Geldmarktpapiere
.	.	.	.	4,21	4,21	Rentenwerte
5,27	.	0,24	5,51	120,54	145,61	Finanzderivate
- 0,32	.	.	- 0,32	43,45	152,41	Aktien
- 2,22	87,37	.	85,16	32,53	117,69	Sonstige Beteiligungen
.	- 0,38	- 0,30	- 0,68	41,00	273,20	Investmentzertifikate
.	- 1,80	0,13	- 1,67	3,10	88,69	Kredite
.	1,43	- 0,43	0,99	37,90	184,51	Kurzfristige Kredite
.	.	61,39	61,39	- 0,01	61,37	Längerfristige Kredite
.	.	6,04	6,04	.	6,04	Ansprüche gegenüber Versicherungen 2)
.	.	55,35	55,35	- 0,01	55,33	Kurzfristige Ansprüche
0,59	.	0,26	0,85	.	5,35	Längerfristige Ansprüche
15,47	.	4,93	20,40	20,89	44,73	Ansprüche aus Pensionsrückstellungen
						Sonstige Verbindlichkeiten
294,13	87,00	67,38	448,50	394,94	1 250,70	Insgesamt
23,61	- 0,02	- 4,43	19,16	38,33	-	Nettogeldvermögensbildung 7)

geldvermögensbildung abzüglich Finanzierungsüberschuss. —  
6 Einschl. Bauspareinlagen. — 7 Geldvermögensbildung abzüglich

Außenfinanzierung. — o Bei der Summenbildung wurden die inner-  
sektoralen Ströme nicht mitaddiert.

## Vermögensbildung der Sektoren und ihre Finanzierung im Jahr 1999

Mrd €

Position	Inländische nichtfinanzielle Sektoren					
	Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck	Nicht-finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat			Insgesamt
			Insgesamt	Gebietskörperschaften	Sozialversicherungen	
Sachvermögensbildung und Sparen						
Nettoinvestitionen	72,95	56,67	4,58	4,46	0,12	134,20
Bruttoinvestitionen	156,54	224,38	37,32	36,52	0,80	418,24
Abschreibungen	83,59	167,71	32,74	32,06	0,68	284,04
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern	1,38	0,57	- 1,95	- 1,95	-	-
Sparen und Vermögensübertragungen	143,77	- 6,15	- 27,84	- 33,47	5,63	109,78
Sparen	125,73	- 16,98	- 8,81	- 15,07	6,26	99,94
Vermögensübertragungen (netto)	18,04	10,83	- 19,03	- 18,40	- 0,63	9,84
Finanzierungsüberschuss/-defizit <sup>3)</sup>	69,44	- 63,39	- 30,47	- 35,98	5,51	- 24,42
Statistische Differenz <sup>4)</sup>	.	18,13	.	.	.	18,13
Geldvermögensbildung						
Währungsgold und Sonderziehungsrechte	.	.	.	.	.	.
Bargeld und Einlagen	10,72	- 4,93	9,24	5,80	3,44	15,03
Bargeld und Sichteinlagen	30,38	1,68	- 0,21	- 0,68	0,47	31,84
Termingelder <sup>5)</sup>	- 5,48	- 6,40	10,67	6,11	4,56	- 1,21
Spareinlagen	- 4,31	- 0,24	- 0,01	0,32	- 0,33	- 4,57
Sparbriefe	- 9,87	0,03	- 1,20	0,06	- 1,26	- 11,05
Geldmarktpapiere	- 0,39	- 3,55	0,23	0,23	.	- 3,71
Rentenwerte	1,85	35,30	- 0,91	0,73	- 1,64	36,25
Finanzderivate	.	0,87	.	.	.	0,87
Aktien	13,81	46,43	- 6,88	- 6,88	.	53,36
Sonstige Beteiligungen	1,81	43,98	- 5,06	- 5,06	.	40,72
Investmentzertifikate	43,97	10,85	1,82	.	1,82	56,63
Kredite	.	31,49	o) 1,16	1,16	- 0,00	32,66
Kurzfristige Kredite	.	25,74	- 4,21	- 4,21	.	21,52
Längerfristige Kredite	.	5,76	o) 5,38	5,38	- 0,00	11,14
Ansprüche gegenüber Versicherungen <sup>2)</sup>	61,68	1,23	0,02	0,02	.	62,93
Kurzfristige Ansprüche	3,46	1,23	0,02	0,02	.	4,71
Längerfristige Ansprüche	58,22	.	.	.	.	58,22
Ansprüche aus Pensionsrückstellungen	5,43	.	.	.	.	5,43
Sonstige Forderungen	6,47	- 8,79	4,71	2,23	2,48	2,40
<b>Insgesamt</b>	<b>145,34</b>	<b>152,89</b>	<b>o) 4,34</b>	<b>- 1,76</b>	<b>6,10</b>	<b>302,57</b>
Außenfinanzierung						
Bargeld und Einlagen	.	.	.	.	.	.
Bargeld und Sichteinlagen	.	.	.	.	.	.
Termingelder <sup>5)</sup>	.	.	.	.	.	.
Spareinlagen	.	.	.	.	.	.
Sparbriefe	.	.	.	.	.	.
Geldmarktpapiere	.	4,64	- 0,43	- 0,43	.	4,21
Rentenwerte	.	- 3,16	44,83	44,83	.	41,67
Finanzderivate	.	.	.	.	.	.
Aktien	.	28,79	.	.	.	28,79
Sonstige Beteiligungen	.	14,30	.	.	.	14,30
Investmentzertifikate	.	.	.	.	.	.
Kredite	74,38	138,39	o) - 9,58	- 10,18	0,59	203,19
Kurzfristige Kredite	- 1,07	46,16	- 1,49	- 2,02	0,53	43,60
Längerfristige Kredite	75,45	92,22	o) - 8,09	- 8,16	0,06	159,58
Ansprüche gegenüber Versicherungen <sup>2)</sup>	.	.	.	.	.	.
Kurzfristige Ansprüche	.	.	.	.	.	.
Längerfristige Ansprüche	.	.	.	.	.	.
Ansprüche aus Pensionsrückstellungen	.	4,50	.	.	.	4,50
Sonstige Verbindlichkeiten	1,52	10,70	.	.	.	12,21
<b>Insgesamt</b>	<b>75,90</b>	<b>198,15</b>	<b>o) 34,81</b>	<b>34,22</b>	<b>0,59</b>	<b>308,86</b>
Nettogeldvermögensbildung <sup>6)</sup>	69,44	- 45,26	- 30,47	- 35,98	5,51	- 6,29

1 Kreditinstitute einschl. Deutsche Bundesbank, Bausparkassen und Geldmarktfonds. — 2 Einschl. Pensions- und Sterbekassen sowie berufsständische Versorgungswerke und Zusatzversorgungseinrichtungen.

gen. — 3 Sparen und Vermögensübertragungen (netto) abzüglich Nettoinvestitionen und Nettozugang an nichtproduzierten Ver-

Inländische finanzielle Sektoren				Übrige Welt	Sektoren insgesamt	Position
Monetäre Finanz- institute 1)	Sonstige Finanzinstitute	Versicherun- gen 2)	Insgesamt			
3,02	0,05	0,71	3,78	.	137,98	Sachvermögensbildung und Sparen
8,30	0,09	2,90	11,29	.	429,53	Nettoinvestitionen
5,28	0,04	2,19	7,51	.	291,55	Bruttoinvestitionen
						Abschreibungen
-	-	-	-	-	-	Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern
16,93	-	4,12	12,81	15,39	137,98	Sparen und Vermögensübertragungen
16,93	-	5,83	22,76	15,28	137,98	Sparen
-	-	9,95	- 9,95	0,11	-	Vermögensübertragungen (netto)
13,91	- 0,05	- 4,83	9,03	15,39	-	Finanzierungsüberschuss/-defizit 3)
.	.	.	.	- 18,13	-	Statistische Differenz 4)
- 1,86	.	.	- 1,86	1,86	-	Geldvermögensbildung
3,82	- 0,63	30,96	34,16	96,38	145,56	Währungsgold und Sonderziehungsrechte
1,36	2,82	2,68	6,86	- 3,90	34,80	Bargeld und Einlagen
2,46	- 3,28	26,89	26,07	99,15	124,01	Bargeld und Sichteinlagen
.	0,01	0,08	0,09	0,05	- 4,43	Termingelder 5)
.	- 0,18	1,32	1,14	1,08	- 8,82	Spareinlagen
16,93	- 0,17	.	16,76	41,31	54,36	Sparbriefe
70,19	63,49	- 14,84	118,83	107,84	262,92	Geldmarktpapiere
0,88	.	.	0,88	.	1,75	Rentenwerte
28,99	24,17	13,15	66,31	45,16	164,83	Finanzderivate
9,94	7,37	- 0,13	17,19	- 4,23	53,68	Aktien
19,86	1,39	27,62	48,86	5,76	111,25	Sonstige Beteiligungen
217,43	1,91	7,50	226,84	64,50	323,99	Investmentzertifikate
51,27	.	1,73	53,00	44,38	118,90	Kredite
166,16	1,91	5,77	173,84	20,12	205,09	Kurzfristige Kredite
.	.	.	.	2,77	65,70	Längerfristige Kredite
.	.	.	.	2,76	7,47	Ansprüche gegenüber Versicherungen 2)
.	.	.	.	0,01	58,23	Kurzfristige Ansprüche
.	.	.	.	.	5,43	Längerfristige Ansprüche
21,90	- 0,05	6,58	28,44	3,01	33,84	Ansprüche aus Pensionsrückstellungen
						Sonstige Forderungen
388,08	97,48	70,84	556,40	364,35	1 223,32	Insgesamt
168,51	.	.	168,51	- 22,94	145,56	Außenfinanzierung
33,44	.	.	33,44	1,36	34,80	Bargeld und Einlagen
148,32	.	.	148,32	- 24,31	124,01	Bargeld und Sichteinlagen
- 4,43	.	.	- 4,43	.	- 4,43	Termingelder 5)
- 8,82	.	.	- 8,82	.	- 8,82	Spareinlagen
49,48	.	.	49,48	0,68	- 8,82	Sparbriefe
136,01	.	0,05	136,06	85,19	54,36	Geldmarktpapiere
.	.	.	.	1,75	262,92	Rentenwerte
7,83	.	1,41	9,24	126,80	1,75	Finanzderivate
0,30	.	.	0,30	39,09	164,83	Aktien
3,35	93,85	.	97,20	14,06	53,68	Sonstige Beteiligungen
.	3,68	0,41	4,09	116,72	111,25	Investmentzertifikate
.	1,32	- 0,08	1,24	74,06	323,99	Kredite
.	2,37	0,49	2,85	42,66	118,90	Kurzfristige Kredite
.	.	65,70	65,70	0,00	205,09	Längerfristige Kredite
.	.	7,47	7,47	.	65,70	Ansprüche gegenüber Versicherungen 2)
.	.	58,23	58,23	0,00	7,47	Kurzfristige Ansprüche
0,68	.	0,25	0,93	.	58,23	Längerfristige Ansprüche
8,02	.	7,85	15,88	5,76	5,43	Ansprüche aus Pensionsrückstellungen
					33,84	Sonstige Verbindlichkeiten
374,17	97,53	75,67	547,37	367,09	1 223,32	Insgesamt
13,91	- 0,05	- 4,83	9,03	- 2,74	-	Nettogeldvermögensbildung 6)

mögensgütern. — 4 Nettogeldvermögensbildung abzüglich Finanzierungsüberschuss. — 5 Einschl. Bauspareinlagen. — 6 Geldvermögens-

bildung abzüglich Außenfinanzierung. — 0 Bei der Summenbildung wurden die innersektoralen Ströme nicht mitaddiert.



## Rechnungslegungs- standards für Kredit- institute im Wandel

Die Rechnungslegung in Deutschland steht vor einem bedeutenden Wandel. Eine Verordnung der EU-Kommission sieht vor, ab 2005 zumindest auf Konzernabschlüsse aller kapitalmarktorientierten EU-Unternehmen die „International Accounting Standards“ (IAS) anzuwenden. Die EU-Verordnung und ihre Umsetzung fallen in eine Zeit, in der Ereignisse wie der Zusammenbruch des US-amerikanischen Unternehmens Enron Zweifel an der Zuverlässigkeit der Rechnungslegung aufgeworfen haben. Die Kritik erstreckt sich dabei auf alle Beteiligten, von den Bilanzstellern über Abschlussprüfer, Rating-Agenturen und Finanzanalysten bis hin zu den Investoren und deren unkritischem Umgang mit veröffentlichten Unternehmenserfolgszahlen. Vor diesem Hintergrund ist der Übergang von einer bewährten gläubigerschutz- und kapitalerhaltungsorientierten Bilanzierung nach HGB zu einer investor- und kapitalmarktorientierten IAS-Bilanzierung sorgfältig abzuwägen. Es sind Lösungen zu entwickeln, die einen Beitrag zur Stabilisierung der Finanzmärkte leisten und eine wettbewerbsneutrale Anwendung zuverlässiger bankenaufsichtlicher Risikobegrenzungsnormen gewährleisten. Eine zu schnelle Aufgabe des Einzelabschlusses nach den Rechnungslegungsnormen des HGB und des Instruments der stillen Reserven erscheint dabei gegenwärtig nicht sachgerecht.

## Veränderung der Rahmenbedingungen

*Letzte  
Änderung des  
Bilanzierungs-  
rechts für  
Kreditinstitute  
ab 1993*

Die Rahmenbedingungen für die Rechnungslegung der Kreditinstitute haben sich in Deutschland zuletzt durch die Bankbilanzrichtlinie<sup>1)</sup> und deren Umsetzung in deutsches Recht durch das Bankbilanzrichtlinie-Gesetz in 1991 und die Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) in 1992 geändert. Damals wurden einheitliche Bilanzierungsvorschriften für alle Kreditinstitute in das Handelsgesetzbuch (HGB) und eine dazugehörige Rechtsverordnung aufgenommen, ohne allerdings einen grundlegenden Wandel der Rechnungslegung an sich herbeizuführen. Insbesondere blieb der für die Bilanzierung der Kreditinstitute zentrale Punkt der Bildung stiller Reserven durch entsprechende Ausübung des Mitgliedstaatenwahlrechts, wenngleich in eingeschränkter Form, erhalten.<sup>2)</sup> Die Zulassung einer Vielzahl von Mitgliedstaatenwahlrechten in der Bankbilanzrichtlinie beeinträchtigte jedoch bisher die Vereinheitlichung der Rechnungslegung in der Europäischen Union.

*Jahres-  
abschlüsse sind  
Element der  
Bankenaufsicht*

Für die Bankenaufsicht stellen die Jahresabschlüsse der beaufsichtigten Institute als Ergebnis der externen Rechnungslegung eine maßgebliche Grundlage für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Institute dar. Sie unterliegen auch deshalb einer gesetzlichen Prüfungspflicht. Die Berichte über die Prüfung der Jahresabschlüsse durch externe Wirtschaftsprüfer und durch die Prüfungsverbände sind ein wichtiges Instrument der Bankenaufsicht in Deutschland.

*Eigenkapital-  
begriffe*

Das Eigenkapital der Banken spielt bei der Überwachung eine bedeutende Rolle. Durch

den regulatorischen Eigenkapitalbegriff werden die Anforderungen an die Eigenmittelunterlegung für die Adressenausfall- und Marktpreisrisiken eines Instituts festgelegt. Ein enger definitorischer Zusammenhang besteht hierbei zwischen dem handelsrechtlichen oder bilanziellen Eigenkapital und dem regulatorischen Eigenkapital, wobei die bankenaufsichtliche Definition der Eigenmittel auf dem handelsrechtlichen Eigenkapital basiert, aber über die Abgrenzung des in der Bilanz auszuweisenden Eigenkapitals hinausgeht. Bilanzielles Eigenkapital stellt dabei stets bankenaufsichtliches Kernkapital dar. Änderungen in der Bilanz, die das bilanzielle Eigenkapital ändern, bedingen daher stets Veränderungen beim bankenaufsichtlich anzuerkennenden Eigenkapital. Dabei haben Änderungen im Kernkapital auch Auswirkungen auf das maximal mögliche Ergänzungskapital, das nicht mehr als 100 % des Kernkapitals ausmachen darf.<sup>3)</sup>

Die Residualgröße „bilanzielles Eigenkapital“ ist zudem das Ergebnis der Bewertungsentscheidungen bei Vermögensgegenständen, Verbindlichkeiten und bilanzunwirksamen Geschäften. Die Wertansätze der Vermögensgegenstände sind zugleich Ausgangspunkt für die Bestimmung der bankenaufsichtlich

*Zutreffende  
Bewertung der  
Vermögens-  
gegenstände  
von zentraler  
Bedeutung*

<sup>1</sup> Richtlinie des Rates vom 8. Dezember 1986 über den Jahresabschluss und den konsolidierten Abschluss von Banken und anderen Finanzinstituten (86/635/EWG).

<sup>2</sup> Vgl.: Deutsche Bundesbank, Das neue Bilanzierungsrecht für Kreditinstitute ab 1993 und seine Auswirkungen auf die Monatliche Bilanzstatistik, Monatsbericht, Mai 1992, S. 39–48.

<sup>3</sup> Über die Auswirkungen der Internationalisierung der Rechnungslegung beim Eigenkapital der Kreditinstitute wurde im Monatsbericht Januar 2002 ausführlich berichtet. Vgl.: Deutsche Bundesbank, Das Eigenkapital der Kreditinstitute aus bankinterner und regulatorischer Sicht, Monatsbericht, Januar 2002, S. 41–60.

zu berechnenden Risikoaktiva, die mit Eigenkapital zu unterlegen sind. Vor diesem Hintergrund wird offensichtlich, dass eine zutreffende Bewertung der Vermögensgegenstände eine zentrale Voraussetzung für das Funktionieren der bankenaufsichtlichen Risikobegrenzungsnormen darstellt.

*Bedeutung  
eines Konzern-  
abschlusses  
nach HGB  
international  
begrenzt, ...*

Zentrales Informationsinstrument deutscher Unternehmen ist der handelsrechtliche Konzernabschluss. Die zunehmende Inanspruchnahme internationaler Kapitalmärkte auch durch deutsche Unternehmen hat aber zuletzt verstärkt dazu geführt, dass an ausländischen Kapitalmärkten aktive Unternehmen dazu übergegangen sind, Informationen im Konzernabschluss auf Basis internationaler Rechnungslegungsstandards offen zu legen, die internationalen Investoren besser vertraut sind als die HGB-Regelungen.

*... daher  
befreiender  
Konzern-  
abschluss nach  
§ 292a HGB  
möglich*

Der deutsche Gesetzgeber ist dieser Entwicklung 1998 gefolgt. Mit dem Kapitalaufnahme erleichterungsgesetz<sup>4)</sup> und einer ergänzenden Regelung im Kapitalgesellschaften- und Co-Richtlinien-Gesetz wird kapitalmarktorientierten Muttergesellschaften jetzt gestattet, unter Einhaltung der EU-Bilanzrichtlinien ihren Konzernabschluss gemäß § 292a HGB mit befreiender Wirkung auch nach international anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen aufzustellen.<sup>5)</sup> Als international anerkannte Rechnungslegungsstandards gelten hierbei die „International Accounting Standards“ (IAS) des „International Accounting Standards Board“ (IASB) sowie, auf Grund der internationalen Verbreitung, auch die US-amerikanischen „Generally Accepted Accounting Principles“ (US-GAAP), die vom „Financial Ac-

counting Standards Board“ (FASB) in den USA entwickelt werden und deren Anwendung Voraussetzung für ein Börsenlisting in den Vereinigten Staaten ist. Bei international tätigen Kreditinstituten, die sich verpflichtet haben, die Eigenmittelempfehlung des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht einzuhalten, können Konzernabschlüsse nach IAS oder US-GAAP, die auf Grundlage des § 292a HGB erstellt werden, auch für die bankenaufsichtliche Eigenkapitalberechnung herangezogen werden. Von dieser Möglichkeit machen gegenwärtig zwei der 15 international tätigen deutschen Kreditinstitute Gebrauch.

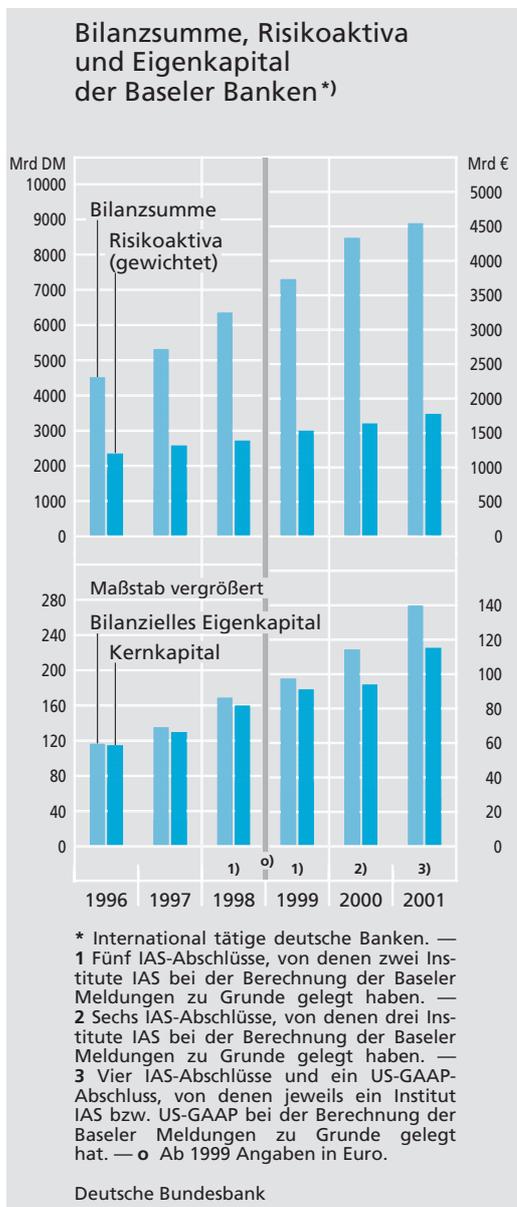
Die Befreiungsregelung des § 292a HGB stellt allerdings nur eine Übergangslösung dar, die bis zum Ende des Jahres 2004 befristet ist. Danach wird voraussichtlich eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Anwendung internationaler Rechnungslegungsgrundsätze greifen, die kapitalmarktorientierte Unternehmen in der EU ab 2005 verpflichtet, ihren Konzernabschluss

*Fort-  
entwicklung  
internationaler  
Rechnungs-  
legung in  
Deutschland  
nach 2004*

---

<sup>4</sup> Gesetz zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit deutscher Konzerne an Kapitalmärkten und zur Erleichterung der Aufnahme von Gesellschafterdarlehen (Kapitalaufnahme erleichterungsgesetz) vom 20.4.1998, BGBl. I, S. 707; ergänzt durch das Kapitalgesellschaften- und Co-Richtlinien-Gesetz (KapCoRiLiG) vom 24.2.2000, BGBl. I, S. 154; nahezu zeitgleich mit dem Kapitalaufnahme erleichterungsgesetz erließ der deutsche Gesetzgeber das Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) vom 27.4.1998, BGBl. I S. 786; auf dieser gesetzlichen Grundlage entstand mit dem Deutschen Rechnungslegungs Standards Committee (DRSC) auch ein öffentlich anerkanntes deutsches privates Rechnungslegungsgremium, das Grundsätze ordnungsmäßiger Konzernbilanzierung erarbeitet, das Bundesministerium der Justiz bei Gesetzgebungsvorhaben auf dem Gebiet der Rechnungslegung berät, und das den deutschen Einfluss auf den internationalen Standardisierungsprozess, insbesondere im Rahmen des IASB, verstärken soll.

<sup>5</sup> Diese Regelung ist ausdrücklich auf den Konzernabschluss begrenzt. Auf den Einzelabschluss erstreckt sich die Regelung nicht, d.h., die Anwendung des HGB ist dort weiterhin zwingend.



nach den Regeln der IAS aufzustellen und zu publizieren. Die entsprechende EU-Verordnung, deren Entwurf auf breite Zustimmung gestoßen war, ist kürzlich verabschiedet worden. Zur Vermeidung von Härtefällen soll eine Übergangsfrist bis Ende 2006 für solche Unternehmen vorgesehen werden, die ausschließlich mit Schuldverschreibungen an regulierten Kapitalmärkten vertreten sind, oder die bereits wegen eines Börsenlistings außer-

halb der EU andere international anerkannte Standards anwenden. Bedeutung hat dies praktisch nur für eine Börsennotierung in den USA und die daraus resultierende Anwendung von US-GAAP. Der Verordnungsentwurf gewährt darüber hinaus den Mitgliedstaaten Wahlrechte, auch nichtkapitalmarktorientierten Mutterunternehmen zu gestatten oder vorzuschreiben, ihren Konzernabschluss nach IAS aufzustellen, sowie allen Unternehmen zu gestatten oder vorzuschreiben, auch ihren Einzelabschluss nach IAS aufzustellen. Eine vergleichende Darstellung der Rechnungslegungsstandards nach HGB, IAS und US-GAAP enthält die Übersicht auf Seite 45.

### Rechnungslegung nach International Accounting Standards (IAS)

Die Anwendung international einheitlicher und zweckmäßiger Rechnungslegungsstandards soll die Transparenz im Unternehmenssektor verbessern und die Stabilität des Finanzsystems fördern. IAS gelten als ein wesentliches Instrument für eine weltweite Harmonisierung der Rechnungslegung. Im Oktober 1998 haben die G 7-Finanzminister und -Notenbankgouverneure das IASC<sup>6)</sup> aufgefordert, die IAS zu diesen international harmonisierten und anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen weiterzuentwickeln. Im Gegenzug erklärten sie sich bereit, die nationale Anwendung der IAS zu fördern.

Sowohl der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht (BCBS) als auch die „International Orga-

*IAS als Initiative zur Internationalisierung der Rechnungslegung*

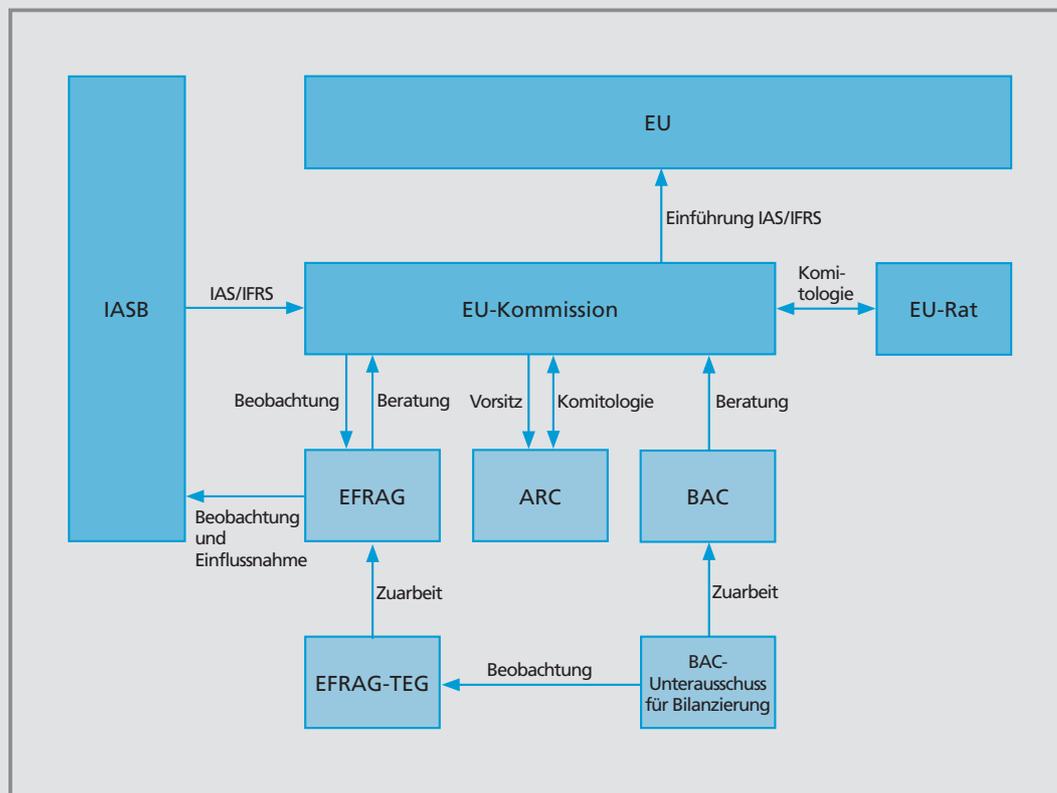
*Baseler Ausschuss und IOSCO für IAS*

<sup>6</sup> International Accounting Standards Committee (IASC); jetzt International Accounting Standards Board (IASB).

## Rechnungslegungsstandards im Vergleich

Ausgewählte Kriterien	HGB	International Accounting Standards (IAS)	Generally Accepted Accounting Principles (US-GAAP)
Zweck	Gläubigerschutz	Anlegerschutz	Anlegerschutz
Adressaten	Vorrangig Fremdkapitalgeber	Vorrangig Eigenkapitalgeber	Vorrangig Eigenkapitalgeber
Zuständigkeit für die Entwicklung von Vorschriften	Gesetzgeber (Bundesministerium der Justiz); Deutsches Rechnungslegungs Standards Committee (DRSC) mit Deutschem Standardisierungsrat (DSR): öffentlich anerkannte private Gremien	International Accounting Standards Board (IASB): internationale, nichtstaatliche, unabhängige Organisation	US-Financial Accounting Standards Board (FASB): private, unabhängige Organisation
Funktion der Standardsetter	BMJ: Handelsrechtliche Vorschriften DSR: Entwicklung von Grundsätzen für die Konzernrechnung; Beratung des BMJ, deutsche Vertretung im internationalen Standardisierungsprozess (insbesondere IASB)	Formulierung und Veröffentlichung von Rechnungslegungsgrundsätzen im Interesse der Öffentlichkeit mit dem Ziel einer weltweiten Anwendung und Akzeptanz	Entwicklung von Vorschriften für börsennotierte Unternehmen in den USA
Rechtliche Relevanz	Kodifiziertes Bilanzrecht; ferner allgemeine Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (GoB) DSR: Entwicklung von Standards (DRS) für den Konzernabschluss	Keine allgemeingültigen, gesetzlich verankerten Rechnungslegungsvorschriften; ab 2005 in der EU Anwendung auf alle Konzernabschlüsse kapitalmarkt-orientierter Unternehmen; weitergehende Mitgliedstaaten- und Unternehmenswahlrechte vorgesehen	Keine allgemeingültigen, gesetzlich verankerten Rechnungslegungsvorschriften, aber Anwendung für börsennotierte Unternehmen in den USA verbindlich, Kontrolle durch SEC (Securities and Exchange Commission)
System der Ausgestaltung	Allgemeine handelsrechtliche Buchführungs-/ Bilanzierungsgrundsätze (System des „code law“)	Allgemeine Rechnungslegungsgrundsätze (System des „case law“)	Detaillierte Rechnungslegungsgrundsätze bezogen auf den Einzelfall (System des „case law“)
Anwendungsbereich	Rechtsform- und größenabhängige Vorschriften; besondere Vorschriften u.a. für Kreditinstitute	Rechtsform- und größenunabhängig	Börsennotierte Unternehmen an den US-Börsen; keine Trennung nach Einzel- und Konzernabschluss
Maßgeblichkeit	Maßgeblichkeit der Handels- für die Steuerbilanz	Strikte Trennung von Handels- und Steuerbilanz	Strikte Trennung von Handels- und Steuerbilanz
Generalnorm	Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage unter Beachtung der GoB	Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes („fair presentation“)	Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes („fair presentation“)
Funktion der Bilanzierung	Ermittlung eines unter Gläubigerschutzgesichtspunkten und der Kapitalerhaltung ausschüttungsfähigen Gewinns	Darstellung des Periodenergebnisses in Form des „true and fair view“; keine Ausschüttungsbemessung	Darstellung des Periodenergebnisses in Form des „true and fair view“; keine Ausschüttungsbemessung
Prinzipien	Grundsatz der periodengerechten Erfolgsermittlung i.R. des HGB	Grundsatz der periodengerechten Erfolgsermittlung („accrual principle“)	Grundsatz der periodengerechten Erfolgsermittlung („accrual principle“)
Einzel-/Konzernabschluss	Einzelabschluss als Bemessungsgrundlage; Konzernabschluss als Informationsinstrument	Rahmenkonzept für Jahresabschlüsse allgemein einschließlich Konzernabschlüssen	Konzernabschluss als erweiterter Abschluss des Mutterunternehmens ersetzt den Einzelabschluss
Wahlrechte	Handelsrechtliche Wahlrechte	Wahlrechte eng begrenzt	Keine expliziten Wahlrechte
Form und Gliederung	Detaillierte Vorschriften	Nur Mindestanforderungen	Detaillierte Vorschriften nur für börsennotierte Unternehmen
Ansatz Vermögen	Einzelverwertbarkeit	Zukünftiger wirtschaftlicher Nutzen	Zukünftiger wirtschaftlicher Nutzen
Schulden	Wirtschaftliche Belastung	Zukünftiger Nutzenabfluss	Zukünftiger Nutzenabfluss
Bewertung Zugang Folge	Anschaffungskosten Strenges und gemildertes Niederwertprinzip mit Wertaufholungsgebot und Anschaffungskosten als Wertobergrenze	Anschaffungskosten Zeitwerte, fortgeschriebene Anschaffungskosten	Anschaffungskosten Zeitwerte, fortgeschriebene Anschaffungskosten

## Anerkennungsverfahren der IAS in der EU



Das geplante Anerkennungsverfahren der vom International Accounting Standards Board (**IASB**) entwickelten International Accounting Standards (**IAS**) bzw. der künftigen International Financial Reporting Standards (**IFRS**) für die Europäische Union (**EU**) soll dem fortlaufenden Prozess der Weiterentwicklung dieser Standards Rechnung tragen. Die Anerkennung der IAS/IFRS für die EU soll durch ein besonderes EU-Rechtsetzungsverfahren, der Komitologie, erfolgen. Dabei wird die **EU-Kommission** in einem Basisrechtsakt ermächtigt, zu diesem Rechtsakt in einem vereinfachten Verfahren Durchführungsbestimmungen zu erlassen. Hierbei legt die Kommission ihren Vorschlag für die Anerkennung (oder Ablehnung) eines IAS/IFRS einem Regelungsausschuss (Accounting Regulatory Committee – **ARC**) vor. Dieser besteht aus Vertretern der Mitgliedstaaten unter Vorsitz der Kommission. Stimmt der Ausschuss dem Anerkennungsvorschlag der Kommission zu, trifft die Kommission die Vorkehrungen für die Anwendung des Rechnungslegungsgrundsatzes in der EU. Sollte sich das ARC

dem Vorschlag der Kommission nicht anschließen, hat die Kommission im Rahmen des Komitologieverfahrens den **EU-Rat** mit ihrem Vorschlag zu befassen. Der Rat kann den Kommissionsvorschlag billigen oder mit qualifizierter Mehrheit ablehnen. Ein Technischer Ausschuss (**EFRAG** – European Financial Reporting Advisory Group), bestehend aus Sachverständigen aus den Mitgliedstaaten, soll die Kommission bei der Einführung der IAS/IFRS in der EU mit seiner Technical Expert Group (**EFRAG-TEG**) beraten. Die EU-Kommission hat in der EFRAG Beobachterstatus. Die EFRAG soll mit dem IASB in Kontakt stehen, um schon bei der Entwicklung eines neuen oder Änderung eines bestehenden IAS/IFRS auf die Belange der EU hinzuwirken. Um auch bankbezogene und bankenaufsichtliche Aspekte einfließen zu lassen, wurde dem **BAC-Unterausschuss für Bilanzierung** des Beratenden Bankenausschusses der EU (Banking Advisory Committee – **BAC**), der die Kommission in allen Banken- und Bankenaufsichtsfragen berät, ein Beobachterstatus bei der EFRAG-TEG eingeräumt.

Bewertung nach IAS 39					
Position	Finanzielle Vermögensgegenstände				Finanzielle Verbindlichkeiten
	Held for Trading	Available for Sale	Held-to-Maturity	Loans and Receivables originated by the Enterprise	Financial Liabilities
Zugangsbewertung	Anschaffungskosten				
Folgebewertung	Zeitwert		fortgeführte Anschaffungskosten		
Behandlung der Bewertungsänderungen	erfolgswirksam	Wahlrecht: (a) erfolgswirksam oder (b) erfolgsneutral (Erfassung in einem gesonderten Eigenkapitalposten)	erfolgswirksam		
Niederstwerttest	nein (bei der Bewertung bereits berücksichtigt)	Zu (a): nein (bei der Bewertung bereits berücksichtigt); Zu (b): ja (zur erfolgswirksamen Berücksichtigung eines bonitätsbedingten Abschreibungsbedarfs bzw. einer Wertaufholung)	ja (zur erfolgswirksamen Berücksichtigung eines bonitätsbedingten Abschreibungsbedarfs bzw. einer Wertaufholung)	entfällt	

Deutsche Bundesbank

nization of Securities Commissions“ (IOSCO) haben unter ihrem jeweiligen Blickwinkel die IAS beurteilt. Nach Ansicht des BCBS sind sie für Zwecke der Bankenaufsicht grundsätzlich geeignet, wenngleich zu zwei Standards (IAS 39 und IAS 30) Anmerkungsbedarf gesehen wurde. Die IOSCO hat die IAS akzeptiert und ihren Mitgliedsorganisationen im Mai 2000 empfohlen, die Anwendung von IAS als Zugangsvoraussetzungen zu ihren nationalen Wertpapierbörsen grundsätzlich zu gestatten.

Die Schaffung eines einheitlichen europäischen Finanzmarkts erfordert eine weiter gehende Harmonisierung der Rechnungslegung, als sie mit den Bilanzierungsrichtlinien bisher erreicht wurde. Hierfür bieten sich die IAS insbesondere deshalb an, weil sie auf weltweite Akzeptanz ausgerichtet sind. Die

Strategie der Europäischen Union auf dem Gebiet der Rechnungslegung folgt dieser Linie. Mit der so genannten Fair-Value-Richtlinie<sup>7)</sup>, die in der nächsten Legislaturperiode auch in deutsches Recht umgesetzt werden soll, will sie die richtlinienkonforme Anwendung von IAS bereits für das Bilanzjahr 2001 ermöglichen. Die verbindliche Einführung der IAS ab 2005 erfordert aber wegen der damit verbundenen Aufgabe der Gestaltungskompetenz weitere begleitende Regelungen. Wegen der absehbaren ständigen Weiterent-

7 Mit der sog. Fair-Value-Richtlinie (Richtlinie 2001/65/EG vom 27. September 2001) wird die Möglichkeit einer weiter gehenden zeitwertorientierten Bilanzierung (Fair Value Accounting) für bestimmte Finanzinstrumente zugelassen, um insbesondere die umfangreichere Zeitwertbilanzierung in IAS 39, der ab 2001 anzuwenden ist, richtlinienkonform zu ermöglichen. Das DRSC hat bereits im Rahmen seiner Beratungsfunktion gegenüber dem BMJ einen Vorschlag für eine Transformation der Fair-Value-Richtlinie in deutsches Recht vorgelegt.

## Hedge Accounting nach IAS 39

IAS 39 bietet im Wesentlichen zwei Verfahren für das Hedge Accounting:

### Fair Value Hedge

Fair Value Hedges zielen auf die Sicherung gegen Änderungen des Fair Value eines bilanzierungsfähigen Grundgeschäfts ab.

### Cash Flow Hedge

Cash Flow Hedges zielen auf die Fixierung künftiger Zahlungsströme aus einem Grundgeschäft ab.

IAS 39 fordert für beide Verfahren eine weit gehende Effektivität und eine weit reichende Dokumentation des Sicherungszusammenhangs. Zusätzlich ist die Fair-Value-Hedge-Bilanzierung nur für Mikro-Hedges möglich. Für Cash Flow Hedges ist der Nachweis zu führen, dass für die Sicherungsgeschäfte genügend variable zukünftige Cash Flows zu erwarten sind.

Deutsche Bundesbank

wicklung der IAS durch das IASB ist in der EU ein laufendes Anerkennungsverfahren (Endorsement Mechanism) einzurichten. Zudem sollen bereits bei der Entwicklung der Regelungen im IASB EU-Interessen eingebracht werden.

Während hinter den Bilanzierungsgrundsätzen des HGB das Gläubigerschutzprinzip und damit verbunden der Vorsichtsgedanke steht,<sup>8)</sup> sind die IAS (ähnlich wie die US-GAAP) auf die Informationsinteressen der Investoren als primäre Bilanzadressaten ausgerichtet. Daraus folgen für die IAS im Vergleich zu den HGB-Vorschriften umfassendere Bilanzansatzregeln und eine weit reichende Ausrichtung der Bewertung an den beizulegenden Zeitwerten in der Form tatsächlicher Marktwerte beziehungsweise ge-

schätzter Verkehrswerte, unabhängig von deren Realisierung.

Im Mittelpunkt des Interesses steht gegenwärtig der für Banken besonders wichtige Standard IAS 39 „Financial Instruments: Recognition and Measurement“, der ab 2001 anzuwenden ist. Der allergrößte Teil der Bilanzpositionen in einer Bankbilanz fällt unter den Begriff „Financial Instruments“. Nach IAS 39 sind die relevanten finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen jeweils einer von vier Kategorien zuzuordnen, die sich hinsichtlich Ansatz und Bewertung erheblich unterscheiden. IAS 39 fordert zudem grundsätzlich die Bilanzierung aller Derivate, wobei besondere Regelungen für strukturierte Produkte mit eingebetteten Derivaten („embedded derivatives“) existieren. Darüber hinaus legt IAS 39 Prinzipien für die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften (Hedge Accounting) fest.

Für die Anwender der IAS existieren erhebliche Probleme in der Umsetzung des IAS 39. Im Bereich der Bilanzierung von Sicherungsgeschäften werden Sicherungsstrategien, die auf der Absicherung ganzer Portfolien (Makro-Hedge) beruhen, nicht anerkannt. Zusätzliche Schwierigkeiten ergeben sich, da nach IAS 39 nur Sicherungsgeschäfte mit

IAS 39

Hedge  
Accounting  
unter IAS 39

Konzeption  
der IAS

<sup>8</sup> Jahresabschlüsse der Kredit- und Finanzdienstleistungsinstitute sollen unter Beachtung der handelsrechtlichen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermitteln (§ 340a HGB i. V. m. § 264 Abs. 2 HGB). Im Einzelnen sind hierzu die Vorschriften zu Ansatz, Bewertung und Offenlegung der Jahresabschlusspositionen zu beachten, die in Deutschland traditionell von den Grundsätzen der Vorsicht und des Gläubigerschutzes geprägt sind. Im Vordergrund steht die Ermittlung eines ausschüttungsfähigen Gewinns.

Dritten, nicht aber mit solchen innerhalb eines Unternehmens oder Konzerns, anererkennungsfähig sind.

*Reformansätze  
für IAS 39*

Der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht hat sich dafür eingesetzt, dass Anwendungsfragen des IAS 39 unter Beteiligung der Banken in einem Ausschuss des IASB diskutiert werden. Die Arbeit des Ausschusses zur Einführung des Standards führte zu einer umfangreichen Erläuterung in Form von Fragen und Antworten, ohne allerdings alle Probleme zu lösen, die aus der parallelen Verwendung von Zeitwerten und Anschaffungswerten resultieren. In Kürze wird der IASB einen Änderungsentwurf zu IAS 39 zur Konsultation veröffentlichen. Die bedeutendsten darin vorgeschlagenen Änderungen betreffen zum einen die Available-for-Sale-Instrumente, deren Wertänderungen nicht mehr alternativ über die Gewinn- und Verlustrechnung, sondern ausschließlich direkt in einem gesonderten Eigenkapitalposten verbucht werden. Zum anderen wird vorgeschlagen, ein weit gehendes Wahlrecht für Fair-Value-Ansätze vorzusehen. Damit wird wohl auch eine Lösung für die Probleme beim Hedge Accounting angestrebt, die sich ergibt, wenn neben dem Sicherungsinstrument auch der Sicherungsgegenstand zum Fair Value angesetzt wird und sich die gegenläufigen Wertänderungen im Idealfall betragsmäßig ausgleichen. Ob und wie diese Vorschläge umgesetzt werden, wird wesentlich von den Stellungnahmen im Konsultationsverfahren abhängen.

*Full-Fair-Value-  
Bewertung*

IAS 39 stellt letztlich den ersten Ausfluss der Bemühungen des IASB dar, die Zeitwertbilanzierung (Fair Value Accounting) für Finanzin-

strumente voranzutreiben. Der ursprüngliche Ansatz einer umfassenden Zeitwertbilanzierung war auf deutliche Kritik und Vorbehalte gestoßen. Als Interimslösung, jedoch ohne absehbares Verfallsdatum, wurde daraufhin die Regelung des IAS 39 erarbeitet.

Eine weitere Regelung mit erheblicher Relevanz für die Banken stellt der IAS 30 „Disclosure in the Financial Statements of Banks and Similar Financial Institutions“ dar. Dieser bankenspezifische Standard über die zu veröffentlichenden Angaben im Abschluss von Kreditinstituten und ähnlichen Institutionen soll die Publizität und damit die Transparenz der finanziellen Verhältnisse von Finanzinstituten standardisieren und verbessern helfen. IAS 30 befindet sich derzeit in der Überarbeitung. Einen entsprechenden Vorschlag des BCBS hat der IASB aufgegriffen. Insbesondere wird in einen möglichen neuen IAS 30 eine weiter gehende Risikoberichterstattungspflicht eingehen. Das Deutsche Rechnungslegungs Standards Committee (DRSC) hat diese Entwicklung mit seinem Standard zur Risikoberichterstattung von Kredit- und Finanzdienstleistungsinstituten (DRS 5-10), der für nach dem 31. Dezember 1999 beginnende Geschäftsjahre gilt, bereits berücksichtigt.

*IAS 30*

### Rechnungslegung nach US-GAAP

Die amerikanischen Rechnungslegungsgrundsätze US-GAAP haben vor allem aus zwei Gründen für deutsche Großunternehmen Bedeutung erlangt: Zum einen schreibt die amerikanische „Securities and Exchange Commission“ (SEC) deren Anwendung als Vorausset-

*Zunehmendes  
Interesse an  
US-GAAP*

zung für eine Börsennotierung in den USA verbindlich vor. Zum anderen hat sich der Kreis potenzieller weltweit anlegender Investoren im Zuge der Globalisierung stetig erweitert. Dabei stammen wichtige Investoren aus angelsächsischen Ländern, die bei ihren Investitionsentscheidungen eine ihnen vertraute Rechnungslegungsmethode und Berichterstattung bevorzugen.

*Grund-  
konstruktion  
der US-GAAP*

Grundlegendes Konstruktionsmerkmal der US-GAAP ist deren hohe, auf einzelne Sachverhalte bezogene Regelungsdichte. Die US-GAAP können damit als kasuistischer statt prinzipienbasierter Ansatz bezeichnet werden. Die Wurzeln hierfür sind im US-Recht zu finden, das insgesamt durch seine Fallbezogenheit („case law“) charakterisiert ist. Ein weiteres Kennzeichen ist die Dynamik der US-GAAP, die sich in ständigen Änderungen oder Ergänzungen bestehender Regeln äußert.

*Im Allgemeinen  
keine Wahl-  
rechte in den  
US-GAAP*

In den US-GAAP fehlen auf Grund ihrer hohen Regelungsdichte im Allgemeinen explizite Wahlrechte. Damit sollen Interpretationsspielräume weitgehend vermieden werden. In der Praxis wächst dabei allerdings die Gefahr, dass Geschäftsvorfälle auf eine präferierte Regelung hin oder von einer bestehenden Regelung bewusst abweichend gestaltet werden, um den angestrebten Bilanzausweis zu erreichen oder eine unerwünschte Ausweisform zu vermeiden. Die eigentliche Absicht, die hinter einer Regel steht, kann dabei unterlaufen werden.

*„Fair  
presentation“*

Die US-GAAP werden oft mit dem Grundsatz der „fair presentation“ charakterisiert, der als

vorherrschendes Prinzip eine Umgehung der Einzelfallregeln verhindern und damit den Interessen des Adressatenkreises dienen soll. Eine solche Generalklausel ist in den offiziellen Quellen der US-GAAP aber nicht ausdrücklich kodifiziert. Allerdings ist die „fair presentation“ ein Grundsatz der Abschlussprüfung, dessen Einhaltung der Wirtschaftsprüfer zu bestätigen hat.

Die US-GAAP haben insbesondere wegen der Größe und Bedeutung ihrer Heimatwirtschaft weltweit hohe Anerkennung erlangt. Im Zuge der zunehmenden Bemühungen um international akzeptierte und anwendbare Regeln in Form der IAS, haben die US-GAAP jedoch ernst zu nehmende Konkurrenz bekommen, die Schwachpunkte des amerikanischen Regelwerks zu beseitigen sucht. Insbesondere die jüngsten Ereignisse im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch der US-Firma Enron haben solche Schwächen offen gelegt, die zu auch international beachteter Kritik geführt haben. Auf wichtige Aspekte des Enron-Falles wird in einem abschließenden Exkurs gesondert eingegangen.

*Zunehmende  
Kritik an den  
US-GAAP*

### **Bankenaufsichtliche Folgerungen aus der Internationalisierung der Rechnungslegung**

Die bankenaufsichtlichen Regelungen des KWG basieren auf den für alle Kreditinstitute einheitlichen Rechnungslegungsregeln des HGB und sind insoweit wettbewerbsneutral. Sie beruhen auf den Einzelabschlüssen der Banken und den darin getroffenen Bilanzierungs- und Bewertungsentscheidungen. Die

*Einheitliche  
Rechnungs-  
legung  
wettbewerbs-  
relevant*

konsolidierte Aufsicht von Institutgruppen folgt den eigenen bankenaufsichtlichen Konsolidierungsregeln des § 10a KWG. Handelsrechtliche Konzernabschlüsse erfüllen auch gegenüber der Bankenaufsicht lediglich eine Informationsfunktion. Eine Ausnahme bilden hier die international tätigen deutschen Institute, die zusätzlich eine Eigenmittelquote nach der Baseler Eigenmittelempfehlung auf der Basis ihrer Konzernabschlüsse errechnen. Die Anwendung unterschiedlicher Rechnungslegungsstandards im Konzernabschluss (IAS oder US-GAAP) ist unter Wettbewerbsgesichtspunkten dabei unproblematisch, da die Geschäfts- und Risikobegrenzungsnormen des KWG von diesen Instituten ebenfalls einzuhalten sind.

*Fragen vor  
Umsetzung der  
geplanten IAS-  
Bilanzierung in  
Deutschland*

Wie die von der EU-Kommission vorgeschlagenen Mitgliedstaatenwahlrechte zur Anwendung der IAS in Deutschland in nationales Recht umgesetzt werden sollen, wird noch intensiv diskutiert werden. Die Anwendung der IAS auch auf konsolidierte Abschlüsse nichtkapitalmarktorientierter Unternehmen oder gar auf Einzelabschlüsse kapitalmarktorientierter oder nichtkapitalmarktorientierter Unternehmen setzt die Klärung zentraler Fragen voraus, die insbesondere die Auswirkungen auf die Einheitlichkeit der nationalen Rechnungslegung, den Gläubigerschutz beziehungsweise die Forderung nach Kapitalerhaltung betreffen. Die Einführung eines Unternehmenswahlrechts zur Anwendung internationaler Rechnungslegungsstandards auch auf den Einzelabschluss ist jedenfalls abzulehnen, wenn nicht gewährleistet wird, dass unter Beachtung der bewährten handelsrechtlichen Grundsätze des Gläubigerschutzes die

Vergleichbarkeit der Abschlüsse erhalten bleibt, an die Ausschüttungen, Steuerzahlungen und bankenaufsichtliche Eigenkapitalnormen anknüpfen.

Der handelsrechtliche Jahresabschluss nach HGB erfüllt auf Basis einer vorsichtigen Gewinnermittlung eine Zahlungsbemessungsfunktion für die Ausschüttung sowie, über das Maßgeblichkeitsprinzip, auch für die Besteuerung.<sup>9)</sup> Durch die methodische Verknüpfung der Handels- und Steuerbilanz haben alle weiteren Überlegungen für künftige Anforderungen an die Erstellung von Einzelabschlüssen nicht nur handelsrechtliche sondern ebenso steuerrechtliche Implikationen. Für Deutschland wird sich daher auch die Frage nach der steuerlichen Gewinnermittlung und die Folgen für das Steuerbilanzrecht stellen und ob beim Einzel- und Konzernabschluss eine zweigeteilte Rechnungslegung hingenommen werden kann.

Im Gegensatz zur deutschen Handelsbilanz kommt einem Abschluss nach IAS oder US-GAAP nicht die Funktion einer Ausschüt-

*Konzeptionelle  
Unterschiede  
zwischen HGB-  
und IAS-  
Bilanzierung  
haben handels-  
rechtliche und  
steuerrechtliche  
Implikationen*

*Unterschied-  
liche  
Rechnungs-  
legungs-  
philosophie  
erschwert  
Kongruenz*

---

<sup>9</sup> Für Anlagevermögen und Umlaufvermögen bilden die Anschaffungskosten den Wertansatz bei erstmaliger Bilanzierung und gleichzeitig die Wertobergrenze für die Folgebilanzierung. Im Umlaufvermögen sind am Abschlussstichtag Abschreibungen vorzunehmen, wenn ein niedrigerer Wert (Börsenpreis, Marktpreis, beizulegender Wert) festgestellt wird (strenges Niederstwertprinzip). Im Anlagevermögen sind Abschreibungen nur bei voraussichtlich dauernder Wertminderung obligatorisch (gemildertes Niederstwertprinzip). Nach den handelsrechtlichen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung dürfen nur realisierte Erträge erfolgswirksam berücksichtigt werden, Aufwendungen sind jedoch auch dann erfolgswirksam zu berücksichtigen, wenn sie noch nicht realisiert sind. Das HGB verlangt möglichst objektivierte Wertansätze; Ermessensspielräume ergeben sich im Wesentlichen bei der Bewertung von Vermögensgegenständen, für die keine Börsen- oder Marktpreise verfügbar sind, sowie bei der Dotierung von Rückstellungen.

tungsbemessung oder gar einer vorsichtigen Ausschüttungsbemessung zu. Die bewährte HGB-Bilanzierung verhindert, dass Erträge ausgewiesen werden, bevor Gewinne realisiert oder Verlustrisiken endgültig abgewendet sind. Die Abschlüsse nach internationalen Rechnungslegungsstandards sind allein auf die Vermittlung als entscheidungsrelevant angesehenen Informationen vor allem für Anleger ausgerichtet und sollen die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage eines Unternehmens in Form des „true and fair view“ abbilden. Auch hierin kann zwar eine Ausprägung des Gläubigerschutzinteresses gesehen werden, dabei stehen aber nicht Ansatz- und Bewertungsvorschriften, sondern allein Transparenzgesichtspunkte im Mittelpunkt. Ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild im Sinne des „true and fair view“ erfordert eine weiter gehende Anwendung des Marktwertansatzes und eine Abkehr vom Anschaffungswert als Wertobergrenze und der einseitigen imparitätischen Berücksichtigung nur der negativen Wertänderungen (sofern nicht eine Wertaufholung bis zum Anschaffungswert greift). Das Prinzip der Bewertung zu Marktpreisen ist im deutschen Recht nicht aufgeführt. Aus den unterschiedlichen Ansatz- und Bewertungsregeln von HGB und IAS entstehen deshalb zum Teil deutliche Unterschiede in der Ergebnisermittlung und dem Erfolgsausweis, die auch die bankenaufsichtlich relevante Höhe des bilanziellen Eigenkapitals betreffen.

Ein wesentliches Problem mit der Bilanzierung nach IAS 39 für die Bankenaufsicht entsteht durch die Berücksichtigung von beizulegenden Zeitwerten zum Beispiel im Bereich der

Kategorie „Available for Sale“. Entsprechende Wertänderungen von Bilanzaktiva fließen hier direkt in einen gesonderten Eigenkapitalposten, der als Neubewertungsrücklage den nicht realisierten Reserven gleichgestellt werden kann und deshalb grundsätzlich bankenaufsichtlich Ergänzungskapital darstellt. Nutzt der Bilanzierende die alternativ mögliche Verbuchung über die Gewinn- und Verlustrechnung, fließt die Wertänderung des Aktivums über das Ergebnis direkt in die Gewinnrücklagen, die bankenaufsichtlich zum Kernkapital zählen. Für die Behandlung der unterschiedlichen Resultate solcher Bewertungsergebnisse auch im Vergleich zu anderen Komponenten der verschiedenen regulatorischen Eigenkapitalkategorien müssen sachgerechte bankenaufsichtliche Lösungen gefunden werden. Gleiches gilt hinsichtlich der bankenaufsichtlichen Behandlung der aus der Bewertung nach IAS resultierenden latenten Steuern.

Die internationalen Standardsetter haben eine Präferenz für eine vollständige Zeitwertbilanzierung, um die Gestaltungsmöglichkeiten im Jahresabschluss durch eine Umwidmung von Vermögensgegenständen in nach anderen Grundsätzen bewertete Vermögenskategorien zu vermeiden. Sowohl die Kreditwirtschaft als auch die Bankenaufsichter haben sich ebenso wie die EU-Kommission und die Europäische Zentralbank jedoch gegen eine solche vollständige Zeitwertbilanzierung aller Finanzinstrumente ausgesprochen. Im Gegensatz zur Bilanzierung zum Zeitwert bei marktgängigen Finanzinstrumenten ergeben sich nämlich erhebliche Probleme bei der Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte von Instru-

*Bankenaufsichtliche Berücksichtigung von Eigenkapitalwirkungen unrealisierter Wertänderungen durch IAS 39*

*Vollständige Zeitwertbilanzierung*

## Wesentliche Auswirkungen auf das bilanzielle Eigenkapital von Kreditinstituten beim Übergang von HGB- auf IAS-Konzernabschlüsse

Bilanzierungsgrund	HGB-Bilanzierung	Folgerungen für den IAS-Abschluss
Stille Reserven nach § 340f HGB	Forderungen und Wertpapiere der Liquiditätsreserve dürfen bis 4% ihres Wertes unterbewertet werden	Stille Reservenbildung nach IAS nicht zulässig; Eigenkapitalerhöhung
Goodwill	Aktivierungswahlrecht nur für den entgeltlich erworbenen Firmenwert; neben sofortiger Verrechnung mit den Rücklagen Abschreibung über vier Jahre oder über die voraussichtliche Nutzungsdauer möglich	Aktivierungspflicht, Abschreibung zu Lasten GuV; Abschreibung über die voraussichtliche Nutzungsdauer, i. d. R. nicht länger als 20 Jahre; Anpassung an US-GAAP in der Diskussion (Aktivierungspflicht mit Impairment-Test bei der Folgebewertung, keine planmäßige Abschreibung); Eigenkapitalveränderung von bisheriger HGB-Verfahrensweise abhängig; tendenziell Eigenkapitalerhöhung
Wertpapiere Anlagevermögen	Bewertung zu Anschaffungskosten abzüglich Abschreibungen (gemildertes Niederstwertprinzip)	Abschreibungen nur für dauerhafte Wertminderungen; tendenziell Eigenkapitalerhöhung
Umlaufvermögen	Bewertung zu Anschaffungskosten bzw. niedrigerer Börsen- oder Marktpreis (strenges Niederstwertprinzip)	Held-to-Maturity: Fortgeführte Anschaffungskosten evtl. gemindert um Abschreibungen; Trading securities: Zeitwerte mit Erfassung unrealisierter Gewinne in der GuV; Available-for-Sale: Zeitwerte mit Erfassung unrealisierter Gewinne erfolgswirksam oder erfolgsneutral im Eigenkapital; tendenziell Eigenkapitalerhöhung
Pensionsrückstellungen	Passivierungspflicht für Neuzusagen ab 1.1.1987	Passivierungspflicht; Berücksichtigung von Marktzins, Gehaltsentwicklung und Rentenanpassung; Eigenkapitalverminderung
Leasing	Vertragsgestaltung für Bilanzierung maßgeblich; Aktivierung des Leasing-Gegenstandes ggf. unter „Sonstige Vermögensgegenstände“; verschiedene Abschreibungsmethoden	Vertragsgestaltung für Bilanzierung maßgeblich; ggf. Umgruppierung des Finanzierungsleasings zu den Forderungen und Korrektur degressiver Abschreibungen; tendenziell Eigenkapitalerhöhung
Steuern	Steuerliche Sonderabschreibungen und Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil; Wahlrecht hinsichtlich der Aktivierung latenter Steuern	Steuerliche Sonderabschreibungen nicht zugelassen; Pflicht zur umfassenden Steuerabgrenzung; tendenziell Eigenkapitalerhöhung

Deutsche Bundesbank

menten wie zum Beispiel Krediten, für die in Deutschland und vielen anderen Ländern bisher kein aktiver und liquider Markt existiert. Beizulegende Zeitwerte wären in diesem Fall als Schätzwerte zu ermitteln, wofür es aber keine anerkannten und verlässlichen Verfahren gibt. Die individuelle Modellierung solcher Verfahren („mark-to-model“) böte, ebenso wie die bei der Schätzung zu treffenden Annahmen, ein erhebliches Maß an Bewertungsspielraum, der die Verlässlichkeit der so ermittelten Bilanzansätze erheblich beeinträchtigen dürfte. Darüber hinaus ist zu erwarten, dass eine vollständige Zeitwertbilanzierung zu volatileren Ergebnissen führt, die sowohl die Stabilität des Finanzsystems berühren, als auch Verhaltensänderungen bei den Banken auslösen können. Um die Ergebnisvolatilität in Grenzen zu halten, können sich Banken veranlasst se-

hen, Zins- und Kapitalbindungsdauer zu verkürzen, so dass sich die Bedingungen für langfristige Finanzierungen verschlechtern. Zugleich wird der Anreiz zur Fristentransformation weit stärker als bisher von kurzfristigen Kapitalmarktbedingungen abhängig.

Einzel- und Pauschalwertberichtigungen spielen bei einer Zeitwertbilanzierung unter buchhalterischen Gesichtspunkten keine Rolle. Sie werden bei der Wertfindung automatisch berücksichtigt, wenn die erwarteten zukünftigen Zahlungsströme auf den Barwert diskontiert werden. Im so genannten „mixed model“ des IAS 39 gibt es – wie erwähnt – jedoch Finanzinstrumente, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden. Sie sind einem so genannten „Impairment-Test“ (Werthaltigkeitstest) und gegebenenfalls

*Wertberichtigungen*

einer Abschreibung auf den niedrigeren Zeitwert zu unterwerfen. Hierin konkretisieren sich die Wertberichtigungen zu Lasten des Eigenkapitals. Während das Rechnungswesen dabei stärker stichtagsorientiert vorgeht und mögliche Wertminderungen, die ihre Ursache in künftigen Ereignissen haben, unberücksichtigt bleiben, ist regulatorisch die Bereitschaft zur Berücksichtigung erwarteter künftiger negativer Ereignisse größer. Die Praxis der Ermittlung von Pauschalwertberichtigungen steht dem nach bankenaufsichtlicher Auffassung auch nicht entgegen. Gesichtspunkte eines international diskutierten „dynamic provisioning“ mit der Berücksichtigung so genannter erwarteter Verluste („expected losses“) auf der Basis gesicherter Erfahrungswerte können und sollten danach bei der Ermittlung von Pauschalwertberichtigungen Beachtung finden. Eine solche Risikovorsorgepraxis sollte im Übrigen auch steuerlich anerkannt werden, da dies einen Anreiz für eine angemessene Risikovorsorge bietet, die steuerliche Leistungsfähigkeit zutreffend zum Ausdruck bringt und einen Beitrag zur Stabilität der Finanzmärkte leistet.

*Zukunft stiller  
Reserven*

Für die deutschen Banken ergibt sich eine gravierende Änderung bei der Ausrichtung hin zu internationalen Rechnungslegungsstandards insbesondere dadurch, dass die Bildung stiller Vorsorgereserven<sup>10)</sup> in den Konzernbilanzen – und damit faktisch auch in den Einzelabschlüssen – dann nicht mehr möglich ist. Eine Reihe von Instituten, die bereits heute internationale Rechnungslegungsstandards anwenden, haben sich schon freiwillig von diesem Instrument verabschiedet. In Deutschland wird dem Instrument der stil-

len Reserven gemäß 340f HGB im Hinblick auf die Stabilität des Finanzsystems unter bankenaufsichtlichen Gesichtspunkten jedoch weiterhin Bedeutung beigemessen. Die Bundesbank befürwortet jedenfalls die Beibehaltung des Instruments der stillen Reserven für alle handelsrechtlichen Einzelabschlüsse. Ein Interessenkonflikt mit der Zielsetzung einer größeren Transparenz und Marktdisziplin (Säule 3 der neuen Baseler Eigenmittelpfehlungen) ist insoweit hinzunehmen.

Die Säule 3 („Marktdisziplin“) des neuen Baseler Akkords („Basel II“) zielt darauf ab, ergänzend zur Bankenaufsicht die Banken einer Disziplinierung durch den Markt auszusetzen. Die Banken sind gehalten, aktuelle und potenzielle Anteilseigner, Geschäftspartner und Kunden sowie die breite Öffentlich-

*Gleichlauf der  
Säule 3  
mit IAS 30*

---

**10** Hinsichtlich der Bilanzierung der Kredit- und Finanzdienstleistungsinstitute enthält das HGB branchenspezifische Vorschriften, die die allgemein geltenden Grundsätze ergänzen und teilweise modifizieren. In diesem Zusammenhang sind insbesondere die als Wahlrecht ausgestalteten gesetzlichen Möglichkeiten zur Bildung und Auflösung von Positionen zu nennen, die den allgemeinen Bankrisiken Rechnung tragen und eine besondere Ausprägung des Vorsichtsprinzips darstellen (§§ 340f und 340g HGB). Durch diese Instrumente können bilanzielle Reserven aufgebaut werden, die im gegebenen Fall zu einem späteren Zeitpunkt zur Stützung der Ertragslage mobilisiert werden können. Die gewinnwirksame Dotierung und Auflösung sowie der Bestand eines Vorsorgepostens nach § 340f HGB ist für einen Bilanzleser grundsätzlich nicht erkennbar, da entsprechende Dispositionen mit anderen Posten der Bilanz beziehungsweise Gewinn- und Verlustrechnung saldiert werden. Das Instrument der „stillen Vorsorgereserven“ ermöglicht eine diskrete Ergebnisgestaltung durch den Bilanzersteller, um eine Gefährdung der Unternehmensfortführung (Going Concern) durch exzessive Marktreaktionen wie gleichgerichtetes Einlegerverhalten auf eine Verschlechterung der Ertragslage zu vermeiden und Zeit zu gewinnen für korrigierende Gegenmaßnahmen. Das Instrument kollidiert insoweit mit dem Transparenzgedanken der internationalen Rechnungslegungsstandards. Im Falle des Sonderpostens für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB werden Zuführung, Auflösung und Bestand transparent in gesonderten Positionen der Bilanz beziehungsweise Gewinn- und Verlustrechnung gezeigt, so dass entsprechende Dispositionen für den Bilanzleser nachvollziehbar sind.

keit über ihre Kapitalausstattung und ihr Risikoprofil zu informieren. Diese erweiterten Anforderungen an die Transparenz der beaufsichtigten Institute stehen dabei im Einklang mit den aktuellen Tendenzen in der Rechnungslegung. Durch eine erweiterte Offenlegung von Informationen und Risiken bei Kreditinstituten, wie sie auch die IAS vorsehen, können die Marktmechanismen und die Risikoanalyse der Märkte ergänzend für die Zwecke der Bankenaufsicht genutzt werden, um die Stabilität der Finanzmärkte besser abzusichern. Um die Institute nicht unangemessen zu belasten und auch die Adressaten der Veröffentlichung nicht durch abweichende Daten zu verunsichern, ist darauf zu achten, dass ein möglichst weit gehender Gleichlauf zwischen den Angaben nach einem überarbeiteten neuen IAS 30 und den Anforderungen der Säule 3 besteht.<sup>11)</sup>

#### **Exkurs: Die internationale Diskussion über Folgerungen aus der Insolvenz des US-amerikanischen Unternehmens Enron**

##### *Der Fall Enron*

Internationale Aufmerksamkeit hat der Zusammenbruch des US-Energiehändlers Enron im Spätjahr 2001 hervorgerufen. Der Fall Enron hatte nicht nur Folgen für die US-Firma selbst, deren Investoren sowie Beschäftigte, sondern auch für deren Abschlussprüferfirma, die sich inzwischen sogar in einem Gerichtsverfahren für ihre Rolle bei der Verschleierung unseriöser Geschäftspraktiken Enrons verantworten muss.

Der Fall Enron hat eine internationale Diskussion über Ursachen und die notwendigen

Konsequenzen ausgelöst, um künftig Marktstörungen zu vermeiden, wie sie als Folge eines allgemeinen Vertrauensschwundes in die Veröffentlichung von Unternehmenszahlen zu beobachten waren. Zur Schiefelage des Konzerns mag zu einem gewissen Teil betrügerisches Geschäftsgebaren und ein bewusstes Missachten von Vorschriften beigetragen haben. Es wurden jedoch auch einige grundsätzliche Mängel und Lücken in den Bereichen Rechnungslegung, Wirtschaftsprüfung wie auch Unternehmensführung und -kontrolle (Corporate Governance) offenkundig.

Die kasuistisch aufgebauten US-GAAP hatten bei Enron Anreize für Umgehungsstrategien wie auch für deren missbräuchliche Anwendung eröffnet. Enron führte viele Geschäfte nur mit dem Zweck durch, einen günstigen Finanzausweis nach US-GAAP offen legen zu können. Dabei wurden speziell dafür gegründete Zweckgesellschaften, so genannte nicht konsolidierte „Special Purpose Entities“ (SPE), als Hilfskonstruktionen eingesetzt. Auf diese Weise wurden zum Beispiel Verbindlichkeiten verlagert und Finanzumsätze erzeugt, die sich zwar per saldo ausglich, den Märkten jedoch Wachstum und Liquidität vortäuschten. Im Ergebnis wurde damit formal den US-GAAP-Regeln entsprochen, jedoch ihrem eigentlichen Zwecke zuwidergehandelt.

*Internationale Diskussion über Vermeidung von Marktstörungen*

*Enron offenbart Mängel in den US-GAAP beziehungsweise deren Anwendung*

---

<sup>11</sup> IAS 30 sieht nur eine sehr geringe Anzahl von Positionen für Bilanz und Erfolgsrechnung und einen umfassenden Anhang mit nicht standardisierter Gliederung vor. Da Jahresabschluss und Konzernabschluss auch eine Informationsfunktion gegenüber der Bankenaufsicht erfüllen, werden Lösungen zu suchen sein, die sicherstellen, dass die bankenaufsichtlich benötigten Informationen in der erforderlichen Gliederungstiefe zur Verfügung stehen und Brüche in den Zeitreihen von Jahresabschlussdaten möglichst gering bleiben.

Die Diskussion um Enron hat unter anderem auch zu einem kritischen Hinterfragen der zunehmenden Praxis der Veröffentlichung so genannter Pro-forma-Erfolgszahlen<sup>12)</sup> geführt, die mitunter große Unterschiede zu den in den testierten Abschlüssen veröffentlichten geprüften Zahlen aufweisen. Es ist offenkundig, dass Pro-forma-Zahlen eine genauere Analyse der finanziellen Situation eines Unternehmens nicht ersetzen können.

*Enforcement  
der Rechnungs-  
legung*

Rechnungslegungsregeln, die zu einem für die Märkte verlässlichen Finanzausweis führen, sind allein jedoch unzureichend, solange kein glaubwürdiges Verfahren zu deren institutioneller Durchsetzung vorhanden ist. In den USA wurde diese Rolle der SEC übertragen. Damit ist in den USA insgesamt für eine Durchsetzung von Rechnungslegungsstandards gesorgt, wenngleich auch Kritik laut wurde, die auf eine für diese Zwecke mangelnde personelle wie finanzielle Ausstattung der Behörde hinweist. In Deutschland kann allenfalls die Tätigkeit des Registergerichts als vergleichbare hoheitliche Durchsetzungsinstanz angesehen werden. Eine Überprüfung der Notwendigkeit eines expliziten Durchsetzungsmechanismus auch in Deutschland könnte durchaus sinnvoll sein. Zum Beispiel könnte man in diesem Zusammenhang an ein Zusammenspiel zwischen Registergericht und dem Deutschen Rechnungslegungs Standards Committee (DRSC) denken.

*Verbesserung  
der Prüfungs-  
qualität*

Ferner hat sich bei Enron – wie bei Problemfällen in Deutschland (z. B. Balsam AG, Flowtex oder Philipp Holzmann) – die Prüfung von Unternehmensabschlüssen durch einzelne externe Wirtschaftsprüfer als unzulänglich

herausgestellt. Die Prüfer haben bei Enron zweifelhaft bilanzierungspraktiken nicht nur gebilligt, sondern offensichtlich auch deren Aufklärung durch die Vernichtung von Unterlagen erschwert. Allgemein stellt sich im Bereich der Wirtschaftsprüfung vor allem die Frage nach der Unabhängigkeit der Prüfer und hierbei die oftmals festzustellende Mehrfachtätigkeit von Wirtschaftsprüfungsfirmen bei ihren Mandanten sowohl im Beratungsbereich als auch im Prüfungsbereich. Zwar bestehen bereits internationale Standards wie die „International Standards on Auditing“ (ISA) oder der „Code of Ethics“ des „International Auditing Practices Committee“ (IAPC), eine verbindliche Anwendung dieser Standards ist allerdings bisher nicht vorgesehen. Eine explizite Beaufsichtigung von Wirtschaftsprüfern durch staatliche Stellen ist ebenso wenig vorhanden. Allerdings praktiziert die Wirtschaftsprüfungsbranche als eine Konsequenz aus vergangenen Fehlleistungen eine gegenseitige Kontrolle in Form eines so genannten „peer reviews“. Dabei können im Ergebnis von der prüfenden Firma Empfehlungen ausgesprochen werden, die dann auch umgesetzt werden sollten. Es ist zu überprüfen, ob das Instrument des „peer reviews“ ausreichend ist, um verloren gegangenes Vertrauen wieder herzustellen. Im Übrigen diskutiert auch der Berufsstand auf internationaler Ebene bereits weitere Maßnahmen zur Qualitätssicherung bei der Abschlussprüfung.

---

<sup>12</sup> Neben den offiziellen geprüften Ergebniszahlen des Jahresabschlusses veröffentlichen Unternehmen teilweise so genannte um besondere Einflüsse bereinigte Pro-forma-Erfolgszahlen. Diese zeigen nach der Auffassung des Unternehmens den nachhaltig erzielbaren Erfolg, sind aber subjektiv und nicht geprüft.

*Corporate  
Governance*

Wie schon bei einer Reihe anderer Problemfälle sind auch bei Enron im Bereich der Unternehmenskontrolle und -führung Defizite aufgedeckt worden. Die Transparenz auf diesem Gebiet sollte generell erhöht werden. Der in Deutschland Ende Februar 2002 vorgestellte freiwillige Corporate-Governance-Kodex für Unternehmen, der 50 nationale und internationale Standards umfasst, kann als ein Schritt in die richtige Richtung gesehen werden. Die Einhaltung der Standards ist zwar freiwillig, verpflichtend wird jedoch eine Stellungnahme der Unternehmen sein, in der sie einmal jährlich eine eventuelle Nichtbeachtung einzelner Standards darlegen müssen. Die kontroverse Diskussion um diesen Kodex, insbesondere zum Beispiel um dessen Forderung nach einer Offenlegung der einzelnen Vorstandsbezüge einschließlich Aktienoptionen, hat gezeigt, dass es noch keinen Konsens über das richtige Maß an Unternehmenstransparenz gibt.

*Rolle der  
Rating-  
Agenturen*

Schließlich wurde durch den Fall Enron auch erneut die Rolle der Rating-Agenturen in die Diskussion gebracht. Eine Erhöhung der Ratingqualität ist ein besonderes Interesse nicht nur der Märkte sondern auch der Bankenaufsicht, die sich im Rahmen der neuen Basel II-Eigenkapitalregeln künftig auch auf externe Ratings stützen wird. Im Fall Enron wurde kritisiert, dass die Rating-Agenturen das Unternehmen noch kurz vor dessen Zusammenbruch als investitionswürdig (Investment Grade) beurteilt hatten. Die Aktualität des Ratings für die Märkte sollte möglichst erhöht werden. Damit muss nicht zwangsläufig eine höhere Volatilität einhergehen, da die Rating-Änderungen und damit auch die Marktreak-

tionen weniger heftig ausfallen dürften. Eine Verbesserung der Ratingqualität durch eine explizite Beaufsichtigung von Rating-Agenturen durch eine staatliche Behörde wäre zwar denkbar, wobei sich die Aufsicht dann auf die Überprüfung der Arbeitsweise und der Einhaltung allgemein akzeptierter Standards zu beschränken hätte. Dies könnte allerdings die Branche auch selbst mit möglicherweise weniger Aufwand leisten.

Zu den angesprochenen Problembereichen, aber auch darüber hinaus, gibt es bereits einige Initiativen sowohl in den USA als auch in den zuständigen EU-Gremien. In den USA werden zum Beispiel gegenwärtig einige US-GAAP-Regeln von der FASB überarbeitet, um beispielsweise die Konsolidierungspflicht bei SPEs auf eine solidere Basis zu stellen. Die SEC hat einen Plan zur Überwachung der Unabhängigkeit der Wirtschaftsprüfer bei den großen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vorgestellt. Auf diesem Gebiet ist auch die EU-Kommission aktiv und hat kürzlich eine Empfehlung veröffentlicht, die Kriterien zur Sicherstellung der Unabhängigkeit von Wirtschaftsprüfern enthält. Darüber hinaus gibt es auf EU-Ebene umfangreiche Pläne, die Verbesserungen auch auf den Gebieten Rechnungslegung und Corporate Governance zum Gegenstand haben. Weitere EU-Initiativen zielen auf die Erhöhung der Transparenz im internationalen Finanzsystem, die Vermeidung von Interessenkonflikten bei Finanzanalysten wie auch auf eine denkbare Regulierung der Tätigkeit von Rating-Agenturen. Diese Bemühungen beiderseits des Atlantiks sind zu begrüßen und sollten daher von politischer Seite auch weiterhin unterstützt werden.

*Reformprozess  
in den USA wie  
auch in der EU  
im Gange*



## Wechselkurspolitische Konsequenzen zunehmender Kapitalströme – weltweite Erfahrungen und Perspektiven

Wechselkurspolitische Fragen gehören zum Kernbereich der anhaltenden Diskussion über Möglichkeiten zur Verbesserung der Funktionsweise des internationalen Währungs- und Finanzsystems. Rückblickend auf die jüngsten Verschuldungs- und Währungskrisen von Schwellenländern lässt sich festhalten, dass alle von Krisen erfassten Länder mehr oder weniger feste Wechselkursregelungen hatten, die im Zuge der Krisenlösung überwiegend Systemen mit erheblicher Wechselkursflexibilität weichen mussten. Mitunter wird den führenden Industrieländern vorgeworfen, die Wechselkurse zwischen ihren eigenen Währungen nicht genügend stabilisiert und dadurch zum Scheitern von Festkurssystemen in Schwellenländern beigetragen zu haben. Angesichts der starken Zunahme des Kapitalverkehrs sowohl innerhalb der Industrieländergruppe als auch zwischen Industrie- und Schwellenländern hat die Forderung nach festen Wechselkursen jedoch viel von ihrer früheren Attraktivität verloren. Ein hoher Grad an Wechselkursstabilität lässt sich bei umfangreichem Kapitalverkehr nur dann auf Dauer gewährleisten, wenn die eigene Wirtschaftspolitik konsequent und in sich konsistent dem Wechselkursziel untergeordnet wird. Dies ist eine überaus anspruchsvolle Voraussetzung, die in der Praxis nur in Ausnahmefällen erfüllt werden kann.

## Verändertes wechselkurspolitisches Umfeld durch stark gestiegenen Kapitalverkehr

*Umfangreiche  
Kapitalströme  
sind ein Haupt-  
merkmal der  
fortschreiten-  
den weltwirt-  
schaftlichen  
Verflechtung*

Die stürmische Zunahme des Kapitalverkehrs sowohl innerhalb der Industrieländergruppe als auch zwischen Industrie- und Entwicklungsländern gehört zu den herausragenden Entwicklungen der jüngsten internationalen Wirtschaftsgeschichte. Die Industrieländer hatten zunächst eine sich länger hinziehende Politik der schrittweisen Liberalisierung ihres Kapitalverkehrs verfolgt – mit einigen Ländern (darunter der Bundesrepublik) als stetige Vorreiter. Lange Zeit mangelte es vielerorts nicht nur an den elementaren Vertrauen schaffenden Voraussetzungen für eine weitgehende Öffnung der eigenen Finanzmärkte, wobei eine konsequent auf Geldwertstabilität ausgerichtete Politik an erster Stelle zu nennen ist. Häufig musste auch das Bewusstsein für die ökonomischen Vorteile eines freien Kapitalverkehrs (der vor dem Ersten Weltkrieg selbstverständlich war) erst wieder reifen. So fielen die letzten Kapitalverkehrsbeschränkungen in manchen Industrieländern nicht vor Anfang der neunziger Jahre. Seither haben Finanzinnovationen sowie Fortschritte in der Datenverarbeitung und Kommunikationstechnik die Integration der Finanzmärkte zwischen den Industrieländern und damit auch das Wachstum der Finanzströme innerhalb dieser Ländergruppe weiter vorangetrieben. In den im Aufholprozess am besten vorangekommenen Entwicklungsländern (Schwellenländer) setzte hingegen eine wesentliche Liberalisierung internationaler Kapitaltransaktionen erst im letzten Jahrzehnt ein – angetrieben durch einen weltweiten Paradigmawechsel in der

Wirtschaftspolitik, der sowohl das endgültige Scheitern des sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells als auch die Erfolge der in den Industrieländern vordringenden Angebotspolitik reflektierte. Diese Öffnung der eigenen Wirtschaft für Kapitaltransaktionen hat vor allem einen beträchtlichen Zustrom an Direktinvestitionen ausgelöst. Zudem erhielten Geschäftsbanken und Unternehmen der Schwellenländer in vielen Fällen die Möglichkeit, sich bei ausländischen Finanzinstitutionen zu günstigen Konditionen zu refinanzieren, wobei es den Geldgebern und den Kreditnehmern durch implizite Staatsgarantien und vermeintlich feste Wechselkurse allerdings erschwert wurde, die mit ihren Entscheidungen verbundenen Risiken realistisch einzuschätzen. Darüber hinaus waren viele Schwellenländer dank eingeleiteter Reformen und entsprechender Vertrauensvorschüsse in der Lage, sich in großem Umfang Finanzkapital auf den internationalen Märkten auch durch direkte staatliche Kreditaufnahme zu beschaffen. Insoweit zeigte sich eine unerwartet starke Renaissance einer Entwicklung, die schon einmal 1973/74 auf Grund der damaligen Ölpreiserhöhungen eingesetzt hatte (im Zeichen eines „recycling“ von Einnahmen der Ölexporteure zu den energieimportierenden Ländern), dann aber durch die Anfang der achtziger Jahre ausgebrochene Schuldenkrise für lange Zeit ins Stocken gekommen war.

Die gesamten Nettokapitalzuflüsse in die Entwicklungsländer einschließlich der heutigen Transformationsländer stiegen nach Angaben des IWF von durchschnittlich 45 Mrd US-\$ pro Jahr im Zeitraum von 1980 bis 1989 auf jährlich 167 Mrd US-\$ in der anschließenden

*Jüngere  
Tendenzen im  
Kapitalimport  
der Entwick-  
lungsländer*

Periode bis 1997. Hauptsächlich als Folge der seither zahlreichen weiteren Verschuldungskrisen verminderte sich der Kapitalzustrom allerdings wieder auf 73 Mrd US-\$ im Jahresdurchschnitt 1998 bis 2001. Vergleicht man die Struktur der Kapitalzuflüsse der Entwicklungsländer seit Beginn der neunziger Jahre mit derjenigen früherer Perioden, zeigt sich zum einen eine starke Erhöhung des Anteils privater Kreditgeber und Investoren am gesamten Kapitalimport. So stieg diese Quote im Zeitraum von 1990 bis 1999 auf 81 %, nach nur 42 % in der vorangegangenen Dekade. Zum anderen ist bemerkenswert, dass innerhalb der Kapitalimporte aus privaten Quellen ausländische Direktinvestitionen seit den achtziger Jahren die bei weitem bedeutendste Komponente bildeten. Diese erfreuliche Tendenz (die nicht nur hilft, das Risiko plötzlicher Kapitalabzüge einzudämmen, sondern auch mit dem Transfer technologischer und organisatorischer Kenntnisse verbunden ist) wurde in jüngster Zeit teilweise durch nicht im gleichen Umfang wiederholbare Privatisierungsmaßnahmen begünstigt. Demgegenüber war der sonstige Kapitalverkehr der Entwicklungsländer von großer Volatilität gekennzeichnet und für den seit 1998 verzeichneten Rückgang des gesamten Nettokapitalimports dieser Ländergruppe verantwortlich. Das jüngste Abebben der Kapitalzuflüsse in die Entwicklungsländer weist jedoch nicht nur auf eine anhaltende Verunsicherung privater Kreditgeber und Investoren hin, sondern reflektiert auch größere Zurückhaltung bei der Kreditaufnahme. Durch notwendige Anpassungsmaßnahmen haben viele Entwicklungsländer ihre Leistungsbilanzdefizite inzwischen verringert oder sogar in Über-

schüsse umgekehrt, so dass der internationale Finanzierungsbedarf dieser Ländergruppe zurückging.

Die rasch voranschreitende Integration der Finanzmärkte zwischen den Industrieländern und der zunehmende Kapitalverkehr zwischen Industrie- und Entwicklungsländern haben unvermeidliche Konsequenzen für die Wechselkurspolitik der beteiligten Länder. Eine starke finanzielle Verflechtung zwischen unterschiedlichen Währungsräumen bedeutet, dass die beteiligten Länder auch hohe Leistungsbilanzdefizite reibungslos finanzieren können, solange aus Sicht der Kreditgeber und Investoren der Schuldendienst gesichert erscheint. Unter diesen Bedingungen können Veränderungen in der Einschätzung der Wirtschaftslage eines Landes oder Währungsraums erhebliche internationale Kapitalverlagerungen mit sich bringen, die zudem – soweit es sich um Finanzkapital handelt – nicht selten schlagartig erfolgen. Hierbei eröffnet ein durch positive Erwartungen ausgelöster Kapitalzustrom die Aussicht auf höheres Wirtschaftswachstum mit zunehmender Inanspruchnahme ausländischer Güter und Dienstleistungen durch heimische Investoren und Konsumenten. In diesen Fällen wäre die Aufwertung der eigenen Währung ein marktkonformer Hebel, um die Einfuhr zu begünstigen, die Ausfuhr zu drosseln und damit auch der Preisstabilität im eigenen Währungsraum zu dienen. Umgekehrt führt der Vertrauensverlust eines Partners in finanziell eng verflochtenen Währungsräumen zu großen Zahlungsbilanzproblemen, falls dessen ausländische Gläubiger fällige Anlagen nicht erneuern und die Wirtschaftspolitik oben-

*Umfangreicher  
Kapitalverkehr  
verlangt im  
Prinzip ein  
hohes Maß an  
Wechselkurs-  
beweglichkeit*

## Nettokapitalimport der Entwicklungsländer \*)

Mrd US-\$; Jahresdurchschnitt

Position	1971–1979	1980–1989	1990–1999	2000–2001	Nachrichtlich:	
					1990–1997	1998–2001
<b>Insgesamt</b>	25,5	45,3	154,3	41,0	166,8	72,7
<b>Aufgliederung nach Komponenten</b>						
Staatliche Geber	9,8	26,1	30,1	21,5	28,4	29,3
Private Geber	15,7	19,2	124,2	19,5	138,4	43,4
Direktinvestitionen	4,1	11,7	90,1	164,4	72,8	161,8
Portfolioinvestitionen	0,4	5,4	48,4	– 17,2	56,9	– 1,3
Bankkredite und sonstiger Kapitalverkehr	11,2	2,1	– 14,3	– 127,8	8,8	– 117,1
Nachrichtlich:						
Zuflüsse von privaten Gebern in % des gesamten Nettokapitalimports	61,7	42,4	80,5	47,5	83,0	59,7
Direktinvestitionen in % der gesamten Zuflüsse von privaten Gebern	26,3	61,0	72,5	845,2	52,6	372,8
<b>Aufgliederung nach Empfängerregionen</b>						
Lateinamerika	14,8	17,1	57,7	49,1	54,8	59,1
Ostasiatische Krisenländer 1)	5,6	8,7	27,4	– 12,4	38,1	– 13,9
Sonstige asiatische Länder 2)	3,7	11,1	17,9	15,8	21,5	9,6
Europa und FSU			18,2	3,4	16,2	14,8
Afrika und Naher Osten 3)	1,4	8,4	33,2	– 14,9	36,1	3,3
<b>Gegenposten in der Zahlungsbilanz</b>						
Saldo der Leistungsbilanz	– 4,1	– 26,8	– 65,8	108,9	– 79,8	49,5
Veränderung der Währungsreserven (Zunahme: –)	– 16,1	– 10,4	– 68,1	– 124,3	– 68,8	– 94,9
Restposten	– 5,3	– 8,2	– 20,4	– 25,6	– 18,1	– 27,4

Quelle: IWF. — \* Einschl. Schwellen- und Transformationsländer sowie Israel, Korea, Singapur und Taiwan. — 1 Indonesien, Korea, Malaysia, Philippinen und Thailand. —

2 Ohne Naher Osten und Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion (FSU). — 3 Einschl. Türkei, Israel und Malta.

Deutsche Bundesbank

drein mit anhaltenden Leistungsbilanzdefiziten konfrontiert bleibt. Eine Währungsabwertung kann hier zumindest eine entscheidende Hilfe sein, um über eine Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit die erforderliche Schuldendienstkapazität so schnell wie möglich wiederzugewinnen. Umfangreiche internationale Kapitalströme verlangen deshalb – als Preis für den Vorteil, sich bei solider Wirtschaftspolitik größere Wachstumsmöglichkeiten zu erschließen – im Grundsatz ein hohes Maß an Wechselkursbeweglichkeit der betreffenden Währungen. Ein Regime flexibler Kurse entzieht dann zugleich solchen Kapitaltransaktionen weitgehend den Boden, die nur so lange lohnend erscheinen, wie auf eine Absicherung des Wechselkursrisikos scheinbar verzichtet werden kann.

### Keine Alternative zum Floating der Schlüsselwährungen

#### Übergang zu frei schwankenden Wechselkursen als Folge wirtschaftlicher Divergenzen

*Binnenwirtschaftliche Ziele dominieren*

Das gegenwärtige internationale Währungssystem ist durch eine überragende Rolle von US-Dollar, Euro und Yen gekennzeichnet. Nach der jüngsten, von der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) koordinierten Stichprobe über die weltweiten Devisenmarktumsätze (einschließlich Termin- und Swapgeschäfte) entfielen auf diese drei Währungen drei Viertel aller doppelt erfassten Transaktionen (jede beteiligte Währung ging zweifach in die Rechnung ein, nämlich zum einen als Berichtswährung und zum anderen

als Partnerwährung aller anderen Berichtswährungen). Im Einzelnen beliefen sich die Anteile von US-Dollar, Euro und Yen auf 90 %, 38 % beziehungsweise 23 % (während die zahlreichen übrigen erfassten Währungen die restlichen 49 % auf sich vereinigten).<sup>1)</sup> Das zwischen den drei Schlüsselwährungen bestehende System frei schwankender Wechselkurse ist das Ergebnis des durch wirtschaftliche Divergenzen und dadurch verstärkte Kapitalbewegungen ausgelösten Zusammenbruchs der Festkursordnung von Bretton Woods. Der damals entscheidende Schritt zu einem neuen Weltwährungssystem erfolgte im März 1973, als die Bundesrepublik unter dem Druck überaus hoher Dollarzuflüsse als eines der letzten größeren Industrieländer den Ankauf von US-Währung am Devisenmarkt einstellte und dann zusammen mit anderen europäischen Ländern zum gemeinsamen Floating überging. Die anschließende Entwicklung hat gezeigt, dass die maßgeblichen Industrieländer nicht bereit sind und wohl auch nicht in der Lage wären, ihre Geldpolitik – geschweige ihre gesamte Wirtschaftspolitik – in den Dienst eines neuen weltweiten Systems fester Wechselkurse zu stellen. Vielmehr stehen überall die binnenwirtschaftlichen Ziele im Vordergrund der Politik. Die Europäische Zentralbank (EZB) ist durch den EG-Vertrag (in Fortsetzung der Tradition des Bundesbankgesetzes) sogar ausdrücklich verpflichtet, ihre Geldpolitik vorrangig darauf auszurichten, die Binnenkaufkraft des Euro zu sichern. Der Spielraum für eine aktive Wechselkurspolitik des Euro

<sup>1</sup> Vgl.: BIZ, Triennial Central Bank Survey – Foreign Exchange and Derivatives Market Activity in 2001, March 2002, S. 9.

Raums ist somit von vornherein erheblich eingeschränkt.

*Großes  
Gewicht der  
Binnenwirt-  
schaft macht  
Wechselkurs-  
schwankungen  
leichter tragbar*

Eine gemeinsame Grundlage für das Floating der Schlüsselwährungen ist die Tatsache, dass der jeweilige Währungsraum eine große und damit im Hinblick auf die Erstellung des Sozialprodukts relativ eigenständige Wirtschaftseinheit darstellt. Für den Euro-Raum liegt der entsprechende Offenheitsgrad – gemessen als Durchschnitt der Ausfuhr und Einfuhr von Gütern und Dienstleistungen im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt – mit derzeit 19 % bereits erheblich unter dem Vergleichswert für Deutschland im Jahr vor Beginn der Währungsunion (28 %). Noch wesentlich stärker verminderte sich der Offenheitsgrad für kleinere Länder des Euro-Raums wie beispielsweise die Niederlande und Belgien, deren Waren- und Dienstleistungsverkehr mit fremden Währungsgebieten früher eine sehr große Bedeutung in Relation zur gesamten Wirtschaftsleistung hatte (50 % beziehungsweise 73 %). Für die Vereinigten Staaten und Japan belaufen sich die diesbezüglichen Vergleichswerte sogar auf lediglich 12 % beziehungsweise 10 %. Die mit dem Floating verbundenen Bewegungen des Wechselkurses werfen daher in den drei größten Währungsräumen der Welt wegen der überragenden Bedeutung der jeweiligen Binnenwirtschaft zumindest keine übermäßigen Probleme auf.

### **Fehlentwicklungen der Wechselkurse nicht selten**

Wie Kritiker des Floating erwartet hatten, neigen marktbestimmte Kurse zu starken kurz-

fristigen Ausschlägen. Allerdings haben sich gelegentlich geäußerte Befürchtungen, die Volatilität des Euro werde im Vergleich zur D-Mark wegen der geringeren Offenheit des Euro-Raums und einer deshalb unterstellten starken Vernachlässigung des Wechselkurses deutlich zunehmen, nicht bestätigt. Im Übrigen liegen die kurzfristigen Wechselkurschwankungen der wichtigsten Währungen im Vergleich mit anderen Finanzmarktvariablen wie Rentenrenditen und Aktienkursen eher am unteren Rand des Spektrums. Zudem helfen die gut entwickelten Märkte für Absicherungsinstrumente, diese Art Volatilität zu bewältigen.

Größere Wechselkursverschiebungen binnen kurzer Zeit können demgegenüber selbst für die Schlüsselwährungsländer einschneidende Folgen haben. Es gibt jedoch keinen allgemein akzeptierten Maßstab, wie unter den Bedingungen des Floating die sich am Markt bildenden Wechselkurse in ökonomischer Hinsicht zu beurteilen sind. Wesentliche Abweichungen des Wechselkurses von seiner Kaufkraftparität darf man nicht unbedingt als eine Fehlentwicklung („misalignment“) ansehen. Weiter oben wurde bereits dargelegt, dass Reaktionen des Wechselkurses auf Zu- und Abflüsse von Kapital eine nützliche Funktion erfüllen und daher bei der Einschätzung des jeweiligen Wechselkursniveaus mit ins Bild gehören. Die Akteure an den Finanzmärkten verhalten sich aber nicht selten gleichgerichtet mit dem Ergebnis, einmal in Gang gekommene Kapital- und Wechselkursbewegungen noch zu verschärfen. Beispiele hierfür waren die extreme Aufwertung des US-Dollar gegen Mitte der achtziger Jahre

*Kurzfristige  
Wechselkurs-  
ausschläge  
ökonomisch  
beherrschbar*

*„Misalign-  
ments“ nicht  
auszuschließen*

und die übermäßige Stärke des Yen von Anfang 1995. In beiden Fällen kam es auch durch internationale währungspolitische Mithilfe letztlich zu der erforderlichen Umkehr. Schwieriger ist hingegen die aktuelle Dollarbewertung zu beurteilen. Der hohe Nettokapitalimport der Vereinigten Staaten – der die dortige Schwäche der Ersparnisbildung ausgleicht, somit die Investitionen, den Konsum und das Wirtschaftswachstum alimentiert und folglich ein entsprechend hohes Leistungsbilanzdefizit ermöglicht – könnte rasch zurückgehen, falls ausländische Kreditgeber und Investoren die künftigen Wirtschaftsaussichten der USA weniger günstig einschätzen als bisher. Der US-Dollar würde dann weiter an Wert verlieren. Insofern erscheint die gegenwärtige Wechselkurskonstellation mit früheren Erfahrungen teilweise vergleichbar. Anhaltspunkte dafür, dass der US-Dollar von einem vertretbaren Wechselkursniveau deutlich nach oben abweicht, liefert auch der in den USA im Zusammenhang mit der jüngsten Konjunkturschwäche wieder stärker gewordene Protektionismus.

### Sand ins Getriebe der Finanzmärkte streuen?

*Wiederbelebte  
Vorschläge zur  
Besteuerung  
aller Devisen-  
marktumsätze*

Wenngleich die Freiheit des Kapitalverkehrs zwischen den Industrieländern heute von keiner maßgeblichen Stelle in Frage gestellt wird, so gibt es doch die weit verbreitete Vorstellung, zumindest der kurzfristige Kapitalverkehr und die mit solchen Transaktionen verbundenen Wechselkurseffekte ließen sich durch die weltweite Einführung einer relativ geringen Besteuerung aller Devisenmarktumsätze stark eindämmen, wobei das Steuerauf-

### Volatilität der Wechselkurse \*)

Position	Januar 1980 – Dezember 1989	Januar 1990 – Dezember 1998	Januar 1999 – April 2002
<b>Bilaterale Wechselkurse</b>			
US-Dollar je D-Mark bzw. Euro	7,2	6,6	6,9
Yen je D-Mark bzw. Euro	4,8	6,8	8,9
Yen je US-Dollar	6,2	6,8	6,8
<b>Gewogene Wechselkurse</b>			
D-Mark	2,5	2,6	–
Euro	–	–	4,8
US-Dollar	5,2	4,8	4,0
Yen	4,5	4,0	4,2
Nachrichtlich: <b>Renditevolatilität 1)</b>			
D-Mark	2) 6,4	6,4	8,3
Euro	–	–	9,2
US-Dollar	9,9	8,7	11,1
Yen	3) 13,3	13,7	23,4
<b>Aktienkursvolatilität</b>			
Dax	9,8	11,0	14,9
Euro Stoxx	–	–	13,2
Dow Jones	9,8	8,0	11,8
Nikkei	4) 9,0	14,2	14,9

\* Die Volatilität entspricht der kalendermonatlichen Standardabweichung der Veränderungsrate zum Vortag, multipliziert mit dem Faktor 1000. — 1 Volatilität der Umlaufrenditen öffentlicher Anleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren. — 2 Juni 1987 bis Dezember 1989. — 3 November 1987 bis Dezember 1989. — 4 April 1986 bis Dezember 1989.

Deutsche Bundesbank

kommen der Entwicklungshilfe zugeführt werden soll. Hiermit würde nach Ansicht der Protagonisten durch marktkonforme Maßnahmen lediglich etwas „Sand ins Getriebe der Finanzmärkte“ gestreut, und zwar allein zu Lasten vermeintlich „überflüssiger“ und „schädlicher“ Kapitalbewegungen. Diese Idee, die auf einen Vorschlag des Nobelpreisträgers James Tobin aus den siebziger Jahren zurückgeht, basiert auf der Erwartung, dass Außenhandelsgeschäfte sowie längerfristige Finanztransaktionen von einer leichten Steigerung der Transaktionskosten kaum berührt würden, während kurzfristige Kapitalbewegungen – die nicht zuletzt ein „Durchhandeln“ von Positionen im Interbankgeschäft umfassen – sich spürbar verteuerten und damit in vielen Fällen uninteressant wären.

*Diskriminierung des kurzfristigen Kapitalverkehrs würde keine Dämpfung des Wechselkursgeschehens gewährleisten*

Derartige Konzepte können jedoch bei eingehender Betrachtung nicht überzeugen. Zwar sollten bei der weiteren Liberalisierung des Kapitalverkehrs der Entwicklungsländer sehr wohl Prioritäten gesetzt werden – mit Direktinvestitionen und anderen langfristigen Transaktionen auf den vordersten Plätzen. Zu der zwischen den Industrieländern bereits weit fortgeschrittenen Finanzmarktintegration gehört jedoch, dass kurzfristige Kapitaltransaktionen auf internationaler Ebene letztlich die gleiche Rolle spielen können, die ihnen innerhalb eines Landes oder Währungsraums zukommt. Mit einer „Tobin-Steuer“ würden hingegen kurzfristige internationale Finanzgeschäfte sowohl gegenüber langfristigen internationalen Transaktionen als auch gegenüber kurzfristigen Binnenmarktgeschäften auf Dauer diskriminiert. Außerdem ist zu bedenken, dass eine Unterdrückung kurzfristi-

ger Kapitalbewegungen die Liquidität an den Devisenmärkten verknappt und dass die Wechselkursschwankungen dadurch unter Umständen eher größer als kleiner werden können. Nach aller Erfahrung mit sonstigen Eingriffen in den Kapitalverkehr müsste ferner mit zunehmenden Umgehungsmöglichkeiten und entsprechenden Wettbewerbsverzerrungen gerechnet werden. Dies umso mehr, als die weltweite Einführung eines solchen Instruments nicht erreichbar erscheint. Gegen die vorgeschlagene Besteuerung aller Devisenmarktumsätze spricht auch, dass kurzfristige Kapitalbewegungen häufig gar keine wesentliche Rolle für problematische Wechselkursentwicklungen spielen. Ein aktuelles Beispiel hierfür ist der für die Stärke des US-Dollar verantwortliche Kapitalstrom nach den Vereinigten Staaten, der in den letzten Jahren hauptsächlich aus Direktinvestitionen sowie Käufen von Aktien, Unternehmensanleihen und Pfandbriefen bestand. Eine nur geringfügige steuerliche Belastung der Devisenmarktumsätze hätte somit den Kapitalimport der USA und die entsprechende Dollarstärke wohl kaum gedämpft. Ebenso wäre eine „Tobin-Steuer“ selbst für die überaus krisenträchtige Verschuldung von Schwellenländern in Form kurzfristiger Fremdwährungsverbindlichkeiten kein wesentliches Hindernis gewesen (noch viel weniger für die immer bedeutender gewordene Emission längerfristiger Anleihen), weil Kreditnehmer wie Kreditgeber erheblich stärker ins Gewicht fallende Anreize für ihr häufiges Fehlverhalten hatten. Trotz all dieser Einwände gehören insbesondere staatliche und private Förderer der Entwicklungshilfe bei ihrer verständlichen Suche nach neuen Geld-

quellen zu den unermüdlichen Befürwortern einer „Tobin-Steuer“. Sie sollten solche unrealistischen Vorstellungen aufgeben, um sich mit ihrem berechtigten Anliegen einer Erhöhung der Entwicklungshilfe nicht in eine Sackgasse zu begeben.

### Zielzonen wären unglaublich

*Schaffung der  
EWU belebte  
Diskussion über  
Zielzonen*

In Zusammenhang mit dem Beginn der Europäischen Währungsunion (EWU) erhielten auch Vorschläge für eine engere währungspolitische Kooperation der Schlüsselwährungsländer neuen Auftrieb. Manche Akteure oder Beobachter sahen in der Vergemeinschaftung der Geld- und Währungspolitik der EWU-Länder eine Chance, dass nun im Interesse größerer globaler Wechselkursstabilität die Zusammenarbeit der maßgeblichen Länder effizienter gestaltet werden könnte. Dahinter stand nicht zuletzt die Sorge, der geringer werdende realwirtschaftliche Öffnungsgrad in Europa könnte sich letztlich in weiter zunehmenden Wechselkursschwankungen niederschlagen (was sich nicht bewahrheitet hat). Verstärkte Währungs Kooperation wurde überdies mit Blick auf jene Drittländer angemahnt, die eine Politik fester Wechselkurse gegenüber einer der Schlüsselwährungen verfolgen. Die auf Stabilisierung der Wechselkurse zwischen den Hauptwährungen zielenden Vorschläge reichen von eher lockeren Formen der geld- und währungspolitischen Kooperation über die Vereinbarung von Zielzonen bis hin zu einer globalen Währungsunion. Hierbei werden Zielzonen von ihren Befürwortern als eine Art Patentrezept angesehen, um einerseits Wechselkursschwankungen zu begrenzen, aber anderer-

seits der Geld- und Wirtschaftspolitik der beteiligten Länder gleichwohl einen gewissen Spielraum zu belassen. Zur Verteidigung des Wechselkurses bei Annäherung an die festzulegenden Ober- und Untergrenzen hätten Devisenmarktinterventionen neben geld- und wirtschaftspolitischen Anpassungsmaßnahmen eine wesentliche Rolle zu spielen. In dieser Hinsicht wird häufig auf die Vorteile gemeinsamer Interventionen der Behörden beider Partner hingewiesen, denn abgestimmte Aktionen demonstrieren nicht nur Einvernehmen, sondern vergrößern auch den Handlungsspielraum. Interventionen eines Schwachwährungslandes werden durch den Umfang der Währungsreserven und der bestehenden Kreditfazilitäten limitiert. Hingegen wären den Aufkäufen einer zur Schwäche neigenden Währung durch den jeweiligen Partner (der dafür seine eigene Währung hergibt) nach Ansicht mancher Protagonisten im Prinzip sogar keine Grenzen gesetzt.

Zielzonenkonzepte werfen jedoch erhebliche praktische Probleme auf. Insbesondere wäre schon die Bestimmung relativ eng eingegrenzter Gleichgewichtskurse unter der Bedingung offener Finanzmärkte sehr schwierig. Dabei bestünde nicht zuletzt das Problem, dass gerade die großen und somit weitgehend eigenständigen Wirtschaftsräume über längere Zeiträume hinweg kaum einen hohen Grad an ökonomischer Konvergenz aufweisen. Einmal festgelegte Wechselkurszielzonen müssten deshalb ständig adjustiert werden, um nicht mit divergierenden wirtschaftlichen und strukturellen Entwicklungen in Konflikt zu geraten.

*Festlegung von  
Wechselkurs-  
zielen wäre in  
der Praxis sehr  
schwierig*

*Störende  
Liquiditäts-  
effekte von  
Devisen-  
ankäufen*

Außerdem sind erhebliche Vorbehalte gegenüber der Auffassung anzubringen, ein Starkwährungsland könne bei Devisenmarktspannungen praktisch unbegrenzt – das heißt, ohne selbst Schaden zu nehmen – die unter Abwärtsdruck stehende Partnerwährung aufkaufen. Abgesehen davon, dass Interventionen nichts an den fundamentalen Ursachen solcher Spannungen ändern und daher – soweit sie nicht nur gewissen Übertreibungen die Spitze nehmen wollen – grundsätzlich abzulehnen sind, dürfen auch die mit Devisenankäufen verbundenen Probleme für die Geldpolitik nicht unterschätzt werden. Die Befürworter von Zielzonen weisen darauf hin, dass ein interventionsbedingter Anstieg der Liquiditätsreserven des Bankensystems durch Feinsteuerungsmaßnahmen absorbiert werden kann. In vielen Fällen ergeben sich in dieser Hinsicht tatsächlich keine gravierenden Probleme. Auch die Bundesbank war in früheren Währungskrisen meistens in der Lage, die expansiven Auswirkungen von Devisenankäufen auf die Zentralbankguthaben der Banken weitgehend zu neutralisieren. In einer Reihe von Währungskrisen hatte sich allerdings gezeigt, dass die eigene Geldpolitik durch Devisenankäufe gleichwohl beeinträchtigt werden kann, sofern das Auslandsgeld heimischen Nichtbanken zufließt, dann aber nicht im gleichen Umfang für eine Rückführung der inländischen Kreditaufnahme genutzt wird und somit eine entsprechende Zunahme der Geldmenge mit sich bringt. Solche expansiven Effekte lassen sich, falls keine Umkehr des Geschehens am Devisenmarkt erfolgt, nur durch ein Anziehen der geldpolitischen Zügel unter Kontrolle bringen, was jedoch bestehende Devisenmarktspannungen

weiter verschärfen könnte und folglich kontraproduktiv wäre.

All dies zusammen genommen bedeutet, dass Zielzonen für die wichtigsten Währungen der Welt keine Alternative zu frei beweglichen Wechselkursen sein können, solange eine befriedigende Angleichung der wirtschaftlichen Entwicklungen und der wirtschaftspolitischen Präferenzen nicht in Sicht ist. Um einen befriedigenden Grad an Wechselkursstabilität zu erreichen, kommt es vielmehr darauf an, die möglichen Ursachen übertriebener Wechselkursentwicklungen möglichst frühzeitig zu erkennen und den Akteuren an den Märkten die mit ihrem Verhalten verbundenen Risiken zu verdeutlichen. Internationale währungspolitische Kooperation bedeutet unter diesen Umständen vor allem, dass die beteiligten Länder auf der Grundlage gemeinsamer Analysen sich gegenseitig in dem Bemühen bestärken und überwachen, das jeweils „eigene Haus“ in Ordnung zu halten oder in Ordnung zu bringen. International abgestimmte Devisenmarktinterventionen können dabei in Einzelfällen ein hilfreiches Signal sein, um erforderlichenfalls den Märkten die Intentionen der Politik zu verdeutlichen und somit zu helfen, das Kursgeschehen in die gewünschten Bahnen zu lenken. Wichtiger wäre es allerdings, die wechselkurspolitischen Absichten durch entsprechende Adjustierung der Geldpolitik zu unterstützen. Insofern würde mehr Wechselkursstabilität durch größere Volatilität der Zinssätze erkaufte. Dieser Zusammenhang zeigt zugleich die engen Grenzen einer vertretbaren Interventionspolitik für Währungsräume, in denen der Wechselkurs wegen einer geringen realwirtschaft-

*Interventionen  
können in  
Einzelfällen  
nützliche  
Signal-  
wirkungen  
haben*

lichen Offenheit nur nachrangige Bedeutung hat. Nicht zuletzt den Schwellenländern, die auf die Inanspruchnahme der internationalen Finanzmärkte angewiesen sind, wäre kaum gedient, wenn sie aus Wechselkursgründen mit größerer Volatilität der Zinssätze konfrontiert würden.

### Wechselkurspolitik der Schwellenländer zunehmend polarisiert in Richtung der „Ecklösungen“

Vordringen  
flexibler  
Wechselkurse

Die in den Schwellenländern anzutreffenden Wechselkurssysteme lassen sich grob betrachtet nach drei Kategorien klassifizieren. Den Gegensatz zu flexiblen Wechselkursen bilden „harte“ Wechselkursfixierungen oder vergleichbare Lösungen, womit Currency-Board-Regelungen oder gar die Übernahme einer fremden Währung gemeint sind. Zwischen diesen „Ecklösungen“ besteht als dritte Variante eine Vielzahl „weicher“ Wechselkursregelungen, die in relativ unkomplizierter Weise eine Anpassung fixierter Kurse ermöglichen. Seit Beginn der jüngsten Welle internationaler Verschuldungskrisen in der Mitte der neunziger Jahre hat sich gezeigt, dass die meisten hiervon erfassten Länder vorher weiche Wechselkursbindungen unterhielten, dann aber unter dem Druck ihrer Zahlungsbilanzprobleme ganz überwiegend zu flexiblen Wechselkursen übergingen. Als Folge dieser Entwicklung dominieren heute unter den Schwellenländern frei bewegliche Kurse, während zu Anfang des letzten Jahrzehnts weiche Wechselkursfixierungen vorherrschten. Zugleich hat unter den betrachteten Schwellenländern auch die Anzahl harter

Wechselkursfixierungen leicht zugenommen. Diese Tendenzen entsprechen der in den letzten Jahren zunehmend vertretenen Ansicht, dass Länder, die bereits in hohem Maße am internationalen Kapitalverkehr teilnehmen oder dies beabsichtigen, im Interesse der Krisenprävention entweder ein flexibles Wechselkursregime oder aber die gegenteilige Lösung einer extrem harten Festkursregelung wählen sollten.

Weiche Wechselkursfixierungen, wie die traditionelle Bekanntgabe einer Parität, die Anbindung an einen Währungskorb oder die Fixierung eines Leitkurses mit im Voraus angekündigten Leitkursanpassungen, haben im Zeichen zunehmender Kapitalströme in der Tat unvermeidbare Schwächen. In der Regel taugen sie nur als „Schönwettersysteme“. Befindet sich das betreffende Land in einer befriedigend erscheinenden Wirtschaftslage und ist weder internes noch externes Störpotenzial erkennbar, so stellen die Märkte solche Wechselkursregelungen nicht in Frage. Eine vertretbar erscheinende Wirtschaftspolitik kann weichen Wechselkursbindungen sogar zu großer Glaubwürdigkeit verhelfen. In derartigen Fällen steigt jedoch das Risiko, dass Wechselkursfixierungen geradezu zum Katalysator für die Entstehung eines Krisenpotenzials werden. Beispielsweise können eine relativ expansive Wirtschaftspolitik oder strukturpolitische Versäumnisse erhebliche Leistungsbilanzbelastungen nach sich ziehen. Zeigt sich dies nicht auch in einem nachgebenden Wechselkurs, können die auf längere Frist unvermeidbaren wirtschaftspolitischen Korrekturen leichter verschleppt werden. Ein fester oder ungenügend adjustierter Wechsel-

*Weiche Wechselkursfixierungen begünstigen die Entstehung von Krisenpotenzial*

### Häufigkeit der verschiedenen Wechselkurssysteme in Schwellenländern \*)

Wechselkurssystem 1)	Anzahl der Länder			in %		
	Dezember 1990	Dezember 1995	Mai 2002	Dezember 1990	Dezember 1995	Mai 2002
<b>„Harte“ Wechselkursfixierung</b>	2	5	6	5	12	15
Verwendung einer fremden Währung als gesetzliches Zahlungsmittel	1	1	2	2	2	5
Currency Board	1	4	4	2	10	10
<b>„Weiche“ Wechselkursfixierung</b>	26	23	11	63	56	27
Feste, aber anpassbare Wechselkurse gegenüber einer Leitwährung	7	7	7	17	17	17
Stufenweise Kursanpassungen gegenüber einer Leitwährung	4	4	1	10	10	2
Bindung an einen Währungskorb und sonstige Regelungen	15	12	3	37	29	7
<b>Flexible Wechselkurse</b>	13	13	24	32	32	59
Kontrolliertes Floating	7	6	14	17	15	34
Unabhängiges Floating	6	7	10	15	17	24
<b>Länder insgesamt</b>	<b>41</b>	<b>41</b>	<b>41</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>

Quelle: IWF. — \* Erfasst wurden Länder, die Mitte der neunziger Jahre Zugang zu den internationalen Finanzmärkten hatten (und zwar nach Maßgabe der Berücksichtigung im Emerging-Market-Bond-Index-Plus von JP Morgan oder im MSCI-Index für Emerging Market Economies von Morgan Stanley Capital International). Im Einzelnen handelt es sich um folgende Länder: Ägypten, Argentinien, Brasilien, Bulgarien, Chile, China, Ecuador, Estland, Hong-

kong, Indien, Indonesien, Israel, Jordanien, Kolumbien, Korea, Lettland, Litauen, Malaysia, Malta, Marokko, Mexiko, Nigeria, Pakistan, Panama, Peru, Philippinen, Polen, Rumänien, Russland, Saudi Arabien, Singapur, Slowakei, Slowenien, Südafrika, Taiwan, Thailand, Tschechien, Türkei, Ungarn, Venezuela und Zypern. — 1 Die Klassifizierung der einzelnen Länder nach der Form des gewählten Wechselkurssystems folgt der Zuordnung durch den IWF.

Deutsche Bundesbank

kurs kann außerdem dazu beitragen, Auslandskapital zur Finanzierung von Zahlungsbilanzdefiziten mühelos anzuziehen, weil den üblichen internationalen Zinsvorteilen scheinbar kein entsprechendes Wechselkursrisiko gegenübersteht (der russischen Verschuldungskrise von 1998 gingen beispielsweise auch erhebliche Anlagen ausländischer Investmentfonds in staatlichen Rubel-Schuldverschreibungen voraus). Besonders problematisch wird eine derartige Entwicklung, falls Finanzinstitute der Schwellenländer den Hauptkanal des Kapitalimports bilden und sich dabei in fremden Währungen verschulden. Wechselkursfixierungen können in solchen Fällen sowohl von den Finanzinstituten selbst als auch von den ausländischen Geldgebern (bei denen es sich vornehmlich ebenfalls um Banken oder andere Finanzinstitute

handeln wird) als eine Art Bestandsgarantie für den Kapitalimporteur aufgefasst werden, da Währungsabwertungen mit den dann schlagartig hochschnellenden Rückzahlungsverpflichtungen zwangsläufig eine Erschütterung des Finanzsystems und des gesamten Wirtschaftskreislaufs im Schuldnerland zur Folge hätten. In fast allen jüngeren Verschuldungskrisen spielten derartige Zusammenhänge eine entscheidende Rolle. Wie zahlreiche Beispiele gelehrt haben, lassen sich feste Wechselkurse jedoch nicht über längere Zeit erfolgreich verteidigen, wenn die ausländischen Kreditgeber – aus welchen Gründen auch immer – das Vertrauen gegenüber der Wirtschaftspolitik des Schuldnerlandes verloren haben. Drastische Wechselkursänderungen erweisen sich dann zunächst einmal als mächtiger Krisenverstärker, während von An-

fang an bestehende Wechselkursflexibilität der Krisenprävention zugute gekommen wäre.

*Harte Wechselkursfixierungen können in Ausnahmefällen weiterhin angemessen sein*

Eine Politik fester Wechselkurse stellt somit bei zunehmenden internationalen Kapitalströmen besondere Ansprüche an die Solidität und Anpassungsfähigkeit der Wirtschaftspolitik, um befriedigend funktionieren zu können. Hierzu gehört im Licht der jüngsten Erfahrungen nicht zuletzt eine strikte Beaufsichtigung der eigenen Finanzinstitute, damit unverantwortliche Währungsrisiken erst gar nicht eingegangen werden können. Dies in Rechnung gestellt, können feste Wechselkurse für kleine offene Volkswirtschaften mit wenig diversifizierter Produktions- und Exportstruktur, hoher Abhängigkeit des Außenhandels vom betreffenden Währungsraum sowie flexiblen Arbeitsmärkten weiterhin sehr sinnvoll sein. Dabei wäre es günstig, wenn das gewählte Festkurssystem durch besondere Mechanismen gehärtet würde. So können Regelungen wie Currency Boards, die im eigenen politischen System durch spezielle institutionelle Sicherungen verankert werden, es unter Umständen erleichtern, eventuell erforderliche Anpassungen der Wirtschaftspolitik umfassend und rasch durchzusetzen. Entscheidend sind hierbei die typischen Automatismen, die im Fall eines Devisenabflusses sofort die binnenwirtschaftliche Liquidität verknapfen und damit auch einen wirtschaftspolitischen Handlungszwang schaffen, der den tiefer sitzenden Ursachen des Zahlungsbilanzdefizits entgegenwirkt. Wie die Erfahrungen Argentiniens mit dem zunächst aufgeweichten und im Dezember 2001 aufgegebenen Currency Board zeigen, können

Wunsch und Wirklichkeit jedoch selbst bei solchen Systemen weit auseinanderklaffen, während Länder wie die Niederlande und Österreich schon dank ihrer glaubwürdigen Politik in der Lage waren, ihre Währungen über einen langen Zeitraum gänzlich unangefochten an der D-Mark zu verankern. Festkursregelungen jedweder Art sollten jedenfalls bei fortgeschrittener Integration in das internationale Finanzsystem stets als Ausnahmen von der grundsätzlich anzuratenden Flexibilität verstanden werden. Über die wirtschaftspolitischen Konsequenzen solcher Ausnahmen müssen sich die Verantwortlichen im Klaren sein, und sie dürfen auch keine unrealistischen Vorstellungen über die tatsächliche Anpassungsfähigkeit des eigenen Landes haben, wobei Absenkungen der Nominallöhne zum Ausgleich von Rückschlägen in der Produktivitätsentwicklung den Kern des Problems ausmachen würden. Festkurssysteme, die nur scheinbar hart sind, stiften auf Dauer erst recht weitaus mehr Schaden als Nutzen.

Die gegenüber Festkursregelungen erhobenen Vorbehalte gelten noch stärker in denjenigen Fällen, in denen ein Land auf eine eigene Währungspolitik völlig verzichtet und stattdessen eine fremde Währung als gesetzliches Zahlungsmittel übernimmt. Hierfür gibt es vor allem Beispiele in Form einer Dollarisierung. Mitunter wird Schwellenländern der Verzicht auf eine eigene Währung allerdings nicht nur als Ausnahmelösung, sondern sogar als allgemein zweckmäßiges Konzept empfohlen, sofern auch ihre Auslandsverschuldung überwiegend in der betreffenden Fremdwährung denominiert ist. Der damit beabsichtigte Schutz vor der destabilisieren-

*Übernahme einer Fremdwährung erfordert äußerst anspruchsvolle Voraussetzungen*

den Wirkung einer abwertungsbedingten Erhöhung des Schuldendienstes und des Preisdrucks unterstellt jedoch, dass die jeweiligen Länder niemals in der Lage sein werden, ihre wirtschaftlichen Verhältnisse durchgreifend und nachhaltig zu sanieren, um sich später einmal vorwiegend in eigener Währung verschulden zu können. Eine derart pessimistische Haltung erscheint angesichts zahlreicher Länder mit überzeugenden Anpassungserfolgen nicht gerechtfertigt. Überdies werden die mit der Übernahme einer fremden Währung verbundenen Nachteile unterschätzt. Anders als in einer angemessen gestalteten Währungsunion könnten bei einem unilateralen Anschluss an ein anderes Währungsgebiet im Fall eines möglichen Verlusts an Wettbewerbsfähigkeit weder die Freizügigkeit der Arbeitskräfte als Anpassungsventil gewährleistet noch ein Zugang zu finanziellen Transfers erwartet werden. Die eventuell notwendige Wiedereinführung einer eigenen Währung wäre freilich im Vergleich mit dem bloßen Wechsel von einem Wechselkursregime zu einem anderen mit unvergleichbar höheren volkswirtschaftlichen Kosten und Schwierigkeiten verbunden.

*Vorteile der Flexibilität werden durch begrenzte Wechselkurssteuerung nicht in Frage gestellt*

Die grundsätzliche Befürwortung flexibler Wechselkurse für Länder, die intensiv am internationalen Kapitalverkehr teilhaben oder teilhaben wollen, schließt eine begrenzte Steuerung des Wechselkurses durch währungspolitische Mittel („managed floating“) keineswegs aus. Tatsächlich lässt sich feststellen, dass zahlreiche Schwellenländer seit Übergang zur Flexibilität die Wechselkurse ihrer Währungen durch Devisenmarktinterventionen und Änderungen der Notenbank-

zinsen weiterhin zu beeinflussen suchen. Dem mag teilweise eine Furcht vor der mit Abwertungen verbundenen Erhöhung der Schuldendienstbelastungen und der Inflationsrisiken zu Grunde liegen (was in der Literatur als „fear of floating“ bekannt wurde). Ein vorsichtiges Verhalten in der Wechselkurspolitik ändert jedoch nichts an den prinzipiellen Vorteilen des jeweiligen Regimewechsels hin zu flexiblen Kursen. Entscheidend ist, dass die Währungspolitik veränderten Verhältnissen am Devisenmarkt in kritischen Situationen zügig nachgeben kann und dass sich alle Marktteilnehmer hierüber voll und ganz im Klaren sind. Auch ein kontrolliertes Regime flexibler Wechselkurse kann somit durchaus Krisen verhütende Wirkungen entfalten sowie bei der Krisenbewältigung helfen. Im Übrigen wird der Wechselkurs weniger im Fokus der Politik stehen, sobald es dem betreffenden Land gelingt, seine Fähigkeit zu nachhaltiger Stabilitätsorientierung der Wirtschaftspolitik zu demonstrieren. Die Geldpolitik kann hierbei eine wichtige Rolle spielen, indem sie glaubwürdige Ziele bei der Inflationsbekämpfung verfolgt. Bedeutende frühere Krisenländer wie Mexiko und Brasilien sind auf diesem Weg gut vorangekommen und ziehen inzwischen die Möglichkeit einer abermaligen Fixierung des Wechselkurses ihrer Währung nicht mehr in Betracht.

Zeitweise traf die internationale Diskussion über die Problematik weicher Wechselkursfixierungen auf eine zum Teil abwehrende Haltung, die von der Vorstellung geprägt war, es gebe eine Tendenz, praktisch allen Schwellenländern in der Wechselkurspolitik den Übergang zu „Ecklösungen“ zu empfehlen.

*Feste, aber anpassbare Kurse in Ländern ohne umfangreichen Kapitalverkehr weiterhin praktikabel*

Diese Sichtweise beruhte jedoch auf Missverständnissen. In Wirklichkeit ging und geht es bei der Frage nach der Überlebensfähigkeit weicher Wechselkursfixierungen nur um jene Schwellenländer, die im internationalen Kapitalverkehr bereits eine wesentliche Rolle spielen oder auf eine solche hinarbeiten. Wirtschaftlich weniger fortgeschrittene Schwellenländer und erst recht die große Gruppe sonstiger Entwicklungsländer schränken hingegen ihren Kapitalverkehr weiterhin durch administrative Maßnahmen ein. Die meisten dieser Länder sind auch noch nicht oder nur sehr begrenzt in der Lage, sich an den internationalen Märkten zu verschulden. Unter diesen Umständen können klassische Systeme fester, aber anpassbarer Wechselkurse durchaus befriedigend funktionieren und damit gute Dienste leisten, beispielsweise auch als Instrument zur Disziplinierung der eigenen Geld- und Finanzpolitik. Im Interesse der Krisenprävention wäre es jedoch wichtig, bei fortschreitender Integration in die Weltwirtschaft nicht den angemessenen Zeitpunkt für einen Regimewechsel zu verpassen.

### Regionale Währungs Kooperation als Kompromiss zwischen Floating und Fixing

*Übergang  
zum Floating  
förderte inner-  
europäische  
Währungs-  
kooperation*

Die untereinander schon immer eng verflochtenen Länder Westeuropas haben den Untergang des Bretton-Woods-Systems von Anfang an mit einer Verstärkung der innereuropäischen Währungs Kooperation beantwortet, um ihren Handel mit den wichtigen Partnern der eigenen Region so weit wie möglich gegenüber den Nachteilen volatiler Wechsel-

kurse abzusichern. Auf das „Smithsonian Agreement“ vom Dezember 1971, das die im August des gleichen Jahres dem Höhepunkt zugetriebene Dollarkrise mit einer Neufestsetzung der Wechselkurse der G10-Währungen und einer Erweiterung der Bandbreiten für die neuen Dollarkurse (von  $\pm 1\%$  auf  $\pm 2\frac{1}{4}\%$ ) vorerst beendete, hatten die damaligen EG-Länder (Sechsergemeinschaft) im April 1972 mit einer Verengung der Schwankungsmargen für ihre „cross rates“ auf ebenfalls nur  $2\frac{1}{4}\%$  reagiert.<sup>2)</sup> Die EG-Währungen entwickelten sich dadurch zusammen mit einigen nachträglich assoziierten weiteren europäischen Währungen in einem gemeinsamen Rhythmus innerhalb der Bandbreiten für die Dollarkurse („Schlange im Tunnel“). Die damals gewählten bilateralen Bandbreiten wurden auch beibehalten, als es schließlich im März 1973 nach abermaligen Währungsunruhen zum gemeinsamen Floating europäischer Währungen kam (bei inzwischen etwas veränderter Mitgliedschaft im Währungsverbund). Von diesen ersten wesentlichen Schritten einer verstärkten innereuropäischen Währungs Kooperation bis zur Einmündung in die Europäische Währungsunion (EWU) im Jahr 1999 war es allerdings nicht nur ein weiter Weg, sondern es mussten dabei auch viele Rückschläge und Konflikte hingenommen werden, die selbst die Lebensfähigkeit einer breit basierten in-

<sup>2)</sup> Die erweiterte Schwankungsmarge für die Dollarkurse von  $\pm 2\frac{1}{4}\%$  bedeutete, dass die Wechselkurse zwischen Drittwährungen im Prinzip um  $\pm 4\frac{1}{2}\%$  variieren konnten. Dies wäre der Fall gewesen, wenn die betreffenden Währungen gegenüber dem US-Dollar entgegengesetzte Extrempositionen einnehmen und dann im Zeitverlauf ihre Positionen vertauschen. Mit ihrem Beschluss vom April 1972 hatten die EG-Länder die maximale Volatilität ihrer bilateralen Wechselkurse auf das gleiche Maß begrenzt, das für die Verhältnisse am Dollarmarkt galt.

neroeuropäischen Währungs Kooperation wiederholt in Frage stellen. Ein schrittweise besseres Funktionieren der europäischen Währungszusammenarbeit stellte sich erst ein, als im Zeichen des im März 1979 in Kraft getretenen Europäischen Währungssystems (EWS) überall allmählich die Einsicht Platz zu greifen begann, dass ein dauerhaft höherer Grad an innereuropäischer Wechselkursstabilität nur im Wege einer nachhaltigen Konvergenz der Wirtschaftsentwicklung zu erreichen ist. Die dem EWS zu Grunde liegenden Vereinbarungen stellten in dieser Hinsicht klar, dass die angestrebte Konvergenz auf einen hohen Grad an binnenwirtschaftlicher Stabilität zielen muss, um erfolgreich zu sein. Dementsprechend wäre auch die Errichtung der EWU nicht möglich gewesen ohne die eindeutige Verpflichtung der EZB-Organen auf das Ziel der Preisstabilität. Die Währungsunion war im Übrigen Folge des politischen Willens einer umfassenden wirtschaftlichen Integration, die bereits 1958 mit der Schaffung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in beispielloser Weise in Gang kam und bis 1992 zur Vollendung des Binnenmarkts führte. Darüber hinaus kann die EWU als entscheidende Etappe auf dem Weg zu einer Politischen Union gesehen werden.

*EWU änderte noch nichts an der Vielfalt der Wechselkurs-systeme in Europa*

Für die der EWU nicht oder noch nicht angehörenden europäischen Länder stellt eine Wechselkursfixierung gegenüber dem Euro als Währung des in Europa dominierenden Wirtschaftsraums eine natürliche Option dar, sofern die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Festkurspolitik gewährleistet erscheinen. Selbst unter den drei abseits stehenden Ländern der Europäischen Union (EU) ist je-

doch bislang nur Dänemark dem Festkurs-system des Europäischen Wechselkursmechanismus (WKM-2) beigetreten (mit einer auf  $\pm 2\frac{1}{4}\%$  verengten Bandbreite). Erst recht ist die Schweiz als Nicht-EU-Mitglied und als internationale Kapitaldrehscheibe weit davon entfernt, die Flexibilität des Schweizer Franken aufzugeben. Ebenso blieb Norwegen als Energieexporteur bei einem frei schwankenden Wechselkurs seiner Währung. Darüber hinaus herrscht auch unter den 13 Beitrittskandidaten weiterhin eine Vielfalt an Wechselkurssystemen, die sich über die gesamte Palette der Möglichkeiten erstreckt. Dabei zeigt sich im Rahmen dieser regionalen Ländergruppe eine ähnliche Polarisierung zwischen frei schwankenden Kursen und harter Wechselkursfixierung wie im Fall aller in die Betrachtung einbezogenen Schwellenländer.

Da alle derzeitigen und künftigen EU-Länder die Perspektive haben, einmal EWU-Mitglied zu werden, können sie das Dilemma, vor dem sie zwangsweise bei der Entscheidung für ein Regime fester oder schwankender Wechselkurse stehen, letztlich befriedigend überwinden. Bis zu einem solchen Schritt sind jedoch zunächst von jedem einzelnen Land die vertraglichen Konvergenz erfordernisse zu erfüllen. Die entsprechenden Kriterien verlangen unter anderem eine mindestens zweijährige Mitgliedschaft im Wechselkursmechanismus des Europäischen Währungssystems (WKM-2) als standardisierte Testphase, inwieweit den Bedingungen einer Währungsunion ohne größere Wechselkursspannungen standgehalten werden kann. Dabei unterstreicht die Standardbandbreite von  $\pm 15\%$ , die als Lehre aus den EWS-Krisen von 1992/93 schon für

*Wechselkurs-politische Perspektiven der EU-Beitritts-länder*

den damaligen Wechselkursmechanismus (WKM-1) eingeführt wurde, wie wichtig es ist, bei der als Voraussetzung für den EU-Beitritt zu vollendenden Kapitalverkehrsfreiheit die Märkte hinsichtlich der Wechselkursstabilität nicht in Sicherheit zu wiegen, sondern vielmehr ein beachtliches Maß an Wechselkursflexibilität zu gewährleisten. Die Vereinbarung engerer Bandbreiten oder gar die unilaterale Fortführung eines Currency Board kommen daher nur als Ausnahmen in Betracht, deren Berechtigung vorher eingehend zu prüfen wäre. EU-Beitrittskandidaten sollten auch nicht den Euro einseitig als eigenes Zahlungsmittel einführen („Euroisierung“), weil ein Überspringen der vertraglich vorgesehenen Schritte auf dem Weg zur vollen EWU-Mitgliedschaft sich unter Umständen als Belastung für den Euro auswirken könnte.

*Währungs-  
kooperation  
außereuropäi-  
scher Regionen  
erst in Asien  
ansatzweise  
in Gang  
gekommen*

Das europäische Modell einer vollständigen monetären Integration wirtschaftlich eng verflochtener Länder, das auch eine Antwort auf den Untergang der Währungsordnung von Bretton Woods war, könnte anderen Regionen nur auf ganz lange Sicht als Beispiel dafür dienen, wie sich bei zunehmenden Kapitalströmen der Wunsch nach stabilen Austauschverhältnissen für einen großen Teil des Außenhandels mit der notwendigen Flexibilität des Wechselkurses verbinden lässt. Es ist nicht erkennbar, dass andere Ländergruppen in absehbarer Zeit bereit sein könnten, dem bislang einmaligen europäischen Beispiel zu folgen, nationale Souveränitätsrechte in wesentlichem Umfang auf gemeinsame Organe zu übertragen. Immerhin sind auch tragfähige Zwischenstufen vorstellbar, die im Licht der europäischen Erfahrung als eines

### Gegenwärtige Wechselkurssysteme der EU-Beitrittskandidaten

Wechselkurssystem	Land
<b>„Harte“ Wechselkursfixierung</b>	
Currency Board mit Bindung an den Euro	Bulgarien Estland Litauen
<b>„Weiche“ Wechselkursfixierung</b>	
Bindung an den Euro mit großer Bandbreite ( $\pm 15\%$ )	Ungarn Zypern
Bindung an das SZR	Lettland
Bindung an sonstigen Währungskorb	Malta
<b>Flexible Wechselkurse</b>	
Kontrolliertes Floating mit dem Euro als Referenzwährung	Slowakei Slowenien Tschechien
Kontrolliertes Floating mit dem US-Dollar als Referenzwährung	Rumänien
Freies Floating	Polen Türkei

Deutsche Bundesbank

von vielen Stockungen und Rückschlägen gezeichneten Wegs so früh wie möglich angestrebt werden sollten. Hierbei käme es darauf an, zunächst einmal auf größere Übereinstimmung der Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsentwicklung in den betreffenden Regionen hinzuarbeiten und zu diesem Zweck auch geeignete Institutionen zu schaffen. In Lateinamerika könnte der „Gemeinsame Markt des Südens“ (Mercosur)<sup>3</sup> nach Überwindung der Krise Argentiniens einen angemessenen Rahmen bilden. Die gleichzeitigen Anstrengungen, eine Nord- und Südamerika umfassende Freihandelszone zu schaffen, könnten die In-

<sup>3</sup> Der Mercosur wurde 1990 mit dem Ziel gegründet, eine Zollunion zu errichten und die makroökonomische Politik zu koordinieren. Mitglieder sind Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay. Mit Bolivien und Chile wurde 1996 vereinbart, beide Länder durch Freihandelszonen mit dem Mercosur zu verbinden.

## Swap-Vereinbarungen im Rahmen der Chiang-Mai-Initiative

Die regionale währungspolitische Zusammenarbeit in Ostasien erhielt als Folge der jüngsten Verschuldungskrisen ostasiatischer Länder neuen Auftrieb. Grundlage sind die bereits 1977 im Rahmen der Association of South-East Asian Nations (ASEAN) <sup>1)</sup> von fünf Mitgliedstaaten (Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur und Thailand) beschlossenen multilateralen Swap-Vereinbarungen. Die hierfür zugesagten Devisenbeträge beliefen sich bei gleichen Anteilen zunächst auf insgesamt nur 100 Mio US-\$ und wurden 1978 auf 200 Mio US-\$ erhöht. Im Mai 2000 haben die ASEAN-Länder zusammen mit Japan, China und Südkorea („ASEAN+3“) am Rande der Jahrestagung der Asiatischen Entwicklungsbank in Chiang Mai (Thailand) vereinbart, die wirtschafts- und währungspolitische Zusammenarbeit in der Region weiter auszubauen. Zu diesem Zweck wurden zunächst alle ASEAN-Länder in das schon bestehende Swap-Netz einbezogen. Die bereitgestellten Mittel stiegen gleichzeitig auf 1 Mrd US-\$. Zudem wurden im Rahmen von „ASEAN+3“ weitere Swap-Vereinbarungen getroffen, die auf strikt bilateraler Basis Kreditlinien zwischen bislang 2 Mrd US-\$ und

7 Mrd US-\$ vorsehen, wenn zusätzlich zwei von Japan bereits im Oktober 1998 eingeräumte Sonderkreditlinien („neue Miyazawa-Initiative“) einbezogen werden. Die Zugangsbedingungen für die im Rahmen von „ASEAN+3“ (ohne Sonderkreditlinien) verfügbaren Finanzhilfen besagen, dass nur die ersten 10 % des maximalen Kreditrahmens unabhängig von einem IWF-Programm zur Verfügung gestellt werden dürfen. Die Swapkredite haben eine Laufzeit von 90 Tagen mit siebenmaliger Verlängerungsmöglichkeit. Die Verzinsung orientiert sich am Londoner Geldmarktsatz (LIBOR) zuzüglich eines Aufschlags von 150 Renditestellen (mit steigender Verzinsung für prolongierte Kredite). In vielen Fällen wurden die Verhandlungen über entsprechende Swap-Vereinbarungen allerdings noch nicht abgeschlossen oder noch gar nicht aufgenommen. Über die finanzielle Zusammenarbeit hinaus haben die an der Chiang-Mai-Initiative beteiligten Länder ihre Absicht bekundet, ihre Wirtschaftspolitik einem gemeinsamen Überwachungsverfahren zu unterwerfen und den Informationsaustausch über den Kapitalverkehr zu verbessern.

Bisher abgeschlossene Swap-Vereinbarungen im Rahmen von „ASEAN+3“	Währung	Umfang in Mrd US-\$ <sup>2)</sup>
Japan-Korea	US-\$/Won	7
Japan-Thailand	US-\$/Baht	3
Japan-Philippinen	US-\$/Peso	3
Japan-Malaysia	US-\$/Ringgit	3,5
Japan-China	Yen/Renminbi	3
China-Thailand	US-\$/Baht	2

<sup>1)</sup> Die ASEAN wurde bereits 1967 zur intraregionalen Förderung des Handels und der Investitionen gegründet. Gegenwärtig gehören dieser Organisation folgende zehn Mitglieder an: Brunei, Indonesien, Kambodscha, Laos, Malaysia, Myanmar, Philippinen, Singapur, Thailand und Viet-

nam. — <sup>2)</sup> Einschl. der Sonderkreditlinien im Rahmen der so genannten „neuen Miyazawa-Initiative“ vom Oktober 1998 (benannt nach dem damaligen japanischen Finanzminister) in Höhe von 5 Mrd US-\$ zu Gunsten von Korea und in Höhe von 2,5 Mrd US-\$ zu Gunsten von Malaysia.

tegration im Rahmen des Mercosur eher fördern als behindern. In Südostasien bildet die Association of South-East Asian Nations (ASEAN) einen weiteren wirtschaftlichen Integrationsmechanismus, der sich allerdings aus einer Reihe sehr unterschiedlich fortgeschrittener Länder zusammensetzt. Im Jahr 2000 haben die ASEAN-Länder außerdem zusammen mit Japan, China und Südkorea unter der Bezeichnung „ASEAN+3“ mit dem weiteren Ausbau eines regionalen Systems kurzfristiger Finanzierungsfazilitäten begonnen, das der Stabilisierung der Wechselkurse zugute kommen soll. Inwieweit die im Vordergrund stehenden Finanzierungsvereinbarungen nützlich sein werden, bleibt abzuwarten. Auch auf Grund problematischer europäischer Erfahrungen ist jedenfalls darauf hinzuweisen, dass großzügige „Feuerwehrhilfen“ leicht dazu führen können, grundlegende Probleme zu verschleppen statt zu lösen.

*Lockere Formen intraregionaler Wechselkurskooperation auch für außer-europäische Regionen langfristig geeignet*

Als Nahziel sollten regionale Ländergruppen außerhalb Europas, die untereinander wirtschaftlich zusehends zusammenwachsen und sich zugleich in die Weltfinanzmärkte integrieren wollen, zunächst einmal ein Floating aller Partnerwährungen anstreben und die regionale Wirtschafts- und Währungs Kooperation dazu nutzen, hier eine gewisse Gleichförmigkeit der Kursschwankungen zu erreichen, soweit dies ökonomisch vertretbar erscheint. Ein solcher Prozess würde auch helfen zu klären, welche Länder für eine engere wechselkurspolitische Kooperation tatsächlich zueinander passen. Für erfolgreich zusammenarbeitende Länder könnte es dann

ein realistisches längerfristiges Ziel sein, frei schwankende Wechselkurse mit einem System intraregionaler Leitkurse zu kombinieren, wobei als Lehre aus der Entwicklung in Europa den intraregionalen Wechselkursen von Anfang an die Möglichkeit belassen werden sollte, nicht nur rasch adjustiert zu werden, sondern in kritischen Phasen auch weit auszuschlagen. In Europa wurde diese Art Währungs Kooperation dadurch erleichtert, dass die D-Mark angesichts glaubwürdiger Politik der Bundesbank einen Maßstab für die Preisstabilität setzte. Die europäischen Partnerländer hatten dadurch eine Orientierung für ihre Binnenwirtschaftspolitik, an die sie sich halten mussten, wenn sie einen hohen Grad an Wechselkursstabilität gewährleisten wollten. Der Ankerwährungsfunktion der D-Mark lag jedoch weder eine Gemeinschaftsentscheidung noch etwa ein formeller deutscher Anspruch zu Grunde. Der D-Mark ist die innereuropäische Leitwährungsrolle in dem Maße zugewachsen, wie die Partnerländer Deutschlands auch für sich selbst Preisstabilität als oberstes Ziel der Währungspolitik aus Überzeugung akzeptierten. Wenngleich es in anderen Regionen derzeit keine Währungen gibt, die eine vergleichbare Ankerwährungsfunktion überzeugend ausüben könnten, sollten die betreffenden Länder in diesem Mangel mit Blick auf die auch in Europa erst allmählich entstandene Schlüsselrolle der D-Mark keinen Grund sehen, bei der Schaffung der Voraussetzungen für eine regionale Wechselkurskooperation nachzulassen.



## Direktinvestitionen im realen und finanziellen Sektor: Die Bundesbank- Frühjahrskonferenz 2002

Im Mai hat die Bundesbank ihre schon traditionelle Frühjahrskonferenz abgehalten. Sie war dieses Mal den Direktinvestitionen gewidmet. Zum einen wurden die Gründe diskutiert, warum Unternehmen aus dem realen Sektor Investitionen in anderen Ländern tätigen und welche Folgen dies für die betroffenen Volkswirtschaften hat. Zum anderen wurden Fragen im Umfeld von internationalen Bankzusammenschlüssen erörtert.

Die stärkere internationale Integration der Volkswirtschaften ist ein wichtiger Zug unserer Zeit. Sie bringt sowohl neue Entwicklungschancen mit sich als auch Herausforderungen durch den intensiveren internationalen Wettbewerb. Beides sind Aspekte, die die Wirtschaftspolitik eines Landes und damit auch die Zentralbanken tangieren. Besonders müssen sich Notenbanken angesprochen fühlen, wenn sich Banken grenzüberschreitend zu größeren und neuartigen Instituten zusammenschließen.

Die stärkere weltweite Integration der Volkswirtschaften wird besonders deutlich aus den grenzüberschreitenden Investitionen. So haben sich zum Beispiel die Direktinvestitionsbestände deutscher Unternehmen im Ausland in der letzten Dekade etwa vervierfacht. Weltweit sind die Ströme an Direktinvestitionen in den neunziger Jahren mit einer Jahresrate von rund 20 % gestiegen. Das war weit mehr als die grenzüberschreitenden Güter- und Dienstleistungen zugenommen haben. Bemerkenswert ist zudem, dass diese

*Weltweit  
starkes  
Wachstum der  
grenzüberschreitenden  
Investitionen*

Investitionsströme vor allem zwischen den Industrieländern fließen. Die Bundesbankkonferenz hat sich dementsprechend auf Direktinvestitionen in Industrieländern konzentriert (zum Programm vergleiche die Übersicht auf S. 81).

In der Vergangenheit hat sich die Bundesbank immer wieder mit der Frage beschäftigt, in welchem Umfang deutsche Unternehmen im Ausland investieren, wie sich umgekehrt Ausländer mit Projekten in Deutschland engagieren und welche Schlussfolgerungen man aus beiden Entwicklungen ziehen kann. Dabei geht es zum einen darum, die Determinanten dieses Verhaltens besser zu verstehen, also zum Beispiel warum Unternehmen eher in einem Land als in einem anderen investieren. Zum anderen will man die Folgen von Direktinvestitionen für das Zielland und auch für das „exportierende“ Land besser abschätzen können. Die Frühjahrskonferenz 2002 hat versucht, einige dieser Aspekte zu beleuchten.

*Verschiedene  
Motive für  
Direkt-  
investitionen*

In der Wissenschaft werden vielfach zwei zentrale Beweggründe genannt, warum Unternehmen im Ausland investieren: Entweder wollen sie sich den dortigen Markt erschließen oder sie wollen Kostenvorteile ausnutzen. Je nachdem, welches Motiv im Vordergrund steht, sind unterschiedliche Determinanten entscheidend und unterschiedliche Konsequenzen für das Heimatland und das Gastgeberland zu erwarten.

Anhand einer Untersuchung amerikanischer Investitionen in Europa wurde auf der Konferenz die Vermutung nahe gelegt, dass beide

Grundmotive eine Rolle spielen (und nicht, wie manchmal angenommen wird, in diesem Fall die marktstrategischen Direktinvestitionen dominieren). Dies impliziert auch, dass diese Direktinvestitionen sensitiv auf staatlich gesetzte Parameter reagieren. So wurden mehrere Arbeiten präsentiert, wonach die Regierungen auf verschiedenen Wegen die Standortwahl beeinflussen können.

Ein Parameter ist die Steuerpolitik. Frühere Untersuchungen haben häufig gezeigt, dass amerikanische Investoren auf Steueranreize im Zielland reagieren. Wegen des amerikanischen Steuersystems sollte dieser Effekt dort im Vergleich zu manchen anderen Ländern aber eher gering sein. Amerikanische Investoren müssen nämlich Gewinne, die sie im Ausland verdient haben, im Inland versteuern; jedenfalls gilt das insoweit, als die ausländische Steuerschuld niedriger ist, als sie im Inland gewesen wäre. Im Vergleich zu Investoren aus Ländern, wie Deutschland, bei denen die im Ausland gemachten Gewinne im Prinzip nur dem ausländischen Fiskus unterliegen, sollte dies die Steuersensitivität von US-Firmen bei der Wahl des Standorts mindern. Tatsächlich legten auf der Konferenz dargestellte empirische Ergebnisse, die sich auf Einzelunternehmensdaten stützten, nahe, dass die Steuerempfindlichkeit von Unternehmen außerhalb der USA deutlich höher ist als bei Unternehmen, die in Amerika ihren Sitz haben. Zudem scheinen für Investoren, die zwischen Standorten in Europa zu wählen haben, steuerliche Überlegungen besonders ins Gewicht zu fallen; dies ist angesichts der vergleichsweise großen Ähnlichkeit dieser Länder auch einleuchtend.

*Hohe  
Sensitivität von  
Direkt-  
investitionen  
auf steuerliche  
Anreize*

## FDI in the real and financial sector of industrial countries \*)

Programm der Konferenz am 3. und 4. Mai 2002

Begrüßung durch Reiner König (Deutsche Bundesbank)

### **The economics of foreign direct investment incentives**

Magnus Blomstrom/Ari Kokko (Stockholm School of Economics)

Diskutant: Jean-Louis Mucchielli (University Paris I)

### **Chains of ownership, tax competition and foreign direct investment**

Mihir Desai (Harvard University), C. Fritz Foley (Harvard University and University of Michigan), James R. Hines Jr. (University of Michigan)

Diskutant: E. Monty Graham (Institute for International Economics, Washington)

### **Host country determinants of US foreign direct investment into Europe**

Matthew Slaughter (Dartmouth College)

Diskutant: Karolina Ekholm (Stockholm School of Economics)

### **Foreign direct investment: Who cares about ownership?**

Colin Mayer (University of Oxford)

Diskutant: Stijn Claessens (University of Amsterdam)

### **Ownership, capital or outsourcing: What drives German investment in Eastern Europe?**

Dalia Marin (University München), Andzelika Lorentowicz (University München), Alexander Raubold (University München)

Diskutant: Anna Falzoni (Bocconi University, Mailand)

### **Is there a potential for increases in FDI for Central and Eastern European countries following EU accession?**

David Greenaway/Holger Görg (University of Nottingham)

Diskutant: Christian Wey (Wissenschaftszentrum Berlin)

### **EU accession and FDI flows to CEE countries: Lessons from the Irish experience**

Frank Barry (University College Dublin)

Diskutant: Robert Lipsey (City University New York and NBER)

\* Die Konferenz wurde in englischer Sprache abgehalten.

### **Abendveranstaltung: Recent developments in competition policy**

Mario Monti (Europäische Kommission)

### **Fiscal policies, European integration and the location of German foreign direct investment**

Nigel Pain (National Institute of Economic and Social Research, London)

Diskutant: Ulrich Grosch (Deutsche Bundesbank)

### **A „new“ micro data base for German FDI**

Alexander Lipponer (Deutsche Bundesbank)

### **Determinants of cross-border mergers in European banking**

Phil Molyneux (University of Wales, Bangor)

Diskutant: Ben Craig (Federal Reserve Bank, Cleveland)

### **Determinants of cross-border bank mergers: Is Europe different?**

Claudia Buch (Institute of World Economics, Kiel), Gayle Delong (Baruch College, New York)

Diskutant: Adrian Tschoegl (University of Pennsylvania)

### **Cross border mergers in European banking and bank efficiency**

Rudi Vander Venet (University of Ghent)

Diskutant: Reint Gropp (Europäische Zentralbank)

### **Podiumsdiskussion: Cross border mergers in the financial industry: How we did it**

Teilnehmer: Markus Fell

(HypoVereinsbank, München)

Axel Wieandt

(Deutsche Bank, Frankfurt)

Stefan M. Goetz

(Credit Swiss Group, Zürich)

Deutsche Bundesbank

*Subventionen  
bedürfen  
sorgfältiger  
Prüfung*

Analog zur Ausgestaltung von Steuersystemen können Standortreize auch von Subventionen ausgehen. Damit ist die Diskussion um die Rechtfertigung und Sinnhaftigkeit des Subventionswettbewerbs zwischen Ländern angesprochen. Ökonomisch gesehen können solche Unterstützungen dann als gerechtfertigt angesehen werden, wenn die Investitionen zu Vorteilen für die betroffene Volkswirtschaft führen, die das jeweilige Unternehmen vom Markt nicht entlohnt bekommt, also positive Externalitäten entstehen. Dazu zählen zum Beispiel der Wissenstransfer und die Förderung von Wettbewerb in einem Land. Inwieweit solche Externalitäten tatsächlich mit einer Investition verbunden sind, wird kontrovers diskutiert. Es scheint jedenfalls so, dass es sehr auf den Einzelfall ankommt. Dies legt es wiederum nahe, dass sich Regierungen eher zurückhalten und die Investitionsprojekte sehr sorgfältig prüfen sollten, bevor Subventionen gewährt werden.

In einem Beitrag über deutsche Investoren im europäischen Ausland wurde empirisch der Frage nachgegangen, wie in diesem Fall die Standortwahl durch fiskalische Faktoren im weiteren Sinne beeinflusst wurde. Dazu zählt die relative Höhe der Steuersätze und die Bedeutung der Ausgaben für Infrastrukturmaßnahmen im betreffenden Land. Naturgemäß sind solche globalen Größen für empirische Untersuchungen nur eingeschränkt geeignet. Im Ergebnis zeigte sich aber auch hier, dass diese staatlichen Parameter die Standortwahl beeinflussen und Steuern eine größere Rolle als Infrastrukturinvestitionen spielen. Dagegen konnten keine signifikanten Effekte von Transferzahlungen durch die EU an einzelne

Länder auf deren Qualität als Investitionsstandort gefunden werden. Die Vermutung, dass die Sensitivität der Investoren auf Steuer- und Subventionsanreize zugenommen hat, konnte nicht bestätigt werden.

Empirische Untersuchungen, die sich auf aggregierte Daten stützen müssen, haben manchmal Probleme, signifikante Zusammenhänge nachzuweisen, die man von ökonomischen Überlegungen her eigentlich erwartet. Hier können unter Umständen stärker disaggregierte Datensätze helfen. Auf der Konferenz wurden solche Daten für deutsche Direktinvestitionen vorgestellt, mit denen Forscher in der Zukunft arbeiten können, wobei Vertraulichkeitsvorschriften beachtet werden müssen.

Obwohl Direktinvestitionen zum größten Teil zwischen hoch entwickelten Industrieländern erfolgen, wurde auf der Konferenz auch der Frage nachgegangen, wie die Länder in Ost- und Mitteleuropa betroffen sind, die sich in einem Aufholprozess befinden: Wie können sie das Interesse von ausländischen Investoren wecken? Welche Arten von Direktinvestitionen verzeichnen diese Länder? Die Antworten betreffen im Übrigen auch die heutigen Mitgliedsländer der EU. Sie können Konkurrenten im Standortwettbewerb sein, oder sie können von solchen Investitionen profitieren, wenn es zum Beispiel um den Zugang zu neuen Märkten geht.

Eine Bestandsaufnahme der Tätigkeit deutscher Unternehmen in den Beitrittsländern machte klar, dass ihre Motive, in diesen Ländern zu investieren, vielschichtig sind. Dabei

*Beitrittsländer  
profitieren von  
Direkt-  
investitionen  
deutscher  
Unternehmen*

spielt auch die Entfernung von Deutschland eine Rolle. In grenznäheren Ländern sind vertikale Direktinvestitionen wichtiger als in weiter entfernten Volkswirtschaften. Insgesamt wurde in der betreffenden Arbeit ein für die osteuropäischen Länder positiver Schluss gezogen: Sie profitieren von Direktinvestitionen durch Wissenstransfer und verzeichnen auch einen Kapitalzufluss, weil die Investoren vielfach ihre Projekte in Deutschland finanzieren.

Wie wird sich der anstehende EU-Beitritt auf die Direktinvestitionen in den osteuropäischen Ländern auswirken? Ein Beitrag, der versuchte, die Lehren Irlands auf die Beitrittsländer zu übertragen, bot einen recht optimistischen Ausblick und sah eine Zukunft mit einer günstigen Entwicklung für Direktinvestitionen in Osteuropa. Nicht zuletzt legt das irische Beispiel nahe, dass in Zukunft Mittel in technisch anspruchsvollere Wirtschaftssektoren fließen werden. Allerdings wurden auch einige wichtige Voraussetzungen, wie niedrige Steuern und Löhne, sowie eine effiziente Verwaltung genannt. Skeptischer zeigte sich dagegen ein Beitrag, der abzuschätzen versuchte, inwieweit englische Unternehmen alleine durch einen EU-Beitritt dieser Länder bewogen werden, dort mehr zu investieren. Danach würde die EU-Erweiterung alleine wenig bewirken; am ehesten wären Effekte im Dienstleistungssektor zu erwarten. Allerdings schließt das nicht aus, dass von dem damit verbundenen Wachstumseffekt positive Anstöße auf die Auslandsinvestitionen ausgehen werden.

Bei der Analyse der Motive für Direktinvestitionen wird häufig unterstellt, dass Erwerb

und Kontrolle eines fremden Unternehmens synonym sind. Tatsächlich bestehen aber zwischen Besitz und Kontrolle komplexe Beziehungen. In der Konferenz wurde die These aufgestellt, dass bei einer Unternehmenskontrolle „aus der Ferne“ andere Prinzipien im Vordergrund stehen als bei einer sehr unmittelbaren Überwachung des Managements. Welches der beiden Prinzipien als besser geeignet erscheint, hängt nicht zuletzt von dem Bereich ab, in dem das betroffene Unternehmen tätig ist. So sind bei der traditionellen Vergabe von Unternehmenskrediten durch eine Bank Detailinformationen wichtig. In diesem Fall spricht deshalb vieles für „lokale“ Manager und Besitzer. Bei stark international ausgerichteten Bankgeschäften kann dagegen eine Kontrolle „aus der Ferne“ Vorteile haben. Ein solcher Ansatz kann helfen zu verstehen, ob Direktinvestitionen die Effizienz des Managements und damit der Volkswirtschaft verbessern oder nicht. Dementsprechend können solche Überlegungen auch herangezogen werden, um Regeln zu entwickeln, die bei Unternehmensübernahmen aus dem Ausland beachtet werden sollten.

In dem genannten Beispiel sind schon Direktinvestitionen im Bankensektor angesprochen worden. Sie sind unter den deutschen Investitionen im Ausland von einigem Gewicht. Zentralbanken haben darüber hinaus ein besonderes Interesse an solchen Entwicklungen im Finanzsektor. Sie können Folgen für den monetären Transmissionsprozess haben und auch für die Stabilität des Finanzsektors wichtig sein. Vor diesem Hintergrund erfordern Direktinvestitionen im Bankenbereich, etwa

*Direktinvestitionen aus der Sicht der Unternehmenskontrolle*

*Direktinvestitionen im Bankensektor*

*Verschiedene  
Motive für  
internationale  
Bank-  
zusammen-  
schlüsse*

durch Übernahmen von Banken im Ausland, eine besondere Beachtung.

Die ökonomische Theorie hat verschiedene Motive für solche Aktivitäten genannt. Internationale Bankzusammenschlüsse beziehungsweise -übernahmen können sich zum Beispiel anbieten, weil Banken neue Kunden im Ausland suchen oder ihren Kunden ins Ausland folgen. Sie können ihren Grund auch darin haben, dass Banken ihre Effizienz steigern oder Risikodiversifizierung betreiben wollen. Die auf der Konferenz vorgetragene empirische Ergebnisse enthielten gewisse Hinweise, wonach internationale Bankzusammenschlüsse gewinnsteigernd wirken. Allerdings lehrt die Erfahrung, dass solche Effekte erst nach längerer Zeit zur Geltung kommen. Empirische Studien können deshalb diese Effekte unter Umständen nicht hinreichend nachweisen. Auch gibt es Hinweise, denen zufolge es häufiger große europäische Banken aus vergleichsweise wohlhabenden Ländern sind, die kleinere Institute in ärmeren Ländern erwerben. Dies kann als Zeichen dafür gewertet werden, dass erfahrene Banken mit großem Know-how ausländische Banken kaufen und damit deren Effizienz steigern. Insgesamt scheint die Wissenschaft noch

keine geschlossene Theorie anbieten zu können, die internationale Bankzusammenschlüsse erklärt. Bisher gibt es auch wenig Hinweise dafür, dass der Beginn der Währungsunion die Tendenz zu Bankenfusionen zwischen den Mitgliedsländern gefördert hat.

Auch die abschließende Diskussion mit Vertretern von Geschäftsbanken hat den Eindruck vermittelt, dass es eine ganze Reihe von Motiven gibt, die Banken dazu bewegen, andere Institute im Ausland zu erwerben beziehungsweise mit ihnen zu fusionieren. Ob solche Zusammenschlüsse letztlich erfolgreich sein werden, hängt erfahrungsgemäß insbesondere davon ab, ob es sich insgesamt um ein schlüssiges Konzept handelt und die Partner „zueinander passen“. Was darunter konkret zu verstehen ist, kann sich aber von Bank zu Bank durchaus unterscheiden.

Die Konferenz hat gezeigt, dass das Phänomen Direktinvestitionen viele Facetten hat. Insgesamt wurde aber ein durchaus positives Bild gezeichnet. Direktinvestitionen können insbesondere helfen, den Aufholprozess weniger entwickelter Volkswirtschaften zu fördern.

# Statistischer Teil

# Inhalt

## I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

---

- |                                       |    |
|---------------------------------------|----|
| 1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze | 6* |
| 2. Außenwirtschaft                    | 6* |
| 3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren  | 7* |

## II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

---

- |  |     |
|--|-----|
| 1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang        | 8*  |
| 2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) | 10* |
| 3. Liquiditätsposition des Bankensystems                     | 14* |

## III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

---

- |            |     |
|------------|-----|
| 1. Aktiva  | 16* |
| 2. Passiva | 18* |

## IV. Banken

---

- |   |     |
|---|-----|
| 1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland | 20* |
| 2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen            | 24* |
| 3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland    | 26* |
| 4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland   | 28* |
| 5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)           | 30* |

6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche	32*
7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)	34*
8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck	36*
9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen	36*
10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland	38*
11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland	38*
12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland	39*
13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs)	40*

#### V. Mindestreserven

1. Reservesätze	42*
2. Reservehaltung in Deutschland bis Ende 1998	42*
3. Reservehaltung in der Europäischen Währungsunion	42*

#### VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze	43*
------------------	-----

2. Diskont- und Lombardsatz der Deutschen Bundesbank	43*
3. Basiszinssätze	43*
4. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren)	43*
5. Geldmarktsätze nach Monaten	44*
6. Zinssätze im Kundengeschäft der Banken im Euro-Währungsgebiet	44*
7. Soll- und Habenzinsen der Banken (MFIs) in Deutschland	45*
8. Ausgewählte Notenbankzinsen im Ausland	47*
9. Geldmarktsätze im Ausland	47*

#### VII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien in Deutschland	48*
2. Absatz festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland	49*
3. Umlauf festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland	50*
4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten	50*
5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere	51*
6. Absatz und Erwerb von Investmentzertifikaten in Deutschland	51*

#### VIII. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Finanzielle Entwicklung der öffentlichen Haushalte	52*
2. Finanzielle Entwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden	52*

3. Finanzielle Entwicklung des Staates in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	53*	7. Preise	65*
4. Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften	53*	8. Einkommen der privaten Haushalte	66*
5. Steuereinnahmen nach Arten	54*	9. Tarif- und Effektivverdienste	66*
6. Einzelne Steuern des Bundes, der Länder und der Gemeinden	54*		
7. Verschuldung der öffentlichen Haushalte	55*	<b>X. Außenwirtschaft</b>	
8. Entwicklung der öffentlichen Verschuldung	57*	1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für die Europäische Währungsunion	67*
9. Von öffentlichen Stellen aufgenommene Schuldscheindarlehen	57*	2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland	68*
10. Verschuldung des Bundes	58*	3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern	69*
11. Marktmäßige Kreditaufnahme des Bundes	58*	4. Dienstleistungsverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland, Erwerbs- und Vermögenseinkommen	70*
12. Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben sowie des Vermögens der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten	59*	5. Laufende Übertragungen der Bundesrepublik Deutschland an das bzw. vom Ausland	70*
13. Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit	59*	6. Vermögensübertragungen	70*
		7. Kapitalverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland	71*
<b>IX. Konjunkturlage</b>		8. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank	72*
1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens	60*	9. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank in der Europäischen Währungsunion	72*
2. Produktion im Produzierenden Gewerbe	61*	10. Forderungen und Verbindlichkeiten von Unternehmen in Deutschland (ohne Banken) gegenüber dem Ausland	73*
3. Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe	62*	11. DM- und Euro-Wechselkurse für ausgewählte Währungen	74*
4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe	63*	12. Wechselkurse für die nationalen Währungen der EWU-Länder und DM-Wert der ECU sowie Euro-Umrechnungskurse	74*
5. Einzelhandelsumsätze	63*	13. Effektive Wechselkurse für den Euro und ausgewählte fremde Währungen	75*
6. Arbeitsmarkt	64*		

## Abkürzungen und Zeichen

---

- p** vorläufige Zahl
- r** berichtigte Zahl
- s** geschätzte Zahl
- ts** teilweise geschätzte Zahl
- ...** Angabe fällt später an
- .** Zahlenwert unbekannt, geheim zu halten  
oder nicht sinnvoll
- 0** weniger als die Hälfte von 1  
in der letzten besetzten Stelle,  
jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden

Differenzen in den Summen durch Runden  
der Zahlen.

## I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

### 1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze

Zeit	Geldmenge in verschiedenen Abgrenzungen 1) 2)				Bestimmungsfaktoren der Geldmengenentwicklung 1)			Zinssätze			
	M1	M2	M3 3)		MFI-Kredite insgesamt	MFI-Kredite an Unternehmen und Privatpersonen	Geldkapitalbildung 4)	EONIA 5) 7)	3-Monats-EURIBOR 6) 7)	Umlaufrendite europäischer Staatsanleihen 8)	
				gleitender Dreimonatsdurchschnitt							
	Veränderung gegen Vorjahr in %							% p. a. im Monatsdurchschnitt			
2000 Okt.	6,0	3,9	4,3	4,2	6,2	10,8	6,7	4,76	5,04	5,4	
Nov.	5,3	3,8	4,0	4,1	5,5	10,1	5,6	4,83	5,09	5,3	
Dez.	5,3	3,6	4,1	3,9	6,0	10,1	4,6	4,83	4,94	5,1	
2001 Jan.	1,9	2,8	3,7	3,9	5,8	10,1	4,6	4,76	4,77	5,0	
Febr.	2,3	2,9	3,8	3,8	5,4	9,7	4,4	4,99	4,76	5,0	
März	1,7	3,0	3,8	3,9	5,3	9,3	4,7	4,78	4,71	4,9	
April	1,7	3,3	4,1	4,1	5,4	9,1	3,9	5,06	4,68	5,1	
Mai	3,0	3,5	4,5	4,7	5,3	8,5	3,5	4,65	4,64	5,3	
Juni	4,0	4,3	5,5	5,2	5,7	8,4	3,4	4,54	4,45	5,2	
Juli	3,3	4,3	5,7	5,7	5,8	8,1	2,7	4,51	4,47	5,2	
Aug.	3,6	4,3	6,0	6,2	5,6	7,6	2,3	4,49	4,35	5,0	
Sept.	5,0	5,0	6,8	6,8	5,2	7,1	2,5	3,99	3,98	5,0	
Okt.	5,2	5,4	7,5	7,4	5,1	6,9	2,6	3,97	3,60	4,8	
Nov.	5,9	5,9	7,9	7,9	5,4	7,0	3,6	3,51	3,39	4,6	
Dez.	5,5	6,4	8,2	8,0	5,3	6,7	4,7	3,34	3,34	4,9	
2002 Jan.	6,6	6,7	7,9	7,8	5,2	6,2	4,8	3,29	3,34	5,0	
Febr.	6,2	6,3	7,4	7,6	5,1	6,0	4,8	3,28	3,36	5,1	
März	5,9	6,2	7,3	7,4	4,9	5,4	4,7	3,26	3,39	5,3	
April	6,9	6,4	7,5	...	4,4	5,1	4,7	3,32	3,41	5,3	
Mai	...	...	...	...	...	...	...	3,31	3,47	5,3	

1 Quelle: EZB. Ab Januar 2001: Erweiterung des Euro-Währungsgebiets. — 2 Saisonbereinigt. — 3 Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Geldmarktfondsanteile, Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit bis zu 2 Jahren. — 4 Längerfristige Verbindlichkeiten der MFIs gegenüber im Euro-Währungs-

gebiet ansässigen Nicht-MFIs. — 5 Euro OverNight Index Average. — 6 Euro Interbank Offered Rate. — 7 Siehe auch Anmerkungen zu Tab. VI.5, S.44\*. — 8 BIP-gewichtete Rendite zehnjähriger Staatsanleihen; ab 2001 Euro12.

### 2. Außenwirtschaft \*)

Zeit	Ausgewählte Posten der Zahlungsbilanz der EWU							Wechselkurse des Euro 1)		
	Leistungsbilanz			Kapitalbilanz				Dollarkurs	effektiver Wechselkurs 3)	
	Saldo	darunter Handelsbilanz	Saldo	Direktinvestitionen	Wertpapierverkehr 2)	Kreditverkehr	Währungsreserven		nominal	real 4)
	Mio €							Euro/US-\$	1. Vj. 1999=100	
2000 Okt.	- 5 449	+ 4 332	+ 759	- 18 352	- 1 524	+ 19 911	+ 724	0,8552	81,6	82,4
Nov.	- 4 958	+ 1 895	+ 3 716	+ 1 415	- 263	+ 5 098	+ 7 662	0,8564	82,3	83,3
Dez.	- 6 982	+ 3 290	+ 21 243	+ 3 423	+ 5 904	+ 9 627	+ 2 289	0,8973	85,4	86,4
2001 Jan.	- 11 072	- 3 859	+ 2 261	- 9 892	- 47 418	+ 57 212	+ 2 358	0,9383	89,2	90,2
Febr.	+ 1 153	+ 3 348	+ 7 718	+ 2 447	- 3 010	+ 3 794	+ 4 486	0,9217	88,3	89,4
März	- 611	+ 5 970	+ 20 592	- 33 202	+ 9 912	+ 41 191	+ 2 690	0,9095	88,4	89,9
April	- 6 693	+ 3 123	+ 11 657	+ 797	- 17 491	+ 21 384	+ 6 967	0,8920	87,6	89,1
Mai	- 2 170	+ 4 364	- 9 602	- 41 491	+ 18 668	+ 16 802	+ 3 581	0,8742	85,9	87,6
Juni	- 1 006	+ 8 408	- 14 047	- 11 005	+ 25 218	- 27 411	- 849	0,8532	84,7	86,3
Juli	- 153	+ 10 909	- 20 253	- 1 544	- 4 207	- 14 542	+ 39	0,8607	85,4	87,1
Aug.	+ 6 002	+ 7 804	- 11 297	- 6 994	- 1 177	- 7 195	+ 4 068	0,9005	87,7	89,3
Sept.	+ 1 564	+ 6 119	- 23 611	- 13 909	+ 42 976	- 51 064	+ 1 615	0,9111	88,0	89,7
Okt.	+ 5 366	+ 12 524	- 24 811	+ 1 872	- 4 747	- 19 296	- 2 639	0,9059	88,0	90,0
Nov.	+ 5 225	+ 11 136	- 12 529	+ 6 310	+ 14 059	- 32 947	+ 50	0,8883	86,8	88,8
Dez.	+ 4 366	+ 11 989	+ 3 990	+ 1 960	- 16 965	+ 13 137	+ 5 859	0,8924	87,7	89,8
2002 Jan.	- 1 463	+ 2 115	- 37 605	+ 4 347	- 40 657	+ 4 037	- 5 333	0,8833	87,6	90,2
Febr.	+ 2 099	+ 8 174	+ 5 761	- 9 911	- 8 571	+ 21 704	+ 2 538	0,8700	86,8	89,3
März	+ 3 709	+ 10 791	+ 19 591	- 5 887	+ 2 775	+ 22 912	- 208	0,8758	86,8	89,5
April	...	...	...	...	...	...	...	0,8858	87,2	90,1
Mai	...	...	...	...	...	...	...	0,9170	88,6	91,5

\* Quelle: Europäische Zentralbank. Ab Januar 2001: Erweiterung des Euro-Währungsgebiets. — 1 Siehe auch Tab. X.12 u. 13, S. 74/75. —

2 Einschließlich Finanzderivate. — 3 Gegenüber einem engen Länderkreis. — 4 Auf Basis der Verbraucherpreise.

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren

Zeit	Belgien	Deutschland	Finnland	Frankreich	Griechenland	Irland	Italien	Luxemburg	Niederlande	Österreich	Portugal	Spanien	EWU 7)
<b>Reales Bruttoinlandsprodukt <sup>1)</sup></b>													
1999	3,0	1,8	4,1	3,2	3,6	10,8	1,6	6,0	3,7	2,8	3,5	4,1	2,7
2000	4,0	3,0	5,6	3,8	4,1	11,5	2,9	7,5	3,5	3,0	3,5	4,1	3,5
2001	1,0	0,6	0,7	1,8	4,1	...	1,8	3,5	1,1	1,0	1,7	2,8	1,4
2000 4.Vj.	2,9	1,5	5,3	3,3	4,3	12,1	2,2	...	2,2	2,0	3,7	2,8	2,4
2001 1.Vj.	1,9	1,4	3,5	2,9	5,1	12,7	2,5	...	1,5	2,7	1,9	3,7	2,4
2.Vj.	1,4	0,6	0,4	2,0	4,0	9,4	2,3	...	1,6	1,1	2,8	2,1	1,6
3.Vj.	0,7	0,4	0,3	2,0	3,5	3,2	1,8	...	1,0	0,4	1,0	2,7	1,4
4.Vj.	0,0	- 0,1	- 0,9	0,6	3,7	...	0,6	...	0,4	0,0	1,0	2,6	0,5
2002 1.Vj.	...	- 1,2	- 2,0	0,0	...	...	- 0,4	...	0,0	...	...	1,9	- 0,2
<b>Industrieproduktion <sup>1) 2)</sup></b>													
1999	0,9	1,5	5,5	2,0	3,9	14,8	- 0,1	11,5	1,9	6,0	3,0	2,6	2,0
2000	5,3	6,2	11,2	3,5	0,5	15,4	4,8	4,3	3,7	8,9	0,5	4,0	5,5
2001	- 0,6	0,5	- 1,0	0,7	1,4	10,2	- 1,2	1,8	- 0,7	0,1	2,4	- 1,1	0,2
2000 4.Vj.	5,0	5,8	14,2	2,7	- 1,7	20,2	5,0	- 0,4	4,1	6,6	1,9	0,7	5,1
2001 1.Vj.	5,8	5,9	7,1	2,0	2,6	31,7	2,9	3,3	1,4	5,8	2,4	- 0,9	4,4
2.Vj.	- 1,4	1,4	- 2,2	1,4	0,5	12,4	- 0,8	0,2	0,3	- 0,9	5,2	- 1,3	0,8
3.Vj.	- 1,6	- 1,1	- 3,3	2,1	2,5	3,6	- 1,3	2,5	- 1,1	- 0,1	1,7	- 0,4	- 0,4
4.Vj.	- 4,9	- 3,7	- 4,7	- 2,3	0,1	- 2,6	- 5,6	1,3	- 3,4	- 3,6	0,1	- 2,0	- 3,8
2002 1.Vj.	...	<sup>6) p)</sup> - 4,6	...	- 1,9	...	...	- 3,4	...	- 3,5	...	...	- 3,7	- 2,9
<b>Kapazitätsauslastung in der Industrie <sup>3)</sup></b>													
1999	80,9	84,0	86,1	85,3	75,7	75,9	76,0	84,9	84,0	81,9	80,8	79,7	81,8
2000	84,0	85,9	86,8	87,5	78,1	78,6	78,8	87,8	84,7	84,5	81,2	80,6	83,8
2001	82,3	85,1	85,7	87,4	77,6	78,4	78,9	88,7	84,6	83,1	81,7	79,6	83,2
2001 1.Vj.	84,8	86,9	87,3	88,8	78,2	79,8	79,5	89,2	85,2	84,2	82,5	80,1	84,4
2.Vj.	82,7	85,7	86,0	86,9	79,3	80,4	79,4	88,9	84,8	84,0	82,0	79,7	83,6
3.Vj.	81,4	84,3	85,1	87,7	76,1	78,0	78,7	88,9	84,6	82,7	82,4	80,1	83,0
4.Vj.	80,2	83,3	84,5	86,3	76,8	75,2	77,9	87,8	83,8	81,4	79,7	78,3	81,8
2002 1.Vj.	79,2	82,4	82,0	85,5	75,4	77,5	76,9	86,9	83,5	80,9	77,9	76,3	80,8
2.Vj.	79,6	81,5	82,7	85,1	76,7	76,3	77,3	84,3	82,9	80,6	79,4	77,0	80,7
<b>Arbeitslosenquote <sup>4)</sup></b>													
1999	8,6	8,6	10,2	10,7	11,9	5,6	11,3	2,4	3,2	3,9	4,5	12,8	9,5
2000	6,9	7,9	9,8	9,3	11,1	4,2	10,4	2,3	2,8	3,7	4,1	11,3	8,5
2001	6,6	7,9	9,1	8,6	10,5	3,8	9,4	2,0	2,4	3,6	4,1	10,6	8,1
2001 Nov.	6,7	8,0	9,2	8,8	...	4,1	9,0	2,1	2,3	3,8	4,2	10,7	8,1
Dez.	6,7	8,0	9,2	8,9	...	4,1	8,9	2,1	2,4	3,9	4,2	10,8	8,1
2002 Jan.	6,7	8,1	9,1	8,9	...	4,2	8,8	2,1	2,4	4,0	4,3	11,1	8,2
Febr.	6,7	8,1	9,1	9,0	...	4,3	...	2,2	2,5	3,9	4,3	11,3	8,2
März	6,8	8,1	9,1	9,1	...	4,4	...	2,2	2,7	4,0	4,4	11,3	8,2
April	6,8	8,1	9,1	9,2	...	4,4	...	2,2	...	4,0	4,4	11,3	8,3
Mai	...	8,3	...	...	...	...	...	...	...	4,1	...	11,4	...
<b>Harmonisierter Verbraucherpreisindex <sup>1)</sup></b>													
1999	1,1	0,6	1,3	0,6	2,1	2,5	1,7	1,0	2,0	0,5	2,2	2,2	1,1
2000	2,7	2,1	3,0	1,8	2,9	5,3	2,6	3,8	2,3	2,0	2,8	3,5	2,3
2001	2,4	2,4	2,7	1,8	3,7	4,0	2,3	2,4	5,1	2,3	4,4	2,8	2,5
2001 Okt.	1,9	2,0	2,4	1,8	3,2	3,8	2,4	1,7	5,0	2,3	4,2	2,5	2,3
Nov.	1,8	1,5	2,1	1,3	2,9	3,4	2,2	1,4	4,8	1,9	4,1	2,5	2,1
Dez.	2,0	1,5	2,3	1,4	3,5	4,4	2,2	0,9	5,1	1,8	3,9	2,5	2,0
2002 Jan.	2,6	2,3	2,9	2,4	4,8	5,2	2,4	2,1	4,9	2,0	3,7	3,1	2,7
Febr.	2,5	1,8	2,5	2,2	3,8	4,9	2,7	2,2	4,5	1,7	3,3	3,2	2,5
März	2,5	1,9	2,6	2,2	4,4	5,1	2,5	1,7	4,3	1,7	3,3	3,2	2,5
April	1,7	1,6	2,6	2,1	4,1	5,0	2,5	1,9	4,2	1,6	3,5	3,7	2,4
Mai	1,4	1,1	...	1,5	3,8	...	2,4	1,3	3,8	...	...	3,7	...
<b>Staatlicher Finanzierungssaldo <sup>5)</sup></b>													
1999	- 0,6	- 1,6	1,9	- 1,6	- 1,7	2,3	- 1,8	3,8	0,4	- 2,2	- 2,2	- 1,1	- 1,3
2000	0,1	1,2	7,0	- 1,3	- 0,8	4,5	- 0,5	5,8	2,2	- 1,5	- 1,5	- 0,3	0,3
2001	0,2	- 2,7	4,9	- 1,4	0,1	1,7	- 1,4	5,0	0,2	0,1	- 2,2	0,0	- 1,3
<b>Staatliche Verschuldung <sup>5)</sup></b>													
1999	115,0	61,3	46,8	58,5	103,8	49,6	114,5	6,0	63,1	64,9	54,2	63,1	72,6
2000	109,3	60,3	44,0	57,4	102,8	39,0	110,6	5,6	56,0	63,6	53,4	60,4	70,1
2001	107,5	59,8	43,6	57,2	99,7	36,6	109,4	5,5	53,2	61,7	55,6	57,2	69,1

Quellen: Nationale Statistiken, Europäische Kommission, Eurostat, Europäische Zentralbank. Aktuelle Angaben beruhen teilweise auf Pressemitteilungen und sind vorläufig. — 1 Veränderung gegen Vorjahreszeitraum in %; Bruttoinlandsprodukt Portugals aus saisonbereinigten Werten berechnet. — 2 Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Energie; arbeitstäglich bereinigt (Frankreich und Spanien kalendermonatlich). — 3 Verarbeitendes Gewerbe, in %; saisonbereinigt; Vierteljahreswerte jeweils erster Monat

im Quartal. — 4 Standardisiert, in % der zivilen Erwerbspersonen; saisonbereinigt. — 5 In % des Bruttoinlandsprodukts; Maastricht-Definition, ESVG'95; in 2000 einschließlich UMTS-Erlöse. — 6 Vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der Vierteljährlichen Produktionserhebung für das I. Quartal (Industrie in Deutschland: durchschnittlich + 0,2 %). — 7 Einschließlich Griechenland (Harmonisierter Verbraucherpreisindex erst ab 2001).

## II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

### 1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang \*)

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	Forderungen an das Nicht-Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	insgesamt	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) 3)	Kapital und Rücklagen 4)
		zusammen	darunter Wertpapiere	zusammen	darunter Wertpapiere								
<b>Europäische Währungsunion (Mrd €) 1) X)</b>													
2001 Jan.	35,5	48,2	16,0	- 12,7	- 15,6	- 55,9	63,4	119,3	20,7	0,2	0,2	24,7	- 4,3
Febr.	34,8	38,5	16,3	- 3,7	4,5	- 9,7	16,7	26,5	10,4	- 1,1	0,1	8,6	2,8
März	89,8	83,4	24,9	6,5	4,2	- 35,7	98,0	133,7	26,0	1,4	- 0,5	8,5	16,6
April	64,2	65,7	24,3	- 1,4	6,7	- 36,4	- 18,0	18,5	- 3,3	- 2,6	- 1,9	- 0,1	1,3
Mai	31,4	15,7	6,0	15,7	21,3	- 12,9	- 1,1	11,8	2,1	0,1	- 1,4	- 5,0	8,4
Juni	39,2	28,1	- 31,8	11,1	13,7	32,7	27,5	- 5,3	30,0	0,4	- 1,1	11,6	19,1
Juli	13,8	19,3	4,2	- 5,5	- 3,1	18,4	- 39,6	- 58,0	- 5,6	- 4,7	- 1,4	7,1	- 6,5
Aug.	- 19,8	- 11,9	3,3	- 7,9	- 4,2	25,4	55,6	30,1	3,2	- 2,1	- 1,2	- 0,8	7,3
Sept.	42,4	45,5	- 2,0	- 3,2	- 4,2	31,2	49,2	18,0	26,4	0,6	- 0,9	17,5	9,2
Okt.	24,4	36,7	8,3	- 12,2	- 9,5	25,4	43,9	18,4	18,2	- 0,3	- 1,7	12,3	7,9
Nov.	72,5	49,6	- 1,0	22,9	7,9	28,8	67,3	38,6	19,3	- 1,5	- 1,1	19,0	2,9
Dez.	42,0	48,6	24,4	- 6,6	- 10,2	- 10,3	- 28,0	- 17,8	29,7	7,3	0,1	7,7	14,7
2002 Jan.	36,3	17,4	4,8	18,8	22,0	- 12,1	1,7	13,8	24,6	3,8	- 3,6	11,0	13,3
Febr.	29,2	25,2	8,6	4,0	1,3	- 10,4	0,3	10,7	9,3	1,6	- 1,0	9,4	- 0,6
März	69,8	44,5	- 11,3	25,3	18,2	- 9,6	20,5	30,1	24,3	5,6	- 1,3	20,4	- 0,4
April	26,7	45,3	4,0	- 18,6	1,4	6,8	20,8	14,0	- 5,1	- 1,3	- 1,9	2,6	- 4,4
<b>Deutscher Beitrag (Mrd €) 2) X)</b>													
2001 Jan.	2,2	8,0	6,1	- 5,8	- 13,5	- 19,8	8,9	28,7	8,0	- 0,8	- 0,0	9,5	- 0,7
Febr.	15,6	18,0	7,2	- 2,4	1,5	10,1	23,8	13,7	7,6	- 0,7	- 0,0	6,4	1,9
März	26,0	23,2	16,3	2,8	2,5	- 50,1	16,1	66,2	- 0,6	1,2	- 0,4	- 2,1	0,8
April	2,7	9,9	12,2	- 7,2	- 1,7	13,7	19,2	5,5	- 13,1	- 0,9	- 2,0	- 6,8	- 3,3
Mai	7,5	5,7	0,2	1,8	3,3	- 9,6	- 7,0	2,7	0,5	3,1	- 1,1	- 4,4	2,8
Juni	- 26,5	- 22,6	- 27,8	- 3,9	2,2	22,4	- 2,4	- 24,9	12,6	- 0,5	- 0,9	3,4	10,6
Juli	4,5	- 7,0	- 1,4	11,5	10,8	0,6	- 20,2	- 20,8	- 4,0	- 2,0	- 1,3	- 0,9	0,1
Aug.	- 5,2	- 1,3	- 3,1	- 3,9	- 3,4	7,7	33,1	25,4	5,8	- 0,2	- 1,3	2,7	4,6
Sept.	- 6,2	7,9	- 4,6	- 14,0	- 10,9	25,4	23,8	- 1,6	- 0,0	0,6	- 0,8	2,5	- 2,3
Okt.	- 0,2	4,6	3,3	- 4,8	- 6,0	9,6	7,6	- 2,0	2,4	- 0,8	- 1,8	1,6	3,4
Nov.	15,7	6,2	- 0,4	9,5	- 0,9	30,5	15,3	- 15,2	7,6	- 1,6	- 1,0	8,9	1,3
Dez.	18,9	22,1	10,8	- 3,1	4,2	19,6	- 18,0	- 37,6	- 0,8	1,4	0,1	- 4,7	2,5
2002 Jan.	- 7,3	- 8,7	1,5	1,3	1,0	- 21,5	- 5,2	16,4	2,8	1,9	- 3,6	2,7	1,9
Febr.	1,8	0,1	- 3,2	1,7	4,2	1,8	- 0,3	- 2,2	5,0	1,2	- 1,0	3,2	1,6
März	- 1,0	- 2,4	- 9,5	1,4	3,0	7,6	10,6	3,0	13,3	3,5	- 1,1	10,1	0,9
April	10,5	9,4	5,4	1,1	5,2	- 16,5	- 2,4	14,1	- 7,9	- 1,3	- 1,9	- 2,3	- 2,4
<b>Deutscher Beitrag (Mrd DM) 2) X)</b>													
2001 Jan.	4,3	15,7	11,9	- 11,4	- 26,4	- 38,7	17,4	56,1	15,6	- 1,5	- 0,0	18,6	- 1,4
Febr.	30,6	35,2	14,1	- 4,7	2,9	19,8	46,5	26,7	14,9	- 1,4	- 0,0	12,5	3,8
März	50,8	45,3	31,8	5,5	4,9	- 98,0	31,5	129,5	- 1,2	2,3	- 0,8	- 4,1	1,5
April	5,3	19,3	23,8	- 14,0	- 3,3	26,9	37,6	10,7	- 25,5	- 1,8	- 3,9	- 13,4	- 6,5
Mai	14,6	11,2	0,4	3,5	6,4	- 18,8	- 13,6	5,2	0,9	6,1	- 2,2	- 8,6	5,6
Juni	- 51,8	- 44,2	- 54,3	- 7,6	4,2	43,9	- 4,8	- 48,6	24,7	- 0,9	- 1,8	6,6	20,8
Juli	8,8	- 13,7	- 2,7	22,5	21,1	1,2	- 39,5	- 40,7	- 7,8	- 3,9	- 2,4	- 1,7	0,2
Aug.	- 10,2	- 2,5	- 6,0	- 7,7	- 6,7	15,0	64,7	49,7	11,3	- 0,4	- 2,5	5,2	8,9
Sept.	- 12,0	15,4	- 8,9	- 27,4	- 21,4	49,6	46,5	- 3,1	- 0,1	1,1	- 1,5	4,8	- 4,5
Okt.	- 0,4	9,0	6,4	- 9,4	- 11,7	18,8	14,9	- 3,8	4,7	- 1,5	- 3,6	3,1	6,7
Nov.	30,7	12,2	- 0,7	18,6	- 1,7	59,7	29,9	- 29,8	14,9	- 3,1	- 1,9	17,3	2,6
Dez.	37,0	43,2	21,2	- 6,1	8,2	38,4	- 35,2	- 73,6	- 1,5	2,7	0,1	- 9,2	4,8
2002 Jan.	- 14,4	- 16,9	2,9	2,6	2,0	- 42,1	- 10,1	32,0	5,6	3,7	- 7,1	5,3	3,7
Febr.	3,5	0,2	- 6,3	3,3	8,3	3,6	- 0,6	- 4,3	9,8	2,4	- 2,0	6,3	3,1
März	- 2,0	- 4,7	- 18,6	2,7	5,9	14,9	20,8	5,9	26,1	6,8	- 2,2	19,8	1,7
April	20,5	18,4	10,5	2,2	10,3	- 32,4	- 4,8	27,6	- 15,4	- 2,5	- 3,8	- 4,5	- 4,6

\* Die Angaben der Übersicht beruhen auf der Konsolidierten Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) (Tab. II.2); statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet. — 1 Quelle: EZB. — 2 Die Angaben sind wegen unterschiedlicher Positionsinhalte und abweichender Berichtskreise mit den bis Ende 1998 für Deutschland veröffentlichten Zahlen nicht vergleichbar. — 3 Abzüglich Bestand der MFIs; für deutschen Beitrag: abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papieren. — 4 Nach Abzug der Inter-MFI-Beteiligungen. — 5 Für Europäische Währungsunion: einschl. Gegenposten für monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten. — 6 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosystems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. — 7 In Deutschland zählen Bankschuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu einem Jahr zu den Geldmarktpapieren; diese wurden bis Monatsbericht Januar 2002 zusammen mit den Geldmarktfondsanteilen veröffentlicht. — 8 Ab 2002 Euro-Bargeldumlauf zuzüglich noch im Umlauf befindlicher nationaler Banknoten und Münzen. Abzüglich der Kassenbestände der MFIs im

keiten der Zentralstaaten. — 6 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosystems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. — 7 In Deutschland zählen Bankschuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu einem Jahr zu den Geldmarktpapieren; diese wurden bis Monatsbericht Januar 2002 zusammen mit den Geldmarktfondsanteilen veröffentlicht. — 8 Ab 2002 Euro-Bargeldumlauf zuzüglich noch im Umlauf befindlicher nationaler Banknoten und Münzen. Abzüglich der Kassenbestände der MFIs im

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse		VI. Geldmenge M3 (Saldo I + II - III - IV - V) 6) 7) 11)											Zeit		
	insgesamt 5)	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten 12)	insgesamt	Geldmenge M2						Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren 9)	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 10)	Repo-geschäfte	Geldmarktfondsanteile (netto) 3) 11)		Geldmarktpapiere und Schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 2 Jahren (netto) 3) 7) 11)	
				zusammen	Geldmenge M1			täglich fällige Einlagen 9)	Bargeldumlauf 8)							zusammen
					zusammen	zusammen	zusammen									
<b>Europäische Währungsunion (Mrd €) 1) X)</b>																
- 18,4	- 6,3	-	- 16,4	- 52,5	- 70,4	- 20,0	- 50,4	14,0	3,9	18,6	14,6	2,8	2001 Jan.			
8,2	- 16,7	-	23,2	5,8	1,1	- 1,0	0,1	12,3	- 5,4	1,9	9,3	6,2	Febr.			
- 3,8	- 6,9	-	38,8	22,7	9,3	1,3	8,1	13,4	- 0,1	10,1	12,4	- 6,4	März			
1,4	- 15,1	-	44,8	37,8	32,5	- 0,1	32,6	1,6	3,7	- 1,1	9,3	- 1,3	April			
- 5,6	- 6,9	-	28,9	12,7	16,8	- 3,3	20,1	- 3,7	- 0,5	12,4	10,4	- 6,5	Mai			
18,3	- 19,6	-	43,2	47,7	39,7	0,1	39,6	- 1,8	9,8	- 12,8	- 0,9	9,2	Juni			
- 9,6	48,3	-	- 1,0	- 7,9	- 21,4	- 5,0	- 16,4	9,0	4,4	1,9	9,5	- 4,5	Juli			
- 3,3	0,6	-	5,1	- 15,5	- 39,7	- 8,8	- 30,9	18,3	5,9	7,5	10,8	2,3	Aug.			
- 5,4	8,4	-	44,2	46,6	57,7	- 9,6	67,4	- 17,9	6,8	- 5,6	4,1	- 0,9	Sept.			
5,2	1,8	-	24,7	2,4	- 12,6	- 14,2	1,6	3,2	11,8	- 8,9	12,4	0,9	Okt.			
- 2,9	29,7	-	55,3	48,1	32,1	- 15,7	47,8	1,2	14,8	- 7,4	10,1	4,6	Nov.			
- 11,5	- 83,7	-	97,2	115,8	62,7	- 40,0	102,7	11,6	41,5	- 9,2	- 1,4	- 8,0	Dez.			
10,3	- 3,5	-	- 7,3	- 25,9	- 40,3	6,7	- 46,9	- 6,8	21,1	- 0,6	19,8	- 0,5	2002 Jan.			
6,3	1,0	-	2,1	- 10,0	- 9,8	- 6,0	- 3,8	- 4,2	4,0	4,8	11,3	- 4,0	Febr.			
1,2	- 9,1	-	43,8	29,6	14,3	14,4	- 0,1	12,2	3,1	8,2	4,5	1,6	März			
0,5	- 12,6	-	50,8	42,7	43,1	7,7	35,4	5,7	- 6,1	- 2,1	14,5	- 4,3	April			
<b>Deutscher Beitrag (Mrd €) 2) X)</b>																
- 12,2	5,2	-	- 18,6	- 18,4	- 15,7	- 5,2	- 10,4	1,5	- 4,1	1,4	1,2	- 2,9	2001 Jan.			
0,5	2,9	-	14,8	10,1	9,7	- 0,4	10,2	2,5	- 2,1	- 0,2	1,0	3,9	Febr.			
- 0,3	- 27,3	-	4,1	2,5	- 0,3	0,0	- 0,4	4,1	- 1,2	- 0,6	1,1	1,0	März			
0,5	21,5	-	7,5	5,6	9,3	- 0,4	9,7	- 2,8	- 0,9	0,5	0,7	0,7	April			
0,9	- 9,5	-	5,9	3,6	2,1	- 1,9	4,0	3,1	- 1,7	0,4	0,0	1,9	Mai			
- 0,1	- 25,8	-	9,2	7,6	6,0	- 1,7	7,7	1,9	- 0,3	- 0,7	0,9	1,5	Juni			
0,9	10,4	-	- 2,2	- 5,7	- 6,2	- 2,5	- 3,7	1,6	- 1,1	0,6	0,8	2,2	Juli			
0,1	- 11,2	-	7,8	2,8	- 1,0	- 3,3	2,3	3,7	0,1	2,9	1,5	0,6	Aug.			
- 2,9	6,9	-	15,3	14,4	14,5	- 4,6	19,1	- 1,2	1,0	- 1,7	1,5	1,1	Sept.			
- 1,6	4,1	-	4,5	0,4	- 3,3	- 6,0	2,6	0,9	2,8	- 6,5	1,6	- 4,1	Okt.			
1,1	18,8	-	18,7	19,3	20,3	- 7,5	27,8	- 3,8	2,8	- 5,3	1,1	3,7	Nov.			
- 7,4	27,1	-	19,7	13,2	- 9,5	- 24,4	14,9	6,3	16,5	0,9	2,4	3,2	Dez.			
1,0	- 6,3	11,6	- 26,4	- 25,7	- 18,0	13) - 4,1	- 13,8	- 10,2	2,4	- 2,4	1,9	- 0,2	2002 Jan.			
- 0,7	- 4,9	3,4	4,2	- 0,1	3,9	4,5	- 0,6	- 3,5	- 0,5	1,0	0,9	2,4	Febr.			
- 0,0	- 8,6	3,4	1,9	1,5	- 0,0	2,6	- 2,6	1,6	- 0,1	0,2	- 0,1	0,4	März			
- 1,9	- 0,0	1,3	3,7	0,2	12,4	3,1	9,3	- 4,8	- 7,3	- 0,3	0,2	3,7	April			
<b>Deutscher Beitrag (Mrd DM) 2) X)</b>																
- 23,8	10,1	-	- 36,4	- 35,9	- 30,7	- 10,3	- 20,4	2,8	- 8,1	2,8	2,4	- 5,6	2001 Jan.			
1,1	5,6	-	28,8	19,8	19,1	- 0,8	19,9	4,8	- 4,1	- 0,5	1,9	7,6	Febr.			
- 0,6	- 53,3	-	8,0	5,0	- 0,7	0,1	- 0,8	8,1	- 2,4	- 1,3	2,2	2,0	März			
0,9	42,1	-	14,7	11,0	18,2	- 0,8	19,0	- 5,4	- 1,7	0,9	1,3	1,4	April			
1,8	- 18,5	-	11,6	7,0	4,1	- 3,7	7,9	6,1	- 3,3	0,8	0,0	3,7	Mai			
- 0,2	- 50,5	-	18,1	14,9	11,7	- 3,3	15,0	3,7	- 0,5	- 1,4	1,7	2,9	Juni			
1,8	20,3	-	- 4,2	- 11,2	- 12,1	- 4,9	- 7,2	3,1	- 2,2	1,1	1,5	4,3	Juli			
0,2	- 21,9	-	15,3	5,4	- 1,9	- 6,4	4,5	7,2	0,1	5,7	2,9	1,3	Aug.			
- 5,7	13,5	-	29,9	28,1	28,4	- 9,0	37,4	- 2,3	2,0	- 3,4	3,0	2,2	Sept.			
- 3,1	8,1	-	8,7	0,8	- 6,5	- 11,6	5,2	1,7	5,5	12,7	3,1	- 7,9	Okt.			
2,2	36,8	-	36,6	37,7	39,8	- 14,6	54,4	- 7,5	5,5	- 10,4	2,2	7,2	Nov.			
- 14,5	52,9	-	38,6	25,9	- 18,6	- 47,8	29,2	12,3	32,2	1,8	4,7	6,2	Dez.			
1,9	- 12,3	22,7	- 51,7	- 50,3	- 35,1	13) - 8,1	- 27,0	- 19,9	4,7	- 4,7	3,8	- 0,4	2002 Jan.			
- 1,3	- 9,7	6,6	8,3	- 0,2	7,5	8,8	- 1,2	- 6,8	- 0,9	1,9	1,8	4,8	Febr.			
- 0,1	- 16,8	6,6	3,8	2,9	- 0,1	5,0	- 5,1	3,1	- 0,1	0,3	- 0,3	0,8	März			
- 3,7	- 0,1	2,5	7,3	0,4	24,2	6,1	18,1	- 9,4	- 14,4	- 0,6	0,3	7,2	April			

Euro-Währungsgebiet in Euro bzw. Währungen des Euro-Währungsgebiets. Für deutschen Beitrag: enthält ab 2002 den Euro-Banknotenumlauf der Bundesbank entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (s. dazu Anm. 4 zum Banknotenumlauf in der Tabelle III.2). Das von der Bundesbank tatsächlich in Umlauf gebrachte Bargeldvolumen lässt sich durch Addition mit der Position "Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten" ermitteln. — 9 Für Europäische Währungsunion: einschl. monetärer Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter). — 10 In Deutschland nur Sparein-

lagen. — 11 Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Papiere. — 12 Für deutschen Beitrag: Differenz zwischen dem tatsächlich von der Bundesbank emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (s. dazu auch Anm. 4 zum Banknotenumlauf in der Tabelle III.2). — 13 Enthält statistisch nicht ausgeschaltete Abnahme in Höhe von 11,6 Mrd. € bzw. 22,7 Mrd. DM auf Grund des geänderten Ausweises der Banknoten (s. auch Anm. 8 und 12). — X Ab Januar 2001: Erweiterung des Euro-Währungsgebiets.

## II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

### 2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) \*)

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Aktiva											Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro- Währungs- gebiet	sonstige Aktiv- positionen
	Aktiva / Passiva insgesamt	Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet									Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro- Währungs- gebiet		
		insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen				öffentliche Haushalte						
			Buch- kredite	Schuld- verschrei- bungen 3)	Aktien und sonstige Dividenden- werte		Buch- kredite	Schuld- verschrei- bungen 4)					
<b>Europäische Währungsunion (Mrd €) 1) X)</b>													
2001 Jan.	12 721,2	9 002,6	6 998,8	6 185,4	270,6	542,9	2 003,8	858,1	1 145,7	2 463,0	1 255,6		
Febr.	12 770,5	9 041,9	7 035,8	6 206,5	279,6	549,8	2 006,1	849,9	1 156,2	2 483,6	1 245,1		
März	13 072,2	9 145,8	7 128,0	6 273,4	287,6	567,0	2 017,8	852,6	1 165,2	2 637,0	1 289,4		
April	13 124,9	9 209,2	7 193,4	6 312,7	293,9	586,8	2 015,8	844,4	1 171,4	2 614,3	1 301,4		
Mai	13 250,4	9 251,9	7 221,2	6 333,2	300,8	587,2	2 030,7	839,3	1 191,4	2 675,6	1 323,0		
Juni	13 313,3	9 288,0	7 246,1	6 386,9	301,7	557,5	2 041,9	836,6	1 205,3	2 702,9	1 322,4		
Juli	13 181,7	9 294,0	7 259,8	6 393,1	314,5	552,2	2 034,2	833,8	1 200,4	2 619,0	1 268,8		
Aug.	13 140,6	9 258,2	7 236,7	6 368,3	323,3	545,1	2 021,6	829,7	1 191,9	2 622,9	1 259,5		
Sept.	13 315,1	9 307,4	7 282,3	6 420,6	327,0	534,7	2 025,1	830,8	1 194,3	2 696,0	1 311,7		
Okt.	13 420,9	9 337,4	7 323,3	6 450,3	329,4	543,7	2 014,0	828,2	1 185,8	2 741,0	1 342,5		
Nov.	13 572,3	9 412,2	7 378,8	6 501,5	332,7	544,6	2 033,5	843,3	1 190,1	2 827,3	1 332,8		
Dez.	13 572,7	9 449,6	7 423,6	6 519,0	336,8	567,7	2 026,1	847,7	1 178,4	2 805,8	1 317,3		
2002 Jan.	13 669,2	9 493,6	7 443,3	6 534,1	341,5	567,7	2 050,4	844,7	1 205,7	2 829,3	1 346,3		
Febr.	13 659,4	9 518,8	7 464,3	6 548,5	349,6	566,3	2 054,5	847,4	1 207,1	2 832,8	1 307,8		
März	13 691,4	9 592,3	7 507,9	6 602,4	346,7	558,3	2 084,4	854,5	1 229,9	2 845,6	1 253,6		
April	13 680,2	9 609,4	7 544,5	6 637,0	343,9	563,7	2 064,8	834,2	1 230,6	2 829,7	1 241,1		
<b>Deutscher Beitrag (Mrd €) 2) X)</b>													
2001 Jan.	4 209,2	3 270,3	2 539,8	2 233,8	52,1	254,0	730,5	514,4	216,1	709,7	229,1		
Febr.	4 251,6	3 285,8	2 557,7	2 244,5	54,7	258,5	728,1	510,5	217,6	734,2	231,5		
März	4 320,5	3 313,8	2 582,7	2 253,1	57,4	272,2	731,1	511,0	220,1	764,5	242,1		
April	4 343,4	3 316,3	2 592,4	2 250,6	59,0	282,8	723,9	505,5	218,5	782,5	244,5		
Mai	4 368,8	3 327,5	2 601,1	2 259,0	61,0	281,2	726,4	504,2	222,2	790,4	250,9		
Juni	4 333,3	3 300,3	2 578,0	2 263,6	60,6	253,8	722,3	498,1	224,2	789,9	243,1		
Juli	4 289,1	3 302,8	2 569,5	2 256,5	62,0	250,9	733,4	498,7	234,6	759,8	226,5		
Aug.	4 298,5	3 293,6	2 566,3	2 256,4	62,8	247,0	727,3	498,1	229,3	780,0	224,9		
Sept.	4 323,3	3 288,4	2 575,0	2 269,7	63,7	241,6	713,3	495,0	218,3	808,1	226,8		
Okt.	4 334,4	3 288,4	2 579,9	2 271,3	64,4	244,2	708,6	496,2	212,4	818,3	227,6		
Nov.	4 336,2	3 303,9	2 587,2	2 279,0	64,8	243,4	716,6	506,6	210,0	837,9	194,5		
Dez.	4 328,2	3 321,6	2 608,3	2 289,4	66,0	252,9	713,3	499,3	213,9	821,2	185,4		
2002 Jan.	4 321,4	3 315,2	2 600,6	2 280,2	66,9	253,4	714,6	499,7	215,0	820,0	186,2		
Febr.	4 322,9	3 316,3	2 600,1	2 283,4	65,1	251,6	716,2	497,1	219,1	822,1	184,4		
März	4 333,7	3 315,0	2 597,6	2 290,4	67,2	240,1	717,4	495,4	221,9	829,6	189,0		
April	4 329,2	3 321,9	2 603,6	2 293,1	68,5	242,0	718,3	491,2	227,1	817,2	190,1		
<b>Deutscher Beitrag (Mrd DM) 2) X)</b>													
2001 Jan.	8 232,4	6 396,2	4 967,5	4 369,0	101,8	496,7	1 428,7	1 006,1	422,6	1 388,1	448,1		
Febr.	8 315,4	6 426,5	5 002,5	4 389,9	106,9	505,7	1 424,0	998,5	425,5	1 436,0	452,8		
März	8 450,1	6 481,3	5 051,3	4 406,7	112,3	532,4	1 429,9	999,5	430,5	1 495,3	473,5		
April	8 494,9	6 486,2	5 070,3	4 401,7	115,5	553,1	1 415,9	988,6	427,3	1 530,5	478,2		
Mai	8 544,6	6 508,0	5 087,4	4 418,1	119,2	550,0	1 420,6	986,1	434,5	1 545,9	490,6		
Juni	8 475,2	6 454,9	5 042,1	4 427,3	118,5	496,4	1 412,7	974,3	438,5	1 544,9	475,4		
Juli	8 388,8	6 459,8	5 025,4	4 413,3	121,3	490,8	1 434,3	975,4	458,9	1 486,0	443,0		
Aug.	8 407,1	6 441,7	5 019,2	4 413,2	122,9	483,1	1 422,5	974,1	448,4	1 525,5	439,9		
Sept.	8 455,7	6 431,5	5 036,3	4 439,2	124,5	472,6	1 395,2	968,1	427,0	1 580,6	443,6		
Okt.	8 477,3	6 431,6	5 045,8	4 442,3	126,0	477,5	1 385,8	970,5	415,3	1 600,5	445,1		
Nov.	8 481,0	6 461,8	5 060,2	4 457,3	126,7	476,1	1 401,6	990,9	410,7	1 638,7	380,5		
Dez.	8 465,3	6 496,5	5 101,4	4 477,7	129,1	494,7	1 395,0	976,6	418,4	1 606,2	362,6		
2002 Jan.	8 451,9	6 484,0	5 086,3	4 459,7	130,9	495,7	1 397,7	977,3	420,4	1 603,7	364,2		
Febr.	8 454,8	6 486,2	5 085,4	4 465,9	127,4	492,1	1 400,8	972,2	428,6	1 607,8	360,7		
März	8 475,9	6 483,6	5 080,5	4 479,6	131,4	469,5	1 403,1	969,0	434,1	1 622,6	369,7		
April	8 467,1	6 497,1	5 092,2	4 484,9	134,0	473,4	1 404,8	960,6	444,2	1 598,2	371,8		

\* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen), Geldmarktfonds sowie Europäische Zentralbank und Zentralnotenbanken (Eurosistem). — 1 Quelle: EZB. — 2 Die Angaben sind mit den bis Ende 1998 für Deutschland veröffentlichten Zahlen wegen unterschiedlicher Positionsinhalte und abweichender Berichtskreise nicht vergleichbar. —

3 Einschl. Geldmarktpapiere von Unternehmen. — 4 Einschl. Schatzwechsel und sonstige Geldmarktpapiere von öffentlichen Haushalten. — 5 Ab 2002 Euro-Bargeldumlauf zuzüglich noch im Umlauf befindlicher nationaler Banknoten und Münzen. Ohne Kassenbestände (in Euro) der MFIs. Für deutschen Beitrag: enthält ab 2002 den Euro-Banknotenumlauf der Bundesbank

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

Passiva											Stand am Jahres- bzw. Monatsende
Bargeld- umlauf 5)	Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet										
	insgesamt	darunter auf Euro 6)	Unternehmen und Privatpersonen								
			zusammen	täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist 7)			
						bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten	
<b>Europäische Währungsunion (Mrd €) <sup>1) X)</sup></b>											
336,1	5 306,0	4 961,2	5 012,8	1 559,7	906,3	77,6	1 142,8	1 200,2	126,1	2001 Jan.	
335,1	5 318,9	4 968,0	5 018,7	1 559,3	919,2	78,3	1 142,0	1 193,7	126,2	Febr.	
336,3	5 344,2	4 993,9	5 053,4	1 575,0	933,1	80,7	1 145,0	1 193,7	125,8	März	
336,2	5 374,9	5 028,1	5 079,0	1 600,2	935,1	80,4	1 142,7	1 196,7	123,9	April	
332,9	5 395,1	5 040,6	5 101,8	1 626,1	931,9	81,5	1 143,1	1 196,7	122,5	Mai	
333,0	5 451,0	5 092,5	5 149,5	1 667,5	928,9	81,9	1 143,6	1 206,2	121,5	Juni	
328,0	5 432,1	5 083,2	5 136,3	1 648,5	937,8	81,7	1 137,8	1 210,4	120,1	Juli	
319,2	5 418,1	5 071,8	5 121,2	1 617,5	953,6	81,4	1 134,7	1 215,3	118,9	Aug.	
309,6	5 479,7	5 133,8	5 175,0	1 680,4	937,8	81,5	1 135,8	1 221,6	118,0	Sept.	
295,5	5 494,9	5 145,4	5 187,3	1 678,9	942,8	81,1	1 135,8	1 232,4	116,4	Okt.	
279,7	5 559,2	5 203,8	5 252,8	1 728,6	947,6	79,9	1 134,7	1 246,6	115,3	Nov.	
239,7	5 710,0	5 363,3	5 406,9	1 826,6	956,2	80,0	1 142,3	1 286,5	115,3	Dez.	
246,4	5 667,6	5 322,5	5 367,5	1 773,8	953,5	79,5	1 146,2	1 302,6	111,8	2002 Jan.	
240,4	5 658,5	5 314,8	5 363,6	1 768,3	952,0	78,7	1 148,1	1 305,6	110,8	Febr.	
254,8	5 678,2	5 337,1	5 386,4	1 774,6	961,1	79,0	1 153,5	1 308,8	109,5	März	
262,6	5 699,3	5 364,3	5 409,8	1 802,6	966,6	79,4	1 151,6	1 302,1	107,5	April	
<b>Deutscher Beitrag (Mrd €) <sup>2) X)</sup></b>											
120,7	2 026,4	1 929,2	1 890,8	426,4	225,8	16,9	650,0	447,9	123,8	2001 Jan.	
120,2	2 036,8	1 940,0	1 899,4	434,3	229,0	17,1	649,3	445,8	123,8	Febr.	
120,3	2 041,0	1 941,6	1 906,4	436,0	233,9	17,4	651,1	444,7	123,4	März	
119,8	2 044,7	1 946,9	1 909,9	444,7	232,1	17,5	650,3	443,8	121,4	April	
117,9	2 054,5	1 953,0	1 915,9	449,9	231,8	18,2	653,5	442,2	120,4	Mai	
116,3	2 062,1	1 960,8	1 921,9	456,0	233,6	17,9	653,0	441,9	119,5	Juni	
113,7	2 055,6	1 955,4	1 917,4	453,9	235,7	18,3	650,5	440,8	118,2	Juli	
110,5	2 059,2	1 960,9	1 922,0	455,6	240,7	18,1	649,7	440,9	117,0	Aug.	
105,8	2 075,2	1 979,0	1 939,6	472,7	240,0	18,3	650,5	441,9	116,2	Sept.	
99,9	2 077,6	1 982,9	1 945,0	475,5	241,8	18,6	650,0	444,8	114,4	Okt.	
92,4	2 103,2	2 006,3	1 973,0	504,0	240,7	18,7	648,7	447,5	113,5	Nov.	
68,0	2 135,1	2 048,0	2 010,0	519,0	244,7	18,6	650,2	463,9	113,6	Dez.	
8) 63,8	2 113,2	2 024,0	1 989,9	506,4	236,6	18,5	652,0	466,4	110,0	2002 Jan.	
68,3	2 108,1	2 019,4	1 986,2	505,6	235,1	17,1	653,5	465,9	109,0	Febr.	
70,6	2 109,1	2 021,9	1 989,1	504,1	237,3	17,1	656,8	465,9	107,8	März	
74,0	2 100,4	2 015,8	1 984,7	513,9	234,0	17,1	655,2	458,6	105,9	April	
<b>Deutscher Beitrag (Mrd DM) <sup>2) X)</sup></b>											
236,0	3 963,3	3 773,2	3 698,1	833,9	441,7	33,0	1 271,3	876,0	242,1	2001 Jan.	
235,2	3 983,6	3 794,4	3 714,8	849,5	447,9	33,5	1 269,9	872,0	242,1	Febr.	
235,2	3 991,8	3 797,5	3 728,7	852,7	457,4	34,0	1 273,5	869,7	241,4	März	
234,4	3 999,2	3 807,9	3 735,4	869,8	453,9	34,2	1 271,9	868,1	237,5	April	
230,7	4 018,2	3 819,8	3 747,2	879,9	453,3	35,6	1 278,2	864,8	235,4	Mai	
227,4	4 033,1	3 834,9	3 758,9	891,9	456,8	35,0	1 277,2	864,3	233,7	Juni	
222,5	4 020,4	3 824,5	3 750,2	887,7	461,1	35,7	1 272,2	862,2	231,2	Juli	
216,0	4 027,4	3 835,2	3 759,1	891,1	470,8	35,4	1 270,7	862,3	228,8	Aug.	
207,0	4 058,8	3 870,7	3 793,6	924,5	469,4	35,9	1 272,2	864,3	227,3	Sept.	
195,4	4 063,4	3 878,2	3 804,2	929,9	472,9	36,3	1 271,3	869,9	223,8	Okt.	
180,7	4 113,6	3 924,1	3 858,9	985,8	470,7	36,5	1 268,7	875,2	222,0	Nov.	
132,9	4 175,9	4 005,5	3 931,2	1 015,2	478,6	36,4	1 271,6	907,4	222,1	Dez.	
8) 124,8	4 133,1	3 958,6	3 891,8	990,5	462,7	36,2	1 275,2	912,2	215,1	2002 Jan.	
133,6	4 123,1	3 949,5	3 884,6	988,8	459,9	33,5	1 278,1	911,3	213,1	Febr.	
138,1	4 125,0	3 954,6	3 890,3	986,0	464,2	33,5	1 284,6	911,3	210,9	März	
144,7	4 108,0	3 942,5	3 881,8	1 005,1	457,6	33,5	1 281,5	897,0	207,1	April	

entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (s. dazu Anm. 4 zum Banknotenumlauf in der Tabelle III.2). Das von der Bundesbank tatsächlich in Umlauf gebrachte Bargeldvolumen lässt sich durch Addition mit der Position "Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten" ermitteln (s. "sonstige Passiv-

positionen"). — 6 Ohne Einlagen von Zentralstaaten. — 7 In Deutschland nur Spareinlagen. — 8 Enthält Abnahme in Höhe von 11,6 Mrd. € bzw. 22,7 Mrd. DM auf Grund des geänderten Ausweises der Banknoten (s. auch Anm. 5). — X Ab Januar 2001: Erweiterung des Euro-Währungsgebiets.

## II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

noch: 2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) \*)

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	noch: Passiva											Begebene Schuld-			
	noch: Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet										Repogeschäfte mit Nichtbanken im Euro-Währungsgebiet		Geldmarkt- fonds- anteile (netto) 4) 6)	insgesamt	darunter auf Euro
	öffentliche Haushalte										insgesamt	darunter mit Unternehmen und Privat- personen			
	Zentral- staaten	sonstige öffentliche Haushalte			mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist 3)							
zusammen	täglich fällig	bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten	insgesamt								
<b>Europäische Währungsunion (Mrd €) 1) X)</b>															
2001 Jan.	149,5	153,0	64,1	55,9	2,0	27,4	2,8	0,7	213,8	209,1	313,2	1 693,3	1 363,7		
Febr.	157,5	153,9	66,3	54,9	2,0	27,2	2,8	0,7	215,8	210,1	322,3	1 708,6	1 371,6		
März	153,6	148,5	61,0	54,7	1,9	27,5	2,7	0,7	225,9	221,3	333,2	1 715,9	1 379,3		
April	155,0	153,5	66,8	54,2	2,3	27,0	2,6	0,7	224,9	218,9	341,8	1 717,8	1 377,0		
Mai	149,4	155,8	65,7	57,2	2,1	27,5	2,7	0,6	237,4	231,6	351,3	1 719,6	1 372,9		
Juni	167,7	154,1	64,3	57,5	2,0	27,2	2,5	0,6	224,5	219,6	349,3	1 738,5	1 383,6		
Juli	158,1	152,4	64,2	56,0	1,7	27,4	2,5	0,6	226,4	221,1	358,4	1 734,8	1 385,4		
Aug.	154,8	152,0	63,8	56,1	1,8	27,3	2,5	0,6	233,9	228,3	369,9	1 728,9	1 383,3		
Sept.	149,4	155,5	69,5	54,4	1,6	27,0	2,5	0,6	228,2	222,7	374,4	1 752,5	1 396,2		
Okt.	154,7	156,3	71,4	53,4	1,6	26,8	2,5	0,5	236,9	229,0	386,4	1 766,7	1 400,0		
Nov.	151,8	152,8	69,5	51,9	1,6	26,7	2,6	0,5	229,5	221,9	395,2	1 758,9	1 372,8		
Dez.	140,3	156,0	69,7	54,9	1,7	26,7	2,6	0,5	220,4	216,5	391,9	1 760,4	1 376,7		
2002 Jan.	150,0	157,3	74,1	51,4	1,7	27,0	2,5	0,5	219,7	214,9	410,8	1 775,6	1 375,5		
Febr.	156,3	155,7	75,1	49,4	1,7	26,6	2,5	0,5	224,5	219,2	422,0	1 778,5	1 380,6		
März	157,5	152,0	69,1	51,7	1,6	26,7	2,5	0,5	232,9	228,2	427,5	1 797,8	1 392,1		
April	158,1	152,4	71,7	49,9	1,4	26,6	2,5	0,4	230,7	226,4	438,2	1 790,4	1 386,9		
<b>Deutscher Beitrag (Mrd €) 2) X)</b>															
2001 Jan.	57,7	77,9	12,1	38,7	1,3	23,2	1,9	0,7	1,8	1,8	20,6	799,6	683,8		
Febr.	58,0	79,4	14,5	37,7	1,4	23,2	1,9	0,7	1,6	1,6	21,5	810,0	693,3		
März	57,7	76,9	12,9	36,9	1,4	23,2	1,8	0,6	0,9	0,9	22,7	811,6	692,2		
April	58,2	76,7	14,1	35,6	1,5	23,1	1,8	0,6	1,4	1,4	23,3	805,3	685,4		
Mai	59,1	79,5	13,4	39,0	1,5	23,2	1,8	0,6	1,8	1,7	23,4	807,2	687,0		
Juni	59,0	81,2	14,9	39,5	1,4	23,1	1,8	0,6	1,1	1,1	24,2	811,2	695,9		
Juli	59,9	78,3	13,1	38,8	1,1	23,1	1,7	0,6	1,7	1,7	25,0	810,1	701,2		
Aug.	60,0	77,2	13,3	37,6	1,0	23,1	1,7	0,6	4,6	4,6	26,5	811,4	705,5		
Sept.	57,0	78,5	15,4	36,9	1,0	23,0	1,7	0,6	2,8	2,8	28,0	815,5	709,0		
Okt.	55,4	77,1	15,3	35,8	1,0	22,8	1,7	0,5	9,4	9,4	29,6	813,4	707,5		
Nov.	56,6	73,6	14,7	33,0	1,0	22,7	1,7	0,5	4,0	4,0	30,7	792,9	678,1		
Dez.	49,1	75,9	14,6	35,2	1,2	22,7	1,7	0,5	4,9	4,9	33,1	791,9	676,0		
2002 Jan.	50,1	73,3	13,6	33,3	1,2	23,0	1,7	0,5	2,5	2,5	35,0	795,7	672,2		
Febr.	49,4	72,5	13,8	32,6	1,2	22,7	1,7	0,5	3,5	3,5	35,9	801,2	678,8		
März	49,4	70,6	12,6	32,0	1,2	22,8	1,6	0,5	3,7	3,7	35,8	811,6	687,2		
April	47,5	68,2	11,8	30,6	1,0	22,7	1,6	0,4	3,4	3,4	35,9	808,4	684,9		
<b>Deutscher Beitrag (Mrd DM) 2) X)</b>															
2001 Jan.	112,8	152,4	23,6	75,7	2,6	45,3	3,7	1,4	3,5	3,5	40,2	1 563,9	1 337,4		
Febr.	113,5	155,4	28,4	73,8	2,6	45,4	3,7	1,4	3,1	3,1	42,1	1 584,2	1 355,9		
März	112,8	150,3	25,2	72,2	2,6	45,4	3,5	1,3	1,8	1,8	44,3	1 587,3	1 353,8		
April	113,8	150,0	27,5	69,7	3,0	45,1	3,4	1,3	2,7	2,7	45,6	1 574,9	1 340,5		
Mai	115,5	155,4	26,2	76,2	3,0	45,3	3,4	1,2	3,6	3,4	45,7	1 578,8	1 343,6		
Juni	115,3	158,9	29,1	77,3	2,7	45,2	3,4	1,2	2,1	2,1	47,3	1 586,5	1 361,0		
Juli	117,1	153,2	25,6	75,9	2,1	45,2	3,3	1,1	3,2	3,2	48,8	1 584,4	1 371,4		
Aug.	117,3	151,0	26,0	73,5	2,0	45,1	3,3	1,1	8,9	8,9	51,8	1 586,9	1 379,9		
Sept.	111,5	153,6	30,1	72,1	2,0	45,0	3,3	1,1	5,6	5,6	54,7	1 595,1	1 386,7		
Okt.	108,4	150,8	30,0	70,0	2,0	44,5	3,3	1,0	18,3	18,3	57,8	1 590,9	1 383,8		
Nov.	110,6	144,0	28,7	64,5	2,0	44,4	3,4	1,0	7,9	7,9	60,0	1 550,7	1 326,2		
Dez.	96,1	148,5	28,6	68,9	2,3	44,4	3,4	1,0	9,7	9,6	64,8	1 548,9	1 322,2		
2002 Jan.	98,0	143,3	26,6	65,1	2,4	45,0	3,3	0,9	5,0	5,0	68,5	1 556,3	1 314,8		
Febr.	96,7	141,8	27,0	63,8	2,4	44,4	3,3	0,9	6,9	6,9	70,3	1 567,0	1 327,7		
März	96,6	138,1	24,6	62,6	2,4	44,5	3,2	0,9	7,2	7,2	70,0	1 587,3	1 344,1		
April	92,9	133,3	23,1	59,9	2,0	44,4	3,1	0,9	6,6	6,6	70,3	1 581,1	1 339,5		

\* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen), Geldmarktfonds sowie die Europäische Zentralbank und die Zentralnotenbanken (Eurosystem). — 1 Quelle: EZB. — 2 Die Angaben sind mit den bis Ende 1998 für Deutschland veröffentlichten Zahlen wegen unterschiedlicher Positionsinhalte und abweichender Berichtskreise nicht vergleichbar. — 3 In Deutschland nur Spareinlagen. — 4 Ohne Bestände der MFIs; für deutschen Beitrag: abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papieren. — 5 In Deutschland zählen Bankschuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 1 Jahr zu den Geldmarktpapieren; diese wurden bis Monatsbericht Januar 2002 zusammen mit den Geldmarktfondsanteilen veröffentlicht. — 6 Unter Ausschaltung der

Papiere, die von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehalten werden. — 7 Ohne Verbindlichkeiten aus begebenen Wertpapieren. — 8 Nach Abzug der Inter-MFI-Beteiligungen. — 9 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosystems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. — 10 Bargeldumlauf (ab 2002 Euro-Bargeldumlauf zuzüglich noch im Umlauf befindlicher nationaler Banknoten und Münzen), täglich fällige Einlagen (ohne Einlagen von Zentralstaaten) und (für EWU) täglich fällige monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten, die in der Konsolidierten Bilanz nicht

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

										Nachrichtlich				Monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter) 14)	Stand am Jahres- bzw. Monatsende
verschreibungen (netto) 4)			Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet 7)	Kapital und Rücklagen 8)	Überschuss der Inter-MFI-Verbindlichkeiten	sonstige Passivpositionen		Geldmengenaggregate 9)			Geldkapitalbildung 13)				
mit Laufzeit						insgesamt	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten 15)	M1 10)	M2 11)	M3 6) 12)					
bis zu 1 Jahr 5) 6)	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren 6)	von mehr als 2 Jahren													
<b>Europäische Währungsunion (Mrd €) 1) X)</b>															
92,6	45,3	1 555,4	2 445,7	909,0	21,1	1 473,7	–	2 028,8	4 346,1	5 011,1	3 761,5	141,3	2001 Jan.		
97,9	46,5	1 564,2	2 475,2	911,4	19,2	1 491,3	–	2 028,0	4 352,4	5 034,8	3 771,8	140,8	Febr.		
96,7	42,3	1 576,9	2 663,0	927,1	21,6	1 536,7	–	2 039,5	4 380,0	5 078,2	3 803,0	140,7	März		
97,1	42,9	1 577,9	2 676,4	928,1	12,2	1 524,5	–	2 072,1	4 417,6	5 124,2	3 800,2	143,2	April		
90,2	44,7	1 584,7	2 754,9	940,1	13,2	1 520,5	–	2 092,1	4 438,3	5 161,8	3 818,5	141,4	Mai		
96,2	49,0	1 593,3	2 743,3	966,0	16,8	1 504,1	–	2 131,4	4 484,8	5 203,8	3 852,2	140,9	Juni		
91,7	49,1	1 593,9	2 643,0	955,3	5,7	1 494,6	–	2 108,3	4 472,8	5 198,5	3 835,1	141,9	Juli		
91,2	51,3	1 586,4	2 620,0	960,0	8,6	1 489,2	–	2 066,7	4 452,4	5 198,6	3 827,8	141,3	Aug.		
94,8	52,7	1 604,9	2 639,9	970,7	18,7	1 541,2	–	2 124,7	4 499,7	5 249,8	3 856,9	140,8	Sept.		
98,7	51,1	1 616,9	2 661,6	981,4	5,4	1 588,6	–	2 111,6	4 502,1	5 275,2	3 877,8	142,5	Okt.		
97,3	54,9	1 606,8	2 726,2	982,9	10,3	1 632,2	–	2 144,3	4 551,8	5 328,6	3 866,8	143,7	Nov.		
88,9	57,6	1 613,8	2 719,1	996,5	8,5	1 550,7	–	2 206,8	4 667,4	5 425,5	3 955,1	149,5	Dez.		
96,5	45,9	1 633,2	2 755,2	1 007,6	3,2	1 576,6	–	2 167,6	4 642,8	5 415,0	3 926,3	157,2	2002 Jan.		
90,0	49,3	1 639,2	2 763,2	1 011,4	1,7	1 542,6	–	2 157,6	4 632,4	5 417,5	3 936,6	158,6	Febr.		
90,5	50,0	1 657,3	2 784,0	1 008,0	13,3	1 504,4	–	2 171,6	4 661,0	5 461,2	3 955,5	157,9	März		
84,8	52,5	1 653,1	2 760,0	1 002,6	21,2	1 497,2	–	2 213,2	4 700,2	5 505,8	3 941,8	161,5	April		
<b>Deutscher Beitrag (Mrd €) 2) X)</b>															
25,2	24,0	750,4	673,8	240,7	3,1	328,8	–	559,1	1 291,7	1 363,2	1 788,8	–	2001 Jan.		
25,1	28,0	756,9	688,2	242,6	1,0	331,6	–	569,1	1 302,0	1 378,2	1 796,5	–	Febr.		
26,2	27,2	758,1	768,5	243,7	25,7	337,6	–	569,1	1 305,1	1 382,1	1 800,3	–	März		
26,2	27,9	751,1	722,6	240,5	3,2	338,9	–	578,6	1 310,9	1 389,8	1 787,0	–	April		
24,6	31,5	751,1	792,8	243,3	4,5	332,4	–	581,2	1 315,7	1 397,0	1 792,0	–	Mai		
21,1	36,6	753,5	766,3	256,2	30,4	326,4	–	587,2	1 323,2	1 406,2	1 805,9	–	Juni		
20,5	39,4	750,2	734,4	256,4	24,7	317,0	–	580,7	1 317,1	1 403,5	1 799,0	–	Juli		
19,3	41,6	750,5	745,8	260,9	39,5	319,2	–	579,4	1 319,4	1 411,2	1 801,7	–	Aug.		
19,4	42,6	753,5	746,5	259,6	39,5	329,2	–	593,9	1 333,8	1 426,6	1 803,4	–	Sept.		
19,1	39,6	754,6	747,4	263,0	37,5	331,6	–	590,7	1 334,3	1 432,0	1 805,4	–	Okt.		
16,9	42,4	733,6	736,7	264,4	21,8	333,7	–	611,1	1 353,7	1 447,7	1 783,4	–	Nov.		
17,9	44,5	729,5	701,5	265,3	10,6	317,7	–	601,6	1 367,0	1 467,5	1 781,7	–	Dez.		
22,4	35,1	738,2	723,8	267,2	0,1	320,2	11,6	583,8	1 341,5	1 436,6	1 790,8	–	2002 Jan.		
22,3	37,6	741,2	720,9	272,1	0,6	313,4	8,2	587,7	1 341,4	1 440,8	1 798,9	–	Febr.		
22,7	37,7	751,2	721,6	272,4	2,7	311,6	11,6	587,3	1 342,5	1 442,3	1 811,4	–	März		
21,0	40,4	746,9	726,8	270,0	1,1	311,4	12,9	599,7	1 342,7	1 443,5	1 801,1	–	April		
<b>Deutscher Beitrag (Mrd DM) 2) X)</b>															
49,2	47,0	1 467,7	1 317,9	470,7	6,1	643,0	–	1 093,5	2 526,2	2 666,2	3 498,6	–	2001 Jan.		
49,1	54,7	1 480,4	1 346,0	474,5	1,9	648,6	–	1 113,0	2 546,6	2 695,5	3 513,7	–	Febr.		
51,3	53,2	1 482,7	1 503,0	476,6	50,3	660,2	–	1 113,1	2 552,6	2 703,2	3 521,0	–	März		
51,3	54,6	1 469,1	1 511,1	470,3	6,3	662,9	–	1 131,7	2 564,0	2 718,2	3 495,2	–	April		
48,2	61,7	1 468,9	1 550,5	475,8	8,8	650,2	–	1 136,8	2 573,2	2 732,3	3 504,9	–	Mai		
41,3	71,5	1 473,7	1 498,8	501,1	59,5	638,3	–	1 148,4	2 587,9	2 750,2	3 532,1	–	Juni		
40,0	77,1	1 467,3	1 436,5	501,4	48,3	620,0	–	1 135,7	2 576,0	2 745,1	3 518,5	–	Juli		
37,7	81,3	1 467,9	1 458,6	510,3	77,2	624,4	–	1 133,2	2 580,5	2 760,2	3 523,9	–	Aug.		
37,9	83,4	1 473,8	1 460,1	507,8	77,2	643,9	–	1 161,6	2 608,7	2 790,2	3 527,2	–	Sept.		
37,4	77,5	1 475,9	1 461,8	514,5	73,4	648,6	–	1 155,3	2 609,6	2 800,7	3 531,1	–	Okt.		
33,0	82,9	1 434,8	1 440,8	517,2	42,6	652,7	–	1 195,3	2 647,6	2 831,4	3 488,0	–	Nov.		
35,1	87,0	1 426,8	1 372,1	518,9	20,8	621,4	–	1 176,7	2 673,6	2 870,2	3 484,7	–	Dez.		
43,9	68,6	1 443,8	1 415,6	522,6	0,3	626,3	22,7	1 141,9	2 623,7	2 809,8	3 502,5	–	2002 Jan.		
43,7	73,6	1 449,7	1 409,9	532,1	1,1	613,0	16,1	1 149,4	2 623,5	2 818,0	3 518,3	–	Febr.		
44,5	73,6	1 469,2	1 411,3	532,8	5,3	609,5	22,7	1 148,6	2 625,6	2 821,0	3 542,8	–	März		
41,2	79,1	1 460,8	1 421,5	528,0	2,1	609,0	25,2	1 172,9	2 626,0	2 823,2	3 522,7	–	April		

enthalten sind. Für deutschen Beitrag: enthält ab 2002 den Euro-Banknoten-umlauf der Bundesbank entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (s. dazu Anm. 4 zum Banknotenumlauf in der Tabelle III.2). Das von der Bundesbank tatsächlich in Umlauf gebrachte Bargeldvolumen lässt sich durch Addition mit der Position "Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten" ermitteln. — 11 M1 zusätzlich Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten (ohne Einlagen von Zentralstaaten) sowie (für EWU) monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten mit solcher Befristung. — 12 M2 zusätzlich Repogeschäfte,

Geldmarktfondsanteile und Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen bis zu 2 Jahren. — 13 Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten, Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren, Kapital und Rücklagen. — 14 Kommen in Deutschland nicht vor. — 15 Für deutschen Beitrag: Differenz zwischen den tatsächlich von der Bundesbank emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumschlages entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (s. dazu auch Anm. 4 zum Banknotenumlauf in der Tabelle III.2). — X Ab Januar 2001: Erweiterung des Euro-Währungsgebiets.

## II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

### 3. Liquiditätsposition des Bankensystems \*) Bestände

Mrd €, Periodendurchschnitte errechnet aus Tageswerten

Ende der Mindest- reserve- Erfüllungs- periode 1)	Liquiditätszuführende Faktoren					Liquiditätsabschöpfende Faktoren					Guthaben der Kredit- institute auf Giro- konten (einschl. Mindest- reserven) 5)	Basisgeld 6)
	Nettoaktiva in Gold und Devisen	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems				Einlage- fazilität	Sonstige liquiditäts- ab- schöpfende Geschäfte	Bank- noten- umlauf 3)	Einlagen von Zentral- regierungen	Sonstige Faktoren (netto) 4)		
		Haupt- refinan- zierungs- geschäfte	Länger- fristige Refinan- zierungs- geschäfte	Spitzen- refinan- zierungs- fazilität	Sonstige liquiditäts- zuführende Geschäfte							
<b>Eurosystem 2)</b>												
1999 Okt.	349,7	143,0	45,0	0,3	—	0,6	—	342,5	45,4	45,9	103,5	446,7
Nov.	351,8	140,5	53,7	0,3	—	0,4	—	343,1	51,5	47,3	104,2	447,6
Dez.	351,7	150,4	65,0	0,3	—	1,0	—	354,3	59,0	47,5	105,6	460,8
2000 Jan.	362,3	138,5	75,0	1,9	—	0,5	3,3	363,0	41,0	61,2	108,7	472,3
Febr.	367,8	130,9	70,5	0,1	—	0,2	—	347,6	49,2	64,2	108,1	455,9
März	369,2	136,1	66,2	0,2	—	0,3	—	347,6	51,7	63,5	108,6	456,4
April	377,1	136,7	61,0	0,2	—	0,9	—	349,7	45,6	69,1	109,7	460,3
Mai	378,8	142,6	60,0	0,4	—	2,3	—	353,8	41,9	71,8	112,0	468,2
Juni	378,1	140,9	59,9	0,3	0,2	0,8	—	354,1	38,3	72,1	114,2	469,1
Juli	380,8	157,9	59,9	0,4	—	0,5	—	357,0	50,4	76,8	114,2	471,7
Aug.	382,0	163,1	55,4	0,1	—	0,3	—	359,2	48,8	80,0	112,4	471,9
Sept.	381,6	173,1	51,1	0,3	—	0,2	—	354,8	56,6	81,2	113,3	468,3
Okt.	396,3	176,5	45,7	0,5	—	0,2	—	354,5	47,4	102,5	114,4	469,1
Nov.	398,6	183,7	45,0	0,2	—	0,2	—	352,7	49,8	109,2	115,7	468,6
Dez.	394,4	210,4	45,0	0,4	—	0,2	—	360,4	61,1	111,1	117,4	478,0
2001 Jan. 7)	383,7	205,3	45,0	0,5	—	0,6	—	368,3	52,2	94,2	119,1	488,0
Febr.	377,9	188,9	49,8	2,6	—	0,4	—	354,8	57,0	86,3	120,7	476,0
März	375,6	185,2	54,1	0,4	—	0,5	—	353,0	53,0	87,7	121,0	474,5
April	382,1	172,4	58,4	2,2	—	0,5	—	354,6	49,5	89,1	121,4	476,4
Mai	384,4	144,0	59,1	0,4	17,0	0,6	—	352,7	39,4	87,5	124,8	478,1
Juni	385,0	161,7	59,1	0,2	—	0,4	—	351,1	41,3	87,5	125,7	477,3
Juli	397,6	161,9	59,9	0,2	—	0,4	—	350,8	42,5	98,8	127,1	478,3
Aug.	402,1	164,0	60,0	0,1	—	0,2	—	347,6	48,8	101,8	127,8	475,6
Sept.	401,3	147,1	60,0	0,5	3,5	0,4	—	335,4	45,2	105,4	126,1	461,9
Okt.	389,9	136,7	60,0	1,1	—	0,1	—	325,2	43,6	93,6	125,1	450,4
Nov.	385,0	132,3	60,0	0,2	—	0,3	—	311,3	46,1	93,1	126,7	438,3
Dez.	383,7	122,5	60,0	0,5	12,4	0,8	—	298,0	43,5	109,3	127,4	426,2
2002 Jan.	385,2	118,5	60,0	0,4	3,7	0,6	—	344,3	38,3	54,2	130,4	475,2
Febr.	386,0	127,3	60,0	0,2	—	0,1	—	306,2	49,6	85,2	132,6	438,8
März	386,7	114,6	60,0	0,2	—	0,1	—	283,3	54,2	91,8	132,1	415,6
April	395,4	112,7	60,0	0,4	—	0,2	—	285,9	55,9	95,3	131,2	417,3
Mai	397,7	110,6	60,0	0,1	—	0,3	—	293,7	49,2	93,5	131,7	425,6
<b>Deutsche Bundesbank</b>												
1999 Okt.	87,3	66,6	25,6	0,2	—	0,2	—	130,2	0,1	17,8	31,4	161,8
Nov.	87,8	68,7	28,6	0,2	—	0,2	—	130,5	0,1	22,8	31,7	162,3
Dez.	88,0	57,5	34,7	0,2	—	0,6	—	134,4	0,1	13,1	32,1	167,1
2000 Jan.	90,6	49,0	32,7	1,4	—	0,3	0,5	136,6	0,1	3,0	33,3	170,2
Febr.	91,5	65,4	33,5	0,1	—	0,2	—	132,0	0,1	24,5	33,7	165,8
März	91,9	61,8	34,4	0,1	—	0,2	—	131,6	0,1	22,7	33,6	165,4
April	93,7	62,0	43,2	0,2	—	0,6	—	131,8	0,1	32,7	34,0	166,4
Mai	93,7	60,1	39,5	0,3	—	1,8	—	132,3	0,1	24,8	34,5	168,6
Juni	93,3	59,6	35,4	0,2	0,1	0,3	—	132,0	0,1	21,2	35,1	167,3
Juli	93,4	67,9	33,3	0,2	—	0,4	—	131,8	0,1	27,6	35,1	167,2
Aug.	93,0	71,6	34,9	0,1	—	0,1	—	131,9	0,1	33,1	34,5	166,5
Sept.	92,6	81,9	33,8	0,3	—	0,1	—	131,4	0,1	42,6	34,4	165,9
Okt.	97,0	87,2	30,7	0,3	—	0,1	—	131,1	0,1	49,5	34,5	165,7
Nov.	98,2	99,1	30,7	0,2	—	0,1	—	130,1	0,1	63,0	34,9	165,1
Dez.	97,6	103,5	31,1	0,2	—	0,1	—	132,0	0,1	65,0	35,2	167,4
2001 Jan.	93,0	103,1	28,4	0,3	—	0,3	—	131,2	0,1	57,7	35,6	167,1
Febr.	90,3	93,2	28,3	1,3	—	0,2	—	126,7	0,1	50,0	36,2	163,1
März	89,1	87,6	33,2	0,2	—	0,4	—	126,2	0,1	47,6	35,9	162,4
April	90,1	84,5	37,4	1,5	—	0,2	—	126,2	0,1	50,7	36,4	162,8
Mai	90,0	67,4	37,8	0,2	7,5	0,5	—	124,8	0,1	47,6	37,4	162,7
Juni	89,7	79,9	37,5	0,1	—	0,3	—	123,6	0,1	45,7	37,5	161,4
Juli	92,8	85,4	37,0	0,1	—	0,3	—	121,8	0,1	55,5	37,7	159,7
Aug.	94,2	77,0	38,2	0,1	—	0,2	—	119,3	0,1	52,0	37,8	157,3
Sept.	93,7	73,3	38,9	0,1	1,3	0,1	—	115,4	0,1	54,6	37,1	152,7
Okt.	91,3	66,3	40,2	0,5	—	0,1	—	110,8	0,1	50,1	37,3	148,2
Nov.	89,8	68,2	38,5	0,2	—	0,2	—	104,6	0,1	53,8	38,0	142,9
Dez.	89,4	62,4	40,1	0,2	5,0	0,5	—	96,6	0,1	67,1	37,8	134,9
2002 Jan.	89,9	63,3	41,1	0,3	1,4	0,3	—	91,7	0,1	64,9	39,0	131,0
Febr.	89,9	63,3	42,4	0,1	—	0,0	—	78,5	0,1	78,6	38,6	117,2
März	90,0	58,5	40,7	0,2	—	0,1	—	79,7	0,1	71,2	38,3	118,1
April	92,3	57,6	40,4	0,3	—	0,2	—	80,8	0,1	71,8	37,9	118,8
Mai	92,3	53,1	39,7	0,1	—	0,3	—	83,8	0,1	63,1	38,0	122,0

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen. — \* Die Liquiditätsposition des Bankensystems besteht aus den Euro-Guthaben auf den Girokonten der Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets beim Eurosystem. Die Angaben sind dem konsolidierten Ausweis des Eurosystems bzw. dem Ausweis der Bundesbank entnommen. — 1 Die Mindestreserveerfüllungsperiode beginnt am 24. eines Monats und endet am 23. des Folgemonats. — 2 Quelle: EZB. — 3 Ab 2002 Euro-Banknoten sowie noch im Umlauf befindliche, von

den nationalen Zentralbanken des Eurosystems ausgegebene Banknoten. Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8% des Gesamtwerts des Euro-Banknotenumlaufs zugeteilt. Der Gegenposten dieser Berichtigung wird unter „Sonstige Faktoren“ ausgewiesen. Die verbleibenden 92% des Werts an in Umlauf befindlichen Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

Veränderungen

Liquiditätszuführende Faktoren					Liquiditätsabschöpfende Faktoren					Guthaben- der Kredit- institute auf Giro- konten (einschl. Mindest- reserven) 5)	Basisgeld 6)	Ende der Mindest- reserve- Erfüllungs- periode 1)
Nettoaktiva in Gold und Devisen	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems				Einlage- fazilität	Sonstige liquiditäts- zuführende Geschäfte	Sonstige liquiditäts- ab- schöpfende Geschäfte	Bank- noten- umlauf 3)	Einlagen von Zentral- regierungen			
	Haupt- refinan- zierungs- geschäfte	Länger- fristige Refinan- zierungs- geschäfte	Spitzen- refinan- zierungs- fazilität	Sonstige liquiditäts- zuführende Geschäfte								
<b>Eurosystem 2)</b>												
+ 6,2	- 7,4	± 0,0	+ 0,1	-	- 0,1	-	+ 0,4	- 6,0	+ 4,3	+ 0,3	+ 0,7	1999 Okt.
+ 2,1	- 2,5	+ 8,7	+ 0,0	-	- 0,2	-	+ 0,6	+ 6,1	+ 1,4	+ 0,7	+ 0,9	Nov.
- 0,1	+ 9,9	+ 11,3	- 0,0	-	+ 0,6	-	+ 11,2	+ 7,5	+ 0,2	+ 1,4	+ 13,2	Dez.
+ 10,6	- 11,9	+ 10,0	+ 1,6	-	- 0,5	-	+ 8,7	- 18,0	+ 13,7	+ 3,1	+ 11,5	2000 Jan.
+ 5,5	- 7,6	- 4,5	- 1,8	-	- 0,3	-	- 15,4	+ 8,2	+ 3,0	- 0,6	- 16,4	Febr.
+ 1,4	+ 5,2	- 4,3	+ 0,1	-	+ 0,1	-	+ 0,0	+ 2,5	- 0,7	+ 0,5	+ 0,5	März
+ 7,9	+ 0,6	- 5,2	+ 0,0	-	+ 0,6	-	+ 2,1	- 6,1	+ 5,6	+ 1,1	+ 3,9	April
+ 1,7	+ 5,9	- 1,0	+ 0,2	-	+ 1,4	-	+ 4,1	- 3,7	+ 2,7	+ 2,3	+ 7,9	Mai
- 0,7	- 1,7	- 0,1	- 0,1	+ 0,2	- 1,5	-	+ 0,3	- 3,6	+ 0,3	+ 2,2	+ 0,9	Juni
+ 2,7	+ 17,0	- 0,0	+ 0,1	- 0,2	- 0,3	-	+ 2,9	+ 12,1	+ 4,7	- 0,0	+ 2,6	Juli
+ 1,2	+ 5,2	- 4,5	- 0,3	-	- 0,2	-	+ 2,2	- 1,6	+ 3,2	- 1,8	+ 0,2	Aug.
- 0,4	+ 10,0	- 4,3	+ 0,2	-	- 0,1	-	- 4,4	+ 7,8	+ 1,2	+ 0,9	- 3,6	Sept.
+ 14,7	+ 3,4	- 5,4	+ 0,2	-	+ 0,0	-	- 0,3	- 9,2	+ 21,3	+ 1,1	+ 0,8	Okt.
+ 2,3	+ 7,2	- 0,7	- 0,3	-	+ 0,0	-	- 1,8	+ 2,4	+ 6,7	+ 1,3	+ 0,5	Nov.
+ 4,2	+ 26,7	- 0,0	+ 0,2	-	+ 0,0	-	+ 7,7	+ 11,3	+ 1,9	+ 1,7	+ 9,4	Dez.
- 10,7	- 5,1	± 0,0	+ 0,1	-	+ 0,4	-	+ 7,9	- 8,9	- 16,9	+ 1,7	+ 10,0	2001 Jan. 7)
- 5,8	- 16,4	+ 4,8	+ 2,1	-	- 0,2	-	- 13,5	+ 4,8	- 7,9	+ 1,6	- 12,0	Febr.
- 2,3	- 3,7	+ 4,3	- 2,2	-	+ 0,1	-	- 1,8	- 4,0	+ 1,4	+ 0,3	- 1,5	März
+ 6,5	- 12,8	+ 4,3	+ 1,8	-	- 0,0	-	+ 1,6	- 3,5	+ 1,4	+ 0,4	+ 1,9	April
+ 2,3	- 28,4	+ 0,7	- 1,8	+ 17,0	+ 0,1	-	- 1,9	- 10,1	- 1,6	+ 3,4	+ 1,7	Mai
+ 0,6	+ 17,7	± 0,0	- 0,2	- 17,0	- 0,2	-	- 1,6	+ 1,9	± 0,0	+ 0,9	- 0,8	Juni
+ 12,6	+ 0,2	+ 0,8	+ 0,0	-	+ 0,0	-	- 0,3	+ 1,2	+ 11,3	+ 1,4	+ 1,0	Juli
+ 4,5	+ 2,1	+ 0,1	- 0,1	-	- 0,2	-	- 3,2	+ 6,3	+ 3,0	+ 0,7	- 2,7	Aug.
- 0,8	- 16,9	± 0,0	+ 0,4	+ 3,5	+ 0,2	-	- 12,2	- 3,6	+ 3,6	- 1,7	- 13,7	Sept.
- 11,4	- 10,4	+ 0,0	+ 0,6	- 3,5	- 0,3	-	- 10,2	- 1,6	- 11,8	- 1,0	- 11,5	Okt.
- 4,9	- 4,4	- 0,0	- 0,9	-	+ 0,2	-	- 13,9	+ 2,5	- 0,5	+ 1,6	- 12,1	Nov.
- 1,3	- 9,8	± 0,0	+ 0,3	+ 12,4	+ 0,5	-	- 13,3	- 2,6	+ 16,2	+ 0,7	- 12,1	Dez.
+ 1,5	- 4,0	- 0,0	- 0,1	- 8,7	- 0,2	-	+ 46,3	- 5,2	- 55,1	+ 3,0	+ 49,0	2002 Jan.
+ 0,8	+ 8,8	± 0,0	- 0,2	- 3,7	- 0,5	-	- 38,1	+ 11,3	+ 31,0	+ 2,2	- 36,4	Febr.
+ 0,7	- 12,7	± 0,0	+ 0,0	-	+ 0,0	-	- 22,9	+ 4,6	+ 6,6	- 0,5	- 23,2	März
+ 8,7	- 1,9	- 0,0	+ 0,2	-	+ 0,1	-	+ 2,6	+ 1,7	+ 3,5	- 0,9	+ 1,7	April
+ 2,3	- 2,1	- 0,0	- 0,3	-	+ 0,1	-	+ 7,8	- 6,7	- 1,8	+ 0,5	+ 8,3	Mai
<b>Deutsche Bundesbank</b>												
+ 1,7	- 1,8	- 2,7	+ 0,1	-	- 0,1	-	- 0,1	- 0,0	- 2,8	+ 0,2	+ 0,0	1999 Okt.
+ 0,6	+ 2,1	+ 3,0	- 0,1	-	- 0,0	-	+ 0,3	+ 0,0	+ 5,0	+ 0,3	+ 0,5	Nov.
+ 0,2	- 11,2	+ 6,1	+ 0,0	-	+ 0,4	-	+ 3,9	± 0,0	- 9,7	+ 0,5	+ 4,8	Dez.
+ 2,6	- 8,5	- 2,0	+ 1,2	-	- 0,3	+ 0,5	+ 2,2	- 0,0	- 10,1	+ 1,2	+ 3,1	2000 Jan.
+ 0,9	+ 16,4	+ 0,8	- 1,4	-	- 0,1	-	- 4,6	- 0,0	+ 21,5	+ 0,3	- 4,4	Febr.
+ 0,4	- 3,6	+ 0,9	+ 0,1	-	- 0,0	-	- 0,3	+ 0,0	- 1,8	- 0,1	- 0,4	März
+ 1,8	+ 0,3	+ 8,8	+ 0,0	-	+ 0,4	-	+ 0,2	- 0,0	+ 9,9	+ 0,4	+ 1,0	April
- 0,0	- 1,9	- 3,7	+ 0,1	-	+ 1,2	-	+ 0,5	+ 0,0	- 7,8	+ 0,5	+ 2,2	Mai
- 0,4	- 0,5	- 4,1	- 0,0	+ 0,1	- 1,5	-	- 0,3	+ 0,0	- 3,6	+ 0,5	- 1,3	Juni
+ 0,2	+ 8,3	- 2,0	+ 0,0	- 0,1	+ 0,1	-	- 0,1	- 0,0	+ 6,4	- 0,0	- 0,1	Juli
- 0,4	+ 3,7	+ 1,6	- 0,2	-	- 0,3	-	+ 0,1	- 0,0	+ 5,6	- 0,6	- 0,8	Aug.
- 0,5	+ 10,3	- 1,1	+ 0,2	-	- 0,0	-	- 0,5	+ 0,0	+ 9,5	- 0,1	- 0,6	Sept.
+ 4,5	+ 5,3	- 3,1	+ 0,0	-	+ 0,0	-	- 0,3	+ 0,0	+ 6,9	+ 0,1	- 0,2	Okt.
+ 1,2	+ 11,8	- 0,0	- 0,2	-	± 0,0	-	- 1,0	+ 0,0	+ 13,4	+ 0,4	- 0,6	Nov.
- 0,6	+ 4,5	+ 0,5	+ 0,1	-	+ 0,0	-	+ 1,9	+ 0,0	+ 2,1	+ 0,4	+ 2,3	Dez.
- 4,6	- 0,5	- 2,7	+ 0,1	-	+ 0,2	-	- 0,8	- 0,0	- 7,4	+ 0,3	- 0,2	2001 Jan.
- 2,7	- 9,8	- 0,1	+ 1,0	-	- 0,1	-	- 4,6	- 0,0	- 7,7	+ 0,6	- 4,0	Febr.
- 1,2	- 5,6	+ 4,8	- 1,2	-	+ 0,1	-	- 0,5	- 0,0	- 2,4	- 0,4	- 0,7	März
+ 1,0	- 3,1	+ 4,3	+ 1,3	-	- 0,2	-	- 0,0	+ 0,0	+ 3,1	+ 0,5	+ 0,4	April
- 0,1	- 17,2	+ 0,3	- 1,2	+ 7,5	+ 0,3	-	- 1,4	+ 0,0	- 3,1	+ 1,1	- 0,1	Mai
- 0,3	+ 12,5	- 0,3	- 0,1	- 7,5	- 0,2	-	- 1,2	+ 0,0	- 1,9	+ 0,1	- 1,3	Juni
+ 3,2	+ 5,5	- 0,5	+ 0,0	-	+ 0,0	-	- 1,9	- 0,0	+ 9,9	+ 0,2	- 1,7	Juli
+ 1,3	- 8,4	+ 1,2	- 0,1	-	- 0,2	-	- 2,4	- 0,0	- 3,5	+ 0,2	- 2,4	Aug.
- 0,4	- 3,7	+ 0,7	+ 0,1	+ 1,3	- 0,0	-	- 3,9	+ 0,0	+ 2,6	- 0,7	- 4,7	Sept.
- 2,4	- 7,0	+ 1,3	+ 0,4	- 1,3	- 0,0	-	- 4,7	- 0,0	- 4,5	+ 0,2	- 4,5	Okt.
- 1,5	+ 2,0	- 1,7	- 0,3	-	+ 0,2	-	- 6,1	+ 0,0	+ 3,7	+ 0,7	- 5,3	Nov.
- 0,4	- 5,8	+ 1,7	+ 0,0	+ 5,0	+ 0,3	-	- 8,1	+ 0,0	+ 13,3	- 0,1	- 7,9	Dez.
+ 0,4	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,1	- 3,6	- 0,2	-	- 4,8	- 0,0	- 2,2	+ 1,1	- 3,9	2002 Jan.
+ 0,0	+ 0,1	+ 1,3	- 0,2	- 1,4	- 0,3	-	- 13,2	- 0,0	+ 13,6	- 0,4	- 13,8	Febr.
+ 0,1	- 4,9	- 1,7	+ 0,1	-	+ 0,0	-	+ 1,2	- 0,0	- 7,4	- 0,3	+ 0,9	März
+ 2,4	- 0,9	- 0,3	+ 0,1	-	+ 0,1	-	+ 1,0	+ 0,0	+ 0,6	- 0,4	+ 0,7	April
- 0,0	- 4,5	- 0,7	- 0,2	-	+ 0,1	-	+ 3,0	+ 0,0	- 8,7	+ 0,1	+ 3,3	Mai

aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknoten-  
umlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB  
entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugeteilten  
Euro-Banknoten und dem Wert der von dieser NZB in Umlauf gegebenen  
Euro-Banknoten wird ebenfalls unter „Sonstige Faktoren“ ausgewiesen. —  
4 Restliche Positionen des konsolidierten Ausweises des Eurosystems bzw.

des Ausweises der Bundesbank. — 5 Entspricht der Differenz zwischen der  
Summe der liquiditätszuführenden Faktoren und der Summe der liqui-  
ditätsabschöpfenden Faktoren. — 6 Berechnet als Summe der Positionen  
„Einlagefazilität“, „Banknoten-umlauf“ und „Guthaben der Kreditinstitute  
auf Girokonten“. — 7 Beitritt Griechenlands zum Euro-Währungsgebiet  
zum 01.01.2001.

### III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

#### 1. Aktiva \*)

Mrd €

Stand am Ausweisstichtag	Aktiva insgesamt	Gold und Goldforderungen	Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets			
			insgesamt	Forderungen an den IWF	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva		insgesamt	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen und Kredite	Forderungen aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II	
<b>Eurosystem 1) X)</b>										
2000 Dez.	835,1	117,1	258,7	26,7	232,0	15,8	3,7	3,7	—	
2001 Jan.	853,5	118,6	266,5	27,9	238,6	19,6	4,5	4,5	—	
Febr.	871,6	118,6	263,7	27,2	236,5	20,3	5,5	5,5	—	
März	848,0	118,5	271,6	27,5	244,1	20,1	5,4	5,4	—	
April	839,3	118,5	266,5	27,3	239,2	23,1	5,1	5,1	—	
Mai	825,4	118,5	267,7	28,1	239,6	23,0	5,4	5,4	—	
Juni	3) 862,8	3) 128,5	3) 279,0	3) 29,7	3) 249,4	3) 22,5	5,7	5,7	—	
Juli	862,1	128,4	279,8	29,9	249,8	24,0	5,6	5,6	—	
Aug.	833,4	128,3	275,4	29,8	245,6	24,8	5,3	5,3	—	
Sept.	3) 817,4	3) 128,2	3) 262,3	3) 32,4	3) 229,9	3) 22,1	5,2	5,2	—	
Okt.	810,0	128,2	265,0	31,5	233,5	21,5	5,6	5,6	—	
Nov.	810,7	128,2	264,2	31,0	233,2	21,9	6,0	6,0	—	
Dez.	3) 814,7	3) 126,8	3) 264,6	3) 32,0	3) 232,6	3) 25,2	5,7	5,7	—	
2002 Jan.	839,7	126,8	269,5	32,0	237,5	22,2	6,3	6,3	—	
Febr.	777,4	126,8	267,7	32,6	235,2	21,0	5,3	5,3	—	
2002 März 1.	790,2	126,8	266,0	32,6	233,5	22,0	5,4	5,4	—	
8.	786,3	126,8	267,9	32,5	235,4	21,2	5,1	5,1	—	
15.	779,0	126,9	269,6	32,5	237,1	22,2	5,2	5,2	—	
22.	781,8	126,8	269,4	32,5	237,0	22,4	5,1	5,1	—	
29.	3) 814,9	3) 139,8	3) 267,7	3) 32,6	3) 235,1	3) 21,8	5,2	5,2	—	
April 5.	800,1	139,8	269,5	32,6	236,9	20,7	5,3	5,3	—	
12.	782,9	139,8	266,7	32,5	234,2	21,2	5,2	5,2	—	
19.	778,8	139,8	268,0	33,1	234,9	21,5	5,1	5,1	—	
26.	788,8	139,5	264,4	33,0	231,4	23,3	4,9	4,9	—	
Mai 3.	783,8	139,5	260,6	31,1	229,5	24,0	5,2	5,2	—	
10.	791,6	139,5	261,6	30,7	230,9	23,9	5,0	5,0	—	
17.	785,5	139,5	262,2	30,9	231,2	22,9	5,0	5,0	—	
24.	788,8	139,5	261,1	30,9	230,2	23,1	5,0	5,0	—	
31.	793,3	139,4	259,4	30,9	228,5	24,1	5,1	5,1	—	
<b>Deutsche Bundesbank</b>										
2000 Dez.	256,9	32,7	61,1	7,8	53,4	—	0,3	0,3	—	
2001 Jan.	243,5	32,7	59,9	7,9	52,0	—	0,3	0,3	—	
Febr.	255,2	32,7	58,7	7,6	51,1	—	0,3	0,3	—	
März	245,3	32,7	60,5	7,8	52,7	—	0,3	0,3	—	
April	239,1	32,7	59,4	7,7	51,7	—	0,3	0,3	—	
Mai	229,8	32,7	58,8	7,7	51,1	—	0,3	0,3	—	
Juni	3) 247,3	3) 35,5	3) 60,3	3) 8,2	3) 52,2	—	0,3	0,3	—	
Juli	241,0	35,4	60,4	8,2	52,3	—	0,3	0,3	—	
Aug.	238,4	35,4	60,0	8,1	51,9	—	0,3	0,3	—	
Sept.	3) 233,4	3) 35,4	3) 59,1	3) 9,0	3) 50,2	—	0,3	0,3	—	
Okt.	226,6	35,4	59,5	8,8	50,7	—	0,3	0,3	—	
Nov.	225,6	35,4	59,9	8,7	51,3	—	0,3	0,3	—	
Dez.	3) 239,9	3) 35,0	3) 58,2	3) 8,7	3) 49,5	—	0,3	0,3	—	
2002 Jan.	242,0	35,0	60,2	8,6	51,6	—	0,3	0,3	—	
Febr.	218,5	35,0	59,9	8,8	51,1	—	0,3	0,3	—	
2002 März 1.	219,8	35,0	59,7	8,8	50,9	—	0,3	0,3	—	
8.	216,8	35,0	60,4	8,8	51,6	—	0,3	0,3	—	
15.	214,0	35,0	59,9	8,8	51,1	—	0,3	0,3	—	
22.	215,7	34,9	59,6	8,8	50,8	—	0,3	0,3	—	
29.	3) 227,4	3) 38,5	3) 59,6	3) 8,8	3) 50,8	—	0,3	0,3	—	
April 5.	218,3	38,5	59,0	8,8	50,2	—	0,3	0,3	—	
12.	214,8	38,5	58,4	8,8	49,6	—	0,3	0,3	—	
19.	210,7	38,5	59,0	9,1	50,0	—	0,3	0,3	—	
26.	207,9	38,5	59,1	9,0	50,1	—	0,3	0,3	—	
Mai 3.	204,6	38,5	57,6	8,3	49,3	—	0,3	0,3	—	
10.	214,9	38,5	57,5	8,3	49,1	—	0,3	0,3	—	
17.	217,0	38,5	57,9	8,4	49,6	—	0,3	0,3	—	
24.	217,5	38,5	57,3	8,4	48,9	—	0,3	0,3	—	
31.	218,3	38,5	56,6	8,4	48,2	—	0,3	0,3	—	

\* Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitgliedstaaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. — Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden

am Quartalsende zu Marktkursen und -preisen bewertet. — 1 Quelle: EZB. — 2 Zugang durch Kredite an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet auf Grund noch nicht belasteter vorzeitig abgegebener Euro-Banknoten. — 3 Veränderung überwiegend auf Grund der Neubewertung zum

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Forderungen aus geldpolitischen Operationen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet							Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets 4)	Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	Forderungen an öffentliche Haushalte/Bund	Sonstige Aktiva	Stand am Ausweisstichtag
insgesamt 4)	Hauptfinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Feinsteuerope-rationen	Struktu-relle Ope-rationen	Spitzenre-finanzie-rungs-fazilität	Forderungen aus dem Margen-ausgleich					
Eurosystem 1) X)											
268,6	223,0	45,0	-	-	0,6	0,1	0,6	26,0	57,7	87,0	2000 Dez.
255,2	205,0	50,0	-	-	0,2	0,0	1,0	28,2	70,3	89,6	2001 Jan.
274,0	220,3	50,0	-	-	3,6	0,0	0,9	27,5	70,2	90,9	Febr.
244,3	185,0	59,1	-	-	0,1	0,1	0,6	27,9	70,2	89,5	März
236,2	177,0	59,1	-	-	0,1	0,1	0,5	27,8	70,2	91,5	April
221,2	162,0	59,1	-	-	0,1	0,0	0,4	27,8	70,2	91,3	Mai
236,2	176,0	60,0	-	-	0,2	0,0	0,5	27,7	70,2	92,5	Juni
233,0	173,0	60,0	-	-	0,0	0,0	0,3	28,1	70,2	92,7	Juli
213,5	153,0	60,0	-	-	0,4	0,0	0,3	28,4	70,2	87,3	Aug.
213,4	152,0	60,0	-	-	1,4	0,0	0,4	28,7	70,2	86,8	Sept.
203,1	143,0	60,0	-	-	0,1	0,0	0,4	28,4	70,2	87,7	Okt.
201,3	88,0	60,0	-	53,0	0,3	0,0	0,5	28,3	70,1	90,2	Nov.
203,6	142,0	60,0	-	-	1,6	0,0	0,5	28,0	68,7	91,5	Dez.
185,1	125,0	60,0	-	-	0,0	0,0	2)	44,4	27,9	68,6	2002 Jan.
169,7	107,0	60,0	-	-	2,7	0,0	0,2	29,0	68,6	88,9	Febr.
183,0	123,0	60,0	-	-	0,0	0,0	0,4	29,2	68,6	88,7	2002 März 1.
178,0	118,0	60,0	-	-	0,0	0,0	0,4	29,5	68,6	88,8	8.
168,1	108,1	60,0	-	-	0,0	0,0	0,4	29,4	68,6	88,7	15.
170,6	110,1	60,0	-	-	0,5	0,0	0,3	29,3	68,6	89,3	22.
192,7	132,0	60,0	-	-	0,7	0,0	0,3	29,2	68,6	89,6	29.
178,0	118,0	60,0	-	-	0,0	0,0	0,3	29,1	68,6	88,9	April 5.
163,1	103,0	60,0	-	-	0,1	0,0	0,2	30,1	67,7	88,9	12.
157,0	97,0	60,0	-	-	0,0	0,0	0,2	30,3	67,7	89,2	19.
169,0	109,0	60,0	-	-	0,0	0,0	0,2	30,5	67,7	89,3	26.
169,0	109,0	60,0	-	-	0,0	0,0	0,3	30,1	67,7	87,4	Mai 3.
174,9	114,9	60,0	-	-	0,0	0,0	0,3	30,3	67,7	88,4	10.
169,0	109,0	60,0	-	-	0,0	0,0	0,3	29,9	67,7	88,9	17.
173,0	113,0	60,0	-	-	0,0	0,0	0,2	30,2	67,7	89,0	24.
178,4	118,0	60,0	-	-	0,4	0,0	0,2	29,9	67,7	89,1	31.
Deutsche Bundesbank											
139,2	110,7	27,9	-	-	0,6	-	0,0	-	4,4	19,1	2000 Dez.
126,8	98,3	28,3	-	-	0,2	-	0,0	-	4,4	19,4	2001 Jan.
140,0	109,9	28,3	-	-	1,8	-	0,0	-	4,4	19,1	Febr.
119,3	81,2	38,0	-	-	0,1	-	0,0	-	4,4	28,0	März
124,0	86,3	37,7	-	-	0,0	-	0,0	-	4,4	18,2	April
115,1	77,3	37,7	-	-	0,1	-	0,0	-	4,4	18,4	Mai
128,2	91,2	36,9	-	-	0,1	-	0,0	-	4,4	18,6	Juni
121,8	83,5	38,3	-	-	0,0	-	0,0	-	4,4	18,7	Juli
114,0	74,5	39,1	-	-	0,4	-	0,0	-	4,4	24,2	Aug.
111,7	70,2	40,3	-	-	1,2	-	0,0	-	4,4	22,4	Sept.
108,2	69,8	38,4	-	-	0,1	-	0,0	-	4,4	18,7	Okt.
106,8	45,0	40,4	-	21,3	0,2	-	0,0	-	4,4	18,7	Nov.
123,0	80,5	41,1	-	-	1,4	-	0,0	-	4,4	18,9	Dez.
103,0	61,8	41,1	-	-	0,0	-	2)	20,4	4,4	18,6	2002 Jan.
100,7	56,9	42,8	-	-	1,0	-	0,0	-	4,4	18,2	Febr.
102,1	61,7	40,4	-	-	0,0	-	0,0	-	4,4	18,2	2002 März 1.
98,6	58,2	40,4	-	-	0,0	-	0,0	-	4,4	18,1	8.
96,5	56,1	40,4	-	-	0,0	-	0,0	-	4,4	18,0	15.
98,4	57,8	40,4	-	-	0,3	-	0,0	-	4,4	18,0	22.
106,8	65,7	40,4	-	-	0,7	-	0,0	-	4,4	17,7	29.
98,4	58,0	40,4	-	-	0,0	-	0,0	-	4,4	17,6	April 5.
95,6	55,0	40,4	-	-	0,1	-	0,0	-	4,4	17,5	12.
90,9	50,5	40,4	-	-	0,0	-	0,0	-	4,4	17,5	19.
88,1	48,4	39,6	-	-	0,0	-	0,0	-	4,4	17,5	26.
86,4	46,7	39,6	-	-	0,0	-	0,0	-	4,4	17,5	Mai 3.
96,7	57,1	39,6	-	-	0,0	-	0,0	-	4,4	17,5	10.
98,4	58,7	39,6	-	-	0,0	-	0,0	-	4,4	17,5	17.
99,5	59,8	39,6	-	-	0,0	-	0,0	-	4,4	17,4	24.
101,0	62,3	38,6	-	-	0,1	-	0,0	-	4,4	17,4	31.

Quartalsende. — 4 Bis 22. Dezember 2000 waren „Sonstige Forderungen“ in den „Forderungen aus geldpolitischen Operationen in Euro an Geschäftspartnern im Euro-Währungsgebiet“ enthalten. Ab 29. Dezember 2000 werden

„Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets“ als eigene Position gezeigt. — X Erweiterung des Euro-Währungsgebiets zum 1. Januar 2001 durch Beitritt Griechenlands.

### III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

#### 2. Passiva \*)

Mrd €

Stand am Ausweisstichtag	Passiva insgesamt	Banknoten- umlauf 2) 4)	Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet					Sonstige Verbind- lichkeiten in Euro gegenüber Kreditin- stituten des Euro- Währungs- gebiets	Verbind- lichkeiten aus der Bege- bung von Schuld- verschrei- bungen	Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet			
			insgesamt	Einlagen auf Giro- konten (einschl. Mindest- reserve- gut- haben)	Einlage- fazilität	Termin- einlagen	Verbind- lichkeiten aus Ge- schäften mit Rück- nahme- verein- barung			Einlagen aus dem Margen- ausgleich	insgesamt	Einlagen von öffent- lichen Haus- halten	Sonstige Verbind- lichkeiten
<b>Eurosystem 1) X)</b>													
2000 Dez.	835,1	371,4	124,6	124,4	0,2	-	-	-	0,3	3,8	57,0	53,4	3,7
2001 Jan.	853,5	355,6	123,5	123,4	0,0	-	-	0,0	8,0	3,8	73,8	68,0	5,7
Febr.	871,6	352,0	144,5	143,7	0,8	-	-	-	7,5	3,8	74,0	68,0	6,0
März	848,0	351,7	126,9	126,7	0,1	-	-	-	6,1	3,8	60,5	54,6	5,9
April	839,3	352,7	133,2	133,1	0,0	-	-	0,0	6,1	3,8	53,9	48,1	5,8
Mai	825,4	350,2	121,1	121,0	0,1	-	-	0,0	6,2	3,8	52,9	47,2	5,7
Juni	3) 862,8	350,2	117,8	117,6	0,3	-	-	-	6,1	3,8	69,7	63,9	5,8
Juli	862,1	348,3	128,5	128,5	0,0	-	-	0,0	4,1	3,8	62,8	57,3	5,5
Aug.	833,4	337,7	118,8	118,7	0,1	-	-	0,0	4,2	3,8	62,8	57,3	5,5
Sept.	3) 817,4	327,9	131,7	131,7	0,0	-	-	0,0	4,8	3,8	55,9	50,5	5,4
Okt.	810,0	315,2	129,6	129,6	0,0	-	-	0,0	5,7	3,8	58,8	53,3	5,5
Nov.	810,7	300,1	131,7	131,6	0,2	-	-	0,0	21,1	2,9	54,4	48,1	6,4
Dez.	3) 814,7	278,1	142,6	142,1	0,5	-	-	0,0	34,8	2,9	50,9	44,9	6,0
2002 Jan.	839,7	325,8	130,8	130,8	0,0	-	-	0,0	12,4	2,9	61,3	55,6	5,8
Febr.	777,4	287,7	132,3	131,8	0,5	-	-	-	2,1	2,9	49,7	43,9	5,7
2002 März	1. 790,2	285,8	134,9	134,9	0,1	-	-	0,0	2,6	2,9	62,7	57,2	5,5
8.	786,3	284,6	132,9	132,8	0,0	-	-	0,0	2,6	2,9	61,8	56,3	5,5
15.	779,0	281,7	134,3	134,2	0,1	-	-	0,0	2,4	2,9	52,8	47,1	5,7
22.	781,8	280,2	133,9	133,1	0,8	-	-	0,0	2,2	2,9	57,1	51,4	5,7
29.	3) 814,9	287,5	131,4	131,3	0,1	-	-	0,0	2,2	2,9	74,6	68,5	6,1
April	5. 800,1	287,7	132,4	132,4	0,0	-	-	0,0	2,3	2,9	59,3	53,3	6,0
12.	782,9	285,8	134,0	133,0	1,0	-	-	0,0	2,3	2,9	56,0	50,2	5,8
19.	778,8	284,9	134,3	134,3	0,0	-	-	0,0	2,2	2,9	51,0	45,1	5,9
26.	788,8	286,5	132,2	132,1	0,1	-	-	-	2,3	2,9	63,6	57,7	5,9
Mai	3. 783,8	294,5	129,9	128,8	1,1	-	-	0,0	2,2	2,9	53,3	47,3	5,9
10.	791,6	297,3	134,3	134,1	0,2	-	-	0,0	2,3	2,9	53,6	47,8	5,8
17.	785,5	297,2	133,3	133,2	0,0	-	-	0,0	2,2	2,9	47,3	41,2	6,0
24.	788,8	295,2	128,6	128,5	0,0	-	-	-	2,2	2,9	60,7	54,8	5,9
31.	793,3	299,0	130,2	130,1	0,1	-	-	0,0	2,4	2,9	59,9	54,0	5,9
<b>Deutsche Bundesbank</b>													
2000 Dez.	256,9	133,9	47,0	46,9	0,1	-	-	-	-	-	0,5	0,1	0,4
2001 Jan.	243,5	126,8	33,1	33,1	0,0	-	-	-	-	-	0,5	0,1	0,4
Febr.	255,2	126,2	46,1	45,8	0,3	-	-	-	-	-	0,5	0,1	0,4
März	245,3	125,3	45,1	45,0	0,1	-	-	-	-	-	0,6	0,1	0,5
April	239,1	125,0	40,8	40,8	0,0	-	-	-	-	-	0,5	0,1	0,4
Mai	229,8	124,1	32,6	32,5	0,1	-	-	-	-	-	0,5	0,1	0,4
Juni	3) 247,3	121,9	42,7	42,5	0,2	-	-	-	-	-	0,6	0,1	0,5
Juli	241,0	119,9	33,6	33,6	0,0	-	-	-	-	-	0,6	0,1	0,5
Aug.	238,4	116,5	48,0	48,0	0,0	-	-	-	-	-	0,5	0,1	0,4
Sept.	3) 233,4	112,0	48,3	48,2	0,0	-	-	-	-	-	0,6	0,1	0,5
Okt.	226,6	106,7	34,0	34,0	0,0	-	-	-	-	-	0,5	0,1	0,4
Nov.	225,6	99,0	49,9	49,8	0,1	-	-	-	-	-	0,6	0,1	0,5
Dez.	3) 239,9	76,5	57,5	57,4	0,1	-	-	-	-	-	1,0	0,1	1,0
2002 Jan.	242,0	75,3	34,4	34,4	0,0	-	-	-	-	-	0,7	0,0	0,6
Febr.	218,5	77,0	35,8	35,7	0,1	-	-	-	-	-	0,6	0,0	0,5
2002 März	1. 219,8	80,1	38,5	38,4	0,0	-	-	-	-	-	0,6	0,1	0,5
8.	216,8	80,7	36,2	36,1	0,0	-	-	-	-	-	0,6	0,0	0,5
15.	214,0	80,3	43,1	43,1	0,0	-	-	-	-	-	0,6	0,0	0,6
22.	215,7	80,6	35,2	35,0	0,2	-	-	-	-	-	0,6	0,1	0,5
29.	3) 227,4	80,5	42,0	42,0	0,1	-	-	-	-	-	0,6	0,1	0,5
April	5. 218,3	80,9	34,9	34,9	0,0	-	-	-	-	-	0,6	0,0	0,5
12.	214,8	80,8	40,0	39,0	1,0	-	-	-	-	-	0,5	0,1	0,5
19.	210,7	81,1	40,7	40,7	0,0	-	-	-	-	-	0,5	0,1	0,4
26.	207,9	81,5	35,8	35,7	0,1	-	-	-	-	-	0,5	0,1	0,5
Mai	3. 204,6	83,1	33,5	32,4	1,1	-	-	-	-	-	0,5	0,0	0,5
10.	214,9	85,1	42,6	42,4	0,2	-	-	-	-	-	0,5	0,1	0,5
17.	217,0	85,8	40,7	40,7	0,0	-	-	-	-	-	0,6	0,1	0,5
24.	217,5	85,3	30,9	30,9	0,0	-	-	-	-	-	0,5	0,1	0,5
31.	218,3	84,1	44,9	44,9	0,0	-	-	-	-	-	0,6	0,0	0,6

\* Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitgliedstaaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. — Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden am Quartalsende zu Marktkursen und -preisen bewertet. — 1 Quelle: EZB. — 2 Ab 2002 Euro-Banknoten sowie noch im Umlauf befindliche, von

den nationalen Zentralbanken des Eurosystems ausgegebene Banknoten. — 3 Veränderungen überwiegend auf Grund der Neubewertung zum Quartalsende. — 4 Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8 % des Gesamtwerts des Euro-Banknotenumlaufs zugeteilt. Der Gegenposten dieser Berichtigung

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Ausgleichsposten für zugeteilte Sonderziehungsrechte	Sonstige Passiva	Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten 4)	Neubewertungskonten	Grundkapital und Rücklage	Stand am Ausweisstichtag		
		insgesamt	Einlagen, Guthaben und andere Verbindlichkeiten	Verbindlichkeiten aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II								
<b>Eurosystem 1) X)</b>												
10,8	0,8	12,4	12,4	—	6,7	73,5	.	117,7	56,1	2000 Dez.		
11,1	5,1	13,0	13,0	—	7,2	78,9	.	119,3	54,4	2001 Jan.		
10,2	5,0	14,5	14,5	—	7,2	78,4	.	119,3	55,4	Febr.		
8,5	3,8	13,0	13,0	—	7,0	82,5	.	126,3	58,0	März		
8,4	3,8	12,4	12,4	—	7,0	72,6	.	126,3	59,2	April		
8,9	3,8	13,6	13,6	—	7,0	71,8	.	126,3	59,9	Mai		
10,2	3,9	3)	3)	—	7,2	3)	75,0	3)	141,3	60,5	Juni	
8,6	4,0	18,6	18,6	—	7,2	74,4	.	141,3	60,5	Juli		
8,5	4,0	15,6	15,6	—	7,2	69,1	.	141,3	60,5	Aug.		
8,5	2,5	3)	3)	—	6,9	3)	73,6	3)	125,0	60,5	Sept.	
8,6	2,5	19,6	19,6	—	6,9	73,8	.	125,0	60,5	Okt.		
8,6	2,5	21,2	21,2	—	6,9	75,8	.	125,0	60,5	Nov.		
9,4	2,5	20,5	20,5	—	7,0	3)	78,1	.	125,3	3)	62,6	Dez.
8,5	2,6	23,4	23,4	—	7,0	76,5	—	125,3	63,1	2002 Jan.		
8,6	2,6	19,0	19,0	—	7,0	77,0	—	125,3	63,1	Febr.		
8,4	2,8	17,9	17,9	—	7,0	76,6	—	125,3	63,1	2002 März		
8,3	2,6	19,6	19,6	—	7,0	75,6	—	125,3	63,1	1.		
8,7	2,7	22,4	22,4	—	7,0	75,6	—	125,3	63,1	8.		
8,5	2,6	22,9	22,9	—	7,0	75,9	—	125,3	63,3	15.		
8,7	1,8	22,1	22,1	—	7,0	3)	76,5	3)	136,9	63,4	22.	
8,5	1,5	22,2	22,2	—	7,0	75,8	—	136,9	63,7	29.		
8,5	1,5	20,0	20,0	—	7,0	64,2	—	136,9	63,7	April		
8,3	1,4	21,0	21,0	—	7,0	65,2	—	136,9	63,7	5.		
8,4	1,4	19,1	19,1	—	7,0	64,8	—	136,9	63,7	12.		
9,6	1,4	17,8	17,8	—	7,0	64,6	—	136,9	63,8	19.		
8,5	1,4	18,9	18,9	—	7,0	64,6	—	136,9	63,8	26.		
8,6	1,5	19,4	19,4	—	7,0	65,4	—	136,9	63,8	Mai		
8,4	1,4	18,8	18,8	—	7,0	62,6	—	136,9	64,1	3.		
8,5	1,4	18,2	18,2	—	7,0	62,9	—	136,9	64,1	10.		
<b>Deutsche Bundesbank</b>												
6,6	0,0	0,0	0,0	—	1,7	22,9	.	39,2	5,1	2000 Dez.		
6,7	0,0	0,0	0,0	—	1,7	30,4	.	39,2	5,1	2001 Jan.		
6,9	0,0	0,0	0,0	—	1,7	29,5	.	39,2	5,1	Febr.		
6,7	0,0	0,0	0,0	—	1,7	19,2	.	41,4	5,1	März		
6,8	0,0	—	—	—	1,7	17,8	.	41,4	5,1	April		
7,2	0,0	—	—	—	1,7	17,1	.	41,4	5,1	Mai		
6,8	0,0	—	—	—	1,8	23,2	.	3)	45,2	5,1	Juni	
6,8	0,0	—	—	—	1,8	28,0	.	45,2	5,1	Juli		
6,8	0,0	—	—	—	1,8	14,4	.	45,2	5,1	Aug.		
6,8	0,0	1,8	1,8	—	1,7	15,3	.	3)	41,8	5,1	Sept.	
6,9	0,0	3,0	3,0	—	1,7	26,8	.	41,8	5,1	Okt.		
6,9	0,0	4,1	4,1	—	1,7	16,4	.	41,8	5,1	Nov.		
7,3	0,0	1,4	1,4	—	1,7	47,8	.	3)	41,6	5,1	Dez.	
7,1	0,0	3,5	3,5	—	1,7	49,5	23,2	41,6	5,1	2002 Jan.		
7,2	0,0	3,1	3,1	—	1,7	34,8	11,6	41,6	5,1	Febr.		
7,0	0,0	3,0	3,0	—	1,7	33,9	8,2	41,6	5,1	2002 März		
7,0	0,0	3,7	3,7	—	1,7	32,1	8,2	41,6	5,1	1.		
7,0	0,0	3,1	3,1	—	1,7	23,3	8,2	41,6	5,1	8.		
7,0	0,0	2,8	2,8	—	1,7	32,9	8,2	41,6	5,1	15.		
7,0	0,0	3)	3)	—	1,7	30,9	11,6	3)	44,8	5,1	22.	
7,1	0,0	2,6	2,6	—	1,7	29,1	11,6	44,8	5,1	29.		
7,0	0,0	2,1	2,1	—	1,7	21,1	11,6	44,8	5,1	April		
6,9	0,0	2,6	2,6	—	1,7	15,7	11,6	44,8	5,1	5.		
7,0	0,0	2,7	2,7	—	1,7	17,0	11,6	44,8	5,1	12.		
7,0	0,0	2,1	2,1	—	1,7	13,9	12,9	44,8	5,1	19.		
6,9	0,0	2,2	2,2	—	1,7	13,0	12,9	44,8	5,1	26.		
6,9	0,0	2,5	2,5	—	1,7	15,8	12,9	44,8	5,1	Mai		
6,9	0,0	2,0	2,0	—	1,7	27,2	12,9	44,8	5,1	3.		
7,0	0,0	1,6	1,6	—	1,7	12,7	15,7	44,8	5,1	10.		
										17.		
										24.		
										31.		

wird als „Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Banknoten“ ausgewiesen. Die verbleibenden 92% des Werts an in Umlauf befindlichen Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknotenumlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB

zugeteilten Euro-Banknoten gemäß dem oben erwähnten Rechnungslegungsverfahren und dem Wert der von dieser NZB in Umlauf gegebenen Euro-Banknoten wird ebenfalls als „Intra-Eurosystem-Forderung/Verbindlichkeit aus der Begebung von Banknoten“ ausgewiesen. — X Erweiterung des Euro-Währungsgebiets zum 1. Januar 2001 durch Beitritt Griechenlands.

IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland \*)  
Aktiva

Bis Ende 1998 Mrd DM, ab 1999 Mrd €

Zeit	Bilanz- summe 2)	Kassen- bestand	Kredite an Banken (MFIs) im Euro-Währungsgebiet 3)						Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im				
			insgesamt	an Banken im Inland			an Banken in anderen Mitgliedsländern			insgesamt	an Nichtbanken im Inland		
				zu- sammen	Buch- kredite 3)	Wert- papiere von Banken	zu- sammen	Buch- kredite 3)	Wert- papiere von Banken		zu- sammen	Unternehmen und personen	zu- sammen
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende</b>													
1993	6 799,5	27,8	1 940,4	1 757,5	1 212,6	544,9	182,9	151,9	31,0	4 085,0	4 005,8	3 156,8	2 980,3
1994	7 205,7	26,2	2 030,1	1 854,1	1 285,1	569,1	175,9	145,0	30,9	4 411,4	4 333,2	3 391,3	3 143,2
1995	7 778,7	27,3	2 210,2	2 019,0	1 399,8	619,3	191,2	158,0	33,2	4 723,3	4 635,0	3 548,8	3 298,7
1996	8 540,5	30,3	2 523,0	2 301,1	1 585,7	715,4	221,9	181,2	40,7	5 084,7	4 981,9	3 812,8	3 543,0
1997	9 368,2	30,7	2 836,0	2 580,7	1 758,6	822,1	255,3	208,8	46,5	5 408,8	5 269,5	4 041,3	3 740,8
1998	10 355,5	29,9	3 267,4	2 939,4	1 977,4	962,0	328,1	264,9	63,1	5 833,9	5 615,9	4 361,0	3 966,5
1999	5 678,5	17,2	1 836,9	1 635,0	1 081,4	553,6	201,9	161,8	40,1	3 127,4	2 958,6	2 326,4	2 093,4
2000	6 083,9	16,1	1 977,4	1 724,2	1 108,9	615,3	253,2	184,5	68,6	3 249,9	3 062,6	2 445,7	2 186,6
2001	6 303,1	14,6	2 069,7	1 775,5	1 140,6	634,9	294,2	219,8	74,4	3 317,1	3 084,9	2 497,1	2 235,7
2000 Juli	5 861,8	13,4	1 876,6	1 656,9	1 047,5	609,4	219,6	168,1	51,5	3 199,7	3 019,0	2 392,2	2 142,6
Aug.	5 917,1	13,5	1 900,5	1 667,9	1 055,9	612,0	232,7	178,8	53,9	3 206,9	3 024,2	2 401,9	2 151,7
Sept.	5 945,4	13,6	1 903,9	1 658,9	1 044,9	614,0	244,9	189,2	55,8	3 214,2	3 029,3	2 421,7	2 169,2
Okt.	6 019,6	14,0	1 927,4	1 684,1	1 068,1	616,0	243,3	185,6	57,7	3 228,2	3 040,6	2 425,9	2 173,9
Nov.	6 076,1	13,4	1 961,1	1 714,5	1 100,0	614,5	246,5	185,3	61,3	3 242,7	3 055,6	2 436,8	2 181,2
Dez.	6 083,9	16,1	1 977,4	1 724,2	1 108,9	615,3	253,2	184,5	68,6	3 249,9	3 062,6	2 445,7	2 186,6
2001 Jan.	6 064,0	13,4	1 952,1	1 695,0	1 069,7	625,3	257,1	186,6	70,5	3 265,9	3 058,4	2 452,1	2 187,6
Febr.	6 141,3	13,6	1 985,8	1 728,3	1 097,6	630,8	257,4	187,1	70,3	3 281,4	3 072,2	2 468,1	2 198,0
März	6 259,3	13,1	2 037,0	1 749,6	1 112,2	638,4	287,4	215,0	72,3	3 309,4	3 095,3	2 487,6	2 204,2
April	6 283,6	13,7	2 036,3	1 750,8	1 101,7	649,1	285,5	211,3	74,2	3 311,9	3 092,6	2 492,9	2 202,3
Mai	6 312,3	13,9	2 038,9	1 756,7	1 106,2	650,5	282,2	206,5	75,7	3 323,1	3 095,6	2 497,6	2 210,5
Juni	6 283,8	13,8	2 050,4	1 753,5	1 112,4	641,1	296,9	221,0	75,9	3 295,9	3 070,6	2 473,6	2 212,8
Juli	6 225,8	13,8	2 036,5	1 748,3	1 100,6	647,7	288,2	213,2	75,0	3 298,4	3 073,9	2 466,3	2 206,8
Aug.	6 236,5	13,5	2 037,6	1 751,9	1 113,0	638,9	285,7	210,6	75,1	3 289,2	3 061,6	2 464,3	2 207,2
Sept.	6 295,9	13,7	2 070,9	1 778,2	1 142,2	635,9	292,7	216,8	75,9	3 283,9	3 056,0	2 471,5	2 218,7
Okt.	6 300,0	14,2	2 064,4	1 769,4	1 130,7	638,7	295,0	218,2	76,8	3 284,0	3 058,5	2 474,7	2 219,6
Nov.	6 320,2	13,7	2 082,6	1 779,3	1 144,1	635,3	303,2	227,1	76,1	3 299,4	3 073,7	2 479,4	2 226,6
Dez.	6 303,1	14,6	2 069,7	1 775,5	1 140,6	634,9	294,2	219,8	74,4	3 317,1	3 084,9	2 497,1	2 235,7
2002 Jan.	6 255,1	27,7	2 019,8	1 728,4	1 094,0	634,4	291,4	216,2	75,2	3 310,8	3 075,1	2 487,1	2 225,5
Febr.	6 230,4	19,5	2 004,6	1 725,2	1 084,2	641,0	279,4	202,9	76,5	3 311,9	3 074,7	2 485,5	2 227,3
März	6 269,8	16,9	2 033,3	1 744,1	1 096,1	647,9	289,3	213,2	76,1	3 310,6	3 065,5	2 478,9	2 230,3
April	6 267,7	14,9	2 034,3	1 738,1	1 085,8	652,2	296,3	220,2	76,1	3 317,5	3 071,2	2 484,0	2 231,6
<b>Veränderungen 1)</b>													
1994	406,2	- 1,6	89,7	96,6	72,4	24,2	- 6,9	- 6,9	- 0,1	326,5	327,4	257,5	185,9
1995	587,7	1,1	184,6	169,3	114,7	54,6	15,2	13,0	2,3	322,1	312,1	201,2	188,1
1996	761,8	3,0	312,8	282,1	186,0	96,1	30,7	23,2	7,5	361,5	346,9	264,0	244,3
1997	825,6	0,5	313,1	279,6	172,9	106,7	33,5	27,6	5,9	324,0	287,5	228,4	197,6
1998	1 001,0	- 0,8	422,2	355,7	215,1	140,6	66,4	56,2	10,2	440,4	363,3	337,5	245,2
1999	452,6	1,8	179,8	140,1	81,4	58,6	39,8	26,3	13,5	206,6	158,1	156,8	126,4
2000	401,5	- 1,2	143,0	91,7	28,1	63,6	51,4	22,8	28,6	123,2	105,4	116,8	89,5
2001	244,9	- 1,4	91,0	50,7	30,3	20,5	40,3	34,5	5,8	55,1	23,9	50,4	48,1
2000 Aug.	49,1	0,1	23,8	10,9	8,3	2,6	12,9	10,7	2,2	8,7	7,5	8,4	7,8
Sept.	25,2	0,1	3,2	- 9,0	- 11,0	2,0	12,2	10,4	1,8	6,3	4,4	19,1	16,8
Okt.	62,5	0,3	23,5	25,1	23,2	- 1,9	- 1,6	- 3,6	1,9	11,8	9,9	2,8	3,3
Nov.	66,6	- 0,5	33,8	30,5	31,9	- 1,4	3,3	- 0,4	3,7	15,5	15,2	11,1	7,5
Dez.	30,4	2,7	16,9	10,0	8,9	1,1	6,9	- 0,7	7,7	12,1	10,5	12,3	8,7
2001 Jan.	- 18,1	- 2,6	- 25,9	- 29,1	- 39,2	10,1	3,1	1,3	- 1,8	2,2	- 3,6	6,7	1,2
Febr.	77,0	0,1	33,8	33,5	27,9	5,6	0,3	0,4	- 0,1	15,6	13,9	16,1	10,5
März	105,7	- 0,5	51,3	21,3	13,6	7,7	30,0	28,0	2,0	26,0	21,8	18,2	4,9
April	24,1	0,6	- 2,0	- 0,1	- 10,9	10,7	- 1,9	- 3,7	1,8	2,7	- 2,5	5,5	- 1,7
Mai	12,3	0,1	2,4	5,9	4,6	1,3	- 3,5	- 4,8	1,3	7,5	0,6	2,3	5,9
Juni	- 26,6	- 0,1	11,6	- 3,2	6,2	- 9,4	14,8	14,5	0,3	- 26,5	- 24,4	- 23,6	2,7
Juli	- 47,6	- 0,0	- 13,8	- 5,2	- 11,8	6,7	- 8,7	- 7,8	- 0,8	4,5	4,5	- 6,1	- 4,8
Aug.	25,5	- 0,3	1,3	3,6	12,4	- 8,8	- 2,3	- 2,6	0,2	- 5,2	- 8,9	- 0,5	1,9
Sept.	56,7	0,3	33,2	26,3	29,2	- 3,0	6,9	6,2	0,8	- 6,2	- 6,5	6,4	10,6
Okt.	1,6	0,4	- 6,6	- 8,9	- 11,7	2,8	2,3	1,4	0,9	- 0,2	2,3	3,0	0,8
Nov.	51,1	- 0,5	18,2	10,0	13,4	- 3,3	8,2	8,9	- 0,7	15,7	14,4	3,7	6,0
Dez.	- 16,8	1,0	- 12,3	- 3,4	- 3,5	0,1	- 8,9	- 7,3	- 1,7	18,9	12,4	18,7	10,1
2002 Jan.	- 51,6	13,0	- 49,6	- 46,7	- 46,6	- 0,1	- 2,9	- 3,7	0,8	- 7,3	- 10,4	- 10,7	- 11,0
Febr.	- 23,2	- 8,2	- 15,1	- 3,1	- 9,8	6,7	- 12,0	- 13,3	1,2	1,8	0,1	- 1,0	2,0
März	42,2	- 2,5	28,9	19,0	11,9	7,1	9,9	10,3	- 0,4	- 1,0	- 8,9	- 6,5	3,0
April	7,7	- 2,0	- 1,0	- 8,0	- 10,3	2,3	7,1	7,0	0,1	10,5	8,7	8,1	2,3

\* Diese Übersicht dient als Ergänzung zu den Bankstatistischen Gesamtrechnungen im Abschnitt II; es ist vorgesehen, den Angaben für Deutschland die Zahlen für die MFIs im Euro-Währungsgebiet gegenüberzustellen. Ab-

weichend von den anderen Tabellen im Abschnitt IV sind hier neben den Meldedaten der Banken (einschl. Bausparkassen) auch Angaben der Geldmarktfonds enthalten. — 1 Statistische Brüche sind in den Ver-

IV. Banken

Euro-Währungsgebiet 3)										Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			Zeit
an Nichtbanken in anderen Mitgliedsländern										insgesamt	darunter Buchkredite 3)	Sonstige Aktivpositionen	
Privat-		öffentliche Haushalte		zusammen	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		Wertpapiere				
Wertpapiere	zusammen	Buchkredite 3)	Wertpapiere 4)		zusammen	darunter Buchkredite 3)	zusammen	Buchkredite 3)					
176,5	849,0	599,6	249,4	79,1	44,5	44,5	34,6	8,4	26,3	565,2	504,8	181,1	1993
248,1	941,9	650,1	291,8	78,2	39,6	39,6	38,6	8,3	30,3	548,8	479,6	189,2	1994
250,0	1 086,3	792,2	294,1	88,2	39,4	39,2	48,8	11,3	37,6	608,5	526,0	209,4	1995
269,7	1 169,1	857,8	311,4	102,8	36,8	36,8	66,0	17,2	48,8	678,1	575,3	224,4	1996
300,6	1 228,2	911,0	317,2	139,2	41,9	41,2	97,3	23,4	73,9	839,6	710,2	253,1	1997
394,5	1 254,9	939,1	315,8	218,0	62,5	56,0	155,5	35,6	119,9	922,0	758,0	302,2	1998
233,0	632,1	488,4	143,7	168,8	65,3	35,9	103,6	20,7	82,8	511,2	404,2	185,8	1999
259,1	616,9	478,5	138,4	187,3	83,8	44,2	103,5	20,0	83,5	622,4	481,7	218,1	2000
261,3	587,8	468,7	119,1	232,3	111,3	53,7	121,0	26,2	94,8	727,3	572,0	174,3	2001
249,6	626,7	487,9	138,8	180,8	75,1	39,1	105,6	19,7	85,9	569,7	439,2	202,4	2000 Juli
250,2	622,3	482,4	139,9	182,7	78,0	40,8	104,8	19,9	84,9	587,5	456,6	208,7	Aug.
252,5	607,6	473,0	134,6	184,9	78,1	42,3	106,8	20,0	86,7	591,3	456,4	222,4	Sept.
252,0	614,8	477,4	137,4	187,6	79,9	42,5	107,7	20,1	87,6	621,2	482,7	228,9	Okt.
255,6	618,8	477,8	141,0	187,1	82,2	44,4	104,9	20,2	84,7	631,6	490,4	227,4	Nov.
259,1	616,9	478,5	138,4	187,3	83,8	44,2	103,5	20,0	83,5	622,4	481,7	218,1	Dez.
264,5	606,3	483,7	122,6	207,5	87,7	46,2	119,8	26,3	93,5	616,5	479,8	216,1	2001 Jan.
270,1	604,1	482,3	121,7	209,2	89,6	46,5	119,6	23,7	95,8	642,0	500,1	218,6	Febr.
283,4	607,7	482,5	125,2	214,1	95,1	49,0	119,0	24,1	94,9	670,6	522,6	229,3	März
290,7	599,6	477,1	122,5	219,3	99,5	48,3	119,9	24,0	95,9	689,7	536,9	231,9	April
287,1	598,0	475,5	122,5	227,5	103,5	48,4	123,9	24,3	99,7	698,1	541,1	238,4	Mai
260,7	597,1	469,2	127,8	225,2	104,4	50,8	120,8	24,5	96,3	693,2	535,9	230,4	Juni
259,5	607,6	470,3	137,3	224,5	103,2	49,7	121,4	24,0	97,3	663,1	510,4	214,1	Juli
257,0	597,3	469,5	127,8	227,5	102,0	49,2	125,6	24,1	101,5	683,8	531,3	212,6	Aug.
252,9	584,5	466,8	117,7	228,0	103,5	51,1	124,5	23,8	100,7	712,8	558,0	214,6	Sept.
255,1	583,8	467,7	116,1	225,5	105,2	51,7	120,3	24,1	96,2	722,0	563,7	215,5	Okt.
252,8	594,3	477,4	116,9	225,7	107,8	52,4	117,9	24,8	93,1	741,7	584,8	182,8	Nov.
261,3	587,8	468,7	119,1	232,3	111,3	53,7	121,0	26,2	94,8	727,3	572,0	174,3	Dez.
261,6	588,1	469,5	118,5	235,6	113,5	54,7	122,1	25,7	96,4	723,8	569,9	173,1	2002 Jan.
258,2	589,2	466,9	122,3	237,2	114,6	56,1	122,6	25,8	96,8	721,8	566,7	172,6	Febr.
248,6	586,6	464,3	122,3	245,0	118,7	60,1	126,3	26,7	99,6	730,8	574,6	178,3	März
252,3	587,2	460,4	126,9	246,3	119,7	61,5	126,6	26,4	100,2	721,7	568,3	179,3	April
Veränderungen 1)													
71,6	69,9	27,5	42,4	- 0,9	- 4,9	- 4,9	4,0	- 0,0	4,0	- 16,4	- 25,1	8,1	1994
13,1	110,9	113,1	- 2,1	10,0	- 0,2	- 0,4	10,2	3,0	7,3	59,7	46,3	20,2	1995
19,7	82,9	65,5	17,3	14,6	- 2,6	- 2,5	17,2	6,0	11,2	69,5	49,3	15,1	1996
30,8	59,1	53,3	5,8	36,5	5,1	4,4	31,4	6,1	25,3	159,4	132,9	28,6	1997
92,3	25,8	28,1	- 2,3	77,1	18,9	13,0	58,3	12,5	45,7	83,9	52,0	55,3	1998
30,4	1,3	7,7	- 6,4	48,4	12,2	6,4	36,2	2,0	34,2	33,1	13,8	31,3	1999
27,3	- 11,4	- 6,7	- 4,6	17,8	16,8	7,2	1,0	- 0,3	1,2	103,9	71,9	32,5	2000
2,4	- 26,5	- 9,8	- 16,7	31,3	24,3	7,7	7,0	2,2	4,8	110,1	86,6	- 9,9	2001
0,6	- 0,9	- 2,0	1,1	1,2	2,5	1,4	- 1,3	0,0	- 1,3	10,2	11,2	6,2	2000 Aug.
2,3	- 14,7	- 9,4	- 5,3	1,9	- 0,0	1,4	1,9	0,1	1,8	1,8	- 1,8	13,8	Sept.
- 0,5	7,1	4,3	2,8	1,9	1,3	- 0,1	0,6	- 0,1	0,7	20,5	18,2	6,4	Okt.
3,6	4,0	0,4	3,6	0,3	2,7	2,1	- 2,4	0,2	- 2,6	19,3	15,4	- 1,5	Nov.
3,6	- 1,8	0,8	- 2,5	1,6	2,3	0,4	- 0,7	0,0	- 0,8	8,0	5,8	- 9,3	Dez.
5,5	- 10,4	5,2	- 15,6	5,8	1,3	0,7	4,5	2,4	2,1	10,3	4,7	- 2,0	2001 Jan.
5,6	- 2,2	- 1,4	- 0,8	1,7	1,9	0,3	- 0,2	- 2,5	2,3	25,1	19,9	2,4	Febr.
13,3	3,6	0,1	3,5	4,2	5,0	2,0	- 0,8	0,2	- 1,0	18,2	13,3	10,7	März
7,2	- 8,1	- 5,4	- 2,7	5,3	4,4	- 0,6	0,9	- 0,1	1,0	20,1	15,2	2,6	April
- 3,6	- 1,7	- 1,6	- 0,1	6,9	3,5	- 0,4	3,5	0,1	3,4	- 4,1	- 6,5	6,4	Mai
- 26,3	- 0,9	- 6,2	5,4	- 2,0	1,0	2,4	- 3,0	0,2	- 3,2	- 3,7	- 4,2	- 8,0	Juni
- 1,3	10,6	1,0	9,6	- 0,0	- 0,9	- 0,8	0,9	- 0,3	1,2	- 21,9	- 18,4	- 16,4	Juli
- 2,4	- 8,4	- 0,7	- 7,7	3,7	- 0,8	- 0,1	4,5	0,2	4,3	31,3	30,2	- 1,6	Aug.
- 4,2	- 12,9	- 2,8	- 10,1	0,3	1,5	1,9	- 1,1	- 0,3	- 0,8	27,3	25,1	2,1	Sept.
2,2	- 0,7	0,9	- 1,5	- 2,5	1,6	0,5	- 4,1	0,3	- 4,4	7,1	3,9	0,8	Okt.
- 2,3	10,7	9,8	0,9	1,3	2,5	0,6	- 1,2	0,6	- 1,8	16,3	18,0	1,3	Nov.
8,6	- 6,3	- 8,8	2,4	6,6	3,4	1,2	3,2	1,4	1,8	- 15,9	- 14,6	- 8,5	Dez.
0,3	0,3	0,8	- 0,5	3,0	2,1	0,9	1,0	- 0,6	1,5	- 6,4	- 6,4	- 1,2	2002 Jan.
- 3,0	1,2	- 2,6	3,8	1,6	1,1	1,3	0,5	0,1	0,4	- 1,2	- 2,7	- 0,4	Febr.
- 9,6	- 2,4	- 2,6	0,2	7,9	4,1	4,1	3,8	1,0	2,8	11,3	11,5	5,6	März
5,7	0,6	- 3,9	4,5	1,8	1,3	1,7	0,5	- 0,2	0,7	- 0,7	1,1	0,8	April

änderungswerten ausgeschaltet. — 2 Bis Dezember 1998 Geschäftsvolumen (Bilanzsumme zuzüglich Indossamentsverbindlichkeiten und aus dem Wechselbestand vor Verfall zum Einzug versandte Wechsel) sowie Treuhand-

vermögen. — 3 Bis Dezember 1998 einschl. Treuhandkredite und Wechselkredite an Stelle von Wechselbeständen. — 4 Einschl. Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen.

IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland \*)  
Passiva

Bis Ende 1998 Mrd DM, ab 1999 Mrd €

Zeit	Einlagen von Banken (MFIs) im Euro-Währungsgebiet 3)				Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet 4)									
	Bilanzsumme 2)	von Banken			insgesamt	Einlagen von Nichtbanken im Inland					Einlagen von Nicht-			
		insgesamt	im Inland	in anderen Mitgliedsländern		zusammen	täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit 5)		mit vereinbarter Kündigungsfrist 6)		zusammen	täglich fällig	
								zusammen 4)	darunter bis zu 2 Jahren 7)	zusammen	darunter bis zu 3 Monaten			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende														
1993	6 799,5	1 556,3	1 438,2	118,1	2 982,1	2 810,6	489,6	1 312,6	628,5	1 008,4	587,7	70,6	3,5	
1994	7 205,7	1 650,9	1 483,5	167,4	3 082,7	2 894,4	510,4	1 288,3	549,2	1 095,8	654,6	80,1	4,1	
1995	7 778,7	1 761,5	1 582,0	179,6	3 260,0	3 038,9	549,8	1 289,0	472,0	1 200,1	749,5	110,1	4,5	
1996	8 540,5	1 975,3	1 780,2	195,1	3 515,9	3 264,0	638,1	1 318,5	430,6	1 307,4	865,7	137,3	7,5	
1997	9 368,2	2 195,6	1 959,1	236,5	3 647,1	3 376,2	654,5	1 364,9	426,8	1 356,9	929,2	162,5	7,3	
1998	10 355,5	2 480,3	2 148,9	331,4	3 850,8	3 552,2	751,6	1 411,1	461,6	1 389,6	971,9	187,4	9,4	
1999	5 678,5	1 288,1	1 121,8	166,3	2 012,4	1 854,7	419,5	820,6	247,0	614,7	504,4	111,1	6,5	
2000	6 083,9	1 379,4	1 188,9	190,5	2 051,4	1 873,6	441,4	858,8	274,3	573,5	450,5	107,9	6,9	
2001	6 303,1	1 418,0	1 202,1	215,9	2 134,0	1 979,7	525,0	880,2	290,6	574,5	461,9	105,2	7,6	
2000 Juli	5 861,8	1 292,0	1 110,3	181,7	1 989,8	1 827,9	422,3	829,0	245,1	576,6	462,2	109,7	7,2	
Aug.	5 917,1	1 318,3	1 130,5	187,7	1 986,8	1 824,5	415,0	836,7	251,8	572,7	456,7	110,7	6,8	
Sept.	5 945,4	1 303,6	1 110,2	193,4	2 004,4	1 822,6	412,4	840,2	256,4	570,0	451,8	110,4	6,9	
Okt.	6 019,6	1 339,3	1 151,0	188,4	2 009,0	1 824,0	416,7	841,1	257,3	566,2	447,3	111,1	6,9	
Nov.	6 076,1	1 373,3	1 189,5	183,8	2 019,7	1 846,0	438,1	845,2	262,4	562,7	442,3	110,6	7,5	
Dez.	6 083,9	1 379,4	1 188,9	190,5	2 051,4	1 873,6	441,4	858,8	274,3	573,5	450,5	107,9	6,9	
2001 Jan.	6 064,0	1 345,5	1 145,1	200,4	2 025,9	1 860,9	429,9	861,6	276,3	569,3	446,3	107,4	8,0	
Febr.	6 141,3	1 377,4	1 159,8	217,5	2 036,3	1 872,7	442,1	863,3	278,2	567,2	444,2	105,6	6,2	
März	6 259,3	1 396,1	1 179,9	216,2	2 040,4	1 874,4	440,7	868,1	281,8	565,6	443,0	108,4	7,6	
April	6 283,6	1 399,2	1 170,1	229,1	2 044,2	1 878,0	450,8	864,5	279,0	562,7	442,1	108,0	7,5	
Mai	6 312,3	1 397,2	1 169,6	227,7	2 053,8	1 883,9	453,9	870,1	282,1	559,9	440,4	110,9	8,8	
Juni	6 283,8	1 390,9	1 183,6	207,3	2 061,5	1 893,3	462,1	872,4	283,7	558,7	440,1	109,2	8,2	
Juli	6 225,8	1 374,9	1 168,1	206,8	2 055,1	1 888,4	458,8	873,2	285,8	556,4	439,0	106,9	7,6	
Aug.	6 236,5	1 367,7	1 168,2	199,4	2 058,6	1 893,2	461,9	876,2	289,0	555,1	439,0	105,5	6,6	
Sept.	6 295,9	1 398,9	1 196,0	203,0	2 074,6	1 912,0	479,2	877,4	289,0	555,4	440,0	105,6	6,3	
Okt.	6 300,0	1 386,9	1 176,9	210,0	2 077,0	1 914,5	482,5	875,6	287,3	556,4	442,8	107,1	7,7	
Nov.	6 320,2	1 418,2	1 198,8	219,4	2 102,7	1 938,6	509,6	870,9	284,1	558,2	445,6	107,5	8,6	
Dez.	6 303,1	1 418,0	1 202,1	215,9	2 134,0	1 979,7	525,0	880,2	290,6	574,5	461,9	105,2	7,6	
2002 Jan.	6 255,1	1 375,4	1 153,3	222,2	2 112,2	1 957,1	511,0	872,8	281,4	573,4	464,3	105,0	8,1	
Febr.	6 230,4	1 346,3	1 141,7	204,6	2 107,5	1 955,2	510,5	872,7	278,8	572,0	463,9	102,9	8,2	
März	6 269,8	1 371,2	1 157,9	213,3	2 108,5	1 954,0	508,0	875,2	278,4	570,8	463,8	105,1	8,1	
April	6 267,7	1 362,1	1 129,9	232,1	2 099,9	1 948,3	515,1	871,3	274,5	561,8	456,7	104,1	10,1	
Veränderungen 1)														
1994	406,2	94,6	45,3	49,3	100,6	83,8	20,8	- 24,3	- 79,3	87,4	66,9	9,4	0,6	
1995	587,7	110,7	98,5	12,2	189,3	156,5	47,2	4,9	- 76,5	104,3	99,1	30,0	0,4	
1996	761,8	213,7	198,2	15,5	256,0	225,2	88,3	29,5	- 41,4	107,3	116,2	27,2	3,0	
1997	825,6	223,7	185,5	38,3	310,8	112,1	16,3	46,4	- 3,8	49,4	60,3	25,0	- 0,3	
1998	1 001,0	277,0	182,8	94,2	205,9	176,8	97,8	46,3	34,8	32,7	42,0	26,2	2,0	
1999	452,6	70,2	66,4	3,7	75,0	65,6	34,2	36,7	13,5	- 5,3	7,4	7,5	1,7	
2000	401,5	87,5	66,0	21,5	38,7	19,8	22,5	37,8	27,0	- 40,5	- 53,6	- 4,2	0,3	
2001	244,9	32,4	8,4	24,0	80,6	105,2	83,0	21,2	16,2	1,1	11,4	- 4,0	0,4	
2000 Aug.	49,1	26,3	20,3	6,1	- 4,1	- 3,9	- 7,6	7,5	6,6	- 3,9	- 5,5	0,4	- 0,4	
Sept.	25,2	- 14,7	- 20,4	5,7	17,0	- 2,1	- 2,7	3,3	4,5	- 2,7	- 4,9	- 0,7	0,1	
Okt.	62,5	35,7	40,8	- 5,1	3,3	0,9	4,0	0,7	0,8	- 3,8	- 4,5	0,0	0,0	
Nov.	66,6	32,6	37,7	- 5,0	11,9	22,5	21,7	4,3	5,2	- 3,5	- 5,0	0,1	0,6	
Dez.	30,4	6,1	- 0,6	6,6	35,2	30,1	3,8	15,5	12,1	10,8	8,2	- 1,6	- 0,5	
2001 Jan.	- 18,1	- 34,9	- 43,8	8,9	- 26,1	- 12,8	- 11,4	2,8	1,9	- 4,1	- 4,1	- 1,2	- 1,0	
Febr.	77,0	31,9	14,7	17,2	10,3	11,6	11,9	1,7	1,9	- 2,1	- 2,1	- 1,8	- 1,8	
März	105,7	15,3	16,6	- 1,3	2,9	1,2	- 1,8	4,6	3,5	- 1,6	- 1,2	2,1	1,4	
April	24,1	2,1	- 10,7	12,8	3,6	3,6	10,0	- 3,5	- 2,8	- 2,9	- 0,9	- 0,4	- 0,3	
Mai	12,3	- 2,2	- 0,5	- 1,7	8,4	5,2	2,7	5,3	3,0	- 2,8	- 1,7	2,2	1,3	
Juni	- 26,6	- 6,3	14,0	- 20,3	7,8	9,4	8,3	2,4	1,6	- 1,2	- 0,3	- 1,5	- 0,6	
Juli	- 47,6	- 16,0	- 15,5	- 0,6	- 5,4	- 4,4	- 3,1	1,0	2,2	- 2,4	- 1,1	- 1,9	- 0,5	
Aug.	25,5	- 7,2	0,1	- 7,4	4,7	5,3	3,4	3,2	3,3	- 1,2	0,0	- 0,7	- 1,1	
Sept.	56,7	31,3	27,8	3,5	15,7	18,7	17,3	1,2	- 0,0	0,2	1,0	- 0,1	1,7	
Okt.	1,6	- 12,0	- 19,1	7,1	2,1	2,4	3,2	- 1,8	- 1,7	1,0	2,8	1,4	- 0,6	
Nov.	51,1	30,8	21,4	9,4	25,4	24,0	26,9	- 4,7	- 3,3	1,8	2,8	0,2	1,0	
Dez.	- 16,8	- 0,3	3,3	- 3,6	31,2	41,0	15,4	9,2	6,5	16,4	16,3	- 2,3	- 1,0	
2002 Jan.	- 51,6	- 42,6	- 48,9	- 6,3	- 22,3	- 22,8	- 14,2	- 7,5	- 9,2	- 1,2	- 2,4	- 0,4	0,4	
Febr.	- 23,2	- 29,1	- 11,5	- 17,6	- 4,7	- 1,9	- 0,4	- 0,0	- 2,6	- 1,4	- 0,4	- 2,2	0,1	
März	42,2	24,9	16,2	8,7	1,2	- 1,1	- 2,5	2,5	- 0,5	- 1,2	- 0,1	2,4	- 0,1	
April	7,7	- 9,2	- 28,0	18,8	- 7,9	- 5,4	7,4	- 3,8	- 3,8	- 9,0	- 7,1	- 0,6	1,9	

\* Diese Übersicht dient als Ergänzung zu den Bankstatistischen Gesamtrechnungen im Abschnitt II; es ist vorgesehen, den Angaben für Deutschland die Zahlen für die MFIs im Euro-Währungsgebiet gegenüberzustellen. Abweichend von den anderen Tabellen im Abschnitt IV sind hier neben den Meldedaten der Banken (einschl. Bausparkassen) auch Angaben der Geldmarktfonds enthalten. — 1 Statistische Brüche sind in den Veränderungs-

werten ausgeschaltet. — 2 Bis Dezember 1998 Geschäftsvolumen (Bilanzsumme zuzüglich Indossamentsverbindlichkeiten und aus dem Wechselbestand vor Verfall zum Einzug versandte Wechsel) sowie Treuhandverbindlichkeiten. — 3 Bis Dezember 1998 einschl. Verbindlichkeiten aus Treuhandkrediten und Verbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln

IV. Banken

banken in anderen Mitgliedsländern 8)				Einlagen von Zentralstaaten 4)		Verbindlichkeiten aus Repogeschäften mit Nichtbanken im Euro-Währungsgebiet 9)	Geldmarkt-fonds-anteile 10)	Begebene Schuldverschreibungen 10)		Passiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	Kapital und Rücklagen	Sonstige Passiv-positionen	Zeit
mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist		ins-gesamt	darunter inländische Zentral-staaten			ins-gesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 2 Jahren 10)				
zu-sammen 4)	darunter bis zu 2 Jahren 7)	zu-sammen	darunter bis zu 3 Monaten										
60,3	6,8	6,8	6,8	100,8	100,8	-	-	1 327,6	85,5	302,2	278,3	353,0	1993
68,7	11,8	7,3	7,3	108,2	108,2	-	31,3	1 441,2	81,9	336,8	305,2	357,8	1994
97,3	11,4	8,3	8,3	111,0	111,0	-	39,1	1 608,1	70,3	393,9	325,0	391,0	1995
120,6	9,0	9,2	9,2	114,6	114,6	-	34,0	1 804,3	54,4	422,1	350,0	438,8	1996
145,8	9,2	9,4	9,4	108,3	108,3	-	28,6	1 998,3	62,5	599,2	388,1	511,3	1997
168,3	13,8	9,7	9,7	111,2	111,2	-	34,8	2 248,1	80,2	739,8	426,8	574,8	1998
99,7	8,9	4,8	3,7	46,6	45,9	2,0	20,8	1 323,6	97,4	487,9	262,6	281,1	1999
96,3	6,7	4,7	3,3	69,9	67,6	0,4	19,3	1 417,1	113,3	599,8	298,1	318,4	2000
92,4	9,0	5,2	3,8	49,1	46,9	4,9	33,2	1 445,4	129,3	647,6	319,2	300,8	2001
97,9	6,6	4,6	3,3	52,3	49,9	1,8	21,1	1 415,7	119,6	561,9	283,1	296,3	2000 Juli
99,3	7,0	4,6	3,3	51,7	50,3	1,7	21,1	1 426,2	119,1	581,0	286,8	295,1	Aug.
99,0	6,6	4,5	3,2	71,5	69,2	1,0	20,3	1 427,0	114,3	587,4	288,2	313,6	Sept.
99,6	6,3	4,6	3,2	73,9	71,6	1,3	20,0	1 436,9	113,8	606,3	291,5	315,2	Okt.
98,5	6,5	4,6	3,2	63,2	62,2	1,3	19,8	1 425,9	109,7	621,6	292,2	322,2	Nov.
96,3	6,7	4,7	3,3	69,9	67,6	0,4	19,3	1 417,1	113,3	599,8	298,1	318,4	Dez.
94,4	6,5	5,0	3,5	57,7	55,7	1,8	20,6	1 434,5	111,5	626,3	297,7	311,9	2001 Jan.
94,4	7,0	5,0	3,5	58,0	55,5	1,6	21,5	1 450,2	112,4	640,7	299,6	314,1	Febr.
95,8	7,7	5,0	3,5	57,6	56,1	0,9	22,7	1 457,8	113,8	720,4	302,5	318,5	März
95,6	7,7	5,0	3,5	58,1	55,5	1,4	23,3	1 460,3	116,3	725,9	301,8	327,6	April
97,1	8,4	5,0	3,5	59,0	55,1	1,8	23,4	1 466,2	117,4	744,6	304,7	320,5	Mai
96,1	8,7	5,0	3,5	58,9	55,2	1,1	24,2	1 468,0	118,0	717,9	307,2	313,0	Juni
94,2	8,0	5,0	3,5	59,8	55,3	1,7	25,0	1 473,1	123,7	682,5	310,3	303,3	Juli
94,0	8,4	5,0	3,6	59,9	54,5	4,6	26,5	1 468,1	123,5	693,7	312,6	304,9	Aug.
92,3	7,3	5,0	3,6	57,0	54,0	2,8	28,0	1 471,1	125,6	692,2	314,2	314,0	Sept.
94,4	9,8	5,0	3,6	55,4	53,4	9,4	29,6	1 473,1	126,7	690,0	318,2	315,8	Okt.
93,8	9,3	5,1	3,7	56,5	53,6	4,0	30,7	1 448,5	123,8	677,1	321,3	317,6	Nov.
92,4	9,0	5,2	3,8	49,1	46,9	4,9	33,2	1 445,4	129,3	647,6	319,2	300,8	Dez.
91,8	8,1	5,1	3,8	50,1	47,4	2,5	35,0	1 450,5	122,2	668,3	320,1	291,1	2002 Jan.
89,6	7,3	5,1	3,8	49,4	47,3	3,5	35,9	1 462,8	125,4	664,8	322,2	287,3	Febr.
92,0	9,3	5,0	3,7	49,4	46,9	3,7	35,8	1 479,4	129,0	666,4	323,3	281,6	März
89,4	8,3	4,7	3,5	47,5	45,8	3,4	35,9	1 479,4	134,6	672,3	323,7	291,1	April
Veränderungen 1)													
8,3	5,0	0,4	0,4	7,4	7,4	-	31,3	113,5	- 3,6	34,5	26,9	4,8	1994
28,6	- 0,4	1,0	1,0	2,8	2,8	-	7,8	166,9	- 11,5	57,2	19,8	36,0	1995
23,3	- 2,4	0,9	0,9	3,6	3,6	-	5,1	196,3	- 15,9	28,1	25,0	47,8	1996
25,1	0,2	0,2	0,2	6,2	6,2	-	4,5	194,8	8,1	172,3	37,1	71,2	1997
24,0	4,6	0,3	0,3	2,9	2,9	-	6,2	263,3	28,1	151,4	28,8	68,3	1998
5,9	1,5	- 0,2	- 1,3	1,9	1,2	0,6	3,5	168,0	65,1	89,7	38,0	7,7	1999
- 4,5	- 0,5	- 0,1	- 0,3	23,1	21,6	- 1,6	- 1,5	90,6	15,9	97,8	35,3	54,6	2000
- 4,6	1,6	0,2	0,4	20,5	20,4	- 4,6	13,8	59,5	18,6	34,8	20,4	- 1,1	2001
0,9	0,4	- 0,0	- 0,0	0,6	0,4	- 0,1	- 0,0	7,3	- 0,6	9,3	3,1	7,2	2000 Aug.
- 0,6	- 0,4	- 0,1	- 0,1	19,8	19,0	- 0,7	- 0,8	- 0,7	- 4,9	1,3	1,2	22,7	Sept.
- 0,1	- 0,4	0,1	0,1	2,4	2,3	- 0,3	- 0,3	6,7	- 0,6	7,6	2,7	6,5	Okt.
- 0,5	0,3	0,0	- 0,0	10,7	9,4	- 0,0	- 0,1	- 7,6	- 3,9	26,2	1,2	2,4	Nov.
- 1,2	0,3	0,1	0,1	6,7	5,4	- 0,9	- 0,5	- 2,7	- 3,9	- 3,7	7,3	- 10,3	Dez.
- 2,1	- 0,5	- 0,0	- 0,0	12,2	11,9	- 1,4	1,2	17,9	- 1,8	29,0	- 0,4	- 6,2	2001 Jan.
0,0	0,6	0,0	0,0	0,5	0,0	- 0,2	1,0	15,6	0,9	13,8	1,9	2,8	Febr.
0,7	0,7	0,0	0,0	0,4	0,6	- 0,6	1,1	5,1	2,1	66,2	2,3	13,4	März
- 0,2	0,0	0,0	0,0	0,5	- 0,7	0,5	0,7	2,6	2,5	6,7	- 0,7	8,6	April
1,0	0,1	- 0,0	0,0	0,9	- 0,4	0,4	0,0	1,3	1,0	2,2	2,1	0,2	Mai
- 0,9	0,3	0,0	0,0	0,1	0,1	- 0,7	0,9	2,8	0,5	- 25,2	2,6	- 8,3	Juni
- 1,4	- 0,6	0,0	0,0	0,9	0,1	0,6	0,8	7,7	5,8	- 25,0	3,6	- 13,8	Juli
0,3	0,4	0,0	0,0	0,1	- 0,8	2,9	1,5	- 2,9	- 0,5	24,7	2,9	- 1,1	Aug.
- 1,8	- 1,1	0,0	0,0	- 2,9	- 0,5	- 1,7	1,5	2,5	2,0	- 3,7	1,5	9,6	Sept.
1,9	2,5	0,0	0,0	- 1,6	- 0,6	- 6,5	1,6	1,6	0,2	- 4,9	4,0	2,7	Okt.
- 0,8	- 0,6	0,0	0,0	1,1	0,1	- 5,3	1,1	8,5	0,3	- 17,1	2,8	4,9	Nov.
- 1,5	- 0,2	0,1	0,2	- 7,4	- 6,6	- 0,9	2,4	- 3,2	5,5	- 32,0	- 2,1	- 13,8	Dez.
- 0,8	- 0,9	- 0,1	- 0,0	1,0	0,5	- 2,4	1,9	4,0	- 2,4	15,1	0,7	- 6,0	2002 Jan.
- 2,2	- 0,9	- 0,1	- 0,0	0,7	- 0,2	1,0	0,9	12,7	3,2	- 2,8	2,2	- 3,3	Febr.
2,5	2,0	- 0,0	- 0,0	0,3	0,2	- 0,1	- 0,1	16,9	3,6	3,7	1,2	- 5,8	März
- 2,3	- 1,0	- 0,3	- 0,3	- 1,9	- 1,2	- 0,3	0,2	2,6	6,1	14,7	0,3	7,2	April

(Indossamentsverbindlichkeiten). — 4 Bis Dezember 1998 einschl. Verbindlichkeiten aus Treuhandkrediten. — 5 Für deutschen Beitrag; ab 1999 einschl. Bauspareinlagen (s. dazu Tab.IV.12). — 6 Für deutschen Beitrag; bis Ende 1998 einschl. Bauspareinlagen (s.a. Anm. 5). — 7 Bis Dezember 1998 Laufzeit bis unter 4 Jahre. — 8 Ohne Einlagen von Zentralregierungen. — 9 Erst ab

1999 gesondert erfragt; bis Dezember 1998 in den Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren enthalten. — 10 In Deutschland zählen Bankschuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu einem Jahr zu den Geldmarktpapieren; diese wurden bis Monatsbericht Januar 2002 zusammen mit den Geldmarktfondsanteilen veröffentlicht.

## IV. Banken

### 2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen \*)

Mrd €

Stand am Monatsende	Anzahl der berichtenden Institute	Bilanzsumme	Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Beteiligungen	Sonstige Aktivpositionen	
				insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:		Wechsel			Wertpapiere von Nichtbanken
					Guthaben und Buchkredite	Wertpapiere von Banken		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr				
<b>Alle Bankengruppen</b>													
2001 Nov.	2 525	6 404,3	69,7	2 292,4	1 618,3	665,4	3 582,4	488,2	2 561,8	6,1	513,4	137,2	322,6
Dez.	2 521	6 386,1	71,1	2 272,1	1 600,5	665,1	3 584,4	477,5	2 568,3	5,7	519,4	143,5	315,0
2002 Jan.	2 510	6 336,5	77,0	2 219,0	1 548,7	663,5	3 589,4	472,1	2 571,1	5,3	529,3	136,8	314,2
Febr.	2 509	6 310,9	61,6	2 204,8	1 528,3	669,8	3 588,4	473,4	2 571,5	5,1	526,0	142,5	313,7
März	2 510	6 349,0	61,4	2 234,1	1 551,1	675,8	3 593,2	487,9	2 568,0	5,2	518,4	142,3	317,9
April	2 509	6 346,9	55,9	2 238,4	1 553,4	677,3	3 590,9	478,3	2 567,6	5,1	524,5	142,5	319,3
<b>Kreditbanken <sup>5)</sup></b>													
2002 März	278	1 769,4	25,0	572,8	434,6	133,7	956,1	260,3	534,5	2,5	150,9	87,4	128,1
April	278	1 771,9	21,0	583,4	445,6	132,9	951,6	254,2	535,8	2,4	149,7	87,5	128,4
<b>Großbanken <sup>6)</sup></b>													
2002 März	4	1 023,1	16,0	303,0	240,3	58,8	544,0	152,4	294,1	1,5	92,3	77,5	82,6
April	4	1 009,4	11,8	310,5	249,4	57,1	528,2	140,8	293,5	1,4	87,3	77,6	81,2
<b>Regionalbanken und sonstige Kreditbanken</b>													
2002 März	193	629,5	8,4	212,0	142,2	69,4	365,3	83,1	224,9	0,9	52,4	9,0	34,7
April	193	635,7	8,1	213,6	143,5	69,8	369,1	81,4	226,6	0,9	56,4	9,1	35,7
<b>Zweigstellen ausländischer Banken</b>													
2002 März	81	116,8	0,6	57,7	52,0	5,4	46,8	24,7	15,5	0,1	6,2	0,8	10,8
April	81	126,9	1,1	59,2	52,7	6,0	54,2	32,0	15,7	0,1	6,0	0,8	11,5
<b>Landesbanken</b>													
2002 März	13	1 277,8	3,7	622,2	493,7	126,9	562,7	66,3	404,4	0,4	87,8	25,8	63,4
April	13	1 277,9	3,7	618,2	489,5	127,2	566,7	67,6	403,1	0,4	91,9	26,0	63,3
<b>Sparkassen</b>													
2002 März	527	969,4	18,6	225,1	61,6	163,4	688,4	79,7	513,8	1,5	92,9	11,8	25,5
April	527	969,7	18,2	224,2	60,2	163,8	690,5	78,6	515,7	1,5	94,2	11,9	25,0
<b>Genossenschaftliche Zentralbanken</b>													
2002 März	2	200,3	0,4	125,1	85,0	40,1	58,9	12,8	25,9	0,1	19,8	9,1	6,9
April	2	198,0	0,2	123,0	84,0	39,0	59,0	12,8	25,9	0,1	20,1	9,0	6,7
<b>Kreditgenossenschaften</b>													
2002 März	1 619	544,3	11,9	135,1	55,4	79,0	374,9	51,0	284,2	0,8	38,4	3,8	18,7
April	1 618	545,4	11,7	135,6	55,3	79,4	376,2	50,7	285,0	0,8	39,0	3,8	18,1
<b>Realkreditinstitute</b>													
2002 März	28	918,5	1,2	242,5	162,4	79,8	649,2	9,8	543,3	-	95,9	1,8	23,8
April	28	913,0	0,7	237,5	155,3	81,9	645,5	7,7	541,1	-	96,3	1,8	27,6
<b>Bausparkassen</b>													
2002 März	29	160,7	0,1	38,4	26,1	12,2	113,9	1,5	102,7	.	9,6	0,5	7,9
April	29	160,4	0,0	37,9	25,6	12,4	114,1	1,6	102,9	.	9,6	0,5	7,9
<b>Banken mit Sonderaufgaben</b>													
2002 März	14	508,6	0,6	273,0	232,3	40,8	189,2	6,5	159,2	-	23,0	2,2	43,6
April	14	510,5	0,2	278,6	237,9	40,8	187,2	5,1	158,1	-	23,6	2,1	42,3
<b>Nachrichtlich: Auslandsbanken <sup>7)</sup></b>													
2002 März	132	287,5	2,0	126,4	101,3	24,5	135,6	42,8	67,7	0,3	21,5	1,6	21,9
April	133	303,2	2,6	131,5	105,2	25,6	144,9	49,7	68,7	0,3	22,9	1,6	22,6
<b>darunter Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken <sup>8)</sup></b>													
2002 März	51	170,7	1,4	68,6	49,3	19,1	88,8	18,1	52,2	0,2	15,4	0,8	11,0
April	52	176,4	1,5	72,3	52,5	19,6	90,6	17,7	52,9	0,1	16,9	0,8	11,1

\* Für den Zeitraum bis Dezember 1998 werden im Abschnitt IV (mit Ausnahme der Tabelle IV. 1) Aktiva und Passiva der Banken (ohne Bausparkassen) in Deutschland gezeigt, ab Januar 1999 Aktiva und Passiva der monetären Finanzinstitute (MFIs) in Deutschland. Nicht enthalten sind Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen sowie der – ebenfalls zu den MFIs zählenden –

Geldmarktfonds und der Bundesbank. Für die Abgrenzung der Positionen siehe Anmerkungen zur Tabelle IV.3. — 1 Für „Bausparkassen“: Einschl. Bauspareinlagen; s. dazu Tab. IV.12. — 2 In den Termineinlagen enthalten. — 3 Ohne Bauspareinlagen; s. a. Anm. 1. — 4 Einschl. börsenfähiger nachrangig begebener Inhaberschuldverschreibungen; ohne nicht börsenfähige

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs)			Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)								Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf <sup>4)</sup>	Kapital einschl. offener Rücklagen, Genussrechtskapital, Fonds für allgemeine Bankrisiken	Sonstige Passivpositionen	Stand am Monatsende	
insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:					insgesamt	darunter mit dreimonatiger Kündigungsfrist					Sparbriefe
	Sichteinlagen	Termin-einlagen		Sichteinlagen	Termineinlagen mit Befristung <sup>1)</sup>		Nachrichtlich: Verbindlichkeiten aus Repos <sup>2)</sup>	Spareinlagen <sup>3)</sup>							
				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr <sup>1)</sup>										
<b>Alle Bankengruppen</b>															
1 842,3	267,1	1 574,9	2 364,9	549,7	367,2	763,9	44,5	569,8	454,0	114,3	1 522,7	274,5	399,9	2001 Nov.	
1 827,8	215,0	1 612,3	2 384,6	560,4	357,4	767,4	32,4	586,5	470,7	112,8	1 515,6	275,6	382,5	Dez.	
1 798,1	246,1	1 551,7	2 371,1	547,5	351,1	775,4	36,8	585,3	473,1	111,8	1 518,5	276,6	372,1	2002 Jan.	
1 765,2	242,6	1 522,3	2 368,2	545,9	352,4	774,6	42,0	583,8	472,6	111,5	1 531,1	278,1	368,3	Febr.	
1 792,0	248,0	1 543,6	2 369,8	544,2	354,0	777,5	39,5	582,5	472,5	111,6	1 545,1	279,9	362,3	März	
1 786,1	246,6	1 539,2	2 365,6	551,7	353,5	775,9	37,1	572,8	464,8	111,6	1 544,1	280,3	370,9	April	
<b>Kreditbanken <sup>5)</sup></b>															
662,2	140,0	521,9	639,6	223,8	171,4	142,9	32,4	91,6	75,5	9,8	229,9	103,6	134,1	2002 März	
658,9	137,0	521,5	642,7	235,5	170,7	142,6	32,9	84,1	68,6	9,8	228,7	103,6	138,1	April	
<b>Großbanken <sup>6)</sup></b>															
392,7	98,0	294,7	333,3	101,0	114,2	90,2	28,5	26,9	24,7	1,0	159,1	66,8	71,1	2002 März	
378,6	87,2	291,5	333,2	107,9	114,7	89,8	29,7	19,8	17,6	1,0	157,4	66,8	73,3	April	
<b>Regionalbanken und sonstige Kreditbanken</b>															
184,9	33,0	151,6	290,8	117,2	50,4	49,7	1,1	64,7	50,8	8,8	70,7	33,9	49,2	2002 März	
188,4	38,5	149,6	293,7	120,5	50,1	49,9	0,9	64,4	50,9	8,8	71,2	33,9	48,6	April	
<b>Zweigstellen ausländischer Banken</b>															
84,6	9,0	75,6	15,4	5,6	6,8	3,0	2,8	0,0	0,0	0,0	0,1	3,0	13,8	2002 März	
91,8	11,4	80,5	15,9	7,1	5,9	2,9	2,4	0,0	0,0	0,0	0,1	2,9	16,2	April	
<b>Landesbanken</b>															
459,8	60,5	399,3	308,0	40,8	41,6	210,3	4,7	14,7	13,4	0,7	397,5	55,6	57,0	2002 März	
459,2	63,9	395,3	301,8	36,3	42,1	208,2	2,6	14,5	13,2	0,7	403,8	55,6	57,4	April	
<b>Sparkassen</b>															
221,3	7,3	214,0	617,4	167,6	65,4	10,4	-	302,2	238,7	71,8	47,0	42,9	40,8	2002 März	
221,1	6,7	214,3	616,8	168,7	64,9	10,2	-	301,0	238,4	72,0	47,3	43,1	41,5	April	
<b>Genossenschaftliche Zentralbanken</b>															
110,9	26,0	84,9	31,5	6,7	5,3	19,4	1,5	0,0	0,0	0,0	39,6	9,4	9,0	2002 März	
111,4	24,9	86,4	31,2	6,1	5,7	19,3	1,2	0,0	0,0	0,0	37,7	9,4	8,4	April	
<b>Kreditgenossenschaften</b>															
76,0	2,4	73,7	389,0	101,9	61,1	23,4	-	173,6	144,6	29,0	32,5	27,9	18,9	2002 März	
77,6	2,6	74,9	387,8	102,3	60,2	23,4	-	172,8	144,3	29,0	32,6	27,9	19,6	April	
<b>Realkreditinstitute</b>															
110,1	4,7	105,4	143,1	1,2	3,2	138,5	0,6	0,1	0,0	0,2	622,2	18,1	25,0	2002 März	
109,8	4,5	105,3	141,3	1,5	2,3	137,3	0,3	0,1	0,0	0,2	616,7	18,4	26,8	April	
<b>Bausparkassen</b>															
29,8	3,0	26,8	100,5	0,3	0,7	99,1	-	0,3	0,3	0,1	8,0	7,5	14,9	2002 März	
29,1	2,2	26,9	100,5	0,3	0,7	99,2	-	0,3	0,3	0,1	8,3	7,5	15,0	April	
<b>Banken mit Sonderaufgaben</b>															
121,8	4,1	117,7	140,8	1,8	5,3	133,6	0,2	-	-	-	168,5	15,0	62,6	2002 März	
119,1	4,7	114,4	143,5	1,0	6,8	135,6	0,1	-	-	-	169,1	14,8	64,0	April	
<b>Nachrichtlich: Auslandsbanken <sup>7)</sup></b>															
134,7	23,5	111,1	74,4	31,8	17,1	19,3	2,9	4,7	4,4	1,5	36,5	10,3	31,6	2002 März	
145,4	26,6	118,6	76,3	34,0	16,8	19,4	2,5	4,6	4,4	1,6	37,3	10,3	34,0	April	
<b>darunter Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken <sup>8)</sup></b>															
50,1	14,5	35,5	58,9	26,2	10,3	16,3	0,1	4,7	4,4	1,5	36,4	7,3	17,9	2002 März	
53,6	15,3	38,1	60,4	26,9	10,9	16,5	0,2	4,6	4,3	1,5	37,2	7,4	17,9	April	

Inhaberschuldverschreibungen. — <sup>5</sup> Die Kreditbanken umfassen die Untergruppen „Großbanken“, „Regionalbanken und sonstige Kreditbanken“ und „Zweigstellen ausländischer Banken“. — <sup>6</sup> Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG, Commerzbank AG und Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG. — <sup>7</sup> Summe der in anderen Bankengruppen enthaltenen Banken

im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken sowie der Gruppe (rechtlich unselbständiger) „Zweigstellen ausländischer Banken“. — <sup>8</sup> Ausgliederung der in den Bankengruppen „Regionalbanken und sonstige Kreditbanken“ und „Realkreditinstitute“ enthaltenen Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken.

IV. Banken

3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland \*)

Bis Ende 1998 Mrd DM, ab 1999 Mrd €

Zeit	Kassenbestand an Noten und Münzen in Euro-Währungen 1)	Guthaben bei der Deutschen Bundesbank	Kredite an inländische Banken (MFIs) 2) 3)						Kredite an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs) 3) 8)				
			insgesamt	Guthaben und Buchkredite	Wechsel 4)	börsenfähige Geldmarktpapiere von Banken 5)	Wertpapiere von Banken 6)	Nachrichtlich: Treuhandkredite 7)	insgesamt	Buchkredite	Wechsel 4)	Schatzwechsel und börsenfähige Geldmarktpapiere von Nichtbanken	Wertpapiere von Nichtbanken 9)
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>													
1992	26,8	88,2	1 483,5	1 020,8	19,0	–	435,1	8,6	3 478,2	3 034,9	52,1	9,6	237,8
1993	26,7	75,3	1 596,8	1 076,2	14,7	3,3	493,2	9,3	3 826,4	3 291,6	44,7	5,6	327,7
1994	25,0	61,5	1 695,6	1 150,6	17,4	4,6	513,6	9,5	4 137,2	3 502,8	45,9	2,2	433,7
1995	26,0	61,0	1 859,9	1 264,9	17,5	4,3	561,9	11,4	4 436,9	3 802,0	46,8	1,4	427,3
1996	28,9	59,7	2 134,0	1 443,3	17,9	3,4	657,2	12,2	4 773,1	4 097,9	44,8	5,9	437,2
1997	29,3	60,2	2 397,9	1 606,3	18,1	3,6	758,9	11,1	5 058,4	4 353,9	44,7	2,9	473,3
1998	28,5	63,6	2 738,2	1 814,7	14,6	12,2	887,7	9,1	5 379,8	4 639,7	32,8	5,0	527,8
1999	16,8	45,6	1 556,9	1 033,4	0,0	19,2	504,2	3,9	2 904,5	2 569,6	7,0	3,0	287,5
2000	15,6	50,8	1 639,6	1 056,1	0,0	26,8	556,6	3,6	3 003,7	2 657,3	6,5	2,3	304,7
2001	14,2	56,3	1 676,0	1 078,9	0,0	5,6	591,5	2,8	3 014,1	2 699,4	4,8	4,4	301,5
2000 Nov.	12,9	39,1	1 642,5	1 059,0	0,0	27,1	556,4	3,6	2 997,2	2 651,1	6,5	2,3	305,0
2000 Dez.	15,6	50,8	1 639,6	1 056,1	0,0	26,8	556,6	3,6	3 003,7	2 657,3	6,5	2,3	304,7
2001 Jan.	12,9	40,5	1 620,7	1 027,2	0,0	26,7	566,8	3,5	2 998,4	2 664,7	6,1	2,4	320,5
2001 Febr.	12,9	43,4	1 649,8	1 051,7	0,0	24,2	573,8	3,5	3 010,9	2 674,0	5,9	3,3	323,3
2001 März	12,6	46,3	1 668,2	1 062,3	0,0	22,4	583,5	3,4	3 033,2	2 680,2	6,0	2,8	339,2
2001 April	13,2	40,3	1 675,2	1 058,9	0,0	20,6	595,7	3,5	3 030,3	2 673,1	6,0	2,5	343,9
2001 Mai	13,4	43,9	1 677,9	1 060,1	0,0	18,5	599,2	3,4	3 032,7	2 679,8	5,9	2,9	339,3
2001 Juni	13,2	46,1	1 671,6	1 063,4	0,0	16,8	591,5	3,4	3 007,7	2 676,1	5,8	2,3	318,7
2001 Juli	13,2	50,5	1 661,4	1 046,9	0,0	14,4	600,0	3,4	3 008,2	2 671,1	5,7	4,4	323,0
2001 Aug.	13,0	49,3	1 665,7	1 060,7	0,0	12,9	592,1	2,8	2 995,3	2 671,0	5,6	3,7	311,1
2001 Sept.	13,2	51,2	1 689,6	1 087,9	0,0	11,2	590,6	2,8	2 989,9	2 679,6	5,6	4,9	295,7
2001 Okt.	13,6	54,4	1 676,9	1 072,8	0,0	11,1	593,0	2,9	2 992,5	2 681,6	5,5	4,4	297,1
2001 Nov.	13,2	55,9	1 684,1	1 084,2	0,0	7,5	592,3	2,8	3 009,4	2 698,5	5,3	3,7	297,9
2001 Dez.	14,2	56,3	1 676,0	1 078,9	0,0	5,6	591,5	2,8	3 014,1	2 699,4	4,8	4,4	301,5
2002 Jan.	26,7	49,3	1 633,8	1 038,5	0,0	5,7	589,7	2,8	3 011,2	2 690,2	4,6	3,0	309,5
2002 Febr.	18,8	42,0	1 636,3	1 035,4	0,0	5,2	595,7	2,8	3 006,1	2 689,6	4,4	2,8	305,4
2002 März	16,5	44,4	1 653,0	1 045,6	0,0	5,8	601,5	2,7	2 996,9	2 689,9	4,5	2,7	295,9
2002 April	14,5	40,9	1 648,3	1 038,4	0,0	6,3	603,6	2,7	3 004,3	2 687,4	4,4	3,7	304,9
<b>Veränderungen *)</b>													
1993	– 0,1	– 12,9	+ 133,3	+ 75,2	– 4,3	+ 0,1	+ 61,5	+ 0,7	+ 339,8	+ 259,1	– 7,4	– 4,5	+ 102,0
1994	– 1,7	– 13,8	+ 99,1	+ 73,6	+ 2,7	+ 1,3	+ 21,3	+ 0,1	+ 320,5	+ 240,2	+ 1,2	– 3,3	+ 86,7
1995	+ 1,0	– 0,5	+ 193,5	+ 139,4	+ 0,1	– 0,5	+ 54,3	+ 0,2	+ 312,8	+ 303,6	+ 1,0	– 0,8	+ 2,9
1996	+ 2,9	– 1,3	+ 257,8	+ 161,8	+ 0,4	– 1,1	+ 95,8	+ 0,8	+ 336,3	+ 311,7	– 2,0	+ 4,7	+ 10,6
1997	+ 0,4	+ 0,5	+ 262,5	+ 160,7	+ 0,2	+ 0,2	+ 102,6	– 1,1	+ 285,2	+ 255,5	– 0,1	– 3,0	+ 36,5
1998	– 0,8	+ 3,4	+ 343,3	+ 210,3	– 3,6	+ 8,6	+ 130,0	– 2,0	+ 335,3	+ 302,1	– 11,9	+ 2,1	+ 52,1
1999	+ 2,2	+ 13,2	+ 122,1	+ 66,3	+ 0,0	+ 12,9	+ 42,8	– 0,7	+ 156,1	+ 136,9	+ 2,6	+ 0,4	+ 16,7
2000	– 1,1	+ 5,1	+ 83,6	+ 21,7	– 0,0	+ 7,6	+ 54,3	– 0,3	+ 100,7	+ 83,7	– 0,5	– 0,8	+ 19,0
2001	– 1,4	+ 5,5	+ 34,6	+ 20,1	– 0,0	– 21,3	+ 35,8	– 0,9	+ 11,9	+ 40,8	– 1,6	+ 1,6	+ 0,3
2000 Nov.	– 0,6	+ 3,8	+ 27,5	+ 28,8	– 0,0	– 0,7	– 0,6	– 0,1	+ 14,5	+ 8,0	+ 0,0	– 0,1	+ 6,7
2000 Dez.	+ 2,8	+ 11,6	– 0,4	– 0,6	– 0,0	– 0,3	+ 0,5	– 0,1	+ 10,1	+ 9,5	–	– 0,1	– 0,2
2001 Jan.	– 2,7	– 10,3	– 18,5	– 28,7	+ 0,0	– 0,2	+ 10,4	– 0,1	– 4,5	+ 7,6	– 0,3	+ 0,1	+ 16,4
2001 Febr.	– 0,0	+ 2,9	+ 29,2	+ 24,5	– 0,0	– 2,5	+ 7,1	– 0,0	+ 12,6	+ 9,5	– 0,3	+ 0,9	+ 2,8
2001 März	– 0,3	+ 3,0	+ 17,2	+ 9,3	–	– 1,9	+ 9,7	– 0,1	+ 21,1	+ 4,9	+ 0,1	– 0,5	+ 16,0
2001 April	+ 0,6	– 6,1	+ 5,8	– 4,6	+ 0,0	– 1,8	+ 12,2	+ 0,0	– 2,7	– 6,9	– 0,0	– 0,3	+ 4,6
2001 Mai	+ 0,1	+ 3,6	+ 0,7	– 0,7	– 0,0	– 2,1	+ 3,5	– 0,1	– 0,1	+ 4,3	– 0,1	+ 0,4	– 4,6
2001 Juni	– 0,1	+ 2,2	– 6,0	+ 3,5	– 0,0	– 1,7	– 7,8	– 0,0	– 24,5	– 3,3	– 0,1	– 0,6	– 20,6
2001 Juli	+ 0,0	+ 4,4	– 9,2	– 15,4	– 0,0	– 2,4	+ 8,6	+ 0,0	+ 1,7	– 3,7	– 0,0	+ 2,1	+ 4,3
2001 Aug.	– 0,3	– 1,2	+ 5,7	+ 15,2	–	– 1,5	– 8,0	– 0,6	– 9,6	+ 1,3	– 0,1	– 0,7	– 10,1
2001 Sept.	+ 0,3	+ 1,9	+ 23,5	+ 26,7	– 0,0	– 1,7	– 1,5	– 0,0	– 6,3	+ 7,8	+ 0,0	+ 0,6	– 14,7
2001 Okt.	+ 0,4	+ 3,2	– 13,0	– 15,3	+ 0,0	– 0,1	+ 2,4	– 0,0	+ 2,4	+ 1,7	– 0,1	– 0,5	+ 1,3
2001 Nov.	– 0,5	+ 1,6	+ 6,9	+ 11,1	–	– 3,6	– 0,6	– 0,1	+ 16,1	+ 15,9	– 0,1	– 0,7	+ 1,0
2001 Dez.	+ 1,0	+ 0,3	– 7,7	– 5,4	– 0,0	– 1,9	– 0,3	– 0,0	+ 5,8	+ 1,7	– 0,5	+ 0,7	+ 3,8
2002 Jan.	+ 12,5	– 6,9	– 42,5	– 41,0	– 0,0	+ 0,1	– 1,6	– 0,0	– 3,4	– 9,9	– 0,3	– 1,5	+ 8,3
2002 Febr.	– 8,0	– 7,3	+ 2,7	– 2,9	+ 0,0	– 0,5	+ 6,1	– 0,0	– 4,9	– 0,5	– 0,2	– 0,2	– 4,1
2002 März	– 2,3	+ 2,4	+ 16,9	+ 10,3	– 0,0	+ 0,6	+ 6,0	– 0,0	– 8,6	+ 0,7	+ 0,1	– 0,1	– 9,3
2002 April	– 2,0	– 3,5	– 5,0	– 7,2	–	+ 0,5	+ 1,6	– 0,0	+ 8,1	– 2,3	– 0,1	+ 1,0	+ 9,4

\* S. Tab. IV. 2, Anm. \*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Bis Dezember 1998: inländische Noten und Münzen. — 2 Bis Dezember 1998 ohne Kredite an inländische Bausparkassen. — 3 Bis Dezember 1998 einschl. Treuhandkredite; s. a. Anm. 7. — 4 Bis Dezember 1998 Wechselkredite (Wechselbestand zuzüglich Indossamentsverbindlichkeiten aus rediskontierten Wechseln und aus dem Wechselbestand vor Verfall zum Einzug versandte Wechsel). — 5 Bis November 1993 in den Wertpapieren enthalten; s. a. Anm. 6. — 6 Bis November 1993 einschl. börsenfähiger Geldmarktpapiere; ohne Namensschuldverschreibungen. — 7 Ab 1999 nicht mehr in die Kredite bzw. Einlagen einbezogen; s. a. Anm. 3. — 8 Bis Dezember 1998 einschl. Kredite an inländische Bausparkassen. — 9 Ohne Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; s. a. Anm. 10. — 10 Einschl. Schuldverschreibungen aus dem

IV. Banken

Ausgleichs- forderungen 10)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite 7)	Beteiligun- gen an in- ländischen Banken und Unter- nehmen	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Banken (MFIs) 3) 11) 12)					Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs) 3) 17)					Zeit	
			insgesamt	Sicht- einlagen 13) 14)	Termin- ein- lagen 14) 15)	weiter- gegebene Wechsel 16)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite 7)	insgesamt	Sicht- ein- lagen 13)	Termin- ein- lagen 15) 18)	Spar- ein- lagen 19)	Spar- briefe 20)		Nach- richtlich: Treuhand- kredite 7)
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
64,3	79,5	49,4	1 266,2	301,2	864,7	78,0	22,4	2 570,4	468,3	1 020,9	770,7	240,0	70,4	1992
75,3	81,6	59,5	1 395,2	380,2	917,9	69,2	27,9	2 788,1	513,6	1 123,6	859,4	219,1	72,4	1993
68,1	84,4	70,7	1 427,9	342,8	976,9	75,2	33,1	2 875,7	540,2	1 109,3	940,5	206,9	78,8	1994
71,3	88,1	83,2	1 539,4	363,9	1 065,1	75,5	35,0	3 021,1	579,9	1 086,1	1 046,1	227,4	81,6	1995
81,3	106,0	89,7	1 731,0	401,1	1 202,4	75,4	52,2	3 241,5	675,1	1 109,8	1 143,0	227,8	85,8	1996
76,0	107,6	95,1	1 902,3	427,6	1 349,1	75,6	50,0	3 341,9	689,8	1 146,9	1 182,1	236,9	86,1	1997
71,6	102,8	129,2	2 086,9	472,5	1 505,2	59,4	49,7	3 520,3	799,5	1 194,1	1 211,0	234,9	80,9	1998
37,5	58,0	75,6	1 122,0	114,4	1 007,3	0,3	29,8	1 905,3	420,4	759,6	614,7	110,7	42,1	1999
33,1	58,5	82,7	1 189,2	113,4	1 075,3	0,4	30,1	1 945,8	443,4	819,9	573,5	109,0	42,1	2000
4,0	57,0	95,9	1 204,9	123,1	1 081,6	0,3	27,2	2 034,0	526,4	827,0	574,5	106,0	43,3	2001
32,3	58,7	80,9	1 189,6	133,0	1 056,4	0,2	30,1	1 912,9	438,7	802,8	562,7	108,7	42,3	2000 Nov.
33,1	58,5	82,7	1 189,2	113,4	1 075,3	0,4	30,1	1 945,8	443,4	819,9	573,5	109,0	42,1	Dez.
4,7	58,3	83,2	1 145,5	117,8	1 027,3	0,4	30,0	1 921,8	431,1	812,0	569,3	109,3	42,0	2001 Jan.
4,4	58,4	85,4	1 160,2	123,9	1 035,9	0,4	29,9	1 933,8	443,3	813,8	567,2	109,5	42,5	Febr.
4,9	58,5	85,8	1 180,2	124,5	1 055,5	0,2	29,8	1 935,3	442,1	817,8	565,6	109,8	42,6	März
4,9	58,4	86,1	1 169,9	127,7	1 041,9	0,2	29,8	1 938,3	451,9	813,8	562,7	109,8	42,7	April
4,8	57,2	86,5	1 169,5	119,5	1 049,8	0,2	28,3	1 944,0	454,9	819,2	559,9	110,0	42,9	Mai
4,9	56,8	86,5	1 183,9	127,1	1 056,5	0,2	28,3	1 953,3	465,0	819,8	558,8	109,8	42,7	Juni
4,0	56,7	89,4	1 168,2	116,2	1 051,8	0,2	28,1	1 948,4	461,4	821,0	556,4	109,7	42,7	Juli
4,0	57,6	89,6	1 167,9	119,2	1 048,4	0,2	28,1	1 953,2	463,5	825,0	555,1	109,6	42,8	Aug.
4,0	57,4	89,0	1 196,4	137,1	1 059,1	0,2	28,1	1 971,0	480,2	826,1	555,4	109,3	42,7	Sept.
4,0	57,2	88,7	1 177,5	124,2	1 053,1	0,2	28,1	1 977,5	483,7	829,0	556,4	108,4	42,4	Okt.
4,0	57,0	87,2	1 198,9	146,7	1 052,0	0,2	27,9	1 999,2	511,0	822,5	558,2	107,6	42,5	Nov.
4,0	57,0	95,9	1 204,9	123,1	1 081,6	0,3	27,2	2 034,0	526,4	827,0	574,5	106,0	43,3	Dez.
3,9	56,7	89,6	1 159,4	115,6	1 043,6	0,2	27,3	2 009,8	511,5	819,9	573,4	105,1	42,4	2002 Jan.
3,9	56,4	95,1	1 148,5	119,8	1 028,5	0,2	27,3	2 007,8	511,3	819,7	572,0	104,8	42,2	Febr.
3,9	56,2	95,4	1 164,8	126,0	1 038,6	0,2	27,1	2 006,6	509,2	821,7	570,8	104,9	42,1	März
3,9	56,1	95,7	1 138,3	123,2	1 014,9	0,2	27,0	1 999,3	515,7	816,8	561,8	104,9	42,0	April
Veränderungen *)														
- 11,4	+ 2,1	+ 9,8	+ 145,3	+ 75,1	+ 77,1	- 8,8	+ 1,9	+ 216,7	+ 43,8	+ 96,9	+ 88,7	- 14,6	+ 2,0	1993
- 6,9	+ 2,6	+ 11,3	+ 32,4	- 31,4	+ 53,0	+ 6,0	+ 4,9	+ 85,0	+ 28,3	- 14,1	+ 81,2	- 12,2	+ 1,8	1994
- 1,2	+ 7,3	+ 12,5	+ 134,2	+ 20,4	+ 111,5	+ 0,4	+ 2,0	+ 158,3	+ 48,9	- 14,2	+ 105,6	+ 11,7	+ 6,3	1995
+ 8,0	+ 3,3	+ 6,5	+ 175,9	+ 36,6	+ 137,7	- 0,2	+ 1,7	+ 218,4	+ 94,3	+ 23,2	+ 96,9	+ 0,7	+ 3,3	1996
- 5,3	+ 1,6	+ 5,4	+ 175,9	+ 31,6	+ 146,7	+ 0,2	- 2,6	+ 100,5	+ 13,0	+ 37,1	+ 39,1	+ 9,2	+ 2,1	1997
- 4,4	- 4,8	+ 34,1	+ 179,0	+ 39,7	+ 156,4	- 16,2	- 0,9	+ 179,3	+ 110,6	+ 47,2	+ 28,9	- 2,1	- 5,3	1998
- 0,6	+ 0,1	+ 9,3	+ 69,0	- 1,8	+ 81,8	- 11,1	- 0,4	+ 67,3	+ 32,7	+ 48,4	- 4,5	- 9,3	+ 0,7	1999
- 0,8	+ 0,5	+ 7,1	+ 64,7	- 2,3	+ 66,9	+ 0,1	+ 0,3	+ 41,3	+ 22,3	+ 61,1	- 40,5	- 1,7	- 0,0	2000
- 29,1	- 1,5	+ 13,3	+ 9,6	+ 7,4	+ 2,3	- 0,2	- 2,9	+ 88,5	+ 82,3	+ 8,1	+ 1,1	- 2,9	+ 1,0	2001
- 0,1	+ 0,2	+ 0,8	+ 38,4	+ 22,9	+ 15,6	- 0,0	+ 0,0	+ 13,1	+ 21,8	- 6,0	- 3,5	+ 0,8	- 0,4	2000 Nov.
+ 0,8	- 0,2	+ 1,8	+ 1,6	- 17,6	+ 19,0	+ 0,2	- 0,1	+ 35,5	+ 5,7	+ 18,6	+ 10,8	+ 0,4	- 0,2	Dez.
- 28,4	- 0,2	+ 0,5	- 43,6	+ 4,5	- 48,1	+ 0,0	- 0,0	- 24,0	- 12,3	- 7,9	- 4,1	+ 0,3	- 0,1	2001 Jan.
- 0,3	- 0,0	+ 2,2	+ 14,7	+ 6,1	+ 8,6	- 0,0	- 0,2	+ 13,1	+ 12,1	+ 2,9	- 2,1	+ 0,2	+ 0,4	Febr.
+ 0,6	+ 0,1	+ 0,3	+ 15,3	- 0,6	+ 16,1	- 0,2	- 0,1	+ 0,9	- 1,7	+ 4,0	- 1,6	+ 0,3	+ 0,1	März
- 0,1	- 0,1	+ 0,3	- 11,0	+ 2,5	- 13,5	- 0,0	- 0,0	+ 2,9	+ 9,8	- 4,0	- 2,9	- 0,0	+ 0,1	April
- 0,0	- 1,2	+ 0,5	- 2,3	- 10,2	+ 7,9	+ 0,0	- 1,5	+ 5,0	+ 2,2	+ 5,4	- 2,8	+ 0,2	+ 0,2	Mai
+ 0,1	- 0,3	+ 0,0	+ 14,6	+ 7,9	+ 6,7	+ 0,0	- 0,0	+ 9,4	+ 10,2	+ 0,6	- 1,2	- 0,1	- 0,2	Juni
- 0,9	- 0,1	+ 3,0	- 14,5	- 9,8	- 4,7	- 0,0	- 0,2	- 4,4	- 3,1	+ 1,2	- 2,4	- 0,1	+ 0,1	Juli
+ 0,0	+ 0,9	+ 0,1	+ 1,1	+ 4,5	- 3,4	+ 0,0	+ 0,0	+ 5,3	+ 2,7	+ 4,0	- 1,2	- 0,1	+ 0,1	Aug.
+ 0,0	- 0,1	- 0,5	+ 28,1	+ 17,4	+ 10,7	- 0,0	- 0,0	+ 17,8	+ 16,7	+ 1,2	+ 0,2	- 0,3	- 0,2	Sept.
- 0,0	- 0,1	- 0,3	- 19,1	- 13,1	- 6,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 6,3	+ 3,4	+ 2,9	+ 1,0	- 0,9	- 0,2	Okt.
+ 0,0	- 0,2	- 1,5	+ 20,5	+ 22,0	- 1,5	- 0,0	- 0,2	+ 21,5	+ 27,1	- 6,6	+ 1,8	- 0,8	+ 0,0	Nov.
+ 0,0	+ 0,0	+ 8,7	+ 5,9	- 23,7	+ 29,6	+ 0,1	- 0,7	+ 34,7	+ 15,4	+ 4,5	+ 16,4	- 1,5	+ 0,8	Dez.
- 0,0	- 0,3	- 6,1	- 46,1	- 10,5	- 35,6	- 0,1	+ 0,1	- 24,4	- 15,2	- 7,1	- 1,2	- 0,9	- 0,9	2002 Jan.
-	- 0,3	+ 5,8	- 10,8	+ 4,3	- 15,1	- 0,0	- 0,1	- 2,0	- 0,2	- 0,1	- 1,4	- 0,3	- 0,2	Febr.
- 0,0	- 0,3	+ 0,3	+ 16,4	+ 6,3	+ 10,1	- 0,0	- 0,2	- 1,2	- 2,0	+ 2,0	- 1,2	+ 0,1	- 0,1	März
+ 0,0	- 0,1	+ 0,3	- 26,6	- 2,9	- 23,7	+ 0,0	- 0,0	- 7,3	+ 6,5	- 4,9	- 9,0	+ 0,1	- 0,1	April

Umtausch von Ausgleichsforderungen. — 11 Einschl. Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen, Namensgeldmarktpapieren, nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen; einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten. — 12 Bis Dezember 1998 ohne Verbindlichkeiten gegenüber inländischen Bausparkassen und Geldmarktfonds. — 13 Bis Dezember 1998 einschl. Termingelder bis unter 1 Monat. — 14 Einschl. Verbindlichkeiten aus geldpolitischen Geschäften mit der Bundesbank. — 15 Bis Dezember 1998 ohne Termineinlagen bis unter 1 Monat. — 16 Eigene Akzepte und Sola-

wechsel im Umlauf und bis Dezember 1998 zusätzlich Indossamentsverbindlichkeiten aus rediskontierten Wechseln. — 17 Bis Dezember 1998 einschl. Verbindlichkeiten gegenüber inländischen Bausparkassen und Geldmarktfonds. — 18 Seit Einbeziehung der Bausparkassen Januar 1999 einschl. Bauspareinlagen; s. dazu Tab. IV.12. — 19 Ohne Bauspareinlagen; s. a. Anm. 18. — 20 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

IV. Banken

4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland \*)

Bis Ende 1998 Mrd DM, ab 1999 Mrd €

Zeit	Kassenbestand an Noten und Münzen in Nicht-Eurowährungen 1)	Kredite an ausländische Banken (MFIs) 2)							Kredite an ausländische Nichtbanken (Nicht-MFIs) 2)					
		insgesamt	Guthaben und Buchkredite, Wechsel 3)			börsenfähige Geldmarktpapiere von Banken 4)	Wertpapiere von Banken 5)	Nachrichtlich: Treuhandkredite 6)	insgesamt	Buchkredite, Wechsel 3)			Schatzwechsel und börsenfähige Geldmarktpapiere von Nichtbanken	Wertpapiere von Nichtbanken
			zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig					zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
1992	1,0	405,6	377,4	250,0	127,4	-	21,3	6,8	217,8	157,3	30,2	127,1	0,4	45,2
1993	1,2	533,8	498,3	360,5	137,7	0,1	24,3	11,2	262,5	184,0	48,3	135,7	0,0	63,0
1994	1,2	492,3	455,0	309,0	146,0	0,1	23,7	13,5	257,4	173,0	35,0	138,0	0,6	66,5
1995	1,2	538,4	500,8	349,7	151,1	0,1	25,6	11,8	289,2	191,1	42,1	148,9	1,7	79,7
1996	1,4	588,9	544,2	386,6	157,6	0,3	31,5	13,0	352,0	230,4	60,2	170,2	4,9	103,9
1997	1,5	689,1	635,3	456,1	179,2	0,2	43,1	10,5	474,8	312,7	96,2	216,5	6,0	140,3
1998	1,5	774,9	706,9	533,6	173,3	0,4	58,7	9,0	610,3	364,9	93,9	270,9	11,6	211,0
1999	0,4	427,1	383,5	279,5	104,1	0,4	43,2	4,2	396,1	235,8	52,7	183,1	7,5	152,7
2000	0,4	507,7	441,4	325,4	116,0	1,3	65,0	3,6	475,8	286,8	71,1	215,7	6,5	182,5
2001	0,4	596,1	521,7	383,7	138,0	0,8	73,6	3,5	570,3	347,2	99,7	247,5	5,2	217,9
2000 Nov.	0,5	518,1	452,9	335,5	117,4	1,3	63,9	3,9	474,5	285,1	68,2	216,9	6,2	183,3
2000 Dez.	0,4	507,7	441,4	325,4	116,0	1,3	65,0	3,6	475,8	286,8	71,1	215,7	6,5	182,5
2001 Jan.	0,5	506,2	438,5	324,0	114,4	1,3	66,5	3,4	493,7	298,4	80,9	217,5	7,1	188,1
2001 Febr.	0,7	520,8	452,5	337,0	115,5	0,9	67,3	3,5	506,7	302,9	81,9	221,0	6,2	197,6
2001 März	0,5	552,8	482,5	365,5	117,0	1,2	69,1	3,6	536,3	326,1	97,5	228,6	5,9	204,3
2001 April	0,5	557,3	484,1	366,9	117,3	1,3	71,8	3,5	553,0	334,4	104,4	230,0	6,8	211,8
2001 Mai	0,5	552,5	477,5	358,4	119,1	1,5	73,5	3,6	569,7	340,9	103,6	237,3	7,3	221,5
2001 Juni	0,6	568,1	492,6	369,3	123,3	1,5	74,0	3,6	562,2	337,5	97,6	239,9	6,0	218,7
2001 Juli	0,5	540,4	465,0	341,1	123,9	1,8	73,6	3,5	549,6	330,2	92,8	237,4	6,6	212,8
2001 Aug.	0,5	560,0	485,2	358,5	126,7	1,8	73,0	3,5	550,4	327,7	95,2	232,6	6,7	215,9
2001 Sept.	0,5	589,0	513,6	384,2	129,4	1,8	73,6	3,5	557,1	333,4	98,4	235,1	6,5	217,2
2001 Okt.	0,5	591,9	516,9	384,5	132,4	1,5	73,4	3,5	561,4	338,0	100,4	237,6	6,1	217,3
2001 Nov.	0,5	608,4	534,2	399,9	134,3	1,1	73,1	3,6	573,0	352,3	110,1	242,3	5,2	215,5
2001 Dez.	0,4	596,1	521,7	383,7	138,0	0,8	73,6	3,5	570,3	347,2	99,7	247,5	5,2	217,9
2002 Jan.	0,9	585,2	510,4	371,7	138,7	1,0	73,8	3,2	578,2	353,8	103,1	250,7	4,6	219,8
2002 Febr.	0,7	568,5	493,0	351,0	142,0	1,4	74,1	3,1	582,3	355,9	103,6	252,3	5,8	220,6
2002 März	0,4	581,2	505,6	362,4	143,2	1,3	74,3	2,9	596,4	366,7	113,3	253,4	7,2	222,5
2002 April	0,4	590,1	515,1	370,6	144,6	1,3	73,7	2,9	586,5	359,2	108,0	251,2	7,8	219,6
Veränderungen *)														
1993	+ 0,1	+ 117,3	+ 117,2	+ 103,9	+ 13,3	- 0,0	+ 0,5	- 0,4	+ 31,9	+ 12,6	+ 6,2	+ 6,3	- 0,4	+ 19,5
1994	+ 0,0	- 24,0	- 27,5	- 41,4	+ 13,9	- 0,0	+ 0,1	+ 3,4	- 1,6	- 5,5	- 12,3	+ 6,7	+ 0,6	+ 5,1
1995	+ 0,1	+ 59,1	+ 57,6	+ 49,2	+ 8,4	+ 0,0	+ 2,9	- 1,4	+ 38,3	+ 21,3	+ 7,8	+ 13,6	+ 1,1	+ 16,1
1996	+ 0,2	+ 34,2	+ 29,9	+ 27,2	+ 2,7	+ 0,2	+ 5,2	- 1,1	+ 58,4	+ 36,2	+ 17,0	+ 19,2	+ 3,1	+ 21,4
1997	+ 0,1	+ 80,6	+ 71,5	+ 53,3	+ 18,2	- 0,1	+ 10,4	- 1,2	+ 109,3	+ 73,0	+ 33,7	+ 39,3	+ 0,7	+ 32,9
1998	- 0,0	+ 100,8	+ 89,5	+ 79,3	+ 10,2	+ 0,0	+ 13,1	- 1,8	+ 122,0	+ 42,7	- 6,4	+ 49,1	+ 5,5	+ 66,0
1999	- 0,3	+ 17,7	+ 5,7	- 5,3	+ 11,0	+ 0,2	+ 11,7	- 0,0	+ 85,8	+ 42,8	+ 8,4	+ 34,4	+ 1,3	+ 41,8
2000	- 0,0	+ 78,9	+ 56,5	+ 44,6	+ 11,8	+ 0,9	+ 21,6	- 0,7	+ 72,0	+ 45,0	+ 17,4	+ 27,7	- 1,2	+ 28,2
2001	+ 0,0	+ 83,7	+ 75,6	+ 54,4	+ 21,2	- 0,5	+ 8,5	- 0,2	+ 88,3	+ 53,4	+ 27,0	+ 26,4	- 1,5	+ 36,3
2000 Nov.	- 0,0	+ 15,9	+ 11,7	+ 11,1	+ 0,6	+ 0,8	+ 3,4	- 0,5	+ 8,6	+ 7,4	+ 4,5	+ 3,0	+ 0,1	+ 1,1
2000 Dez.	- 0,1	- 1,2	- 3,2	- 4,1	+ 0,9	+ 0,0	+ 2,0	- 0,2	+ 12,9	+ 10,8	+ 4,8	+ 5,9	+ 0,5	+ 1,6
2001 Jan.	+ 0,1	- 1,0	- 2,5	- 1,1	- 1,4	- 0,0	+ 1,5	- 0,2	+ 18,6	+ 11,9	+ 9,9	+ 1,9	+ 0,6	+ 6,1
2001 Febr.	+ 0,2	+ 14,5	+ 13,9	+ 12,8	+ 1,1	- 0,4	+ 0,9	+ 0,0	+ 12,7	+ 4,1	+ 0,9	+ 3,2	- 0,9	+ 9,5
2001 März	+ 0,2	+ 27,4	+ 25,6	+ 25,4	+ 0,1	+ 0,3	+ 1,5	+ 0,1	+ 22,1	+ 17,0	+ 14,3	+ 2,6	- 0,4	+ 5,6
2001 April	+ 0,0	+ 4,8	+ 1,9	+ 1,4	+ 0,5	+ 0,1	+ 2,7	- 0,0	+ 17,4	+ 8,9	+ 7,1	+ 1,9	+ 0,9	+ 7,5
2001 Mai	- 0,0	- 11,3	- 12,5	- 13,1	+ 0,6	+ 0,2	+ 1,0	- 0,0	+ 6,9	- 1,0	- 2,7	+ 1,7	+ 0,3	+ 7,5
2001 Juni	+ 0,1	+ 16,7	+ 16,1	+ 11,6	+ 4,5	- 0,0	+ 0,6	- 0,0	- 6,6	- 3,0	- 5,8	+ 2,8	- 1,3	- 2,3
2001 Juli	- 0,0	- 23,7	- 24,0	- 25,6	+ 1,6	+ 0,3	- 0,0	- 0,0	- 6,3	- 2,4	- 3,6	+ 1,2	+ 0,7	- 4,7
2001 Aug.	- 0,0	+ 24,0	+ 24,2	+ 20,2	+ 4,1	- 0,0	- 0,2	+ 0,0	+ 8,6	+ 4,3	+ 4,0	+ 0,3	+ 0,2	+ 4,1
2001 Sept.	+ 0,0	+ 28,1	+ 27,5	+ 25,2	+ 2,3	+ 0,1	+ 0,5	- 0,0	+ 5,7	+ 4,9	+ 3,0	+ 1,9	- 0,2	+ 1,0
2001 Okt.	+ 0,0	+ 2,0	+ 2,5	- 0,3	+ 2,8	- 0,3	- 0,2	+ 0,0	+ 2,7	+ 3,2	+ 1,4	+ 1,8	- 0,4	- 0,0
2001 Nov.	- 0,0	+ 15,1	+ 16,0	+ 14,5	+ 1,5	- 0,5	+ 0,5	+ 0,0	+ 10,3	+ 12,1	+ 9,1	+ 3,0	- 1,0	- 0,9
2001 Dez.	- 0,1	- 12,8	- 13,2	- 16,6	+ 3,4	- 0,2	+ 0,6	- 0,0	- 3,7	- 6,6	- 10,6	+ 4,0	- 0,0	+ 2,9
2002 Jan.	+ 0,5	- 13,2	- 13,5	- 13,7	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	- 0,4	+ 4,8	+ 3,5	+ 2,6	+ 0,9	- 0,7	+ 1,9
2002 Febr.	- 0,2	- 16,4	- 17,1	- 20,5	+ 3,4	+ 0,4	+ 0,3	- 0,1	+ 4,6	+ 2,5	+ 0,6	+ 1,8	+ 1,2	+ 1,0
2002 März	- 0,3	+ 13,5	+ 13,3	+ 11,9	+ 1,4	- 0,1	+ 0,2	- 0,2	+ 15,9	+ 13,9	+ 9,9	+ 4,0	+ 1,4	+ 0,6
2002 April	- 0,1	+ 12,7	+ 13,0	+ 10,7	+ 2,3	- 0,1	- 0,3	- 0,0	- 3,6	- 2,4	- 3,8	+ 1,4	+ 0,7	- 1,8

\* S. Tab. IV. 2, Anm.\*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders ange-

merkt. — 1 Bis Dezember 1998: Noten und Münzen in Fremdwährung. — 2 Bis Dezember 1998 einschl. Treuhandkredite; s. a. Anm. 6. — 3 Bis Dezember 1998 Wechselkredite (Wechselbestand zuzüglich Indossamentverbindlichkeiten aus rediskontierten Wechseln und aus dem Wechselbestand

IV. Banken

Nachrichtlich: Treuhandkredite 6)	Beteiligungen an ausländischen Banken und Unternehmen 7)	Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Banken (MFIs) 2)						Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs) 2)						Zeit
		insgesamt	Sichteinlagen 8)	Termineinlagen (einschl. Sparbriefe)			Nachrichtlich: Treuhandkredite 6)	insgesamt	Sichteinlagen 8)	Termineinlagen (einschl. Sparbriefe)			Nachrichtlich: Treuhandkredite 6)	
				zusammen 9)	kurzfristig 9)	mittel- und langfristige				zusammen 9)	kurzfristig 9)	mittel- und langfristige		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
14,8	25,8	297,0	66,7	219,7	119,2	100,5	10,5	125,8	15,8	103,6	34,4	69,2	6,4	1992
15,5	30,1	328,1	82,9	236,0	122,5	113,5	9,2	162,8	16,9	139,2	39,1	100,1	6,7	1993
17,3	34,0	402,3	111,6	283,7	150,8	132,9	7,1	181,5	20,6	155,3	41,7	113,6	5,6	1994
16,7	38,8	463,7	116,9	339,7	191,6	148,2	7,0	224,4	22,1	198,0	45,3	152,6	4,4	1995
12,7	45,8	486,5	147,1	335,7	172,0	163,7	3,8	273,5	34,3	237,2	50,0	187,2	2,1	1996
15,7	54,7	670,3	226,0	440,2	254,3	185,9	4,0	333,9	43,5	285,7	63,0	222,7	4,8	1997
22,9	62,9	875,7	309,5	562,5	359,1	203,4	3,7	390,3	51,3	329,6	71,8	257,8	9,5	1998
13,6	33,9	483,6	65,6	418,0	332,3	85,6	2,0	284,4	23,8	260,6	64,9	195,7	5,8	1999
13,9	47,4	586,0	113,7	472,2	382,9	89,3	1,7	314,9	35,4	279,5	62,5	217,0	5,6	2000
13,8	47,6	622,7	91,9	530,8	434,5	96,3	1,4	350,6	34,0	316,6	97,6	219,0	5,3	2001
14,4	40,5	589,2	130,8	458,3	365,1	93,2	1,9	329,5	36,1	293,5	71,5	222,0	6,3	2000 Nov.
13,9	47,4	586,0	113,7	472,2	382,9	89,3	1,7	314,9	35,4	279,5	62,5	217,0	5,6	Dez.
14,2	48,5	608,9	140,2	468,8	381,4	87,4	1,7	328,2	38,7	289,5	73,4	216,1	5,6	2001 Jan.
14,5	47,8	631,6	150,3	481,3	396,0	85,3	1,7	335,3	37,9	297,4	76,3	221,1	5,6	Febr.
14,5	48,6	700,4	163,9	536,5	453,4	83,1	1,8	347,0	41,3	305,7	80,0	225,7	5,9	März
14,6	48,6	702,1	154,5	547,6	464,7	82,9	1,7	365,3	47,1	318,2	92,0	226,1	5,8	April
14,9	49,1	704,1	155,0	549,1	462,0	87,1	1,7	385,0	53,9	331,1	96,3	234,8	6,1	Mai
14,8	48,6	675,1	151,3	523,8	435,2	88,6	1,6	364,1	45,8	318,3	81,5	236,8	6,1	Juni
14,7	49,3	635,4	132,5	502,8	414,1	88,7	1,5	367,1	42,0	325,2	91,5	233,6	6,0	Juli
14,3	49,2	640,1	106,9	533,3	445,0	88,3	1,5	368,3	37,7	330,6	100,6	230,0	5,7	Aug.
14,2	49,1	645,2	144,7	500,5	409,0	91,6	1,5	360,8	36,7	324,2	92,2	231,9	5,7	Sept.
14,1	49,8	637,1	133,7	503,4	412,3	91,1	1,4	376,6	37,0	339,6	105,9	233,6	5,8	Okt.
14,2	50,0	643,3	120,4	522,9	429,6	93,3	1,4	365,7	38,8	327,0	107,5	219,5	5,9	Nov.
13,8	47,6	622,7	91,9	530,8	434,5	96,3	1,4	350,6	34,0	316,6	97,6	219,0	5,3	Dez.
13,7	47,2	638,6	130,5	508,1	412,3	95,8	1,3	361,3	36,0	325,2	102,2	223,0	5,3	2002 Jan.
14,0	47,4	616,5	122,8	493,7	396,3	97,4	1,3	360,4	34,6	325,8	105,0	220,8	5,1	Febr.
14,1	47,0	627,0	122,0	505,0	406,5	98,4	1,3	363,2	35,0	328,2	106,4	221,8	5,1	März
14,4	46,9	647,7	123,4	524,2	426,0	98,2	1,3	366,3	36,0	330,3	109,2	221,2	4,9	April
Veränderungen *)														
+ 0,2	+ 4,1	+ 23,8	+ 14,1	+ 11,1	- 0,4	+ 11,5	- 1,4	+ 34,3	+ 1,0	+ 33,2	+ 4,0	+ 29,1	+ 0,2	1993
- 1,7	+ 4,2	+ 85,6	+ 31,3	+ 56,0	+ 33,9	+ 22,1	- 1,7	+ 23,1	+ 3,9	+ 19,8	+ 3,4	+ 16,4	- 0,7	1994
- 0,2	+ 5,2	+ 71,0	+ 7,9	+ 64,6	+ 45,9	+ 18,7	- 1,5	+ 47,8	+ 2,2	+ 46,5	+ 4,1	+ 42,4	- 0,9	1995
- 2,3	+ 5,9	+ 11,3	+ 27,1	- 13,9	- 26,6	+ 12,7	- 1,9	+ 44,7	+ 11,7	+ 35,0	+ 3,7	+ 31,3	- 2,0	1996
+ 2,7	+ 7,9	+ 157,3	+ 67,7	+ 89,5	+ 71,8	+ 17,7	+ 0,1	+ 51,0	+ 5,4	+ 43,3	+ 11,4	+ 31,9	+ 2,3	1997
+ 7,7	+ 8,8	+ 215,6	+ 87,7	+ 128,1	+ 108,1	+ 20,0	- 0,3	+ 64,7	+ 10,4	+ 48,9	+ 10,3	+ 38,6	+ 5,5	1998
+ 1,1	+ 10,9	+ 37,4	- 9,2	+ 46,6	+ 47,6	- 1,0	- 0,0	+ 61,0	+ 7,2	+ 53,8	+ 15,9	+ 37,9	+ 0,1	1999
- 0,2	+ 12,8	+ 90,0	+ 47,0	+ 43,0	+ 42,9	+ 0,1	- 0,4	+ 24,4	+ 11,1	+ 13,3	- 2,9	+ 16,2	- 0,8	2000
- 0,5	- 0,5	+ 23,5	- 23,6	+ 47,0	+ 42,4	+ 4,6	- 0,4	+ 30,8	- 1,8	+ 32,6	+ 33,3	- 0,7	- 0,6	2001
+ 0,1	+ 0,7	+ 16,7	+ 4,7	+ 12,0	+ 11,4	+ 0,7	- 0,0	+ 4,6	+ 1,5	+ 3,1	+ 2,6	+ 0,5	+ 0,1	2000 Nov.
- 0,1	+ 7,8	+ 11,9	- 15,0	+ 26,9	+ 28,8	- 1,9	- 0,1	- 8,1	+ 0,1	- 8,1	- 7,3	- 0,8	- 0,3	Dez.
+ 0,3	+ 1,2	+ 23,4	+ 26,5	- 3,1	- 1,3	- 1,9	- 0,1	+ 13,9	+ 3,3	+ 10,6	+ 11,0	- 0,4	+ 0,0	2001 Jan.
+ 0,2	- 0,7	+ 22,5	+ 10,1	+ 12,4	+ 14,6	- 2,2	- 0,0	+ 5,6	- 0,8	+ 6,4	+ 2,5	+ 3,9	+ 0,0	Febr.
- 0,2	+ 0,1	+ 58,9	+ 11,9	+ 47,0	+ 50,2	- 3,2	+ 0,0	+ 6,8	+ 3,0	+ 3,8	+ 2,7	+ 1,1	- 0,1	März
+ 0,0	+ 0,1	+ 2,7	- 9,3	+ 12,0	+ 12,2	- 0,1	- 0,1	+ 18,5	+ 5,8	+ 12,8	+ 12,2	+ 0,6	- 0,0	April
- 0,0	- 0,3	- 11,9	- 1,2	- 10,8	- 12,6	+ 1,8	- 0,1	+ 14,0	+ 6,2	+ 7,8	+ 2,9	+ 4,9	- 0,0	Mai
- 0,0	- 0,4	- 28,0	- 3,4	- 24,5	- 26,2	+ 1,7	- 0,1	- 20,0	- 8,1	- 11,9	- 14,7	+ 2,8	- 0,0	Juni
+ 0,0	+ 1,1	- 32,2	- 17,6	- 14,6	- 15,5	+ 0,9	- 0,0	+ 7,6	- 3,3	+ 10,9	+ 10,8	+ 0,1	+ 0,1	Juli
- 0,0	+ 0,5	+ 14,3	- 24,3	+ 38,7	+ 38,1	+ 0,5	- 0,0	+ 6,7	- 3,9	+ 10,6	+ 10,2	+ 0,3	+ 0,1	Aug.
- 0,1	- 0,2	+ 3,4	+ 37,7	- 34,2	- 37,4	+ 3,1	- 0,0	- 8,4	- 1,1	- 7,4	- 8,7	+ 1,3	- 0,0	Sept.
- 0,2	+ 0,5	- 10,3	- 11,4	+ 1,1	+ 1,7	- 0,6	- 0,1	+ 14,7	+ 0,3	+ 14,5	+ 13,4	+ 1,1	- 0,0	Okt.
+ 0,0	+ 0,0	+ 3,1	- 13,8	+ 16,9	+ 15,1	+ 1,8	- 0,0	- 12,6	+ 1,6	- 14,2	+ 1,0	- 15,2	- 0,0	Nov.
- 0,4	- 2,6	- 22,5	- 28,8	+ 6,3	+ 3,5	+ 2,8	+ 0,0	- 16,0	- 4,8	- 11,2	- 10,1	- 1,1	- 0,6	Dez.
- 0,2	+ 0,4	+ 11,6	+ 38,3	- 26,8	- 25,7	- 1,0	- 0,1	+ 8,2	+ 1,9	+ 6,4	+ 3,9	+ 2,5	- 0,1	2002 Jan.
+ 0,3	+ 0,2	- 21,7	- 7,7	- 14,0	- 15,7	+ 1,7	- 0,0	- 0,5	- 1,4	+ 0,9	+ 2,9	- 2,0	- 0,2	Febr.
+ 0,2	- 0,3	+ 11,9	- 0,5	+ 12,4	+ 11,3	+ 1,2	+ 0,0	+ 3,6	+ 0,4	+ 3,2	+ 1,6	+ 1,7	- 0,0	März
+ 0,3	+ 0,2	+ 27,1	+ 2,3	+ 24,8	+ 24,3	+ 0,5	- 0,1	+ 7,1	+ 1,3	+ 5,8	+ 3,9	+ 1,9	- 0,2	April

vor Verfall zum Einzug versandte Wechsel). — 4 Bis November 1993 in den Wertpapieren enthalten; s. a. Anm. 5. — 5 Bis November 1993 einschl. börsenfähiger Geldmarktpapiere; ohne Namensschuldverschreibungen. — 6 Ab 1999 nicht mehr in die Kredite bzw. Einlagen einbezogen; s. a.

Anm. 2. — 7 Bis Dezember 1998 einschl. den Auslandsfilialen zur Verfügung gestelltes Betriebskapital. — 8 Bis Dezember 1998 einschl. Termineinlagen bis unter 1 Monat. — 9 Bis Dezember 1998 ohne Termineinlagen bis unter 1 Monat.

IV. Banken

5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)\*)

Bis Ende 1998 Mrd DM, ab 1999 Mrd €

Zeit	Kredite an inländische Nichtbanken insgesamt 1) 2)		Kurzfristige Kredite							Mittel- und langfristige	
			an Unternehmen und Privatpersonen 1)			an öffentliche Haushalte				insgesamt	an Unter-
			insgesamt	zu-	Buchkredite und Wechsel 3) 4)	zu-	Buch-	Schatz-	wechsel 5)		
mit börsenfähigen(n) Geldmarktpapieren(n), Wertpapieren(n), Ausgleichsforderungen	ohne börsenfähigen(n) Geldmarktpapieren(n), Wertpapieren(n), Ausgleichsforderungen			börsenfähige Geldmarktpapiere							
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)											
1992	3 478,2	3 166,6	597,2	571,2	571,0	0,2	26,0	16,7	9,3	2 881,0	2 167,5
1993	3 826,4	3 417,8	563,2	544,2	540,8	3,4	19,0	16,8	2,2	3 263,2	2 441,8
1994	4 137,2	3 633,1	583,5	549,1	548,6	0,4	34,4	32,7	1,8	3 553,7	2 661,9
1995	4 436,9	3 936,9	615,2	584,0	583,3	0,7	31,3	30,5	0,8	3 821,7	2 785,5
1996	4 773,1	4 248,7	662,2	617,2	616,2	1,0	45,1	40,2	4,9	4 110,8	3 007,2
1997	5 058,4	4 506,2	667,8	625,8	624,8	1,0	41,9	40,1	1,9	4 390,6	3 223,4
1998	5 379,8	4 775,4	704,3	661,3	660,8	0,5	43,0	38,5	4,5	4 675,5	3 482,4
1999	2 904,5	2 576,5	355,3	328,9	328,7	0,2	26,4	23,6	2,8	2 549,2	1 943,6
2000	3 003,7	2 663,7	371,2	348,2	347,7	0,5	22,9	21,2	1,7	2 632,5	2 038,6
2001	3 014,1	2 704,2	387,9	356,7	355,2	1,5	31,2	28,2	2,9	2 626,2	2 070,2
2000 Nov.	2 997,2	2 657,6	373,0	349,5	348,8	0,7	23,5	21,9	1,6	2 624,1	2 028,9
2000 Dez.	3 003,7	2 663,7	371,2	348,2	347,7	0,5	22,9	21,2	1,7	2 632,5	2 038,6
2001 Jan.	2 998,4	2 670,8	379,9	350,6	349,8	0,8	29,3	27,7	1,6	2 618,6	2 041,7
2001 Febr.	3 010,9	2 679,9	390,4	358,1	357,2	0,9	32,3	29,9	2,4	2 620,5	2 048,8
2001 März	3 033,2	2 686,2	396,4	362,7	361,6	1,2	33,7	32,1	1,7	2 636,7	2 062,9
2001 April	3 030,3	2 679,0	391,1	361,8	360,8	1,0	29,3	27,8	1,5	2 639,2	2 069,0
2001 Mai	3 032,7	2 685,7	390,0	362,3	361,0	1,3	27,7	26,1	1,6	2 642,7	2 072,6
2001 Juni	3 007,7	2 681,8	385,0	363,3	362,0	1,3	21,7	20,7	1,0	2 622,7	2 047,4
2001 Juli	3 008,2	2 676,9	380,0	353,5	352,2	1,2	26,6	23,4	3,2	2 628,2	2 047,3
2001 Aug.	2 995,3	2 676,6	371,3	345,9	344,6	1,4	25,4	23,1	2,3	2 624,0	2 052,4
2001 Sept.	2 989,9	2 685,2	379,9	354,4	352,5	1,9	25,9	22,4	3,0	2 610,0	2 051,2
2001 Okt.	2 992,5	2 687,1	376,7	350,1	348,7	1,4	26,6	23,6	3,0	2 615,8	2 058,9
2001 Nov.	3 009,4	2 703,8	388,0	351,1	349,9	1,2	36,9	34,4	2,5	2 621,4	2 064,6
2001 Dez.	3 014,1	2 704,2	387,9	356,7	355,2	1,5	31,2	28,2	2,9	2 626,2	2 070,2
2002 Jan.	3 011,2	2 694,8	377,4	345,5	344,6	0,9	31,8	29,8	2,1	2 633,8	2 078,2
2002 Febr.	3 006,1	2 694,0	377,7	345,7	344,8	0,9	32,0	30,1	1,9	2 628,4	2 071,7
2002 März	2 996,9	2 694,4	382,5	349,0	348,0	1,0	33,5	31,8	1,6	2 614,4	2 061,7
2002 April	3 004,3	2 691,8	379,1	348,2	347,1	1,1	30,8	28,2	2,6	2 625,3	2 069,3
Veränderungen *)											
1993	+ 339,8	+ 253,7	- 15,1	- 9,2	- 11,9	+ 2,7	- 5,9	+ 1,2	- 7,2	+ 354,9	+ 251,7
1994	+ 320,5	+ 244,0	+ 13,2	+ 7,0	+ 9,9	- 2,9	+ 6,2	+ 6,6	- 0,4	+ 307,2	+ 249,1
1995	+ 312,8	+ 311,9	+ 35,9	+ 37,9	+ 37,7	+ 0,2	- 1,9	- 1,0	- 1,0	+ 276,9	+ 185,1
1996	+ 336,3	+ 312,9	+ 44,3	+ 32,6	+ 32,2	+ 0,4	+ 11,7	+ 7,4	+ 4,3	+ 292,0	+ 221,5
1997	+ 285,2	+ 256,9	+ 2,7	+ 5,9	+ 5,9	+ 0,0	- 3,2	- 0,1	- 3,0	+ 282,5	+ 219,9
1998	+ 335,3	+ 285,5	+ 51,7	+ 50,6	+ 51,2	- 0,6	+ 1,1	- 1,6	+ 2,7	+ 283,6	+ 258,3
1999	+ 156,1	+ 139,5	+ 9,6	+ 6,3	+ 6,4	- 0,0	+ 3,3	+ 2,9	+ 0,4	+ 146,4	+ 146,4
2000	+ 100,7	+ 83,2	+ 14,5	+ 18,1	+ 17,8	+ 0,3	- 3,6	- 2,5	- 1,1	+ 86,1	+ 93,8
2001	+ 11,9	+ 39,2	+ 15,3	+ 7,0	+ 5,9	+ 1,0	+ 8,4	+ 7,8	+ 0,6	- 3,4	+ 32,0
2000 Nov.	+ 14,5	+ 8,0	+ 1,8	+ 2,2	+ 1,9	+ 0,2	- 0,4	- 0,0	- 0,3	+ 12,7	+ 8,3
2000 Dez.	+ 10,1	+ 9,5	+ 1,4	+ 1,9	+ 2,1	- 0,2	- 0,6	- 0,7	+ 0,2	+ 8,7	+ 9,9
2001 Jan.	- 4,5	+ 7,3	+ 8,9	+ 2,6	+ 2,3	+ 0,2	+ 6,4	+ 6,5	- 0,1	- 13,4	+ 3,3
2001 Febr.	+ 12,6	+ 9,2	+ 10,7	+ 7,7	+ 7,5	+ 0,1	+ 3,0	+ 2,2	+ 0,8	+ 1,9	+ 7,1
2001 März	+ 21,1	+ 5,0	+ 4,7	+ 3,3	+ 3,0	+ 0,3	+ 1,4	+ 2,2	- 0,8	+ 16,4	+ 14,2
2001 April	- 2,7	- 7,0	- 5,2	- 0,7	- 0,6	- 0,2	- 4,4	- 4,3	- 0,1	+ 2,4	+ 6,1
2001 Mai	- 0,1	+ 4,2	- 2,8	- 2,0	- 2,3	+ 0,3	- 0,9	- 0,9	+ 0,1	+ 2,8	+ 3,6
2001 Juni	- 24,5	- 3,4	- 4,5	+ 1,5	+ 1,5	+ 0,0	- 6,0	- 5,4	- 0,6	- 20,0	- 25,1
2001 Juli	+ 1,7	- 3,8	- 3,8	- 8,7	- 8,6	- 0,1	+ 4,9	+ 2,7	+ 2,2	+ 5,5	- 0,3
2001 Aug.	- 9,6	+ 1,2	- 7,2	- 6,1	- 6,2	+ 0,1	- 1,2	- 0,3	- 0,9	- 2,4	+ 5,1
2001 Sept.	- 6,3	+ 7,8	+ 7,1	+ 7,7	+ 7,1	+ 0,5	- 0,6	- 0,7	+ 0,1	- 13,4	- 1,2
2001 Okt.	+ 2,4	+ 1,5	- 3,8	- 5,0	- 4,5	- 0,5	+ 1,2	+ 1,2	+ 0,0	+ 6,2	+ 8,1
2001 Nov.	+ 16,1	+ 15,8	+ 10,8	+ 0,5	+ 0,7	- 0,2	+ 10,3	+ 10,8	- 0,5	+ 5,3	+ 5,2
2001 Dez.	+ 5,8	+ 1,3	+ 0,5	+ 6,2	+ 5,9	+ 0,3	- 5,7	- 6,2	+ 0,4	+ 5,4	+ 5,9
2002 Jan.	- 3,4	- 10,2	- 11,3	- 11,9	- 11,4	- 0,6	+ 0,7	+ 1,6	- 0,9	+ 7,9	+ 8,1
2002 Febr.	- 4,9	- 0,6	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,3	- 0,2	- 5,4	- 6,5
2002 März	- 8,6	+ 0,8	+ 4,9	+ 3,4	+ 3,3	+ 0,1	+ 1,5	+ 1,7	- 0,2	- 13,5	- 9,7
2002 April	+ 8,1	- 2,4	- 3,4	- 0,8	- 0,8	+ 0,1	- 2,6	- 3,6	+ 1,0	+ 11,5	+ 8,2

\* S. Tab. IV. 2, Anm.\*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Bis Dezember 1998 einschl. Kredite an inländische Bauspar-

kassen. — 2 Bis Dezember 1998 einschl. Treuhandkredite; s. a. Anm. 9. — 3 Bis Dezember 1998 Wechselkredite (Wechselbestand zuzüglich Indossamentverbindlichkeiten aus rediskontierten Wechseln und aus dem Wechselbestand vor Verfall zum Einzug versandte Wechsel). — 4 Ab 1999 einschl. geringer Beträge mittelfristiger Wechselserien. — 5 Ab Dezember 1993 einschl.

IV. Banken

Kredite 2) 6)													Zeit
nehmen und Privatpersonen 1) 2)						an öffentliche Haushalte 2)							
Buchkredite			Wert- papiere 6)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite 9)	zu- sammen	Buchkredite			Wertpa- piere 6) 10)	Aus- gleichs- forde- rungen 11)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite 9)		
zu- sammen	mittel- fristig 7)	lang- fristig 8)				zu- sammen	mittel- fristig 7)	lang- fristig 8)					
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2 011,5	263,5	1 748,0	90,3	65,7	734,1	487,8	47,6	440,2	147,2	64,3	13,9	1992	
2 241,5	253,9	1 987,5	134,2	66,1	821,4	537,1	36,8	500,3	193,5	75,3	15,5	1993	
2 390,4	228,3	2 162,0	203,2	68,3	891,8	577,0	34,5	542,5	230,5	68,1	16,1	1994	
2 522,0	214,1	2 307,9	192,9	70,6	1 036,2	713,0	74,5	638,4	234,4	71,3	17,5	1995	
2 713,3	215,8	2 497,5	205,9	88,0	1 103,6	773,0	69,5	703,6	231,3	81,3	18,0	1996	
2 900,0	216,2	2 683,8	234,1	89,3	1 167,2	833,8	53,0	780,8	239,2	76,0	18,3	1997	
3 104,5	206,8	2 897,8	292,4	85,4	1 193,2	868,8	33,1	835,7	235,4	71,6	17,3	1998	
1 764,8	182,5	1 582,3	178,9	49,2	605,6	459,5	30,9	428,6	108,6	37,5	8,7	1999	
1 838,9	192,8	1 646,0	199,7	50,1	593,9	455,9	30,4	425,5	104,9	33,1	8,4	2000	
1 880,5	191,1	1 689,4	189,7	48,9	556,0	440,3	25,6	414,6	111,8	4,0	8,0	2001	
1 832,4	193,0	1 639,4	196,5	50,2	595,2	454,5	30,7	423,8	108,4	32,3	8,5	2000 Nov.	
1 838,9	192,8	1 646,0	199,7	50,1	593,9	455,9	30,4	425,5	104,9	33,1	8,4	Dez.	
1 837,8	191,7	1 646,1	203,9	49,8	576,9	455,6	30,6	425,0	116,6	4,7	8,5	2001 Jan.	
1 840,8	191,2	1 649,6	208,0	49,9	571,7	452,0	28,8	423,3	115,2	4,4	8,5	Febr.	
1 842,6	190,5	1 652,1	220,3	50,0	573,9	450,0	27,4	422,5	119,0	4,9	8,4	März	
1 841,5	188,2	1 653,3	227,5	50,0	570,2	449,0	27,1	421,9	116,4	4,9	8,4	April	
1 849,5	190,4	1 659,2	223,0	48,8	570,2	449,1	27,3	421,8	116,2	4,8	8,4	Mai	
1 850,8	189,4	1 661,4	196,6	48,5	575,3	448,3	26,8	421,5	122,1	4,9	8,3	Juni	
1 854,6	188,8	1 665,8	192,7	48,5	580,9	446,7	26,6	420,1	130,2	4,0	8,2	Juli	
1 862,7	189,7	1 672,9	189,7	49,4	571,6	446,2	26,6	419,7	121,4	4,0	8,2	Aug.	
1 866,1	190,0	1 676,1	185,1	49,2	558,8	444,1	25,7	418,4	110,7	4,0	8,2	Sept.	
1 870,9	189,8	1 681,1	188,0	49,1	556,9	443,9	25,5	418,4	109,0	4,0	8,1	Okt.	
1 876,6	190,0	1 686,6	188,0	48,8	556,8	442,9	25,6	417,3	110,0	4,0	8,1	Nov.	
1 880,5	191,1	1 689,4	189,7	48,9	556,0	440,3	25,6	414,6	111,8	4,0	8,0	Dez.	
1 880,9	189,1	1 691,8	197,3	48,7	555,7	439,6	26,7	412,9	112,2	3,9	8,0	2002 Jan.	
1 882,5	189,3	1 693,3	189,1	48,5	556,8	436,6	26,1	410,5	116,2	3,9	8,0	Febr.	
1 882,3	189,4	1 692,9	179,4	48,2	552,7	432,2	25,6	406,6	116,5	3,9	7,9	März	
1 884,5	189,8	1 694,7	184,8	48,2	556,0	431,9	26,2	405,7	120,1	3,9	7,9	April	
Veränderungen *)													
+ 214,1	- 28,9	+ 243,0	+ 37,1	+ 0,5	+ 104,1	+ 48,2	- 10,8	+ 59,0	+ 65,1	- 11,4	+ 1,6	1993	
+ 198,7	- 29,2	+ 227,9	+ 48,5	+ 1,9	+ 58,2	+ 26,2	- 2,4	+ 28,5	+ 38,3	- 6,9	+ 0,7	1994	
+ 176,0	- 1,9	+ 177,9	+ 3,3	+ 5,9	+ 91,8	+ 91,8	+ 15,3	+ 76,6	- 0,4	- 1,2	+ 1,5	1995	
+ 204,4	+ 1,6	+ 202,8	+ 14,0	+ 3,1	+ 70,4	+ 65,7	- 5,5	+ 71,2	- 3,3	+ 8,0	+ 0,1	1996	
+ 189,0	+ 0,3	+ 188,7	+ 29,5	+ 1,4	+ 62,6	+ 60,6	- 18,0	+ 78,6	+ 7,0	- 5,3	+ 0,2	1997	
+ 205,7	- 8,9	+ 214,6	+ 56,5	- 3,9	+ 25,3	+ 35,0	- 20,0	+ 55,0	- 4,4	- 4,4	- 0,9	1998	
+ 121,8	+ 25,1	+ 96,8	+ 24,6	+ 0,3	+ 0,0	+ 8,5	+ 6,2	+ 2,3	- 7,8	- 0,6	- 0,1	1999	
+ 71,8	+ 6,9	+ 64,9	+ 22,1	+ 0,8	- 7,7	- 3,8	- 0,4	- 3,5	- 3,1	- 0,8	- 0,3	2000	
+ 41,9	- 2,8	+ 44,7	- 9,8	- 1,2	- 35,4	- 16,5	- 5,5	- 10,9	+ 10,1	- 29,1	- 0,4	2001	
+ 5,6	- 0,1	+ 5,8	+ 2,6	+ 0,2	+ 4,4	+ 0,4	+ 1,0	- 0,5	+ 4,1	- 0,1	- 0,0	2000 Nov.	
+ 6,7	+ 0,6	+ 6,0	+ 3,3	- 0,1	- 1,2	+ 1,5	- 0,3	+ 1,8	- 3,4	+ 0,8	- 0,0	Dez.	
- 1,1	- 2,5	+ 1,3	+ 4,4	- 0,3	- 16,8	- 0,3	+ 0,2	- 0,6	+ 11,9	- 28,4	+ 0,0	2001 Jan.	
+ 3,0	- 0,5	+ 3,5	+ 4,1	- 0,0	- 5,2	- 3,6	- 1,8	- 1,7	- 1,3	- 0,3	- 0,0	Febr.	
+ 1,9	- 0,6	+ 2,5	+ 12,3	+ 0,1	+ 2,2	- 2,1	- 1,3	- 0,8	+ 3,7	+ 0,6	- 0,0	März	
- 1,1	- 2,3	+ 1,2	+ 7,2	- 0,1	- 3,6	- 1,0	- 0,3	- 0,6	- 2,6	- 0,1	- 0,0	April	
+ 8,0	+ 2,2	+ 5,9	- 4,5	- 1,2	- 0,8	- 0,6	- 0,6	- 0,1	- 0,1	- 0,0	- 0,0	Mai	
+ 1,3	- 1,0	+ 2,2	- 26,4	- 0,2	+ 5,1	- 0,8	- 0,5	- 0,3	+ 5,8	+ 0,1	- 0,1	Juni	
+ 3,8	- 0,6	+ 4,4	- 4,0	- 0,0	+ 5,8	- 1,6	- 0,2	- 1,4	+ 8,3	- 0,9	- 0,1	Juli	
+ 8,1	+ 0,9	+ 7,2	- 3,0	+ 0,9	- 7,4	- 0,4	- 0,0	- 0,4	- 7,0	+ 0,0	- 0,0	Aug.	
+ 3,4	+ 0,3	+ 3,1	- 4,6	- 0,1	- 12,2	- 2,1	- 0,8	- 1,3	- 10,1	+ 0,0	- 0,0	Sept.	
+ 5,1	+ 0,1	+ 5,0	+ 2,9	- 0,1	- 1,9	- 0,3	- 0,3	- 0,0	- 1,6	- 0,0	- 0,0	Okt.	
+ 5,3	- 0,1	+ 5,3	- 0,1	- 0,2	+ 0,1	- 1,0	+ 0,1	- 1,1	+ 1,1	+ 0,0	+ 0,0	Nov.	
+ 4,1	+ 1,2	+ 3,0	+ 1,8	+ 0,1	- 0,6	- 2,6	+ 0,1	- 2,7	+ 2,0	+ 0,0	- 0,1	Dez.	
+ 0,3	- 2,1	+ 2,4	+ 7,8	- 0,3	- 0,3	- 0,7	+ 1,0	- 1,7	+ 0,5	- 0,0	- 0,0	2002 Jan.	
+ 1,7	+ 0,2	+ 1,5	- 8,1	- 0,2	+ 1,1	- 3,0	- 0,6	- 2,4	+ 4,1	-	- 0,0	Febr.	
+ 0,1	+ 0,4	- 0,3	- 9,8	- 0,2	- 3,9	- 4,4	- 0,5	- 3,9	+ 0,5	- 0,0	- 0,0	März	
+ 2,4	+ 0,4	+ 2,0	+ 5,8	- 0,1	+ 3,3	- 0,3	+ 0,6	- 0,9	+ 3,6	+ 0,0	- 0,0	April	

sonstiger börsenfähiger Geldmarktpapiere; ohne Mobilisierungs- und Liquiditätspapiere. — 6 Ab 1999 Aufgliederung der Wertpapierkredite in mittel- und langfristig nicht mehr möglich. — 7 Bis Dezember 1998: Laufzeit oder Kündigungsfrist von über 1 Jahr bis unter 4 Jahre, ab 1999: über 1 Jahr bis 5 Jahre einschl. — 8 Bis Dezember 1998: Laufzeit oder Kündigungsfrist von 4

Jahren und darüber, ab 1999: von über 5 Jahren. — 9 Ab 1999 nicht mehr in die Kredite einbezogen; s. a. Anm. 2. — 10 Ohne Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; s. a. Anm. 11. — 11 Einschl. Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen.

IV. Banken

6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche \*)

Bis Ende 1998 Mrd DM, ab 1999 Mrd €

Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen (ohne Bestände an börsenfähigen Geldmarktpapieren und ohne Wertpapierbestände) 1)														
Zeit	darunter:					Kredite an Unternehmen und Selbständige								
	insgesamt	Hypothekarkredite insgesamt	Kredite für den Wohnungsbau			zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau	Verarbeitendes Gewerbe	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau 2)	Baugewerbe	Handel 3)	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Fischzucht	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	Finanzinstitutionen 4) (ohne MFIs) und Versicherungsgewerbe
			zusammen	Hypothekarkredite auf Wohngrundstücke	sonstige Kredite für den Wohnungsbau									
<b>Kredite insgesamt</b>														
<b>Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)</b>														
1998	3 850,8	1 430,2	1 654,9	1 040,9	614,0	2 367,1	614,9	331,5	70,7	124,2	343,1	63,7	80,9	132,8
1999	2 094,2	899,3	991,3	691,5	299,9	1 209,0	332,0	166,2	33,7	67,1	173,0	31,1	47,2	27,5
2001 März	2 204,8	961,9	1 031,8	742,4	289,4	1 286,5	343,5	177,7	36,0	69,2	174,0	31,3	50,6	42,9
Juni	2 213,5	966,0	1 038,2	746,6	291,6	1 288,2	344,8	177,8	34,1	69,6	172,5	31,5	54,3	37,9
Sept.	2 219,3	974,2	1 047,8	754,0	293,9	1 284,7	345,6	175,9	34,8	69,4	172,3	31,9	49,3	38,2
Dez.	2 236,3	981,4	1 053,9	757,7	296,2	1 295,6	346,1	174,3	36,7	67,9	172,9	31,3	50,0	39,0
2002 März	2 230,8	983,7	1 055,7	759,9	295,7	1 291,7	345,8	173,8	38,1	68,5	169,3	31,6	51,7	39,0
<b>Kurzfristige Kredite</b>														
1998	660,8	—	36,7	—	36,7	561,3	27,9	120,6	8,8	36,1	133,9	8,8	12,1	28,5
1999	329,4	—	17,6	—	17,6	276,9	11,8	57,3	4,3	17,9	61,4	4,5	10,6	8,8
2001 März	362,2	—	15,6	—	15,6	310,8	10,6	64,0	5,8	18,7	64,0	4,4	11,0	19,9
Juni	362,7	—	16,1	—	16,1	310,6	10,8	63,9	4,4	19,2	63,3	4,5	13,5	15,9
Sept.	353,2	—	15,9	—	15,9	300,9	10,6	60,9	4,2	19,0	62,4	4,7	8,8	15,2
Dez.	355,8	—	15,9	—	15,9	304,1	10,6	59,6	5,5	17,8	63,5	4,1	9,3	14,2
2002 März	348,5	—	15,1	—	15,1	299,5	10,1	59,1	6,6	18,5	61,1	4,3	10,5	15,7
<b>Mittelfristige Kredite 8)</b>														
1998	206,8	—	39,3	—	39,3	132,2	17,4	16,1	1,5	9,3	16,1	4,5	6,8	17,3
1999	182,5	—	42,6	—	42,6	109,1	13,4	16,7	1,7	6,9	13,0	3,4	6,3	4,0
2001 März	190,5	—	38,5	—	38,5	118,1	12,6	18,3	1,5	6,8	13,2	3,2	7,0	7,9
Juni	189,4	—	38,0	—	38,0	116,8	12,4	18,2	1,3	6,7	13,0	3,2	8,1	6,5
Sept.	190,0	—	37,9	—	37,9	117,9	12,5	18,0	1,7	6,6	13,3	3,2	7,4	7,3
Dez.	191,1	—	37,1	—	37,1	120,1	12,0	18,5	1,9	6,5	13,4	3,2	7,2	7,7
2002 März	189,4	—	36,4	—	36,4	120,0	11,9	18,8	1,9	6,4	13,2	3,3	7,7	6,4
<b>Langfristige Kredite 1) 9)</b>														
1998	2 983,2	1 430,2	1 578,9	1 040,9	538,0	1 673,5	569,6	194,8	60,4	78,8	193,1	50,4	62,0	87,0
1999	1 582,3	899,3	931,1	691,5	239,7	823,0	306,8	92,3	27,7	42,2	98,7	23,3	30,3	14,7
2001 März	1 652,1	961,9	977,7	742,4	235,3	857,7	320,4	95,4	28,6	43,7	96,7	23,7	32,7	15,1
Juni	1 661,4	966,0	984,1	746,6	237,5	860,9	321,7	95,7	28,4	43,7	96,1	23,8	32,7	15,4
Sept.	1 676,1	974,2	994,0	754,0	240,0	865,9	322,6	96,9	28,9	43,8	96,6	24,0	33,1	15,8
Dez.	1 689,4	981,4	1 000,9	757,7	243,2	871,4	323,5	96,2	29,4	43,7	96,1	24,0	33,5	17,1
2002 März	1 692,9	983,7	1 004,1	759,9	244,2	872,3	323,8	95,9	29,5	43,5	94,9	24,1	33,5	17,0
<b>Kredite insgesamt</b>														
<b>Veränderungen im Vierteljahr *)</b>														
2001 2.Vj.	+ 6,9	+ 4,9	+ 6,4	+ 4,4	+ 2,0	- 0,1	+ 1,3	+ 0,1	- 1,7	+ 0,4	- 1,6	+ 0,2	+ 3,7	- 5,2
3.Vj.	+ 7,6	+ 7,1	+ 9,2	+ 6,8	+ 2,4	- 1,3	+ 0,9	- 1,9	+ 0,4	- 0,3	- 1,2	+ 0,5	- 5,3	+ 0,4
4.Vj.	+ 16,6	+ 5,8	+ 7,2	+ 4,7	+ 2,5	+ 10,6	+ 0,8	- 1,5	+ 2,0	- 1,4	+ 0,5	- 0,6	+ 0,7	+ 0,6
2002 1.Vj.	- 5,7	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,4	- 0,2	- 4,1	- 0,4	- 0,2	+ 1,3	+ 0,5	- 3,7	+ 0,3	+ 1,7	+ 0,1
<b>Kurzfristige Kredite</b>														
2001 2.Vj.	- 1,3	—	+ 0,5	—	+ 0,5	- 2,1	+ 0,2	- 0,1	- 1,4	+ 0,5	- 0,7	+ 0,2	+ 2,5	- 3,9
3.Vj.	- 7,7	—	- 0,1	—	- 0,1	- 7,9	- 0,2	- 3,0	- 0,2	- 0,2	- 1,1	+ 0,2	- 4,8	- 0,9
4.Vj.	+ 2,0	—	- 0,2	—	- 0,2	+ 2,6	- 0,1	- 1,2	+ 1,3	- 1,2	+ 0,9	- 0,6	+ 0,5	- 1,0
2002 1.Vj.	- 7,8	—	- 0,8	—	- 0,8	- 5,1	- 0,6	- 0,5	+ 1,1	+ 0,7	- 2,3	+ 0,2	+ 1,2	+ 1,4
<b>Mittelfristige Kredite 8)</b>														
2001 2.Vj.	- 1,2	—	- 0,5	—	- 0,5	- 1,3	- 0,2	- 0,0	- 0,2	- 0,1	- 0,3	+ 0,0	+ 1,1	- 1,6
3.Vj.	+ 0,6	—	- 0,2	—	- 0,2	+ 1,1	- 0,0	- 0,3	+ 0,4	- 0,1	+ 0,2	+ 0,0	- 0,7	+ 0,9
4.Vj.	+ 1,2	—	- 0,9	—	- 0,9	+ 2,5	- 0,5	+ 0,5	+ 0,2	- 0,1	+ 0,1	- 0,0	- 0,2	+ 0,4
2002 1.Vj.	- 1,5	—	- 0,6	—	- 0,6	+ 0,1	- 0,1	+ 0,3	+ 0,1	- 0,0	- 0,1	+ 0,1	+ 0,6	- 1,3
<b>Langfristige Kredite 1) 9)</b>														
2001 2.Vj.	+ 9,4	+ 4,9	+ 6,4	+ 4,4	+ 2,0	+ 3,3	+ 1,2	+ 0,2	- 0,2	+ 0,0	- 0,6	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,3
3.Vj.	+ 14,7	+ 7,1	+ 9,6	+ 6,8	+ 2,7	+ 5,4	+ 1,1	+ 1,3	+ 0,3	- 0,1	- 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,4
4.Vj.	+ 13,3	+ 5,8	+ 8,2	+ 4,7	+ 3,5	+ 5,5	+ 1,4	+ 0,7	+ 0,6	- 0,1	- 0,5	+ 0,0	+ 0,4	+ 1,2
2002 1.Vj.	+ 3,6	+ 1,6	+ 2,7	+ 1,4	+ 1,3	+ 0,9	+ 0,3	- 0,0	+ 0,2	- 0,2	- 1,2	+ 0,1	- 0,0	- 0,0

\* Ohne Kredite der Auslandsfilialen. Bis Dezember 1998: Kredite der Banken (ohne Bausparkassen) in Deutschland; einschl. Kredite an Bausparkassen. Ab 1999: Kredite der Monetären Finanzinstitute (MFIs) in Deutschland; Aufgliederung der Kredite der Bausparkassen nach Bereichen und Branchen geschätzt. Statistisch bedingte Veränderungen sind bei den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als

vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders anmerkt. — 1 Bis Dezember 1998 einschl. Treuhandkredite; ab 1999 werden Treuhandkredite nicht mehr in die Kredite einbezogen. — 2 Einschl. Gewinnung von Steinen und Erden. — 3 Zuzgl. Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern. — 4 Bis Dezember 1998: ohne

IV. Banken

Dienstleistungsgewerbe (einschl. freier Berufe) 5)						Kredite an wirtschaftlich unselbständige und sonstige Privatpersonen					Kredite an Organisationen ohne Erwerbszweck		Zeit		
zusammen	darunter:			nachrichtlich:		zusammen	Kredite für den Wohnungsbau	sonstige Kredite			zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau			
	Wohnungsunternehmen	Beteiligungsgesellschaften	Sonstiges Grundstücks-wesen	Kredite an Selbständige 6)	Kredite an das Handwerk			zusammen	Ratenkredite 7)	Debitsalden auf Lohn-, Gehalts-, Renten- und Pensionskonten					
<b>Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)</b>													<b>Kredite insgesamt</b>		
1 220,2	305,9	70,1	285,8	821,2	143,6	1 455,0	1 031,2	423,7	207,7	44,6	28,8	8,8	1998		
663,1	154,1	42,8	168,3	449,4	73,9	1 455,0	1 031,2	215,7	105,7	23,6	13,7	3,6	1999		
704,9	163,9	49,4	184,0	457,5	75,6	904,5	684,6	219,8	108,6	23,3	13,8	3,6	2001 März		
710,6	165,7	48,5	188,2	459,3	75,7	911,4	689,8	221,7	109,6	23,6	13,8	3,6	Juni		
712,9	168,7	49,0	190,3	458,5	75,5	920,6	698,6	222,0	110,3	23,9	13,9	3,6	Sept.		
723,3	169,4	50,3	194,3	458,6	74,7	926,7	704,3	222,4	110,7	22,9	14,1	3,5	Dez.		
719,7	168,9	49,2	195,6	455,5	75,1	925,4	706,4	219,0	109,5	22,3	13,8	3,5	2002 März		
													Kurzfristige Kredite		
212,6	41,5	26,6	54,2	106,6	32,3	97,0	8,8	88,2	4,4	44,6	2,5	0,0	1998		
112,2	18,6	17,1	27,5	55,9	15,6	51,1	5,7	45,4	2,5	23,6	1,3	0,0	1999		
123,0	19,6	20,1	29,8	56,0	17,1	50,3	5,0	45,3	2,5	23,3	1,1	0,0	2001 März		
125,8	20,5	19,1	31,4	56,8	17,1	50,9	5,3	45,7	2,6	23,6	1,2	0,0	Juni		
125,6	20,7	19,7	32,2	56,3	16,8	51,0	5,3	45,6	2,9	23,9	1,3	0,0	Sept.		
130,1	21,6	20,4	34,1	56,0	15,8	50,3	5,3	45,0	2,8	22,9	1,4	0,0	Dez.		
123,8	20,8	18,2	33,3	54,9	16,5	47,9	5,0	42,9	2,5	22,3	1,1	0,0	2002 März		
													Mittelfristige Kredite 8)		
60,5	10,0	5,3	12,5	36,8	6,4	74,0	21,8	52,2	37,6	-	0,6	0,1	1998		
57,0	7,1	4,0	12,3	33,3	5,6	72,7	29,2	43,5	31,0	-	0,7	0,1	1999		
60,2	6,9	6,1	13,7	32,6	5,5	71,9	25,8	46,1	33,4	-	0,6	0,1	2001 März		
59,7	6,8	6,3	13,9	32,4	5,5	72,0	25,6	46,4	33,9	-	0,6	0,1	Juni		
60,5	7,0	5,6	14,8	31,7	5,4	71,6	25,4	46,2	33,9	-	0,6	0,1	Sept.		
61,9	6,7	6,5	14,7	31,2	5,3	70,5	25,0	45,4	33,4	-	0,6	0,1	Dez.		
62,2	6,7	7,2	14,9	30,7	5,1	68,9	24,5	44,4	32,7	-	0,6	0,1	2002 März		
													Langfristige Kredite 1) 9)		
947,1	254,4	38,1	219,1	677,9	104,9	1 283,9	1 000,6	283,3	165,8	-	25,7	8,7	1998		
493,9	128,5	21,8	128,5	360,1	52,7	747,5	620,8	126,7	72,2	-	11,7	3,5	1999		
521,6	137,4	23,2	140,5	369,0	53,1	782,3	653,8	128,5	72,7	-	12,1	3,5	2001 März		
525,1	138,3	23,0	142,9	370,1	53,1	788,5	658,9	129,6	73,1	-	12,0	3,5	Juni		
526,8	141,0	23,7	143,4	370,4	53,3	798,1	667,9	130,2	73,5	-	12,1	3,5	Sept.		
531,3	141,1	23,4	145,6	371,3	53,7	806,0	674,0	132,0	74,4	-	12,1	3,5	Dez.		
533,7	141,4	23,8	147,4	369,8	53,4	808,6	676,9	131,7	74,4	-	12,1	3,4	2002 März		
<b>Veränderungen im Vierteljahr *)</b>													<b>Kredite insgesamt</b>		
+ 4,0	+ 2,2	- 1,0	+ 4,0	+ 1,8	+ 0,1	+ 6,9	+ 5,1	+ 1,8	+ 1,3	+ 0,3	+ 0,0	- 0,0	2001 2.Vj.		
+ 6,2	+ 2,0	+ 0,2	+ 2,4	- 0,8	- 0,2	+ 8,8	+ 8,3	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,0	3.Vj.		
+ 10,1	+ 0,8	+ 1,7	+ 4,0	+ 0,3	- 0,9	+ 5,8	+ 6,4	- 0,5	- 0,1	- 1,0	+ 0,1	- 0,0	4.Vj.		
- 4,2	- 0,5	- 0,8	+ 1,1	- 2,7	+ 0,3	- 1,3	+ 1,7	- 3,0	- 1,0	- 0,5	+ 0,2	- 0,0	2002 1.Vj.		
													Kurzfristige Kredite		
+ 1,0	+ 1,0	- 1,0	+ 1,7	+ 0,9	-	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,0	2001 2.Vj.		
+ 2,1	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,7	- 0,5	- 0,2	+ 0,1	+ 0,1	- 0,0	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	- 0,0	3.Vj.		
+ 3,9	+ 0,8	+ 0,7	+ 1,8	- 0,3	- 1,1	- 0,7	- 0,1	- 0,6	- 0,1	- 1,0	+ 0,1	- 0,0	4.Vj.		
- 7,0	- 0,7	- 2,2	- 0,8	- 1,1	+ 0,7	- 2,3	- 0,3	- 2,1	- 0,3	- 0,5	- 0,3	+ 0,0	2002 1.Vj.		
													Mittelfristige Kredite 8)		
- 0,3	- 0,1	+ 0,2	+ 0,2	- 0,3	- 0,0	+ 0,1	- 0,3	+ 0,4	+ 0,6	-	+ 0,0	- 0,0	2001 2.Vj.		
+ 0,7	+ 0,1	- 0,6	+ 0,8	- 0,6	- 0,1	- 0,5	- 0,2	- 0,3	- 0,1	-	- 0,1	- 0,0	3.Vj.		
+ 1,5	- 0,2	+ 0,9	+ 0,0	- 0,4	- 0,1	- 1,3	- 0,4	- 0,8	- 0,6	-	+ 0,0	- 0,0	4.Vj.		
+ 0,5	- 0,1	+ 0,9	+ 0,2	- 0,5	- 0,1	- 1,6	- 0,5	- 1,0	- 0,8	-	- 0,0	+ 0,0	2002 1.Vj.		
													Langfristige Kredite 1) 9)		
+ 3,4	+ 1,3	- 0,2	+ 2,1	+ 1,2	+ 0,1	+ 6,2	+ 5,1	+ 1,0	+ 0,6	-	- 0,1	- 0,0	2001 2.Vj.		
+ 3,4	+ 1,6	+ 0,3	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,1	+ 9,2	+ 8,4	+ 0,8	+ 0,5	-	+ 0,1	+ 0,0	3.Vj.		
+ 4,7	+ 0,2	+ 0,1	+ 2,2	+ 1,0	+ 0,3	+ 7,8	+ 6,9	+ 0,9	+ 0,5	-	- 0,0	- 0,0	4.Vj.		
+ 2,2	+ 0,4	+ 0,5	+ 1,7	- 1,1	- 0,3	+ 2,6	+ 2,5	+ 0,1	+ 0,1	-	+ 0,0	- 0,1	2002 1.Vj.		

Kreditinstitute (mit Ausnahme der Bausparkassen), ab 1999: ohne Banken (MFIs) und ohne Institutionen für Finanzierungsleasing; s. a. Anm. 5. — 5 Ab 1999 einschl. Institutionen für Finanzierungsleasing. — 6 Ab 1999 einschl. Einzelkaufleute; bis Dezember 1998 wurden Einzelkaufleute den Unternehmen zugeordnet. — 7 Ohne Hypothekarkredite und ohne Kredite für

den Wohnungsbau, auch wenn sie in Form von Ratenkrediten gewährt worden sind. — 8 Bis Dezember 1998: Laufzeit oder Kündigungsfrist von über 1 Jahr bis unter 4 Jahre, ab 1999: über 1 Jahr bis 5 Jahre einschl. — 9 Bis Dezember 1998: Laufzeit oder Kündigungsfrist von 4 Jahren und darüber, ab 1999: von über 5 Jahren.

IV. Banken

7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)\*)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2)					Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich:				
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)					Treuhandskredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	in Termineinlagen enthalten: Verbindlichkeiten aus Repos		
					zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre							
<b>Inländische Nichtbanken insgesamt</b>													<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>	
1999	1 905,3	420,4	759,6	239,7	519,9	4,5	515,4	614,7	110,7	42,1	25,6	0,4		
2000	1 945,8	443,4	819,9	274,7	545,2	9,0	536,2	573,5	109,0	42,1	25,9	-		
2001	2 034,0	526,4	827,0	268,7	558,3	10,3	548,0	574,5	106,0	43,3	26,2	3,1		
2001 Mai	1 944,0	454,9	819,2	266,3	552,9	10,5	542,4	559,9	110,0	42,9	26,0	0,2		
Juni	1 953,3	465,0	819,8	266,0	553,8	10,3	543,4	558,8	109,8	42,7	25,9	0,1		
Juli	1 948,4	461,4	821,0	268,0	553,1	10,3	542,8	556,4	109,7	42,7	25,9	0,0		
Aug.	1 953,2	463,5	825,0	271,8	553,2	10,0	543,2	555,1	109,6	42,8	26,1	0,9		
Sept.	1 971,0	480,2	826,1	272,1	554,0	10,2	543,9	555,4	109,3	42,7	26,2	0,5		
Okt.	1 977,5	483,7	829,0	274,2	554,8	10,2	544,6	556,4	108,4	42,4	26,1	5,0		
Nov.	1 999,2	511,0	822,5	268,3	554,2	10,3	543,9	558,2	107,6	42,5	26,2	2,5		
Dez.	2 034,0	526,4	827,0	268,7	558,3	10,3	548,0	574,5	106,0	43,3	26,2	3,1		
2002 Jan.	2 009,8	511,5	819,9	257,8	562,1	10,2	551,9	573,4	105,1	42,4	26,1	1,1		
Febr.	2 007,8	511,3	819,7	256,3	563,5	8,6	554,8	572,0	104,8	42,2	26,2	1,2		
März	2 006,6	509,2	821,7	256,4	565,3	8,5	556,8	570,8	104,9	42,1	26,3	1,5		
April	1 999,3	515,7	816,8	252,5	564,3	8,3	556,0	561,8	104,9	42,0	26,3	1,2		
<b>Veränderungen *)</b>														
2000	+ 41,3	+ 22,3	+ 61,1	+ 34,8	+ 26,2	+ 4,5	+ 21,8	- 40,5	- 1,7	- 0,0	+ 0,3	- 0,4		
2001	+ 88,5	+ 82,3	+ 8,1	- 6,0	+ 14,1	+ 1,3	+ 12,8	+ 1,1	- 2,9	+ 1,0	+ 0,3	+ 3,1		
2001 Mai	+ 5,0	+ 2,2	+ 5,4	+ 2,5	+ 2,8	+ 0,0	+ 2,8	- 2,8	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1		
Juni	+ 9,4	+ 10,2	+ 0,6	- 0,3	+ 0,9	- 0,2	+ 1,1	- 1,2	- 0,1	- 0,2	- 0,1	- 0,0		
Juli	- 4,4	- 3,1	+ 1,2	+ 1,9	- 0,7	- 0,0	- 0,7	- 2,4	- 0,1	+ 0,1	- 0,0	- 0,1		
Aug.	+ 5,3	+ 2,7	+ 4,0	+ 3,9	+ 0,1	- 0,3	+ 0,4	- 1,2	- 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,8		
Sept.	+ 17,8	+ 16,7	+ 1,2	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,2	- 0,3	- 0,2	+ 0,1	- 0,4		
Okt.	+ 6,3	+ 3,4	+ 2,9	+ 2,0	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,8	+ 1,0	- 0,9	- 0,2	- 0,1	+ 4,5		
Nov.	+ 21,5	+ 27,1	- 6,6	- 5,8	- 0,8	+ 0,1	- 0,8	+ 1,8	- 0,8	+ 0,0	+ 0,1	- 2,5		
Dez.	+ 34,7	+ 15,4	+ 4,5	+ 0,4	+ 4,1	+ 0,0	+ 4,1	+ 16,4	- 1,5	+ 0,8	- 0,1	+ 0,5		
2002 Jan.	- 24,4	- 15,2	- 7,1	- 10,9	+ 3,9	- 0,1	+ 4,0	- 1,2	- 0,9	- 0,9	- 0,1	- 2,0		
Febr.	- 2,0	- 0,2	- 0,1	- 1,5	+ 1,4	- 1,5	+ 2,9	- 1,4	- 0,3	- 0,2	+ 0,1	+ 0,2		
März	- 1,2	- 2,0	+ 2,0	+ 0,1	+ 1,8	- 0,2	+ 2,0	- 1,2	+ 0,1	- 0,1	+ 0,1	+ 0,3		
April	- 7,3	+ 6,5	- 4,9	- 3,9	- 1,0	- 0,2	- 0,8	- 9,0	+ 0,1	- 0,1	+ 0,0	- 0,4		
<b>Inländische öffentliche Haushalte</b>													<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>	
1999	124,4	14,7	104,4	42,0	62,4	0,4	61,9	3,2	2,0	35,9	1,2	-		
2000	149,1	16,6	127,7	62,1	65,5	1,2	64,4	2,7	2,1	36,0	1,4	-		
2001	122,7	16,1	102,3	37,7	64,5	1,2	63,3	2,3	2,1	36,6	1,4	-		
2001 Mai	134,5	14,3	115,6	50,0	65,6	1,6	64,0	2,4	2,2	36,6	1,4	-		
Juni	136,3	17,7	114,1	48,9	65,2	1,4	63,8	2,4	2,2	36,4	1,4	-		
Juli	133,6	15,6	113,5	48,3	65,1	1,1	64,1	2,3	2,2	36,4	1,4	-		
Aug.	131,6	14,9	112,3	47,0	65,3	1,1	64,2	2,3	2,1	36,6	1,4	-		
Sept.	132,5	16,3	111,8	47,3	64,4	1,1	63,3	2,2	2,2	36,4	1,4	-		
Okt.	128,9	16,4	108,1	43,9	64,2	1,1	63,1	2,2	2,1	36,1	1,4	-		
Nov.	127,0	16,1	106,6	42,3	64,3	1,1	63,2	2,2	2,2	36,2	1,4	-		
Dez.	122,7	16,1	102,3	37,7	64,5	1,2	63,3	2,3	2,1	36,6	1,4	-		
2002 Jan.	120,6	14,1	102,3	36,0	66,4	1,2	65,2	2,2	2,0	35,9	1,3	-		
Febr.	119,6	14,5	101,0	34,7	66,2	1,2	65,1	2,1	2,0	35,8	1,3	-		
März	117,4	13,8	99,5	34,2	65,3	1,1	64,2	2,1	2,0	35,6	1,3	-		
April	113,7	12,4	97,3	32,9	64,4	0,9	63,5	2,0	2,1	35,5	1,3	-		
<b>Veränderungen *)</b>														
2000	+ 24,8	+ 1,9	+ 23,3	+ 20,1	+ 3,2	+ 0,8	+ 2,4	- 0,5	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,3	-		
2001	- 26,4	- 0,6	- 25,4	- 24,4	- 1,0	+ 0,0	- 1,1	- 0,5	- 0,0	+ 0,7	- 0,0	-		
2001 Mai	+ 2,4	- 0,9	+ 3,3	+ 3,1	+ 0,2	- 0,0	+ 0,2	- 0,0	+ 0,0	+ 0,3	+ 0,0	-		
Juni	+ 1,9	+ 3,3	+ 1,5	- 1,1	+ 0,4	- 0,2	- 0,2	- 0,0	- 0,0	- 0,2	- 0,0	-		
Juli	- 2,8	- 2,0	- 0,7	- 0,6	- 0,1	- 0,3	+ 0,3	- 0,1	- 0,0	+ 0,0	- 0,1	-		
Aug.	- 2,0	- 0,7	- 1,2	- 1,4	+ 0,2	- 0,0	+ 0,2	- 0,0	- 0,0	+ 0,2	+ 0,0	-		
Sept.	+ 0,9	+ 1,4	- 0,6	+ 0,4	- 0,9	- 0,0	- 0,9	- 0,0	+ 0,0	- 0,2	-	-		
Okt.	- 3,5	+ 0,1	- 3,6	- 3,4	- 0,2	- 0,0	- 0,2	- 0,0	- 0,0	- 0,3	+ 0,0	-		
Nov.	- 1,9	- 0,4	- 1,6	- 1,7	+ 0,1	- 0,0	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	-		
Dez.	- 4,3	+ 0,0	- 4,3	- 4,5	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	- 0,0	+ 0,5	+ 0,0	-		
2002 Jan.	- 2,1	- 2,0	+ 0,1	- 1,8	+ 1,9	- 0,0	+ 1,9	- 0,1	- 0,1	- 0,7	- 0,1	-		
Febr.	- 0,9	+ 0,5	- 1,4	- 1,2	- 0,1	- 0,0	- 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,2	- 0,0	-		
März	- 2,3	- 0,8	- 1,5	- 0,6	- 0,9	- 0,0	- 0,9	- 0,1	+ 0,0	- 0,2	- 0,0	-		
April	- 3,6	- 1,4	- 2,2	- 1,3	- 0,9	- 0,2	- 0,7	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,0	-		

\* S. Tab. IV. 2, Anm.\*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vor-

läufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders ange-

IV. Banken

noch: 7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland  
von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)\*)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufge- nommene Kredite insgesamt	Sicht- einlagen	Termineinlagen 1) 2)					Sparein- lagen 3)	Spar- briefe 4)	Nachrichtlich:				
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)					Treuhand- kredite	Nachrangige Verbindlich- keiten (ohne börsenfähige Schuldver- schreibungen)	in Termin- einlagen enthalten: Verbindlich- keiten aus Repos		
					zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre							
<b>Inländische Unternehmen und Privatpersonen</b>													<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>	
1999	1 781,0	405,7	655,2	197,6	457,6	4,1	453,5	611,4	108,7	6,2	24,5	0,4		
2000	1 796,7	426,8	692,2	212,6	479,6	7,8	471,8	570,8	106,9	6,1	24,5	-		
2001	1 911,3	510,4	724,7	231,0	493,7	9,1	484,6	572,3	103,9	6,6	24,8	3,1		
2001 Mai	1 809,5	440,5	703,6	216,3	487,3	8,9	478,4	557,6	107,8	6,3	24,6	0,2		
Juni	1 817,0	447,3	705,7	217,1	488,6	8,9	479,7	556,4	107,7	6,3	24,5	0,1		
Juli	1 814,9	445,7	707,5	219,6	487,9	9,2	478,7	554,1	107,5	6,3	24,5	0,0		
Aug.	1 821,6	448,6	712,7	224,8	487,9	8,9	478,9	552,9	107,4	6,2	24,7	0,9		
Sept.	1 838,6	463,9	714,4	224,8	489,6	9,1	480,5	553,1	107,2	6,2	24,9	0,5		
Okt.	1 848,5	467,3	720,9	230,2	490,6	9,1	481,5	554,2	106,3	6,3	24,7	5,0		
Nov.	1 872,2	494,9	715,9	226,1	489,9	9,2	480,7	555,9	105,4	6,3	24,9	2,5		
Dez.	1 911,3	510,4	724,7	231,0	493,7	9,1	484,6	572,3	103,9	6,6	24,8	3,1		
2002 Jan.	1 889,3	497,4	717,5	221,8	495,7	9,0	486,7	571,2	103,1	6,4	24,8	1,1		
Febr.	1 888,2	496,7	718,8	221,6	497,2	7,5	489,7	569,8	102,8	6,4	24,9	1,2		
März	1 889,2	495,4	722,2	222,2	500,0	7,3	492,6	568,7	102,8	6,5	25,0	1,5		
April	1 885,5	503,3	719,5	219,6	499,9	7,4	492,5	559,8	102,9	6,4	25,0	1,2		
<b>Veränderungen *)</b>														
2000	+ 16,5	+ 20,4	+ 37,8	+ 14,8	+ 23,1	+ 3,7	+ 19,3	- 40,0	- 1,8	- 0,1	+ 0,0	- 0,4		
2001	+ 115,0	+ 82,9	+ 33,5	+ 18,4	+ 15,1	+ 1,3	+ 13,8	+ 1,5	- 2,9	+ 0,3	+ 0,3	+ 3,1		
2001 Mai	+ 2,7	+ 3,1	+ 2,1	- 0,6	+ 2,7	+ 0,0	+ 2,6	- 2,7	+ 0,2	- 0,1	+ 0,1	+ 0,1		
Juni	+ 7,6	+ 6,8	+ 2,0	+ 0,8	+ 1,3	- 0,0	+ 1,3	- 1,2	- 0,1	+ 0,0	- 0,1	- 0,0		
Juli	- 1,7	- 1,1	+ 1,9	+ 2,5	- 0,6	+ 0,3	- 1,0	- 2,3	- 0,1	+ 0,0	+ 0,0	- 0,1		
Aug.	+ 7,2	+ 3,4	+ 5,1	+ 5,2	- 0,1	- 0,3	+ 0,2	- 1,2	- 0,1	- 0,0	+ 0,2	+ 0,8		
Sept.	+ 16,9	+ 15,2	+ 1,7	- 0,0	+ 1,8	+ 0,1	+ 1,6	+ 0,3	- 0,3	+ 0,0	+ 0,1	- 0,4		
Okt.	+ 9,9	+ 3,3	+ 6,5	+ 5,5	+ 1,0	+ 0,1	+ 0,9	+ 1,0	- 0,9	+ 0,0	- 0,1	+ 4,5		
Nov.	+ 23,5	+ 27,5	- 5,0	- 4,2	- 0,8	+ 0,1	- 0,9	+ 1,8	- 0,8	+ 0,0	+ 0,1	- 2,5		
Dez.	+ 39,0	+ 15,4	+ 8,8	+ 4,9	+ 3,9	- 0,1	+ 4,0	+ 16,4	- 1,5	+ 0,3	- 0,1	+ 0,5		
2002 Jan.	- 22,2	- 13,2	- 7,2	- 9,1	+ 2,0	- 0,1	+ 2,1	- 1,1	- 0,8	- 0,2	+ 0,0	- 2,0		
Febr.	- 1,1	- 0,6	+ 1,2	- 0,3	+ 1,5	- 1,5	+ 3,0	- 1,4	- 0,3	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,2		
März	+ 1,1	- 1,3	+ 3,4	+ 0,7	+ 2,7	- 0,1	+ 2,9	- 1,1	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,3		
April	- 3,7	+ 7,9	- 2,7	- 0,6	- 0,1	+ 0,0	- 0,1	- 8,9	+ 0,0	- 0,1	+ 0,0	- 0,4		
<b>darunter inländische Unternehmen</b>													<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>	
1999	593,2	142,1	421,8	82,3	339,5	1,5	338,0	5,5	23,7	6,1	13,7	0,4		
2000	635,1	158,1	447,6	89,0	358,5	2,7	355,8	5,2	24,2	5,9	14,1	-		
2001	668,4	180,0	461,3	91,7	369,6	2,9	366,8	4,3	22,8	6,4	14,3	3,1		
2001 Mai	633,6	155,4	449,2	82,9	366,3	3,2	363,1	5,1	23,9	6,1	14,1	0,2		
Juni	635,1	156,0	450,2	82,7	367,6	3,1	364,5	5,0	23,8	6,1	14,1	0,1		
Juli	633,1	153,6	450,8	83,4	367,5	3,3	364,1	5,0	23,7	6,1	14,1	0,0		
Aug.	637,2	154,6	453,8	86,4	367,4	2,9	364,4	5,0	23,7	6,0	14,3	0,9		
Sept.	645,9	162,3	455,2	86,3	368,9	3,0	365,9	4,8	23,6	6,0	14,4	0,5		
Okt.	653,8	164,8	461,1	90,8	370,3	3,0	367,4	4,4	23,5	6,0	14,3	5,0		
Nov.	653,5	169,1	456,6	87,5	369,2	2,9	366,2	4,3	23,4	6,1	14,3	2,5		
Dez.	668,4	180,0	461,3	91,7	369,6	2,9	366,8	4,3	22,8	6,4	14,3	3,1		
2002 Jan.	654,1	171,4	455,7	84,1	371,7	2,9	368,8	4,3	22,7	6,2	14,3	1,1		
Febr.	649,7	164,4	458,4	85,1	373,3	1,4	371,9	4,3	22,6	6,2	14,4	1,2		
März	650,0	160,1	462,9	87,3	375,6	1,4	374,3	4,3	22,6	6,3	14,4	1,5		
April	651,9	162,1	463,1	87,6	375,4	1,4	374,0	4,3	22,5	6,2	14,4	1,2		
<b>Veränderungen *)</b>														
2000	+ 42,8	+ 15,3	+ 27,3	+ 6,7	+ 20,5	+ 1,2	+ 19,3	- 0,3	+ 0,5	- 0,1	+ 0,4	- 0,4		
2001	+ 33,6	+ 21,2	+ 14,7	+ 2,6	+ 12,1	+ 0,1	+ 11,9	- 0,9	- 1,3	+ 0,3	+ 0,2	+ 3,1		
2001 Mai	+ 1,1	- 0,8	+ 1,8	- 1,2	+ 3,0	- 0,0	+ 3,0	+ 0,1	- 0,0	- 0,1	+ 0,0	+ 0,1		
Juni	+ 1,5	+ 0,7	+ 1,0	- 0,3	+ 1,3	- 0,1	+ 1,4	- 0,1	- 0,1	+ 0,0	-	- 0,0		
Juli	- 1,5	- 2,0	+ 0,6	+ 0,7	- 0,1	+ 0,3	- 0,4	- 0,0	- 0,1	+ 0,0	+ 0,0	- 0,1		
Aug.	+ 4,6	+ 1,6	+ 3,0	+ 3,1	- 0,1	- 0,4	+ 0,3	+ 0,0	- 0,0	- 0,0	+ 0,2	+ 0,8		
Sept.	+ 8,6	+ 7,6	+ 1,4	- 0,2	+ 1,6	+ 0,1	+ 1,5	- 0,2	- 0,1	+ 0,0	+ 0,1	- 0,4		
Okt.	+ 7,9	+ 2,4	+ 5,9	+ 4,5	+ 1,4	- 0,1	+ 1,5	- 0,4	- 0,1	+ 0,0	- 0,1	+ 4,5		
Nov.	- 0,5	+ 4,2	- 4,6	- 3,3	- 1,3	- 0,0	- 1,3	- 0,1	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,1	- 2,5		
Dez.	+ 14,8	+ 10,8	+ 4,7	+ 4,2	+ 0,5	- 0,1	+ 0,5	- 0,0	- 0,6	+ 0,3	- 0,0	+ 0,5		
2002 Jan.	- 14,5	- 8,9	- 5,5	- 7,6	+ 2,1	+ 0,0	+ 2,0	- 0,0	- 0,1	- 0,2	+ 0,0	- 2,0		
Febr.	- 4,5	- 6,9	+ 2,5	+ 1,0	+ 1,4	- 1,5	+ 2,9	+ 0,0	- 0,2	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,2		
März	+ 0,4	- 4,2	+ 4,6	+ 2,2	+ 2,4	- 0,0	+ 2,4	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,3		
April	+ 1,9	+ 2,0	+ 0,1	+ 0,3	- 0,2	+ 0,0	- 0,2	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,0	- 0,4		

merkt. — 1 Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. — 2 Einschl. Bauspareinlagen; s. dazu

Tab. IV.12. — 3 Ohne Bauspareinlagen; s. a. Anm. 2. — 4 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

IV. Banken

8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck \*)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Privatpersonen und Organisationen insgesamt	Sichteinlagen						Termineinlagen 1) 2)					
		insgesamt	nach Gläubigergruppen					insgesamt	nach Gläubigergruppen				
			inländische Privatpersonen						inländische Organisationen ohne Erwerbszweck				
			zusammen	Selbstständige	wirtschaftlich Unselbstständige	sonstige Privatpersonen			zusammen	Selbstständige	wirtschaftlich Unselbstständige	sonstige Privatpersonen	
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>													
1999	1 187,8	263,5	254,6	50,2	170,3	34,1	9,0	233,4	216,6	35,2	161,6	19,9	
2000	1 161,5	268,7	259,3	47,7	176,0	35,6	9,4	244,6	225,5	34,9	168,9	21,7	
2001	1 242,9	330,4	320,1	55,8	220,9	43,4	10,2	263,4	242,9	36,3	182,4	24,2	
2001 Nov.	1 218,7	325,8	315,5	56,6	216,1	42,8	10,3	259,3	239,7	36,1	179,3	24,3	
2001 Dez.	1 242,9	330,4	320,1	55,8	220,9	43,4	10,2	263,4	242,9	36,3	182,4	24,2	
2002 Jan.	1 235,2	326,1	315,4	56,1	216,5	42,8	10,6	261,8	242,0	36,5	182,0	23,5	
2002 Febr.	1 238,5	332,3	321,6	56,3	221,3	44,0	10,7	260,4	240,2	36,1	180,9	23,3	
2002 März	1 239,2	335,3	325,0	55,2	225,1	44,6	10,3	259,3	238,9	35,7	180,4	22,9	
2002 April	1 233,6	341,2	330,4	57,5	227,5	45,4	10,9	256,4	237,2	35,3	179,4	22,5	
<b>Veränderungen *)</b>													
2000	- 26,3	+ 5,2	+ 4,7	- 2,5	+ 5,7	+ 1,5	+ 0,4	+ 10,6	+ 8,2	- 0,2	+ 6,8	+ 1,7	
2001	+ 81,3	+ 61,7	+ 60,8	+ 8,1	+ 45,0	+ 7,8	+ 0,8	+ 18,8	+ 17,4	+ 1,4	+ 13,5	+ 2,5	
2001 Nov.	+ 24,0	+ 23,3	+ 23,3	+ 3,4	+ 17,0	+ 2,9	- 0,0	- 0,4	+ 0,1	- 0,4	+ 0,3	+ 0,2	
2001 Dez.	+ 24,2	+ 4,6	+ 4,7	- 0,8	+ 4,9	+ 0,6	- 0,1	+ 4,1	+ 3,1	+ 0,2	+ 3,1	- 0,1	
2002 Jan.	- 7,7	- 4,3	- 4,7	+ 0,4	- 4,4	- 0,6	+ 0,4	- 1,6	- 0,9	+ 0,2	- 0,4	- 0,6	
2002 Febr.	+ 3,5	+ 6,2	+ 6,2	+ 0,1	+ 4,8	+ 1,2	+ 0,0	- 1,2	- 1,7	- 0,3	- 1,1	- 0,3	
2002 März	+ 0,7	+ 3,0	+ 3,4	- 1,1	+ 3,8	+ 0,7	- 0,4	- 1,2	- 1,2	- 0,4	- 0,5	- 0,4	
2002 April	- 5,6	+ 6,0	+ 5,4	+ 2,3	+ 2,3	+ 0,8	+ 0,6	- 2,8	- 1,8	- 0,4	- 1,0	- 0,4	

\* S. Tab. IV. 2, Anm. \*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im

folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus

9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen \*)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite														
	inländische öffentliche Haushalte insgesamt	Bund und seine Sondervermögen 1)						Länder							
		zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen			Spar-einlagen und Spar-briefe 2)	Nach-richtlich: Treuhand-kredite	zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen			Spar-einlagen und Spar-briefe 2)	Nach-richtlich: Treuhand-kredite
				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr						bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr			
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>															
1999	124,4	45,9	1,0	4,6	40,3	0,0	12,7	21,0	2,8	4,2	14,0	0,1	23,1		
2000	149,1	67,6	2,1	22,6	42,8	0,0	12,5	20,3	3,1	2,1	15,0	0,1	23,3		
2001	122,7	46,9	1,6	2,7	42,7	0,0	13,2	19,2	2,7	1,8	14,6	0,1	23,2		
2001 Nov.	127,0	53,6	1,5	9,5	42,6	0,0	12,5	19,5	2,9	2,1	14,4	0,1	23,4		
2001 Dez.	122,7	46,9	1,6	2,7	42,7	0,0	13,2	19,2	2,7	1,8	14,6	0,1	23,2		
2002 Jan.	120,6	47,4	0,6	2,8	44,1	0,0	12,6	20,8	3,1	2,6	14,9	0,1	23,1		
2002 Febr.	119,6	47,3	0,8	2,2	44,2	0,0	12,6	20,1	2,2	2,9	14,9	0,1	22,9		
2002 März	117,4	46,9	1,3	2,3	43,3	0,0	12,6	20,3	2,1	3,2	14,8	0,1	22,8		
2002 April	113,7	45,8	0,6	2,4	42,7	0,0	12,5	19,0	1,5	2,5	14,8	0,1	22,8		
<b>Veränderungen *)</b>															
2000	+ 24,8	+ 21,6	+ 1,2	+ 18,0	+ 2,5	- 0,0	- 0,2	+ 0,5	+ 0,3	- 0,9	+ 1,1	+ 0,0	+ 0,2		
2001	- 26,4	- 20,4	- 0,4	- 19,9	- 0,1	- 0,0	+ 0,5	- 1,2	- 0,6	- 0,2	- 0,4	+ 0,0	+ 0,1		
2001 Nov.	- 1,9	+ 0,1	+ 0,2	- 0,3	+ 0,2	-	+ 0,0	- 3,2	- 2,0	- 1,0	- 0,2	- 0,0	+ 0,0		
2001 Dez.	- 4,3	- 6,7	+ 0,1	- 6,8	+ 0,0	-	+ 0,7	- 0,3	- 0,3	- 0,3	+ 0,2	- 0,0	- 0,2		
2002 Jan.	- 2,1	+ 0,5	- 1,0	+ 0,1	+ 1,4	- 0,0	- 0,6	+ 1,5	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,3	- 0,0	- 0,1		
2002 Febr.	- 0,9	- 0,2	+ 0,3	- 0,6	+ 0,1	-	+ 0,0	- 0,6	- 0,9	+ 0,3	- 0,0	- 0,0	- 0,2		
2002 März	- 2,3	- 0,3	+ 0,5	+ 0,1	- 0,9	-	- 0,0	+ 0,1	- 0,1	+ 0,3	- 0,1	- 0,0	- 0,2		
2002 April	- 3,6	- 1,2	- 0,7	+ 0,1	- 0,6	-	- 0,1	- 1,3	- 0,6	- 0,7	- 0,0	- 0,0	+ 0,0		

\* S. Tab. IV. 2, Anm. \*; ohne Einlagen und aufgenommene Kredite der Treuhandanstalt und ihrer Nachfolgeorganisationen sowie von Bundesbahn, Reichsbahn und Bundespost bzw. ab 1995 Deutsche Bahn AG, Deutsche Post AG und Deutsche Telekom AG sowie Eigen- und Regiebetriebe der öffent-

lichen Haushalte, die unter Unternehmen erfasst sind. Statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch

IV. Banken

nach Befristung					Spareinlagen 3)			Nachrichtlich:					Zeit
inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr 2)		insgesamt	inländische Privatpersonen	inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	Sparbriefe 4)	Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen) 5)	in Termineinlagen enthalten: Verbindlichkeiten aus Repos			
		zusammen	darunter:										
		bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre										
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>													
16,8	115,4	118,0	2,5	115,5	605,9	595,5	10,4	85,0	0,2	10,8	-	1999	
19,2	123,6	121,1	5,1	116,0	565,5	555,8	9,7	82,7	0,2	10,4	-	2000	
20,6	139,3	124,1	6,2	117,9	568,0	558,6	9,4	81,1	0,2	10,5	-	2001	
19,6	138,6	120,7	6,3	114,4	551,6	542,5	9,1	81,9	0,2	10,5	-	2001 Nov.	
20,6	139,3	124,1	6,2	117,9	568,0	558,6	9,4	81,1	0,2	10,5	-	Dez.	
19,8	137,8	124,0	6,1	117,9	567,0	557,7	9,2	80,3	0,2	10,5	-	2002 Jan.	
20,2	136,5	124,0	6,1	117,9	565,5	556,3	9,2	80,2	0,2	10,5	-	Febr.	
20,3	134,9	124,3	6,0	118,4	564,4	555,2	9,2	80,3	0,2	10,5	-	März	
19,2	132,0	124,4	6,0	118,5	555,5	546,4	9,1	80,4	0,2	10,5	-	April	
<b>Veränderungen *)</b>													
+ 2,4	+ 8,0	+ 2,5	+ 2,5	+ 0,0	- 39,7	- 39,0	- 0,7	- 2,3	+ 0,0	- 0,4	-	2000	
+ 1,4	+ 15,8	+ 3,0	+ 1,1	+ 1,9	+ 2,5	+ 2,8	- 0,3	- 1,6	+ 0,0	+ 0,0	± 0,0	2001	
- 0,5	- 0,9	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,3	+ 1,9	+ 2,1	+ 0,2	- 0,8	+ 0,0	+ 0,1	-	2001 Nov.	
+ 1,0	+ 0,7	+ 3,4	- 0,1	+ 3,4	+ 16,4	+ 16,1	+ 0,3	- 0,8	+ 0,0	- 0,1	-	Dez.	
- 0,7	- 1,6	- 0,1	- 0,1	+ 0,0	- 1,0	- 0,9	- 0,1	- 0,8	+ 0,0	-	-	2002 Jan.	
+ 0,4	- 1,3	+ 0,1	- 0,1	+ 0,1	- 1,4	- 1,4	- 0,0	- 0,1	-	+ 0,0	-	Febr.	
+ 0,1	- 1,5	+ 0,4	- 0,1	+ 0,5	- 1,1	- 1,1	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	-	März	
- 1,1	- 2,9	+ 0,1	- 0,0	+ 0,1	- 8,9	- 8,8	- 0,1	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0	-	April	

Namenschuldverschreibungen. — 2 Einschl. Bauspareinlagen; s. dazu Tab. IV.12. — 3 Ohne Bauspareinlagen; s. a. Anm. 2. — 4 Einschl. Verbindlich-

keiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. — 5 In den Termineinlagen enthalten.

Gemeinden und Gemeindeverbände (einschl. kommunaler Zweckverbände)					Sozialversicherung					Zeit		
zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen 3)		Spareinlagen und Sparbriefe 2) 4)	Nachrichtlich: Treuhandkredite	zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen			Spareinlagen und Sparbriefe 2)	Nachrichtlich: Treuhandkredite
		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr					bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr			
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>												
28,5	8,2	14,4	2,2	3,7	0,1	28,9	2,8	18,9	5,8	1,4	0,1	1999
30,2	8,9	15,7	2,0	3,6	0,1	31,1	2,5	21,7	5,7	1,2	0,1	2000
27,8	9,2	13,8	1,8	3,1	0,2	28,7	2,7	19,5	5,4	1,1	0,1	2001
27,7	8,9	13,8	1,8	3,1	0,1	26,2	2,7	16,9	5,5	1,1	0,1	2001 Nov.
27,8	9,2	13,8	1,8	3,1	0,2	28,7	2,7	19,5	5,4	1,1	0,1	Dez.
25,4	7,6	12,9	1,8	3,0	0,1	27,0	2,7	17,7	5,5	1,1	0,1	2002 Jan.
26,0	8,7	12,6	1,8	3,0	0,2	26,2	2,8	17,1	5,3	1,1	0,1	Febr.
25,5	8,2	12,5	1,9	2,9	0,2	24,7	2,2	16,1	5,3	1,1	0,1	März
25,1	8,1	12,3	1,8	2,9	0,2	23,9	2,1	15,7	5,1	1,0	0,1	April
<b>Veränderungen *)</b>												
+ 1,7	+ 0,8	+ 1,3	- 0,2	- 0,2	+ 0,0	+ 1,0	- 0,3	+ 1,7	- 0,1	- 0,2	- 0,0	2000
- 2,4	+ 0,2	- 2,0	- 0,2	- 0,4	+ 0,0	- 2,4	+ 0,2	- 2,3	- 0,3	- 0,0	- 0,0	2001
+ 0,9	+ 1,1	- 0,2	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,3	- 0,1	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	2001 Nov.
+ 0,1	+ 0,2	- 0,1	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	+ 2,5	- 0,0	+ 2,6	- 0,0	+ 0,0	-	Dez.
- 2,5	- 1,5	- 0,8	+ 0,0	- 0,1	- 0,0	- 1,7	+ 0,0	- 1,8	+ 0,1	- 0,0	-	2002 Jan.
+ 0,7	+ 1,1	- 0,4	- 0,0	- 0,0	+ 0,0	- 0,8	+ 0,1	- 0,6	- 0,2	- 0,0	-	Febr.
- 0,5	- 0,5	- 0,0	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	- 1,6	- 0,6	- 0,9	- 0,0	- 0,0	- 0,0	März
- 0,4	- 0,1	- 0,3	- 0,1	- 0,0	+ 0,0	- 0,7	- 0,1	- 0,4	- 0,2	- 0,0	-	April

nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Bundeseisenbahnvermögen, Entschädigungsfonds, Erblastentilgungsfonds, ERP-Sondervermögen, Fonds

„Deutsche Einheit“, Lastenausgleichsfonds. — 2 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. — 3 Einschl. Bauspareinlagen. — 4 Ohne Bauspareinlagen; s. a. Anm. 3.

IV. Banken

10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland \*)

Mrd €

Zeit	Spareinlagen 1)								Sparbriefe 3), abgegeben an				
	von Inländern				von Ausländern				Nachrichtlich: Zinsgutschriften auf Spar- einlagen	Nicht- banken ins- gesamt	inländische Nichtbanken		ausländische Nicht- banken
	ins- gesamt	zu- sammen	mit dreimonatiger Kündigungsfrist	darunter Sonder- spar- formen 2)	mit Kündigungsfrist von über 3 Monaten	zu- sammen	darunter Sonder- spar- formen 2)	darunter mit drei- monatiger Kündi- gungs- frist			zu- sammen	darunter mit Laufzeit von über 2 Jahren	
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>													
1999	626,6	614,7	504,4	338,8	110,2	88,3	11,9	9,1	20,0	116,4	110,7	101,8	5,7
2000	585,2	573,5	450,5	309,0	123,0	104,4	11,7	8,3	19,3	115,9	109,0	94,4	6,8
2001	586,5	574,5	461,9	327,2	112,7	97,2	12,0	8,8	19,9	112,8	106,0	87,2	6,8
2001 Dez.	586,5	574,5	461,9	327,2	112,7	97,2	12,0	8,8	13,6	112,8	106,0	87,2	6,8
2002 Jan.	585,3	573,4	464,3	328,9	109,1	95,2	11,9	8,8	0,7	111,8	105,1	86,6	6,7
Febr.	583,8	572,0	463,9	329,4	108,1	94,3	11,8	8,7	0,5	111,5	104,8	86,4	6,7
März	582,5	570,8	463,8	330,1	107,0	93,3	11,7	8,7	0,5	111,6	104,9	86,5	6,7
April	572,8	561,8	456,7	326,4	105,1	91,5	11,0	8,0	0,4	111,6	104,9	86,6	6,7
<b>Veränderungen *)</b>													
2000	- 40,7	- 40,5	- 53,6	- 31,1	+ 13,1	+ 15,8	- 0,2	- 0,8	.	- 0,5	- 1,7	- 7,4	+ 1,1
2001	+ 1,3	+ 1,1	+ 11,4	+ 15,5	- 10,4	- 7,2	+ 0,3	+ 0,5	.	- 2,9	- 2,9	- 7,1	- 0,0
2001 Dez.	+ 16,7	+ 16,4	+ 16,3	+ 8,6	+ 0,1	- 0,1	+ 0,3	+ 0,3	.	- 1,5	- 1,5	- 1,4	+ 0,0
2002 Jan.	- 1,3	- 1,2	+ 2,4	+ 1,7	- 3,6	- 2,0	- 0,1	- 0,0	.	- 1,0	- 0,9	- 0,6	- 0,0
Febr.	- 1,5	- 1,4	+ 0,4	+ 0,6	- 1,0	- 0,9	- 0,1	- 0,1	.	- 0,3	- 0,3	- 0,2	- 0,0
März	- 1,3	- 1,2	- 0,1	+ 0,6	- 1,1	- 1,0	- 0,1	- 0,0	.	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,1	- 0,0
April	- 9,7	- 9,0	- 7,1	- 3,7	- 1,9	- 1,8	- 0,7	- 0,7	.	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,0

\* S. Tab. IV. 2, Anm.\*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders ange-

merkt. — 1 Ohne Bauspareinlagen, die den Termineinlagen zugeordnet werden. — 2 Spareinlagen mit einer über die Mindest-/Grundverzinsung hinausgehenden Verzinsung. — 3 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland \*)

Mrd €

Zeit	Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere								Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere 5)			Nachrangig begebene		
	ins- gesamt	darunter:				mit Laufzeit:			ins- gesamt	darunter mit Laufzeit:		börsen- fähige Schuld- verschrei- bungen	nicht börsen- fähige Schuld- verschrei- bungen	
		variabel verzins- liche Anlei- hen 1)	Null- Kupon- Anlei- hen 1) 2)	Fremd- wäh- rungs- anlei- hen 3) 4)	Certi- ficates of Deposit	bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr bis 2 Jahre einschl.			über 2 Jahre
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>														
1999	1 310,3	208,2	14,7	98,7	13,1	73,6	47,0	1 189,8	2,6	0,5	0,8	1,3	32,7	2,5
2000	1 412,5	283,1	22,1	128,2	19,7	87,9	62,7	1 261,9	2,7	0,4	1,0	1,3	38,3	2,4
2001	1 472,3	324,0	16,3	144,1	17,6	46,5	124,9	1 300,9	5,8	3,7	1,0	1,2	43,3	2,4
2001 Dez.	1 472,3	324,0	16,3	144,1	17,6	46,5	124,9	1 300,9	5,8	3,7	1,0	1,2	43,3	2,4
2002 Jan.	1 474,7	325,5	17,3	146,9	17,1	50,6	111,4	1 312,6	8,4	6,3	0,9	1,1	43,8	2,4
Febr.	1 486,8	332,7	16,4	147,7	18,7	50,4	114,0	1 322,4	9,0	7,0	0,9	1,1	44,3	2,4
März	1 500,6	337,0	16,2	149,0	18,6	50,7	116,1	1 333,7	9,7	7,6	0,9	1,2	44,5	2,4
April	1 500,2	337,1	16,6	147,7	19,3	50,8	120,9	1 328,4	10,6	8,6	0,9	1,2	44,0	2,4
<b>Veränderungen *)</b>														
2000	+ 102,0	+ 65,5	+ 7,0	+ 26,6	+ 6,4	+ 14,1	+ 15,8	+ 72,1	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,0	+ 5,6	- 0,1
2001	+ 56,2	+ 33,3	- 5,5	+ 15,9	- 2,1	- 41,4	+ 61,7	+ 35,9	+ 3,2	+ 3,4	- 0,1	- 0,1	+ 5,0	± 0,0
2001 Dez.	- 7,7	+ 1,0	- 1,6	- 0,3	- 1,1	- 6,2	+ 6,1	- 7,6	+ 2,9	+ 3,0	- 0,0	- 0,1	+ 0,5	- 0,0
2002 Jan.	+ 2,4	+ 1,5	+ 0,9	+ 2,8	- 0,5	+ 2,2	- 6,8	+ 7,0	+ 2,6	+ 2,6	- 0,0	- 0,0	+ 0,6	- 0,0
Febr.	+ 12,1	+ 7,2	- 0,8	+ 0,9	+ 1,5	- 0,3	+ 2,6	+ 9,8	+ 0,6	+ 0,6	- 0,0	+ 0,0	+ 0,5	- 0,0
März	+ 13,8	+ 4,3	- 0,2	+ 1,3	- 0,1	+ 0,3	+ 2,1	+ 11,3	+ 0,7	+ 0,7	- 0,0	+ 0,0	+ 0,1	- 0,0
April	- 0,4	+ 0,1	+ 0,4	- 1,3	+ 0,8	+ 0,1	+ 4,8	- 5,3	+ 0,9	+ 1,0	- 0,0	- 0,0	- 0,5	- 0,0

\* S. Tab. IV. 2, Anm.\*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders ange-

merkt. — 1 Einschl. auf Fremdwährung lautender Anleihen. — 2 Emissionswert bei Auflegung. — 3 Einschl. auf Fremdwährung lautender variabel verzinslicher Anleihen und Null-Kupon-Anleihen. — 4 Anleihen auf Nicht-Eurowährungen. — 5 Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen werden den Sparbriefen zugeordnet s. a. Tab. IV. 10, Anm. 3.

IV. Banken

12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland \*)  
Zwischenbilanzen

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Monats- ende	Anzahl der Insti- tute	Bilanz- summe	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs) 5)		Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)		Inhaber- schuld- ver- schrei- bungen im Umlauf	Kapital (ein- schl. offener Rück- lagen) 7)	Nach- richtlich: Im Jahr bzw. Monat neu abge- schlos- sene Verträge 8)
			Gut- haben und Dar- lehen (ohne Baudar- lehen) 1)	Baudar- lehen 2)	Bank- schuld- ver- schrei- bungen 3)	Baudarlehen			Wert- papiere (ein- schl. Schatz- wechsel und U- Schätze) 4)	Bauspar- einlagen	Sicht- und Termin- gelder	Bauspar- einlagen	Sicht- und Termin- gelder 6)			
						Bauspar- darlehen	Vor- und Zwi- schen- finan- zie- rungs- kredite	sonstige Baudar- lehen								
<b>Alle Bausparkassen</b>																
2001	29	158,4	23,8	0,2	11,8	42,7	54,3	7,2	9,7	0,5	29,3	96,6	3,1	6,9	7,5	75,7
2002 Febr.	29	158,2	23,9	0,2	12,1	42,2	54,6	7,3	9,5	0,5	28,6	96,9	3,1	7,3	7,5	5,8
März	29	160,7	26,0	0,2	12,2	42,1	55,0	7,3	9,6	0,4	29,4	97,4	3,1	8,0	7,5	6,5
April	29	160,4	25,4	0,2	12,4	42,1	55,1	7,3	9,6	0,4	28,7	97,4	3,1	8,3	7,5	6,7
<b>Private Bausparkassen</b>																
2002 Febr.	18	113,7	19,6	0,1	6,7	27,4	38,4	6,7	7,1	0,3	20,8	66,1	3,1	7,3	4,6	3,8
März	18	115,9	21,4	0,1	6,7	27,4	38,7	6,7	7,1	0,3	21,6	66,3	3,1	8,0	4,6	4,3
April	18	115,5	20,9	0,1	6,8	27,4	38,8	6,8	7,1	0,3	21,0	66,2	3,1	8,3	4,6	4,5
<b>Öffentliche Bausparkassen</b>																
2002 Febr.	11	44,5	4,3	0,1	5,4	14,7	16,2	0,5	2,4	0,2	7,8	30,8	0,0	-	2,9	2,0
März	11	44,8	4,6	0,1	5,5	14,7	16,3	0,5	2,5	0,2	7,7	31,1	0,0	-	2,9	2,3
April	11	45,0	4,5	0,1	5,5	14,7	16,3	0,6	2,5	0,1	7,7	31,2	0,0	-	2,9	2,3

Entwicklung des Bauspargeschäfts

Mrd €

Zeit	Umsätze im Sparverkehr			Kapitalzusagen		Kapitalauszahlungen					Noch bestehen- de Auszahlungs- verpflichtungen am Ende des Zeitraumes		Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspar- darlehen 10)		Nach- richtlich: Einge- gangene Wohn- ungs- bau- prämien 12)	
	eingezahlte Bauspar- beträge 9)	Zinsgut- schriften auf Bauspar- einlagen	Rückzah- lungen von Bauspar- einlagen aus nicht zuge- teilten Ver- trägen	ins- gesamt	darunter Netto- Zutei- lungen 11)	ins- gesamt	Zuteilungen		neu ge- währte Vor- und Zwi- schen- finan- zie- rungs- kredite und sonstige Bau- darlehen	ins- gesamt	dar- unter aus Zutei- lungen	ins- gesamt	darunter Til- gungen im Quartal			
							Bauspareinlagen							Bauspardarlehen 9)		
							zu- sammen	darunter zur Ab- lösung von Vor- und Zwi- schen- finan- zie- rungs- kredit- en								zu- sammen
<b>Alle Bausparkassen</b>																
2001	22,0	2,7	4,5	46,5	32,7	44,2	19,7	4,3	10,7	3,4	13,8	10,4	7,7	14,7	11,8	0,5
2002 Febr.	1,7	0,0	0,4	3,3	2,3	2,8	1,2	0,3	0,6	0,2	1,0	10,6	7,9	1,2		0,0
März	2,3	0,0	0,4	3,7	2,6	3,3	1,5	0,3	0,8	0,3	1,0	10,7	7,9	1,3	2,8	0,0
April	2,2	0,0	0,4	4,5	3,1	3,9	1,8	0,4	1,0	0,3	1,2	11,0	8,0	1,2		0,1
<b>Private Bausparkassen</b>																
2002 Febr.	1,2	0,0	0,2	2,2	1,4	1,9	0,8	0,2	0,4	0,1	0,7	6,3	4,0	0,8		0,0
März	1,5	0,0	0,2	2,7	1,8	2,5	1,1	0,2	0,5	0,2	0,8	6,4	4,1	0,9	1,9	0,0
April	1,4	0,0	0,2	3,2	2,1	2,9	1,3	0,3	0,6	0,3	1,0	6,6	4,2	0,8		0,0
<b>Öffentliche Bausparkassen</b>																
2002 Febr.	0,6	0,0	0,1	1,1	0,8	0,8	0,4	0,1	0,2	0,1	0,2	4,3	3,8	0,4		0,0
März	0,8	0,0	0,1	1,0	0,8	0,9	0,4	0,1	0,3	0,1	0,2	4,3	3,8	0,4	0,9	0,0
April	0,8	0,0	0,1	1,3	1,0	1,1	0,5	0,1	0,3	0,1	0,2	4,3	3,8	0,4		0,0

\* Ohne Aktiva und Passiva bzw. Geschäfte der Auslandsfilialen. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Einschl. Postgiroguthaben, Forderungen an Bausparkassen, Forderungen aus Namensschuldverschreibungen und Guthaben bei Zentralnotenbanken. — 2 Bauspardarlehen sowie Vor- und Zwischenfinanzierungskredite. — 3 Einschl. Geldmarktpapiere sowie geringer Beträge anderer Wertpapiere von Banken. — 4 Einschl. Ausgleichsforderungen. — 5 Einschl. Verbindlichkeiten gegenüber Bausparkassen. — 6 Einschl. geringer Beträge von Spareinlagen. — 7 Einschl.

Genussrechtskapital; ab Dezember 1993 einschl. Fonds für allgemeine Bankrisiken. — 8 Bausparsumme; nur Neuabschlüsse, bei denen die Abschlussgebühr voll eingezahlt ist. Vertragserhöhungen gelten als Neuabschlüsse. — 9 Auszahlungen von Bauspareinlagen aus zugeleiteten Verträgen s. unter Kapitalauszahlungen. — 10 Einschl. gutgeschriebener Wohnungsbauprämien. — 11 Nur die von den Berechtigten angenommenen Zuteilungen; einschl. Zuteilungen zur Ablösung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten. — 12 Soweit den Konten der Bausparer oder Darlehensnehmer bereits gutgeschrieben, auch in „Eingezahlte Bausparbeträge“ und „Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspardarlehen“ enthalten.

IV. Banken

13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs) \*)

Mrd €

Zeit	Anzahl der		Bilanz- summe	Kredite an Banken (MFIs)					Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)					Sonstige Aktiv- posi- tionen	
	deut- schen Banken (MFIs) mit Auslands- filialen bzw. Auslands- töchtern	Auslands- filialen 1) bzw. Auslands- töchter		ins- gesamt	Guthaben und Buchkredite			Geld- markt- papiere, Wert- papiere 2) 3)	ins- gesamt	Buchkredite			Geld- markt- papiere, Wert- papiere 2)		
					zu- sammen	deutsche Banken	auslä- ndische Banken			zu- sammen	an deutsche Nichtbanken	darunter Unter- nehmen und Privat- personen			an auslä- ndische Nicht- banken
<b>Auslandsfilialen</b>															
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>															
1999	66	187	1 311,9	714,6	614,2	177,0	437,2	100,4	533,9	386,2	26,6	20,8	359,6	147,7	63,4
2000	71	212	1 558,2	829,4	722,1	211,0	511,1	107,3	656,7	501,5	21,7	17,1	479,9	155,2	72,0
2001	68	216	1 689,3	870,6	761,6	213,6	548,0	109,0	744,9	549,0	20,6	17,2	528,4	195,9	73,9
2001 Juni	71	220	1 723,2	921,7	806,7	258,4	548,3	115,0	751,7	576,2	20,6	17,2	555,6	175,5	49,8
Juli	70	218	1 699,2	910,0	802,6	228,9	573,7	107,5	725,4	549,5	19,7	16,7	529,8	175,9	63,8
Aug.	70	217	1 698,1	928,6	823,7	234,1	589,6	104,9	698,3	522,3	19,1	16,2	503,2	176,0	71,2
Sept.	70	217	1 717,7	917,2	811,4	233,5	577,9	105,8	726,7	548,0	19,1	16,2	528,9	178,7	73,8
Okt.	69	218	1 729,5	921,5	812,7	225,1	587,6	108,8	733,9	536,0	18,6	15,6	517,4	197,9	74,2
Nov.	69	217	1 785,9	960,4	849,6	231,3	618,3	110,8	751,7	547,5	20,1	17,0	527,4	204,2	73,9
Dez.	68	216	1 689,3	870,6	761,6	213,6	548,0	109,0	744,9	549,0	20,6	17,2	528,4	195,9	73,9
2002 Jan.	68	216	1 755,2	934,1	821,1	226,5	594,6	113,0	750,1	553,3	20,2	16,7	533,1	196,9	71,0
Febr.	68	216	1 735,3	920,3	800,6	218,6	582,0	119,6	737,2	544,8	19,9	16,3	524,9	192,4	77,8
März	65	214	1 718,9	905,4	788,3	216,0	572,3	117,1	732,8	540,8	19,1	15,4	521,7	192,0	80,7
<b>Veränderungen *)</b>															
2000	+ 5	+ 25	+214,0	+ 97,0	+ 92,3	+ 33,7	+ 58,6	+ 4,7	+108,3	+104,0	- 5,3	- 4,1	+109,4	+ 4,3	+ 8,7
2001	- 3	+ 4	+ 99,1	+ 24,8	+ 26,1	+ 2,3	+ 23,8	- 1,3	+ 72,7	+ 35,6	- 1,1	- 0,0	+ 36,7	+ 37,1	+ 1,6
2001 Juni	-	-	- 68,6	- 33,1	- 31,4	- 9,6	- 21,9	- 1,6	- 16,3	- 12,0	- 0,4	+ 0,2	- 11,6	- 4,2	- 19,3
Juli	- 1	- 2	+ 7,4	+ 2,9	+ 9,0	- 29,1	+ 38,1	- 6,1	- 9,9	- 13,9	- 0,7	- 0,3	- 13,2	+ 4,0	+ 14,4
Aug.	-	- 1	+ 35,3	+ 36,5	+ 37,2	+ 5,5	+ 31,7	- 0,7	- 9,4	- 13,2	- 0,5	- 0,4	- 12,7	+ 3,8	+ 8,2
Sept.	-	-	+ 15,7	- 13,5	- 14,2	- 0,7	- 13,5	+ 0,7	+ 26,7	+ 24,2	- 0,0	- 0,0	+ 24,3	+ 2,5	+ 2,5
Okt.	- 1	+ 1	+ 6,3	+ 1,5	- 1,1	- 8,5	+ 7,4	+ 2,6	+ 4,4	- 14,2	- 0,5	- 0,6	- 13,6	+ 18,6	+ 0,3
Nov.	- 1	- 1	+ 45,4	+ 33,7	+ 32,2	+ 6,1	+ 26,1	+ 1,5	+ 12,2	+ 7,4	+ 1,4	+ 1,3	+ 6,0	+ 4,8	- 0,5
Dez.	- 1	- 1	-102,2	- 92,5	- 90,2	- 17,7	- 72,4	- 2,4	- 9,4	- 0,8	+ 0,6	+ 0,2	- 1,4	- 8,6	- 0,2
2002 Jan.	-	-	+ 51,0	+ 56,7	+ 53,4	+ 12,7	+ 40,7	+ 3,3	- 2,5	- 1,5	- 0,5	- 0,6	- 1,0	- 1,0	- 3,2
Febr.	-	-	- 17,5	- 12,8	- 19,5	- 7,8	- 11,7	+ 6,8	- 11,6	- 7,5	- 0,2	- 0,4	- 7,3	- 4,1	+ 6,9
März	- 3	- 2	- 10,7	- 12,1	- 9,9	- 2,5	- 7,4	- 2,2	- 1,5	- 1,9	- 0,8	- 0,8	- 1,1	+ 0,3	+ 2,9
<b>Auslandstöchter</b>															
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>															
1999	39	161	530,6	242,0	178,6	71,1	107,5	63,4	234,6	174,2	41,5	37,5	132,7	60,4	53,9
2000	40	170	580,5	248,1	183,8	82,2	101,6	64,3	263,5	203,4	45,4	42,3	158,0	60,1	69,0
2001	46	200	811,5	342,4	262,8	105,7	157,1	79,6	382,2	293,1	51,9	47,7	241,2	89,2	87,0
2001 Juni	43	208	785,3	322,2	247,0	91,9	155,1	75,2	375,3	288,2	48,4	45,3	239,7	87,2	87,7
Juli	43	206	778,2	330,0	253,5	95,1	158,4	76,5	362,5	275,4	48,0	44,5	227,4	87,1	85,7
Aug.	44	207	751,9	317,2	239,7	81,1	158,7	77,4	350,8	265,6	48,1	43,7	217,5	85,2	83,9
Sept.	44	204	767,3	318,2	241,0	84,8	156,2	77,2	365,9	280,0	48,7	44,5	231,3	85,9	83,2
Okt.	45	201	771,3	331,0	252,9	86,8	166,0	78,1	354,9	268,2	47,4	43,8	220,8	86,7	85,4
Nov.	45	202	784,7	333,4	254,0	89,2	164,8	79,4	368,2	277,9	50,7	46,0	227,2	90,3	83,0
Dez.	46	200	811,5	342,4	262,8	105,7	157,1	79,6	382,2	293,1	51,9	47,7	241,2	89,2	87,0
2002 Jan.	46	201	815,1	354,7	273,6	108,3	165,3	81,0	370,4	278,8	50,8	47,2	228,0	91,6	90,1
Febr.	46	201	803,5	348,0	268,1	101,7	166,4	79,9	367,6	277,2	49,4	45,7	227,8	90,4	87,9
März	47	201	813,9	349,4	268,3	105,3	163,0	81,1	368,7	277,4	49,7	46,3	227,7	91,4	95,8
<b>Veränderungen *)</b>															
2000	+ 1	+ 9	+ 38,4	+ 2,1	+ 2,4	+ 11,1	- 8,7	- 0,3	+ 21,8	+ 21,8	+ 3,9	+ 4,8	+ 17,9	+ 0,0	+ 14,5
2001	+ 6	+ 30	+229,9	+ 92,5	+ 78,0	+ 23,5	+ 54,6	+ 14,5	+119,5	+ 89,1	+ 6,5	+ 5,3	+ 82,7	+ 30,4	+ 17,9
2001 Juni	-	-	+ 13,3	+ 12,0	+ 11,8	+ 6,7	+ 5,1	+ 0,2	+ 3,2	+ 7,4	+ 2,1	+ 2,6	+ 5,3	- 4,1	- 2,0
Juli	-	- 2	+ 0,4	+ 11,3	+ 8,7	+ 3,2	+ 5,5	+ 2,6	- 9,4	- 9,7	- 0,4	- 0,8	- 9,2	+ 0,3	- 1,5
Aug.	+ 1	+ 1	- 17,2	- 8,2	- 10,6	- 14,0	+ 3,4	+ 2,4	- 8,1	- 6,2	+ 0,1	- 0,8	- 6,3	- 1,9	- 0,9
Sept.	-	- 3	+ 19,2	+ 1,0	+ 1,3	+ 3,8	- 2,5	- 0,2	+ 18,2	+ 16,9	+ 0,6	+ 0,8	+ 16,3	+ 1,3	- 0,0
Okt.	+ 1	- 3	+ 2,3	+ 11,9	+ 11,3	+ 2,0	+ 9,2	+ 0,7	- 11,7	- 12,6	- 1,3	- 0,7	- 11,3	+ 0,9	+ 2,0
Nov.	-	+ 1	+ 10,5	+ 0,9	+ 0,1	+ 2,3	- 2,2	+ 0,8	+ 12,1	+ 8,6	+ 3,3	+ 2,2	+ 5,3	+ 3,5	- 2,6
Dez.	+ 1	- 2	+ 25,7	+ 8,1	+ 8,2	+ 16,5	- 8,3	- 0,1	+ 13,9	+ 14,5	+ 1,2	+ 1,7	+ 13,3	- 0,6	+ 3,7
2002 Jan.	-	+ 1	- 0,5	+ 10,5	+ 9,7	+ 2,6	+ 7,0	+ 0,8	- 13,8	- 16,1	- 1,0	- 0,4	- 15,1	+ 2,4	+ 2,8
Febr.	-	-	- 11,0	- 6,3	- 5,3	- 6,6	+ 1,3	- 1,0	- 2,5	- 1,4	- 1,4	- 1,5	-	- 1,1	- 2,2
März	+ 1	-	+ 11,6	+ 2,0	+ 0,6	+ 3,6	- 2,9	+ 1,4	+ 1,6	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,9	+ 8,0

\* Ab März 2000 einschl. Auslandsfilialen der Bausparkassen. „Ausland“ umfasst auch das Sitzland der Auslandsfilialen bzw. der Auslandstöchter. Statistisch bedingte Veränderungen sind bei den Veränderungen ausgeschaltet. (Brüche auf Grund von Veränderungen des Berichtskreises

werden bei den Auslandstöchtern grundsätzlich nicht in den Veränderungswerten ausgeschaltet). Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite											Geld- markt- papiere und Schuld- verschrei- bungen im Umlauf 5)	Betriebs- kapital bzw. Eigen- kapital 6)	Sonstige Passiv- posi- tionen 6)	Zeit		
insgesamt	von Banken (MFIs)			von Nichtbanken (Nicht-MFIs)												
	zu- sammen	deutsche Banken	aus- ländische Banken	ins- gesamt	deutsche Nichtbanken 4)				auslän- dische Nicht- banken							
					zu- sammen	kurzfristig	mittel- und langfristig									
					zu- sammen	darunter Unter- nehmen und Privat- personen	zu- sammen	darunter Unter- nehmen und Privat- personen								
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>														<b>Auslandsfilialen</b>		
988,6	671,8	148,3	523,6	316,7	60,7	57,9	52,8	2,8	2,7	256,0	234,4	14,0	75,0	1999		
1 186,1	799,5	158,2	641,4	386,5	60,9	58,4	51,6	2,5	2,4	325,7	272,3	22,0	77,9	2000		
1 271,3	855,3	194,0	661,2	416,0	57,4	54,2	51,2	3,2	3,0	358,6	316,8	24,0	77,2	2001		
1 333,8	909,9	176,3	733,6	423,9	54,7	52,0	49,2	2,7	2,5	369,2	299,3	23,7	66,3	2001 Juni		
1 318,1	890,0	151,8	738,2	428,1	57,6	55,0	52,3	2,7	2,5	370,5	299,0	23,5	58,6	Juli		
1 318,8	904,4	165,6	738,8	414,4	57,9	55,2	52,1	2,7	2,5	356,5	291,3	23,8	64,3	Aug.		
1 327,8	899,1	174,3	724,9	428,7	55,4	52,7	50,1	2,7	2,5	373,3	290,6	23,8	75,5	Sept.		
1 323,4	895,9	178,1	717,8	427,4	57,1	54,4	52,2	2,7	2,5	370,4	308,5	23,9	73,7	Okt.		
1 357,3	925,2	182,5	742,7	432,0	60,1	56,7	54,6	3,4	3,2	372,0	329,6	24,1	75,0	Nov.		
1 271,3	855,3	194,0	661,2	416,0	57,4	54,2	51,2	3,2	3,0	358,6	316,8	24,0	77,2	Dez.		
1 314,8	896,7	192,4	704,3	418,1	65,8	62,7	60,4	3,2	3,0	352,3	334,3	24,3	81,8	2002 Jan.		
1 323,0	883,6	190,0	693,6	439,4	65,8	62,6	60,2	3,2	3,0	373,6	303,9	24,3	84,1	Febr.		
1 306,0	882,5	199,4	683,1	423,5	62,8	59,6	56,9	3,3	3,1	360,7	310,3	24,3	78,3	März		
<b>Veränderungen *)</b>																
+ 170,8	+ 108,8	+ 9,1	+ 99,6	+ 62,0	- 0,0	+ 0,4	- 1,3	- 0,4	- 0,4	+ 62,0	+ 37,9	+ 8,0	- 2,7	2000		
+ 53,8	+ 36,3	+ 35,2	+ 1,1	+ 17,5	- 3,7	- 4,4	- 0,6	+ 0,7	+ 0,6	+ 21,2	+ 44,6	+ 2,1	- 1,3	2001		
- 49,0	- 9,6	+ 10,3	- 19,9	- 39,5	- 1,2	- 1,2	- 0,8	- 0,0	- 0,0	- 38,2	- 13,4	+ 0,1	- 6,3	2001 Juni		
+ 10,4	- 2,3	- 24,2	+ 21,8	+ 12,7	+ 3,0	+ 3,0	+ 3,2	- 0,0	- 0,0	+ 9,7	- 0,3	- 0,3	- 2,4	Juli		
+ 31,8	+ 35,3	+ 14,2	+ 21,1	- 3,5	+ 0,4	+ 0,4	- 0,1	- 0,0	- 0,0	- 3,9	- 7,7	+ 0,3	+ 10,9	Aug.		
+ 5,2	- 7,8	+ 8,5	- 16,3	+ 13,0	- 2,5	- 2,5	- 2,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 15,5	- 0,6	- 0,0	+ 11,1	Sept.		
- 9,7	- 6,6	+ 3,8	- 10,4	- 3,1	+ 1,6	+ 1,6	+ 2,1	+ 0,0	+ 0,0	- 4,7	+ 17,9	+ 0,2	- 2,1	Okt.		
+ 24,8	+ 23,2	+ 4,3	+ 18,9	+ 1,6	+ 3,0	+ 2,3	+ 2,4	+ 0,7	+ 0,7	- 1,4	+ 21,1	+ 0,1	- 0,7	Nov.		
- 92,0	- 73,1	+ 11,4	- 84,5	- 18,9	- 2,8	- 2,6	- 3,5	- 0,2	- 0,2	- 16,2	- 12,8	- 0,0	+ 2,7	Dez.		
+ 31,6	+ 33,6	- 1,8	+ 35,4	- 2,0	+ 8,4	+ 8,4	+ 9,2	- 0,0	- 0,0	- 10,4	+ 17,4	+ 0,2	+ 1,7	2002 Jan.		
+ 9,7	- 11,9	- 2,4	- 9,5	+ 21,7	- 0,0	- 0,0	- 0,2	+ 0,0	+ 0,0	+ 21,7	- 30,4	- 0,0	+ 3,1	Febr.		
- 12,4	+ 1,8	+ 9,5	- 7,7	- 14,2	- 2,9	- 3,0	- 3,3	+ 0,1	+ 0,1	- 11,2	+ 6,4	- 0,0	- 4,8	März		
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>														<b>Auslandstöchter</b>		
383,4	250,7	56,9	193,8	132,7	21,6	19,8	18,3	1,7	1,7	111,1	51,5	29,0	66,7	1999		
414,6	267,9	61,0	207,0	146,7	32,5	29,2	21,9	3,2	3,2	114,2	56,3	34,7	74,9	2000		
576,5	362,5	79,2	283,3	214,0	36,4	32,5	23,9	3,9	3,8	177,6	99,8	47,3	87,9	2001		
556,7	356,4	74,9	281,5	200,3	26,8	22,7	21,7	4,1	4,1	173,5	92,7	47,9	88,0	2001 Juni		
552,6	352,1	73,8	278,2	200,6	32,0	28,1	27,1	3,8	3,8	168,6	93,0	47,4	85,2	Juli		
534,2	341,3	62,3	279,0	192,9	28,0	23,6	22,8	4,3	4,3	164,9	90,6	46,5	80,5	Aug.		
548,1	343,7	66,5	277,1	204,5	27,8	24,1	23,0	3,7	3,7	176,6	90,4	46,1	82,7	Sept.		
549,3	348,4	65,3	283,1	200,9	27,4	23,5	22,4	3,9	3,9	173,4	91,5	46,5	84,0	Okt.		
557,8	356,3	67,4	288,8	201,5	28,5	22,8	21,8	5,7	5,7	173,1	95,1	46,8	85,0	Nov.		
576,5	362,5	79,2	283,3	214,0	36,4	32,5	23,9	3,9	3,8	177,6	99,8	47,3	87,9	Dez.		
580,0	369,6	70,1	299,5	210,4	35,0	31,2	25,7	3,8	3,8	175,4	98,4	48,0	88,6	2002 Jan.		
568,8	361,3	61,9	299,4	207,5	33,0	29,2	24,1	3,8	3,8	174,5	98,9	48,3	87,5	Febr.		
578,1	376,1	65,6	310,5	202,0	32,9	29,1	24,1	3,8	3,8	169,1	101,0	48,0	86,8	März		
<b>Veränderungen *)</b>																
+ 20,6	+ 9,9	+ 2,9	+ 7,0	+ 10,7	+ 10,9	+ 9,4	+ 3,6	+ 1,5	+ 1,5	- 0,3	+ 4,8	+ 5,4	+ 7,6	2000		
+ 160,9	+ 94,6	+ 18,2	+ 76,3	+ 66,4	+ 3,9	+ 3,3	+ 2,0	+ 0,6	+ 0,6	+ 62,5	+ 43,6	+ 13,7	+ 11,7	2001		
+ 10,6	+ 10,3	+ 8,2	+ 2,1	+ 0,4	- 3,2	- 3,3	- 1,3	+ 0,1	+ 0,1	+ 3,6	+ 6,5	- 0,2	- 3,6	2001 Juni		
+ 2,2	+ 0,1	- 1,1	+ 1,2	+ 2,2	+ 5,2	+ 5,5	+ 5,4	- 0,3	- 0,3	- 3,0	+ 0,3	- 0,5	- 1,6	Juli		
- 10,9	- 5,8	- 11,5	+ 5,7	- 5,1	- 4,0	- 4,5	- 4,4	+ 0,5	+ 0,5	- 1,1	- 2,4	- 0,9	- 3,0	Aug.		
+ 16,8	+ 4,3	+ 4,2	+ 0,1	+ 12,5	- 0,1	+ 0,5	+ 0,2	- 0,6	- 0,6	+ 12,6	- 0,3	+ 0,7	+ 2,1	Sept.		
- 0,3	+ 3,9	- 1,2	+ 5,1	- 4,2	- 0,4	- 0,6	- 0,5	+ 0,2	+ 0,2	- 3,8	+ 1,2	+ 0,4	+ 1,0	Okt.		
+ 6,1	+ 6,2	+ 2,1	+ 4,1	- 0,1	+ 1,0	- 0,7	- 0,7	+ 1,8	+ 1,8	- 1,1	+ 3,6	+ 0,4	+ 0,5	Nov.		
+ 17,6	+ 5,9	+ 11,8	- 5,9	+ 11,7	+ 7,9	+ 9,8	+ 2,2	- 1,8	- 1,8	+ 3,8	+ 4,8	+ 0,5	+ 2,9	Dez.		
- 0,0	+ 4,7	- 9,1	+ 13,8	- 4,7	- 1,4	- 1,4	+ 1,8	- 0,0	- 0,0	- 3,4	- 1,4	+ 0,7	+ 0,2	2002 Jan.		
- 10,7	- 7,9	- 8,2	+ 0,3	- 2,9	- 2,0	- 2,0	- 1,6	- 0,0	- 0,0	- 0,8	+ 0,5	+ 0,3	- 1,0	Febr.		
+ 10,5	+ 15,5	+ 3,7	+ 11,7	- 5,0	- 0,1	- 0,1	- 0,0	-	-	- 4,9	+ 2,1	- 0,3	- 0,6	März		

angemerkt. — 1 Mehrere Filialen in einem Sitzland zählen als eine Filiale. — 2 Schatzwechsel, U-Schätze und sonstige Geldmarktpapiere, Anleihen und Schuldverschreibungen. — 3 Einschl. eigener Schuldverschreibungen. — 4 Ohne nachrangige Verbindlichkeiten und nicht börsen-

fähige Schuldverschreibungen. — 5 Begebene börsenfähige und nicht börsenfähige Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere. — 6 Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten.

## V. Mindestreserven

### 1. Reservesätze Deutschland

% der reservspflichtigen Verbindlichkeiten

Gültig ab:	Sicht- verbindlichkeiten	befristete Verbindlichkeiten	Spareinlagen
1995 1. August	2	2	1,5

### Europäische Währungsunion

% der Reservebasis 1)

Gültig ab:	Satz
1999 1. Januar	2

1 Art. 3 der Verordnung der Europäischen Zentralbank vom 1. Dezember 1998 über die Auferlegung einer Mindestreservepflicht (ohne die Verbindlichkeiten, für die gemäß Art. 4 Abs. 1 ein Reservesatz von 0 % gilt).

### 2. Reservehaltung in Deutschland bis Ende 1998 – gemäß der Anweisung der Deutschen Bundesbank über Mindestreserven (AMR) –

Mio DM

Durchschnitt im Monat 1)	Reservspflichtige Verbindlichkeiten				Reserve-Soll 2)	Ist-Reserve 3)	Überschussreserven 4)		Summe der Unterschreitungen des Reserve-Solls
	insgesamt	Sichtverbind- lichkeiten	befristete Verbind- lichkeiten	Spareinlagen			Betrag	in % des Reserve-Solls	
1995 Dez.	2 066 565	579 337	519 456	967 772	36 492	37 337	845	2,3	3
1996 Dez.	2 201 464	655 483	474 342	1 071 639	38 671	39 522	851	2,2	4
1997 Dez.	2 327 879	734 986	476 417	1 116 477	40 975	41 721	745	1,8	3
1998 Dez.	2 576 889	865 444	564 878	1 146 567	45 805	46 432	627	1,4	4

1 Gemäß §§ 5 bis 7 der Anweisung der Deutschen Bundesbank über Mindestreserven (AMR). — 2 Betrag nach Anwendung der Reservesätze auf die reservspflichtigen Verbindlichkeiten (§ 5 Abs. 1 AMR). — 3 Durchschnittliche

Guthaben der reservspflichtigen Kreditinstitute auf Girokonten bei der Deutschen Bundesbank. — 4 Ist-Reserve abzüglich Reserve-Soll.

### 3. Reservehaltung in der Europäischen Währungsunion – ab 1999 gemäß der EZB-Verordnung über Mindestreserven nach Art. 19.1 EZB/ESZB-Statut –

Erfüllungs- periode beginnend im Monat 1)	Reservebasis 2)	Reserve-Soll vor Abzug des Freibetrages 3)	Freibetrag 4)	Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages	Ist-Reserve 5)	Überschuss- reserven 6)	Summe der Unterschrei- tungen des Reserve-Solls 7)
<b>Europäische Währungsunion (Mrd Euro)</b>							
2001 Aug. 8)	6 294,7	125,9	0,6	125,3	126,0	0,7	0,0
Sept. 8)	6 250,7	125,0	0,6	124,4	125,0	0,5	0,0
Okt. 8)	6 335,5	126,7	0,6	126,1	126,6	0,5	0,0
Nov. 8)	6 349,6	127,0	0,6	126,4	127,3	0,8	0,0
Dez. 8)	6 463,7	129,3	0,6	128,7	130,1	1,4	0,0
2002 Jan. 8)	6 615,8	132,3	0,6	131,7	132,4	0,6	0,0
Febr. 8)	6 592,1	131,8	0,6	131,3	132,0	0,7	0,0
März 8) r)	6 557,5	131,2	0,6	130,6	131,1	0,5	0,0
April 8) p)	6 577,8	131,6	0,6	131,0	131,5	0,5	0,0
<b>Darunter: Deutschland (Mio Euro)</b>							
2001 Aug.	1 853 167	37 063	252	36 812	37 067	255	2
Sept.	1 862 074	37 241	249	36 993	37 254	262	2
Okt.	1 898 696	37 974	248	37 726	37 915	188	12
Nov.	1 881 102	37 622	247	37 375	37 788	413	9
Dez.	1 906 707	38 134	247	37 887	38 875	988	6
2002 Jan.	1 925 319	38 506	246	38 260	38 534	273	5
Febr.	1 908 714	38 174	246	37 928	38 242	314	8
März	1 891 284	37 826	246	37 580	37 812	232	6
April p)	1 899 187	37 984	246	37 738	37 925	187	1

1 Die Mindestreserveerfüllungsperiode des ESZB-Mindestreservesystems beginnt am 24. eines jeden Monats und endet am 23. des Folgemonats (Dauer der ersten Mindestreserveerfüllungsperiode vom 1. Januar 1999 bis 23. Februar 1999). — 2 Art. 3 der Verordnung der Europäischen Zentralbank vom 1. Dezember 1998 über die Auferlegung einer Mindestreservepflicht (ohne die Verbindlichkeiten, für die gemäß Art. 4 Abs. 1 ein Reservesatz von 0 % gilt). — 3 Betrag nach Anwendung der Reservesätze auf die Reservebasis. — 4 Art. 5 Abs. 2 der Verordnung der Europäischen Zentralbank vom 1. Dezem-

ber 1998 über die Auferlegung einer Mindestreservepflicht. — 5 Durchschnittliche Guthaben der reservspflichtigen Kreditinstitute, die Reserveguthaben unterhalten müssen, auf Reservekonten bei der jeweiligen nationalen Zentralbank. — 6 Ist-Reserve abzüglich Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages. — 7 Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages. — 8 Im Hinblick auf die Einführung des Euro in Griechenland am 1. Januar 2001 einschl. der in Griechenland ansässigen Kreditinstitute.

VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze

% p.a.			
Gültig ab	Einlage- fazilität	Hauptrefinanzierungs- geschäfte 1)	Spitzenrefinanzierungs- fazilität
1999 1. Jan.	2,00	3,00	4,50
4. Jan.	2,75	3,00	3,25
22. Jan.	2,00	3,00	4,50
9. April	1,50	2,50	3,50
5. Nov.	2,00	3,00	4,00
2000 4. Febr.	2,25	3,25	4,25
17. März	2,50	3,50	4,50
28. April	2,75	3,75	4,75
9. Juni	3,25	4,25	5,25
1. Sept.	3,50	4,50	5,50
6. Okt.	3,75	4,75	5,75
2001 11. Mai	3,50	4,50	5,50
31. Aug.	3,25	4,25	5,25
18. Sept.	2,75	3,75	4,75
9. Nov.	2,25	3,25	4,25

2. Diskont- und Lombardsatz  
der Deutschen Bundesbank

% p.a.		
Gültig ab	Diskontsatz	Lombard- satz 2) 4) 5)
1994 18. Febr.	5 1/4	6 3/4
15. April	5	6 1/2
13. Mai	4 1/2	6
1995 31. März	4	6
25. Aug.	3 1/2	5 1/2
15. Dez.	3	5
1996 19. April bis	2 1/2	4 1/2
1998 31. Dez.		

3. Basiszinssätze

% p.a.		
Gültig ab	Basiszinssatz gemäß DÜG 3) 4) 5)	
1999 1. Jan.	2,50	
1. Mai	1,95	
2000 1. Jan.	2,68	
1. Mai	3,42	
1. Sept.	4,26	
2001 1. Sept.	3,62	
2002 1. Jan. bis 3. April	2,71	
		Basiszinssatz gemäß BGB 6)
2002 1. Jan.	2,57	

1 Bis 21. Juni 2000 Mengentender, ab 28. Juni 2000 Zinstender zum Mindestbietungssatz. — 2 Ab 1. August 1990 bis 31. Dezember 1993 zugleich Zinssatz für Kassenkredite; ab 1. Januar 1994 wurden keine Kassenkredite mehr gewährt. Wird in einem Gesetz auf den Zinssatz für Kassenkredite des Bundes Bezug genommen, tritt an dessen Stelle der um 1,5 Prozentpunkte erhöhte Basiszinssatz gemäß DÜG (s. a. Anm. 4 a und 5). Gemäß DÜG i.V. mit der Lombardsatz-Überleitungs-Verordnung wird ab 1. Januar 1999 der Lombardsatz, soweit er als Bezugsgröße für Zinsen und andere Leistungen verwendet wird, durch den Zinssatz der Europäischen Zentralbank (EZB) für die Spitzenrefinanzierungsfazilität (SRF-Satz) ersetzt (s. a. Anm. 4 b und 5). — 3 Er ersetzt gemäß Diskontsatz-Überleitungs-Gesetz (DÜG) i.V. mit der Basiszinssatz-Bezugsgrößen-Verordnung ab 1. Januar 1999 den Diskontsatz, soweit dieser in Verträgen und Vorschriften als Bezugsgröße für Zinsen und andere Leistungen verwendet wird. Dieser Basiszinssatz ist der am 31. Dezember 1998 geltende Diskontsatz der Deutschen Bundesbank. Er verändert sich mit Beginn des 1. Januar, 1. Mai und 1. September eines jeden Jahres, erstmals mit Beginn des 1. Mai 1999, und zwar dann, wenn sich der Zinssatz der EZB für längerfristige Refinanzierungsgeschäfte (marginaler LRG-Satz) um mindestens 0,5 Prozentpunkte verändert hat (s. a. Anm. 4 c und 5). — 4 Soweit die nachstehend genannten Zinssätze als Bezugsgröße für Zinsen

und andere Leistungen in Rechtsvorschriften des Bundes auf dem Gebiet des Bürgerlichen Rechts und des Verfahrensrechts der Gerichte, in nach dem Einföhrungsgesetz zum BGB (EGBGB) vorbehaltenem Landesrecht und in Vollstreckungstiteln und Verträgen auf Grund solcher Vorschriften verwendet werden, treten mit Wirkung vom 1. Januar 2002: a) an die Stelle des Zinssatzes für Kassenkredite des Bundes der um 1,5 Prozentpunkte erhöhte Basiszinssatz des BGB, b) an die Stelle des Lombardsatzes der SRF-Satz der EZB, c) an die Stelle des Basiszinssatzes des DÜG der Basiszinssatz gemäß § 247 BGB (s. a. Anm. 5). — 5 Gemäß Versicherungskapitalanlagen-Bewertungsgesetz (VersKapAG) Artikel 4 § 1 werden das DÜG, die Basiszinssatz-Bezugsgrößen-Verordnung und die Lombardsatz-Überleitungsverordnung aufgehoben. Nach Artikel 4 § 2 VersKapAG treten ab 4. April 2002 an Stelle des Diskontsatzes und des Basiszinssatzes gemäß DÜG der Basiszinssatz gemäß § 247 BGB, an Stelle des Lombardsatzes der SRF-Satz der EZB und an Stelle des Zinssatzes für Kassenkredite des Bundes der um 1,5 Prozentpunkte erhöhte Basiszinssatz gemäß § 247 BGB. — 6 Er beträgt 3,62 % und verändert sich zum 1. Januar und 1. Juli eines jeden Jahres (erstmalig zum 1. Januar 2002) um die Prozentpunkte, um welche die Bezugsgröße (jüngste Hauptrefinanzierungsoperation der EZB, marginaler Satz) seit der letzten Veränderung des Basiszinssatzes gestiegen oder gefallen ist.

4. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren) \*)

Gebote Betrag	Zuteilung Betrag	Mengentender		Zinstender		Laufzeit	
		Festsatz	% p.a.	Mindest- bietungssatz	marginaler Satz 1)		gewichteter Durchschnittssatz
Gutschriftstag	Mio €		% p.a.			Tage	
<b>Hauptrefinanzierungsgeschäfte</b>							
2002 4. April	112 796	55 000	—	3,25	3,30	3,31	13
10. April	112 847	48 000	—	3,25	3,29	3,29	14
17. April	102 694	49 000	—	3,25	3,27	3,28	13
24. April	115 604	60 000	—	3,25	3,30	3,31	14
30. April	106 166	49 000	—	3,25	3,30	3,31	15
8. Mai	108 472	66 000	—	3,25	3,29	3,30	14
15. Mai	108 733	43 000	—	3,25	3,30	3,30	14
22. Mai	112 438	70 000	—	3,25	3,33	3,34	14
29. Mai	114 221	48 000	—	3,25	3,34	3,35	14
5. Juni	114 258	65 000	—	3,25	3,33	3,34	14
12. Juni	97 462	42 000	—	3,25	3,31	3,32	14
<b>Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte</b>							
2002 28. Febr.	47 001	20 000	—	—	3,32	3,33	91
28. März	39 976	20 000	—	—	3,40	3,42	91
25. April	40 580	20 000	—	—	3,35	3,36	91
30. Mai	37 602	20 000	—	—	3,45	3,47	91
<b>Sonstige Tendergeschäfte</b>							
2002 4. Jan.	57 644	25 000	—	3,25	3,30	3,32	3
10. Jan.	59 377	40 000	—	3,25	3,28	3,30	1

Quelle: EZB. — \* Erweiterung des Euro-Währungsgebiets zum 1. Januar 2001 um Griechenland. — 1 Niedrigster bzw. höchster Zinssatz, zu dem Mit-

tel noch zuteilt bzw. hereingenommen werden.

## VI. Zinssätze

### 5. Geldmarktsätze nach Monaten

% p.a.

Geldmarktsätze am Frankfurter Bankplatz 1)		EURIBOR 3)										
		EONIA 2)		Wochengeld	Monatsgeld	Drei-monatsgeld	Sechs-monatsgeld	Neun-monatsgeld	Zwölf-monatsgeld			
Tagesgeld		Dreimonatsgeld		Monatsdurchschnitte								
Monats-durch-schnitte	Niedrigst- und Höchstsätze	Monats-durch-schnitte	Niedrigst- und Höchstsätze									
Zeit												
2000 Mai	3,92	2,85 – 4,23	4,34	4,06 – 4,48	3,92	4,05	4,16	4,36	4,54	4,72	4,85	4,85
Juni	4,28	4,02 – 4,85	4,48	4,37 – 4,55	4,29	4,31	4,37	4,50	4,68	4,85	4,96	4,96
Juli	4,30	3,80 – 4,51	4,56	4,50 – 4,64	4,31	4,36	4,41	4,58	4,84	4,98	5,11	5,11
Aug.	4,40	3,85 – 4,80	4,76	4,60 – 4,92	4,42	4,48	4,57	4,78	5,01	5,14	5,25	5,25
Sept.	4,58	4,00 – 4,99	4,83	4,77 – 5,00	4,59	4,64	4,70	4,85	5,04	5,14	5,22	5,22
Okt.	4,75	4,50 – 5,02	5,02	4,95 – 5,14	4,76	4,80	4,85	5,04	5,10	5,16	5,22	5,22
Nov.	4,82	4,70 – 4,98	5,07	5,00 – 5,14	4,83	4,86	4,92	5,09	5,13	5,16	5,19	5,19
Dez.	4,82	4,69 – 5,40	4,92	4,81 – 5,02	4,83	4,86	4,95	4,94	4,92	4,90	4,88	4,88
2001 Jan.	4,75	4,15 – 4,88	4,75	4,65 – 4,84	4,76	4,81	4,80	4,77	4,68	4,60	4,57	4,57
Febr.	4,98	4,73 – 5,75	4,74	4,67 – 4,81	4,99	4,83	4,80	4,76	4,67	4,61	4,59	4,59
März	4,77	4,20 – 4,93	4,69	4,52 – 4,78	4,78	4,82	4,78	4,71	4,58	4,49	4,47	4,47
April	5,04	4,71 – 5,80	4,66	4,52 – 4,80	5,06	4,88	4,78	4,68	4,57	4,50	4,48	4,48
Mai	4,64	4,41 – 4,90	4,62	4,49 – 4,81	4,65	4,66	4,66	4,64	4,56	4,53	4,52	4,52
Juni	4,53	4,30 – 4,85	4,43	4,37 – 4,50	4,54	4,56	4,53	4,45	4,35	4,33	4,31	4,31
Juli	4,51	4,25 – 4,63	4,45	4,38 – 4,50	4,51	4,54	4,52	4,47	4,39	4,33	4,31	4,31
Aug.	4,49	4,35 – 4,53	4,33	4,21 – 4,43	4,49	4,51	4,46	4,45	4,22	4,14	4,11	4,11
Sept.	3,97	2,95 – 5,50	3,96	3,60 – 4,27	3,99	4,08	4,05	3,98	3,88	3,80	3,77	3,77
Okt.	3,96	3,65 – 4,76	3,58	3,48 – 3,65	3,97	3,83	3,72	3,60	3,46	3,39	3,37	3,37
Nov.	3,51	3,15 – 4,20	3,37	3,28 – 3,50	3,51	3,48	3,43	3,39	3,26	3,20	3,20	3,20
Dez.	3,32	2,90 – 4,05	3,33	3,26 – 3,36	3,34	3,38	3,42	3,34	3,26	3,24	3,30	3,30
2002 Jan.	3,29	2,45 – 3,57	3,32	3,24 – 3,38	3,29	3,35	3,35	3,34	3,34	3,39	3,48	3,48
Febr.	3,27	2,90 – 3,35	3,34	3,31 – 3,38	3,28	3,32	3,34	3,36	3,40	3,48	3,59	3,59
März	3,25	2,90 – 3,45	3,37	3,33 – 3,45	3,26	3,33	3,35	3,39	3,50	3,65	3,82	3,82
April	3,30	3,11 – 3,75	3,39	3,35 – 3,45	3,32	3,32	3,34	3,41	3,54	3,70	3,86	3,86
Mai	3,31	3,21 – 3,50	3,44	3,35 – 3,52	3,31	3,34	3,37	3,47	3,63	3,80	3,96	3,96

1 Geldmarktsätze werden nicht offiziell festgesetzt oder notiert; die aus den täglichen Angaben errechneten Monatsdurchschnitte sind ungewichtet. — 2 Euro OverNight Index Average: Seit 4. Januar 1999 von der Europäischen Zentralbank auf der Basis effektiver Umsätze nach der Zinsmethode act/360 berechneter gewichteter Durchschnittssatz für Tagesgelder im In-

terbankengeschäft, der über Bridge Telerate veröffentlicht wird. — 3 Euro Interbank Offered Rate: Seit 30. Dezember 1998 von Bridge Telerate nach der Zinsmethode act/360 berechneter ungewichteter Durchschnittssatz. — 4 Ultimogeld 5,00%-5,40%. — 5 Ultimogeld 3,50%-4,05%.

### 6. Zinssätze im Kundengeschäft der Banken im Euro-Währungsgebiet \*) o)

% p.a.; Durchschnittssätze der Berichtszeiträume

Zeit	Einlagenzinsen						Kreditzinsen			
	täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist		für Unternehmenskredite		für private Haushalte	
		bis zu 1 Jahr	bis zu 2 Jahren	mehr als 2 Jahre	bis zu 3 Monaten	mehr als 3 Monate	bis zu 1 Jahr	mehr als 1 Jahr	Konsumenten-kredite	Wohnungsbau-kredite
1999	0,65	2,44	2,45	3,57	2,15	2,76	5,65	5,10	9,40	5,29
2000	0,85	3,45	3,45	4,52	2,25	3,79	6,60	6,23	9,87	6,34
2001 1)	0,94	3,49	3,49	4,12	2,40	3,59	6,83	6,15	10,12	5,97
2001 April	1,03	3,76	3,76	4,26	2,50	3,91	7,07	6,34	10,25	6,14
Mai	1,01	3,75	3,74	4,27	2,48	3,91	7,03	6,34	10,22	6,17
Juni	0,98	3,65	3,65	4,25	2,45	3,85	6,97	6,25	10,17	6,13
Juli	0,97	3,65	3,65	4,22	2,44	3,80	6,90	6,20	10,11	6,05
Aug.	0,96	3,59	3,59	4,14	2,40	3,68	6,89	6,19	10,16	5,96
Sept.	0,91	3,28	3,28	3,98	2,36	3,33	6,70	6,07	10,08	5,86
Okt.	0,84	3,06	3,06	3,84	2,29	3,01	6,46	5,82	9,99	5,65
Nov.	0,78	2,84	2,83	3,65	2,19	2,75	6,31	5,71	9,87	5,48
Dez.	0,74	2,79	2,78	3,77	2,17	2,79	6,26	5,69	9,81	5,52
2002 Jan.	0,73	2,77	2,77	3,83	2,17	2,80	6,18	5,63	9,78	5,53
Febr.	0,74	2,78	2,79	3,95	2,15	2,91	6,16	5,75	9,81	5,61
März	0,74	2,83	2,84	4,07	2,15	3,00	6,06	5,85	9,76	5,74
April	0,74	2,88	2,89	4,13	2,16	3,07	6,08	5,90	9,77	5,81

\* Diese Zinssätze im Kundengeschäft der Banken im Euro-Währungsgebiet sollten mit Vorsicht und nur für statistische Zwecke verwendet werden. Sie dienen in erster Linie der Analyse ihrer Entwicklung im Zeitablauf und weniger der Beobachtung der Zinshöhe. Sie werden als gewichteter Durchschnitt der von den nationalen Zentralbanken angegebenen nationalen Zinssätze berechnet. Bei den nationalen Sätzen handelt es sich um derzeit vorhandene Daten aus nationalen Quellen, die am ehesten den in der Tabelle dargestellten Standardkategorien entsprechen. Diese nationalen Zinssätze wurden aggregiert, um daraus Informationen für das Euro-Währungsgebiet zu gewinnen. Dabei wurden teilweise – auf Grund der Heterogenität der nationalen Finanzinstrumente innerhalb der WU-Mitgliedstaaten – Näherungs-

werte und Arbeitsannahmen verwendet. Überdies sind die nationalen Zinssätze hinsichtlich ihrer Bezugsbasis (Neugeschäft und/oder Bestand), der Art der Daten (Nominal- oder Effektivzinssatz) und der Erhebungsmethode nicht harmonisiert. Die Gewichte der einzelnen Länder für die Zinssätze im Kundengeschäft der Banken im Euro-Währungsgebiet werden aus der Bilanzstatistik der MFIs oder aus vergleichbaren Quellen abgeleitet. Die Gewichte geben die länderspezifischen Anteile der jeweiligen Instrumente im Euro-Währungsgebiet, gemessen anhand der Bestände, wieder. Die Gewichte werden monatlich angepasst, sodass sich die Zinssätze und Gewichte immer auf denselben Monat beziehen. — 1 Erweiterung des Euro-Währungsgebiets zum 1. Januar 2001 um Griechenland.

o) Tabelle und Erläuterungen sind von der EZB übernommen worden.

VI. Zinssätze

7. Soll- und Habenzinsen der Banken (MFIs) in Deutschland \*) ○)  
Sollzinsen

% p.a.

Erhebungs- zeitraum 1)	Kontokorrentkredite						Wechseldiskontkredite			
	unter 100 000 €		von 100 000 € bis unter 500 000 €		von 500 000 € bis unter 2,5 Mio €		bundesbankfähige Abschnitte bis unter 50 000 €			
	durch- schnittlicher Zinssatz	Streubreite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streubreite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streubreite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streubreite		
2001 Juli	11,12	6,50 – 13,25	9,99	6,00 – 12,95	8,73	5,50 – 12,00	6,91	5,43 – 10,00		
Aug.	11,11	6,20 – 13,25	10,03	6,00 – 12,95	8,79	5,50 – 12,10	6,84	5,18 – 10,00		
Sept.	11,06	6,00 – 13,25	9,98	6,00 – 12,75	8,75	5,50 – 12,10	6,69	5,00 – 10,00		
Okt.	10,97	5,50 – 13,25	9,93	5,50 – 12,75	8,57	5,00 – 12,00	6,57	4,55 – 10,25		
Nov.	10,87	5,50 – 13,00	9,77	5,00 – 12,75	8,49	4,90 – 12,00	6,43	4,36 – 10,25		
Dez.	10,66	6,00 – 13,00	9,64	5,50 – 12,75	8,44	4,90 – 12,00	6,23	3,46 – 10,00		
2002 Jan. ○)	10,86	6,00 – 13,00	9,62	5,50 – 12,75	8,40	4,50 – 12,00	6,34	4,30 – 10,25		
Febr.	10,84	6,00 – 13,00	9,58	6,00 – 12,75	8,42	5,50 – 12,00	6,36	4,35 – 10,25		
März	10,88	6,45 – 13,00	9,64	6,00 – 12,60	8,39	4,50 – 12,00	6,28	4,25 – 10,00		
April	10,90	6,00 – 13,00	9,69	6,00 – 12,75	8,49	5,00 – 12,00	6,34	4,30 – 10,25		
Mai	10,93	6,00 – 13,00	9,69	5,50 – 12,75	8,55	4,50 – 12,00	6,36	4,35 – 10,25		

Erhebungs- zeitraum 1)	Dispositionskredite (eingeräumte Überziehungskredite) an Privatkunden						Langfristige Festzinskredite an Unternehmen und Selbständige (ohne Kredite für den Wohnungsbau) 5)			
	Ratenkredite von 5 000 € bis 15 000 € einschl. 2)		Monatssatz 3)		jährliche Effektivverzinsung 4)		von 100 000 € bis unter 500 000 €		von 500 000 € bis unter 5 Mio €	
							Effektivverzinsung			
	durch- schnittlicher Zinssatz	Streubreite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streubreite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streubreite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streubreite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streubreite
2001 Juli	12,68	11,25 – 13,50	0,41	0,35 – 0,49	10,78	8,92 – 12,91	6,82	5,85 – 8,63	6,60	5,70 – 8,30
Aug.	12,66	11,25 – 13,50	0,41	0,35 – 0,49	10,80	8,89 – 12,76	6,74	5,63 – 8,60	6,52	5,50 – 8,30
Sept.	12,66	11,25 – 13,50	0,41	0,35 – 0,49	10,80	8,95 – 12,89	6,64	5,49 – 8,50	6,43	5,38 – 8,25
Okt.	12,61	11,25 – 13,50	0,41	0,35 – 0,49	10,76	8,80 – 12,95	6,44	5,26 – 8,50	6,21	5,17 – 8,17
Nov.	12,54	11,25 – 13,50	0,41	0,34 – 0,49	10,65	8,68 – 12,86	6,28	5,15 – 8,50	6,05	5,04 – 8,12
Dez.	12,48	11,00 – 13,50	0,41	0,34 – 0,49	10,64	8,78 – 12,63	6,40	5,36 – 8,50	6,16	5,25 – 8,05
2002 Jan. ○)	12,47	11,25 – 13,50	0,41	0,33 – 0,49	10,65	8,62 – 12,68	6,48	5,50 – 8,55	6,23	5,28 – 8,25
Febr.	12,47	11,00 – 13,50	0,41	0,34 – 0,49	10,73	8,87 – 12,77	6,57	5,55 – 8,60	6,36	5,41 – 8,50
März	12,44	11,00 – 13,50	0,41	0,34 – 0,49	10,71	8,87 – 12,68	6,77	5,80 – 8,80	6,55	5,41 – 8,55
April	12,44	10,51 – 13,50	0,41	0,34 – 0,49	10,68	8,76 – 12,80	6,82	5,80 – 8,80	6,63	5,70 – 8,45
Mai	12,47	11,00 – 13,50	0,41	0,34 – 0,49	10,73	8,87 – 12,96	6,86	5,90 – 8,60	6,63	5,75 – 8,45

Erhebungs- zeitraum 1)	Hypothekarkredite auf Wohngrundstücke							
	zu Festzinsen (Effektivverzinsung) 6)						zu Gleitzinsen (Effektivverzinsung) 6)	
	auf 2 Jahre		auf 5 Jahre		auf 10 Jahre			
	durch- schnittlicher Zinssatz	Streubreite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streubreite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streubreite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streubreite
2001 Juli	5,78	5,22 – 6,45	5,85	5,54 – 6,37	6,24	5,77 – 6,59	6,64	5,43 – 8,03
Aug.	5,62	5,06 – 6,35	5,69	5,43 – 6,22	6,13	5,88 – 6,54	6,57	5,43 – 8,03
Sept.	5,41	4,75 – 6,22	5,57	5,22 – 6,22	6,08	5,85 – 6,43	6,45	5,38 – 7,82
Okt.	5,12	4,49 – 5,96	5,36	5,01 – 6,03	5,91	5,64 – 6,43	6,30	4,96 – 7,73
Nov.	4,95	4,33 – 5,79	5,20	4,75 – 5,75	5,70	5,38 – 6,14	6,12	4,80 – 7,71
Dez.	5,13	4,59 – 5,90	5,42	4,90 – 5,90	5,87	5,20 – 6,22	6,15	4,85 – 7,60
2002 Jan.	5,19	4,65 – 5,91	5,52	5,10 – 6,06	5,95	5,36 – 6,27	6,13	4,85 – 7,50
Febr.	5,38	4,85 – 6,11	5,66	5,32 – 6,17	6,05	5,62 – 6,42	6,14	4,80 – 7,50
März	5,61	5,12 – 6,27	5,89	5,54 – 6,33	6,26	5,84 – 6,61	6,16	4,70 – 7,50
April	5,70	5,22 – 6,38	5,96	5,56 – 6,43	6,30	6,00 – 6,69	6,26	5,10 – 7,60
Mai	5,73	5,22 – 6,38	5,96	5,69 – 6,43	6,30	6,01 – 6,70	6,22	4,95 – 7,50

\* Die Durchschnittssätze sind als ungewichtetes arithmetisches Mittel aus den innerhalb der Streubreite liegenden Zinsmeldungen errechnet. Die Streubreite wird ermittelt, indem jeweils 5% der Meldungen mit den höchsten und den niedrigsten Zinssätzen ausgesondert werden. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — ○ Die Umstellung der Beitragskategorien von D-Mark auf Euro ab Januar 2002 erfolgt aus Gründen der Praktikabilität mittels Halbierung. — 1 Jeweils die beiden mittleren Wochen der angegebenen Monate. — 2 Mit Laufzeit von 36 Monaten bis 60 Monate einschl. — 3 Zinssätze in % p.M. vom ursprünglich in Anspruch genommenen Kreditbetrag. Neben der Verzinsung wird von den meisten Banken eine einmalige Bearbeitungsgebühr (im Allgemeinen 2% der Darlehens-

summe, zum Teil auch 3%) berechnet. — 4 Berechnet aus den gemeldeten p.M.-Sätzen (s. Anm. 3) und den gemeldeten p.a.-Sätzen auf den jeweils geschuldeten Betrag sowie den zugehörigen Bearbeitungsgebühren unter Berücksichtigung der gemeldeten Laufzeiten. — 5 Unternehmenskredite (mit vereinbarter Laufzeit von über 5 Jahren), für die eine Zinsbindungsfrist von über 5 Jahren vereinbart worden ist. — 6 Die Angaben beziehen sich auf den Zeitpunkt des Vertragsabschlusses und nicht auf die Gesamtlaufzeit der Verträge. Bei Errechnung der Effektivverzinsung wird von einer jährlichen Grundtilgung von 1% zuzüglich ersparter Zinsen ausgegangen unter Berücksichtigung der von den beteiligten Instituten jeweils vereinbarten Rückzahlungsmodalitäten (zurzeit überwiegend monatliche Zahlung und Anrechnung).

VI. Zinssätze

noch: 7. Soll- und Habenzinsen der Banken (MFIs) in Deutschland \*) o)  
Habenzinsen

% p.a.

Erhebungs- zeitraum 1)	Festgelder mit vereinbarter Laufzeit									
	Sichteinlagen von Privatkunden mit höherer Verzinsung 7)								von 3 Monaten	
	von 1 Monat		von 50 000 € bis unter 500 000 €		von 500 000 € bis unter 2,5 Mio €		von 50 000 € bis unter 500 000 €			
durch- schnittlicher Zinssatz	Streubreite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streubreite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streubreite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streubreite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streubreite	
2001 Juli	2,41	0,50 – 3,88	3,34	2,50 – 4,00	3,73	3,10 – 4,20	4,08	3,50 – 4,50	3,83	3,20 – 4,41
Aug.	2,39	0,50 – 3,75	3,31	2,50 – 4,00	3,70	3,00 – 4,20	4,05	3,40 – 4,45	3,76	3,10 – 4,30
Sept.	2,26	0,50 – 3,50	3,00	2,20 – 3,85	3,38	2,70 – 4,00	3,66	2,95 – 4,15	3,47	2,60 – 4,00
Okt.	2,10	0,50 – 3,24	2,69	2,00 – 3,40	3,07	2,40 – 3,50	3,36	2,75 – 3,75	3,12	2,40 – 3,65
Nov.	1,96	0,50 – 2,96	2,42	1,75 – 3,00	2,77	2,20 – 3,15	3,00	2,50 – 3,30	2,83	2,17 – 3,45
Dez.	1,92	0,50 – 2,95	2,41	1,75 – 3,00	2,76	2,23 – 3,15	3,03	2,50 – 3,40	2,78	2,20 – 3,15
2002 Jan. o)	1,90	0,50 – 2,85	2,37	1,70 – 3,00	2,73	2,20 – 3,10	3,00	2,50 – 3,30	2,76	2,20 – 3,11
Febr.	1,86	0,50 – 2,85	2,30	1,65 – 3,00	2,66	2,09 – 3,05	2,89	2,45 – 3,23	2,75	2,20 – 3,13
März	1,88	0,50 – 2,80	2,34	1,70 – 3,00	2,70	2,20 – 3,10	2,94	2,40 – 3,25	2,77	2,25 – 3,17
April	1,87	0,50 – 3,00	2,34	1,70 – 3,00	2,69	2,25 – 3,05	2,94	2,50 – 3,25	2,78	2,22 – 3,20
Mai	1,85	0,50 – 2,75	2,33	1,67 – 3,00	2,70	2,25 – 3,05	2,94	2,40 – 3,25	2,79	2,23 – 3,20

Erhebungs- zeitraum 1)	Spareinlagen									
	Sparbriefe mit laufender Zinszahlung					mit höherer Verzinsung 9) (ohne Vereinbarung einer Vertragsdauer)				
	mit Mindest-/ Grundverzinsung 8)		bei vereinbarter Kündigungsfrist von 3 Monaten			bei vereinbarter Kündigungsfrist von 3 Monaten			von 10 000 € bis unter 25 000 €	
vierjährige Laufzeit		unter 5 000 €		von 5 000 € bis unter 10 000 €		von 10 000 € bis unter 25 000 €				
durch- schnittlicher Zinssatz	Streubreite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streubreite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streubreite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streubreite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streubreite	
2001 Juli	4,26	3,90 – 4,60	1,20	1,00 – 2,00	2,26	1,50 – 3,50	2,85	1,75 – 4,00	3,07	2,00 – 4,00
Aug.	4,16	3,75 – 4,50	1,18	1,00 – 1,75	2,20	1,50 – 3,35	2,77	1,75 – 3,75	3,02	2,00 – 4,00
Sept.	3,99	3,60 – 4,35	1,16	1,00 – 1,75	2,11	1,35 – 3,25	2,63	1,60 – 3,50	2,88	1,85 – 3,90
Okt.	3,77	3,40 – 4,20	1,14	1,00 – 1,75	2,01	1,25 – 3,05	2,47	1,50 – 3,50	2,69	1,85 – 3,50
Nov.	3,48	3,00 – 4,00	1,11	0,75 – 1,50	1,86	1,25 – 2,75	2,25	1,50 – 3,00	2,49	1,75 – 3,20
Dez.	3,65	3,10 – 4,00	1,08	0,75 – 1,50	1,81	1,25 – 2,75	2,18	1,50 – 3,00	2,42	1,75 – 3,00
2002 Jan. o)	3,73	3,25 – 4,10	1,07	0,75 – 1,50	1,78	1,25 – 2,75	2,15	1,50 – 2,75	2,40	1,70 – 3,00
Febr.	3,90	3,25 – 4,25	1,06	0,75 – 1,50	1,78	1,25 – 2,70	2,14	1,50 – 2,75	2,37	1,60 – 3,00
März	4,07	3,30 – 4,50	1,05	0,75 – 1,50	1,79	1,25 – 2,75	2,14	1,50 – 2,80	2,38	1,60 – 3,00
April	4,15	3,30 – 4,50	1,04	0,75 – 1,50	1,78	1,25 – 2,60	2,15	1,50 – 2,80	2,38	1,60 – 3,00
Mai	4,15	3,30 – 4,50	1,04	0,75 – 1,50	1,79	1,25 – 2,60	2,16	1,50 – 2,80	2,40	1,75 – 3,00

Erhebungs- zeitraum 1)	Spareinlagen mit höherer Verzinsung 9) und Vereinbarung einer Vertragsdauer von 10 000 € bis unter 25 000 € (Gesamtverzinsung) 10)									
	bei vereinbarter Kündigungsfrist von 3 Monaten und einer Vertragsdauer					bei vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten und einer Vertragsdauer				
	bis 1 Jahr einschl.		von über 1 Jahr bis 4 Jahre einschl.		von über 4 Jahren		bis 1 Jahr einschl.		von über 4 Jahren	
durch- schnittlicher Zinssatz	Streubreite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streubreite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streubreite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streubreite	durch- schnittlicher Zinssatz	Streubreite	
2001 Juli	3,64	2,80 – 4,15	3,91	3,25 – 4,45	4,48	3,64 – 5,25	3,80	2,50 – 4,05	4,33	3,90 – 4,75
Aug.	3,52	2,60 – 4,00	3,83	3,20 – 4,30	4,42	3,60 – 5,40	3,68	2,50 – 4,00	4,22	3,84 – 4,73
Sept.	3,32	2,40 – 3,90	3,62	2,61 – 4,25	4,32	3,36 – 5,42	3,33	2,50 – 3,65	4,06	3,72 – 4,73
Okt.	2,94	2,25 – 3,45	3,36	2,60 – 3,88	4,17	3,00 – 5,40	3,01	2,50 – 3,50	3,85	3,50 – 4,50
Nov.	2,64	2,00 – 3,25	3,09	2,48 – 3,50	4,01	2,66 – 5,40	2,75	2,00 – 3,50	3,53	2,93 – 4,30
Dez.	2,63	1,75 – 3,10	3,14	2,48 – 4,00	3,98	2,88 – 5,40	2,79	2,20 – 3,20	3,63	3,00 – 4,30
2002 Jan. o)	2,67	2,00 – 3,10	3,23	2,50 – 4,25	3,98	2,91 – 5,08	2,80	2,00 – 3,20	3,74	3,25 – 4,25
Febr.	2,76	2,00 – 3,25	3,32	2,60 – 4,00	4,07	2,91 – 5,13	2,91	2,20 – 3,50	3,84	3,25 – 4,20
März	2,84	2,10 – 3,30	3,45	2,50 – 4,25	4,15	3,13 – 5,13	3,00	2,40 – 3,50	3,96	3,25 – 4,40
April	2,89	2,10 – 3,40	3,50	2,25 – 4,25	4,17	2,91 – 5,13	3,07	2,50 – 3,70	3,97	3,25 – 4,44
Mai	2,91	2,10 – 3,40	3,48	2,50 – 4,25	4,20	2,91 – 5,13	3,08	2,20 – 4,00	3,98	3,25 – 4,50

Anmerkungen \*, o, 1 bis 6 s. S. 45\*. — 7 Es werden nur Zinssätze berücksichtigt, die über der jeweiligen Standardkondition der in die Erhebung einbezogenen Banken liegen. — 8 Es wird lediglich eine Mindest-/Grundverzinsung, aber keine Prämie bzw. kein Bonus gewährt. — 9 Es wird ein über

der Mindest-/Grundverzinsung liegender Zinssatz und/oder eine Prämie bzw. ein Bonus gewährt. — 10 Verzinsung, die beim „Durchhalten“ der Sparpläne bzw. Erreichen der Sparziele gewährt wird.

VI. Zinssätze

8. Ausgewählte Notenbankzinsen im Ausland

Land/Zinssatz	Neuer Satz		Vorheriger Satz		Land/Zinssatz	Neuer Satz		Vorheriger Satz	
	% p.a.	gültig ab	% p.a.	gültig ab		% p.a.	gültig ab	% p.a.	gültig ab
<b>1. EU-Länder 1)</b>					<b>3. Außereuropäische Länder</b>				
Dänemark					Japan				
Diskontsatz	3 1/4	9.11.01	3 3/4	17. 9.01	Diskontsatz	0,10	19. 9.01	0,25	1. 3.01
Repo-/CD-Abgabesatz	3,55	1. 2.02	3,60	9.11.01	Kanada 3)				
Großbritannien					Diskontsatz	2 3/4	4. 6.02	2 1/2	16. 4.02
Repo-Satz 2)	4	8.11.01	4 1/2	4.10.01	Vereinigte Staaten				
Schweden					Federal Funds Ziel 4)	1 3/4	11.12.01	2	6.11.01
Einlagenzins	3 1/2	26. 4.02	3 1/4	19. 3.02					
Repo-Satz	4 1/4	26. 4.02	4	19. 3.02					
Lombardsatz	5	26. 4.02	4 3/4	19. 3.02					
<b>2. Schweiz</b>									
3-Monat-Libor-Zielband	3/4		1 1/4						
	- 1 3/4	2. 5.02	- 2 1/4	7.12.01					

1 Nur die vorerst nicht an der Euro-Währung beteiligten Mitgliedstaaten. — 2 Leitzins der Bank of England. — 3 Obergrenze des Zinsbandes der Bank of

Canada für Call-Geld. — 4 Für den Interbankenhandel mit Zentralbankgeld angestruerter Satz.

9. Geldmarktsätze im Ausland

Monats- bzw. Wochendurchschnitte aus täglichen Angaben 1)  
% p.a.

Monat bzw. Woche	London		New York		Tokio		Zürich	Hongkong		Euro-Dollar-Markt			Nachrichtlich: Swap-Sätze am freien Markt	
	Tages- geld 2)	Schatz- wechsel (3 Mo- nate) Emis- sions- satz 3)	Federal Funds 4)	Schatz- wechsel (3 Mo- nate) Emis- sions- satz 3)	Tages- geld	Gen- saki Rate (3 Mo- nate)	Drei- monats- geld 5)	Tages- geld 6)	Exchange Fund Bills 7)	Tages- geld	Monats- geld	Drei- monats- geld	€/US-\$	€/£
1999 Okt.	5,01	5,24	5,20	4,88	0,02	0,02	1,38	5,37	5,49	5,25	5,41	6,18	+ 2,86	+ 2,55
Nov.	5,18	5,24	5,42	5,07	0,03	0,02	1,34	5,01	5,11	5,40	5,56	6,10	+ 2,68	+ 2,34
Dez.	5,01	5,46	5,30	5,23	0,02	0,04	1,24	3,58	4,65	5,45	6,40	6,13	+ 2,75	+ 2,48
2000 Jan.	5,28	5,78	5,45	5,34	0,02	0,03	1,38	3,33	5,18	5,55	5,81	6,04	+ 2,70	+ 2,66
Febr.	5,77	5,92	5,73	5,57	0,03	0,03	1,78	5,37	5,64	5,73	5,89	6,10	+ 2,54	+ 2,54
März	5,69	5,93	5,85	5,72	0,02	0,03	2,26	5,41	5,65	5,87	6,05	6,20	+ 2,47	+ 2,36
April	5,82	6,01	6,02	5,67	0,02	0,03	2,76	6,32	6,06	6,03	6,15	6,31	+ 2,42	+ 2,22
Mai	5,87	6,00	6,27	5,92	0,02	0,02	2,55	6,04	6,63	6,30	6,55	6,76	+ 2,44	+ 1,83
Juni	5,88	5,95	6,53	5,74	0,02	0,03	3,05	5,95	6,36	6,55	6,65	6,79	+ 2,31	+ 1,60
Juli	5,85	5,92	6,55	5,92	0,02	0,04	3,04	5,86	6,12	6,55	6,63	6,73	+ 2,17	+ 1,48
Aug.	5,81	5,90	6,50	6,11	0,16	0,14	3,12	5,49	5,76	6,47	6,62	6,69	+ 1,92	+ 1,33
Sept.	6,10	5,88	6,52	5,99	0,25	0,24	3,00	6,88	6,04	6,50	6,62	6,67	+ 1,79	+ 1,20
Okt.	5,79	5,83	6,51	6,10	0,25	0,27	3,00	5,32	5,82	6,48	6,62	6,78	+ 1,71	+ 1,01
Nov.	5,94	5,78	6,51	6,19	0,25	0,27	3,00	5,16	5,66	6,51	6,64	6,75	+ 1,65	+ 0,89
Dez.	5,70	5,71	6,40	5,90	0,24	0,29	2,88	6,44	5,73	6,52	6,69	6,55	+ 1,57	+ 0,92
2001 Jan.	5,95	5,62	5,98	5,27	0,25	0,28	3,09	5,57	5,14	6,03	5,87	5,70	+ 0,90	+ 0,95
Febr.	5,86	5,51	5,49	4,93	0,25	0,27	2,86	5,22	4,92	5,52	5,52	5,35	+ 0,56	+ 0,86
März	5,41	5,32	5,31	4,50	0,11	0,09	2,96	5,05	4,71	5,36	5,13	4,96	+ 0,26	+ 0,74
April	5,31	5,15	4,80	3,92	0,02	0,03	2,60	4,49	4,46	4,82	4,80	4,61	- 0,07	+ 0,64
Mai	5,53	5,04	4,21	3,68	0,02	0,01	2,59	3,88	3,63	4,21	4,16	4,10	- 0,58	+ 0,50
Juni	4,74	5,04	3,97	3,51	0,02	0,01	2,62	3,99	3,47	3,96	3,91	3,83	- 0,67	+ 0,74
Juli	5,26	5,05	3,77	3,54	0,01	0,01	2,84	3,69	3,45	3,79	3,82	3,75	- 0,76	+ 0,70
Aug.	4,69	4,78	3,65	3,39	0,01	0,01	2,76	3,48	3,26	3,66	3,64	3,57	- 0,83	+ 0,57
Sept.	4,89	4,48	3,05	2,87	0,01	0,01	1,90	3,11	2,76	3,19	3,15	3,03	- 0,96	+ 0,68
Okt.	4,56	4,20	2,49	2,22	0,00	0,01	1,74	2,11	1,99	2,53	2,48	2,40	- 1,25	+ 0,76
Nov.	3,56	3,82	2,10	1,93	0,00	0,01	1,67	2,20	1,70	2,11	2,13	2,10	- 1,33	+ 0,58
Dez.	4,54	3,87	1,82	1,72	0,00	0,01	1,51	1,82	1,61	1,86	1,96	1,93	- 1,43	+ 0,61
2002 Jan.	3,70	3,86	1,73	1,64	0,00	0,01	1,56	1,83	1,60	1,78	1,80	1,82	- 1,55	+ 0,64
Febr.	4,04	3,90	1,74	1,73	0,00	0,00	1,42	1,94	1,69	1,79	1,85	1,90	- 1,49	+ 0,61
März	3,98	3,97	1,73	1,80	0,00	0,00	1,28	2,00	1,93	1,78	1,89	1,99	- 1,48	+ 0,67
April	3,79	4,01	1,75	1,72	0,00	0,00	1,27	1,85	1,82	1,77	1,86	1,97	- 1,49	+ 0,69
Mai p)	3,73	3,99	1,75	1,74	0,00	0,00	0,92	1,71	1,68	1,77	1,84	1,90	- 1,61	+ 0,63
Woche endend p)														
2002 April 26.	3,83	3,98	1,70	1,69	0,00	0,00	1,27	1,85	1,75	1,75	1,85	1,93	- 1,52	+ 0,68
Mai 3.	4,20	3,95	1,81	1,73	0,00	0,00	.	1,88	1,76	1,79	1,84	1,92	- 1,54	+ 0,66
10.	3,44	3,96	1,74	1,74	0,00	0,00	.	1,80	1,75	1,75	1,84	1,90	- 1,63	+ 0,64
17.	3,69	3,99	1,75	1,75	0,00	0,00	.	1,85	1,75	1,79	1,84	1,91	- 1,62	+ 0,59
24.	3,43	4,02	1,71	1,73	0,00	0,00	.	1,61	1,64	1,72	1,84	1,90	- 1,62	+ 0,65
31.	4,69	4,04	1,78	1,73	0,00	0,00	0,92	1,53	1,58	1,83	1,84	1,90	- 1,62	+ 0,62

1 Soweit nicht anders vermerkt. — 2 Overnight money am Interbankenmarkt. — 3 Monate: Durchschnitt aus den bei den wöchentlichen Schatzwechsellauktionen erzielten Emissionssätzen; Wochen: Durchschnitt aus den am Ausgabebetrag erzielten Emissionssätzen. — 4 Wochendurchschnitt: jeweils Donnerstag bis Mittwoch. — 5 Dreimonatsdepot bei Großbanken in Zürich;

Monate: Durchschnitt der Ultimowerte. Wert in der vierten Woche jeweils Stichtag Ultimo. — 6 Hongkong-Dollar Interbank Offered Rates (HIBOR). — 7 Von der Hongkong Monetary Authority regelmäßig emittierte Geldmarktpapiere; Laufzeit 91 Tage.

## VII. Kapitalmarkt

### 1. Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien in Deutschland \*)

Festverzinsliche Wertpapiere												
Zeit	Absatz = Erwerb insgesamt	Absatz					Erwerb					
		inländische Schuldverschreibungen 1)					ausländische Schuldverschreibungen 3)	Inländer				Ausländer 7)
		zu- sammen	Bank- schuld- ver- schrei- bungen	Indus- trie- obliga- tionen	Anleihen der öffent- lichen Hand 2)	zu- sammen 4)		Kredit- institute einschließlich Bauspar- kassen 5)	Nicht- banken 6)	Offen- markt- operati- onen der Bundes- bank 5)		
Mio DM												
1986	103 497	87 485	29 509	200	57 774	16 012	45 927	31 192	13 667	1 068	57 570	
1987	112 285	88 190	28 448	27	59 768	24 095	78 193	45 305	33 599	711	34 093	
1988	88 425	35 100	11 029	100	46 228	53 325	86 657	36 838	49 417	402	1 769	
1989	118 285	78 409	52 418	344	25 649	39 876	96 073	20 311	76 448	686	22 212	
1990	244 827	220 340	136 799	67	83 609	24 487	225 066	91 833	133 266	33	19 763	
1991	231 965	219 346	131 670	667	87 011	12 619	173 099	45 095	127 310	694	58 866	
1992	291 762	284 054	106 857	175	177 376	7 708	170 873	132 236	37 368	1 269	120 887	
1993	395 110	382 571	151 812	200	230 560	12 539	183 195	164 436	20 095	1 336	211 915	
1994	303 339	276 058	117 185	65	158 939	27 281	279 989	126 808	154 738	1 557	23 349	
1995	227 099	203 029	162 538	350	40 839	24 070	141 282	49 193	94 409	2 320	85 815	
1996	254 359	233 519	191 341	649	41 529	20 840	148 250	117 352	31 751	853	106 109	
1997	332 655	250 688	184 911	1 563	64 214	81 967	204 378	144 177	60 201	—	128 276	
1998	418 841	308 201	254 367	3 143	50 691	110 640	245 802	203 342	42 460	—	173 038	
Mio €												
1999	292 727	198 068	156 399	2 184	39 485	94 659	155 808	74 728	81 080	—	136 920	
2000	229 167	157 994	120 154	12 605	25 234	71 173	156 532	91 447	65 085	—	72 635	
2001	180 377	86 656	55 918	14 473	16 262	93 721	157 471	35 848	121 623	—	22 906	
2002 Febr.	17 699	11 699	13 103	3 434	2 031	6 000	21 822	10 467	11 355	—	4 123	
März	27 421	16 995	15 551	2 894	4 338	10 426	23 579	11 244	12 335	—	3 842	
April	19 296	15 549	3 879	3 039	8 631	3 747	18 244	7 207	11 037	—	1 052	

Aktien									
Zeit	Absatz = Erwerb insgesamt	Absatz			Erwerb				
		inländische Aktien 8)	ausländische Aktien 9)	15 976	Inländer			Ausländer 12)	
					zu- sammen 10)	Kredit- institute 5) 11)	Nicht- banken 6)		
Mio DM									
1986	32 371	16 394	15 976	17 195	5 022	12 173	—	15 174	
1987	15 845	11 889	3 955	16 439	2 153	14 286	—	594	
1988	21 390	7 528	13 862	18 436	1 177	17 259	—	2 953	
1989	35 511	19 365	16 147	10 231	4 913	5 318	—	25 277	
1990	50 070	28 021	22 048	52 631	7 215	45 416	—	2 561	
1991	33 478	13 317	20 161	32 247	2 466	29 781	—	1 230	
1992	32 595	17 226	15 370	40 651	2 984	37 667	—	8 055	
1993	39 355	19 512	19 843	30 871	4 133	26 738	—	8 485	
1994	55 125	29 160	25 966	54 466	1 622	52 844	—	659	
1995	46 422	23 600	22 822	49 354	11 945	37 409	—	2 931	
1996	72 491	34 212	38 280	55 962	12 627	43 335	—	16 529	
1997	119 522	22 239	97 280	96 844	8 547	88 297	—	22 677	
1998	249 504	48 796	200 708	149 151	20 252	128 899	—	100 352	
Mio €									
1999	149 980	36 010	113 969	103 487	18 637	84 850	—	46 493	
2000	138 535	22 733	115 802	156 274	23 293	132 981	—	17 738	
2001	80 107	17 575	62 532	6 663	14 714	8 051	—	86 769	
2002 Febr.	5 454	665	4 789	5 370	6 605	11 975	—	84	
März	6 651	1 445	5 206	585	7 857	8 442	—	6 066	
April	3 293	978	2 315	10 275	2 435	7 840	—	6 982	

\* Festverzinsliche Wertpapiere umfassen bis Ende 1999 Rentenwerte und Geldmarktpapiere inländischer Banken, ab Januar 2000 alle Schuldverschreibungen. Investmentzertifikate siehe Tabelle VII. 6. — 1 Netto-Absatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. — 2 Einschließlich Bundeseisenbahnvermögen, Bundespost und Treuhandanstalt. — 3 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Schuldverschreibungen durch Inländer; Transaktionswerte. — 4 In- und ausländische Schuldverschreibungen. — 5 Buchwerte; statistisch bereinigt. — 6 Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. — 7 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung

(-) inländischer Schuldverschreibungen durch Ausländer; Transaktionswerte. — 8 Zu Emissionskursen. — 9 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Aktien (einschließlich Direktinvestitionen) durch Inländer; Transaktionswerte. — 10 In- und ausländische Aktien. — 11 Bis einschließlich 1998 ohne Aktien mit Konsortialbindung. — 12 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Aktien (einschließlich Direktinvestitionen) - vor 1989 auch inländische Investmentzertifikate - durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

VII. Kapitalmarkt

2. Absatz festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland \*)

Bis Ende 1998 Mio DM, ab 1999 Mio € Nominalwert

Zeit	Bankschuldverschreibungen 1)						Industrieobligationen 2)	Anleihen der öffentlichen Hand 3)	Nachrichtlich: DM-/Euro-Auslandsanleihen unter inländ. Konsortialführung begeben
	Insgesamt	zusammen	Hypothekendarlehen	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Sonstige Bankschuldverschreibungen			
<b>Brutto-Absatz 4)</b>									
1990	428 698	286 709	14 923	70 701	89 755	111 326	–	141 990	35 168
1991	442 089	292 092	19 478	91 489	80 738	100 386	707	149 288	32 832
1992	572 767	318 522	33 633	134 363	49 195	101 333	–	254 244	57 282
1993	733 126	434 829	49 691	218 496	34 028	132 616	457	297 841	87 309
1994	627 331	412 585	44 913	150 115	39 807	177 750	486	214 261	61 465
1995	620 120	470 583	43 287	208 844	41 571	176 877	200	149 338	102 719
1996	731 992	563 076	41 439	246 546	53 508	221 582	1 742	167 173	112 370
1997	846 567	621 683	53 168	276 755	54 829	236 933	1 915	222 972	114 813
1998	1 030 827	789 035	71 371	344 609	72 140	300 920	3 392	238 400	149 542
<b>Mio €</b>									
1999	571 269	448 216	27 597	187 661	59 760	173 200	2 570	120 483	57 202
2000	659 148	500 895	34 528	143 107	94 556	228 703	8 114	150 137	31 597
2001	687 988	505 646	34 782	112 594	106 166	252 103	11 328	171 012	10 605
2001 Nov.	67 261	58 089	2 680	13 391	19 777	22 241	125	9 047	–
Dez.	47 009	33 971	858	7 534	4 614	20 965	1 300	11 738	702
2002 Jan.	84 962	49 684	3 952	12 328	8 083	25 322	3 351	31 927	633
Febr.	62 884	49 272	3 141	16 096	4 303	25 732	732	12 881	–
März	62 601	50 006	7 334	7 444	12 006	23 222	64	12 531	1 000
April	67 069	42 615	2 334	10 718	7 546	22 017	5 382	19 072	4 010
<b>darunter Schuldverschreibungen mit Laufzeit von über 4 Jahren 5)</b>									
1990	272 642	133 347	10 904	43 250	26 767	52 425	–	139 295	29 791
1991	303 326	172 171	11 911	65 642	54 878	39 741	707	130 448	22 772
1992	430 479	211 775	28 594	99 627	40 267	43 286	–	218 703	51 939
1993	571 533	296 779	43 365	160 055	26 431	66 923	230	274 524	82 049
1994	429 369	244 806	36 397	109 732	29 168	69 508	306	184 255	53 351
1995	409 469	271 763	30 454	141 629	28 711	70 972	200	137 503	85 221
1996	473 560	322 720	27 901	167 811	35 522	91 487	1 702	149 139	92 582
1997	563 333	380 470	41 189	211 007	41 053	87 220	1 820	181 047	98 413
1998	694 414	496 444	59 893	288 619	54 385	93 551	2 847	195 122	139 645
<b>Mio €</b>									
1999	324 888	226 993	16 715	124 067	37 778	48 435	2 565	95 331	44 013
2000	319 330	209 187	20 724	102 664	25 753	60 049	6 727	103 418	27 008
2001	299 751	202 337	16 619	76 341	42 277	67 099	7 479	89 933	6 480
2001 Nov.	37 440	29 446	1 263	7 516	15 766	4 901	3	7 991	–
Dez.	12 277	10 430	583	3 842	1 498	4 507	535	1 311	702
2002 Jan.	45 313	19 598	2 091	8 276	2 118	7 113	1 960	23 756	633
Febr.	28 013	16 078	1 032	10 533	436	4 077	605	11 330	–
März	23 134	18 818	4 131	1 787	7 741	5 159	–	4 316	1 000
April	22 630	9 760	427	4 054	1 520	3 759	5 051	7 820	4 000
<b>Netto-Absatz 6)</b>									
1990	226 707	140 327	– 3 922	– 72	73 287	71 036	– 67	86 449	21 717
1991	227 822	139 396	4 729	22 290	65 985	46 390	558	87 868	18 583
1992	304 751	115 786	13 104	58 235	19 585	24 864	– 175	189 142	34 114
1993	403 212	159 982	22 496	122 917	– 13 156	27 721	– 180	243 049	43 701
1994	270 088	116 519	18 184	54 316	– 6 897	50 914	– 62	153 630	21 634
1995	205 482	173 797	18 260	96 125	3 072	56 342	– 354	32 039	61 020
1996	238 427	195 058	11 909	121 929	6 020	55 199	585	42 788	69 951
1997	257 521	188 525	16 471	115 970	12 476	43 607	1 560	67 437	63 181
1998	327 991	264 627	22 538	162 519	18 461	61 111	3 118	60 243	84 308
<b>Mio €</b>									
1999	209 096	170 069	2 845	80 230	31 754	55 238	2 185	36 840	22 728
2000	155 615	122 774	5 937	29 999	30 089	56 751	7 320	25 522	– 16 705
2001	84 122	60 905	6 932	– 9 254	28 808	34 416	8 739	14 479	– 30 657
2001 Nov.	3 361	5 143	– 711	– 5 219	14 199	– 3 126	– 125	– 1 657	– 3 161
Dez.	492	– 6 159	– 2 514	– 2 814	– 2 307	1 476	266	6 385	– 4 827
2002 Jan.	17 348	4 572	1 096	– 5 401	2 178	6 700	3 275	9 501	– 2 045
Febr.	18 355	15 899	1 167	9 450	– 1 742	7 026	678	1 778	– 5 726
März	16 766	13 848	5 254	– 5 507	5 956	8 146	– 205	3 123	– 231
April	17 329	4 286	– 608	– 1 395	545	5 743	4 630	8 413	– 800

\* Begriffsabgrenzungen siehe Erläuterungen im Statistischen Beiheft zum Monatsbericht 2, Kapitalmarktstatistik. — 1 Ohne Bank-Namenschuldverschreibungen. — 2 Schuldverschreibungen von Wirtschaftsunternehmen. — 3 Einschließlich Bundeseisenbahnvermögen, Bundespost und Treuhandan-

stalt. — 4 Brutto-Absatz ist nur der Erstabsatz neu aufgelegter Wertpapiere. — 5 Längste Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen. — 6 Brutto-Absatz minus Tilgung.

## VII. Kapitalmarkt

### 3. Umlauf festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland \*)

Bis Ende 1998 Mio DM, ab 1999 Mio € Nominalwert

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Bankschuldverschreibungen 1)						Industrie- obligationen	Anleihen der öffent- lichen Hand	Nachrichtlich: DM-/Euro-Aus- landsanleihen unter inländ. Konsortialfüh- rung begeben
	Insgesamt	zusammen	Hypotheken- pfandbriefe	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldver- schreibungen von Spezial- kreditinstituten	Sonstige Bankschuld- verschreibungen			
<b>Mio DM</b>									
1990	1 458 943	900 977	138 025	369 901	155 045	238 005	2 604	555 362	223 176
1991	1 686 765	1 040 374	142 757	392 190	221 031	284 396	3 161	643 230	241 760
1992	1 991 515	1 156 162	155 862	450 424	240 616	309 259	2 983	832 370	275 873
1993	2 394 728	1 316 142	178 357	573 341	227 463	336 981	3 163	1 075 422	319 575
1994	2 664 814	1 432 661	196 541	627 657	219 214	389 249	3 101	1 229 053	341 210
1995	2 870 295	1 606 459	214 803	723 781	222 286	445 589	2 746	1 261 090	402 229
1996	3 108 724	1 801 517	226 711	845 710	228 306	500 790	3 331	1 303 877	472 180
1997	3 366 245	1 990 041	243 183	961 679	240 782	544 397	4 891	1 371 313	535 359
1998	3 694 234	2 254 668	265 721	1 124 198	259 243	605 507	8 009	1 431 558	619 668
<b>Mio €</b>									
1999	2 097 926	1 322 863	134 814	655 024	163 284	369 741	6 280	768 783	339 560
2000	2 265 121	1 445 736	140 751	685 122	157 374	462 488	13 599	805 786	322 856
2001	2 349 243	1 506 640	147 684	675 868	201 721	481 366	22 339	820 264	292 199
2002 Febr.	2 384 946	1 527 111	149 947	679 917	202 156	495 091	26 292	831 543	284 428
März	2 401 713	1 540 959	155 201	674 410	208 112	503 237	26 087	834 667	284 198
April	2 419 042	1 545 245	154 593	673 015	208 657	508 980	30 717	843 080	283 398
<b>Aufgliederung nach Restlaufzeiten 2)</b>					<b>Stand Ende April 2002</b>				
Laufzeit in Jahren									
bis unter 2	899 414	620 835	60 294	236 100	66 550	257 890	3 461	275 118	99 885
2 bis unter 4	571 272	399 539	37 481	191 269	49 658	121 130	8 962	162 771	56 982
4 bis unter 6	350 633	235 143	25 246	120 705	36 594	52 600	7 965	107 525	45 081
6 bis unter 8	237 211	131 744	14 317	67 849	18 672	30 907	1 380	104 087	50 463
8 bis unter 10	209 191	97 112	16 694	42 964	12 958	24 496	6 142	105 937	13 495
10 bis unter 15	39 650	29 723	553	9 489	10 585	9 097	2 360	7 568	10 519
15 bis unter 20	19 886	13 199	9	2 726	6 654	3 810	422	6 265	3 004
20 und darüber	91 785	17 952	-	1 915	6 986	9 051	25	73 808	3 970

\* Einschließlich der zeitweilig im Bestand der Emittenten befindlichen Schuldverschreibungen. — 1 Ohne dem Treuhänder zur zeitweiligen Verwahrung übergebene Stücke. — 2 Gerechnet vom Berichtsmonat bis zur Endfälligkeit

bei gesamt-fälligen Schuldverschreibungen, bis zur mittleren Fälligkeit des restlichen Umlaufbetrages bei nicht gesamt-fälligen Schuldverschreibungen.

### 4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten

Bis Ende 1998 Mio DM, ab 1999 Mio € Nominalwert

Zeit	Aktienkapital = Umlauf Stand am Ende des Berichts- zeitraums	Nettozugang bzw. Nettoabgang (-) im Berichts- zeitraum	Veränderung des Kapitals inländischer Aktiengesellschaften auf Grund von						
			Bareinzahlung und Umtausch von Wandel- schuldverschrei- bungen 1)	Ausgabe von Kapitalberich- tigungsaktien	Einbringung von Forderungen und sonstigen Sachwerten	Einbringung von Aktien, Kuxen, GmbH-Anteilen u.Ä.	Verschmelzung und Vermögens- übertragung	Umwandlung in eine oder aus einer anderen Rechtsform	Kapital- herabsetzung und Auflösung
<b>Mio DM</b>									
1990	144 686	12 650	7 362	751	3 715	1 049	- 43	1 284	- 1 466
1991	151 618	6 932	3 656	610	2 416	407	- 182	411	- 386
1992	160 813	9 198	4 295	728	1 743	1 073	- 732	3 030	- 942
1993	168 005	7 190	5 224	772	387	876	10	707	- 783
1994	190 012	14 237	6 114	1 446	1 521	1 883	- 447	5 086	- 1 367
1995	211 231	21 217	5 894	1 498	1 421	1 421	- 623	13 739	- 2 133
1996	216 461	7 131	8 353	1 355	396	1 684	- 3 056	833	- 2 432
1997	221 575	5 115	4 164	2 722	370	1 767	- 2 423	197	- 1 678
1998	238 156	16 578	6 086	2 566	658	8 607	- 4 055	3 905	- 1 188
<b>Mio €</b>									
1999	133 513	11 747	5 519	2 008	190	1 075	2 099	1 560	- 708
2000	147 629	14 115	3 620	3 694	618	8 089	- 1 986	1 827	- 1 745
2001	166 187	18 561	7 987	4 057	1 106	8 448	1 018	- 905	- 3 152
2002 Febr.	166 303	- 59	447	132	148	76	- 110	- 479	- 272
März	166 566	263	670	131	34	47	- 259	- 241	- 118
April	167 085	519	222	17	14	426	- 85	20	- 96

o Ab Januar 1994 einschließlich Aktien ostdeutscher Gesellschaften (dadurch bedingte Zunahme des Umlaufs: 7771 Mio DM). — 1 Einschließlich der Aus-

gabe von Aktien aus Gesellschaftsgewinn. — 2 Bestand durch Revision um 1902 Mio DM reduziert.

VII. Kapitalmarkt

5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere

Zeit	Umlaufrenditen festverzinslicher Wertpapiere inländischer Emittenten 1)								Indizes 2) 3)			
	Anleihen der öffentlichen Hand				Bank-schuldverschreibungen			nach-richtlich: DM-/Euro-Auslandsanl. unter inländ. Konsortial-führung begeben 1) 5)	Renditen		Aktien	
	insgesamt	zusammen	börsennotierte Bundeswertpapiere		zusammen	mit Restlaufzeit über 9 bis 10 Jahre 4)	mit Restlaufzeit über 9 bis 10 Jahre		Indus-trieobli-gationen	Deutscher Renten-index (REX)	CDAX-Kursindex	Deutscher Aktien-index (DAX)
			zusammen	mit Restlaufzeit über 9 bis 10 Jahre 4)								
% p.a.								Tagesdurchschnittskurs	Ende 1987=100	Ende 1987=1000		
1990	8,9	8,8	8,8	8,7	9,0	8,9	9,0	9,2	93,50	145,00	1 398,23	
1991	8,7	8,6	8,6	8,5	8,9	8,6	8,9	9,2	96,35	148,16	1 577,98	
1992	8,1	8,0	8,0	7,8	8,3	8,1	8,7	8,8	101,54	134,92	1 545,05	
1993	6,4	6,3	6,3	6,5	6,5	6,8	6,9	6,8	109,36	191,13	2 266,68	
1994	6,7	6,7	6,7	6,9	6,9	6,8	7,2	6,9	99,90	176,87	2 106,58	
1995	6,5	6,5	6,5	6,9	6,5	7,2	6,9	6,8	109,18	181,47	2 253,88	
1996	5,6	5,6	5,6	6,2	5,5	6,4	5,8	5,8	110,37	217,47	2 888,69	
1997	5,1	5,1	5,1	5,6	5,0	5,9	5,2	5,5	111,01	301,47	4 249,69	
1998	4,5	4,4	4,4	4,6	4,5	4,9	5,0	5,3	118,18	343,64	5 002,39	
1999	4,3	4,3	4,3	4,5	4,3	4,9	5,0	5,4	110,60	445,95	6 958,14	
2000	5,4	5,3	5,2	5,3	5,6	5,8	6,2	6,3	112,48	396,59	6 433,61	
2001	4,8	4,7	4,7	4,8	4,9	5,3	5,9	6,2	113,12	319,38	5 160,10	
2002 Febr.	4,8	4,8	4,8	4,9	4,9	5,2	6,4	6,0	112,62	317,59	5 039,08	
2002 März	5,1	5,0	5,0	5,2	5,1	5,4	5,9	6,0	111,22	334,21	5 397,29	
2002 April	5,1	5,0	5,0	5,2	5,1	5,4	5,9	5,9	111,82	316,38	5 041,20	
2002 Mai	5,1	5,1	5,1	5,2	5,1	5,4	5,9	5,9	111,81	302,56	4 818,30	

1 Inhaberschuldverschreibungen mit einer längsten Laufzeit gemäß Emis-sionsbedingungen von über 4 Jahren, soweit ihre mittlere Restlaufzeit mehr als 3 Jahre beträgt. Außer Betracht bleiben Wandelschuldverschreibungen u.Ä., Schuldverschreibungen mit unplanmäßiger Tilgung, Null-Kupon-Anleihen, variabel verzinsliche Anleihen und Anleihen, die nicht in DM oder Euro denominated sind. Die Gruppenrenditen für die Wertpapierarten sind gewogen mit den Umlaufbeträgen der in die Berechnung einbezogenen Schuld-

verschreibungen. Die Monatszahlen werden aus den Renditen aller Ge-schäftstage eines Monats errechnet. Die Jahreszahlen sind ungewogene Mit-tel der Monatszahlen. — 2 Stand am Jahres- bzw. Monatsende. — 3 Quelle: Deutsche Börse AG. — 4 Einbezogen sind nur futurefähige Anleihen; als ungewogener Durchschnitt ermittelt. — 5 Soweit an deutschen Bör-sen notiert.

6. Absatz und Erwerb von Investmentzertifikaten in Deutschland

Zeit	Absatz von Zertifikaten							Erwerb							
	inländischer Fonds (Mittelaufkommen)							Inländer							Aus-länder 4)
	Absatz = Erwerb insgesamt	Publikumsfonds		Geldmarkt-fonds	Wert-papier-fonds	Offene Immo-bilien-fonds	Spezial-fonds	aus-ländi-scher Fonds 3)	Kreditinstitute 1) einschl. Bausparkassen		Nichtbanken 2)				
		zu-sammen	zu-sammen						zu-sammen	zu-sammen	darunter ausländische Zerti-fikate	zu-sammen	darunter ausländische Zerti-fikate		
Mio DM															
1990	25 788	26 857	7 904	-	8 032	- 128	18 952	- 1 069	25 766	4 296	- 362	21 470	- 707	22	
1991	50 064	37 492	13 738	-	11 599	2 144	23 754	12 572	49 890	8 594	- 5	41 296	12 577	174	
1992	81 514	20 474	- 3 102	-	9 189	6 087	23 575	61 040	81 518	10 495	2 152	71 023	58 888	- 4	
1993	80 259	61 672	20 791	-	6 075	14 716	40 881	18 587	76 258	16 982	2 476	59 276	16 111	4 001	
1994	130 995	108 914	63 263	31 180	24 385	7 698	45 650	22 081	125 943	9 849	- 689	116 094	22 770	5 052	
1995	55 246	54 071	16 777	6 147	3 709	6 921	37 294	1 175	56 295	12 172	188	44 123	987	- 1 049	
1996	83 386	79 110	16 517	- 4 706	7 273	13 950	62 592	4 276	85 704	19 924	1 685	65 780	2 591	- 2 318	
1997	145 805	138 945	31 501	- 5 001	30 066	6 436	107 445	6 860	149 977	35 924	340	114 053	6 520	- 4 172	
1998	187 641	169 748	38 998	5 772	27 814	4 690	130 750	17 893	190 416	43 937	961	146 479	16 507	- 2 775	
Mio €															
1999	111 253	97 197	37 684	3 347	23 269	7 395	59 513	14 056	105 492	19 862	- 637	85 630	14 693	5 761	
2000	117 688	85 160	39 712	- 2 188	36 818	- 2 824	45 448	32 528	106 749	14 454	92	92 295	32 436	10 939	
2001	95 937	76 811	35 522	12 410	9 195	10 159	41 289	19 126	94 815	10 251	2 703	84 564	16 423	1 122	
2002 Febr.	9 331	6 411	3 993	801	1 260	1 811	2 417	2 920	8 329	402	- 23	7 927	2 943	1 002	
2002 März	2 124	797	2 592	- 14	1 045	1 561	- 1 795	1 327	1 742	- 4 019	82	5 761	1 245	382	
2002 April	8 807	7 418	1 218	67	9	1 094	6 199	1 389	9 219	1 481	337	7 738	1 052	- 412	

1 Buchwerte. — 2 Als Rest errechnet. — 3 Netto-Erwerb bzw. Netto-Ver-äußerung (-) ausländischer Investmentzertifikate durch Inländer; Trans-aktionswerte. — 4 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer

Investmentzertifikate durch Ausländer; Transaktionswerte (bis einschließlich 1988 unter Aktien erfasst). — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

## VIII. Öffentliche Finanzen in Deutschland

### 1. Finanzielle Entwicklung der öffentlichen Haushalte \*)

Bis Ende 1998 Mrd DM / ab 1999 Mrd €

Zeit	Gebietskörperschaften 1)									Sozialversicherungen 2)			Öffentliche Haushalte insgesamt			
	Einnahmen			Ausgaben						Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Einnahmen 6)	Ausgaben	Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Saldo der Einnahmen und Ausgaben
	insgesamt	darunter Steuern 3)	insgesamt 4)	darunter:												
			Personal- ausgaben	Laufen- der Sach- aufwand	Laufen- de Zu- schüsse	Zins- ausgaben	Sach- investitionen	Finanz- ierungs- hilfen 5)								
1992	904,1	731,7	1 013,9	285,7	134,0	304,8	100,6	101,1	86,1	-109,8	609,1	617,4	- 8,3	1 436,0	1 554,2	- 118,1
1993	928,7	749,1	1 060,2	296,8	136,0	340,5	102,1	97,0	87,3	-131,5	660,8	658,7	+ 2,1	1 492,1	1 621,5	- 129,4
1994	995,2	786,2	1 102,2	315,5	137,3	353,4	114,0	93,2	86,5	-106,9	694,1	693,7	+ 0,4	1 596,4	1 702,9	- 106,5
1995	1 026,4	814,2	1 136,4	324,8	135,5	367,2	129,0	90,1	86,3	-110,1	731,2	743,8	- 12,5	1 664,9	1 787,5	- 122,6
1996	1 000,3	800,0	1 121,8	326,2	137,0	362,2	130,7	83,9	80,1	-121,5	769,4	784,0	- 14,6	1 665,6	1 801,6	- 136,1
1997	1 014,3	797,2	1 108,9	325,0	135,7	356,3	132,1	80,1	79,2	- 94,5	797,3	794,5	+ 2,9	1 705,3	1 797,0	- 91,7
1998 p)	1 072,1	833,0	1 128,8	325,4	137,4	373,7	133,7	79,7	79,8	- 56,7	812,2	808,9	+ 3,3	1 766,0	1 819,3	- 53,3
1999 p)	566,0	453,1	592,9	168,7	72,4	202,7	69,8	40,8	38,0	- 26,9	429,1	425,7	+ 3,5	925,4	948,8	- 23,4
2000 ts)	613,3	467,3	594,9	169,0	73,6	205,5	67,5	40,6	38,1	+ 18,4	433,6	433,8	- 0,3	975,5	957,1	+ 18,4
2001 ts)	553,5	446,2	601,3	169,7	70,0	213,7	66,7	40,4	39,6	- 47,8	443,5	447,6	- 4,1	920,1	972,2	- 52,2
2000 1.Vj.	125,7	104,9	144,1	39,2	17,2	52,9	21,0	6,6	7,4	- 18,4	106,4	106,5	- 0,1	211,3	229,9	- 18,5
2.Vj.	141,9	118,4	135,7	39,6	16,6	50,3	13,0	8,3	7,3	+ 6,3	106,8	107,7	- 0,9	230,6	225,2	+ 5,4
3.Vj.	185,5	113,9	144,3	39,4	17,2	50,1	18,5	10,1	9,1	+ 41,2	107,6	108,1	- 0,5	275,8	235,2	+ 40,6
4.Vj.	156,3	130,0	168,1	49,5	22,2	52,9	14,9	14,5	14,1	- 11,8	113,5	111,5	+ 1,9	254,7	264,6	- 9,9
2001 1.Vj. 7)	126,7	105,1	147,8	39,5	16,4	55,5	22,0	6,5	7,8	- 21,1	108,8	109,7	- 0,9	213,5	235,5	- 22,0
2.Vj.	139,4	110,9	136,7	39,3	15,8	54,0	12,6	8,0	6,4	+ 2,6	110,1	111,8	- 1,7	229,6	228,7	+ 0,9
3.Vj.	136,3	109,5	146,2	40,1	15,6	52,2	19,0	10,0	9,3	- 9,9	109,6	111,9	- 2,3	227,4	239,5	- 12,2
4.Vj. p)	149,3	121,3	167,7	49,5	21,8	52,4	12,7	14,5	16,0	- 18,4	115,2	114,6	+ 0,6	248,4	266,2	- 17,8

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — \* Die hier verwendete haushaltsmäßige Abgrenzung weicht von der Systematik des Staatskontos der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und bei den Vierteljahresdaten in einigen Punkten auch von der Finanzstatistik ab. — 1 Einschl. Nebenhaushalte. Die Vierteljahresdaten enthalten im Gegensatz zu den auf den jährlichen Rechnungsstatistiken des Statistischen Bundesamtes basierenden Jahreszahlen nicht die kommunalen Zweckverbände und verschiedene Sonderrechnungen. Zu den Einnahmen aus dem Bundesbankgewinn vgl. Anmerkung 1 zu Tab. VIII. 2. — 2 Die Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreszahlen ab, da es

sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. Vierteljahresangaben bei einzelnen Versicherungszweigen geschätzt. — 3 Die hier entsprechend der Haushaltstatistik ausgewiesenen Steuereinnahmen können von den in Tab. VIII. 4 enthaltenen Angaben gemäß der Steuerstatistik abweichen. — 4 Einschl. Differenzen im Verrechnungsverkehr zwischen den Gebietskörperschaften. — 5 Ausgaben für Investitionszuschüsse und Darlehen sowie Beteiligungserwerb. — 6 Einschl. der Liquiditätshilfen des Bundes an die Bundesanstalt für Arbeit. — 7 Durch Umstellungen der Gruppierungsübersicht insbes. Verschiebungen zwischen lfd. Sachaufwand und lfd. Zuschüssen.

### 2. Finanzielle Entwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden \*)

Bis Ende 1998 Mrd DM / ab 1999 Mrd €

Zeit	Bund		Länder				Gemeinden			
	Einnahmen 1)	Ausgaben	West 2) 3)		Ost 3)		West 3)		Ost 3)	
			Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben
1992	398,4	431,7	318,2	336,3	73,0	86,0	212,6	221,6	50,3	57,5
1993	401,6	462,5	326,5	352,8	76,4	92,5	222,5	230,9	54,4	59,0
1994	439,6	478,9	328,8	357,0	79,3	95,9	228,9	235,1	53,9	59,2
1995	439,3	489,9	338,6	370,2	88,4	101,5	225,6	237,9	58,7	60,8
1996	411,9	490,4	344,8	379,7	93,7	105,5	227,7	232,9	55,0	57,7
1997	416,8	480,3	349,2	376,5	94,3	105,2	222,9	226,9	52,6	54,2
1998	439,0	495,6	360,5	380,3	96,4	104,7	231,4	226,3	51,5	52,4
1999 p)	240,3	266,5	191,6	196,6	50,0	53,3	119,8	117,5	26,1	26,3
2000 ts)	291,4	264,6	195,6	200,4	50,5	53,9	121,4	119,9	25,6	25,6
2001 ts)	240,0	261,0	184,1	208,1	49,6	52,9	118,9	123,0	25,1	25,6
2000 1.Vj.	50,5	65,6	44,6	48,4	11,7	11,4	25,6	27,6	5,3	5,5
2.Vj.	61,3	60,0	49,3	46,8	11,7	11,6	29,1	28,2	6,2	5,9
3.Vj.	4) 109,4	66,9	45,5	46,6	12,8	12,8	30,2	29,4	6,2	6,3
4.Vj.	70,2	72,0	53,2	58,2	14,4	17,3	36,6	34,6	7,7	7,7
2001 1.Vj.	50,8	66,4	44,8	49,8	12,0	11,6	25,5	28,8	5,2	5,5
2.Vj.	57,6	59,9	46,3	47,5	11,5	11,8	28,8	28,1	5,8	5,8
3.Vj.	62,3	66,3	44,6	49,4	11,7	12,5	29,6	29,9	6,1	6,2
4.Vj. p)	69,1	68,3	47,5	60,3	14,1	16,3	35,4	36,0	7,5	7,7

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — \* Vgl. die entsprechende Anmerkung zu Tab. VIII. 1. — 1 Die Gewinnabführung der Bundesbank ist bis 1994 in voller Höhe und ab 1995 nur bis zu dem im Haushalt veranschlagten Betrag von 7 Mrd DM berücksichtigt. Überplanmäßige Einnahmen fließen seitdem di-

rekt dem Erblastentilgungsfonds zu. — 2 Einschl. Stadtstaaten. Einschl. Berlin (Ost). — 3 Die Vierteljahresdaten enthalten im Gegensatz zu den auf den jährlichen Rechnungsstatistiken des Statistischen Bundesamtes basierenden Jahreszahlen keine Sonderrechnungen. — 4 Einschl. Erlöse aus der Versteigerung von UMTS-Lizenzen.

VIII. Öffentliche Finanzen in Deutschland

3. Finanzielle Entwicklung des Staates in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen \*)

Bis Ende 1998 Mrd DM / ab 1999 Mrd €

Position	1994	1995 1)	1996	1997	1998	1999	2000 2)	2001 3)
Einnahmen	1 608,6	1 647,8	1 704,0	1 726,8	1 776,3	943,5	963,5	952,1
darunter:								
Steuern	807,9	825,8	850,0	856,9	897,4	490,4	511,8	488,7
Sozialbeiträge	632,4	662,5	696,7	720,1	727,6	375,7	378,4	383,6
Ausgaben	1 690,2	1 764,9	1 826,6	1 826,5	1 859,5	974,1	990,4	1 008,4
darunter:								
Vorleistungen	140,7	143,2	142,7	140,2	144,4	77,3	79,1	81,5
Arbeitnehmerentgelte	306,9	315,9	319,6	319,0	319,3	165,1	164,6	165,3
Zinsen	113,4	128,9	131,7	133,2	136,0	70,0	68,1	66,5
Sozialleistungen 3)	849,1	902,8	970,7	984,7	998,4	522,9	532,8	548,3
Bruttoinvestitionen	90,0	80,5	76,4	69,4	69,7	37,5	37,7	36,1
Finanzierungssaldo	- 81,6	- 117,1	- 122,7	- 99,7	- 83,2	- 30,6	- 26,9	- 56,3
in % des Bruttoinlandsproduktes	- 2,4	- 3,3	- 3,4	- 2,7	- 2,2	- 1,6	- 1,3	- 2,7
Nachrichtlich:								
Defizit der Treuhandanstalt	- 37,1	.	.	.	.	.	.	.
Verschuldung gemäß Maastricht-Vertrag in % des Bruttoinlandsproduktes	49,4	57,1	59,8	61,0	60,9	61,3	60,3	59,8

Quelle: Statistisches Bundesamt. — \* Ergebnisse gemäß ESVG'95. Abweichend vom Ausweis des Statistischen Bundesamts saldenneutrale Einbeziehung der Zölle, des Anteils der EU am Mehrwertsteueraufkommen und der Subventionen der EU. — 1 Bereinigt um den Saldo fiktiver Vermögensübertragungen zwischen dem Staat und dem Unternehmenssektor vor allem im Zusammenhang mit der Auflösung der Treuhandanstalt. Unberei-

nigt betrug das Defizit 9,8% des BIP. — 2 Bereinigt um Erlöse aus der Versteigerung von UMTS-Lizenzen. Im Ausweis des Statistischen Bundesamts werden diese Erlöse (50,85 Mrd €) beim Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern erfasst, so dass die staatlichen Ausgaben niedriger ausfallen und ein Überschuss (24,0 Mrd € bzw. 1,2% des BIP) ausgewiesen wird. — 3 Monetäre Sozialleistungen und soziale Sachleistungen.

4. Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften

Bis Ende 1998 Mio DM / ab 1999 Mio €

Zeit	Bund, Länder und Europäische Union						Gemeinden 4)		Saldo nicht verrechneter Steueranteile 5)
	Insgesamt	zusammen 1)	Bund 2)	Länder		Europäische Union 3)	zusammen	darunter in den neuen Bundesländern	
				zusammen	darunter neue Bundesländer				
1991	661 920	577 150	321 334	224 321	19 139	31 495	84 633	2 540	+ 137
1992	731 738	638 423	356 849	247 372	23 807	34 203	93 374	4 034	- 58
1993	749 119	653 015	360 250	256 131	27 542	36 634	95 809	5 863	+ 295
1994	786 162	688 785	386 145	261 947	32 052	40 692	97 116	7 677	+ 260
1995	814 190	719 332	390 807	288 520	.	40 005	94 498	8 460	+ 359
1996	799 998	706 071	372 390	294 232	.	39 449	94 641	7 175	- 714
1997	797 154	700 739	368 244	290 771	.	41 724	96 531	7 703	- 117
1998	833 013	727 888	379 491	306 127	.	42 271	104 960	8 841	+ 164
1999	453 068	396 734	211 727	164 724	.	20 284	56 333	4 810	+ 1
2000	467 253	410 117	219 034	169 249	.	21 833	57 241	4 895	- 104
2001	446 248	392 189	213 342	159 115	.	19 732	54 047	4 590	+ 12
2001 4.Vj.	120 705	107 615	61 714	41 415	.	4 487	17 379	1 391	- 4 289
2002 1.Vj.	.	86 571	44 768	36 252	.	5 551	.	.	.
2001 Dez.	.	53 586	32 360	20 169	.	1 057	.	.	.
2002 Jan.	.	30 954	14 800	14 321	.	1 832	.	.	.
Febr.	.	26 946	14 216	10 867	.	1 862	.	.	.
März	.	28 672	15 752	11 064	.	1 857	.	.	.
April	.	26 095	13 620	10 625	.	1 850	.	.	.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen. — 1 Einschl. der Erträge aus den Lastenausgleichsabgaben. — 2 Vor Abzug der an die Länder überwiesenen Bundesergänzungszuweisungen und Anteile am Mineralölsteueraufkommen. — 3 Einschl. der zu Lasten der Steuererträge des Bundes ab 1988 der EU zustehenden weiteren Einnahmenquelle, deren Bezugsgröße das Brutto-

sozialprodukt ist. — 4 Einschl. Gemeindesteuern der Stadtstaaten. — 5 Differenz zwischen dem in der betreffenden Periode bei den Länderkassen eingegangenen Gemeindeanteil an den Einkommensteuern (s. Tab. VIII. 5) und den im gleichen Zeitraum an die Gemeinden weitergeleiteten Beträgen.

## VIII. Öffentliche Finanzen in Deutschland

### 5. Steuereinnahmen nach Arten

Bis Ende 1998 Mio DM / ab 1999 Mio €

Zeit	Gemeinschaftliche Steuern										Reine Bundessteuern 8)	Reine Ländersteuern 8)	EU-Zölle	Nachrichtlich: Gemeindefeuersteuern 9)	
	Insgesamt 1)	Einkommensteuern 2)					Umsatzsteuern 5) 6)								Gewerbesteuerumlage 6) 7)
		zusammen	Lohnsteuer 3)	Veranlagte Einkommensteuer	Körperschaftsteuer	Kapitalertragsteuern 4)	zusammen	Mehrwertsteuer	Einfuhrumsatzsteuer						
1991	615 506	298 804	214 175	41 532	31 716	11 381	179 672	98 797	80 875	5 986	92 583	29 113	8 307	38 356	
1992	681 751	331 310	247 322	41 531	31 184	11 273	197 712	117 274	80 438	6 923	104 802	32 963	7 742	43 328	
1993	697 988	341 785	257 987	33 234	27 830	22 734	216 306	174 492	41 814	4 181	93 678	34 720	7 240	44 973	
1994	734 234	343 055	266 522	25 510	19 569	31 455	235 698	195 265	40 433	6 271	105 410	36 551	7 173	45 450	
1995	765 374	344 554	282 701	13 997	18 136	29 721	234 622	198 496	36 126	8 412	134 013	36 602	7 117	46 042	
1996	746 958	317 807	251 278	11 616	29 458	25 456	237 208	200 381	36 827	8 945	137 865	38 540	6 592	40 887	
1997	740 272	313 794	248 672	5 764	33 267	26 092	240 900	199 934	40 966	8 732	135 264	34 682	6 900	39 533	
1998	775 028	340 231	258 276	11 116	36 200	34 640	250 214	203 684	46 530	10 284	130 513	37 300	6 486	47 140	
1999	422 012	184 408	133 809	10 887	22 359	17 353	137 155	111 600	25 555	5 463	72 235	19 564	3 186	25 277	
2000	436 115	192 381	135 733	12 225	23 575	20 849	140 871	107 140	33 732	5 521	75 504	18 444	3 394	25 998	
2001	417 358	170 817	132 626	8 771	- 426	29 845	138 935	104 463	34 472	5 510	79 277	19 628	3 191	25 170	
2001 4.Vj.	115 119	45 432	38 931	4 685	- 1 895	3 712	35 645	26 913	8 732	2 632	26 169	4 447	794	7 504	
2002 1.Vj.	91 769	35 955	30 382	- 3 644	665	8 552	34 532	27 087	7 444	140	15 556	4 899	688	5 198	
2001 Dez.	57 879	29 257	19 792	6 607	1 434	1 423	12 136	9 160	2 976	1 275	13 678	1 277	257	4 293	
2002 Jan.	33 140	15 959	11 337	- 540	- 365	5 528	12 054	9 684	2 371	1	3 052	1 876	198	2 187	
Febr.	28 527	8 853	9 559	- 1 342	- 884	1 519	12 386	9 921	2 465	129	5 480	1 440	239	1 582	
März	30 101	11 143	9 486	- 1 762	1 914	1 504	10 091	7 482	2 609	10	7 023	1 583	251	1 429	
April	27 726	8 854	9 968	- 896	- 1 250	1 032	10 253	7 444	2 809	927	5 780	1 668	244	1 632	

Quelle: Bundesministerium der Finanzen. — 1 Im Gegensatz zur Summe in Tab. VIII. 4 sind hier die Einnahmen aus Lastenausgleichsabgaben, aus der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (abzüglich der Umlage), aus den Grundsteuern und aus sonstigen Gemeindesteuern sowie der Saldo nicht verrechneter Steueranteile nicht enthalten. — 2 Das Aufkommen aus Lohn- und veranlagter Einkommensteuer wird ab 1980 im Verhältnis 42,5 : 42,5 : 15 auf Bund, Länder und Gemeinden, das Aufkommen aus Körperschaft- und Kapitalertragsteuer im Verhältnis 50 : 50 auf Bund und Länder verteilt. — 3 Ab 1996 nach Abzug des Kindergeldes. — 4 Ab Februar 1993 einschl. der Erträge aus dem steuerlichen Zinsabschlag, an denen die Gemeinden mit 12% partizipieren. — 5 Ab 1998 vorab 3,64%, ab 1999 5,63% für den Bund zur Fi-

nanzierung des zusätzlichen Bundeszuschusses an die Rentenversicherung, von Restsumme 2,2% für die Gemeinden, von neuem Restbetrag: Bund 50,5%, Länder 49,5%, ab 2000 Bund 50,25%, Länder 49,75%, ab 2002 Bund 49,6%, Länder 50,4%. Von den genannten Bundesanteilen geht außerdem der EU-Anteil ab. — 6 Seit 1991 werden außerdem die Umsatzsteuerverteilung sowie die Höhe und Verteilung der Gewerbesteuerumlage von der Finanzierung des Schuldendienstes für den Fonds „Deutsche Einheit“ beeinflusst. — 7 Bund und Länder je 50%. Ab 1998 Bund 42,2%, Länder 57,8%. — 8 Aufgliederung s. Tab. VIII. 6. — 9 Ab 1998 einschl. Anteil an den Umsatzsteuern.

### 6. Einzelne Steuern des Bundes, der Länder und der Gemeinden

Bis Ende 1998 Mio DM / ab 1999 Mio €

Zeit	Reine Bundessteuern						Reine Ländersteuern					Gemeindesteuern		
	Mineralölsteuer	Tabaksteuer	Branntweinabgaben	Versicherungssteuer	Stromsteuer	sonstige Bundessteuern 1)	Kraftfahrzeugsteuer	Vermögensteuer	Erb-schaftsteuer	Biersteuer	übrige Ländersteuern	Gewerbesteuer 2)	Grundsteuern	sonstige Gemeindesteuern 3)
1991	47 266	19 592	5 648	5 862	.	14 215	11 012	6 729	2 636	1 647	7 090	41 297	9 921	1 181
1992	55 166	19 253	5 545	8 094	.	16 744	13 317	6 750	3 030	1 625	8 241	44 848	10 783	1 281
1993	56 300	19 459	5 134	9 290	.	3 495	14 059	6 784	3 044	1 769	9 065	42 266	11 663	1 383
1994	63 847	20 264	4 889	11 400	.	5 011	14 169	6 627	3 479	1 795	10 482	44 086	12 664	1 445
1995	64 888	20 595	4 837	14 104	.	29 590	13 806	7 855	3 548	1 779	9 613	42 058	13 744	1 426
1996	68 251	20 698	5 085	14 348	.	29 484	13 743	9 035	4 054	1 718	9 990	45 880	14 642	1 463
1997	66 008	21 155	4 662	14 127	.	29 312	14 418	1 757	4 061	1 698	12 749	48 601	15 503	1 509
1998	66 677	21 652	4 426	13 951	.	23 807	15 171	1 063	4 810	1 662	14 594	50 508	16 228	1 532
1999	36 444	11 655	2 233	7 116	1 816	12 973	7 039	537	3 056	846	8 086	27 060	8 636	824
2000	37 826	11 443	2 151	7 243	3 356	13 485	7 015	433	2 982	844	7 171	27 025	8 849	784
2001	40 690	12 072	2 143	7 427	4 322	12 622	8 376	290	3 069	829	7 064	24 534	9 076	790
2001 4.Vj.	15 280	4 386	830	1 068	1 315	3 291	1 776	56	773	194	1 648	6 230	1 820	168
2002 1.Vj.	5 713	1 857	337	3 755	883	3 011	2 112	76	666	180	1 865	.	.	.
2001 Dez.	8 494	2 016	476	223	552	1 916	466	18	261	64	467	.	.	.
2002 Jan.	1 065	222	61	452	190	1 062	861	42	263	59	651	.	.	.
Febr.	1 187	526	52	2 760	265	691	571	18	180	64	607	.	.	.
März	3 461	1 109	224	544	427	1 259	680	17	222	58	607	.	.	.
April	3 134	1 124	147	345	353	677	743	10	262	65	589	.	.	.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen. — 1 Übrige Verbrauchsteuern sowie die von Mitte 1991 bis Mitte 1992 und erneut ab Anfang 1995 erhobene Ergänzungsabgabe zur Einkommen- und Körperschaftsteuer („Solidaritätszu-

schlag“). — 2 Nach Ertrag und Kapital. — 3 Einschl. steuerähnlicher Einnahmen.

VIII. Öffentliche Finanzen in Deutschland

7. Verschuldung der öffentlichen Haushalte \*)

Bis Ende 1998 Mio DM / ab 1999 Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Ins- gesamt	Buch- kredite der Bundes- bank	Unver- zinsliche Schatz- anwei- sungen 1)	Obliga- tionen/ Schatz- anwei- sungen 2) 3)	Bundes- obliga- tionen 2)	Bundes- schatz- briefe	Anleihen 2)	Direkt- auslei- hungen der Kredit- institute 4)	Darlehen von Nichtbanken		Altschulden		
									Sozial- versiche- rungen	sonstige 4)	ver- einigungs- bedingte 5)	Aus- gleichs- forde- rungen	sonstige 6)
<b>Öffentliche Haushalte</b>													
1995	1 993 476	-	8 072	240 514	170 719	78 456	586 573	764 875	1 263	40 621	15 106	87 079	198
1996	2 126 320	-	27 609	231 102	176 164	96 391	618 262	836 582	770	39 450	9 960	89 826	203
1997	2 215 893	-	26 336	249 507	177 721	99 317	662 516	879 021	663	29 907	1 315	89 376	216
1998	2 280 154	-	25 631	227 536	199 774	92 698	723 403	894 456	550	26 073	1 249	88 582	202
1999	1 199 975	-	12 594	102 364	120 998	41 621	416 051	450 111	281	10 200	476	45 175	105
2000	1 211 439	-	11 616	109 951	126 276	35 991	438 888	433 443	211	10 524	285	44 146	108
2001 März	1 200 555	-	11 798	118 818	127 739	34 560	443 726	443 378	203	9 882	238	10 103	111
Juni	1 194 812	-	13 746	124 493	129 892	30 245	445 785	429 114	185	10 876	238	10 125	113
Sept.	1 210 399	-	19 049	137 717	130 959	28 823	446 120	427 313	182	10 911	226	8 992	107
Dez. ts)	1 223 346	-	22 537	151 901	130 045	26 395	448 148	422 749	194	12 198	85	8 986	108
<b>Bund 7) 8)</b>													
1995	756 834	-	8 072	52 354	170 719	78 456	402 307	26 572	15	8 119	1 360	8 684	176
1996	839 883	-	26 789	55 289	176 164	96 391	434 295	32 988	5	7 766	1 330	8 684	183
1997	905 691	-	25 286	78 848	177 721	99 317	481 619	31 845	5	870	1 300	8 684	197
1998	957 983	-	24 666	84 760	199 274	92 698	519 718	24 125	-	2 603	1 270	8 684	186
1999	714 069	-	11 553	44 335	120 498	41 621	379 808	67 872	60	2 568	476	45 175	104
2000	715 819	-	11 516	44 678	123 642	35 991	400 490	52 836	29	2 099	285	44 146	107
2001 März	699 682	-	11 798	45 431	121 605	34 560	409 855	64 045	29	1 908	238	10 103	110
Juni	691 437	-	13 656	48 966	123 758	30 245	411 401	51 182	29	1 725	238	10 125	113
Sept.	698 268	-	17 799	53 517	120 825	28 823	414 102	52 312	26	1 541	226	8 992	107
Dez.	701 077	-	21 136	59 643	119 911	26 395	416 195	47 111	26	1 481	85	8 986	107
2002 März	721 619	-	16 917	59 622	123 287	22 648	429 270	59 356	12	1 365	49	8 986	108
<b>Westdeutsche Länder</b>													
1995	442 536	-	-	91 152	.	.	-	339 084	358	11 940	.	-	2
1996	477 361	-	320	91 969	.	.	-	372 449	54	12 567	.	-	2
1997	505 297	-	350	86 639	.	.	-	406 499	47	11 760	.	-	2
1998	525 380	-	520	83 390	.	.	-	430 709	43	10 716	.	-	2
1999	274 208	-	150	43 033	.	.	-	226 022	23	4 979	.	-	1
2000	282 431	-	-	48 702	.	.	-	227 914	22	5 792	.	-	1
2001 März	285 738	-	-	52 396	.	.	-	227 800	23	5 518	.	-	1
Juni	288 048	-	-	54 295	.	.	-	227 395	10	6 347	.	-	1
Sept.	295 470	-	1 250	60 491	.	.	-	227 609	10	6 108	.	-	1
Dez. p)	305 811	-	1 300	68 221	.	.	-	228 881	23	7 385	.	-	1
2002 März p)	310 210	-	300	74 344	.	.	-	225 475	58	10 032	.	-	1
<b>Ostdeutsche Länder</b>													
1995	69 151	-	-	25 345	.	.	-	43 328	17	461	.	-	.
1996	80 985	-	500	26 820	.	.	-	53 483	-	182	.	-	.
1997	90 174	-	700	27 540	.	.	-	61 697	15	222	.	-	.
1998	98 192	-	445	27 228	.	.	-	70 289	-	230	.	-	.
1999	53 200	-	891	14 517	.	.	-	37 602	-	189	.	-	.
2000	55 712	-	100	16 092	.	.	-	39 339	-	182	.	-	.
2001 März	56 030	-	-	17 011	.	.	-	38 908	-	111	.	-	.
Juni	56 184	-	90	17 303	.	.	-	38 360	-	432	.	-	.
Sept.	57 550	-	-	19 780	.	.	-	36 889	-	880	.	-	.
Dez. p)	58 771	-	100	20 135	.	.	-	37 676	-	860	.	-	.
2002 März p)	59 143	-	100	21 328	.	.	-	36 256	-	1 460	.	-	.
<b>Westdeutsche Gemeinden 9)</b>													
1995	157 271	.	.	-	.	.	1 000	151 127	283	4 861	.	-	.
1996	158 613	.	.	200	.	.	1 280	152 311	174	4 648	.	-	.
1997	160 162	.	.	300	.	.	1 330	154 145	149	4 238	.	-	.
1998	158 960	.	.	300	.	.	1 330	153 208	119	4 003	.	-	.
1999	81 511	.	.	153	.	.	680	78 726	53	1 898	.	-	.
2000	81 414	.	.	153	.	.	680	78 656	33	1 891	.	-	.
2001 März	81 935	.	.	153	.	.	680	79 184	26	1 892	.	-	.
Juni	82 676	.	.	153	.	.	680	79 925	26	1 892	.	-	.
Sept.	82 216	.	.	153	.	.	680	79 465	26	1 892	.	-	.
Dez. ts)	81 807	.	.	153	.	.	629	79 107	26	1 892	.	-	.
<b>Ostdeutsche Gemeinden 9)</b>													
1995	36 830	.	.	225	.	.	400	35 427	347	431	.	-	.
1996	38 976	.	.	225	.	.	400	37 922	308	121	.	-	.
1997	38 688	.	.	225	.	.	400	37 623	273	167	.	-	.
1998	39 873	.	.	225	.	.	460	38 777	255	156	.	-	.
1999	20 726	.	.	51	.	.	335	20 138	124	78	.	-	.
2000	17 048	.	.	51	.	.	335	16 497	114	50	.	-	.
2001 März	16 873	.	.	51	.	.	335	16 323	113	51	.	-	.
Juni	16 796	.	.	-	.	.	335	16 297	113	51	.	-	.
Sept.	16 796	.	.	-	.	.	335	16 297	113	51	.	-	.
Dez. ts)	16 796	.	.	-	.	.	284	16 348	113	51	.	-	.

Anmerkungen s. Ende der Tabelle.

VIII. Öffentliche Finanzen in Deutschland

noch: 7. Verschuldung der öffentlichen Haushalte \*)

Bis Ende 1998 Mio DM / ab 1999 Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Ins- gesamt	Buch- kredite der Bundes- bank	Unver- zinsliche Schatz- anwei- sungen 1)	Obliga- tionen/ Schatz- anwei- sungen 2) 3)	Bundes- obliga- tionen 2)	Bundes- schatz- briefe	Anleihen 2)	Direkt- auslei- hungen der Kredit- institute 4)	Darlehen von Nichtbanken		Altschulden		
									Sozial- versiche- rungen	sonstige 4)	ver- einigungs- be- dingte 5)	Aus- gleichs- forde- rungen	sonstige 6)
<b>Fonds „Deutsche Einheit“ / Entschädigungsfonds 7)</b>													
1995	87 146	.	–	8 891	–	.	44 398	31 925	5	1 927	.	.	.
1996	83 556	.	–	–	–	.	44 321	38 020	5	1 210	.	.	.
1997	79 717	.	–	–	–	.	44 347	34 720	5	645	.	.	.
1998	79 413	.	–	–	–	.	47 998	30 975	–	440	.	.	.
1999	40 234	.	–	275	500	.	28 978	10 292	–	189	.	.	.
2000	40 629	.	–	275	2 634	.	29 797	7 790	–	133	.	.	.
2001 März	41 398	.	–	3 775	6 134	.	24 883	6 529	–	77	.	.	.
Juni	40 681	.	–	3 775	6 134	.	24 949	5 746	–	77	.	.	.
Sept.	40 660	.	–	3 775	10 134	.	21 562	5 113	–	77	.	.	.
Dez.	39 923	.	–	3 748	10 134	.	21 577	4 315	–	149	.	.	.
2002 März	40 728	.	–	3 748	10 134	.	21 732	5 037	–	77	.	.	.
<b>ERP-Sondervermögen 7)</b>													
1995	34 200	.	.	.	.	.	10 745	23 455	–	–	.	.	.
1996	34 135	.	.	.	.	.	10 750	23 385	–	–	.	.	.
1997	33 650	.	.	.	.	.	10 810	22 840	–	–	.	.	.
1998	34 159	.	.	.	.	.	11 944	20 988	–	1 227	.	.	.
1999	16 028	.	.	.	.	.	6 250	9 458	21	299	.	.	.
2000	18 386	.	.	.	.	.	7 585	10 411	13	377	.	.	.
2001 März	18 899	.	.	.	.	.	7 972	10 588	13	326	.	.	.
Juni	18 990	.	.	.	.	.	8 420	10 210	8	353	.	.	.
Sept.	19 440	.	.	.	.	.	9 442	9 627	8	363	.	.	.
Dez.	19 161	.	.	.	.	.	9 462	9 310	8	381	.	.	.
2002 März	19 098	.	.	.	.	.	9 701	9 039	8	350	.	.	.
<b>Bundeseisenbahnvermögen 7) 8)</b>													
1995	78 400	.	.	3 848	–	.	28 992	39 005	140	6 415	.	.	.
1996	77 785	.	.	1 882	–	.	28 749	41 537	130	5 489	.	.	.
1997	77 254	.	.	1 927	–	.	25 634	44 807	115	4 772	.	.	.
1998	77 246	.	.	–	500	.	31 648	42 488	79	2 531	.	.	.
1999 Juni	39 231	.	.	–	1 023	.	16 805	20 401	34	968	.	.	.
<b>Kreditabwicklungsfonds / Erblastentilgungsfonds 7) 8)</b>													
1995	328 888	.	–	58 699	–	.	98 731	72 732	98	6 468	13 745	78 395	21
1996	331 918	.	–	54 718	–	.	98 468	81 380	95	7 468	8 630	81 142	19
1997	322 032	.	–	54 028	–	.	98 377	81 616	54	7 233	15	80 692	17
1998	304 978	.	–	31 633	–	.	110 006	79 226	54	4 167	–20	79 899	15
1999 Juni	151 097	.	–	11 127	2 000	.	58 897	36 133	27	2 015	–9	40 902	4
<b>Ausgleichsfonds Steinkohleneinsatz 7) 8)</b>													
1995	2 220	.	.	.	.	.	–	2 220	–	–	.	.	.
1996	3 108	.	.	.	.	.	–	3 108	–	–	.	.	.
1997	3 229	.	.	.	.	.	–	3 229	–	–	.	.	.
1998	3 971	.	.	.	.	.	300	3 671	–	–	.	.	.
1999 Juni	2 302	.	.	.	.	.	153	2 148	–	–	.	.	.

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — \* Ohne Verschuldung der Haushalte untereinander. — 1 Zum überwiegenden Teil Unverzinsliche Schatzanweisungen. — 2 Ohne den Eigenbestand der Emittenten. — 3 Die Länderschatzanweisungen decken auch den langfristigen Laufzeitbereich ab. — 4 Im wesentlichen Schuldscheindarlehen. Einschl. der bei ausländischen Stellen aufgenommenen Darlehen. Sonstige Darlehen von Nichtbanken einschl. Darlehen von öffentlichen Zusatzversorgungskassen und der Verbindlichkeiten aus der Investitionshilfeabgabe. — 5 Wohnungsbau-Altverbindlichkeiten sowie NVA- und WGS-Wohnungsbauverbindlichkeiten. — 6 Hauptsächlich auf fremde Währung lautende Altschulden gemäß Londoner Schuldenabkom-

men; ohne im eigenen Bestand befindliche Stücke. — 7 Die durch die gemeinsame Emission von Bundeswertpapieren aufgenommenen Schulden sind hier – im Gegensatz zur Kapitalmarktstatistik – entsprechend dem vereinbarten Aufteilungsverhältnis beim Bund und den Sondervermögen nachgewiesen. — 8 Zum 1. Juli 1999 erfolgte eine Mitübernahme der Schulden des Erblastentilgungsfonds, des Bundeseisenbahnvermögens sowie des Ausgleichsfonds „Steinkohleneinsatz“ durch den Bund. Die genannten Sondervermögen werden ab Juli nur noch beim Bund ausgewiesen. — 9 Angaben für andere Termine als Jahresende geschätzt. Einschl. Verschuldung der kommunalen Zweckverbände.

VIII. Öffentliche Finanzen in Deutschland

8. Entwicklung der öffentlichen Verschuldung \*)

Position	Stand Ende		Nettokreditaufnahme 1)								
	2000	2001 ts)	2000				2001				
			insgesamt	1.Hj.	3.Vj.	4.Vj.	insgesamt ts)	1.Hj.	3.Vj.	4.Vj. ts)	
Mio €											
<b>Kreditnehmer</b>											
Bund 2)	715 819	701 077	+ 1 755	+ 9 123	+ 7 227	- 14 594	- 14 908	- 24 393	+ 6 820	+ 2 665	
Fonds „Deutsche Einheit“	40 425	39 638	+ 323	+ 775	+ 128	- 580	- 787	+ 9	- 41	- 754	
ERP- Sondervermögen	18 386	19 161	+ 2 358	+ 348	+ 1 385	+ 625	+ 775	+ 604	+ 449	- 278	
Entschädigungsfonds	204	285	+ 72	+ 32	+ 20	+ 20	+ 81	+ 43	+ 21	+ 17	
Westdeutsche Länder	282 431	305 811	+ 8 223	+ 1 647	- 400	+ 6 976	+ 23 379	+ 5 617	+ 7 422	+ 10 341	
Ostdeutsche Länder	55 712	58 771	+ 2 513	- 243	+ 817	+ 1 940	+ 3 059	+ 472	+ 1 365	+ 1 222	
Westdeutsche Gemeinden 3)	81 414	81 807	+ 701	+ 897	- 26	- 170	+ 2 490	+ 1 250	- 460	+ 1 701	
Ostdeutsche Gemeinden 3)	17 048	16 796	+ 109	+ 99	- 77	+ 87	+ 131	- 124	-	+ 256	
Insgesamt	1 211 439	1 223 346	+ 16 055	+ 12 676	+ 9 074	- 5 695	+ 14 219	- 16 524	+ 15 576	+ 15 167	
<b>Schuldarten</b>											
Unverzinsliche Schatzanweisungen 4)	11 616	22 536	- 978	- 865	+ 121	- 233	+ 10 920	+ 2 129	+ 5 303	+ 3 488	
Obligationen/Schatzanweisungen 5)	109 951	151 901	+ 7 587	+ 1 796	+ 2 149	+ 3 643	+ 41 949	+ 14 542	+ 13 224	+ 14 183	
Bundessobligationen 5)	126 276	130 045	+ 5 278	+ 2 095	+ 143	+ 3 041	+ 3 770	+ 3 616	+ 1 067	- 913	
Bundesschatzbriefe	35 991	26 395	- 5 630	- 2 421	- 1 069	- 2 140	- 9 596	- 5 746	- 1 422	- 2 428	
Anleihen 5)	438 887	448 148	+ 22 837	+ 10 620	+ 3 463	+ 8 754	+ 9 260	+ 6 897	+ 336	+ 2 027	
Direktausleihungen der Kreditinstitute 6)	433 443	422 749	- 12 082	+ 1 795	+ 5 472	- 19 349	- 8 213	- 4 213	- 1 802	- 2 199	
Darlehen von Sozialversicherungen	211	194	- 70	+ 0	- 1	- 70	- 17	- 26	- 3	+ 13	
Sonstige Darlehen 6)	10 484	12 157	+ 324	- 391	- 90	+ 805	+ 1 674	+ 351	+ 36	+ 1 286	
Altschulden 7)	393	193	- 188	- 55	+ 22	- 155	- 200	- 43	- 17	- 140	
Ausgleichsforderungen	44 146	8 986	- 1 024	+ 101	- 1 135	+ 10	- 35 328	- 34 033	- 1 144	- 150	
Investitionshilfeabgabe	40	40	- 0	- 0	- 0	- 0	- 0	- 0	- 0	- 0	
Insgesamt	1 211 439	1 223 346	+ 16 055	+ 12 676	+ 9 074	- 5 695	+ 14 219	- 16 524	+ 15 576	+ 15 167	
<b>Gläubiger</b>											
<b>Bankensystem</b>											
Bundesbank	4 440	4 440	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Kreditinstitute	565 438	534 760	- 25 933	- 6 085	- 3 401	- 16 446	- 28 366	- 15 083	- 11 350	- 1 922	
<b>Inländische Nichtbanken</b>											
Sozialversicherungen	205	194	- 77	- 0	- 0	- 77	- 10	- 5	- 20	+ 15	
Sonstige 8)	200 674	242 246	+ 20 846	+ 5 162	+ 3 834	+ 11 850	+ 41 572	+ 10 988	+ 12 017	+ 18 556	
Ausland ts)	440 682	441 705	+ 21 219	+ 13 601	+ 8 641	- 1 023	+ 1 023	- 12 424	+ 14 930	- 1 483	
Insgesamt	1 211 439	1 223 346	+ 16 055	+ 12 676	+ 9 074	- 5 695	+ 14 219	- 16 524	+ 15 576	+ 15 167	

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — \* Ohne Verschuldung der Haushalte untereinander. — 1 Die Nettokreditaufnahme weicht von der Veränderung des Schuldenstandes ab, die auch die Übernahme und den Abgang von Schulden einschließt. — 2 Siehe Tab. VIII. 7, Fußnote 8. — 3 Angaben für andere Termine als Jahresende geschätzt. Einschl. Verschuldung der kommunalen Zweckverbände. — 4 Ohne Mobilisierungs- und Liquiditätspapiere. Zum überwiegenden Teil Unverzinsliche Schatzanweisungen. — 5 Ohne den Eigenbestand der Emittenten. — 6 Einschl. der bei ausländischen Stellen aufgenommenen Darlehen. — 7 Wohnungsbau-Altverbindlichkeiten, NVA- und WGS-Wohnungsbau-Verbindlichkeiten sowie Altschulden gemäß Londoner Schuldenabkommen. — 8 Als Differenz ermittelt.

len Zweckverbände. — 4 Ohne Mobilisierungs- und Liquiditätspapiere. Zum überwiegenden Teil Unverzinsliche Schatzanweisungen. — 5 Ohne den Eigenbestand der Emittenten. — 6 Einschl. der bei ausländischen Stellen aufgenommenen Darlehen. — 7 Wohnungsbau-Altverbindlichkeiten, NVA- und WGS-Wohnungsbau-Verbindlichkeiten sowie Altschulden gemäß Londoner Schuldenabkommen. — 8 Als Differenz ermittelt.

9. Von öffentlichen Stellen aufgenommene Schuldscheindarlehen

Bis Ende 1998 Mio DM / ab 1999 Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Insgesamt 1)	Bund 2) 3)	Fonds „Deutsche Einheit“	ERP-Sondervermögen	Länder	Gemeinden 4) 5)	Bundes-eisenbahn-vermögen 3)	Erblasten-tilgungs-fonds 3)	Ausgleichs-fonds Stein-kohle 3)
1997	883 260	25 914	35 370	22 840	471 224	186 087	49 694	88 902	3 229
1998	898 030	23 094	31 415	22 215	504 148	184 942	45 098	83 447	3 671
1999	444 031	64 704	10 481	9 778	264 158	94 909	-	-	-
2000	431 364	54 731	7 178	10 801	268 362	90 292	-	-	-
2001 März	423 714	49 333	5 184	10 927	268 760	89 510	-	-	-
Juni	422 367	48 818	5 159	10 570	268 552	89 267	-	-	-
Sept.	418 633	47 487	4 418	9 998	267 602	89 129	-	-	-
Dez. ts)	415 146	44 791	4 464	9 699	267 988	88 205	-	-	-

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — 1 Ohne Schuldbuchforderungen und Kassenverstärkungs- bzw. Kassenkredite. Einschl. geringer Beträge an Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden sowie Restkaufgeldern. — 2 Einschl. Lastenaus-

gleichsfonds. — 3 Siehe Tab. VIII. 7, Fußnote 8. — 4 Angaben für andere Termine als Jahresende geschätzt. Einschl. kommunaler Zweckverbände. — 5 Einschl. Vertragsdarlehen.

## VIII. Öffentliche Finanzen in Deutschland

### 10. Verschuldung des Bundes

Bis Ende 1998 Mio DM / ab 1999 Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Ins- gesamt	Unverzinsliche Schatzanweisungen 1)		Bundes- schatz- anwei- sungen/ Obliga- tionen 2)	Bundes- obliga- tionen 2)	Bundes- schatz- briefe	Anleihen 2)	Direkt- auslei- hungen der Kredit- institute 3) 4)	Schulden bei Nichtbanken		Altschulden		
		zu- sammen	darunter Finanzie- rungs- schätze						Sozial- versiche- rungen	sonstige 3) 5) 6)	vereini- gungsbe- dingte 7)	Aus- gleichs- forde- rungen	sonstige 8)
1996	839 883	26 789	7 166	55 289	176 164	96 391	434 295	32 988	5	7 766	1 330	8 684	183
1997	905 691	25 286	5 221	78 848	177 721	99 317	481 619	31 845	5	870	1 300	8 684	197
1998	957 983	24 666	4 558	84 760	199 274	92 698	519 718	24 125	-	2 603	1 270	8 684	186
1999 9)	714 069	11 553	1 584	44 335	120 498	41 621	379 808	67 872	60	2 568	476	45 175	104
2000	715 819	11 516	1 805	44 678	123 642	35 991	400 490	52 836	29	2 099	285	44 146	107
2001	701 077	21 136	1 658	59 643	119 911	26 395	416 195	47 111	26	1 481	85	8 986	107
2001 Mai	695 854	13 667	1 907	46 884	122 904	32 585	410 081	57 476	29	1 752	236	10 127	113
Juni	691 437	13 656	1 896	48 966	123 758	30 245	411 401	51 182	29	1 725	238	10 125	113
Juli	699 506	17 884	1 851	49 421	124 059	30 319	415 815	51 226	29	1 418	231	8 994	111
Aug.	698 468	17 830	1 791	49 614	119 537	30 339	416 439	53 932	29	1 418	232	8 992	108
Sept.	698 268	17 799	1 760	53 517	120 825	28 823	414 102	52 312	26	1 541	226	8 992	107
Okt.	702 389	21 192	1 714	54 448	121 162	28 266	416 241	50 174	26	1 541	229	9 004	106
Nov.	708 895	21 141	1 663	55 031	119 746	26 384	416 428	59 295	26	1 507	227	9 004	106
Dez.	701 077	21 136	1 658	59 643	119 911	26 395	416 195	47 111	26	1 481	85	8 986	107
2002 Jan.	713 928	16 852	1 658	58 910	119 373	24 779	427 130	56 198	26	1 481	85	8 986	109
Febr.	716 611	16 886	1 693	59 226	122 524	24 752	428 296	54 242	26	1 481	85	8 986	108
März	721 619	16 917	1 724	59 622	123 287	22 648	429 270	59 356	12	1 365	49	8 986	108
April	714 032	11 709	1 787	64 533	123 500	22 666	431 935	49 165	12	1 365	54	8 986	106
Mai p)	715 803	16 603	1 768	64 891	123 015	21 945	430 935	47 891	12	1 365	54	8 986	106

1 Ohne Mobilisierungs- und Liquiditätspapiere. Im Nov. 1999 einschl. Kassenscheine. — 2 Ohne den Eigenbestand des Emittenten — 3 Einschl. der bei ausländischen Stellen aufgenommenen Darlehen. — 4 Einschl. Geldmarktkredite. — 5 Einschl. Darlehen von Zusatzversorgungskassen des öffentlichen Dienstes. — 6 Einschl. Verbindlichkeiten aus der Investitionshilfeabgabe. — 7 Übernahme von NVA- und WGS-Wohnungsbau-Verbindlichkeiten. — 8 Ab-

lösungs- und Entschädigungsschuld sowie hauptsächlich auf fremde Währung lautende Altschulden. — 9 Zum 1. Juli 1999 erfolgte eine Mitübernahme der Schulden des Erblastentilgungsfonds, des Bundeseisenbahnvermögens sowie des Ausgleichsfonds „Steinkohleneinsatz“ durch den Bund. Die genannten Sondervermögen werden hier ab Juli 1999 dem Bund zugerechnet.

### 11. Marktmäßige Kreditaufnahme des Bundes

Bis Ende 1998 Mio DM / ab 1999 Mio €

Zeit	Neuverschuldung, gesamt		darunter:										Verän- derung der Geldmarkt- einlagen
			Anleihen		Bundesobligationen		Sonstige Wertpapiere 2)		Schuldschein- darlehen		Geld- markt- kredite		
	brutto 1)	netto	brutto 1)	netto	brutto 1)	netto	brutto 1)	netto	brutto	netto			
1996	+ 185 696	+ 83 049	+ 54 038	+ 31 988	+ 45 445	+ 5 445	+ 67 015	+ 39 586	+ 15 050	+ 1 906	+ 4 148	+ 6 548	
1997	+ 250 074	+ 65 808	+ 79 323	+ 47 323	+ 59 557	+ 1 557	+ 98 275	+ 24 983	+ 12 950	- 8 009	- 30	- 3 304	
1998	+ 228 050	+ 52 292	+ 78 304	+ 38 099	+ 55 078	+ 21 553	+ 85 706	- 1 327	+ 12 023	- 2 927	- 3 065	- 5 440	
1999	+ 139 865	+ 31 631	+ 53 931	+ 114 080	+ 22 229	+ 18 610	+ 44 904	- 5 836	+ 14 861	+ 52 897	+ 3 937	+ 1 832	
2000	+ 122 725	+ 1 750	+ 49 395	+ 20 682	+ 26 342	+ 3 144	+ 45 278	- 5 323	+ 7 273	- 9 973	- 5 563	- 940	
2001	+ 135 018	- 14 741	+ 36 511	+ 15 705	+ 19 603	- 3 730	+ 69 971	+ 14 989	+ 5 337	- 9 941	+ 3 595	- 1 495	
2001 Jan.-Mai	+ 59 797	- 19 965	+ 19 424	+ 9 592	+ 8 087	- 738	+ 19 715	+ 951	+ 2 420	- 5 857	+ 10 150	- 569	
2002 Jan.-Mai p)	+ 65 206	+ 14 726	+ 14 740	+ 14 740	+ 16 132	+ 3 104	+ 27 714	- 3 735	+ 2 581	- 3 388	+ 4 038	+ 225	
2001 Mai	+ 11 835	+ 1 018	+ 5 447	+ 545	+ 5 134	+ 1 258	+ 1 000	- 272	+ 562	- 210	- 308	- 273	
Juni	+ 5 202	- 4 417	+ 1 320	+ 1 320	+ 854	+ 854	+ 9 181	- 269	+ 113	- 56	- 6 266	+ 1 238	
Juli	+ 17 120	+ 8 069	+ 6 323	+ 4 414	+ 301	+ 301	+ 9 809	+ 4 757	+ 643	- 307	+ 44	+ 225	
Aug.	+ 6 015	- 1 039	+ 624	+ 624	+ 1 948	- 4 522	+ 555	+ 158	+ 179	- 2	+ 2 708	- 1 262	
Sept.	+ 17 190	- 200	+ 6 728	- 2 337	+ 1 287	+ 1 287	+ 9 032	+ 2 357	+ 621	- 1 022	- 478	- 345	
Okt.	+ 11 937	+ 4 120	+ 2 139	+ 2 139	+ 338	+ 338	+ 11 294	+ 3 768	+ 219	- 85	- 2 053	- 263	
Nov.	+ 18 764	+ 6 506	+ 188	+ 188	+ 6 622	- 1 417	+ 1 002	- 1 350	+ 570	- 1 295	+ 10 382	- 177	
Dez.	- 1 007	- 7 817	- 233	- 233	+ 166	+ 166	+ 9 383	+ 4 618	+ 571	- 1 317	- 10 893	- 342	
2002 Jan.	+ 25 679	+ 12 851	+ 10 935	+ 10 935	- 539	- 539	+ 4 961	- 6 634	+ 686	- 549	+ 9 635	+ 630	
Febr.	+ 10 575	+ 2 683	+ 1 165	+ 1 165	+ 9 669	+ 3 151	+ 572	+ 323	+ 117	- 1 009	- 948	+ 83	
März	+ 15 492	+ 5 009	+ 975	+ 975	+ 763	+ 763	+ 6 740	- 1 677	+ 548	- 1 482	+ 6 467	+ 9	
April	+ 3 637	- 7 587	+ 2 665	+ 2 665	+ 214	+ 214	+ 9 919	- 278	+ 708	- 321	- 9 870	- 307	
Mai p)	+ 9 823	+ 1 771	- 1 000	- 1 000	+ 6 025	- 485	+ 5 523	+ 4 531	+ 522	- 28	- 1 247	- 190	

1 Nach Abzug der Rückkäufe. — 2 Bundesschatzanweisungen, Bundesschatzbriefe, Unverzinsliche Schatzanweisungen und Finanzierungsschätze.

VIII. Öffentliche Finanzen in Deutschland

12. Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben sowie des Vermögens  
der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten

Bis Ende 1998 Mio DM / ab 1999 Mio €

Zeit	Einnahmen 1)			Ausgaben 1)			Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Vermögen 5)					Nachrichtlich: Verwaltungsvermögen
	insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:			insgesamt	Einlagen 6)	Wertpapiere	Darlehen und Hypotheken 7)	Grundstücke	
		Beiträge 2)	Zahlungen des Bundes		Renten 3)	Krankenversicherung der Rentner 4)							
<b>Westdeutschland</b>													
1995	276 302	225 324	47 979	279 226	230 222	15 923	- 2 924	21 756	16 801	3 948	746	262	7 800
1996 8)	288 761	236 036	50 478	288 716	237 464	16 809	+ 45	14 456	9 608	2 119	2 500	229	8 863
1997	305 606	248 463	54 896	295 635	246 011	17 892	+ 9 971	14 659	10 179	1 878	2 372	230	9 261
1998	317 340	250 063	65 191	304 155	254 783	18 636	+ 13 185	18 194	14 201	1 493	2 274	226	9 573
1999	169 124	128 191	39 884	159 819	134 536	9 910	+ 9 305	13 623	11 559	824	1 127	114	4 904
2000 9)	173 020	128 057	43 638	166 569	139 189	10 253	+ 6 451	14 350	11 459	1 676	1 105	110	4 889
2001 9)	177 771	130 003	46 324	171 839	144 074	10 607	+ 5 932	13 967	10 645	1 516	1 701	106	4 973
2001 1.Vj.	42 472	30 565	11 548	42 251	35 634	2 608	+ 221	13 807	10 385	1 601	1 711	109	4 917
2.Vj.	43 823	31 800	11 657	42 420	35 572	2 610	+ 1 403	13 315	10 098	1 406	1 709	102	4 956
3.Vj.	44 023	32 123	11 530	43 229	36 469	2 688	+ 794	11 543	8 201	1 532	1 704	106	4 973
4.Vj.	47 452	35 514	11 588	43 530	36 400	2 701	+ 3 922	13 967	10 645	1 516	1 701	106	4 973
2002 1.Vj.	43 411	30 893	12 212	43 792	36 898	2 719	- 381	11 943	8 712	1 427	1 698	106	4 933
<b>Ostdeutschland</b>													
1995	70 774	44 970	16 408	77 780	63 812	4 362	- 7 006	.	.	.	.	.	.
1996	74 790	46 580	17 910	83 830	68 316	4 851	- 9 040	.	.	.	.	.	.
1997	79 351	48 939	20 065	87 424	70 500	5 388	- 8 073	.	.	.	.	.	.
1998	81 072	47 764	23 564	90 863	73 040	5 757	- 9 791	.	.	.	.	.	.
1999	43 214	24 015	14 744	47 641	38 383	3 040	- 4 427	.	.	.	.	.	.
2000 9)	43 513	22 655	15 224	49 385	39 414	3 112	- 5 872	.	.	.	.	.	.
2001 9)	43 689	21 981	16 378	50 740	40 451	3 143	- 7 051	.	.	.	.	.	.
2001 1.Vj.	10 748	5 284	4 084	12 489	10 000	782	- 1 741	.	.	.	.	.	.
2.Vj.	10 954	5 465	4 117	12 512	9 989	777	- 1 558	.	.	.	.	.	.
3.Vj.	10 540	5 372	4 070	12 881	10 240	796	- 2 341	.	.	.	.	.	.
4.Vj.	11 446	5 860	4 107	12 857	10 221	788	- 1 411	.	.	.	.	.	.
2002 1.Vj.	11 070	5 157	4 410	13 106	10 373	793	- 2 036	.	.	.	.	.	.

Quelle: Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung und Verband Deutscher Rentenversicherungsträger. — 1 Die Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreswerte ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. Ab 1993 einschl. Finanzausgleichsleistungen. — 2 Einschl. Beiträge für Empfänger öffentlicher Geldleistungen. — 3 Die Zahlungen der Rentenversicherungsträger an die Krankenkassen nach

§ 50 SGB V wurden von den Renten abgesetzt. — 4 Ab 1995 einschl. Pflegeversicherung der Rentner. — 5 Entspricht im Wesentlichen der Schwankungsreserve. Stand am Jahres- bzw. Vierteljahresende. Ab 1992 gesamtdeutsche Werte. — 6 Einschl. Barmittel. — 7 Ohne Darlehen an andere Sozialversicherungsträger; einschl. Beteiligungen. — 8 Ohne Einnahmen aus der Höherbewertung von Beteiligungen.

13. Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit

Bis Ende 1998 Mio DM / ab 1999 Mio €

Zeit	Einnahmen			Ausgaben							Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Zuschuss bzw. Betriebsmittel-darlehen des Bundes	
	insgesamt 1)	darunter:		insgesamt	darunter:			davon:					
		Beiträge	Umlagen 2)		Arbeitslosenunterstützungen 3) 4)	Westdeutschland	Ostdeutschland	berufliche Förderung 4) 5)	Westdeutschland	Ostdeutschland			Winterbau-förderung
<b>Gesamtdeutschland</b>													
1995	90 211	84 354	2 957	97 103	49 254	36 161	13 094	34 441	16 745	17 696	1 586	- 6 892	6 887
1996	91 825	85 073	3 346	105 588	57 123	40 186	16 938	36 478	18 368	18 111	903	- 13 763	13 756
1997	93 149	85 793	2 959	102 723	60 273	40 309	19 964	31 418	16 117	15 301	443	- 9 574	9 574
1998	91 088	86 165	2 868	98 852	53 483	35 128	18 355	34 279	16 784	17 496	471	- 7 764	7 719
1999	47 954	45 141	1 467	51 694	25 177	16 604	8 573	20 558	10 480	10 078	279	- 3 740	3 739
2000	49 606	46 359	1 403	50 473	23 946	15 615	8 331	20 324	10 534	9 790	294	- 868	867
2001	50 682	47 337	1 640	52 613	25 036	16 743	8 294	20 713	11 094	9 619	268	- 1 931	1 931
2001 1.Vj.	11 470	11 092	57	12 842	6 304	4 139	2 165	4 860	2 633	2 226	150	- 1 372	3 508
2.Vj.	12 201	11 452	375	13 356	6 513	4 265	2 248	5 192	2 824	2 368	106	- 1 155	1 194
3.Vj.	12 692	11 748	437	12 549	5 899	3 974	1 926	5 024	2 664	2 361	8	+ 143	0
4.Vj.	14 319	13 045	770	13 866	6 321	4 366	1 955	5 637	2 973	2 664	3	+ 453	- 2 771
2002 1.Vj.	11 502	11 188	51	13 093	6 587	4 608	1 979	4 665	2 523	2 142	139	- 1 591	3 720

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit. — 1 Ohne Liquiditätshilfen des Bundes. — 2 Umlagen für die Winterbauförderung und für Konkursausfallgeld. — 3 Arbeitslosengeld, Kurzarbeitergeld. Einschl. des an Aus- und Übersiedler als Ersatz für das Arbeitslosengeld gezahlten Eingliederungsgeldes. —

4 Einschl. Kranken- und Rentenversicherungsbeiträge. — 5 Berufliche Bildung, Förderung der Arbeitsaufnahme, Rehabilitation und Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung.

## IX. Konjunkturlage

### 1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens Deutschland

Position	1997	1998	1999	2000	2001	1998	1999	2000	2001	1998	1999	2000	2001
	Mrd DM		Mrd €			Veränderung gegen Vorjahr in %				Anteil in %			
<b>in Preisen von 1995</b>													
<b>I. Entstehung des Inlandsprodukts</b>													
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	838,3	851,5	429,7	453,1	452,4	1,6	- 1,3	5,4	- 0,1	23,2	22,5	23,0	22,9
Baugewerbe	210,9	206,8	105,4	102,6	95,8	- 2,0	- 0,3	- 2,7	- 6,6	5,6	5,5	5,2	4,8
Handel, Gastgewerbe und Verkehr 1)	598,5	613,0	332,5	347,7	355,8	2,4	6,1	4,5	2,3	16,7	17,4	17,7	18,0
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister 2)	983,7	1 032,5	548,6	574,2	590,7	5,0	3,9	4,7	2,9	28,1	28,7	29,2	29,8
Öffentliche und private Dienst- leister 3)	731,0	736,6	378,3	383,2	384,7	0,8	0,4	1,3	0,4	20,1	19,8	19,5	19,4
Alle Wirtschaftsbereiche	3 407,2	3 486,4	1 818,8	1 884,9	1 903,9	2,3	2,0	3,6	1,0	95,0	95,2	95,8	96,2
Nachr.: Unternehmenssektor	2 960,7	3 041,2	1 591,6	1 657,6	1 676,6	2,7	2,4	4,1	1,1	82,9	83,3	84,2	84,7
Wirtschaftsbereiche bereinigt 4)	3 253,9	3 319,7	1 726,3	1 785,7	1 799,2	2,0	1,7	3,4	0,8	90,5	90,3	90,7	90,9
Bruttoinlandsprodukt	3 599,5	3 669,9	1 911,1	1 968,5	1 979,6	2,0	1,8	3,0	0,6	100	100	100	100
<b>II. Verwendung des Inlandsprodukts</b>													
Private Konsumausgaben 5)	2 036,4	2 072,2	1 092,4	1 108,2	1 120,9	1,8	3,1	1,4	1,1	56,5	57,2	56,3	56,6
Konsumausgaben des Staates	712,9	721,3	374,7	379,3	385,6	1,2	1,6	1,2	1,7	19,7	19,6	19,3	19,5
Ausrüstungen	268,0	292,5	160,4	174,3	165,5	9,2	7,2	- 5,0	- 5,0	8,0	8,4	8,9	8,4
Bauten	484,3	479,5	248,8	242,6	228,5	- 1,0	1,5	- 2,5	- 5,8	13,1	13,0	12,3	11,5
Sonstige Anlagen 6)	36,1	40,0	23,2	25,3	26,8	10,7	13,7	8,9	6,0	1,1	1,2	1,3	1,4
Vorratsveränderungen 7)	- 9,0	8,0	- 4,1	3,1	- 14,1	.	.	.	.	0,2	- 0,2	0,2	- 0,7
Inländische Verwendung	3 528,7	3 613,6	1 895,5	1 932,7	1 913,2	2,4	2,6	2,0	- 1,0	98,5	99,2	98,2	96,6
Außenbeitrag	70,8	56,4	15,6	35,8	66,4	.	.	.	.	1,5	0,8	1,8	3,4
Exporte	1 008,4	1 077,3	581,8	658,8	689,9	6,8	5,6	13,2	4,7	29,4	30,4	33,5	34,9
Importe	937,6	1 020,9	566,2	623,0	623,5	8,9	8,5	10,0	0,1	27,8	29,6	31,6	31,5
Bruttoinlandsprodukt	3 599,5	3 669,9	1 911,1	1 968,5	1 979,6	2,0	1,8	3,0	0,6	100	100	100	100
<b>in jeweiligen Preisen</b>													
<b>III. Verwendung des Inlandsprodukts</b>													
Private Konsumausgaben 5)	2 111,8	2 172,8	1 149,6	1 182,8	1 218,1	2,9	3,5	2,9	3,0	57,6	58,2	58,4	59,0
Konsumausgaben des Staates	712,8	722,7	378,4	384,5	393,2	1,4	2,4	1,6	2,3	19,2	19,2	19,0	19,1
Ausrüstungen	268,4	293,5	159,4	174,8	167,2	9,4	6,2	9,7	- 4,3	7,8	8,1	8,6	8,1
Bauten	481,1	475,3	245,3	240,6	227,0	- 1,2	0,9	- 1,9	- 5,7	12,6	12,4	11,9	11,0
Sonstige Anlagen 6)	35,1	38,1	21,4	22,7	23,6	8,7	9,7	5,9	4,2	1,0	1,1	1,1	1,1
Vorratsveränderungen 7)	1,1	16,2	3,5	12,1	- 5,2	.	.	.	.	0,4	0,2	0,6	- 0,3
Inländische Verwendung	3 610,3	3 718,7	1 957,5	2 017,5	2 023,9	3,0	3,0	3,1	0,3	98,5	99,1	99,6	98,1
Außenbeitrag	50,2	54,9	16,8	8,0	39,1	.	.	.	.	1,5	0,9	0,4	1,9
Exporte	1 022,0	1 094,6	586,6	683,3	721,4	7,1	4,8	16,5	5,6	29,0	29,7	33,7	35,0
Importe	971,8	1 039,7	569,8	675,3	682,3	7,0	7,2	18,5	1,0	27,6	28,9	33,3	33,1
Bruttoinlandsprodukt	3 660,5	3 773,6	1 974,3	2 025,5	2 063,0	3,1	2,3	2,6	1,9	100	100	100	100
<b>IV. Preise (1995=100)</b>													
Privater Konsum	103,7	104,9	105,2	106,7	108,7	1,1	0,4	1,4	1,8	.	.	.	.
Bruttoinlandsprodukt	101,7	102,8	103,3	102,9	104,2	1,1	0,5	- 0,4	1,3	.	.	.	.
Terms of Trade	97,8	99,8	100,2	95,7	95,5	2,0	0,4	- 4,5	- 0,1	.	.	.	.
<b>V. Verteilung des Volkseinkommens</b>													
Arbeitnehmerentgelt	1 973,9	2 015,2	1 058,3	1 089,2	1 109,7	2,1	2,7	2,9	1,9	71,5	72,3	72,3	72,5
Unternehmens- und Vermögens- einkommen	773,4	805,0	405,9	416,6	421,4	4,1	- 1,4	2,6	1,2	28,5	27,7	27,7	27,5
Volkseinkommen	2 747,2	2 820,2	1 464,2	1 505,8	1 531,1	2,7	1,5	2,8	1,7	100	100	100	100
Nachr.: Bruttonationaleinkommen (Bruttosozialprodukt)	3 642,7	3 746,5	1 962,0	2 017,9	2 054,6	2,8	2,4	2,8	1,8	.	.	.	.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Mai 2002. — 1 Einschl. Nachrichtenübermittlung. — 2 Kredit- und Versicherungsgewerbe, Grundstücks- wesen, Vermietung und Unternehmensdienstleister. — 3 Einschl. Häusliche Dienste. — 4 Bruttowertschöpfung nach Abzug unterstellter Bankgebühr, je-

doch ohne Gütersteuern (saldiert mit Gütersubventionen). — 5 Einschl. Pri- vate Organisationen ohne Erwerbszweck. — 6 Immaterielle Anlageinvesti- tionen (u. a. EDV-Software, Urheberrechte) sowie Nutztiere und -pflanzen. — 7 Einschl. Nettozugang an Wertsachen.

IX. Konjunkturlage

2. Produktion im Produzierenden Gewerbe

Arbeitstäglich bereinigt )

Zeit	Produzierendes Gewerbe		davon:											
	Veränd- erung gegen Vorjahr %	zusammen	Industrie 1)		Vorleistungsgüter- produzenten 2)		Investitionsgüter- produzenten 3)		Konsumgüter- produzenten 4)		Energie 5)		Bauhaupt- gewerbe	
			Veränd- erung gegen Vorjahr %											
1995 = 100	1995 = 100	1995 = 100	1995 = 100	1995 = 100	1995 = 100	1995 = 100	1995 = 100	1995 = 100	1995 = 100	1995 = 100	1995 = 100	1995 = 100	1995 = 100	
<b>Deutschland</b>														
1998	106,2	+ 3,3	109,6	+ 4,6	108,7	+ 3,0	116,2	+ 8,8	101,6	+ 1,2	100,4	- 1,3	87,2	- 3,2
1999	107,7	+ 1,4	111,5	+ 1,7	110,7	+ 1,8	117,9	+ 1,5	103,3	+ 1,7	100,0	- 0,4	87,9	+ 0,8
2000	113,4	+ 5,3	119,1	+ 6,8	116,9	+ 5,6	130,9	+ 11,0	105,6	+ 2,2	99,7	- 0,3	84,9	- 3,4
2001	113,2	- 0,2	119,9	+ 0,7	116,1	- 0,7	134,3	+ 2,6	105,2	- 0,4	98,1	- 1,6	78,9	- 7,1
2001 Mai	112,6	- 0,4	118,6	+ 0,3	117,5	- 0,4	130,8	+ 2,3	102,7	- 1,2	92,3	+ 1,1	85,7	- 9,2
2001 Juni	117,7	+ 1,6	125,3	+ 2,5	121,6	+ 1,8	142,6	+ 4,4	106,5	+ 0,6	85,6	- 1,5	89,5	- 4,2
2001 Juli	113,1	- 2,1	118,8	- 1,6	118,0	- 2,6	130,7	- 0,5	103,1	- 1,5	89,0	- 5,6	90,9	- 4,9
2001 Aug.	105,5	- 0,2	110,5	+ 0,5	110,4	- 1,7	117,2	+ 1,8	100,7	+ 1,6	87,9	- 2,1	84,2	- 4,8
2001 Sept.	119,9	- 1,7	126,9	- 1,6	121,1	- 2,2	144,7	- 0,6	110,5	- 2,1	92,0	- 1,7	93,3	- 3,3
2001 Okt.	118,7	- 2,7	124,5	- 2,9	121,1	- 3,4	135,9	- 2,3	113,3	- 3,4	98,4	- 3,7	94,3	+ 0,2
2001 Nov.	117,3	- 4,0	123,3	- 4,2	117,5	- 4,9	138,8	- 3,6	110,6	- 3,9	105,4	- 1,0	84,7	- 5,3
2001 Dez.	105,4	- 4,4	111,3	- 5,2	96,9	- 8,3	136,7	- 4,1	98,7	- 1,6	111,7	+ 4,6	60,9	- 6,7
2002 Jan. p) +)	100,4	- 4,7	106,9	- 5,1	107,3	- 4,7	112,6	- 6,9	97,9	- 2,5	111,2	- 0,8	48,4	- 5,3
2002 Febr. p) +)	103,5	- 5,2	110,8	- 5,7	110,5	- 3,7	119,7	- 8,8	98,5	- 3,2	98,9	- 1,5	57,6	- 2,4
2002 Marz p) +)	116,8	- 3,5	124,4	- 4,3	122,9	- 1,8	137,0	- 8,0	108,7	- 1,6	103,5	- 0,5	75,3	+ 3,4
2002 April p) x)	110,7	- 2,1	116,6	- 2,4	116,0	- 0,9	128,2	- 3,6	100,5	- 3,4	98,1	- 0,3	80,4	- 0,4
<b>Westdeutschland</b>														
1998	105,9	+ 3,3	108,7	+ 4,4	107,6	+ 2,5	115,8	+ 8,7	99,9	+ 1,0	101,2	- 1,2	87,7	- 1,9
1999	107,1	+ 1,1	110,0	+ 1,2	109,0	+ 1,3	117,1	+ 1,1	101,1	+ 1,2	100,6	- 0,6	88,9	+ 1,4
2000	112,7	+ 5,2	117,1	+ 6,5	114,3	+ 4,9	129,8	+ 10,8	102,8	+ 1,7	99,8	- 0,8	87,5	- 1,6
2001	112,4	- 0,3	117,5	+ 0,3	113,2	- 1,0	132,9	+ 2,4	101,9	- 0,9	97,9	- 1,9	82,2	- 6,1
2001 Mai	111,6	- 0,5	116,2	+ 0,1	114,5	- 0,8	129,5	+ 2,0	99,0	- 1,9	91,9	+ 0,4	89,7	- 8,2
2001 Juni	116,8	+ 1,6	122,9	+ 2,2	118,4	+ 1,4	141,3	+ 4,1	103,1	+ 0,3	85,3	- 1,8	93,1	- 3,1
2001 Juli	112,1	- 2,2	116,5	- 1,9	114,9	- 3,0	129,5	- 0,7	99,9	- 1,9	88,8	- 5,9	94,6	- 3,3
2001 Aug.	103,7	- 0,7	107,5	- 0,3	106,9	- 2,5	115,2	+ 1,3	96,9	+ 0,9	87,5	- 2,5	85,8	- 4,0
2001 Sept.	118,9	- 1,9	124,4	- 1,9	117,7	- 2,5	143,4	- 1,0	107,3	- 2,5	91,8	- 1,9	96,8	- 2,4
2001 Okt.	117,5	- 3,1	121,8	- 3,4	117,7	- 3,8	134,5	- 2,7	109,6	- 4,1	98,2	- 3,9	98,7	+ 1,1
2001 Nov.	115,9	- 4,3	120,4	- 4,5	114,2	- 5,1	136,5	- 4,0	106,9	- 4,2	105,3	- 1,3	87,9	- 4,4
2001 Dez.	104,7	- 4,7	109,1	- 5,5	94,4	- 8,6	135,0	- 4,5	95,3	- 2,0	111,4	+ 4,3	63,4	- 6,1
2002 Jan. p) +)	99,8	- 4,9	104,7	- 5,3	104,8	- 4,8	111,3	- 7,2	94,6	- 2,9	111,0	- 1,0	50,8	- 3,2
2002 Febr. p) +)	103,0	- 5,6	108,6	- 6,1	107,9	- 4,1	118,4	- 9,2	95,1	- 3,9	98,8	- 1,7	60,8	- 2,4
2002 Marz p) +)	116,1	- 3,9	121,8	- 4,8	120,0	- 2,2	135,4	- 8,3	104,6	- 2,4	103,3	- 0,6	80,5	+ 4,8
2002 April p) x)	109,9	- 2,3	114,1	- 2,8	112,9	- 1,2	127,0	- 3,9	96,7	- 4,0	97,9	- 0,4	86,0	+ 1,4
<b>Ostdeutschland</b>														
1998	109,1	+ 2,9	126,2	+ 9,2	125,9	+ 11,3	126,3	+ 11,6	126,5	+ 3,8	94,0	- 2,3	85,1	- 8,3
1999	114,4	+ 4,9	135,8	+ 7,6	137,1	+ 8,9	135,7	+ 7,4	134,0	+ 5,9	95,1	+ 1,2	84,2	- 1,1
2000	121,5	+ 6,2	152,7	+ 12,4	157,0	+ 14,5	153,2	+ 12,9	145,7	+ 8,7	98,3	+ 3,4	75,6	- 10,2
2001	123,0	+ 1,2	160,0	+ 4,8	162,6	+ 3,6	163,6	+ 6,8	152,5	+ 4,7	99,5	+ 1,2	67,1	- 11,2
2001 Mai	123,8	+ 0,7	160,0	+ 4,4	165,0	+ 3,3	157,9	+ 5,0	154,5	+ 5,7	95,1	+ 5,7	71,3	- 13,5
2001 Juni	128,2	+ 2,9	166,4	+ 6,7	171,8	+ 7,0	170,5	+ 9,6	154,1	+ 3,1	88,2	+ 1,7	76,4	- 8,8
2001 Juli	124,4	- 1,3	158,5	+ 2,1	166,6	+ 1,3	156,8	+ 3,8	147,7	+ 1,9	90,5	- 2,8	77,4	- 11,5
2001 Aug.	125,9	+ 4,1	160,5	+ 8,5	165,2	+ 7,1	159,6	+ 10,8	154,2	+ 8,4	90,8	+ 0,3	78,4	- 7,7
2001 Sept.	131,8	+ 0,6	169,2	+ 3,1	175,6	+ 2,0	173,3	+ 6,3	155,4	+ 1,7	93,8	± 0,0	80,5	- 7,4
2001 Okt.	132,0	+ 1,2	169,3	+ 3,0	174,4	+ 1,3	165,2	+ 4,6	165,4	+ 4,0	100,4	- 1,8	78,5	- 3,7
2001 Nov.	132,9	- 1,8	172,7	- 0,2	170,2	- 1,4	187,0	+ 2,9	162,4	- 1,4	106,6	+ 1,4	73,2	- 9,1
2001 Dez.	113,8	- 1,3	149,1	- 0,9	135,8	- 5,4	172,7	+ 2,9	146,1	+ 1,9	114,3	+ 7,4	51,9	- 9,6
2002 Jan. p) +)	107,1	- 2,5	144,5	- 1,1	146,8	- 3,1	140,6	- 0,5	144,9	+ 1,7	113,2	+ 1,2	39,7	- 13,7
2002 Febr. p) +)	109,8	± 0,0	148,5	+ 0,3	151,0	+ 0,1	147,1	- 2,8	146,2	+ 4,0	99,6	+ 0,3	46,1	- 1,9
2002 März p) +)	125,2	+ 1,1	168,7	+ 2,0	168,7	+ 3,2	171,3	- 2,9	166,3	+ 5,7	105,5	+ 1,0	56,5	- 3,3
2002 April p) x)	120,1	+ 0,3	158,7	+ 2,4	165,1	+ 2,6	153,6	+ 1,9	154,0	+ 2,5	99,9	+ 0,9	60,3	- 8,5

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. —  Mit Hilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. — 1 Verarbeitendes Gewerbe, soweit nicht der Hauptgruppe Energie zugeordnet, sowie Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden. — 2 Einschließlich Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden. — 3 Einschließlich Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen. — 4 Einschließlich Druckgewerbe. — 5 Energieversorgung sowie insbesondere Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erd-

gas, Mineralölverarbeitung. — + Vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der Vierteljährlichen Produktionserhebung für das I. Quartal (Industrie in Deutschland: durchschnittlich + 0,2%). — x Vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der Vierteljährlichen Produktionserhebung für das II. Quartal (Industrie in Deutschland: durchschnittlich + 0,7%).

IX. Konjunkturlage

3. Auftragseingang in der Industrie \*)

Arbeitstäglich bereinigt 0)

Zeit	Industrie insgesamt		davon:				davon:					
			Inland		Ausland		Vorleistungsgüter- produzenten		Investitionsgüter- produzenten 1)		Konsumgüter- produzenten 2)	
	1995=100	Veränderung gegen Vorjahr %	1995=100	Veränderung gegen Vorjahr %	1995=100	Veränderung gegen Vorjahr %	1995=100	Veränderung gegen Vorjahr %	1995=100	Veränderung gegen Vorjahr %	1995=100	Veränderung gegen Vorjahr %
<b>Deutschland</b>												
1998	110,9	+ 3,6	102,9	+ 4,0	125,4	+ 3,1	105,3	- 0,4	119,9	+ 8,0	100,1	+ 0,8
1999	113,3	+ 2,2	102,8	- 0,1	132,4	+ 5,6	106,4	+ 1,0	124,0	+ 3,4	101,0	+ 0,9
2000	129,0	+ 13,9	111,2	+ 8,2	161,1	+ 21,7	121,4	+ 14,1	144,2	+ 16,3	105,2	+ 4,2
2001	126,8	- 1,7	108,6	- 2,3	159,7	- 0,9	116,4	- 4,1	143,4	- 0,6	106,8	+ 1,5
2001 April	124,0	+ 1,8	107,3	- 2,8	154,0	- 0,6	115,8	- 3,0	139,3	+ 1,6	101,5	+ 1,6
Mai	127,0	+ 0,7	107,4	- 3,3	162,0	+ 6,0	118,0	- 3,4	144,6	+ 3,7	99,4	+ 2,6
Juni	132,0	- 1,1	108,6	- 5,2	174,1	+ 3,9	122,1	- 3,0	151,2	- 0,7	102,9	+ 4,6
Juli	125,6	- 3,7	108,5	- 4,1	156,3	- 3,2	116,5	- 6,7	141,3	- 3,0	104,1	+ 3,2
Aug.	117,1	- 3,8	104,4	- 2,5	140,2	- 5,2	108,0	- 7,8	128,8	- 1,9	108,5	+ 2,1
Sept.	127,2	- 6,6	110,4	- 5,2	157,8	- 8,3	116,1	- 10,1	142,2	- 4,6	114,5	- 3,5
Okt.	123,5	- 8,5	107,0	- 6,2	153,4	- 11,0	115,4	- 9,6	135,7	- 9,5	110,4	- 0,5
Nov.	122,9	- 8,7	105,6	- 8,4	154,3	- 8,8	111,4	- 10,4	140,1	- 8,7	104,4	- 2,2
Dez.	121,1	- 5,8	99,7	- 4,6	159,8	- 7,0	103,0	- 8,2	147,9	- 4,6	92,5	- 2,6
2002 Jan.	122,6	- 4,3	103,7	- 5,0	156,6	- 3,4	112,6	- 7,3	138,1	- 2,3	104,5	- 2,4
Febr.	123,2	- 5,9	102,7	- 7,7	159,9	- 3,8	114,7	- 4,4	135,6	- 7,5	109,7	- 4,0
März	137,9	- 3,1	112,3	- 8,9	183,8	+ 4,1	125,3	- 3,2	155,9	- 3,3	119,6	- 1,7
April 0)	125,6	+ 1,3	105,2	- 2,0	162,2	+ 5,3	118,0	+ 1,9	140,1	+ 0,6	103,4	+ 1,9
<b>Westdeutschland</b>												
1998	110,2	+ 3,0	102,4	+ 3,6	123,5	+ 1,9	104,0	- 0,9	119,8	+ 7,0	99,0	+ 0,5
1999	112,3	+ 1,9	101,9	- 0,5	130,3	+ 5,5	104,6	+ 0,6	124,0	+ 3,5	99,7	+ 0,7
2000	127,5	+ 13,5	109,7	+ 7,7	158,1	+ 21,3	118,8	+ 13,6	144,1	+ 16,2	103,2	+ 3,5
2001	124,8	- 2,1	106,6	- 2,8	155,9	- 1,4	112,9	- 5,0	143,0	- 0,8	104,4	+ 1,2
2001 April	121,7	- 2,3	105,1	- 3,1	150,2	- 1,5	112,4	- 4,0	138,2	- 2,1	98,8	+ 1,4
Mai	124,7	+ 0,2	105,3	- 4,0	157,6	+ 5,2	114,7	- 3,9	143,5	+ 2,9	96,8	+ 1,9
Juni	130,1	+ 1,1	107,0	- 5,5	169,8	+ 3,9	118,5	- 7,0	151,4	- 0,1	100,3	+ 3,9
Juli	123,7	- 3,9	106,6	- 4,4	153,1	- 3,3	113,0	- 7,4	141,2	- 2,8	102,0	+ 2,9
Aug.	115,2	- 4,6	102,7	- 3,0	136,6	- 6,4	104,2	- 8,8	128,5	- 2,7	106,5	+ 1,5
Sept.	125,0	- 7,5	108,0	- 6,2	153,8	- 9,3	112,0	- 11,3	141,5	- 5,7	112,1	- 4,0
Okt.	121,4	- 9,1	104,8	- 6,8	149,9	- 11,6	111,6	- 10,5	135,5	- 10,0	107,8	- 0,6
Nov.	120,9	- 8,8	103,6	- 8,7	150,9	- 8,6	108,1	- 10,8	139,7	- 8,7	101,8	- 2,0
Dez.	118,8	- 5,6	97,4	- 4,4	155,8	- 6,7	99,6	- 9,2	146,9	- 3,7	90,2	- 2,5
2002 Jan.	120,6	- 4,7	101,8	- 5,6	152,9	- 3,7	108,5	- 8,6	138,2	- 2,3	102,1	- 2,7
Febr.	121,1	- 6,1	100,8	- 8,3	155,8	- 3,5	111,2	- 4,1	135,1	- 8,0	107,5	- 4,2
März	133,6	- 4,7	110,1	- 9,3	174,0	+ 0,9	120,3	- 4,6	152,0	- 5,4	117,1	- 1,9
April 0)	123,3	+ 1,3	103,1	- 1,9	157,7	+ 5,0	114,1	+ 1,5	139,6	+ 1,0	100,7	+ 1,9
<b>Ostdeutschland</b>												
1998	124,2	+ 15,6	109,8	+ 8,2	196,7	+ 43,5	126,8	+ 7,6	121,6	+ 28,0	124,4	+ 5,9
1999	130,2	+ 4,8	114,2	+ 4,0	210,6	+ 7,1	135,0	+ 6,5	125,3	+ 3,0	131,8	+ 5,9
2000	153,7	+ 18,0	130,0	+ 13,8	273,1	+ 29,7	163,1	+ 20,8	145,4	+ 16,0	151,7	+ 15,1
2001	161,3	+ 4,9	133,1	+ 2,4	303,6	+ 11,2	173,1	+ 6,1	150,1	+ 3,2	161,0	+ 6,1
2001 April	162,5	+ 5,6	136,3	+ 0,7	293,7	+ 19,0	168,8	+ 7,9	156,8	+ 4,0	161,5	+ 2,5
Mai	165,1	+ 9,3	133,3	+ 3,7	325,7	+ 23,2	170,2	+ 2,5	161,8	+ 16,2	158,9	+ 12,4
Juni	164,0	+ 1,2	130,1	- 0,3	334,9	+ 4,3	180,3	+ 8,6	149,2	- 8,6	160,6	+ 13,1
Juli	156,4	- 1,9	133,0	- 2,1	274,8	- 1,2	174,0	+ 2,5	141,0	- 8,1	150,8	+ 4,9
Aug.	151,5	+ 8,6	127,1	+ 2,6	274,5	+ 26,1	168,5	+ 4,4	134,4	+ 12,9	155,2	+ 12,0
Sept.	167,9	+ 8,7	140,1	+ 5,1	307,7	+ 18,0	180,5	+ 2,4	155,6	+ 18,2	169,4	+ 3,7
Okt.	158,0	+ 0,3	133,3	- 0,7	283,2	+ 3,4	174,8	- 0,2	139,2	+ 0,4	170,0	+ 2,0
Nov.	157,2	- 6,8	132,2	- 4,6	283,1	- 11,4	166,2	- 4,6	146,6	- 10,0	165,5	- 2,9
Dez.	159,1	- 7,2	130,2	- 5,0	304,7	- 11,7	158,0	+ 4,2	163,3	- 16,3	145,7	- 3,6
2002 Jan.	155,5	+ 1,3	128,7	+ 1,7	290,9	+ 0,5	177,3	+ 6,2	133,3	- 4,6	161,1	+ 2,4
Febr.	156,6	- 3,6	126,4	- 1,2	308,6	- 8,4	171,0	- 7,7	142,1	+ 0,9	160,0	- 1,5
März	208,5	+ 17,1	140,6	- 4,4	550,7	+ 64,8	204,5	+ 11,1	219,8	+ 26,9	178,0	+ 2,2
April 0)	164,3	+ 1,1	130,4	- 4,3	335,1	+ 14,1	181,2	+ 7,3	148,2	- 5,5	164,3	+ 1,7

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. — \* Wirtschaftszweige des Verarbeitenden Gewerbes, insbesondere ohne Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung und Mineralölverarbeitung; Ergebnisse für fachliche

Betriebsteile; Werte ohne Mehrwertsteuer. — 0 Eigene Berechnung. — 1 Einschließlich Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen. — 2 Einschließlich Druckgewerbe.

IX. Konjunkturlage

4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe \*)

Arbeitstäglich bereinigt o)

Zeit	Deutschland						Westdeutschland						Ostdeutschland					
	insgesamt	davon:					insgesamt	davon:					insgesamt	davon:				
		Wohn-	gewerb-	öffent-				Wohn-	gewerb-	öffent-				Wohn-	gewerb-	öffent-		
		nungsbau	licher Bau 1)	licher-Bau				nungsbau	licher Bau 1)	licher-Bau				nungsbau	licher Bau 1)	licher-Bau		
1995 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	1995 = 100				1995 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	1995 = 100				1995 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	1995 = 100				
1998	84,0	- 0,5	82,4	79,9	90,1	86,6	+ 0,6	83,3	86,7	88,8	77,7	- 3,4	80,4	64,7	93,8			
1999	82,2	- 2,1	78,2	80,2	87,6	87,3	+ 0,8	84,1	88,7	88,1	70,0	- 9,9	66,3	61,2	86,2			
2000	75,1	- 8,6	65,4	75,6	82,1	81,2	- 7,0	73,3	84,9	82,7	60,5	- 13,6	49,2	54,4	80,3			
2001	71,0	- 5,5	54,2	73,3	81,3	79,2	- 2,5	64,2	84,9	83,3	51,6	- 14,7	33,6	47,0	75,6			
2001 März	79,6	- 11,2	67,3	82,6	85,7	89,1	- 7,6	81,7	93,4	89,3	57,3	- 22,0	37,7	58,0	75,4			
April	75,1	- 5,3	59,1	77,2	85,2	85,9	+ 0,2	70,9	91,6	90,0	49,6	- 22,7	34,9	44,6	71,4			
Mai	80,6	- 2,7	62,1	79,6	96,4	89,5	- 0,7	71,5	93,1	98,2	59,6	- 9,0	42,8	49,0	91,3			
Juni	90,2	+ 3,2	71,6	84,0	112,2	98,3	+ 7,7	83,0	95,7	112,3	70,9	- 9,2	48,4	57,6	112,0			
Juli	74,5	- 7,1	52,9	76,5	88,9	81,8	- 6,2	62,3	87,3	89,3	57,2	- 10,1	33,5	52,2	87,6			
Aug.	74,8	+ 2,0	52,9	75,8	90,6	81,7	+ 6,5	61,0	87,1	90,2	58,4	- 10,7	36,3	50,2	91,7			
Sept.	78,4	- 7,1	58,2	81,1	90,8	87,6	- 5,5	69,6	95,2	91,8	56,5	- 12,7	35,0	49,2	88,1			
Okt.	69,2	- 5,6	50,5	67,5	85,7	77,0	- 4,9	59,3	77,6	89,0	50,6	- 8,2	32,4	44,7	76,8			
Nov.	61,1	- 3,3	39,9	69,3	67,7	66,6	- 2,8	47,1	79,7	65,6	48,2	- 4,7	25,3	46,1	73,6			
Dez.	59,7	- 14,0	39,4	67,0	66,7	69,1	- 10,5	48,5	80,6	70,6	37,5	- 26,2	20,9	36,1	55,7			
2002 Jan.	47,1	- 8,0	38,0	51,8	48,4	53,5	- 8,4	47,2	59,7	51,0	31,7	- 7,6	19,1	34,1	40,7			
Febr.	55,6	- 2,8	40,9	62,8	58,1	60,1	- 7,5	49,7	66,9	59,7	44,8	+ 16,1	23,0	53,6	53,7			
März	83,9	+ 5,4	55,7	96,4	90,8	98,5	+ 10,5	69,6	118,9	95,7	49,5	- 13,6	27,2	45,4	77,1			

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. — \* Werte ohne Mehrwertsteuer. Die Ergebnisse beziehen sich auf die Wirtschaftszweige „Vor-

reitende Baustellenarbeiten“ sowie „Hoch- und Tiefbau“. — o Eigene Berechnung. — 1 Einschließlich Bahn und Post.

5. Einzelhandelsumsätze \*)

Deutschland

Zeit	Einzelhandel insgesamt						darunter nach dem Sortimentsschwerpunkt der Unternehmen:									
	einschließlich Einzelhandel mit Kraftfahrzeugen und Tankstellen			ohne Einzelhandel mit Kraftfahrzeugen und Tankstellen			Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren 2)		medizinische, kosmetische Artikel; Apotheken 2)		Bekleidung, Schuhe, Lederwaren 2)		Einrichtungsgegenstände 2)		Kraftwagen 3)	
	Veränderung gegen Vorjahr in %		1995 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %		1995 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	Veränderung gegen Vorjahr %	Veränderung gegen Vorjahr %	Veränderung gegen Vorjahr %	Veränderung gegen Vorjahr %	Veränderung gegen Vorjahr %	Veränderung gegen Vorjahr %	Veränderung gegen Vorjahr %	Veränderung gegen Vorjahr %	Veränderung gegen Vorjahr %
	nicht bereinigt	preis-bereinigt 1)		nicht bereinigt	preis-bereinigt 1)											
1995 = 100	nicht bereinigt	preis-bereinigt 1)	1995 = 100	nicht bereinigt	preis-bereinigt 1)	1995 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	1995 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	1995 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	1995 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	1995 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	
1998	102,7	+ 1,8	+ 1,6	100,1	+ 1,1	+ 1,1	99,9	+ 1,3	111,9	+ 5,8	96,1	- 1,1	99,6	+ 4,0	115,1	+ 5,5
1999	103,8	+ 1,1	+ 0,7	100,8	+ 0,7	+ 0,4	100,8	+ 0,9	120,0	+ 7,2	96,1	± 0,0	97,4	- 2,2	119,3	+ 3,6
2000	105,1	+ 1,3	± 0,0	103,0	+ 2,2	+ 1,1	102,8	+ 2,0	126,8	+ 5,7	95,7	- 0,4	95,0	- 2,5	115,9	- 2,8
2001	107,7	+ 2,5	+ 1,0	105,7	+ 2,6	+ 0,9	107,7	+ 4,8	137,6	+ 8,5	96,2	+ 0,5	94,8	- 0,2	118,8	+ 2,5
2000 Nov.	111,3	+ 1,2	- 0,5	111,0	+ 2,1	+ 0,6	107,2	+ 2,7	132,9	+ 7,8	103,5	- 2,2	109,9	- 0,9	115,5	- 3,3
Dez.	123,0	- 2,3	- 3,5	127,2	- 1,4	- 2,5	121,7	- 0,6	146,0	+ 3,8	123,2	- 0,1	116,4	- 6,6	108,7	- 7,1
2001 Jan.	97,8	+ 7,1	+ 5,8	97,9	+ 7,3	+ 6,0	96,6	+ 5,9	136,3	+ 12,3	84,5	+ 7,8	89,5	+ 9,4	100,0	+ 5,8
Febr.	93,0	- 3,9	- 4,9	91,1	- 3,4	- 4,5	93,3	- 1,4	123,5	+ 3,2	73,8	- 6,7	89,5	- 6,0	103,3	- 5,8
März	114,1	+ 3,0	+ 1,7	108,7	+ 3,8	+ 2,5	111,3	+ 3,5	137,6	+ 9,1	96,7	+ 6,4	105,7	+ 2,5	139,3	+ 0,3
April	108,2	+ 2,9	+ 1,1	104,8	+ 2,8	+ 0,8	108,3	+ 4,4	132,3	+ 11,6	99,6	- 4,1	93,2	+ 1,9	124,7	+ 3,8
Mai	113,2	+ 0,4	- 1,8	108,7	+ 1,3	- 1,1	112,4	+ 3,9	141,1	+ 5,9	104,4	+ 0,9	91,8	- 4,4	133,4	- 3,1
Juni	104,6	+ 4,9	+ 2,5	100,6	+ 5,6	+ 2,8	107,5	+ 6,8	133,2	+ 9,1	84,8	+ 2,9	85,9	+ 3,6	123,1	+ 2,9
Juli	105,9	+ 4,3	+ 2,0	102,0	+ 3,9	+ 1,4	105,2	+ 6,8	138,1	+ 10,9	89,9	+ 0,3	85,4	- 3,7	123,4	+ 5,1
Aug.	104,0	+ 2,8	+ 0,9	102,5	+ 3,1	+ 1,1	108,0	+ 8,0	136,2	+ 9,1	85,8	- 3,5	84,4	+ 0,7	111,8	+ 1,5
Sept.	101,7	- 0,4	- 1,6	100,5	- 0,8	- 2,0	100,1	+ 1,3	128,1	+ 3,7	107,0	+ 7,3	88,6	- 2,9	109,1	+ 1,7
Okt.	110,7	+ 5,1	+ 3,7	108,2	+ 3,4	+ 2,1	109,0	+ 7,8	141,2	+ 9,7	101,2	- 4,3	101,5	+ 1,7	124,2	+ 12,0
Nov.	115,7	+ 4,0	+ 2,8	114,5	+ 3,2	+ 2,1	114,5	+ 6,8	144,7	+ 8,9	106,1	+ 2,5	108,3	- 1,5	124,9	+ 8,1
Dez.	123,7	+ 0,6	- 0,4	128,4	+ 0,9	- 0,2	126,7	+ 4,1	158,9	+ 8,8	120,5	- 2,2	113,2	- 2,7	108,5	- 0,2
2002 Jan.	95,9	- 1,9	- 3,5	95,4	- 2,6	- 4,1	98,2	+ 1,7	138,2	+ 1,4	80,4	- 4,9	82,8	- 7,5	101,7	+ 1,7
Febr.	92,3	- 0,8	- 2,2	89,7	- 1,5	- 2,8	95,6	+ 2,5	127,8	+ 3,5	69,9	- 5,3	82,5	- 7,8	106,4	+ 3,0
März	108,9	- 4,6	- 5,8	105,0	- 3,4	- 4,7	112,1	+ 0,7	137,6	± 0,0	94,2	- 2,6	89,7	- 15,1	128,9	- 7,5
April	108,7	+ 0,5	- 0,8	104,0	- 0,8	- 1,9	108,6	+ 0,3	139,2	+ 5,2	95,6	- 4,0	89,1	- 4,4	133,2	+ 6,8

Quelle: Statistisches Bundesamt. — \* Ohne Mehrwertsteuer; Angaben ab 2001 vorläufig, teilweise revidiert und in den jüngsten Monaten erfahrungs-

gemäß besonders unsicher. — 1 In Preisen von 1995. — 2 Einzelhandel in Verkaufsräumen. — 3 Einschl. Kraftwagenteilen und Zubehör.

IX. Konjunkturlage

6. Arbeitsmarkt \*)

Zeit	Erwerbstätige 1) 2)			Arbeitnehmer 1)		Beschäftigte 3)		Kurz- arbeiter	Beschäftigte in Beschäftigung- schaffenden Maß- nahmen 5)	Personen in be- ruflicher Weiter- bildung	Arbeitslose		Arbeits- losen- quote 6)	Offene Stellen Tsd		
	Tsd	Veränderung gegen Vorjahr		Tsd	Ver- änderung gegen Vorjahr %	Tsd	Bergbau und Verar- beiten- des Ge- werbe				Bau- haupt- gewerbe 4)	Tsd			Ver- änderung gegen Vorjahr Tsd	Arbeits- losen- quote 6)
		%	Tsd													
<b>Deutschland</b>																
1999	38 083	+ 1,3	+ 475	34 131	+ 1,5	6 370	1 111	119	430	358	4 099	- 180	10,5	456		
2000	38 704	+ 1,6	+ 621	34 718	+ 1,7	6 373	1 053	86	316	352	3 889	- 211	9,6	514		
2001	38 771	+ 0,2	+ 67	34 804	+ 0,2	6 395	958	123	243	345	3 852	- 37	9,4	506		
2001 Mai	38 703	+ 0,2	+ 66	34 743	+ 0,3	6 388	969	111	248	368	3 721	- 68	9,0	559		
2001 Juni	38 769	+ 0,1	+ 30			6 396	969	109	245	354	3 694	- 30	8,9	542		
2001 Juli	38 794	+ 0,1	+ 29			6 416	968	103	242	324	3 799	- 5	9,2	522		
2001 Aug.	38 902	+ 0,1	+ 44	34 976	+ 0,1	6 437	971	92	240	322	3 789	+ 8	9,2	508		
2001 Sept.	39 125	+ 0,0	+ 8			6 425	968	114	233	329	3 743	+ 58	9,0	485		
2001 Okt.	39 192	- 0,1	- 48			6 397	959	140	230	329	3 725	+ 114	9,0	443		
2001 Nov.	39 073	- 0,2	- 78	35 084	- 0,2	6 377	948	169	227	329	3 789	+ 144	9,2	408		
2001 Dez.	38 891	- 0,2	- 97			6 336	921	176	215	319	3 964	+ 155	9,6	389		
2002 Jan.	38 209	- 0,3	- 128			6 272	864	212	198	317	4 290	+ 197	10,4	422		
2002 Febr.	38 178	- 0,4	- 146	34 277	- 0,4	6 247	840	246	192	326	4 296	+ 184	10,4	487		
2002 März	o) 38 341	o) - 0,4	o) - 152			6 237	p) 846	258	187	335	4 156	+ 156	10,0	527		
2002 April	...	...	...	...	...	...	...	245	185	345	4 024	+ 156	9,7	537		
2002 Mai	...	...	...	...	...	...	...	201	184	348	3 946	+ 226	7) 9,5	517		
<b>Westdeutschland</b>																
1999	.	.	.	.	.	5 775	775	92	82	215	2 756	- 149	8,8	386		
2000	.	.	.	.	.	5 761	749	62	70	212	2 529	- 226	7,8	452		
2001	.	.	.	.	.	5 769	696	96	61	209	2 478	- 51	7,4	440		
2001 Mai	.	.	.	.	.	5 763	705	84	65	226	2 385	- 74	7,1	485		
2001 Juni	.	.	.	.	.	5 771	704	83	63	215	2 380	- 46	7,1	469		
2001 Juli	.	.	.	.	.	5 787	703	80	62	196	2 445	- 21	7,3	453		
2001 Aug.	.	.	.	.	.	5 803	705	70	60	194	2 447	+ 3	7,3	440		
2001 Sept.	.	.	.	.	.	5 791	703	90	58	199	2 422	+ 39	7,2	417		
2001 Okt.	.	.	.	.	.	5 764	698	8) 114	8) 57	8) 197	8) 2 413	8) + 70	8) 7,2	8) 380		
2001 Nov.	.	.	.	.	.	5 745	691	142	56	195	2 468	+ 108	7,4	348		
2001 Dez.	.	.	.	.	.	5 708	674	147	54	189	2 584	+ 130	7,7	334		
2002 Jan.	.	.	.	.	.	5 649	640	179	52	190	2 791	+ 169	8,3	367		
2002 Febr.	.	.	.	.	.	5 626	624	207	51	197	2 789	+ 166	8,3	419		
2002 März	.	.	.	.	.	5 616	p) 630	217	50	204	2 683	+ 144	8,0	449		
2002 April	.	.	.	.	.	...	...	206	50	212	2 603	+ 129	7,8	457		
2002 Mai	.	.	.	.	.	...	...	166	50	215	2 561	+ 176	7) 7,6	439		
<b>Ostdeutschland</b>																
1999	.	.	.	.	.	595	336	27	348	143	1 344	- 31	17,6	70		
2000	.	.	.	.	.	612	305	24	246	140	1 359	+ 16	17,4	62		
2001	.	.	.	.	.	626	262	27	182	136	1 374	+ 14	17,5	66		
2001 Mai	.	.	.	.	.	625	265	28	183	142	1 336	+ 6	17,0	74		
2001 Juni	.	.	.	.	.	625	264	25	182	139	1 314	+ 16	16,8	73		
2001 Juli	.	.	.	.	.	629	265	23	180	128	1 354	+ 16	17,3	69		
2001 Aug.	.	.	.	.	.	634	266	23	180	129	1 342	+ 5	17,1	68		
2001 Sept.	.	.	.	.	.	635	265	24	175	130	1 321	+ 19	16,9	68		
2001 Okt.	.	.	.	.	.	633	261	8) 26	8) 173	8) 132	8) 1 313	8) + 44	8) 16,8	8) 63		
2001 Nov.	.	.	.	.	.	632	257	28	171	134	1 321	+ 36	16,9	59		
2001 Dez.	.	.	.	.	.	628	247	29	161	130	1 380	+ 24	17,6	55		
2002 Jan.	.	.	.	.	.	623	224	33	147	128	1 499	+ 28	19,1	56		
2002 Febr.	.	.	.	.	.	622	215	39	141	129	1 507	+ 17	19,2	68		
2002 März	.	.	.	.	.	621	p) 216	41	137	131	1 473	+ 13	18,8	78		
2002 April	.	.	.	.	.	...	...	40	136	133	1 421	+ 27	18,1	80		
2002 Mai	.	.	.	.	.	...	...	35	135	133	1 385	+ 49	7) 17,7	78		

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesanstalt für Arbeit. — \* Monatswerte: Endstände; Erwerbstätige und Arbeitnehmer: Durchschnitt; Kurzarbeiter: Stand Monatsmitte; Jahres- und Quartalswerte: Durchschnitt. — 1 Inlandskonzept. — 2 Jahreswerte: Eigene Berechnung; die Abweichungen zu den amtlichen Werten sind rundungsbedingt. — 3 Einschl. tätiger Inhaber. — 4 Die Ergebnisse beziehen sich auf die Wirtschaftszweige „Vorbereitende Baustellenarbeiten“ sowie „Hoch- und Tiefbau“. — 5 Beschäftigte in

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und Strukturanpassungsmaßnahmen (SAM). — 6 Gemessen an allen zivilen Erwerbspersonen. — 7 Ab Mai 2002 berechnet auf Basis neuer Erwerbspersonenzahlen. — 8 Veränderung gegen Vorperioden durch Neugliederung der Arbeitsamtsbezirke in Berlin ab Oktober 2001 für Westdeutschland unterzeichnet, für Ostdeutschland überhöht. — o Erste vorläufige Schätzung.

IX. Konjunkturlage

7. Preise  
Deutschland

Zeit	Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte							Gesamtwirtschaftliches Baupreisniveau 1)	Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte im Inlandsabsatz 2)	Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 2)	Indizes der Preise im Außenhandel		Index der Weltmarktpreise für Rohstoffe 3)
	nach Gebieten		nach Gütergruppen				Ausfuhr				Einfuhr		
	insgesamt	Westdeutschland	Ostdeutschland	Nahrungsmittel	andere Ver- und Gebrauchsgüter	Dienstleistungen ohne Wohnungsmieten 1)						Wohnungsmieten	
	1995 = 100												
	Indexstand												
1998	104,3	104,1	105,3	103,0	101,9	106,1	108,0	98,8	99,5	95,6	101,4	100,7	97,0
1999	104,9	104,8	105,7	101,9	102,8	106,4	109,2	98,5	98,5	89,9	100,9	100,2	113,4
2000	106,9	106,9	107,5	101,5	106,1	108,0	110,6	99,2	101,8	95,4	104,4	111,4	172,2
2001	109,6	109,4	110,6	106,8	108,3	111,2	112,0	99,4	104,9	100,8	105,4	112,1	157,5
2000 Juli	107,4	107,3	107,9	101,8	106,1	109,4	110,7		102,0	97,2	104,6	111,1	167,7
Aug.	107,2	107,2	107,8	101,0	106,1	109,2	110,8	99,3	102,3	97,5	105,0	112,7	179,2
Sept.	107,7	107,6	108,0	100,7	107,6	108,3	110,9		103,2	97,7	105,6	115,3	197,6
Okt.	107,5	107,4	107,8	100,6	107,4	107,7	111,0		103,7	99,1	105,9	115,8	198,2
Nov.	107,7	107,7	108,3	101,1	107,8	108,1	111,0	99,5	103,9	100,2	105,9	116,4	201,1
Dez.	107,8	107,7	108,3	101,8	107,5	108,4	111,1		103,6	98,8	105,5	113,8	165,2
2001 Jan.	108,3	108,2	109,1	103,5	107,3	109,8	111,4		104,4	96,2	105,3	112,9	158,9
Febr.	109,0	108,9	109,8	103,9	108,1	111,0	111,5	99,5	104,7	98,5	105,4	113,6	167,4
März	109,1	109,0	110,0	105,1	108,2	110,7	111,6		104,9	102,7	105,6	113,3	161,3
April	109,5	109,3	110,4	107,0	108,5	110,4	111,7		105,4	103,0	105,7	113,9	166,4
Mai	110,0	109,8	111,1	109,0	109,2	110,3	111,8	99,5	105,6	103,7	106,0	115,0	175,4
Juni	110,2	110,0	111,2	109,3	109,0	111,2	111,9		105,7	100,3	106,0	114,7	176,0
Juli	110,2	110,0	111,3	108,7	108,4	112,7	112,0		105,2	100,5	105,8	113,0	166,0
Aug.	110,0	109,8	111,0	107,3	108,4	112,5	112,1	99,4	105,1	101,9	105,4	111,7	160,7
Sept.	110,0	109,8	111,0	107,1	108,9	111,7	112,2		105,2	102,7	105,3	111,1	157,2
Okt.	109,7	109,5	110,7	107,2	108,2	111,2	112,3		104,3	100,9	105,0	109,3	138,9
Nov.	109,5	109,3	110,5	106,6	107,9	111,1	112,4	99,3	104,0	100,6	104,9	108,7	131,9
Dez.	109,6	109,4	110,7	107,2	107,8	111,4	112,5		103,7	99,8	104,8	108,5	130,2
2002 Jan.	110,6	110,4	111,7	110,4	108,7	112,2	112,9		104,3	98,2	104,9	109,1	135,1
Febr.	110,9	110,7	111,9	109,8	108,9	113,0	113,0	99,4	104,4 p)	99,4	104,9	109,6	141,1
März	111,1	110,9	112,0	109,6	109,4	113,0	113,2		104,7 p)	99,8	105,2	110,5	157,5
April	111,2	111,0	112,1	109,5	109,8	112,6	113,3		104,6	...	105,4	110,7	162,9
Mai	s) 111,3	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	157,5
	Veränderung gegen Vorjahr in %												
1998	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,1	+ 0,9	+ 0,1	+ 1,9	+ 1,6	- 0,2	- 0,4	- 4,9	- 0,1	- 3,2	- 21,0
1999	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,4	- 1,1	+ 0,9	+ 0,3	+ 1,1	- 0,3	- 1,0	- 6,0	- 0,5	- 0,5	+ 16,9
2000	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,7	- 0,4	+ 3,2	+ 1,5	+ 1,3	+ 0,7	+ 3,4	+ 6,1	+ 3,5	+ 11,2	+ 51,9
2001	+ 2,5	+ 2,3	+ 2,9	+ 5,2	+ 2,1	+ 3,0	+ 1,3	+ 0,2	+ 3,0	+ 5,7	+ 1,0	+ 0,6	- 8,5
2000 Juli	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,7	- 0,1	+ 3,0	+ 1,5	+ 1,3		+ 3,3	+ 6,2	+ 3,7	+ 10,9	+ 42,0
Aug.	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,8	+ 0,2	+ 2,7	+ 1,3	+ 1,4	+ 0,8	+ 3,5	+ 6,4	+ 4,0	+ 11,9	+ 47,6
Sept.	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,1	+ 0,5	+ 4,0	+ 1,5	+ 1,4		+ 4,3	+ 7,2	+ 4,2	+ 13,4	+ 50,5
Okt.	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,0	+ 0,7	+ 3,7	+ 1,4	+ 1,4		+ 4,6	+ 9,9	+ 4,3	+ 13,4	+ 56,8
Nov.	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,4	+ 1,0	+ 4,0	+ 1,6	+ 1,2	+ 0,8	+ 4,7	+ 9,6	+ 4,1	+ 12,5	+ 45,6
Dez.	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,2	+ 1,4	+ 3,3	+ 1,3	+ 1,3		+ 4,2	+ 7,5	+ 3,3	+ 8,2	+ 13,8
2001 Jan.	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,2	+ 2,7	+ 2,7	+ 1,3		+ 4,6	+ 5,7	+ 2,8	+ 6,5	+ 8,2
Febr.	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,7	+ 1,9	+ 3,2	+ 3,2	+ 1,2	+ 0,6	+ 4,7	+ 5,7	+ 2,5	+ 5,4	+ 6,5
März	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,8	+ 3,8	+ 2,8	+ 3,1	+ 1,2		+ 4,9	+ 8,7	+ 2,4	+ 4,2	- 0,1
April	+ 2,9	+ 2,8	+ 3,2	+ 5,0	+ 3,4	+ 2,5	+ 1,2		+ 5,0	+ 9,1	+ 2,0	+ 5,1	+ 11,0
Mai	+ 3,5	+ 3,4	+ 3,8	+ 6,7	+ 3,9	+ 3,1	+ 1,2	+ 0,3	+ 4,6	+ 9,0	+ 1,6	+ 4,0	+ 1,9
Juni	+ 3,1	+ 3,0	+ 3,4	+ 6,9	+ 2,9	+ 3,1	+ 1,2		+ 4,3	+ 3,9	+ 1,6	+ 3,6	+ 3,4
Juli	+ 2,6	+ 2,5	+ 3,2	+ 6,8	+ 2,2	+ 3,0	+ 1,2		+ 3,1	+ 3,4	+ 1,1	+ 1,7	- 1,0
Aug.	+ 2,6	+ 2,4	+ 3,0	+ 6,2	+ 2,2	+ 3,0	+ 1,2	+ 0,1	+ 2,7	+ 4,5	+ 0,4	- 0,9	- 10,3
Sept.	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,8	+ 6,4	+ 1,2	+ 3,1	+ 1,2		+ 1,9	+ 5,1	- 0,3	- 3,6	- 20,4
Okt.	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,7	+ 6,6	+ 0,7	+ 3,2	+ 1,2		+ 0,6	+ 1,8	- 0,8	- 5,6	- 29,9
Nov.	+ 1,7	+ 1,5	+ 2,0	+ 5,4	+ 0,1	+ 2,8	+ 1,3	- 0,2	+ 0,1	+ 0,4	- 0,9	- 6,6	- 34,4
Dez.	+ 1,7	+ 1,6	+ 2,2	+ 5,3	+ 0,3	+ 2,8	+ 1,3		+ 0,1	+ 1,0	- 0,7	- 4,7	- 21,2
2002 Jan.	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,4	+ 6,7	+ 1,3	+ 2,2	+ 1,3		- 0,1	+ 2,1	- 0,4	- 3,4	- 15,0
Febr.	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,9	+ 5,7	+ 0,7	+ 1,8	+ 1,3	- 0,1	- 0,3 p)	+ 0,9	- 0,5	- 3,5	- 15,7
März	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,8	+ 4,3	+ 1,1	+ 2,1	+ 1,4		- 0,2 p)	+ 2,8	- 0,4	- 2,5	- 2,4
April	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,5	+ 2,3	+ 1,2	+ 2,0	+ 1,4		- 0,8	...	- 0,3	- 2,8	- 2,1
Mai	s) + 1,2	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	- 10,2

Quelle: Statistisches Bundesamt; für den Index der Weltmarktpreise: HWWA-Institut. — 1 Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — 2 Ohne Mehrwertsteuer. — 3 HWWA-Index der Rohstoffpreise, auf Euro-Basis (bis 1998 auf DM-Basis).

IX. Konjunkturlage

8. Einkommen der privaten Haushalte \*)  
Deutschland

Bis Ende 1998 Mrd DM, ab 1999 Mrd €

Zeit	Bruttolöhne und -gehälter 1)		Nettolöhne und -gehälter 2)		Empfangene monetäre Sozialleistungen 3)		Masseneinkommen 4)		Verfügbares Einkommen 5)		Sparen 6)		Sparquote 7)
	DM / €	Veränderung gegen Vorjahr %	DM / €	Veränderung gegen Vorjahr %	DM / €	Veränderung gegen Vorjahr %	DM / €	Veränderung gegen Vorjahr %	DM / €	Veränderung gegen Vorjahr %	DM / €	Veränderung gegen Vorjahr %	%
1991	1 355,4	.	941,4	.	426,2	.	1 367,6	.	1 917,5	.	250,1	.	13,0
1992	1 467,3	8,3	1 003,0	6,5	473,9	11,2	1 476,9	8,0	2 054,3	7,1	266,1	6,4	13,0
1993	1 505,9	2,6	1 032,7	3,0	511,2	7,9	1 543,9	4,5	2 120,6	3,2	261,3	- 1,8	12,3
1994	1 528,1	1,5	1 029,3	- 0,3	529,4	3,6	1 558,6	1,0	2 181,9	2,9	254,0	- 2,8	11,6
1995	1 577,1	3,2	1 037,9	0,8	553,7	4,6	1 591,7	2,1	2 256,4	3,4	252,1	- 0,7	11,2
1996	1 594,0	1,1	1 032,7	- 0,5	595,7	7,6	1 628,3	2,3	2 307,5	2,3	249,5	- 1,0	10,8
1997	1 591,3	- 0,2	1 015,9	- 1,6	609,6	2,3	1 625,5	- 0,2	2 356,5	2,1	244,7	- 1,9	10,4
1998	1 624,0	2,1	1 038,5	2,2	621,5	2,0	1 660,0	2,1	2 422,6	2,8	249,8	2,1	10,3
1999	854,6	2,9	548,5	3,3	327,9	3,2	876,4	3,3	1 275,3	3,0	125,7	- 1,5	9,9
2000	882,9	3,3	570,0	3,9	336,7	2,7	906,6	3,4	1 310,7	2,8	127,9	1,7	9,8
2001	901,3	2,1	589,5	3,4	345,5	2,6	935,0	3,1	1 356,3	3,5	138,2	8,1	10,2
2000 3.Vj.	221,2	3,5	147,0	3,8	83,5	2,3	230,5	3,2	322,4	2,8	26,1	0,0	8,1
4.Vj.	248,4	2,9	157,5	3,6	85,0	2,2	242,5	3,1	336,9	1,1	28,9	- 3,0	8,6
2001 1.Vj.	208,1	3,1	136,7	4,0	86,5	2,1	223,3	3,3	338,0	3,6	46,0	6,1	13,6
2.Vj.	216,1	2,2	138,9	3,6	85,4	2,4	224,3	3,2	338,5	4,1	32,4	10,0	9,6
3.Vj.	224,9	1,7	151,5	3,1	86,0	3,0	237,5	3,1	332,8	3,2	29,0	11,2	8,7
4.Vj.	252,1	1,5	162,4	3,1	87,5	2,9	249,9	3,0	347,0	3,0	30,8	6,3	8,9
2002 1.Vj.	211,0	1,4	138,4	1,2	90,0	4,0	228,4	2,3	341,8	1,1	47,4	3,1	13,9

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Mai 2002. — \* Private Haushalte einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. — 1 Inländerkonzept. — 2 Nach Abzug der von den Bruttolöhnen und -gehältern zu entrichtenden Lohnsteuer sowie den Sozialbeiträgen der Arbeitnehmer. — 3 Geldleistungen der Sozialversicherungen, Gebietskörperschaften und des Auslands, Pensionen (netto), Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen, abzüglich Sozialabgaben auf Sozialleistungen, verbrauchsnahe Steuern und staatliche Gebühren. — 4 Nettolöhne und -gehälter zuzüglich empfangene

monetäre Sozialleistungen. — 5 Masseneinkommen zuzüglich Betriebsüberschuss, Selbständigeneinkommen, Vermögenseinkommen (netto), übrige empfangene laufende Transfers, Einkommen der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, abzüglich Steuern (ohne Lohnsteuer und verbrauchsnahe Steuern) und übriger geleisteter laufender Transfers. Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. — 6 Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. — 7 Sparen in % des Verfügbaren Einkommens.

9. Tarif- und Effektivverdienste  
Deutschland

Zeit	Gesamtwirtschaft						Produzierendes Gewerbe (einschl. Baugewerbe)					
	Tariflohn- und -gehaltsniveau 1)				Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer (Inlandskonzept) 2)		Tariflohn- und -gehaltsniveau 1)				Löhne und Gehälter je Beschäftigten (Inlandskonzept) 3)	
	auf Stundenbasis		auf Monatsbasis				auf Stundenbasis		auf Monatsbasis			
	1995=100	% gegen Vorjahr	1995=100	% gegen Vorjahr	1995=100	% gegen Vorjahr	1995=100	% gegen Vorjahr	1995=100	% gegen Vorjahr	1995=100	% gegen Vorjahr
1991	76,7	.	78,6	.	82,4	.	73,4	.	76,9	.	77,6	.
1992	85,8	11,9	87,2	11,0	91,0	10,4	82,9	12,9	85,9	11,7	88,4	13,9
1993	92,2	7,5	92,9	6,5	95,0	4,4	90,6	9,3	92,0	7,1	92,3	4,4
1994	95,3	3,4	95,6	2,9	96,9	2,0	94,3	4,1	94,8	3,0	96,1	4,1
1995	100,0	4,9	100,0	4,6	100,0	3,2	100,0	6,1	100,0	5,5	100,0	4,1
1996	102,6	2,6	102,4	2,4	101,4	1,4	103,8	3,8	102,9	2,9	102,9	2,9
1997	104,1	1,5	103,9	1,5	101,7	0,3	105,8	1,9	104,6	1,7	104,7	1,7
1998	106,2	1,9	105,8	1,8	102,7	1,0	107,7	1,8	106,4	1,7	106,4	1,6
1999	109,2	2,9	108,7	2,7	104,2	1,4	110,9	3,0	109,4	2,9	108,3	1,8
2000	111,4	2,0	110,8	2,0	105,8	1,6	113,1	2,0	111,6	2,0	111,2	2,7
2001	113,6	2,0	113,0	2,0	107,8	1,8	115,1	1,8	113,6	1,8	113,7	2,2
2000 3.Vj.	115,1	2,0	114,5	2,0	105,6	1,9	121,1	2,1	119,5	2,1	107,1	2,5
4.Vj.	125,9	2,1	125,3	2,1	117,7	1,5	125,2	2,3	123,5	2,3	120,6	2,5
2001 1.Vj.	103,8	2,1	103,2	2,1	100,6	2,4	104,1	1,6	102,6	1,6	107,2	3,1
2.Vj.	104,8	1,8	104,2	1,8	103,6	1,9	105,3	1,4	103,9	1,4	115,6	2,4
3.Vj.	117,3	2,0	116,7	1,9	107,2	1,5	123,5	2,0	121,8	2,0	109,2	2,0
4.Vj.	128,6	2,2	127,9	2,1	119,6	1,7	127,7	2,0	125,9	2,0	122,6	1,7
2002 1.Vj.	106,3	2,4	105,7	2,4	102,4	1,8	106,3	2,2	104,9	2,2	108,1	0,8
2001 Okt.	105,8	2,3	105,2	2,3	.	.	106,0	2,0	104,6	2,0	111,8	2,7
Nov.	174,4	2,1	173,4	2,0	.	.	170,9	2,1	168,6	2,1	142,7	1,1
Dez.	105,8	2,2	105,2	2,1	.	.	106,1	1,7	104,6	1,7	113,4	1,5
2002 Jan.	106,2	2,4	105,6	2,3	.	.	106,1	1,9	104,7	1,9	110,2	0,5
Febr.	106,3	2,4	105,7	2,4	.	.	106,2	2,1	104,7	2,1	105,3	1,6
März	106,4	2,5	105,8	2,5	.	.	106,6	2,5	105,2	2,5	108,9	0,5
April	106,6	2,1	106,0	2,1	.	.	106,8	2,4	105,4	2,4	.	.

1 Aktuelle Angaben werden in der Regel noch auf Grund von Nachmeldungen nach oben korrigiert. — 2 Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Mai 2002. — 3 Produzierendes Gewerbe ohne Energieversorgung so-

wie ohne Ausbaugewerbe. Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamts nach alter und neuer Systematik der Wirtschaftszweige.

X. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für die Europäische Währungsunion \*)

Mio €

Position	1999	2000	2001 1)	2001 1)		2002			
				3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	Jan.	Febr.	März
A. Leistungsbilanz	- 18 261	- 59 865	+ 1 971	+ 7 413	+ 14 957	+ 4 345	- 1 463	+ 2 099	+ 3 709
1. Außenhandel									
Ausfuhr (fob) einschl. Ergänzungen	818 126	986 841	1 039 775	255 111	267 528	246 024	76 347	80 591	89 086
Einfuhr (fob) einschl. Ergänzungen	742 493	951 265	957 943	230 279	231 879	224 944	74 232	72 417	78 295
Saldo	+ 75 633	+ 35 576	+ 81 835	+ 24 832	+ 35 649	+ 21 080	+ 2 115	+ 8 174	+ 10 791
2. Dienstleistungen									
Einnahmen	244 523	279 546	317 833	85 953	80 208	69 226	23 588	21 620	24 018
Ausgaben	256 420	295 654	313 722	83 226	80 276	75 532	26 300	23 981	25 251
Saldo	- 11 900	- 16 108	+ 4 108	+ 2 727	- 68	- 6 308	- 2 713	- 2 362	- 1 233
3. Erwerbs- und Vermögenseinkommen (Saldo)	- 35 682	- 26 698	- 35 791	- 7 923	- 3 688	- 7 873	- 6 705	- 115	- 1 053
4. laufende Übertragungen									
fremde Leistungen	64 819	67 249	74 550	14 667	15 269	29 929	17 335	6 902	5 692
eigene Leistungen	111 134	119 887	122 734	26 890	32 208	32 484	11 495	10 501	10 488
Saldo	- 46 315	- 52 635	- 48 181	- 12 223	- 16 936	- 2 555	+ 5 840	- 3 599	- 4 796
B. Saldo der Vermögensübertragungen	+ 12 861	+ 9 679	+ 8 461	+ 1 032	+ 992	+ 2 925	+ 2 524	+ 239	+ 162
C. Kapitalbilanz (Nettokapitalexport: -)	+ 10 933	+ 93 427	- 69 932	- 55 161	- 33 350	- 12 253	- 37 605	+ 5 761	+ 19 591
1. Direktinvestitionen	- 118 132	+ 17 619	- 104 651	- 22 447	+ 10 142	- 11 451	+ 4 347	- 9 911	- 5 887
Anlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	- 315 645	- 382 370	- 227 754	- 46 556	- 35 241	- 37 991	- 4 835	- 19 988	- 13 168
ausländische Anlagen im Euro-Währungsgebiet	+ 197 510	+ 399 992	+ 123 106	+ 24 112	+ 45 383	+ 26 540	+ 9 182	+ 10 077	+ 7 281
2. Wertpapieranlagen	- 45 652	- 111 538	+ 36 542	+ 49 636	- 340	- 43 030	- 41 294	- 9 864	+ 8 128
Anlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	- 311 403	- 412 782	- 266 724	- 24 023	- 84 301	- 62 318	- 28 998	- 11 262	- 22 058
Dividendenwerte	- 156 328	- 288 479	- 95 407	- 1 030	- 22 788	- 28 425	- 14 033	- 6 117	- 8 275
festverzinsliche Wertpapiere	- 154 392	- 102 742	- 152 851	- 18 231	- 50 767	- 15 851	- 5 719	+ 309	- 10 441
Geldmarktpapiere	- 683	- 21 564	- 18 466	- 4 762	- 10 746	- 18 042	- 9 246	- 5 454	- 3 342
ausländische Anlagen im Euro-Währungsgebiet	+ 265 748	+ 301 247	+ 303 260	+ 73 656	+ 83 958	+ 19 288	- 12 296	+ 1 399	+ 30 185
Dividendenwerte	+ 92 366	+ 44 930	+ 238 261	+ 53 410	+ 57 424	+ 28 147	+ 8 876	+ 6 791	+ 12 480
festverzinsliche Wertpapiere	+ 117 435	+ 229 621	+ 78 047	+ 29 770	+ 25 320	+ 8 283	- 7 810	- 1 263	+ 17 356
Geldmarktpapiere	+ 55 947	+ 26 702	- 13 045	- 9 521	+ 1 214	- 17 142	- 13 362	- 4 129	+ 349
3. Finanzderivate	+ 4 469	- 1 719	- 20 724	- 12 044	- 7 313	- 3 423	+ 637	+ 1 293	- 5 353
4. Kreditverkehr und sonstige Anlagen (Saldo)	+ 160 114	+ 171 512	+ 1 065	- 72 801	- 39 106	+ 48 653	+ 4 037	+ 21 704	+ 22 912
Eurosistem	+ 4 587	- 217	+ 5 034	+ 26	+ 3 365	+ 760	+ 1 912	- 3 916	+ 2 764
öffentliche Stellen	- 9 707	- 1 494	+ 2 619	- 74	+ 6 066	- 7 308	- 9 594	- 160	+ 2 446
Kreditinstitute	+ 179 187	+ 158 298	+ 9 729	- 83 076	- 36 792	+ 45 366	+ 16 284	+ 17 409	+ 11 673
langfristig	+ 6 597	+ 3 741	- 20 917	+ 3 383	- 25 486	+ 10 132	+ 5 228	- 4 573	+ 9 477
kurzfristig	+ 172 598	+ 154 556	+ 30 652	- 86 459	- 11 303	+ 35 234	+ 11 056	+ 21 982	+ 2 196
Unternehmen und Privatpersonen	- 13 959	+ 14 925	- 16 320	+ 10 323	- 11 745	+ 9 835	- 4 565	+ 8 371	+ 6 029
5. Veränderung der Währungsreserven des Eurosystems (Zunahme: -)	+ 10 128	+ 17 559	+ 17 833	+ 2 492	+ 3 270	- 3 003	- 5 333	+ 2 538	- 208
D. Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen	- 5 530	- 43 244	+ 59 500	+ 46 716	+ 17 401	+ 4 985	+ 36 545	- 8 098	- 23 462

\* Quelle: Europäische Zentralbank. — 1 Ab Januar 2001 einschl. Griechenland.

X. Außenwirtschaft

2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland  
(Salden)

Zeit	Leistungsbilanz						Vermögensübertragungen und Kauf/Verkauf von immateriellen nichtproduzierten Vermögensgütern 7)	Kapitalbilanz 7)	Veränderung der Währungsreserven zu Transaktionswerten 8)	Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen	Nachrichtlich: Veränderung der Netto-Auslandsaktiva der Bundesbank zu Transaktionswerten 8)
	Saldo der Leistungsbilanz 1)	Außenhandel 1) 2) 3)	Ergänzungen zum Warenhandel 4) 5)	Dienstleistungen 6)	Erwerbs- und Vermögens-einkommen	laufende Übertragungen					
Mio DM											
1989	+ 107 346	+ 134 576	- 4 107	- 15 210	+ 26 872	- 34 784	- 2 064	- 110 286	- 5 405	+ 10 409	+ 18 997
1990 o)	+ 79 475	+ 105 382	- 3 833	- 19 664	+ 32 859	- 35 269	- 4 975	- 89 497	- 11 611	+ 26 608	- 10 976
1991	- 30 416	+ 21 899	- 2 804	- 24 842	+ 33 144	- 57 812	- 4 565	+ 12 614	+ 9 605	+ 12 762	- 319
1992	- 22 924	+ 33 656	- 1 426	- 37 894	+ 33 962	- 51 222	- 1 963	+ 69 792	- 52 888	+ 7 983	- 68 745
1993	- 16 155	+ 60 304	- 3 038	- 45 080	+ 27 373	- 55 714	- 1 915	+ 21 442	+ 22 795	- 26 167	+ 35 766
1994	- 38 805	+ 71 762	- 1 104	- 54 374	+ 4 852	- 59 940	- 2 637	+ 57 871	+ 2 846	- 19 276	- 12 242
1995	- 29 671	+ 85 303	- 4 722	- 54 720	+ 178	- 55 710	- 3 845	+ 63 647	- 10 355	- 19 776	- 17 754
1996	- 11 959	+ 98 538	- 5 264	- 55 330	+ 1 391	- 51 294	- 3 283	+ 23 613	+ 1 882	- 10 253	+ 1 610
1997	- 4 727	+ 116 467	- 7 360	- 58 715	- 2 376	- 52 742	+ 52	- 76	+ 6 640	- 1 889	+ 8 468
1998	- 10 905	+ 126 970	- 5 934	- 65 301	- 13 337	- 53 304	+ 1 289	+ 17 042	- 7 128	- 298	- 8 231
1999	- 34 991	+ 127 542	- 13 643	- 81 088	- 17 535	- 50 266	- 301	- 51 015	+ 24 517	+ 61 790	- 72 364
2000	- 44 207	+ 115 664	- 13 390	- 86 887	- 6 503	- 53 089	+ 13 351	+ 67 177	+ 11 429	- 47 750	+ 94 329
2001	+ 5 185	+ 184 229	- 9 559	- 92 671	- 24 660	- 52 153	- 1 892	- 90 133	+ 11 797	+ 75 043	+ 63 911
2001 2.Vj.	- 8 558	+ 42 229	- 2 967	- 23 792	- 8 425	- 15 603	- 1 168	- 3 242	+ 3 988	+ 8 979	+ 41 266
3.Vj.	+ 1 784	+ 49 379	- 2 743	- 26 219	- 6 864	- 11 769	- 871	- 17 650	- 4 233	+ 20 971	- 26 131
4.Vj.	+ 13 884	+ 49 490	- 1 085	- 17 990	- 2 481	- 14 049	- 932	- 63 149	+ 4 078	+ 46 119	+ 71 755
2001 Juli	- 5 260	+ 18 325	- 770	- 9 682	- 8 048	- 5 084	- 443	+ 1 886	- 295	+ 4 112	- 20 709
Aug.	+ 5 984	+ 17 263	- 1 142	- 9 393	+ 2 122	- 2 865	- 337	+ 4 418	+ 900	- 10 966	- 8 307
Sept.	+ 1 059	+ 13 791	- 830	- 7 144	- 939	- 3 820	- 92	- 23 954	- 4 838	+ 27 825	+ 2 886
Okt.	+ 8 165	+ 18 843	- 192	- 7 531	+ 2 507	- 5 462	- 274	- 3 689	- 1 958	- 2 245	- 2 557
Nov.	+ 3 013	+ 14 350	- 556	- 5 499	+ 104	- 5 386	- 353	- 34 080	+ 399	+ 31 021	+ 13 417
Dez.	+ 2 707	+ 16 297	- 337	- 4 961	- 5 092	- 3 201	- 305	- 25 380	+ 5 636	+ 17 342	+ 60 895
Mio €											
1999	- 17 891	+ 65 211	- 6 976	- 41 460	- 8 966	- 25 701	- 154	- 26 084	+ 12 535	+ 31 593	- 36 999
2000	- 22 602	+ 59 138	- 6 846	- 44 425	- 3 325	- 27 144	+ 6 826	+ 34 347	+ 5 844	- 24 414	+ 48 230
2001	+ 2 651	+ 94 195	- 4 887	- 47 382	- 12 609	- 26 665	- 967	- 46 084	+ 6 032	+ 38 369	+ 32 677
2001 1.Vj.	- 1 229	+ 16 374	- 1 368	- 10 011	- 788	- 5 436	+ 160	+ 38 650	- 751	- 36 830	+ 32 016
2.Vj.	- 2 843	+ 16 408	- 1 272	- 11 559	+ 121	- 6 542	- 330	+ 28 540	+ 2 388	- 27 755	- 23 447
3.Vj.	- 11 687	+ 13 119	- 1 745	- 12 778	- 3 122	- 7 161	+ 7 412	- 14 904	+ 2 155	+ 17 024	+ 22 523
4.Vj.	- 6 844	+ 13 237	- 2 462	- 10 077	+ 464	- 8 005	- 416	- 17 939	+ 2 052	+ 23 148	+ 17 137
2001 1.Vj.	- 984	+ 22 052	- 1 413	- 12 613	- 3 523	- 5 487	+ 552	- 3 115	+ 4 072	- 525	- 11 749
2.Vj.	- 4 376	+ 21 592	- 1 517	- 12 165	- 4 307	- 7 978	- 597	- 1 657	+ 2 039	+ 4 591	+ 21 099
3.Vj.	+ 912	+ 25 247	- 1 402	- 13 406	- 3 510	- 6 017	- 446	- 9 024	- 2 165	+ 10 722	- 13 360
4.Vj.	+ 7 099	+ 25 304	- 555	- 9 198	- 1 269	- 7 183	- 476	- 32 288	+ 2 085	+ 23 580	+ 36 688
2002 1.Vj.	+ 10 533	+ 31 822	- 1 265	- 10 589	- 4 410	- 5 025	+ 160	- 29 494	- 1 352	+ 20 153	- 18 496
2000 April	- 744	+ 5 297	- 406	- 3 334	+ 239	- 2 540	+ 194	+ 3 535	+ 1 354	- 4 338	- 9 302
Mai	- 2 394	+ 4 503	- 558	- 3 952	- 691	- 1 696	- 22	+ 21 552	+ 171	- 19 307	+ 2 657
Juni	+ 295	+ 6 608	- 308	- 4 273	+ 573	- 2 306	- 502	+ 3 454	+ 863	- 4 110	- 16 802
Juli	- 2 794	+ 5 943	- 422	- 3 251	- 2 018	- 3 046	+ 105	+ 2 542	+ 1 180	- 1 032	+ 23 600
Aug.	- 5 726	+ 2 921	- 808	- 4 870	- 349	- 2 620	+ 7 766	- 11 981	+ 345	+ 9 596	+ 11 758
Sept.	- 3 166	+ 4 255	- 515	- 4 657	- 755	- 1 494	- 458	- 5 465	+ 630	+ 8 460	- 12 834
Okt.	- 1 121	+ 6 795	- 955	- 4 531	+ 556	- 2 985	- 125	- 4 453	+ 538	+ 5 161	+ 19 591
Nov.	- 2 588	+ 4 766	- 395	- 3 112	- 990	- 2 857	- 143	- 4 991	+ 466	+ 7 255	+ 5 015
Dez.	- 3 135	+ 1 676	- 1 111	- 2 435	+ 898	- 2 164	- 149	- 8 495	+ 1 047	+ 10 732	- 7 468
2001 Jan.	- 5 671	+ 5 497	- 565	- 4 749	- 5 357	- 497	+ 515	- 6 239	+ 1 400	+ 9 995	- 5 988
Febr.	+ 1 203	+ 7 059	- 522	- 2 793	- 295	- 2 246	+ 119	- 2 756	+ 1 180	+ 254	- 3 873
März	+ 3 484	+ 9 496	- 326	- 5 071	+ 2 129	- 2 744	- 83	+ 5 881	+ 1 492	- 10 774	- 1 888
April	+ 1 087	+ 6 041	- 650	- 2 941	+ 868	- 2 231	- 149	- 1 210	+ 1 205	- 933	+ 9 404
Mai	- 448	+ 8 054	- 465	- 4 065	- 1 320	- 2 652	- 732	+ 17 441	+ 508	- 16 769	- 53
Juni	- 5 015	+ 7 496	- 402	- 5 159	- 3 856	- 3 094	+ 284	- 17 888	+ 326	+ 22 293	+ 11 749
Juli	- 2 689	+ 9 369	- 394	- 4 950	- 4 115	- 2 599	- 226	+ 964	- 151	+ 2 102	- 10 589
Aug.	+ 3 060	+ 8 826	- 584	- 4 803	+ 1 085	- 1 465	- 172	+ 2 259	+ 460	- 5 607	+ 4 247
Sept.	+ 541	+ 7 051	- 424	- 3 653	- 480	- 1 953	- 47	- 12 248	- 2 474	+ 14 227	+ 1 476
Okt.	+ 4 175	+ 9 634	- 98	- 3 850	+ 1 282	- 2 793	- 140	- 1 886	- 1 001	- 1 148	- 1 307
Nov.	+ 1 540	+ 7 337	- 284	- 2 811	+ 53	- 2 754	- 180	- 17 425	+ 204	+ 15 861	+ 6 860
Dez.	+ 1 384	+ 8 333	- 172	- 2 536	- 2 603	- 1 637	- 156	- 12 977	+ 2 882	+ 8 867	+ 31 135
2002 Jan.	+ 510	+ 10 076	- 448	- 4 081	- 5 761	+ 724	+ 477	- 1 698	- 1 747	+ 2 458	- 17 916
Febr.	+ 3 009	+ 10 008	- 387	- 3 237	- 360	- 3 015	- 155	- 17 109	+ 67	+ 14 187	+ 1 535
März	+ 7 013	+ 11 738	- 431	- 3 271	+ 1 711	- 2 734	- 162	- 10 688	+ 328	+ 3 508	- 2 116
April p)	+ 3 363	+ 9 317	- 456	- 2 760	+ 221	- 2 960	- 147	- 4 876	+ 1 657	+ 2	- 9 839

o) Ab Juli 1990 einschl. Transaktionen der ehemaligen DDR mit dem Ausland. — 1 Ergebnisse ab Anfang 1993 durch Änderung in der Erfassung des Außenhandels mit größerer Unsicherheit behaftet. — 2 Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik: Einfuhr cif, Ausfuhr fob. — 3 Ab Januar 1993 einschließlich der Zuschätzungen für nicht meldepflichtigen Au-

ßenhandel, die bis Dezember 1992 in den Ergänzungen zum Warenverkehr enthalten sind. — 4 Hauptsächlich Lagerverkehr auf inländische Rechnung und Absetzung der Rückwaren. — 5 Siehe Fußnote 3). — 6 Ohne die im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Fracht- und Versicherungskosten. — 7 Kapalexport: -. — 8 Zunahme: -.

X. Außenwirtschaft

3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland  
nach Ländergruppen und Ländern \*)

Mio €

Ländergruppe/Land		1999	2000	2001 1)	2001 1)		2002			
					November	Dezember	Januar	Februar	März	April 2)
Alle Länder 2)	Ausfuhr	510 008	597 481	637 333	54 873	48 374	50 116	51 574	54 312	55 757
	Einfuhr	444 797	538 343	543 138	47 536	40 042	40 040	41 566	42 574	46 440
	Saldo	+ 65 211	+ 59 138	+ 94 195	+ 7 337	+ 8 333	+ 10 076	+ 10 008	+ 11 738	+ 9 317
I. Industrialisierte Länder	Ausfuhr	395 748	460 075	480 964	40 891	35 953	37 968	39 118	40 650	...
	Einfuhr	332 891	389 761	398 997	34 485	28 681	28 418	29 864	30 097	...
	Saldo	+ 62 857	+ 70 314	+ 81 967	+ 6 406	+ 7 272	+ 9 550	+ 9 254	+ 10 553	...
1. EU-Länder	Ausfuhr	293 377	337 385	351 495	30 250	26 201	28 237	28 605	29 658	...
	Einfuhr	239 652	273 961	286 855	24 685	20 844	20 445	21 862	21 718	...
	Saldo	+ 53 725	+ 63 424	+ 64 641	+ 5 565	+ 5 356	+ 7 792	+ 6 742	+ 7 940	...
darunter:										
EWU-Länder	Ausfuhr	229 837	264 877	274 947	23 484	20 413	22 062	22 166	22 963	...
	Einfuhr	193 146	217 953	230 426	19 899	16 664	16 446	17 958	17 451	...
	Saldo	+ 36 691	+ 46 924	+ 44 521	+ 3 585	+ 3 749	+ 5 615	+ 4 208	+ 5 511	...
darunter:										
Belgien und Luxemburg	Ausfuhr	28 821	32 730	34 173	2 871	2 511	2 845	2 767	2 846	...
	Einfuhr	22 880	26 230	30 279	2 430	2 175	2 233	2 256	2 363	...
	Saldo	+ 5 942	+ 6 500	+ 3 894	+ 440	+ 336	+ 612	+ 512	+ 484	...
Frankreich	Ausfuhr	58 578	67 418	70 672	6 099	4 966	5 668	5 794	6 058	...
	Einfuhr	45 559	50 863	51 671	5 063	3 731	3 835	4 231	4 252	...
	Saldo	+ 13 019	+ 16 555	+ 19 002	+ 1 036	+ 1 235	+ 1 833	+ 1 564	+ 1 806	...
Italien	Ausfuhr	38 335	45 012	47 516	4 095	3 537	3 776	3 768	4 002	...
	Einfuhr	33 107	35 778	35 677	3 017	2 645	2 575	2 701	2 725	...
	Saldo	+ 5 229	+ 9 234	+ 11 839	+ 1 078	+ 892	+ 1 201	+ 1 067	+ 1 276	...
Niederlande	Ausfuhr	34 355	38 994	39 297	3 284	2 953	3 041	3 127	3 296	...
	Einfuhr	36 089	44 740	46 280	3 796	3 628	3 442	3 517	3 259	...
	Saldo	- 1 734	- 5 746	- 6 983	- 512	- 675	- 401	- 391	+ 37	...
Österreich	Ausfuhr	28 295	32 437	32 644	2 861	2 502	2 556	2 611	2 690	...
	Einfuhr	18 288	20 498	20 755	1 764	1 614	1 515	1 616	1 753	...
	Saldo	+ 10 007	+ 11 939	+ 11 890	+ 1 097	+ 888	+ 1 041	+ 995	+ 937	...
Spanien	Ausfuhr	22 684	26 733	28 388	2 396	2 147	2 270	2 278	2 271	...
	Einfuhr	14 666	16 088	15 618	1 247	1 143	1 293	1 353	1 269	...
	Saldo	+ 8 018	+ 10 645	+ 12 770	+ 1 149	+ 1 004	+ 977	+ 925	+ 1 002	...
Schweden	Ausfuhr	11 657	13 525	12 932	1 201	1 007	1 067	1 068	1 111	...
	Einfuhr	8 305	10 202	9 116	730	663	679	630	751	...
	Saldo	+ 3 352	+ 3 323	+ 3 816	+ 471	+ 345	+ 387	+ 437	+ 360	...
Vereinigtes Königreich	Ausfuhr	43 124	49 377	53 271	4 608	4 014	4 260	4 534	4 649	...
	Einfuhr	30 757	36 925	38 204	3 297	2 768	2 613	2 567	2 858	...
	Saldo	+ 12 367	+ 12 453	+ 15 067	+ 1 311	+ 1 246	+ 1 647	+ 1 967	+ 1 791	...
2. Andere europäische Industrieländer	Ausfuhr	33 504	39 585	39 785	3 340	3 109	2 753	3 511	3 424	...
	Einfuhr	30 588	36 618	38 952	3 770	2 975	3 072	3 095	2 884	...
	Saldo	+ 2 916	+ 2 967	+ 833	- 430	+ 133	- 319	+ 417	+ 540	...
darunter:										
Schweiz	Ausfuhr	22 808	25 596	27 611	2 315	2 248	1 936	2 178	2 412	...
	Einfuhr	17 070	18 798	19 793	1 940	1 506	1 539	1 546	1 596	...
	Saldo	+ 5 738	+ 6 798	+ 7 818	+ 374	+ 742	+ 398	+ 632	+ 815	...
3. Außereuropäische Industrieländer	Ausfuhr	68 867	83 105	89 684	7 301	6 644	6 979	7 002	7 568	...
	Einfuhr	62 651	79 182	73 191	6 031	4 861	4 902	4 907	5 494	...
	Saldo	+ 6 216	+ 3 923	+ 16 494	+ 1 271	+ 1 783	+ 2 077	+ 2 095	+ 2 073	...
darunter:										
Japan	Ausfuhr	10 367	13 196	13 073	1 017	999	938	944	959	...
	Einfuhr	21 779	26 848	22 599	1 912	1 475	1 436	1 482	1 629	...
	Saldo	- 11 412	- 13 653	- 9 527	- 895	- 476	- 497	- 538	- 669	...
Vereinigte Staaten	Ausfuhr	51 425	61 765	67 307	5 295	4 815	5 256	5 324	5 871	...
	Einfuhr	36 790	47 124	45 454	3 692	3 009	3 057	3 154	3 503	...
	Saldo	+ 14 635	+ 14 640	+ 21 853	+ 1 603	+ 1 806	+ 2 199	+ 2 170	+ 2 367	...
II. Reformländer	Ausfuhr	56 717	70 328	83 210	7 759	6 672	6 495	6 891	7 291	...
	Einfuhr	62 533	82 905	89 844	8 544	6 902	6 915	7 270	7 647	...
	Saldo	- 5 816	- 12 577	- 6 634	- 785	- 230	- 419	- 379	- 356	...
darunter:										
Mittel- und osteuropäische Reformländer	Ausfuhr	49 020	59 908	69 934	6 525	5 561	5 327	5 838	5 984	...
	Einfuhr	47 723	62 784	68 420	6 332	5 262	5 086	5 511	5 919	...
	Saldo	+ 1 297	- 2 877	+ 1 513	+ 193	+ 299	+ 241	+ 327	+ 65	...
Volksrepublik China 3)	Ausfuhr	6 949	9 459	12 064	1 133	1 014	1 073	970	1 136	...
	Einfuhr	13 795	18 555	19 740	2 099	1 532	1 712	1 653	1 560	...
	Saldo	- 6 846	- 9 096	- 7 676	- 966	- 518	- 639	- 683	- 424	...
III. Entwicklungsländer	Ausfuhr	56 377	65 401	71 603	6 053	5 618	5 502	5 459	6 246	...
	Einfuhr	48 835	64 934	60 758	5 069	4 412	4 659	4 382	4 779	...
	Saldo	+ 7 543	+ 467	+ 10 845	+ 984	+ 1 206	+ 843	+ 1 077	+ 1 467	...
darunter:										
Südostasiatische Schwellenländer 4)	Ausfuhr	18 775	24 031	24 527	1 949	1 816	1 796	1 863	2 100	...
	Einfuhr	22 586	30 502	27 784	2 569	2 272	2 207	2 009	2 186	...
	Saldo	- 3 811	- 6 472	- 3 257	- 619	- 456	- 412	- 145	- 86	...
OPEC-Länder	Ausfuhr	9 135	10 758	13 687	1 335	1 251	1 114	1 128	1 227	...
	Einfuhr	6 425	10 244	8 219	625	558	479	571	470	...
	Saldo	+ 2 710	+ 514	+ 5 468	+ 711	+ 693	+ 635	+ 557	+ 757	...

\* Quelle: Statistisches Bundesamt. Ausfuhr (fob) nach Bestimmungsländern, Einfuhr (cif) aus Ursprungsländern. Ausweis der Länder und Ländergruppen nach dem neuesten Stand. — 1 Die Angaben über die Einfuhr für „Alle Länder“ enthalten von Januar bis November 2001 Korrekturen, die regional

aufgegliedert noch nicht vorliegen. — 2 Einschl. Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf sowie anderer regional nicht zuordenbarer Angaben. — 3 Ohne Hongkong. — 4 Brunei Darussalam, Hongkong, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur, Republik Korea, Taiwan und Thailand.

## X. Außenwirtschaft

### 4. Dienstleistungsverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland, Erwerbs- und Vermögenseinkommen (Salden)

Bis Ende 1998 Mio DM, ab 1999 Mio €

Zeit	Dienstleistungen										Erwerbseinkommen 5)	Vermögenseinkommen (Kapitalerträge)
	insgesamt	Reiseverkehr 1)	Transport 2)	Finanzdienstleistungen	Patente und Lizenzen	Regierungsleistungen 3)	übrige Dienstleistungen					
							zusammen	Entgelte für selbstständige Tätigkeit 4)	Bauleistungen, Montagen, Ausbeserungen			
1997	- 58 715	- 52 718	+ 5 723	+ 2 315	- 4 341	+ 6 616	- 16 310	- 2 403	- 1 669	- 1 698	- 678	
1998	- 65 301	- 53 704	+ 5 449	+ 3 011	- 4 044	+ 5 462	- 21 474	- 2 586	- 2 484	- 1 584	- 11 753	
1999	- 41 460	- 30 645	+ 2 881	+ 1 018	- 1 896	+ 1 973	- 14 792	- 2 245	- 409	- 836	- 8 130	
2000	- 44 425	- 31 574	+ 3 379	+ 959	- 2 924	+ 2 177	- 16 443	- 2 725	- 912	- 885	- 2 440	
2001	- 47 382	- 32 377	+ 4 139	+ 439	- 2 335	+ 3 291	- 20 539	- 2 576	- 1 293	- 1 471	- 11 138	
2000 3.Vj.	- 12 778	- 10 440	+ 966	+ 72	- 591	+ 583	- 3 368	- 677	- 3	- 498	- 2 624	
4.Vj.	- 10 077	- 6 372	+ 980	+ 307	- 1 089	+ 596	- 4 500	- 747	- 426	- 186	+ 651	
2001 1.Vj.	- 12 613	- 6 738	+ 828	- 106	- 654	+ 761	- 6 704	- 646	- 593	- 39	- 3 484	
2.Vj.	- 12 165	- 8 656	+ 1 153	+ 208	- 532	+ 793	- 5 132	- 625	- 213	- 408	- 3 900	
3.Vj.	- 13 406	- 10 723	+ 1 182	+ 175	- 579	+ 803	- 4 265	- 640	- 142	- 685	- 2 825	
4.Vj.	- 9 198	- 6 261	+ 976	+ 161	- 571	+ 933	- 4 437	- 665	- 346	- 340	- 929	
2002 1.Vj.	- 10 589	- 5 974	+ 764	- 60	- 300	+ 992	- 6 011	- 536	- 468	- 22	- 4 388	
2001 Juni	- 5 159	- 3 190	+ 342	+ 22	- 129	+ 294	- 2 499	- 211	- 227	- 129	- 3 727	
Juli	- 4 950	- 3 473	+ 473	+ 139	- 319	+ 237	- 2 007	- 284	- 49	- 230	- 3 885	
Aug.	- 4 803	- 3 974	+ 456	- 11	- 128	+ 302	- 1 448	- 200	- 13	- 224	+ 1 309	
Sept.	- 3 653	- 3 276	+ 253	+ 48	- 131	+ 264	- 810	- 156	- 80	- 231	- 248	
Okt.	- 3 850	- 2 978	+ 299	- 6	- 264	+ 315	- 1 215	- 213	- 111	- 121	+ 1 402	
Nov.	- 2 811	- 1 687	+ 157	+ 26	- 278	+ 297	- 1 326	- 219	+ 31	- 117	+ 170	
Dez.	- 2 536	- 1 596	+ 521	+ 142	- 28	+ 321	- 1 896	- 233	- 266	- 101	- 2 502	
2002 Jan.	- 4 081	- 2 206	+ 181	+ 24	- 102	+ 368	- 2 345	- 210	- 185	+ 9	- 5 770	
Febr.	- 3 237	- 1 704	+ 252	- 78	- 91	+ 309	- 1 925	- 174	- 174	- 11	- 350	
März	- 3 271	- 2 064	+ 331	- 6	- 107	+ 315	- 1 741	- 152	- 109	- 20	+ 1 731	
April	- 2 760	- 2 538	+ 354	+ 67	- 17	+ 419	- 1 045	- 192	- 132	- 103	+ 324	

1 Ergebnisse ab Januar 2002 mit größerer Unsicherheit behaftet. — 2 Ohne die im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Frachtkosten. — 3 Einschl. der Einnahmen von ausländischen militärischen Dienststellen für Wa-

renlieferungen und Dienstleistungen. — 4 Ingenieur- und sonstige technische Dienstleistungen, Forschung und Entwicklung, kaufmännische Dienstleistungen u.a.m. — 5 Einkommen aus unselbständiger Arbeit.

### 5. Laufende Übertragungen der Bundesrepublik Deutschland an das bzw. vom Ausland (Salden)

Bis Ende 1998 Mio DM, ab 1999 Mio €

Zeit	Öffentlich 1)					Privat 1)			Mio DM / Mio €		
	Insgesamt	zusammen	Internationale Organisationen 2)		sonstige laufende Übertragungen 3)	Insgesamt	Überweisungen der Gastarbeiter	sonstige laufende Übertragungen	Insgesamt 4)	Öffentlich 1)	Privat 1)
			zusammen	darunter Europäische Gemeinschaften							
1997	- 52 742	- 36 812	- 31 509	- 28 502	- 5 302	- 15 930	- 7 519	- 8 411	+ 52	- 2 821	+ 2 873
1998	- 53 304	- 37 317	- 33 077	- 30 382	- 4 240	- 15 987	- 6 936	- 9 051	+ 1 289	- 2 441	+ 3 730
1999	- 25 701	- 17 404	- 15 428	- 13 846	- 1 976	- 8 296	- 3 429	- 4 867	- 154	- 1 351	+ 1 197
2000	- 27 144	- 19 045	- 17 100	- 15 398	- 1 944	- 8 100	- 3 458	- 4 642	- 1 596	- 1 186	- 410
2001	- 26 665	- 17 013	- 14 471	- 12 801	- 2 542	- 9 653	- 3 520	- 6 132	- 967	- 1 355	+ 387
2000 3.Vj.	- 7 161	- 5 102	- 4 664	- 4 213	- 437	- 2 059	- 864	- 1 195	- 1 009	- 285	- 725
4.Vj.	- 8 005	- 5 990	- 5 151	- 4 687	- 838	- 2 016	- 864	- 1 151	- 416	- 374	- 43
2001 1.Vj.	- 5 487	- 2 898	- 2 112	- 1 598	- 786	- 2 589	- 880	- 1 709	+ 552	- 323	+ 875
2.Vj.	- 7 978	- 5 133	- 5 335	- 4 916	+ 202	- 2 845	- 880	- 1 964	- 597	- 252	- 345
3.Vj.	- 6 017	- 3 956	- 3 027	- 2 467	- 929	- 2 062	- 880	- 1 182	- 446	- 327	- 118
4.Vj.	- 7 183	- 5 026	- 3 997	- 3 820	- 1 029	- 2 157	- 880	- 1 277	- 476	- 452	- 24
2002 1.Vj.	- 5 025	- 2 357	- 1 256	- 832	- 1 101	- 2 668	- 868	- 1 801	+ 160	- 229	+ 389
2001 Juni	- 3 094	- 2 178	- 2 017	- 1 865	- 161	- 917	- 293	- 623	+ 284	- 95	+ 379
Juli	- 2 599	- 1 966	- 1 735	- 1 466	- 231	- 634	- 293	- 340	- 226	- 126	- 100
Aug.	- 1 465	- 526	- 168	+ 89	- 359	- 939	- 293	- 645	- 172	- 100	- 72
Sept.	- 1 953	- 1 464	- 1 124	- 1 090	- 339	- 489	- 293	- 1 090	- 47	- 100	+ 54
Okt.	- 2 793	- 2 077	- 1 663	- 1 576	- 414	- 716	- 293	- 423	- 140	- 98	- 42
Nov.	- 2 754	- 2 078	- 1 674	- 1 628	- 404	- 675	- 293	- 382	- 180	- 156	- 25
Dez.	- 1 637	- 871	- 660	- 616	- 211	- 766	- 293	- 413	- 156	- 198	+ 42
2002 Jan.	+ 724	+ 1 530	+ 1 921	+ 2 129	- 391	- 806	- 289	- 517	+ 477	- 74	+ 551
Febr.	- 3 015	- 2 005	- 1 575	- 1 391	- 430	- 1 010	- 289	- 721	- 155	- 75	- 80
März	- 2 734	- 1 882	- 1 602	- 1 570	- 279	- 852	- 289	- 563	- 162	- 80	- 82
April	- 2 960	- 2 047	- 1 890	- 1 788	- 157	- 913	- 289	- 624	- 147	- 87	- 60

1 Für die Zuordnung zu Öffentlich und Privat ist maßgebend, welchem Sektor die an der Transaktion beteiligte inländische Stelle angehört. — 2 Laufende Beiträge zu den Haushalten der internationalen Organisationen und Leistungen im Rahmen des EU-Haushalts (ohne Vermögensübertra-

gungen). — 3 Zuwendungen an Entwicklungsländer, Renten und Pensionen, Steuereinnahmen und -erstattungen u.a.m. — 4 Soweit erkennbar; insbesondere Schuldenerlass.

X. Außenwirtschaft

7. Kapitalverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland

Mio €

Position	1999	2000	2001	2001			2002			
				2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	Febr.	März	April
I. Deutsche Nettokapitalanlagen im Ausland (Zunahme/Kapitalausfuhr: -)	- 347 069	- 353 152	- 265 061	- 64 468	- 51 022	- 19 776	- 65 743	- 1 690	- 39 310	- 34 269
1. Direktinvestitionen 1)	- 102 729	- 54 045	- 48 340	- 35 841	+ 3 124	- 6 162	- 2 160	- 7 805	+ 951	+ 3 110
Beteiligungskapital	- 85 021	- 49 616	- 59 377	- 38 778	- 13 946	- 7 229	- 9 186	- 921	- 8 421	- 2 687
reinvestierte Gewinne 2)	- 4 400	- 2 300	-	-	-	-	-	-	-	-
Kreditverkehr deutscher Direktinvestoren	- 6 524	+ 3 627	+ 15 986	+ 4 296	+ 18 475	+ 2 336	+ 8 211	- 6 625	+ 9 898	+ 6 094
übrige Anlagen	- 6 784	- 5 756	- 4 949	- 1 359	- 1 404	- 1 269	- 1 185	- 260	- 526	- 297
2. Wertpapieranlagen	- 177 440	- 208 511	- 128 670	- 48 981	- 4 522	- 31 829	- 34 788	- 12 451	- 9 077	- 5 302
Dividendenwerte 3)	- 68 048	- 104 809	- 15 824	- 14 413	+ 6 736	- 2 797	- 7 309	- 3 531	+ 2 677	- 166
Investmentzertifikate 4)	- 14 057	- 32 529	- 19 126	- 4 785	- 3 900	- 4 474	- 7 409	- 2 920	- 1 327	- 1 389
festverzinsliche Wertpapiere 5)	- 94 658	- 72 758	- 94 691	- 28 639	- 6 641	- 27 512	- 15 793	- 3 712	- 8 930	- 2 897
Geldmarktpapiere	- 677	+ 1 585	+ 970	+ 1 144	- 716	+ 2 954	- 4 277	- 2 288	- 1 496	- 850
3. Finanzderivate 6)	- 1 749	- 4 211	+ 6 703	+ 8 475	- 4 102	- 807	+ 1 504	+ 988	- 556	+ 1 154
4. Kredite	- 62 826	- 84 203	- 93 368	+ 12 118	- 44 956	+ 19 353	- 29 871	+ 17 733	- 30 587	- 33 033
Kreditinstitute 7)	- 42 443	- 101 513	- 130 654	- 10 552	- 35 892	- 14 149	- 305	+ 14 545	- 25 181	- 10 429
langfristig	- 42 717	- 40 136	- 47 642	- 12 107	- 11 755	- 16 201	- 9 717	- 5 175	- 3 524	- 3 839
kurzfristig	+ 274	- 61 378	- 83 012	+ 1 555	- 24 136	+ 2 051	+ 9 413	+ 19 719	- 21 657	- 6 590
Unternehmen und Privatpersonen	+ 19 503	- 4 742	- 2 705	+ 1 686	+ 4 108	+ 6 465	- 14 305	+ 1 705	- 2 839	- 12 056
langfristig	- 2 057	+ 465	- 1 698	- 352	- 5	- 1 161	- 124	- 3	- 56	- 95
kurzfristig 7)	+ 21 560	- 5 207	- 1 007	+ 2 037	+ 4 113	+ 7 626	- 14 180	+ 1 708	- 2 783	- 11 961
Staat	+ 7 658	- 19 920	+ 15 977	+ 1 995	+ 379	- 7 537	+ 3 164	- 76	- 370	+ 249
langfristig	- 376	- 1 079	+ 254	+ 179	- 88	+ 5	+ 114	+ 102	- 32	+ 248
kurzfristig 7)	+ 8 034	- 18 841	+ 15 723	+ 1 816	+ 467	- 7 542	+ 3 050	- 179	- 338	+ 1
Bundesbank	- 47 544	+ 41 972	+ 24 015	+ 18 990	- 13 551	+ 34 575	- 18 425	+ 1 560	- 2 197	- 10 797
5. sonstige Kapitalanlagen 8)	- 2 324	- 2 183	- 1 385	- 238	- 566	- 330	- 428	- 155	- 41	- 199
II. Ausländische Nettokapitalanlagen in der Bundesrepublik (Zunahme/Kapitaleinfuhr:+)	+ 320 985	+ 387 499	+ 218 976	+ 62 811	+ 41 997	- 12 512	+ 36 249	- 15 418	+ 28 622	+ 29 393
1. Direktinvestitionen 1)	+ 51 392	+ 211 786	+ 35 574	+ 10 363	+ 15 124	+ 10 392	+ 12 810	+ 6 834	+ 2 786	+ 4 560
Beteiligungskapital	+ 24 754	+ 114 495	+ 31 916	+ 7 996	- 1 839	+ 5 586	+ 13 033	- 939	+ 11 897	- 1 184
reinvestierte Gewinne 2)	- 5 400	- 3 600	- 3 600	- 900	- 900	- 900	- 900	- 300	- 300	- 300
Kreditverkehr ausländischer Direktinvestoren	+ 32 286	+ 101 226	+ 7 403	+ 3 317	+ 17 889	+ 5 757	+ 704	+ 8 076	- 8 797	+ 6 044
übrige Anlagen	- 249	- 335	- 145	- 50	- 26	- 51	- 28	- 4	- 15	- 0
2. Wertpapieranlagen	+ 166 624	+ 49 104	+ 112 909	+ 68 931	+ 32 255	+ 16 889	+ 7 964	- 3 160	+ 7 588	- 6 341
Dividendenwerte 3)	+ 21 942	- 34 469	+ 88 882	+ 70 987	+ 15 600	+ 434	+ 6 014	- 39	+ 3 364	- 6 981
Investmentzertifikate	+ 5 761	+ 10 938	+ 1 121	- 673	- 486	+ 4 171	+ 1 074	+ 1 002	+ 382	- 412
festverzinsliche Wertpapiere 5)	+ 97 615	+ 69 159	+ 54 878	+ 10 597	+ 18 018	+ 17 729	+ 22 509	+ 1 569	+ 9 117	+ 5 716
Geldmarktpapiere	+ 41 306	+ 3 475	- 31 972	- 11 979	- 877	- 5 445	- 21 633	- 5 691	- 5 275	- 4 664
3. Kredite	+ 103 075	+ 126 564	+ 70 462	- 16 467	- 5 381	- 39 792	+ 15 452	- 19 115	+ 18 242	+ 31 175
Kreditinstitute 7)	+ 95 394	+ 115 294	+ 54 316	- 24 758	- 7 688	- 44 403	+ 13 852	- 21 841	+ 15 537	+ 34 803
langfristig	+ 35 241	+ 15 665	+ 4 394	+ 11 605	+ 6 824	- 11 433	+ 4 285	- 317	+ 3 015	+ 2 499
kurzfristig	+ 60 153	+ 99 629	+ 49 922	- 36 364	- 14 512	- 32 970	+ 9 567	- 21 524	+ 12 522	+ 32 304
Unternehmen und Privatpersonen	+ 20 926	+ 10 101	+ 13 063	+ 6 826	- 297	+ 2 700	+ 3 710	+ 2 951	+ 2 211	- 3 652
langfristig	+ 3 836	+ 4 400	+ 9 027	+ 1 989	+ 1 865	+ 469	+ 1 151	- 96	+ 1 144	+ 8
kurzfristig 7)	+ 17 090	+ 5 701	+ 4 036	+ 4 836	- 2 162	+ 2 231	+ 2 559	+ 3 047	+ 1 067	- 3 660
Staat	- 11 255	+ 756	+ 452	+ 1 395	+ 249	+ 1 883	- 3 391	- 133	+ 742	+ 723
langfristig	- 8 306	- 142	- 602	- 181	- 100	+ 152	- 318	- 82	- 228	- 94
kurzfristig 7)	- 2 949	+ 898	+ 1 054	+ 1 576	+ 349	+ 1 731	- 3 072	- 51	+ 970	+ 817
Bundesbank	- 1 991	+ 414	+ 2 631	+ 70	+ 2 355	+ 28	+ 1 281	- 92	- 247	- 699
4. sonstige Kapitalanlagen	- 106	+ 45	+ 32	- 16	- 0	- 2	+ 23	+ 22	+ 6	- 1
III. Saldo aller statistisch erfassten Kapitalbewegungen (Nettokapitalausfuhr: -)	- 26 084	+ 34 347	- 46 084	- 1 657	- 9 024	- 32 288	- 29 494	- 17 109	- 10 688	- 4 876

1 Die Abgrenzung der Direktinvestitionen ist ab 1996 geändert. — 2 Geschätzt. — 3 Einschl. Genuss-Scheine. — 4 Ab 1991 einschl. thesaurierter Erträge. — 5 Ab 1975 ohne Stückzinsen. — 6 Verbriefte und nicht verbiefte Optionen sowie Finanztermingeschäfte. — 7 Die hier ausgewiesenen Trans-

aktionswerte sind überwiegend aus Bestandsveränderungen abgeleitet. Rein statistisch bedingte Veränderungen sind – soweit möglich – ausgeschaltet. — 8 Insbesondere Beteiligungen des Bundes an internationalen Organisationen.

## X. Außenwirtschaft

### 8. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank \*)

Mio DM

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Währungsreserven und sonstige Auslandsaktiva						Auslandsverbindlichkeiten			Netto- Auslands- position (Spalte 1 abzüglich Spalte 8)	
	insgesamt	Währungsreserven				Kredite und sonstige Forde- rungen an das Ausland 3)	insgesamt	Verbind- lichkeiten aus dem Auslands- geschäft 4)	Verbind- lichkeiten aus Liquiditäts- U-Schätzen		
		zusammen	Gold	Devisen und Sorten 1)	Reserve- position im Inter- nationalen Währungs- fonds und Sonder- ziehungs- rechte						Forde- rungen an die EZB 2)
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
1989	99 959	97 527	13 688	58 308	8 229	17 303	2 432	51 642	51 642	–	48 317
1990	106 446	104 023	13 688	64 517	7 373	18 445	2 423	52 259	52 259	–	54 188
1991	97 345	94 754	13 688	55 424	8 314	17 329	2 592	42 335	42 335	–	55 010
1992	143 959	141 351	13 688	85 845	8 199	33 619	2 608	26 506	26 506	–	117 453
1993	122 763	120 143	13 688	61 784	8 496	36 176	2 620	39 541	23 179	16 362	83 222
1994	115 965	113 605	13 688	60 209	7 967	31 742	2 360	24 192	19 581	4 611	91 774
1995	123 261	121 307	13 688	68 484	10 337	28 798	1 954	16 390	16 390	–	106 871
1996	120 985	119 544	13 688	72 364	11 445	22 048	1 441	15 604	15 604	–	105 381
1997	127 849	126 884	13 688	76 673	13 874	22 649	966	16 931	16 931	–	110 918
1998	135 085	134 005	17 109	100 363	16 533	–	1 079	15 978	15 978	–	119 107

\* Bewertung des Goldbestandes und der Auslandsforderungen nach § 26 Abs. 2 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank und den Vorschriften des Handelsgesetzbuches, insbesondere § 253. Im Jahresverlauf Bewertung zu den Bilanzkursen des Vorjahres. — 1 Hauptsächlich US-Dollar-Anlagen. — 2 Europäische Zentralbank (bis 1993 Forderungen an den Europäischen

Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit – EFWZ). — 3 Einschl. Kredite an die Weltbank. — 4 Einschl. der durch die Bundesbank an Gebietsfremde abgegebenen Liquiditätspapiere; ohne die von März 1993 bis März 1995 an Gebietsfremde verkauften Liquiditäts-U-Schätze, die in Spalte 10 ausgewiesen sind.

### 9. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank in der Europäischen Währungsunion o)

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Währungsreserven und sonstige Auslandsforderungen						sonstige Forderungen an Ansässige außerhalb des Euro- Währungs- gebiets 1) 3)	Forderungen innerhalb des Eurosystems (netto) 2)	sonstige Forderungen an Ansässige in anderen EUWU- Ländern	Auslands- verbind- lichkeiten 3)	Netto- Auslands- position der Deutschen Bundesbank (Spalte 1 abzüglich Spalte 9)
	insgesamt	Währungsreserven				sonstige Forderungen an Ansässige außerhalb des Euro- Währungs- gebiets 1) 3)					
		zusammen	Gold und Goldforde- rungen	Reserve- position im Inter- nationalen Währungs- fonds und Sonder- ziehungs- rechte	Devisen- reserven						
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10		
1999 Jan. 4)	95 316	93 940	29 312	8 461	56 167	140	1 225	11	8 169	87 146	
1999	141 958	93 039	32 287	8 332	52 420	9 162	39 746	11	6 179	135 779	
2000	100 762	93 815	32 676	7 762	53 377	313	6 620	14	6 592	94 170	
2001	76 147	93 215	35 005	8 721	49 489	312	– 17 385	5	8 752	67 396	
2000 Dez.	100 762	93 815	32 676	7 762	53 377	313	6 620	14	6 592	94 170	
2001 Jan.	106 446	92 019	31 945	7 856	52 218	313	14 106	8	6 683	99 763	
Febr.	110 799	91 297	31 956	7 628	51 713	312	19 181	8	6 705	104 093	
März	116 133	93 187	32 710	7 752	52 726	312	22 626	8	6 770	109 363	
April	106 430	91 768	33 100	7 617	51 051	312	14 337	13	6 685	99 745	
Mai	111 162	95 808	34 994	7 956	52 858	312	15 035	7	6 816	104 347	
Juni	99 773	95 817	35 494	8 158	52 165	312	3 637	8	6 840	92 933	
Juli	107 437	92 879	33 708	7 980	51 191	312	14 240	6	7 005	100 432	
Aug.	109 011	89 890	33 414	7 765	48 711	312	18 803	6	6 860	102 151	
Sept.	112 045	94 538	35 399	8 989	50 151	312	17 189	6	6 658	103 387	
Okt.	115 487	95 552	34 531	8 643	52 378	312	19 616	7	10 783	104 704	
Nov.	108 934	95 395	34 309	8 745	52 341	312	13 217	9	11 093	97 841	
Dez.	76 147	93 215	35 005	8 721	49 489	312	– 17 385	5	8 752	67 396	
2002 Jan.	98 113	97 392	36 220	8 855	52 316	312	409	–	10 455	87 658	
Febr.	98 390	99 230	38 095	8 874	52 260	312	– 1 152	–	10 354	88 036	
März	99 487	98 130	38 505	8 840	50 786	312	1 045	–	10 077	89 410	
April	106 934	94 779	38 072	8 205	48 502	312	11 842	–	9 297	97 636	
Mai	100 884	91 942	38 649	8 040	45 253	312	8 630	–	8 448	92 436	

o Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber allen Ländern innerhalb und außerhalb der Europäischen Währungsunion. Bis Dezember 2000 sind die Bestände zu jedem Quartalsende auf Grund der Neubewertung zu Marktpreisen ausgewiesen; innerhalb eines Quartals erfolgte die Ermittlung des Bestandes jedoch auf der Grundlage kumulierter Transaktionswerte. Ab Januar 2001 werden alle Monatsstände zu Marktpreisen bewertet. — 1 Einschl. Kredite an die Weltbank. — 2 Enthält auch die Salden im grenzüberschreiten-

den Zahlungsverkehr der Deutschen Bundesbank innerhalb des Eurosystems. Ab November 2000 einschl. der TARGET-Positionen, die zuvor als bilaterale Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber nationalen Zentralbanken außerhalb des Eurosystems dargestellt wurden (in Spalte 6 bzw. 9). — 3 Vgl. Anmerkung 2. — 4 Euro-Eröffnungsbilanz der Deutschen Bundesbank zum 1. Januar 1999.

X. Außenwirtschaft

10. Forderungen und Verbindlichkeiten von Unternehmen in Deutschland (ohne Banken)  
gegenüber dem Ausland \*)

Bis Ende 1998 Mio DM, ab 1999 Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Forderungen an das Ausland							Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland						
	insgesamt	Guthaben bei aus- ländischen Banken	Forderungen an ausländische Nichtbanken					insgesamt	Kredite von aus- ländischen Banken	Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Nichtbanken				
			zusammen	aus Finanz- bezie- hungen	aus Handelskrediten					zusammen	aus Finanz- bezie- hungen	aus Handelskrediten		
					gewährte Zahlungs- ziele	geleistete An- zahlungen	in An- spruch ge- nommene Zahlungs- ziele					empfan- gene An- zahlungen		
<b>Alle Länder</b>														
1998	502 610	140 729	361 881	169 889	191 992	176 485	15 507	429 240	81 092	348 148	220 628	127 520	87 576	39 944
1999	277 331	52 774	224 557	115 564	108 993	100 777	8 216	293 849	56 632	237 217	166 026	71 191	52 047	19 144
2000	320 874	43 462	277 412	152 752	124 660	116 971	7 689	446 060	52 663	393 397	309 024	84 373	63 093	21 280
2001	358 120	62 434	295 686	171 939	123 747	114 857	8 890	505 266	60 132	445 134	354 561	90 573	65 988	24 585
2002 Jan.	362 815	78 176	284 639	164 165	120 474	112 021	8 453	503 912	62 732	441 180	357 464	83 716	59 253	24 463
Febr.	366 332	76 118	290 214	169 589	120 625	111 841	8 784	511 601	64 318	447 283	363 383	83 900	58 844	25 056
März 2)	354 767	74 879	279 888	161 160	118 728	109 906	8 822	502 197	64 433	437 764	353 901	83 863	58 642	25 221
April	364 143	85 882	278 261	157 770	120 491	111 428	9 063	513 515	62 764	450 751	369 421	81 330	57 487	23 843
<b>EU-Länder</b>														
1998	307 523	130 398	177 125	84 422	92 703	83 927	8 776	265 214	68 873	196 341	137 494	58 847	46 896	11 951
1999	157 617	47 992	109 625	56 450	53 175	48 500	4 675	194 809	49 243	145 566	111 605	33 961	27 532	6 429
2000	177 782	39 563	138 219	78 298	59 921	55 718	4 203	323 049	45 473	277 576	237 583	39 993	32 457	7 536
2001	198 118	58 039	140 079	79 205	60 874	55 371	5 503	372 937	53 683	319 254	275 749	43 505	34 716	8 789
2002 Jan.	211 999	73 677	138 322	78 442	59 880	55 145	4 735	378 304	56 672	321 632	281 547	40 085	31 043	9 042
Febr.	213 227	71 910	141 317	81 142	60 175	55 147	5 028	389 286	57 975	331 311	290 783	40 528	31 188	9 340
März 2)	213 175	70 509	142 666	83 320	59 346	53 851	5 495	386 060	58 469	327 591	287 404	40 187	30 759	9 428
April	223 621	81 732	141 889	82 052	59 837	54 208	5 629	393 791	57 020	336 771	297 429	39 342	30 246	9 096
<b>darunter EWU-Mitgliedsländer <sup>1)</sup></b>														
1998	190 953	68 418	122 535	54 167	68 368	62 491	5 877	197 566	50 579	146 987	103 899	43 088	35 021	8 067
1999	104 071	25 946	78 125	38 747	39 378	36 074	3 304	151 179	38 117	113 062	88 763	24 299	20 173	4 126
2000	120 976	22 737	98 239	52 976	45 263	42 389	2 874	247 830	33 698	214 132	185 595	28 537	23 569	4 968
2001	126 519	33 787	92 732	46 599	46 133	42 771	3 362	295 943	38 361	257 582	225 711	31 871	24 878	6 993
2002 Jan.	137 910	44 879	93 031	46 583	46 448	42 874	3 574	301 587	40 260	261 327	231 262	30 065	22 848	7 217
Febr.	137 002	42 712	94 290	47 917	46 373	42 953	3 420	308 785	39 676	269 109	238 646	30 463	23 040	7 423
März 2)	137 852	41 806	96 046	51 140	44 906	41 544	3 362	302 678	38 154	264 524	234 586	29 938	22 352	7 586
April	142 291	48 398	93 893	48 769	45 124	41 659	3 465	308 938	38 514	270 424	241 071	29 353	22 107	7 246
<b>Andere Industrieländer</b>														
1998	109 682	8 246	101 436	61 999	39 437	36 162	3 275	102 058	7 655	94 403	61 741	32 662	26 292	6 370
1999	71 958	3 595	68 363	45 540	22 823	21 220	1 603	68 024	4 870	63 154	44 518	18 636	15 387	3 249
2000	84 502	2 925	81 577	54 272	27 305	25 673	1 632	84 464	4 711	79 753	56 986	22 767	18 621	4 146
2001	100 786	3 364	97 422	71 842	25 580	24 082	1 498	93 269	4 178	89 091	64 595	24 496	19 648	4 848
2002 Jan.	94 470	3 246	91 224	65 640	25 584	24 074	1 510	88 320	3 714	84 606	62 208	22 398	17 506	4 892
Febr.	97 589	2 895	94 694	69 825	24 869	23 394	1 475	84 721	3 978	80 743	58 747	21 996	16 882	5 114
März 2)	86 783	2 988	83 795	59 899	23 896	22 582	1 314	78 329	3 701	74 628	52 535	22 093	16 911	5 182
April	83 611	2 747	80 864	56 487	24 377	23 087	1 290	82 550	3 587	78 963	57 807	21 156	16 334	4 822
<b>Reformländer</b>														
1998	30 107	360	29 747	7 914	21 833	20 218	1 615	11 383	135	11 248	657	10 591	4 941	5 650
1999	16 402	231	16 171	4 603	11 568	10 934	634	6 256	78	6 178	481	5 697	3 119	2 578
2000	19 082	240	18 842	5 028	13 814	13 104	710	8 202	113	8 089	928	7 161	4 384	2 777
2001	20 444	204	20 240	6 103	14 137	13 449	688	9 095	151	8 944	1 699	7 245	4 341	2 904
2002 Jan.	19 234	204	19 030	6 072	12 958	12 270	688	8 650	159	8 491	1 582	6 909	4 024	2 885
Febr.	19 773	187	19 586	6 025	13 561	12 819	742	9 028	162	8 866	1 685	7 181	4 262	2 919
März 2)	19 547	194	19 353	5 763	13 590	12 923	667	8 847	174	8 673	1 748	6 925	3 935	2 990
April	20 000	196	19 804	5 950	13 854	13 173	681	9 402	187	9 215	1 876	7 339	4 158	3 181
<b>Entwicklungsländer</b>														
1998	55 298	1 725	53 573	15 554	38 019	36 178	1 841	50 585	4 429	46 156	20 736	25 420	9 447	15 973
1999	31 354	956	30 398	8 971	21 427	20 123	1 304	24 760	2 441	22 319	9 422	12 897	6 009	6 888
2000	39 508	734	38 774	15 154	23 620	22 476	1 144	30 345	2 366	27 979	13 527	14 452	7 631	6 821
2001	38 772	827	37 945	14 789	23 156	21 955	1 201	29 965	2 120	27 845	12 518	15 327	7 283	8 044
2002 Jan.	37 112	1 049	36 063	14 011	22 052	20 532	1 520	28 638	2 187	26 451	12 127	14 324	6 680	7 644
Febr.	35 743	1 126	34 617	12 597	22 020	20 481	1 539	28 566	2 203	26 363	12 168	14 195	6 512	7 683
März 2)	35 262	1 188	34 074	12 178	21 896	20 550	1 346	28 961	2 089	26 872	12 214	14 658	7 037	7 621
April	36 911	1 207	35 704	13 281	22 423	20 960	1 463	27 772	1 970	25 802	12 309	13 493	6 749	6 744

\* Einschl. Auslandsforderungen und -verbindlichkeiten von Privatpersonen in Deutschland. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland werden im Abschnitt IV Banken in der Tabelle 4 ausgewiesen. Statistisch bedingte Zu- und Abgänge sind nicht aus-

geschaltet; die Bestandsveränderungen sind insoweit mit den in der Tabelle X. 7 ausgewiesenen Zahlen nicht vergleichbar. — 1 Ab Januar 2001 einschl. Griechenland. — 2 Änderung des Berichtskreises wegen Erhöhung der Meldefreigrenze.

X. Außenwirtschaft

11. DM- und Euro-Wechselkurse für ausgewählte Währungen \*)

Durchschnitt im Jahr bzw. im Monat	Vereinigte Staaten USD	Japan JPY	Dänemark DKK	Schweden SEK	Vereinigtes Königreich GBP	Norwegen NOK	Schweiz CHF	Kanada CAD	Australien AUD 1)	Neuseeland NZD 1)
<b>Historische Kassa-Mittelkurse der Frankfurter Börse (1 bzw. 100 WE = ... DEM)</b>										
1991	1,6612	1,2346	25,932	27,421	2,926	25,580	115,740	1,4501	1,2942	0,9589
1992	1,5595	1,2313	25,869	26,912	2,753	25,143	111,198	1,2917	1,1476	0,8406
1993	1,6544	1,4945	25,508	21,248	2,483	23,303	111,949	1,2823	1,1235	0,8940
1994	1,6218	1,5870	25,513	21,013	2,4816	22,982	118,712	1,1884	1,1848	0,9605
1995	1,4338	1,5293	25,570	20,116	2,2620	22,614	121,240	1,0443	1,0622	0,9399
1996	1,5037	1,3838	25,945	22,434	2,3478	23,292	121,891	1,1027	1,1782	1,0357
1997	1,7348	1,4378	26,249	22,718	2,8410	24,508	119,508	1,2533	1,2889	1,1453
1998	1,7592	1,3484	26,258	22,128	2,9142	23,297	121,414	1,1884	1,1070	0,9445
<b>Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank (1 EUR = ... WE) 2)</b>										
1999	1,0658	121,32	7,4355	8,8075	0,65874	8,3104	1,6003	1,5840	1,6523	2,0145
2000	0,9236	99,47	7,4538	8,4452	0,60948	8,1129	1,5579	1,3706	1,5889	2,0288
2001	0,8956	108,68	7,4521	9,2551	0,62187	8,0484	1,5105	1,3864	1,7319	2,1300
2000 Juni	0,9492	100,71	7,4607	8,3177	0,62927	8,2490	1,5608	1,4018	1,5968	2,0174
Juli	0,9397	101,39	7,4589	8,4070	0,62304	8,1763	1,5505	1,3886	1,5978	2,0394
Aug.	0,9041	97,76	7,4578	8,3917	0,60710	8,0959	1,5506	1,3406	1,5575	2,0305
Sept.	0,8721	93,11	7,4627	8,4145	0,60773	8,0266	1,5307	1,2945	1,5749	2,0882
Okt.	0,8552	92,75	7,4472	8,5245	0,58933	8,0032	1,5130	1,2924	1,6176	2,1346
Nov.	0,8564	93,26	7,4564	8,6289	0,60039	7,9950	1,5216	1,3204	1,6387	2,1438
Dez.	0,8973	100,61	7,4580	8,6622	0,61342	8,1334	1,5137	1,3679	1,6422	2,0905
2001 Jan.	0,9383	109,57	7,4642	8,9055	0,63480	8,2355	1,5291	1,4098	1,6891	2,1103
Febr.	0,9217	107,08	7,4630	8,9770	0,63400	8,2125	1,5358	1,4027	1,7236	2,1184
März	0,9095	110,33	7,4643	9,1264	0,62915	8,1600	1,5355	1,4167	1,8072	2,1753
April	0,8920	110,36	7,4633	9,1120	0,62168	8,1146	1,5287	1,3903	1,7847	2,1975
Mai	0,8742	106,50	7,4612	9,0576	0,61328	7,9927	1,5334	1,3473	1,6813	2,0723
Juni	0,8532	104,30	7,4539	9,2106	0,60890	7,9360	1,5225	1,3016	1,6469	2,0589
Juli	0,8607	107,21	7,4447	9,2637	0,60857	7,9714	1,5135	1,3153	1,6890	2,1074
Aug.	0,9005	109,34	7,4450	9,3107	0,62672	8,0552	1,5144	1,3857	1,7169	2,0895
Sept.	0,9111	108,20	7,4413	9,6744	0,62291	7,9985	1,4913	1,4260	1,8036	2,1781
Okt.	0,9059	109,86	7,4367	9,5780	0,62393	7,9970	1,4793	1,4224	1,7955	2,1863
Nov.	0,8883	108,68	7,4452	9,4166	0,61838	7,9224	1,4663	1,4153	1,7172	2,1322
Dez.	0,8924	113,38	7,4431	9,4359	0,62012	7,9911	1,4749	1,4075	1,7348	2,1456
2002 Jan.	0,8833	117,12	7,4329	9,2275	0,61659	7,9208	1,4745	1,4135	1,7094	2,0826
Febr.	0,8700	116,23	7,4299	9,1828	0,61160	7,7853	1,4775	1,3880	1,6963	2,0771
März	0,8758	114,75	7,4324	9,0594	0,61574	7,7183	1,4678	1,3903	1,6695	2,0261
April	0,8858	115,81	7,4341	9,1358	0,61407	7,6221	1,4658	1,4008	1,6537	1,9995
Mai	0,9170	115,86	7,4356	9,2208	0,62823	7,5207	1,4572	1,4210	1,6662	1,9859

\* Errechnet aus täglichen Notierungen. — 1 Devisenkurse aus Australien bzw. Neuseeland; für Neuseeland errechnet aus Kursen per Mitte und Ende der Monate. — 2 Die EZB veröffentlicht täglich Euro-Referenzkurse, die auf

der Grundlage der Konzertation zwischen den Zentralbanken um 14.15 Uhr ermittelt werden. Weitere Euro-Referenzkurse der EZB siehe: Statistisches Beiheft zum Monatsbericht 5, Devisenkursstatistik.

12. Wechselkurse für die nationalen Währungen der EWU-Länder und DM-Wert der ECU \*) sowie Euro-Umrechnungskurse

Durchschnitt im Jahr	Frankreich 100 FRF	Italien 1 000 ITL	Niederlande 100 NLG	Belgien/ Luxemburg 100 BEF/LUF	Österreich 100 ATS	Spanien 100 ESP	Finnland 100 FIM	Irland 1 IEP	Portugal 100 PTE	Griechenland 100 GRD / 1 EUR 2)	ECU-Werte 1) 1 ECU
<b>Historische Kassa-Mittelkurse der Frankfurter Börse in DEM</b>											
1991	29,409	1,3377	88,742	4,857	14,211	1,597	41,087	2,671	1,149	0,9103	2,05076
1992	29,500	1,2720	88,814	4,857	14,211	1,529	34,963	2,656	1,157	0,8178	2,02031
1993	29,189	1,0526	89,017	4,785	14,214	1,303	28,915	2,423	1,031	0,7213	1,93639
1994	29,238	1,0056	89,171	4,8530	14,214	1,2112	31,108	2,4254	0,9774	0,6683	1,92452
1995	28,718	0,8814	89,272	4,8604	14,214	1,1499	32,832	2,2980	0,9555	0,6182	1,87375
1996	29,406	0,9751	89,243	4,8592	14,214	1,1880	32,766	2,4070	0,9754	0,6248	1,90954
1997	29,705	1,0184	88,857	4,8464	14,210	1,1843	33,414	2,6297	0,9894	0,6349	1,96438
1998	29,829	1,0132	88,714	4,8476	14,213	1,1779	32,920	2,5049	0,9763	0,5952	1,96913
1999	.	.	.	.	.	.	.	.	.	325,76	.
2000	.	.	.	.	.	.	.	.	.	336,63	.
<b>Unwiderrufliche Euro-Umrechnungskurse (1 EUR = ... WE) 3)</b>											
	6,55957	1936,27	2,20371	40,3399	13,7603	166,386	5,94573	0,787564	200,482	4) 340,750	5) 1,95583

\* Errechnet aus täglichen Notierungen. — 1 Nach Mitteilungen der Europäischen Kommission. — 2 Bis 1998 reziproke Werte der von der Bank of Greece veröffentlichten Devisenkurse für die D-Mark; ab 1999 Euro-Referenzkurse

der EZB (1 EUR = ... GRD). — 3 Gültig ab 1.1.99. — 4 Gültig ab 1.1.01. — 5 Umrechnungskurs der D-Mark.

X. Außenwirtschaft

13. Effektive Wechselkurse \*) für den Euro und ausgewählte fremde Währungen

1.Vj.1999 = 100

Zeit	Effektiver Wechselkurs des Euro				Nachrichtlich: Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft 3) 4)				Effektive nominale Wechselkurse ausgewählter fremder Währungen gegenüber den Währungen von 19 Industrieländern 3) 5) 6)				
	Enger Länderkreis 1)		Weiter Länderkreis 2)		19 Industrieländer 5)		49 Länder 7)		US-Dollar	Pfund Sterling	Kanadischer Dollar	Schweizer Franken	Japanischer Yen
	Nominal	Real auf Basis der Verbraucherpreise	Nominal	Real auf Basis der Verbraucherpreise	auf Basis der Preisdeflatoren des Gesamtumsatzes 8)	auf Basis der Verbraucherpreise							
1995	107,8	108,8	93,2	107,8	109,5	110,4	110,2	86,1	84,0	106,4	105,4	115,6	
1996	107,9	108,8	95,4	105,9	106,1	106,8	105,2	90,9	85,9	108,8	104,2	100,6	
1997	99,1	99,5	90,4	96,6	100,7	101,4	99,0	98,8	99,8	109,7	97,9	95,9	
1998	101,5	101,3	96,6	99,1	100,9	101,1	100,1	103,4	103,3	103,5	99,9	89,7	
1999	95,7	95,7	96,6	95,8	97,8	98,0	97,7	100,8	102,3	102,2	98,3	105,1	
2000	85,7	86,5	88,2	86,3	91,8	93,2	91,7	105,4	105,2	103,6	96,8	117,9	
2001	87,3	88,9	91,0	88,0	p)	92,0	94,2	112,0	103,6	100,5	100,5	106,7	
1996 1.Vj.	108,9	110,2	95,5	107,6	108,0	108,9	107,6	89,8	83,1	108,0	106,8	102,9	
2.Vj.	107,1	108,1	94,5	105,3	105,6	106,3	104,6	91,1	84,4	108,8	104,2	102,4	
3.Vj.	108,6	109,5	96,3	106,3	106,0	107,1	105,4	90,9	85,2	108,2	104,8	100,1	
4.Vj.	106,9	107,4	95,5	104,5	104,7	104,9	103,3	91,8	91,0	110,2	100,7	97,1	
1997 1.Vj.	102,4	103,2	91,8	99,6	102,7	103,5	100,9	96,9	96,4	111,3	96,0	93,8	
2.Vj.	99,5	99,7	90,0	96,4	101,0	101,7	98,9	98,1	98,9	109,3	97,5	96,6	
3.Vj.	95,5	95,7	87,7	93,2	98,7	99,8	97,1	99,5	101,4	109,9	97,9	100,0	
4.Vj.	99,1	99,2	92,1	97,0	100,2	100,4	99,0	100,5	102,4	108,2	100,2	92,9	
1998 1.Vj.	98,8	98,8	92,6	96,4	99,5	99,8	98,8	103,2	104,5	107,3	100,1	92,5	
2.Vj.	100,2	100,1	94,2	97,4	100,6	100,7	99,1	104,8	104,8	106,5	98,5	86,8	
3.Vj.	102,5	102,5	97,8	100,2	101,6	102,1	100,9	106,3	104,1	102,0	99,4	83,7	
4.Vj.	104,2	103,8	101,7	102,4	101,9	101,8	101,5	99,4	99,8	101,6	101,6	95,7	
1999 1.Vj.	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	99,9	99,9	100,0	100,0	100,1	
2.Vj.	96,1	96,0	96,5	96,0	98,4	98,3	97,8	102,8	102,9	103,5	98,6	99,0	
3.Vj.	94,6	94,7	95,5	94,6	97,1	97,8	97,2	101,4	102,4	102,3	97,7	106,2	
4.Vj.	92,2	92,2	94,2	92,6	95,6	95,9	95,5	99,1	104,1	102,8	96,7	115,2	
2000 Jan.	90,2	90,8	92,4	90,7	.	95,9	94,8	99,7	106,5	104,8	95,4	115,5	
Febr.	89,2	89,8	91,2	89,6	93,8	95,5	94,1	102,3	106,5	105,2	95,2	112,5	
März	87,7	88,3	89,7	88,1	.	94,3	92,9	102,4	106,3	104,6	94,7	116,8	
April	86,1	86,6	88,4	86,7	.	93,2	91,9	103,0	107,7	104,3	95,9	118,6	
Mai	84,5	85,0	86,9	85,1	91,9	92,1	91,0	106,4	106,0	103,0	96,3	118,3	
Juni	87,4	88,1	89,9	88,1	.	93,8	92,7	103,6	102,5	103,7	97,2	118,3	
Juli	86,9	87,9	89,4	87,5	.	94,3	92,7	104,5	103,4	103,9	97,7	116,8	
Aug.	84,6	85,5	87,0	85,1	91,4	92,8	90,9	106,3	104,9	104,0	96,7	118,6	
Sept.	82,8	83,6	85,3	83,3	.	91,8	89,8	107,7	103,5	104,3	97,2	122,3	
Okt.	81,6	82,4	84,4	82,2	.	90,9	88,9	109,4	106,4	102,7	97,8	121,4	
Nov.	82,3	83,3	85,1	82,9	90,2	91,3	89,3	110,2	104,6	100,7	97,5	121,1	
Dez.	85,4	86,4	88,1	85,8	.	92,8	91,3	108,7	104,1	101,5	99,4	115,1	
2001 Jan.	89,2	90,2	91,7	89,0	.	95,2	93,3	107,7	102,4	102,7	100,0	108,3	
Febr.	88,3	89,4	91,0	88,3	92,8	95,2	93,2	108,8	102,0	101,6	99,2	109,9	
März	88,4	89,9	91,4	88,9	.	95,0	93,2	111,5	102,9	99,7	99,3	106,0	
April	87,6	89,1	91,0	88,4	.	94,2	92,7	113,0	103,7	100,0	99,4	104,9	
Mai	85,9	87,6	89,3	86,7	91,5	93,6	91,7	113,1	104,3	101,3	98,3	107,5	
Juni	84,7	86,3	88,1	85,3	.	93,1	90,9	114,1	104,4	102,7	98,5	108,3	
Juli	85,4	87,1	89,1	86,2	.	93,8	91,8	114,3	104,9	102,5	99,5	105,8	
Aug.	87,7	89,3	91,8	88,6	p)	91,4	94,7	111,6	103,0	101,1	100,4	106,4	
Sept.	88,0	89,7	92,6	89,3	.	94,3	93,0	110,7	103,9	99,1	102,2	108,2	
Okt.	88,0	90,0	92,8	89,5	.	93,9	92,7	111,8	103,7	99,0	103,0	106,2	
Nov.	86,8	88,8	91,3	87,9	p)	92,1	93,2	113,3	104,0	97,8	103,4	106,3	
Dez.	87,7	89,8	91,9	88,4	.	93,8	91,9	114,1	104,3	99,0	103,3	102,1	
2002 Jan.	87,6	90,2	91,6	88,3	.	95,1	92,5	116,4	104,9	97,9	103,3	98,3	
Febr.	86,8	89,3	91,1	87,6	p)	92,3	94,6	117,3	105,4	98,5	102,7	98,2	
März	86,8	89,5	91,3	87,9	.	94,3	91,8	116,1	104,6	98,7	103,4	99,8	
April	87,2	90,1	91,7	88,2	.	94,0	91,4	115,3	105,2	99,0	103,8	99,4	
Mai	88,6	91,5	93,7	89,9	...	94,3	92,1	112,0	103,5	100,4	105,1	101,2	

\* Der effektive Wechselkurs entspricht dem gewogenen Außenwert der betreffenden Währung. — 1 Berechnungen der EZB anhand der gewogenen Durchschnitte der Euro-Wechselkurse bzw. vor 1999 der Wechselkurse der Euro-Vorgängerwährungen gegenüber den Währungen folgender Länder: Australien, Dänemark, Griechenland, Hongkong, Japan, Kanada, Norwegen, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Vereinigtes Königreich sowie Vereinigte Staaten. Die dabei verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 1995 bis 1997 und spiegeln auch Drittmarkteffekte wider. Seit Januar 2001 zählt Griechenland beim effektiven Wechselkurs des Euro nicht mehr zu den Partnerländern; das Gewichtungsschema wurde entsprechend angepasst. Auf Grund der Änderung des Gewichtungsschemas sind die Angaben zum effektiven Wechselkurs ab Januar 2001 nicht vollständig mit früheren Angaben vergleichbar. Soweit die Verbraucherpreise noch nicht vorlagen, sind Schätzungen angegeben. Zur Erläuterung der Methode siehe: EZB, Monatsbericht, April 2000, S. 41 ff. —

2 Berechnungen der EZB. Zu dieser Gruppe gehören neben den Ländern der eng gefassten Gruppe (siehe Fußnote 1) zusätzlich folgende Länder: Argentinien, Brasilien, China, Estland, Indien, Indonesien, Israel, Kroatien, Malaysia, Marokko, Mexiko, Neuseeland, Philippinen, Polen, Rumänien, Russische Föderation, Slowakei, Slowenien, Südafrika, Taiwan, Thailand, Tschechische Republik, Türkei, Ungarn und Zypern. — 3 Berechnung methodisch konsistent mit dem Verfahren der EZB zur Ermittlung des effektiven Wechselkurses des Euro (siehe Monatsbericht, November 2001, S. 54 ff.). — 4 Rückgang der Werte bedeutet Zunahme der Wettbewerbsfähigkeit. — 5 EWU-Länder sowie enger Länderkreis der EZB außer Australien, Hongkong, Singapur und Südkorea. — 6 Angaben bis Ende 1998 ermittelt durch Verkettung mit den bis Oktober 2001 veröffentlichten Ergebnissen. — 7 EWU-Länder sowie weiter Länderkreis der EZB. — 8 Jahres- bzw. Vierteljahresdurchschnitte.



## Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank

Diese Übersicht informiert über ausgewählte volkswirtschaftliche und statistische Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank aus neuerer Zeit. Soweit nicht anders vermerkt, stehen die Veröffentlichungen in deutscher und in englischer Sprache sowie im Internet zur Verfügung.

Die Veröffentlichungen werden an Interessenten kostenlos abgegeben und sind über die Abteilung Presse und Information zu beziehen. Außerdem kann gegen Kostenerstattung eine monatlich aktualisierte Datei mit circa 40 000 veröffentlichten Zeitreihen der Bundesbank auf Magnetband-Kassette oder Zip-Diskette über die Abteilung Statistische Datenverarbeitung bezogen werden. Bestellungen werden schriftlich unter den im Impressum angegebenen Anschriften erbeten. Eine Auswahl von Zeitreihen steht auch im Internet zum Herunterladen bereit.

### Geschäftsbericht

---

### Monatsbericht

---

Über die von 1990 bis 2001 veröffentlichten Aufsätze informiert das dem Monatsbericht Januar 2002 beigefügte Verzeichnis.

#### Juli 2001

- Grenzüberschreitender Kapitalverkehr und die Rolle des Internationalen Währungsfonds
- Realzinsen: Entwicklung und Determinanten

- Faktorpreise, Beschäftigung und Kapitalstock in Deutschland: Ergebnisse einer Simulationsstudie

#### August 2001

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Sommer 2001

#### September 2001

- Die Ertragslage der Kreditinstitute im Jahr 2000
- Bankbilanzen, Bankenwettbewerb und geldpolitische Transmission
- Unsicherheit, Handlungsfreiheit und Investitionsverhalten – ein empirischer Befund

#### Oktober 2001

- Währungspolitische Aspekte der EU-Erweiterung
- Instrumente zur Analyse von Markterwartungen: Risikoneutrale Dichtefunktionen

#### November 2001

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Herbst 2001

#### Dezember 2001

- Die internationale Integration der deutschen Wertpapiermärkte
- Zur langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte – eine Analyse anhand der Generationenbilanzierung
- Erträge und Finanzierungsverhältnisse deutscher Unternehmen nach Rechtsformen
- Berichte aus dem Forschungszentrum

#### Januar 2002

- Kapitalverkehr und Wechselkurs
- Der Wohnungsmarkt in den neunziger Jahren

- Das Eigenkapital der Kreditinstitute aus bankinterner und regulatorischer Sicht
- Berichte aus dem Forschungszentrum

#### Februar 2002

- Die Wirtschaftslage in Deutschland um die Jahreswende 2001/2002

#### März 2002

- Der DM-Bargeldumlauf – von der Währungsreform zur Europäischen Währungsunion
- Die deutsche Zahlungsbilanz für das Jahr 2001
- Zum Zusammenhang zwischen Kreditzinsen deutscher Banken und Marktzinsen

#### April 2002

- Staatliche Leistungen für die Förderung von Familien
- Ertragslage und Finanzierungsverhältnisse deutscher Unternehmen im Jahr 2000
- RTGS<sup>plus</sup> – erfolgreich am Markt etabliert

#### Mai 2002

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Frühjahr 2002

#### Juni 2002

- Die gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsströme im Jahr 2001
- Rechnungslegungsstandards für Kreditinstitute im Wandel
- Wechselkurspolitische Konsequenzen zunehmender Kapitalströme – weltweite Erfahrungen und Perspektiven
- Direktinvestitionen im realen und finanziellen Sektor: Die Bundesbank-Frühjahrskonferenz 2002

#### Statistische Beihefte zum Monatsbericht<sup>1)</sup>

- 1 Bankenstatistik (monatlich)
- 2 Kapitalmarktstatistik (monatlich)
- 3 Zahlungsbilanzstatistik (monatlich)
- 4 Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen (monatlich)
- 5 Devisenkursstatistik (vierteljährlich)

#### Diskussionspapiere des volkswirtschaftlichen Forschungszentrums

Januar 2002	05/02
The stable long-run CAPM and the cross-section of expected returns	
Februar 2002	06/02
Pitfalls in the European Enlargement Process – Financial Instability and Real Divergence	
Februar 2002	07/02
The Empirical Performance of Option Based Densities of Foreign Exchange	
Februar 2002	08/02
Evaluating Density Forecasts with an Application to Stock Market Returns	
Februar 2002	09/02
Estimating Bilateral Exposures in the German Interbank Market: Is there a Danger of Contagion?	
März 2002	10/02
Zur langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte in Deutschland – eine Analyse anhand der Generationenbilanzierung	
März 2002	11/02
The pass-through from market interest rates to bank lending rates in Germany	
April 2002	12/02
Dependencies between European stock markets when price changes are unusually large	
Mai 2002	13/02
Analysing Divisia Aggregates for the Euro Area	
Mai 2002	14/02
Price rigidity, the mark-up and the dynamics of the current account	
Frühere Diskussionspapiere sind – zum Teil als Zusammenfassungen – im Internet verfügbar.	

#### Sonderveröffentlichungen

- Die Geldpolitik der Bundesbank, Oktober 1995<sup>2)</sup>
- Makro-ökonomisches Mehr-Länder-Modell, November 1996<sup>3)</sup>
- Weltweite Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, April 1997<sup>3)</sup>
- Europäische Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, Mai 1997<sup>3)</sup>
- Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989, August 1999<sup>3)</sup>
- Der Markt für deutsche Bundeswertpapiere, Mai 2000
- Macro-Econometric Multi-Country Model: MEMMOD, Juni 2000

#### Statistische Sonderveröffentlichungen

- 1 Bankenstatistik Richtlinien und Kundensystematik, Juni 2002<sup>4)</sup>
- 2 Bankenstatistik Kundensystematik Firmenverzeichnisse<sup>3)5)</sup>
- 3 Aufbau der bankstatistischen Tabellen, Januar 2000<sup>3)</sup>
- 4 Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung für Deutschland 1991 bis 2000, September 2001
- 5 Jahresabschlüsse westdeutscher Unternehmen 1971 bis 1996, März 1999<sup>1)</sup>

- o Diese Veröffentlichung ist nicht im Internet verfügbar.
- 1 Nur die Tabellenköpfe und die Erläuterungen sind in englischer Sprache erhältlich.
  - 2 Diese Sonderveröffentlichung ist in verschiedenen Auflagen auch in französischer, spanischer, russischer und chinesischer Sprache verfügbar.
  - 3 Diese Veröffentlichung ist nur in deutscher Sprache erschienen.
  - 4 Nur die Abschnitte „Monatliche Bilanzstatistik“, „Auslandsstatus“ und „Kundensystematik“ („Tabellarische Gesamtübersicht“, „Gliederung nach Branchen und Aktivitäten – Erläuterungen“ sowie die zugehörigen Texte) sind in englischer Sprache erhältlich.
  - 5 Nur im Internet vierteljährlich aktualisiert verfügbar.

- 6 Verhältniszahlen aus Jahresabschlüssen west- und ostdeutscher Unternehmen für 1998, September 2001<sup>1)</sup>
- 7 Erläuterungen zu den Leistungspositionen der Zahlungsbilanz, September 2001<sup>3)</sup>
- 8 Die Zahlungsbilanzstatistik der Bundesrepublik Deutschland, 2. Auflage, Mai 1990<sup>9)</sup>
- 9 Wertpapierdepots, August 2001
- 10 Kapitalverflechtung mit dem Ausland, Mai 2002<sup>1)</sup>
- 11 Zahlungsbilanz nach Regionen, Juli 2001
- 12 Technologische Dienstleistungen in der Zahlungsbilanz, Mai 2002<sup>3)</sup>

### Bankrechtliche Regelungen

---

- 1 Gesetz über die Deutsche Bundesbank und Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank, Juni 1998
- 2 Gesetz über das Kreditwesen, Februar 2001<sup>3)</sup>

- 2a Grundsatz I über die Eigenmittel der Institute, Januar 2001<sup>3)</sup>
- 2b Grundsatz II über die Liquidität der Institute, August 1999<sup>3)</sup>
- 7 Merkblatt für die Abgabe der Groß- und Millionenkreditanzeigen nach §§ 13 bis 14 KWG, September 1998

### Veröffentlichungen zur WWU

---

Informationsbriefe zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion<sup>3)</sup>

euro 2002 – Informationen zur Euro-Bargeldeinführung

Nr. 1, Juli 2000

Nr. 2, Oktober 2000

Nr. 3, Februar 2001

Nr. 4, Mai 2001

Nr. 5, September 2001

Der Euro ist da. Wir sagen Ihnen, worauf es ankommt. (Faltblatt)<sup>3)</sup>

---

Anmerkungen siehe S. 79\*.